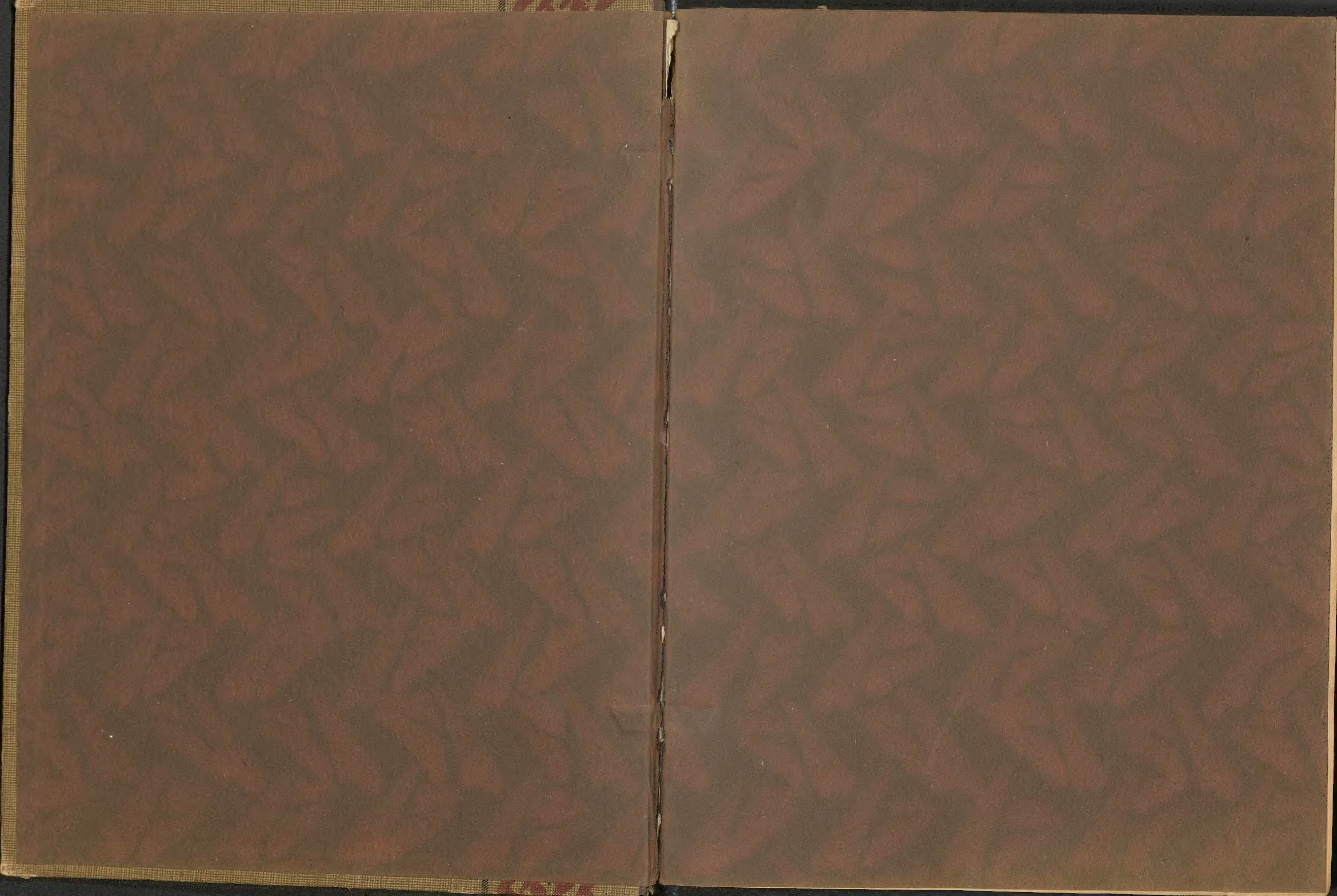
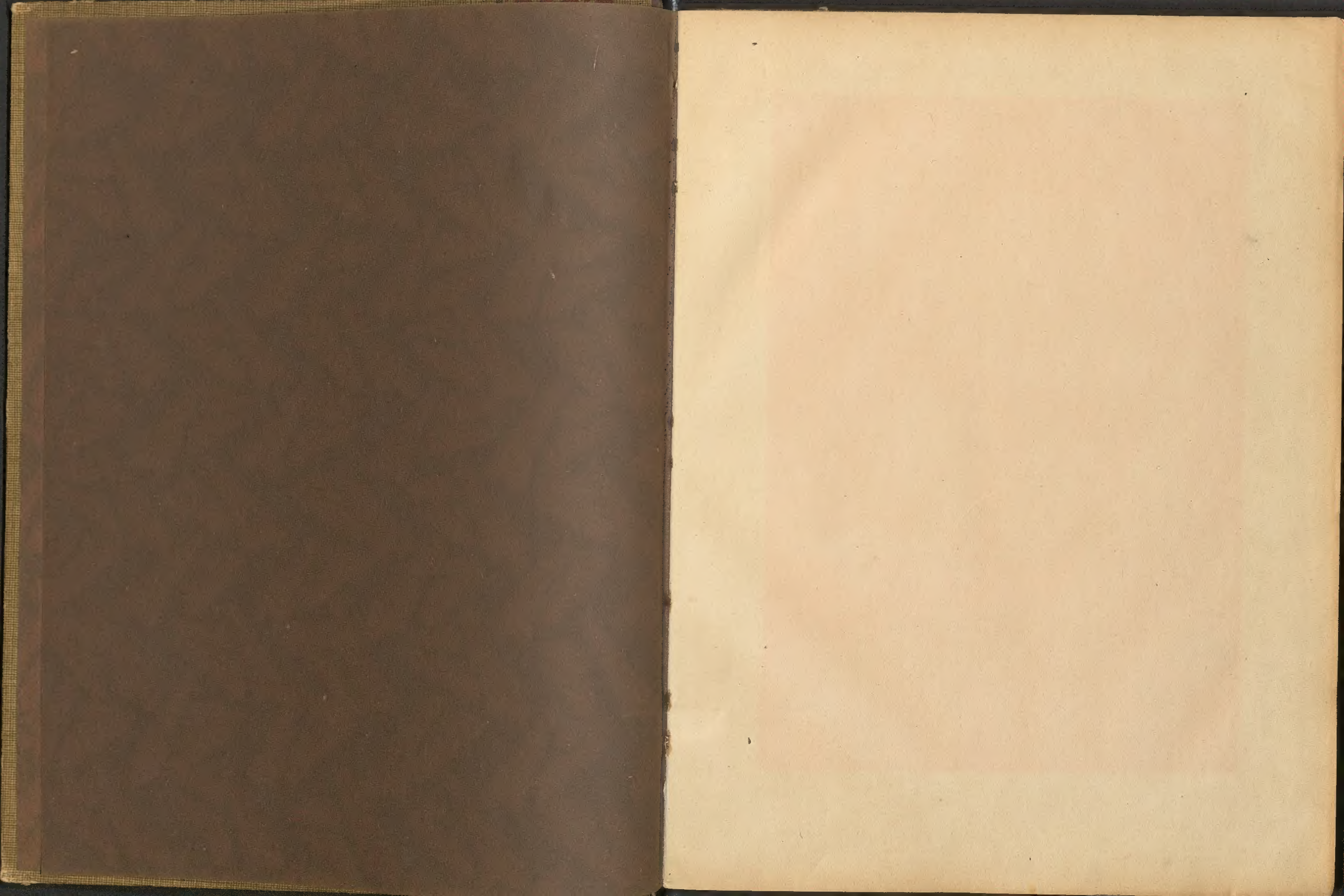


**Das
alte und das neue
Deutschland**

von **Karl Herrmann**









Bajonette auf Stätten der Arbeit 1923.

Karl Heermann

Das alte und das neue Deutschland

Verlagshaus Friedrich Lodde
Hof 1923

Gilt es nun, einen politischen Glauben auszusprechen, so
sage ich: lieber ließe ich mich von der schlechtesten
deutschen Regierung, die unser Ganzes erhalten und zusammen=
halten könnte, dreimal von unten auf rädern, als von Fremden
erobern. Was die bringen, lehrt uns die Geschichte aller Völker.

1·8·3·1

ERNST MORITZ ARNDT

V O R W O R T

Es geht ein Hunger durch die deutschen Lande nicht nur nach wirtschaftlicher, sondern nach seelischer Wiederaufrichtung. Geschichtsbetrachtung allein kann diesen Hunger nicht stillen. Aber ein Rückblick auf das Vergangene ist notwendig, um das Gegenwärtige voll zu verstehen. Das deutsche Volk steht vor dem Trümmerhaufen seines wirtschaftlichen und politischen Lebens, der zugleich der Trümmerhaufen seines Selbstbewußtseins ist. All der Trost, den uns die Kenntnis der Vergangenheit bringt, die beweist, daß die gesunde deutsche Volkskraft auch den tiefsten Fall stets siegreich überwand, kann uns nur wenig helfen. Das Nietzsche-Wort: „Nur aus der höchsten Kraft der Gegenwart dürfte ihr Vergangenes deuten“ gilt heute mehr als je. Darum wird in diesem Buche, wie wir glauben, zum ersten Male der Versuch gemacht, die Vergangenheit mit den Augen des neuen Deutschland zu sehen, und der gesamte zweite Teil will versuchen, dem Leser die Voraussetzungen zur Beurteilung der gegenwärtigen Verhältnisse und Zustände zu geben. Nicht nur in Volksversammlungen und am Bierisch, sondern auch im engen Freundeskreise macht der Rundige immer wieder die Erfahrung, daß dem Deutschen fast aller Stände und Kreise etwas fehlt: die positiven Kenntnisse einer politischen Bildung. Und diese Kenntnis des Tatsächlichen ist doch die Voraussetzung in einem Staate, in dem jeder Erwachsene beiderlei Geschlechts mit seinem Stimmzettel einen wichtigen Einfluß auf das Schicksal des Staates und damit auf sein eigenes hat. Wie viel Meinungsverschiedenheiten im kleinen und im größeren Kreise können nicht geschlichtet werden, weil man den Tatbestand nicht feststellen kann. Dem vor allen Dingen auch will unser Buch

abhelfen. Es wird von den Ursachen des Weltkrieges erzählen und von seinem Verlauf und traurigem Ende, von der Revolution und vom Schmachtfrieden mit all seinen Lasten. Den neuen Staatsformen ist dann ein großer Abschnitt gewidmet. Die Verfassung und die Machtverteilung zwischen dem Reichspräsidenten, der Reichsregierung und dem Parlament sind besonders eingehend behandelt. Von Deutschlands Verschuldung ausgehend, mußten Steuerfragen und das Valutaproblem behandelt werden. Die Möglichkeit eines Staatsbankrotts und die Wohnungsnot mußten in den Kreis der Betrachtung gezogen werden. Die Behandlung der Probleme des Wiederaufbaues führte uns in die allerneueste Zeit mit dem Zusammenbruch der Erfüllungspolitik und den Bemühungen, die Mark zu stabilisieren. Dem ausländischen Grundbesitz, der Kommunalpolitik und dem 4. Stand wurden besondere Kapitel gewidmet.

Die alte und die neue Zeit wurden unter Benützung der gesamten bis zu diesen Tagen vorliegenden wissenschaftlichen Literatur möglichst vollständig dargestellt. Ramen für die ältere Zeit die alten und neuen Klassiker der Geschichtsschreibung Heyd, Ranke, Treitschke, Sybel, Lamprecht, Brandenburg und Marks neben mancher Einzeldarstellung als Führer und Anreger in Betracht, so mußten im zweiten Teil auf Grund der Quellen, in der Hauptsache führerlos, eigene neue Wege gegangen werden. Hier galt es vor allem, jeden Einfluß eines parteipolitischen Standpunktes auszuweichen und streng objektiv die Dinge so darzustellen, wie sie sind. Ein Anhang über die neuesten Steuern und die Art ihrer Veranlagung, den ein ausgezeichnete Steuer-Anwalt bearbeitet hat, soll den Besitzern dieses Buches unmittelbare praktische Vorteile bringen.

Die Schwierigkeiten, die sich der Bearbeitung des zweiten Teiles entgegenstellen, wird nur der ermessen können, der sich ernsthaft mit der Materie befaßt hat. Die Dinge sind ja alle noch im Fluß, und oft kam, nachdem ein Abschnitt druckfertig vorlag, eine so einschneidende gesetzliche Aenderung, daß ein gut Teil des Geschriebenen wertlos geworden war. Der verständnisvollen Geduld, mit der der Verleger die dadurch sich ergebenden Verzögerungen, die stets auch Preisausschläge für die Herstellung im Gefolge hatten, ertrug, muß der Verfasser hohe Anerkennung zollen. Die stetigen Ver-

besserungen waren aber notwendig, sollte das Buch praktischen Wert haben. Daß bei einem großzügigen Ueberblick Einzelheiten nicht mit der Sachkenntnis eines Spezialisten für Teilgebiete durchgearbeitet werden konnten, wird jedem Einsichtigen klar sein. Der Verfasser mußte sich da auf Spezialstudien verlassen, glaubt aber, nur gute Kenner der Materie gewählt zu haben. Möge das Buch, das mit vieler Liebe geschrieben wurde, seinen Zweck erfüllen und sein Teil mit dazu beitragen zur Verbreitung staatsbürgerlichen Wissens und zur Erkenntnis staatsbürgerlicher Pflichten.

Neustrelitz, 18. November 1922.

KARL HERRMANN

ZUR ZWEITEN AUFLAGE

Viel rascher als Verleger und Verfasser geglaubt hatten, war die erste große Auflage dieses Buches verkauft. Für den Verleger ist das ein Beweis, daß die Herausgabe den Wünschen weitester Kreise entsprach. Der Verfasser glaubt nach diesem Erfolge, daß er den rechten Weg beschritten. Der Neuauflage stellten sich fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Die Kosten für Papier und Herstellung eines Buches sind bedeutend mehr im Preis gestiegen wie alles andere, was so teuer wurde, und das Risiko eines Buchverlegers ist in unserer Zeit besonders groß. Der Verfasser wurde durch die Unstetigkeit und Unklarheit der politischen Lage

bei der Fortführung des Textes bis in die letzten Tage stark behindert. Wer als Agitator oder Parteimann die neuesten Ereignisse betrachtet, dem wird das leichter wie dem Chronisten, der in dieser Zeit der krassen Gegensätze sich bemüht, möglichst sachlich zu bleiben. Die Ergänzung der Steuergesetze erwies sich als eine Danaiden-Arbeit. Kaum waren die Neuerungen verarbeitet, da waren sie schon nicht mehr wahr. Die theoretischen Abschnitte über die Steuern sind daher in der alten Fassung stehen geblieben. Die „Praktischen Steuerfragen“ hat Syndikus Dr. Vogt in seiner vollständigsten Weise um wichtige Kapitel vermehrt.

Neustrelitz, im September 1923.

KARL HERRMANN

I N H A L T S Ü B E R S I C H T

DAS ALTE DEUTSCHLAND

Das Eintreten der Germanen in die Geschichte	Seite	Friedrich der Große	Seite
Von deutscher Art - - - - -	13	Die schlesischen Kriege - - - - -	65
Einbern und Teutonen - - - - -	14	Der siebenjährige Krieg - - - - -	66
Erste Einigungsbestrebungen - - - - -	15	Wiederaufbau - - - - -	69
Armin und Marbod - - - - -	20	Von 1786 bis 1815	
Die Völkerverwanderung - - - - -	21	Beginnendes Nationalbewußtsein - - - - -	70
Die Franken - - - - -	22	Französische Revolution - - - - -	71
Karl der Große - - - - -	23	Napoleon - - - - -	72
Die sächsischen und salischen Kaiser - - - - -	24	Friede von Luneville - - - - -	72
Die Hohenstaufen - - - - -	27	Der Rheinbund - - - - -	74
Der Aufstieg der Habsburger		Jena und Querstädt - - - - -	75
Rudolf von Habsburg - - - - -	32	Reformen in Preußen - - - - -	76
Der Kurverein von Rense - - - - -	34	Die Befreiungskriege - - - - -	77
Städtebünde - - - - -	35	Der Wiener Kongreß - - - - -	78
Der Bund der Hanse - - - - -	35	Der Weg zum neuen Kaiserreich	
Der deutsche Ordensstaat - - - - -	36	Die heilige Allianz - - - - -	79
Haß - - - - -	38	Das Wartburgfest - - - - -	80
Reform-Versuche - - - - -	38	Die ersten Verfassungen - - - - -	81
Kaiser Max - - - - -	41	Zollverein - - - - -	82
Der Ausgang des Mittelalters - - - - -	43	Allgemeine Wehrpflicht - - - - -	82
Die Reformation		Evangelische Union - - - - -	83
Martin Luther - - - - -	45	Revolution von 1848 - - - - -	84
Der Bauernaufstand - - - - -	46	Frankfurter Parlament - - - - -	85
Landesherrn statt Reichskirche - - - - -	47	Schleswig-Holstein - - - - -	85
Gutenberg - - - - -	48	Olmütz - - - - -	87
Schmalkalbener Krieg - - - - -	48	Bismarck	
Die Gegenreformation		Wilhelm I. - - - - -	89
Ferdinand I. - - - - -	50	Heeresreform - - - - -	89
Der Jesuitenorden - - - - -	51	Der dänische Feldzug - - - - -	90
Zwingli und Calvin - - - - -	51	Napoleon III. - - - - -	91
Die Kontordienformel - - - - -	52	1866 - - - - -	92
Der dreißigjährige Krieg		Der Norddeutsche Bund - - - - -	93
Der Prager Fenstersturz - - - - -	54	1870/71 - - - - -	97
Mallenstein - - - - -	55	Die Reichsverfassung - - - - -	99
Gustav Adolf - - - - -	56	Kulturkampf - - - - -	101
Frieden von Münster - - - - -	58	Die Sozialdemokratie - - - - -	104
Brandenburgs Aufstieg		Soziale Gesetzgebung - - - - -	105
Der große Kurfürst - - - - -	59	Der Dreibund - - - - -	106
Frankeichs Raubkriege - - - - -	61	Der Rückversicherungsvertrag - - - - -	107
Preußens erster König - - - - -	63	Wilhelm II. - - - - -	108
Die pragmatische Sanktion - - - - -	64	Von der Kontinentalpolitik zur Weltpolitik	
		Caprivi - - - - -	112
		Handelsverträge - - - - -	114
		Hohenlohe - - - - -	115
		Wendung zur Weltpolitik - - - - -	117
		Bülow - - - - -	118
		Bethmann-Hollweg - - - - -	120

DAS NEUE DEUTSCHLAND

I. DER WELTKRIEG

Die Gegensätze vor dem Kriege:

Deutschlands Schwächen und seine Stärken

Die ungünstige geographische Lage	-	-	127
Die Art der Bevölkerung	-	-	128
Die Grenzmarken	-	-	128
Deutschlands Machtmittel	-	-	129

Österreichs innere Schwäche seit 1866

Die ungünstige Lösung der deutschen Frage	-	129
Der Kampf der deutschen Minderheit	-	130
Der Ausgleich mit Ungarn	-	132
Die Fregenda	-	132
Orientpolitik	-	135
Italiens Extratouren	-	137
Österreichs Lage zu Kriegsbeginn	-	137

Englands Weg zur Welt Herrschaft

Englands Verhältnis zu Deutschland	-	141
Die französische Revanche-Idee	-	143
Der Panflawismus	-	145
Die Vereinigten Staaten von Amerika	-	146
Der letzte Anstoß	-	151

Der Verlauf des Krieges

Die Lage bei Kriegsbeginn	-	-	160
Die Kriegs- und Friedensstärken	-	-	161
Der Aufmarsch	-	-	162
Die Kriegserklärungen	-	-	162
Der Krieg im Westen	-	-	163
Der Krieg im Osten	-	-	170
Die Türkei und Bulgarien	-	-	174
Der rumänische Feldzug	-	-	177
Der Krieg zur See	-	-	178
Uneingeschränkter U-Boot-Krieg	-	-	181
Der Kampf in fremden Erdteilen	-	-	182
Der Zusammenbruch	-	-	185

Der Wirtschaftskrieg

Deutsche Rohstoffbewirtschaftung	-	-	187
Die Bewirtschaftung der Lebensmittel	-	-	189

II. REVOLUTION UND SCHMACHFRIEDEN

Die Revolution

Ihre Ursachen	-	-	193
Der Abfall der Flotte	-	-	194
München	-	-	198
Auswüchse	-	-	199
Die Arbeiter- und Soldatenräte	-	-	199
Der Bolschewismus	-	-	200

III. DIE REPUBLIK

Die Weimarer Verfassung

Aufbau und Aufgaben des Reichs	-	-	217
Der Reichstag	-	-	219
Der Reichspräsident	-	-	222
Reichskanzler und Reichsregierung	-	-	223
Der Reichsrat	-	-	224
Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen	-	-	225
Rechte und Pflichten der Einzelperson	-	-	225
Das Gemeinschaftsleben	-	-	226
Rechte und Pflichten der Beamten	-	-	226
Volksentscheid und Volksbegehren	-	-	227

Der Parlamentarismus.

Die Entwicklung des Parlamentarismus in England	-	-	229
Die Entwicklung des Parlamentarismus in Frankreich	-	-	232
Die Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland	-	-	234

IV. PROBLEME DES WIEDERAUFBAUS

Deutschlands augenblickliche Finanzlage

Die Finanzreform	-	-	244
Die Reichseisenbahn	-	-	245
Der Reichshaushalt 1922	-	-	246

Die deutschen Leistungen aus dem Friedensvertrage

Leistungen vor dem 1. Mai 1921	-	-	249
Leistungen nach dem 1. Mai 1921	-	-	251

Waffenstillstand und Friedensvertrag

Die 14 Punkte Wilsons	-	-	202
Der Verlust an Land und Leuten	-	-	205
Die Entwaffnung	-	-	206
Die Sachlieferungen	-	-	207
Weitere Forderungen und Bedingungen	-	-	208
Die Anzahlung	-	-	209
Allgemeine Verpflichtungen	-	-	210

III. DIE REPUBLIK

Die Weimarer Verfassung

Aufbau und Aufgaben des Reichs	-	-	217
Der Reichstag	-	-	219
Der Reichspräsident	-	-	222
Reichskanzler und Reichsregierung	-	-	223
Der Reichsrat	-	-	224
Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen	-	-	225
Rechte und Pflichten der Einzelperson	-	-	225
Das Gemeinschaftsleben	-	-	226
Rechte und Pflichten der Beamten	-	-	226
Volksentscheid und Volksbegehren	-	-	227

Der Parlamentarismus.

Die Entwicklung des Parlamentarismus in England	-	-	229
Die Entwicklung des Parlamentarismus in Frankreich	-	-	232
Die Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland	-	-	234

IV. PROBLEME DES WIEDERAUFBAUS

Deutschlands augenblickliche Finanzlage

Die Finanzreform	-	-	244
Die Reichseisenbahn	-	-	245
Der Reichshaushalt 1922	-	-	246

Die deutschen Leistungen aus dem Friedensvertrage

Leistungen vor dem 1. Mai 1921	-	-	249
Leistungen nach dem 1. Mai 1921	-	-	251

Was ist Staatsbankrott?

Der Begriff	-	-	253
Abwehrmittel	-	-	254

Das Valuta-Problem

Was bedeutet „Valuta“?	-	-	256
Die Aufhebung unserer Goldwährung	-	-	257
Die Inflation	-	-	257
Die Entwertung der Mark	-	-	258

Steuern, Zölle und Monopole

Allgemeines und Prinzipielles	-	-	260
Direkte Steuern	-	-	261
Die Reichseinkommensteuer	-	-	262
Der Steuerabzug	-	-	263
Vermögenssteuer	-	-	263
Vermögenszuwachssteuer	-	-	264
Körperschaftsteuer	-	-	264
Kapitalertragssteuer	-	-	266
Erbsteuer	-	-	268

Indirekte Steuern

Umsatzsteuer	-	-	270
Kohlensteuer	-	-	273
Leuchtmittelsteuer	-	-	274
Bündwarensteuer	-	-	274
Biersteuer	-	-	275
Mineralwassersteuer	-	-	275
Tabaksteuer	-	-	276
Zuckersteuer	-	-	277
Verkehrssteuer	-	-	277

Zölle

Das Goldzollaufgeld	-	-	278
Monopole	-	-	280
Das Branntwein-Monopol	-	-	281

Die Zwangsanleihe

Die Aufgaben der Selbstverwaltung	-	-	285
Soziale Aufgaben	-	-	287

Der ländliche Grundbesitz

Seine Verteilung	-	-	288
Wirkungen der Industrialisierung	-	-	289
Aggar-Reformen	-	-	290
Siedlungen	-	-	291
Pachtzins	-	-	293
Landwirtschaftliche Selbstverwaltung	-	-	294

Die Wohnungsnot

Das Reichsmietengesetz	-	-	295
------------------------	---	---	-----

Der vierte Stand

Internationales Arbeitsrecht	-	-	297
Der Achtstundentag	-	-	298
Das Arbeitsnachweisgesetz	-	-	301

Die Wiederaufbaulieferungen

Das Wiesbadener Abkommen	-	-	302
Einige Bemerkungen zum Abkommen	-	-	303
Der Stinnes-Lubersack-Vertrag	-	-	304

Die Konferenz von Genua

Enttäuschte Hoffnungen	-	-	304
Der Vertrag von Rapallo	-	-	305
Rathenau's 4 große Wahrheiten	-	-	305

Die Stabilisierung der Mark

Ein Gutachten des Reichswirtschaftsrates	-	-	308
Die Vorschläge der ausländischen Sachverständigen	-	-	309

Der Zusammenschluß der Kräfte

Eine Rede Gerhart Hauptmanns	-	-	310
------------------------------	---	---	-----

Das Kabinett Cuno

Die Ruhrbesetzung	-	-	312
Der Einmarsch	-	-	313
Der passive Widerstand	-	-	314
Die Opfer des Kampfes	-	-	315
Die Pfändung der Staatswaldungen	-	-	316

Das Blutbad von Essen

Die Vorgänge am 31. III.	-	-	317
Krupps Verurteilung	-	-	321

Lösungsveruche der Reparationsfrage

Der deutsche Mai-Vorschlag	-	-	321
Gegenforderungen	-	-	322
Die Antwort der Entente	-	-	322
Das Juni-Memorandum	-	-	323

Die Mark-Stützungsaktion

Der Marksturz	-	-	324
---------------	---	---	-----

Das Mieter-Hühnergesetz

Neuregelung des Kündigungsrechts	-	-	325
Das Erbrecht des Mieters	-	-	325

Reichskanzler Dr. Stresemann

Die neuen Steuern	-	-	326
Schlechte Aussichten	-	-	326

Praktische Steuerfragen

Steuermoral	-	-	328
Offenheit des Verkehrs	-	-	328
Das Dulden von Nachteilen	-	-	328
Schätzungen	-	-	329
Die Beweispflicht des Finanzamtes	-	-	329
Anzuverlässige Angaben	-	-	329
Die Auskunft dritter Personen	-	-	329
Steuer-Pflichten	-	-	330
Beschwerde gegen Finanzbefehle	-	-	330
Anwendungen gegen Steuerbescheide	-	-	331
Vorsicht bei Verzichtserklärungen	-	-	331
Zurücknahme des Einspruchs	-	-	331
Wann hat man Aussicht, mit einem Rechtsmittel Erfolg zu haben?	-	-	332
Der Wert von Aufzeichnungen	-	-	332
Die Innehaltung der Fristen	-	-	333
Vergünstigung für alte Leute	-	-	335
Vermögen	-	-	336

I. TEIL

DAS ALTE DEUTSCHLAND

VON DEN ANFÄNGEN BIS 1914



DAS EINTRETEN DER GERMANEN IN DIE GESCHICHTE VON DEUTSCHER ART

Von altdeutscher Art wissen wir dank der eifrigen Forschertätigkeit der letzten hundert Jahre sehr viel. Was damals den sich stetig bekämpfenden Stämmen an Weltanschauung und Charaktereigenschaften gemeinsam war, und was sie darum bei dem ersten Zusammentreffen den Römern als völkische Einheit erscheinen ließ, das ist auch heute noch Hauptcharakteristikum der deutschen Art. Richard Wagners Werk, das dem deutschen Wesen in Dichtung und Vertonung Form gegeben, mußte darum trotz der erheblichen Widerstände bei uns im besten Sinne populär werden, und es gibt auch dem Ausland in eindringlicher Weise den Begriff des wirklichen Deutschtums. Ganz anders steht es mit der staatlichen Einheit. Die ist, wenn sie bestanden hat immer mehr äußerlich gewesen. Ein Band, das eine starke Persönlichkeit um die Stämme zu schlingen wußte, die aber in Wirklichkeit von ihrer Eigenart nichts aufgaben. Eine völkische Einheit in dem Sinne, wie die Franzosen oder die Engländer, hat es bei uns noch nie gegeben und wird es auch so bald nicht geben. Wir werden trotz aller Zentralisierungsbestrebungen der Reichsleitung, jedenfalls für die nächste Zeit noch, ein Bundesstaat bleiben, der die gemein-

samen Interessen der in ihrer Eigenart nur starken Stämme wahrnimmt. Natürlich ist die Leitung eines so komplizierten Staates nicht so leicht. Reibungen werden unvermeidlich sein. Und ein überspannter Zentralismus wird immer eine Gefahr für das Reich selbst bedeuten. Es sind nicht nur die Bayern und die Preußen, die ihr Bayerntum und Preußentum nicht missen wollen. Auch die anderen Stämme oder besser gesagt Teilstaaten denken so. Die zweitausendjährige Geschichte der deutschen Stämme ist eben älter als die des deutschen Reiches.

Wie kommt es nun aber, daß gerade die deutschen Stämme sich zu so starker Eigenart, die zu gleicher Zeit eine scharfe Gegensätzlichkeit bedeutet, entwickelt haben? Wie kommt es, daß bei uns in Deutschland stärker als Nationalgefühl und Nationalbewußtsein das Stammesgefühl und Stammesbewußtsein ausgeprägt ist. Zunächst haben sicherlich geographische Gründe mitgewirkt. Die Berg- und Waldnatur des alten Germanien zog scharfe Trennungslinien. Unwegsame Sümpfe wirkten isolierend. Und Seen und Flüsse trennten ebenso streng wie undurchdringliche Wälder und unüberschreitbare Gebirge. Nur aus Not überschritt man diese natürlichen Grenzen. Wenn Mähernte gewesen war und man Nahrung

suchen mußte. Auch Frauenmangel ließ wohl manchmal die mannbare Jugend die von der Natur gezogenen Schranken überwinden. Immer aber kam man in solchen Fällen als Feind. Diese Abschließung und Verkehrsarmut ließ ein völliges Gemeingefühl der in stetiger Grenz- und Geschlechterfehde Stehenden natürlich nicht aufkommen, und die starke Ausprägung der Stammeseigenart geschah zum Schaden der politischen Gesamt-Interessen. Weiter entfremdend wirkte dann später der Dienst ganzer Volksgruppen im römischen Heer und gar die Ansiedlung ganzer Stämme auf römischem Boden. Das führte dann schließlich dazu, daß Germanen im Solde der Römer gegen ihre Bluts- und Art-Genossen kochten. Die Zeiten der Völkerwanderung konnten den Stammescharakter nicht zerstören, aber mit dem Heimatgefühl ging natürlich — zumal es dabei auch zu vielen Bruderkriegen kam — auch das Nationalgefühl völlig verloren. Mit dem deutschen Boden und der Heimatlust schwand den meisten auch deutsches Fühlen und Denken. Und die auf deutschem Boden sesshaft geblieben waren, die trennte später eine interessante sprachliche Bewegung: die sogenannte Lautverschiebung. Ganz Oberdeutschland nahm sie an, während sie im gesamten Nieder-

deutschland nur geringe oder gar keine Wirkung ausübte. Und so schuf die niederdeutsche und die hochdeutsche Sprache einen noch heute nicht ganz überbrückten Gegensatz zwischen Nord und Süd, auf dessen Rechnung manches Nicht-verstehen-können zu setzen ist. Luther verhalf mit seiner Bibelübersetzung der hochdeutschen Sprache zum endgültigen Siege. Der Niederdeutsche hat sich seitdem allmählich daran gewöhnen müssen, neben seinem geliebten „Platt“ auch die hochdeutsche Sprache zu lernen. Aber Luther brachte neben dieser sprachlichen Einigung den Deutschen auch wieder etwas Trennendes. Das Luthertum siegte nicht gänzlich in den deutschen Landen. Ein gut Teil blieb der alten Lehre treu. Die Folge waren die schwersten, das Gemeinschaftsgefühl tief schädigenden Kriege von Deutschen gegen Deutsche und eine bis in unsere Tage sich auswirkende politische Spaltung zwischen Deutschen katholischen und protestantischen Glaubens. Das alles wurde zusammengefaßt vorweggenommen, weil wir bei dem folgenden kurzen Gang durch die deutsche Geschichte immer wieder diese trennenden Momente das Streben zielbewußter einsichtiger Männer, ein Einheitsvolk und einen Einheitsstaat zusammenzuschweißen, hindern sehen.

DIE CIMBERN UND TEUTONEN

Was die ersten Germanenstämme veranlaßt hat, recht unsanft an die Tore des mächtigen, scheinbar für alle Ewigkeit befestigten römischen Reiches zu pochen, wissen wir nicht genau. Ob es eine große Sturmflut war, wie manche vermuten, die die Cimbern aus den Gegenden ihrer Sesshaftigkeit, die etwa im heutigen Schleswig-Holstein lagen, vertrieb, ob Mangel an Nahrung die für intensiven Ackerbau zu Ungebuldigen bei wachsender Volkszahl aus der Heimat trieb, keiner kann es sagen. Genug ein ganzes Volk mit Frauen und Kindern und der gesamten Habe setzte sich, vertrauend auf seine ungebrochene Kraft, von Norden nach Süden in Bewegung, um sich eine neue Heimat zu suchen. In Mitteldeutschland trafen sie einen Bruderstamm, der sich aus irgend einem Grunde auch nicht wohl auf seiner Scholle fühlte, den die Wanderlust und die Aussicht, in weniger rauher Gegend ein schöneres Leben

führen zu können, anstieß und der mit ihnen weiterzog: die Teutonen. Unaufhaltsam strebte der unwiderstehliche Völkerzug den Alpen zu, und wo er durchzog, wird man nicht immer glimpflich verfahren haben. Im heutigen Krain trafen sie zum ersten Male auf wirklichen Widerstand: auf Roms eiserne Legionen. Es kam zum Kampf, und zum ersten Male sollte Rom erfahren, daß es doch noch etwas gab, was seinem Musterheere und seiner vielerprobten Kriegskunst überlegen war. Nur ein heftiges Unwetter, das ein Weiterkämpfen unmöglich machte, bewahrte die Römer vor einer schweren Niederlage. Aber auch die Germanen hatte der zielbewußte Widerstand stutzig gemacht, und so zogen sie, da die Eisgipfel der Alpen ihnen auch nicht gerade das gesuchte Paradies versprachen, westwärts am Fuße der Alpen entlang nach Gallien hinein. Aller Widerstand der Kelten wurde leicht gebrochen. Bis nach Spanien wälzte sich der Völkerzug mit seinem gewaltigen Troß.

Die klugen Römer aber waren sich der Gefahr schon nach dem ersten Zusammenstoß bewußt. Fast nicht glaubbare Erzählungen gingen im Römerreich über den neuen Feind um, der das Herz des gewaltigen Reiches: Italien bedrohte. Riesen sollten es sein, wie sie die Sage geschildert und wie sie noch keines Römers Auge gesehen. Uebermenschliche Kräfte seien ihnen eigen, daß sie mit großen Felsblöcken spielten wie Kinder mit Bällen. Auch die Frauen, die die Männer in die Schlacht begleiteten und zum Kampfe anfeuernten, wurden als groß und stark geschildert, mit gelbem Haar und blauen Augen wie ihre Männer. Fast nackt, nur mit wenigen Fellen leicht bekleidet, sollten die Männer zum Kampf sich stellen. Aber Kraft und nie erlahmende Tapferkeit machte sie sogar den gepanzerten Legionen überlegen. Roms erfahrene Klugheit sah bald ein, daß hier nur List ein wirksamer Helfer sein könne. Rom betraute seinen besten Feldherrn Marius mit der Abwehr. Er ging nach Gallien und erneuerte zunächst zielbewußt die verlotterte Disziplin des Herres, erkundete das Gelände der möglichen Einbruchsstellen und wartete. Ob er es war, der durch Spione den von Spanien enttäuscht Zurückflutenden den für seine Taktik so günstigen Rat gab, sich zu teilen, weiß man nicht. Römischer Art ist eine solche Abwehrmaßregel aber zuzutrauen.

Im Jahre 103 vor Christus näherten sich die Heerzüge dem Gebiet des römischen Reiches. Der eine Zug, die Teutonen mit dem tapfersten Teil der Cimbern, den Ambronen, hatten die westlichen Alpenpässe überschritten und zogen im Tal der Rhone flussabwärts dem Meere zu. Bei Aquae Sextiae (dem heutigen Aix) ereilte sie ihr Schicksal. Die Römer hatten sie klug an eine Stelle gelockt, wo ihnen der Kampf genehm war, und die heiße Sonne, in der die solcher Hitze ungewohnten Feinde kämpfen mußten, war ihr bester Bundesgenosse. Die germanische Heerschar wurde völlig

vernichtet, die Frauen gaben, um nicht gefangen zu werden, sich und ihren Kindern selbst den Tod. Der kleine Rest mußte ins Joch der Sklaverei. Die Cimbern waren über den Brenner gekommen. Wie jauchzte ihr Herz, als sie die prangende Po-Ebene sich zu ihren Füßen breiten sahen. Mit Jubelrufen setzten sie sich auf ihre Schilde und fuhren wie auf Schlitten über den Schnee dem lockenden Tale zu. Seit sie das Ziel gesehen, kannten sie kein Hindernis mehr. Sie brachen Felsblöcke und entwurzelten Bäume, um Dämme über die Flüsse zu bauen. Mit Schrecken sah das Römerheer diese scheinbar durch nichts aufzuhaltende, vorwärtsdrängende Kraft. Mit Mühe nur behielt Marius seine Truppen in der Hand. Er nahm sie über den Po zurück und hielt sie in festverschanzten Lagern, um den weiteren Vorstoß nach Italien hinein abzuwehren oder dem Feinde, wenn er keine Lust bezeugte, sich an den Wällen des Lagers die Zähne auszubeißen und vorbeimarschierte, in den Rücken zu fallen. Aber die Cimbern dachten vorläufig gar nicht daran, weiter zu gehen. Das Land bis zum Po war fest in ihrer Hand, und es gefiel ihnen dort ganz außerordentlich gut. Sie schlemmten nach Germanenart und vergaßen, den ihnen in den Schoß gefallenem kostbaren Besitz zu sichern. So mußte sich schließlich ihr Schicksal erfüllen. Auf dem raudischen Felde nicht fern der Stadt Vercelli in Oberitalien, kam es 101 v. Chr. zu einem Entscheidungskampf, der dem Schrecken Roms ein Ende machte. Die meisten fielen oder gaben sich selbst den Tod. Nur wenige konnte Marius triumphierend nach Rom als Sklaven vor sich her treiben. Einige Versprengte aber mögen doch von der Rhone und vom Po den Weg in die rauhe germanische Waldheimat zurückgefunden und dorthin Kunde gebracht haben von dem schnellen Untergang beider Völker. Denn eine Zeit lang sind scheinbar die Germanen nach gleichem Schicksal nicht lüstern.

ERSTE EINIGUNGSBESTREBUNGEN

Sehr früh schon haben geniale Führernaturen bei den Germanen gewußt, welche ungeheure unverbrauchte Volkskraft in den deutschen Stämmen steckte, und Reisen ins römische Reich hatten sie belehrt, daß diese Kraft, in der festen Hand eines klugen

Mannes geeint, den Deutschen die besten Lebensbedingungen sichern mußte. Drei dieser Männer ist eine solche Einigung deutscher Stämme auch gelungen, aber immer nur vorübergehend, solange gemeinsame Not und Gefahr allen Stämmen drohte oder so-

lange sie Erfolge sahen. Ariovist wie Marbod und Armin haben das Ziel richtig erkannt. Aber sie rechneten nicht mit dem völligen Fehlen eines gemeinsamen starken Nationalgefühls, eines stolzen Nationalbewußtseins. Sie griffen der Entwicklung voraus, sie wollten mit glühender Seele Entwicklungsphasen, die naturnotwendig sind, überspringen und endeten, ohne ihrem Ziele näher gekommen zu sein. Ihr Erkennen war klar, ihr Wollen stark und rein, ihr Irren menschlich. Darum steht ihr Name in Ruhm und Ehren auf dem ersten Blatte der deutschen Geschichte.

Ariovist, gleichbedeutend als Feldherr wie als Staatsmann, war der erste, dem eine Einigung germanischer Stämme gelang. Die Volkszahl der germanischen Stämme wuchs. Den Wald zu roden, den Sumpf zu entwässern oder ihre primitiven landwirtschaftlichen Methoden intensiver zu gestalten, dazu fehlte ihnen Geduld und Lust. Immer heftiger tobte der Bruderkrieg um das immer enger werdende Weideland. Einzelne Sippen und einzelne Stämme suchten sich eine neue Heimat und gingen über den Rhein. Mit dem kleinen Häuflein aber wurde die keltische Übermacht trotz moralischer und körperlicher Unterlegenheit leicht fertig. Ariovist erkannte klar, daß es so nicht ging. Daß man als eine starke, wohl-disziplinierte und von einer Hand und einem Kopf zielbewußt geleitete Masse in das begehrte feindliche Land vorstoßen müsse. Seiner zähen Klugheit gelang es, sieben verschiedene Stämme unter seine Führung zu bringen. Mit 15 000 Köpfen ging er im Jahre 71 v. Chr. über den Oberrhein, verjagte die Gallier, die sich ihm entgegenstellten, ohne große Mühe und machte die, die bleiben wollten, zu Sklaven. In 10 Jahren genoß die unter ihm geeinte Völkergemeinschaft auf den Fluren des Elsaß die Segnungen eines friedlichen aber stets zur Abwehr bereiten Lebens. Das leichte Gelingen ließ seine Pläne wachsen. Das ganze nicht römische Gallien mußte den Germanen werden, wenn sie sich in dem Willen, es zu besitzen, einig waren. Aber daran fehlte es wieder. Wohl lockte gallisches Land manchen Germanenstamm, dem die heimatliche Flur immer enger wurde. Aber keiner wollte um deswillen, wenigstens zunächst nicht, freiwillig auf seine Selbständigkeit ver-

zichten. Vielleicht wäre Ariovist doch schließlich zum Ziele gekommen, wenn Rom nicht rechtzeitig die große Gefahr erkannt hätte, die da im fernen Elsaß drohte. Rom schickte seinen besten Mann mit diktatorischen Vollmachten: Gaius Julius Caesar.

Leicht war dessen Aufgabe nicht. Noch lebte der Cimbern- und Teutonen-Schrecken in den Gemütern der Römer. Fluchtartig verließ ein Teil der Offiziere, als es hieß, daß man gegen die Germanen marschieren wolle, die Truppe. Aber auch dieser war der sonst von seinen Soldaten vergötterte Feldherr nicht sicher. Zu einer List mußte er greifen, um den Ausmarsch zu erzwingen. Er kannte aber den Ehrgeiz seiner Legionäre, und so ließ er verkünden, er würde, wenn die anderen nicht mitkommen wollten, mit dem 10. Regiment allein marschieren. Das half, und in Eilmärschen ging es nun nach Norden.

In der Gegend des heutigen Mühlhausen erwartete Ariovist, der die Überlegenheit der römischen Infanterie genau kannte, seinen Gegner in einer gedeckten Stellung. Seine Reiterei war der römischen in dem schwierigen Gelände überlegen, und so hatte er zunächst einen Erfolg. Es gelang ihm hinter die römische Front zu kommen und deren Verbindung mit der Heimat zu bedrohen. Caesar teilte kurz entschlossen sein Heer und sicherte seine Rückzugslinie durch ein fest verschanztes Lager. Der Versuch, es zu stürmen, wurde Ariovists erster Mißerfolg. Schließlich stellte er sich den Römern zu offener Feldschlacht. Keilförmig hatte er die einzelnen Stämme, jeden für sich, aufgebaut, an der Basis in festgeschlossener Reihe die Wagen mit den Frauen und Kindern. Aber auch diese Vorsicht half nichts. Caesar warf seine Kerntruppen auf den Flügel, auf dem Ariovist nicht befehligte, und es gelang ihm diesen zu verwirren und zu schlagen. Diese Teilniederlage riß die Mitte und schließlich auch den anderen Flügel mit. In wilder Flucht stürzten Ariovists Scharen dem Rheine zu. Nur wenige konnten sich über den breiten Strom retten. Unter ihnen war Ariovist, der diesen Schlag nie überwand. Er sah ein, daß gegen Roms Macht nur eine viel größere Zahl germanischer Stämme etwas ausrichten könne und, diese zu einigen, daran verzweifelte er auf Grund seiner guten Kenntnis



DIE HERMANNSSCHLACHT

der deutschen Art. Wie ganz anders hätte es kommen können, wenn die Eigenbrödelei der Stämme sich seiner besseren Einsicht gefügt? Wie ganz anders hätte sich die deutsche Geschichte sicherlich entwickelt, wenn damals ein großer Teil Galliens fest in die Hand einer großen germanischen Volkseinheit gekommen wäre? Ein Gutes allein hat die Niederlage gehabt. Der Rhein wurde von jetzt ab die feste Grenze für die Germanen, über der ein mächtiger Feind stand, den man bald als gemeinsamen erkennen lernen sollte. Das ziellose Schweifen in die Weite mußte aufhören, und im bewußten Gegensatz zum römischen und festischen Wesen prägte sich die deutsche Art schärfer aus.

Zwei Mal hatte Cäsar bereits den Rhein überschritten. In den folgenden Jahrzehnten streckte die römische Eroberungslust immer wieder ihre Hand hinüber nach dem Land jenseits des stolzen Stromes, in dem sich schon eine Reihe römischer Ansiedlungen spiegelte. Bis zur Elbe hatten die Römer ihre Streifzüge ausgedehnt und nirgends ernststen Widerstand gefunden. Denn die Germanen waren unter sich uneiniger denn je. Ein einzelner Stamm konnte keinen Widerstand wagen, und die Eifersucht trieb manchen Stamm sogar dazu, den Römern Vorschub zu leisten. Die Erkenntnis dieser scheinbar unüberbrückbaren Uneinigkeit milderte allmählich die Sorgen der Römer. Sie war ihre starke Hoffnung, wenn sie an die Möglichkeit dachten, des immer noch gefürchteten Gegners Herr zu werden. Bezeichnend dafür ist ein Wort des Tacitus, der die Germanen gut gekannt hat: „Dauern möge der gegenseitige Haß der Völker, auf deren Liebe wir doch nicht rechnen können! Denn da das Verhängnis des Staates herannah, kann uns das Geschick kein besseres Geschenk machen, als die Zwietracht der Feinde!“ Immer mehr setzten sich die Römer in deutschen Landen fest. Sie errichteten Märkte, befestigten Lager und wußten geschickt einen Stamm gegen den andern auszuspielen. Vor allem suchten sie die Söhne der Vornehmen zu gewinnen. Man gab ihnen Offiziersstellen im römischen Heere und suchte ihre Weltanschauung im römischen Sinne zu beeinflussen. Rom war auf dem besten Wege, sich friedlich eine mächtige Provinz zu sichern. Lassen wir darüber einen römischen Geschichts-

schreiber sprechen. „Römische Soldaten lagen dort in Winterquartieren, Städte wurden gegründet und die Barbaren durch römische Sitten wie umgewandelt; Märkte wurden eröffnet und friedlicher Verkehr mit ihnen unterhalten. Doch nicht hatten sie die Sitten ihrer Väter, ihre angeborene Art, ihr freies Leben und die Macht, die ihnen die Waffen gaben, vergessen. Solange sie daher langsam und mit Behutsamkeit umgebildet wurden, empfanden sie die Veränderung ihrer Lebensart nicht drückend und merkten selbst nicht, wie sie anders wurden.“ Daß sie es deutlich merkten, dafür sorgte ein Mißgriff Roms in der Besetzung des Vertreters in den germanischen Gebieten. Tiberius holte gerade zu einem Schlage gegen die Markomannen aus, denen es gelungen war mit anderen Stämmen geeint unter Marbod in dem heutigen Böhmen ein mächtiges Reich zu bilden, das Urzelle für ein großes Germanenreich werden konnte und darum schnell vernichtet werden mußte. Da führte ganz wider Willen das ungegeschickte Handeln seines Stellvertreters Quintilius Varus eine Einigung deutscher Stämme herbei, deren erste Tat das römische Weltreich bis in die Grundvesten erbeben ließ.

Varus war ohne Zweifel eine befähigte, gut durchgebildete Persönlichkeit. Auch ein Mann von starkem Ehrgefühl, sonst hätte er nicht so ruhig die Konsequenzen seiner verfehlten Politik gezogen. Für Armin, den Cheruskerfürsten, aber war er der Mann, der ihm die Durchführung seiner politischen Pläne ermöglichte. Nach einer glänzenden Laufbahn im Staatsdienst hatte er sich auf dem schwierigen Posten des Statthalters in Syrien außerordentlich bewährt. Ein tüchtiger Jurist und ein guter Offizier, der „mit Schneid“ durchzugreifen verstand. Hier aber war er durchaus fehl am Ort. Der Orientale, der sich wohl fühlt unter energischer Leitung, war etwas ganz anderes als die Germanen mit ihrem bei all ihrer sonstigen Gutmütigkeit starren Selbstbewußtsein. Varus kannte aber oder machte jedenfalls in der Praxis der Verwaltung keine Unterschiede. Genau so, wie an sich hervorragend tüchtige Beamte im Preußen der Vorkriegszeit in der Ostmark und in Schleswig-Holstein. Er trat starr „militaristisch“ mit einer gewissen überlegenen Unnahbarkeit auf

und griff vor allem rücksichtslos in die Rechtsprechung ein. Ihm galt allein das römische Recht, das der alteingewurzelten Rechtsanschauung der Germanen in den meisten Punkten widersprach. Die Germanen verstanden die Kniffe und Winkelzüge des römischen Rechtes einfach nicht. Ihnen schien das, was Recht sein sollte, Unrecht und Betrug. Man haßte zunächst das fremde Recht und dann die, die es sprachen und ihrem Spruch Geltung zu verschaffen wußten. In allen Stämmen, wo römische Sachwalter sich betätigten — und das war überall in der römischen Interessensphäre — gährte es, und überall bekamen die weisichtigen Elemente, deren Rede, daß Rom der gemeinsame, zu vertreibende Feind sei, bisher immer wirkungslos verhallte, die Oberhand.

Armin, der jugendliche Cheruskfürst, sah nun seine Stunde gekommen. Er hatte daheim viel Unbill erdulden müssen wegen seiner deutschen Gesinnung. Jetzt erschien er allen als der gegebene Führer. Er kannte Roms Macht und die Schwächen seiner Landsleute genau. Sehr jung schon war er im römischen Heere Offizier und sogar „*equus Romanus*“ (römischer Ritter) geworden. Klug hatte er den Eindringlingen seine wahre Gesinnung verborgen und galt ihnen als zuverlässig. Aber in klarer Erkenntnis der Sachlage wußte er, daß offene Rebellion nicht zum Ziele führen würde. So wählte er die schärfste Waffe des Gegners: die List. Nicht, weil er eine Odysseus-Natur war, die oft z. B. aus Bequemlichkeitsgründen den Winkelzug wählt, sondern aus der klaren Erkenntnis, daß anders keine Rettung sei. Der allgemeine, ziemlich spät aufgetretene Haß gegen alles Römische machte ihm das Einigungswerk leicht. Mit kühler Ruhe lockte er, nachdem er seiner Leute sicher war, den Feind in den Teutoburger Wald, um ihn dort zu vernichten. Ein Aufstand an der Weser wurde fingiert, und der sonst so kluge Varus lief blindlings in die Falle. Das Ergebnis war die völlige Vernichtung eines stolzen Heeres von mindestens 30 000 Mann. Die besondere Bedeutung der Schlacht im Teutoburger Walde ist die Hebung des deutschen Selbstbewußtseins. „Auch das Römerheer in schimmernder Waffenpracht ist nicht unbefleglich.“ Diese Überzeugung gab den

Deutschen zum ersten Male Nationalstolz. Leider vergaßen sie dabei, daß die Kraft des Feindes nur dadurch gebrochen wurde, daß man endlich einmal gemeinsam vorging.

Marbod, der Markomannenkönig, gegen den Rom Vernichtungspläne schmiedete, hätte sich doch eigentlich dieses Erfolges der Stammesgenossen freuen müssen. Ihm kam aber eher ein Unbehagen an, wenn er die durch den Erfolg so fest zusammengeschweißte Einheit vieler deutscher Stämme sah. Armin bot ihm ein Bündnis an — man konnte ja nie wissen, was Rom nach dieser Niederlage tun würde — aber Marbod lehnte ab. Die Verhältnisse spitzten sich so zu, daß es über kurz oder lang einmal zu einer blutigen Auseinandersetzung kommen mußte. Armin, der Strahlende, war ein Führer freier Stämme. Seine Macht beruhte auf dem Vertrauen dieser Stämme, das der große Erfolg zunächst außerordentlich verstärkt hatte. Marbod war kein Volkskönig, sondern ein absoluter Herrscher, der seine Völker auch gegen deren Willen regierte. Jeder von beiden hatte die Notwendigkeit der Einigung der germanischen Stämme erkannt, aber jeder hielt seine Art, die Stämme geeint zu halten, für die richtige und wollte sie dem anderen aufzwingen. Als der äußere Druck von Rom nachließ — Tiberius hatte klug geraten, daß man die Deutschen ihren eigenen Zwistigkeiten jetzt überlassen müsse (Tacitus, Annalen II, 26) — wurde das Auseinanderstreben immer deutlicher, und nun kam es zum ersten Male zu einer wirklichen Schlacht zwischen Deutschen. Schon früher hatte der Deutsche mit dem Deutschen das Schwert gekreuzt. Aber das waren meist Stammes- und Geschlechter-Fehden, an denen nur ein kleiner Teil beteiligt war. Hier aber standen sich zum ersten Male in der Geschichte große Gruppen germanischer Stämme in offener Feldschlacht gegenüber. Eine Entscheidung der Schlacht wurde nicht erzielt. Aber eins stand fest: in Wirklichkeit hatte sie Marbod verloren. Seine zum Teil nur gezwungenen Bundesgenossen und Untertanen fielen in Scharen ab. Marbod nahm keine neue Schlacht mehr an, er zog mit der immer sich vermindernden Armee nach Böhmen. Die eine Niederlage hatte sein mit Klugheit und Energie gebildetes Reich mit einem Schlage vernichtet. Volk auf Volk, das

er geknechtet, fiel von ihm ab und er verlor sich selbst. In der Verzweiflung erbat er Hilfe von Rom. Der jüngere Drusus kam im Auftrage von Tiberius, machte Versprechungen und schöne Worte und schürte zugleich insgeheim Marbods Völker gegen den verhassten König. Kamplos wurde der einst so Mächtige mit Hilfe der ersten Geschlechter seines Volkes verjagt und mußte ein Asyl bei den Römern suchen, gegen die er einst seine Völker gesammelt. Tiberius empfing ihn wie einen Gastfreund und König und wies dem völlig Gebrochenen Ravenna zum Aufenthalt an. Tiberius war vorsichtig. Der kranke Löwe konnte wieder gesunden. So hatte er ihn sicher in der Hand und war einer begründeten Sorge ledig.

Aber auch der erfolgreiche Armin wurde ein Opfer des unentwickelten Nationalsinns. Er wußte, daß nur eine starke Einheitsfront die errungenen Erfolge sichern konnte und daß die in ihr vereinigten Stämme eine feste Führung haben mußten. Als ihm der Sieg über Marbod weitere Machtfülle gab, wollte er diese dauernd festigen. Nicht aus Herrschsucht sondern, weil es ihm immer klarer wurde, daß in der Stunde der Gefahr eine zentrale Gewalt da sein mußte, wollte er Herzog oder König sein. Die Fürsten und Geschlechter hatten aber noch nicht diese Erkenntnis. Sie fürchteten für ihre Selbständigkeit und ihre Rechte und setzten solchen Beginnen erst passiven und dann, als Armins Macht nicht

zu schwinden schien, auch aktiven Widerstand entgegen. Man sank so tief, daß man den Chattenfürsten Abgandestrius beauftragte, beim Todfeinde Rom Gift zur Beseitigung Armins zu erbitten. Tiberius war zu klug, um sich so eines gefährlichen Feindes zu entledigen. Ihm hatte die Bitte enthüllt, daß wieder einmal Bruderkriegs-Stimmung in Deutschland sei und die war ihm wertvoller als Armins Tod. Die Spannung wuchs, als Armin zum Besten aller beteiligten Stämme die Einheit erzwingen wollte. Stammesfehden für oder wider Armin kamen in Gang. Sie endeten schnell, als die eigenen Verwandten zu Mordmördern wurden an dem Befreier Deutschlands. Schnell rächte sich die unvernünftige Bluttat. An sich selbst gehen die Cherusker, die nur durch ihn heute noch in der Geschichte leben, an innerem Zwist zugrunde und verschwinden vom historischen Schauplatz. Armin aber wird das Heldengenie der Nation. Kein Heldenlied kündigt seinen Namen. Aber er lebt dennoch in Sage und Dichtung. Zu der strahlenden Siegfried-Gestalt ist sicher er das Vorbild gewesen. Roms Schriftsteller wußten seine Bedeutung besser zu werten. Die Einigung der deutschen Stämme war ihm nicht gelungen. Aber eins blieb der Erfolg seiner zielbewußten Arbeit: Deutschland rechts vom Rhein war frei. Verfloren war der Römer Traum, sich Deutschland als Provinz zu unterwerfen.

DIE VÖLKERWANDERUNG

Der Kampf mit Rom und um Rom ist in vielen guten Büchern ausführlich und klar geschildert worden. Dort kann jeder, der näheres von diesem gigantischen Kampf erfahren möchte, ihn in allen Phasen verfolgen. Wir wollen nur, um den Faden fortzuspinnen, darauf hinweisen, daß in der sich fast über ein halbes Jahrtausend erstreckenden Völkerwanderung die Germanen fast in alle Teile des sterbenden römischen Reiches eindringen und sich da auch verschiedentlich für längere Zeit sesshaft machen. Jedem wird es einleuchten, daß das gesonderte Durchziehen fremder Länder nicht gerade geeignet war, das an sich so schwache Nationalbewußtsein der Deutschen zu stärken. Mit dem

mit der Heimat verlorenen Heimatgefühl schwand auch immer mehr das Bewußtsein, Glied einer großen Volksgemeinschaft zu sein. Darum mußte auch der Versuch des großen Theoderich, alle um das Mittelmeer liegenden neuen Germanenstaaten unter seinem Zepter zu einen, mißglücken. In fremden Ländern in steter Nachbarschaft mit fremden Völkern verloren die einzelnen Stämme viel von ihrer Eigenart. Aber eins blieb lange allen Germanen gemeinsam: Sentart und Götterglaube. Nur schwer hat das Christentum bei ihnen Eingang gefunden. Heute noch finden wir im Volksglauben und vor allem im Aberglauben altgermanische heidnische Elemente. Daß einzelne Stämme

schließlich sich zu Christus bekannten, während andere der Väter Glauben treu blieben und die Abtrünnigen verachteten, das verstärkte das Trennende, die Volkseinheit Hindernde. Der Gote Wulfila — als Ulfilas steht er im Buche der Geschichte — war der überragende Mann, der es verstand in zielbewußter Arbeit die Deutschen, oder besser gesagt einen gewichtigen Teil der Deutschen dem Christentum zuzuführen. Er wurde geboren zu Anfang des 4. Jahrhunderts als sein Volk schon auf der Wanderschaft war. In dem Gebiet der unteren Donau, das Sereth und Pruth durchströmen, hat er den ersten Schrei getan. Viele bezweifeln, ob er trotz seines deutschen Namens ein Germane war. Seine Ahnen stammen aus Kappadozien, aus Klein-Asien und hatten von da ihr Christentum mitgebracht. Ob er nun Germane war oder nicht, deutsche Art hat er jedenfalls verstanden. Er wußte, daß man den Deutschen die Heilslehre

so bringen mußte, daß sie ihrer Wesensart nicht widersprach. Also nicht ein Gottesdienst und ein Evangelienbuch in einer fremden, der großen Masse unverständlichen Sprache, sondern bei scharfer Bekämpfung alles Unchristlichen eine Religion, zu der man sich, weil man sie so leicht faßte, gern und treu bekannte. Ulfilas' geniale Bibelübersetzung war das wirksamste Hilfsmittel zur Belehrung. Mit ihr gab er nicht nur seinen Missionaren den wichtigsten Helfer, sondern seinem Volke eine Schrift und eine Schriftsprache. Die arianische Form des Christentums, den Germanen besonders gelegen, setzte sich durch ihn bei fast allen Germanen, mit denen die Goten in Berührung kamen, durch. So war ein gutes Fundament für eine nationale Kirche geschaffen, auf dem sich aber leider durch die Wirrnisse, die den wandernden Germanen nicht erspart bleiben konnten, kein stolzer Bau erhob.

D I E F R A N K E N

Nichts war von Dauer, was die Volkskraft der Germanen auf ihren Wanderungen schuf. Das mächtige Reich, das sich die Vandalen in Nordafrika geschaffen, zerfiel. Auch des großen Theoderich scheinbar so fest gefügtes Reich hatte keinen Bestand. Das zerlegendes Element war die römische Kultur, die dem eigenen Volke keine Kraft mehr zu geben vermochte, den wesensanderen Germanen aber nur Schaden brachte. Sie konnten diese Kultur, die keine Träger mehr hatte, nicht übernehmen und gingen an ihr zugrunde. Im Kampf um das Erbe des Römerreiches starben schließlich an ihm auch die Sieger. Amalrich gab zwar den Westgoten nach Theoderichs Tode die Selbständigkeit wieder. Aber er wurde ermordet, und keiner Familie gelang es, dauernd die Führerrolle zu spielen. Blutige Geschlechterfehden schwächten die Geschlossenheit des Stammes. Erst mit Hilfe der römischen Kirche, der Reccard seine Westgoten zuführte, gelang wieder eine äußere Befestigung der Macht. Eine äußere; denn von da ab waren die römischen Geistlichen die wirklichen Lenker von Land und Volk. Sie stürzten und strafen

Beamte und Edle, und selbst die Könige waren ohne ihre Hilfe des Thrones nicht sicher. Dennoch hat der Westgotenstaat dadurch sich noch lange halten können, bis das Schwert der Araber ihm 711 ein Ende machte.

Die Ostgermanen hatten sich auf ihren Wanderzügen verblutet. Inzwischen waren die Westgermanen, die lange am Rhein gesessen hatten und mit der wachsenden Schwäche des römischen Reiches fast widerstandslos ein Nachbargesbiet nach dem anderen in Besitz genommen hatten, erstarrt. Sie hatten nicht mehr den unseligen Wandertrieb. Bei den Römern hatten sie die Vorteile der festen Siedelung und der geordneten Feldwirtschaft gelernt. Man baute Dörfer mit festen Häusern und wußte den Boden so zu nutzen, daß er in jedem Jahre neue Ernten lieferte. Nicht zwang sie mehr verständnisloser Raubbau nach kurzem Verweilen neues Acker- und Weideland zu suchen. Von ihnen waren die Franken berufen, für die Zukunft Träger und Verteidiger germanischer Vormachtstellung zu sein. Am Rhein hatten die Franken gesessen und in den Tälern der Ruhr und der Lahn bis nördlich zu den Gebieten der Thüringer. Sie hatten

erst alle Kinderkrankheiten germanischer Art durchmachen müssen. In blutigen Sippenfehden sich bekriegend wurden sie nur in der Abwehr eines gemeinsamen Feindes zu Bundesgenossen, bis schließlich eine harte Hand die Volksglieder dauernd einte. Chlodowich (466—511) hieß der starke Mann, der dem mächtigen Frankenreiche die festen Fundamente schuf. Daß sein Einigungswerk von Dauer war, lag darin begründet, daß die Franken trotz Bruderzwist und Geschlechterfehde ein stark ausgeprägtes Gemeinsameitsgefühl hatten. Sie hatten von der römischen Kultur alles Gute übernommen, ohne dadurch schwächer zu werden. Im Gegenteil, sie setzten die Tradition des großen Römerreiches fort, schon aus dem Gefühl heraus, daß der Franke — der gleiche Glaube war des Römerreiches stärkste Kraft gewesen — unbesieglich sei. Chlodowich war 15 Jahre als ihn die Mannen seines Vaters zum König kürten. Fünf Jahre legte er seinen hochfliegenden Plänen Flügel an, übte sein Waffenvolk und suchte der Gegner Schwächen zu erkunden. Sein erster Vorstoß galt der nur noch scheinbaren Römerherrschaft in Gallien. Sie zerfiel beim ersten Ansturm und gab ihm das Land bis zur Loire. Dann wandte er sich nach Osten und schlug die Thüringer, um nach einem weiteren siegreichen Zuge gegen die Alemannen scheinbar keinen ernstesten Gegner mehr zu haben. Nicht leicht war dieser letzte Sieg errungen. Wie sehr der König selbst an seinem Siege gezweifelt, geht aus dem Gelohnis hervor, das er in der Schlacht tat, ein Christ zu werden, wenn ihm der Christengott zum Siege verhelfe. Er hat nach der gewonnenen Schlacht sein Versprechen eingelöst und sich taufen lassen. Innerlich hat ihn die Taufe nicht gewandelt. Die z. Z. krummen Wege, die er gehen mußte, um mit brutaler Kraft das Frankenreich zu zimmern, waren gar nicht christlich. Mord und Vergewaltigung waren oft angewandte Hilfsmittel seines grausamen Systems. Da ihm das Christentum fremd blieb, überließ dieser geniale Staatsmann, welche einigende Kraft eine nationale Staatskirche den Franken gegeben hätte. Er schloß sich der römischen Kirche an und gab damit ein gut Teil seiner Königsmacht aus den Händen. Aber in dieser Hinsicht dachte er nur an das Nachfolgende.

Ihm war es vor allen Dingen erwünschter Anlaß als römischer Christ gegen die seinen Plänen im Wege stehenden Westgoten, die Arianer waren, zu Felde ziehen zu können. Sein Sieg über die Westgoten bekam dadurch dauernde Bedeutung, daß in ihm die von dem arianischen Westgotenkönig unterdrückten Bischöfe, die in den Städten viele Anhänger hatten, den Befreier sahen. Bis auf einen kleinen Teil im Süden stand ganz Gallien und große Teile Deutschlands vom Ober- und Niederrhein bis zu dem Lande der Thüringer bei seinem Tode unter seinem Szepter. Aber der weitschauende Einiger dieses gewaltigen Reiches hatte nichts getan, um seinen Bestand zu sichern. Nicht in die Hand eines seiner Söhne legte er die Herrschaft, sondern das mächtige Reich wurde unter seine 4 Söhne geteilt. Es folgte nun eine Zeit innerer Spaltungen. Sittenlosigkeit, die doch den Germanen so fremd gewesen, und rohe Grausamkeit herrschten beim Hof, beim Adel und bei den Mannen. Doch konnte das tiefe sittliche Niveau der Merowingerzeit die nationale Einheit der Franken nicht zerstören, bis das Geschlecht der Karolinger dem Volk und Lande den Mann gab, der es zu höchster Höhe führen sollte.

KARL DER GROSSE

Pippin, der Sohn Karl Martells, hatte dem Scheinkönigtum der Merowinger ein Ende gemacht und sich zum König der Franken salben lassen. Mit großem Geschick hatte er in rastloser Arbeit die Erfolge seines Vaters befestigt und ausgebaut. Dem Reiche waren die natürlichen Grenzen gegeben und diese gesichert. Die unter dem schwachen Merowinger-Regiment zu selbstherrlich gewordenen Grundherren waren in ihre Grenzen gewiesen. Die Feinde des Glaubens im Reichsgebiete waren „zu Kreuze gekrochen“. Aber der alte Brauch, mit dem er auch nicht brach, das Reich unter mehrere Söhne zu teilen, hätte auch sein und seines Vaters mühsames Lebenswerk gefährden können. Zwischen seinen Söhnen, dem schwächeren Karlmann und dem hochbegabten Karl verschärften sich bald die Gegensätze, die schließlich zu einem Bruderkriege führen mußten. Da starb Karlmann, und der fünfundsiebenjährige Karl wurde Alleinherrscher. Uebertragende geistige und körperliche Kräfte be-

fähigten ihn, der wirkliche Gründer Deutschlands zu werden. Karl, dem schon die Zeitgenossen den Beinamen „der Große“ gaben, wurde der Vater einer neuen Zeit, der „Träger der mittelalterlichen Weltordnung des 9. bis 15. Jahrhunderts“ (Lamprecht). Es war „das verdienstliche Werk Karls des Großen, daß er weltliche und kirchliche Interessen zu jener Einheit verbunden hatte, die erst die schwersten Kämpfe von den Zeiten Gregors VII. bis auf Luther zu lösen vermochten“ (Lamprecht). Durch Jahrhunderte hat die Persönlichkeit des großen Kaisers in der Erinnerung des deutschen Volkes fortgelebt. Alles, was gut war am alten Verwaltungssysteme sollte von ihm stammen. Er suchte die Vermittlung zwischen antiker Tradition und germanischer Eigenart, deren geringes kulturelles Niveau er klar erkannte. Die Kirche schien ihm dafür der beste Vermittler zu sein. So pflegte er die Beziehungen zur Kirche — und Kirche war ihm die römische Kirche — zeit seines Lebens aufs eifrigste. Ihm, dem Augustins Buch vom Gottesstaate Lieblingslektüre war, schwebte als Ideal-Staat ein Gottesstaat vor, in dem die kirchlichen Führer Mitregenten sein sollten. Aber das Kaisertum, das an jenem denkwürdigen Weihnachtstage des Jahres 800 Gestalt gewann, war kein nationales Kaisertum, wie es vielen schien. Es war lediglich ein Versuch das römische Kaisertum zu erneuern. Das war aber so undeutsch wie die Errichtung eines Gottesstaates. Denn dieses Reich war nicht nur eine enge Verbindung von Germanen und Römern, sondern auch ein Zusammenschluß eines

Staates, der national sein oder, besser gesagt, werden wollte mit der römischen Kirche, die ihrer Wesensart gemäß international sein muß. Auf die keimende Entwicklung eines Nationalgefühls mußte beides schädlich wirken, wie es sich ja auch in der Folge gezeigt hat. Daß die Kirche diese zentralistischen Bestrebungen unterstützte, war verständliche Klugheit. Eine starke königliche Zentralgewalt war der Kirche bester Schutz und ihre stärkste Stütze. Daß der Staat zu solcher straffer Zentralisierung noch nicht reif war, bewies der schnelle Zerfall dieses Einheitsstaates, sobald der starke Hepterträger fehlte. Mit politischem Scharfblick betrieb Kaiser Karl die Erweiterung seines Reiches. Es sind sicher nicht allein religiöse Gründe gewesen, aus denen er seine Kriege gegen die Sachsen führte. Das Ergebnis hat dem Staate sehr genützt. Der letzte große germanische Heimatstamm wurde Glied des Frankenreiches.

Karl der Große hat auch gewußt, daß ein Hindernis der nationalen Einheit das verschiedene Recht war. Darum suchte er mit den Kapitularien ein Einheitsrecht zu schaffen. Das gelang nicht ganz. Das Gewohnheitsrecht blieb stärker und wirkte bei der breiten Masse dezentralisierend. Auch seine Bestrebungen, ein einheitliches nationales Schulwesen zu begründen und eine Einheitsprache einzuführen, hatten auf die Dauer keinen Erfolg. Aber trotzdem vieles nicht von Bestand war, der Gedanke der deutschen Einheits-Monarchie, den er glanzvoll verwirklichte, ist seit seiner Zeit nie wieder ganz in Vergessenheit geraten.

DIE SÄCHSISCHEN UND SALISCHEN KAISER

Auch Karl der Große hatte den Fehler gemacht, das mühsam geeinte Reich unter seine Söhne zu verteilen. Ludwig bekam den Südwesten, Karl den Norden und Pippin den Südosten. Von den 3 Teilen des Reiches, deren Grenzen der Vertrag von Verdun 843 bestimmte, wurde der deutsche am schnellsten eine staatliche Einheit, weil die Glieder Blutsverwandtschaft einte. Wir können bei der interessanten Geschichte der sächsischen und

salischen Kaiser nicht lange verweilen. Uns kümmern nur die Umstände, die Etappen sind vom alten zum neuen Deutschland.

919 wurde der Sachsenherzog Heinrich zum deutschen Königerwählt. Als Heinrich I. einer der stärksten Führer des deutschen Volkes. Nur durch 2 von 5 Stämmen war er gewählt worden, aber er lehnte trotzdem die ihm gebotene Hilfe der römischen Kirche ab. Er wußte, daß Gefälligkeiten verpflichten, und er wollte unabhängig sein; ein Laienfürst, der

sich durch greifbare Erfolge auch die Stimmen derer, die ihn nicht gewählt, nachträglich erwerben wollte. Seine Wahl, die sich als glücklich erwies, sicherte zwar das Recht der Großen im Reiche, den König zu wählen. Aber mit diesem Nachteil, der in einer Stärkung der partikularistischen Kräfte bestand, brachte die neue nicht erhebliche Stellung des Königs doch mancherlei Vorteile. Dem Tüchtigsten, der nicht immer der Sohn des Königs zu sein brauchte, fiel, wenn die Großen im Lande nur richtig und gut wählten, die Herrschergewalt zu. Die den nationalen Einheitsstaat hemmende Teilbarkeit des Reichsgebietes für die Erben fiel damit weg. Das Reich, das Heinrich mit Erfolg leitete, war keine Monarchie in der Art des römischen Kaiserreiches. Seine Gestaltung ist am besten zu vergleichen mit dem von Bismarck 1871 geschaffenen neuen deutschen Reiche. Es war ein Bund souveräner Stammestaaten, von denen jeder einzelne eifersüchtig seine Reservatrechte zu wahren suchte. Es ist bezeichnend, daß am Anfang der politischen Geschichte Deutschlands der „Bundesstaat“ steht. Aber durch diese Form des Staates vollzog sich die Annäherung der in ihrer Art noch sehr verschiedenen Stämme leichter als sie sich mit Gewalt vollzogen hätte. Gemeinsamer Reiterdienst und gemeinsame Feldzüge ließen die Eigenart des für die gleiche Sache gegen den gleichen Feind fechtenden Bundesgenossen in freundlicherem Lichte erscheinen. So wuchsen mit den Stämmen die älteren und neueren Teile des Reiches immer mehr zusammen, und es gab für alle Deutschen den Italienern und den kulturell sehr tief stehenden Slaven gegenüber ein gemeinsames Gefühl der Überlegenheit, das man vielleicht als Nationalstolz bezeichnen könnte. Ein nationales Bewußtsein war damit noch keineswegs verbunden.

Dem klugen, mäßigen Heinrich folgte sein Sohn Otto, eine leidenschaftliche und energische Natur. Otto I. erkannte die Gefahren, die im Partikularismus für die Zukunft des Reiches lagen. Was er schaffen wollte war ein Beamtenstaat mit einer starken Zentralgewalt. Die partikularistischen Gewalten leisteten natürlich starken Widerstand. Was dem kraftvollen Manne schließlich zu schaffen gelang, war ein

Lehnsstaat, in dem die Stammesherzöge und die erblichen Beamten (Gaugrafen) eine bedeutende Rolle spielten, aber keine zentrale Einheitsmonarchie. Dafür verwirklichte er einen anderen Plan, der von seinem politischen Weitblick zeugt. Er schuf eine Reichskirche und sicherte sie und den Staat dadurch, daß er die Würdenträger der Kirche zu Reichsbeamten und Lehnsträgern des Reiches machte. Das an sich undeutsche Lehnswesen wuchs sich immer mehr zu einer Gefahr oder doch wenigstens zu einem Hemmschuh der Zentralgewalt aus. Vor allen Dingen stärkte die mehr und mehr üblich werdende Erblichkeit der Lehen den Partikularismus. Bei der Ehelosigkeit der Priester fiel diese Erblichkeit weg, und der König konnte bei den Neubesetzungen partikularistischen Bestrebungen erfolgreich entgegenarbeiten. Aber diese Form der staatlichen Kirche barg deshalb eine Gefahr in sich, weil sie kein in sich geschlossenes Ganze war mit einer eigenen Leitung, sondern nur ein Teil der römischen Kirche, immer dem Wunsch und Willen des Papstes unterworfen. Darum erstrebte Otto die unumschränkte Macht über die Kirche. Das war aber nur möglich, wenn der Papst innerhalb des Reiches als dessen erster Bischof lebte. Darum mußte versucht werden, das römische Kaiserreich wieder zu erneuern und vor allem Italien fest in die Hand zu bekommen. So entstand schließlich das Heilige römische Reich deutscher Nation, das den deutschen Völkern Ströme von Blut gekostet hat, ohne ihnen dafür wirklichen Gewinn zu bringen. Dies unnatürliche Gebilde eines Staates, dessen Name schon seine Zwiespältigkeit beweist, hat sich Jahrhunderte lang gehalten und den Blick der deutschen Kaiser vom Heimatlande weg immer wieder über die Alpen nach Italien gelenkt. Und daheim hat man die wichtigsten Aufgaben, die natürliche Ausbreitung nach Westen und vor allem nach Osten vernachlässigt. Auch der Partikularismus wurde dadurch erheblich gestärkt, daß das deutsche Volk für diesen römischen Kaiserstaat, der ihm nichts brachte als Lasten und Opfer und von dessen Weltmachtgeltung es sich keinen Begriff machen konnte, gar kein Interesse bezeugte, um so mehr aber in der Stammesgemeinschaft die Aufgaben der engeren Heimat zu lösen sich bemühte.

Die Römerzüge haben aber doch einen Vorteil für die nationale Entwicklung gehabt. Die Deutschen wurden sich im fremden Lande unter einer fremden Bevölkerung bewußt, daß sie trotz aller Stammesverschiedenheit in Wirklichkeit ein Volk, eine Nation seien. Innerhalb des Reiches wurde dieses Bewußtsein dadurch geschwächt, daß es eine nationale Abgrenzung gegen fremdvölkische Reichsteile nicht gab. Auch war das Deutsche nicht die Reichssprache. Das internationale Latein des Römerreiches vertrat seine Stelle nicht nur im Verkehr der sprachlich verschiedenen Völker, sondern auch in Deutschland. Hier sprachen und schrieben die Gebildeten in lateinischer Sprache, dachten wohl auch in ihr, da selbst die deutschen Dichter ihre Gefühle in die Form des lateinischen Verses gossen.

Im 11. Jahrhundert kam dann eine Bewegung, die in ihren Auswirkungen Deutschland vielleicht eine Staatskirche hätte schenken können. Von einem burgundischen Kloster ging sie aus und erstrebte, den Papst zum Herrn der Welt zu machen an Stelle des Kaisers. Der hohe deutsche Klerus, dessen Glieder ja alle zugleich deutsche Fürsten waren, wehrte sich gegen diese kirchliche Reformbewegung. Es wäre vielleicht zu einem Bruch mit Rom und zu einer deutschen Nationalkirche gekommen, wenn nicht der Kaiser selbst — Heinrich II. war es — dieser bischöflichen Opposition entgegengetreten wäre und damit eine fast geschenkte feste Stütze des Reiches vernichtet hätte.

Der erste Salierkaiser Konrad II. erkannte die Gefahren dieser Bewegung für die Machtstellung des Reiches. Er suchte darum nach neuen anderen Stützen für die Macht der Krone. Viel tat er für die Kräftigung des nationalen Einheitsstaates. Die sah er vor allem in einer Erblichkeit der Krone und dann in der Schaffung einer Beamten-Klasse als Gegengewicht gegen die immer selbstbewußter auftretenden Lehnsfürsten und die durch die neuen Bestrebungen nicht mehr ganz sichere Geistlichkeit. Gegen die Erblichkeit der Lehen, die bei den großen Lehen durchweg üblich geworden war, vermochte er trotz aller seiner Energie nichts mehr zu unternehmen. Seine Klugheit aber riet ihm einen anderen Schachzug. Da er die Erblichkeit nicht hindern konnte, erkannte er sie an und zwar — was die Macht der großen

schwächen mußte — auch bei den kleinen Lehnsträgern. Sein Sohn Heinrich III. hatte zwar äußerlich große Erfolge, die aber für den Staat und die Kaisermacht auf die Dauer von Schaden waren. Sein Streben war weniger der nationale Einheitsstaat als die Welt Herrschaft. Statt sie ausüben zu können, verlor er Ungarn und die Normannenländer. Den kirchlichen, für das Reich schädlichen Sonderbestrebungen setzte er in völligem Mangel an Weitblick keinen Widerstand entgegen; er, der 3 Päpste abgesetzt und vier deutsche Bischöfe mit der dreifachen Krone hatte krönen lassen. Was nützte es ihm, wenn es ihm gelang, neben dem Bestätigungsrecht des Papstes auch das Ernennungsrecht zu gewinnen? So schuf seine Kurzsichtigkeit mit das unabhängige Papsttum. Schrofne Konflikte mit den Fürsten und dem hohen Adel beraubten ihn einer weiteren Stütze. Auch für die Entwicklung der Städte, deren in sich geschlossene Kraft ihm wohl hätte helfen können, zeigte er kein großes Interesse. Als er starb, war sein Sohn Heinrich IV. ein 6jähriger Knabe. Die Kaiserin Agnes, seine Mutter, war eine hochgebildete aber zu gütige und willensschwache Frau. Die schwere Hand ihres Gatten hatte zu hart auf den Großen des Reiches gelegen, als daß sie nicht die günstige Gelegenheit benützt hätten, dauernd die Macht an sich zu reißen. Um dem Knaben allen Einflüssen zu entziehen, die den Fürsten nicht günstig waren, riß man ihn aus seiner Mutter Armen, und er fand bei Anno von Köln am bischöflichen Hofe eine strenge aber gediegene Erziehung. Der junge Königssohn aber ließ sich nicht so leicht in ein ihm fremdes Format pressen. Fröh schon wird er die Gefahren des Fürstenbundes, den Anno von Köln führte, für die Königsmacht erkannt haben und so gehörte das Herz des Jünglings schon bald dem geistvollen lebenslustigen Bremer Bischof Adalbert, dessen Streben dahin ging, den Glanz der Königskrone wieder heller strahlen zu lassen. Der 20jährige wurde König, und er war es ganz.

Den sächsischen Fürsten, die gleich zu Anfang seine Herrschermacht schwächen oder wenigstens beeinträchtigen wollten, zeigte er das scharfe Schwert. Nicht leicht war der Kampf, da die Partikularisten viel offene und geheime Unterstützung fanden. Als er die salische Königsherrschaft wieder stabilisiert, blühte dem jungen

Herrscher gleich ein neuer Kampf, der umso gefährlicher wurde, weil die in ihre Schranken gewiesenen Fürsten und Adligen insgeheim auf der Seite des Segners standen. Dieser Segner war der Papst. Die Kurzsichtigkeit seiner Vorgänger hatte allmählich die immer mehr international werdende Macht des Papsttums erstarken lassen. Die schwache Mutter hatte es geduldet, daß die Papstwahl ausschließlich den Kardinal-Bischöfen gegeben und ihr dadurch völlige Unabhängigkeit von der weltlichen Macht gesichert wurde. Als Heinrich IV. noch damit beschäftigt war, dem Adel seiner Lande seine Befähigung zum Führer und Herrscher zu beweisen, hatte ein deutscher Mönch, Hildebrand mit Namen, sich als Gregor VII. die Tiara aufs Haupt gesetzt. Gregor, ein Mann von hohen Geistesgaben und einer außerordentlich starken Energie, wollte den Einfluß der weltlichen Macht auf die Kirche ein für alle Mal beenden. Heinrich IV. kam es bei diesem Kampfe nicht nur darauf an, die Macht der Krone gegenüber dem geistlichen Herrschaftswillen zum Siege zu verhelfen, sondern er trat auch bewußt auf als Kämpfer einer nationalen Sache gegenüber der internationalen Herrschaft, die der Papst erstrebte. Und es muß wieder mit Bedauern festgestellt werden, daß die Völker seines Reiches, die sich ja in ihren Fürsten verkörpert, diesen nationalen Kampf nicht verstanden und sich ziemlich offen auf die Seite des Segners schlugen. Papst Gregor wußte diese Bundesgenossen klug zu benutzen. Er schleuderte den päpstlichen Bannstrahl nach des Königs Haupt und unterstützte mit allen ihm zu Gebote stehenden geistigen und materiellen Mitteln die Wahl eines Gegners. Heinrichs Macht begann ins Wanken

zu kommen. Nur die Städte, deren verständnisvoller Förderer er immer gewesen, hielten treu zu ihm und gewährten ihm Asyl. Auf die Dauer aber hätte er die Krone so nicht behaupten können. Da entschloß sich der kluge Politiker zu einer unerhörten Tat. Man hatte ihm ein Jahr Frist gegeben, sich vom Banne zu entführen. Die Lösung vom Banne war aber nur durch tiefste Demütigung vor dem Papste zu erreichen. Heinrich IV. tat seinen so berühmt gewordenen Canossa-Gang in dem vollen Bewußtsein dadurch nichts von seiner ritterlichen Ehre zu verlieren, weil ihm diese Schmach einen großen politischen Erfolg brachte. Drei Tage und drei Nächte stand er im Büßergewande harrend vor Canossas Mauern. Nachdem er aber so gebüßt, durfte ihm der Stellvertreter Gottes auf Erden Versöhnung und Verzeihung nicht versagen, und sein Königtum war nicht mehr anzutasten. Heinrich IV. hat in einer fast 50jährigen Regierung trotz des vielen Blutes, das um ihn geflossen ist, für Deutschland viel Segensreiches gewirkt. Daß die Macht des Königtums nicht schon jetzt, wie es eigentlich nach der falschen Politik seiner Vorgänger zu erwarten gewesen wäre, zusammenbrach, sondern erst eineinhalb Jahrhunderte später, ist das Verdienst seiner genialen Führerbegabung, die dem Staate das Gefühl der Einheit gab. In diesem nationalen Einheitsstaate fand sich nun auch endlich wieder Platz für die deutsche Schriftsprache, die bisher durch die lateinische Sprache völlig unterdrückt worden war. Diese Einheit der Schriftsprache bewirkte auch eine Abschwächung der sich so schroff gegenüberstehenden deutschen Dialekte und trug auch so dazu bei, die nationale Einheit Deutschlands zu fördern.

DIE HOHENSTAUFEN

Die Zeit der staufischen Kaiser, die das Reich über die glänzende Höhe zum Niedergange führte, kann hier nur insoweit behandelt werden, als sie für das neue Deutschland Interesse hat. Nach Heinrich IV. hatte sich das Kräfteverhältnis zwischen Staat und Kirche völlig verschoben. Bis zu ihm stützte sich der Herrscher des Reiches auf die Reichsgeistlichkeit, und

so war das Reich nach innen und außen völlig geschlossen. Die Reichsgeistlichkeit, die durch die Folgen des Investiturstreites immer abhängiger vom Papste wurden, war natürlich dadurch internationalen Gesinnungen und Bestrebungen immer mehr zugänglich. Ein anderer Stand wurde nun Träger des nationalen Gedankens, das waren die Ritter. Die hohe Kulturperiode der Minnesinger-Zeit ist

der beste Beweis dafür. Gerade weil die Betonung des nationalen Gefühls besonders bei den Welfen Abneigung und Haß schuf, wurde es in sich selber beträchtlich gestärkt. Da vernichtete dies kaum erblühte Nationalgefühl wieder einmal, wie ja schon so oft, ein mörderischer sich durch 100 Jahre erstreckende Bruderkrieg. Statt Heinrich des Stolzen, dessen Wahl ihm und seinen Freunden sicher schien, wurde der Staufer Konrad III. zum König gewählt. Und aufs neue erschütterte ein mit sehr viel Leidenschaftlichkeit geführter Bürgerkrieg die deutschen Lande. Friedrich I., genannt „Barbarossa“ (der Rotbart), sah mit Schrecken die Folgen dieser Selbstzerstörung. Und seinem staatsmännischen Gesichts gelang es 1156 sich mit seinem jungen Vetter, dem Welfenherzog Heinrich dem Löwen, zu versöhnen. Aber der Gegensatz zwischen den beiden feindlichen Gruppen, der zugleich der Gegensatz zwischen norddeutschem und süddeutschem Wesen war, ließ sich nicht so leicht überbrücken. Heinrich der Löwe fand in der italienischen Politik des Kaisers einen Grund zum Abfall und bekam viele Gesinnungsgenossen. Der Rotbart aber wußte seine Politik energisch durchzusetzen. Er bezwang die lombardischen Städte, die kräftig genug gewesen waren, einem Kaiser mit seiner Machtfülle zu widerstehen und verstand es sogar, nachdem er die Gegner getrennt hatte, mit dem Papst wie mit den Lombarden einen geschickten Frieden zu schließen. Man wundert sich bei dem Scharfsinn und dem politischen Weitblick dieser klugen Herrscherpersönlichkeit, daß er nicht daran gedacht hat, den deutschen Städten die Vorzüge der Finanzwirtschaft aus Italien mitzubringen, auf die sich der Reichtum und die Macht der lombardischen Städte gründete. Wahrscheinlich hat er diese Vorteile genau so gut gesehen wie wir, aber vielleicht gefürchtet, daß die erstarkten Städte eine weitere Schwächung der Kaiser Gewalt bedeuten würden. Aber ein kluger Herrscher hätte doch die so erstarkten deutschen Städte als Gegengewicht gegen die immer mächtiger sich entwickelnden Reichsfürsten gut gebrauchen können. Denn das Lehnswesen hatte sich allmählich so entwickelt, daß der Lehnsträger in gar keiner Verbindung mehr mit dem König stand. „Die Inhaber der Territorien hingen“, wie Bassenge (Oberstudientrat

Dr. Bassenge „Der nationale Gedanke in der deutschen Geschichte“, Leipzig 1921, S. 23) sehr richtig sagt, „mit dem Reichsoberhaupt nicht richtig, mit dem Reichsamt, sondern mehr staatsrechtlich durch das Amt, sondern nur persönlich durch die Belehnung zusammen. Das Reich löste sich auf diesem Wege mehr und mehr in eine große Lehnsgenossenschaft auf. Unter den Fürsten aber gewannen die durch reichen Besitz hervorragenden bald einen überlegenen Einfluß.“ Friedrich Barbarossa hatte, nachdem sein Schwert überall seinem Willen Geltung verschafft und seinen Plänen zu Erfolgen verholfen, eingesehen, daß ohne die Kirche die politische Macht des Kaisertums auf die Dauer nicht gesichert sei. Schon im Frieden mit dem Papst nach den lombardischen Kämpfen hatte er Brücken gebaut, und es kam mit Hilfe mächtiger gut deutsch gesinnter Bischöfe zu einer völligen Aussöhnung zwischen Staat und Kirche, mit der beide Teile zufrieden waren. Allerdings zwang die neue Freundschaft den Kaiser zu Zugeständnissen. Die Kreuzzüge, sicherlich zunächst aus einer starken religiösen Romantik geboren, wurden von den Päpsten gefördert, nicht um der Religion willen, sondern um ihre Macht zu verstärken und zu erhöhen. Deutschem Denken und deutschen Zwecken entsprachen diese Züge nach dem Heiligen Lande, die viel edles deutsches Blut kosteten, und den daheimgebliebenen Frauen und Kindern viel bitteres Herzeleid brachten, nicht. Kaiser Rotbart ist bekanntlich selbst das Opfer eines Kreuzzuges geworden. Das deutsche Volk aber, das von dem Tode des Kaisers in sagenhafter Ferne hörte und seinen Leichnam nicht zu Grabe geleiten konnte, glaubte die Todesnachricht nicht. Durch die Jahrhunderte hindurch hat sich die Sage erhalten, daß der Barbarossa in der Höhlung irgend eines deutschen Berges sitze und schlafend und träumend auf den Augenblick warte, wo er das Deutsche Reich wieder zu der stolzen Machthöhe emporführen könne, auf der er es verlassen.

Sein Sohn Heinrich VI. suchte das mächtige festgefügte Erbe, das er übernommen, aufs Beste zu wahren. Zur Erreichung seiner Macht bedurfte er keiner Kriege mehr. Unbestritten wurde das Deutsche Reich als das mächtigste der Welt anerkannt und immer neue Fürsten suchten seinen Schutz und seine Freund-



K A I S E R B A R B A R O S S A S E N D E

chaft. Selbst das mächtige Byzanz würde keinen Widerstand gegen irgendwelche Wünsche des deutschen Kaisers gewagt haben. Aber gerade die Erweiterung des Reichsgebietes durch Sizilien und andere Mittelmeerländer mußte der nationalen Einheit Gefahr bringen. Das Reich, das Heinrich VI. beherrschte, war kein Deutsches Reich mehr, sondern ein Universal-Reich. Es ist nicht verwunderlich, daß Heinrich VI. der Gedanke kam, dies mächtige Reich seinem Hause dauernd zu erhalten, durch die Erblichkeit der Kaiserkrone im Hause der Hohenstaufen. Er stieß aber bei diesem Gedanken, dessen praktische Bedeutung für die Folgezeit man nicht verkennen wird, auf den erbitterten Widerstand der engeren Heimat, die doch die Würde zu vergeben hatte. Einmal wollten die andern Fürsten ihren Nachkommen nicht für immer die Möglichkeit rauben, Kaiser zu werden, und auf der anderen Seite gönnten die Niederdeutschen, die in immer schärferem Gegensatz zu den Oberdeutschen traten, die Kaiserkrone nicht dauernd einem oberdeutschen Geschlecht. Man sieht daraus, daß die sich nach außen hin so glänzend entwickelnde Kaisermacht zugleich das Erstarken der Territorialfürsten begünstigte, so daß in so entscheidenden Fragen der mächtigste Mann der Erde machtlos war. Mit Heinrich VI., der früh gestorben ist, hatte die Staufer-Herrschaft und damit die Reichsherrlichkeit den höchsten Gipfel erreicht. Nach seinem Tode beginnt schon bald der schnelle Zerfall. Eine wichtige Rolle spielten dabei die deutschen Städte. Sie hatten durch die Kreuzzüge internationale Handelsbeziehungen bekommen, hatten in ziemlich kurzer Zeit das kaufmännische Wissen der italienischen und orientalischen Kaufleute sich angeeignet und blühten durch regen Fleiß und kluge Tatkraft rasch empor. Das Kaisertum hatte nicht verstanden, rechtzeitig in ihnen eine Stütze zu gewinnen. Sie waren nicht selbständig und dem Territorialherren ihres Gebietes unterworfen. Innerhalb dieses Gebietes aber gewannen sie immer mehr an Einfluß, da nach der überlebten Naturalwirtschaft die rasch eingeführte Geldwirtschaft ihnen die Mittel an die Hand gab, sich von den Territorialherren Rechte, die ihnen wünschenswert erschienen, zu kaufen. So

verloren die immer kräftiger sich entwickelnden Städte das Interesse an der Landes- und an der Reichspolitik und bildeten allmählich gut organisierte und trefflich geleitete kleine Staaten im Staate.

Nach Heinrichs Tode sieht man sofort wieder, wie schade es war, daß des Staufers Plan, die Kaiserwürde erblich zu machen, nicht gelang. Die Wahl ergab kein einheitliches Ergebnis. Es kam zu einer zweiten Wahl und der alte Streit zwischen Stauern und Welfen war wieder neu ausgebrochen. Mörderischer Bruderkrieg zertrümmerte rasch die eben erst aufgerichteten Säulen des Reichsbauwerks. Nicht aus eigener Kraft konnte eine der beiden Parteien den Sieg erringen. Erst der Erfolg eines ausländischen Herrschers sicherte dem Sohne Heinrichs VI. den Thron. Es ist das erste Mal, daß ausländische Waffenerfolge entscheidend in die deutsche Politik eingreifen. Der Sieg des Königs von Frankreich über den mit dem Sohne Heinrichs des Löwen verbundenen König von England brachte aber nicht nur Friedrich II. die Krone, sondern vernichtete die Macht der Welfen so, daß sie von da ab keine Rolle mehr in der Geschichte spielten. Friedrich II. ist wohl ein glänzender Herrscher gewesen, aber niemals ein deutscher Kaiser. Er liebte Deutschland nicht, hat auch nie als Deutscher empfunden. Und leichtes Herzens ohne etwas dagegen zu unternehmen, gab er weite und wichtige Gebiete an der Elbe den Dänen preis. Aber die deutschen Fürsten und Städte, deren Kaiser so weit war und sich nicht um sie kümmerte, wußten sich selbst zu helfen. Die niederdeutschen Fürsten verbanden sich mit den Seestädten Hamburg und Lübeck, schlugen die Dänen bei Bornhövede und setzten ihnen die Eider als Grenze. Der Sieg der Lübecker Flotte bei Warnemünde gab dann den Deutschen die unbestrittene Vormacht auf der Ostsee. Nach Friedrichs II. Tode kam es, was bei den verrotteten politischen Zuständen eigentlich nicht anders zu erwarten war, wieder zu einer Doppelwahl, die nicht mit den saubersten Mitteln zustande kam. Das Charakteristische aber dabei ist, daß die beiden Gewählten keine Deutsche, sondern Auländer waren.

DER AUFSTIEG DER HABSBURGER

Erstreckend schnell war der Glanz der Staufer-Macht seit Friedrichs II. Tode verblühen. Seine Tochter starb im Elend, und der letzte Sprosse des stolzen Geschlechtes endete noch nicht 20 Jahre nach des zweiten Friedrich Tode unter dem Henkerbeil. Zu mächtig waren die Feinde geworden, denen ein wirkliches Kaisertum die eigene Betätigung eindämmte. Aber das Papsttum, das zur Vernichtung der Stauferherrschaft wesentlich mit beigetragen hatte, erreichte sein Ziel auch nicht. Ein Einheitsstaat des abendländischen Christentums unter päpstlicher Führung kam nicht zustande. Dazu waren die Weststaaten Spanien, Frankreich und England schon zu sehr national erstarrt. Sie hatten ja eine viel glücklichere Entwicklung hinter sich, als das innerlich nie festgefügte Deutsche Reich. Bei England hatte die insulare Lage die Einigung der einzelnen Stämme begünstigt, und die vielfachen Kriege gegen Frankreich hatten sie für alle Zeiten befestigt. Ähnlich war es bei Frankreich, wo die Kämpfe gegen England in der Zeit der Bedrängnis eine Einheitsfront schufen. Auch die Spanier waren dadurch geeint worden, daß sie den maurischen Erbfeind im Lande hatten und ihn nur mit Ausbietung der gesamten Volkskraft verjagen konnten.

Das Reich der deutschen Kaiser wurde durch den so jähen Verfall der stauferischen Macht in tiefste Bedrängnis gebracht. Seit Konrad VI. gab es tatsächlich keinen König mehr, sondern nur einzelne Fürsten, die Anspruch auf die Krone erhoben und die „kaiserlose“ die schreckliche Zeit ist noch jahrhundertlang im Gedächtnis der schwer leidenden Bevölkerung lebendig geblieben. Der Willkür der Fürsten war keine Schranke mehr gezogen. Sie befahlen einander aus nichtigen Gründen. Ganz gleichgültig war es ihnen, ob dabei Leben und Gut von Bürgern und Bauern vernichtet wurde. Und was sie bei den Großen sahen, das galt auch bald den Kleinen als ihr gutes Recht. Die einzelnen Ritter befahlen sich untereinander oder zogen (einzeln und gemeinsam) gegen Städte zu Felde, deren Wohlstand ihnen reiche Beute versprach.

Das Rittertum hatte unter dem wirtschaftlichen Umschwung von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft natürlich außerordentlich schwer gelitten. Dem Ritter, der meist nicht lesen und schreiben konnte, verbot es der Stolz, die Naturalien, die ihm die Bauern seines Bezirkes liefern mußten, im Handel zu verwerten. Und da die ständigen Fehden auf die Dauer recht kostspielig wurden, verarmte die Mehrzahl von ihnen. Da wußte man sich nicht anders zu helfen, als auf Raub auszugehen. Die Träger alter und edlerer Namen wurden zu gemeinen Straßenräubern, die die Warenzüge der Kaufleute überfielen, die Begleitmannschaft niederschlugen oder gefangen setzten. Einzelne Städte waren schon mächtig genug, sich dieser Plage zu entledigen, und mancher ablige Herr hat damals auf einem städtischen Henkerblock oder in der lustigen Höhe des Galgens auf dem Rabenberge geendet. Im ganzen aber hatten alle diese Versuche der Selbsthilfe wenig Erfolg.

Im übrigen stärkte das Fehlen irgend welcher Zentralgewalt natürlich die Macht der Territorialfürsten. Sie wußten die Schwächeren unter ihre Herrschaft zu zwingen, ihre Machtgebiete abzurunden und belegten den Handel, der durch ihr Gebiet führte mit ertragreichen Zöllen. Wie bunt es in dieser Beziehung in Deutschland damals aussah, erhellt daraus, daß ein Rheinschiff bei dreitägiger Stromfahrt an 24 Zollstellen anlegen und seinen Tribut entrichten mußte. Die Zustände wurden schließlich so arg, daß auch die Fürsten, die ja inzwischen ihre Macht genügend gestärkt hatten, auf die Wahl eines Reichsoberhauptes drängten.

Es ist bezeichnend, daß die Wahl auf einen armen Fürsten fiel, der nicht soviel Hausmacht hatte, daß sein Geschlecht auf die Dauer den anderen hätte gefährlich werden können. Rudolf von Habsburg war ein ebenso kluger wie energischer Mann, dazu fromm und von lauterstem Charakter. Da er sich auf rein weltliche Funktionen beschränkte und als guter Christ jeden Konflikt mit der Kirche vermied, hat das Papsttum seine Bestrebungen stets wohlwollend gefördert. Dem Raubrittertum ging er mit voller Energie zu Leibe. Als seine



Johanna Stegen das Heldenmädchen von Lüneburg 1813.

Warnungen nichts nützten, griff er brutal zu und ließ die adeligen Herren, die des Straßenraubes überführt waren, kurzerhand aufknüpfen. In wenigen Jahren schaffte er Ruhe, Ordnung und Sicherheit wieder im deutschen Lande und wußte der königlichen Macht neues Ansehen und wirkliche Geltung zu verschaffen. So beliebt er bei den Fürsten wie beim Volke war, gelang es ihm doch nicht, die Nachfolgerschaft seines Sohnes Albrecht durchzusetzen, der den Vater an politischem Sinn und Energie vielleicht noch übertraf. Die Wahl fiel, als Rudolf 1291 gestorben war, auf den lebenswürdigen Grafen *Rudolf von Nassau*, der noch ärmer war, als es einst der erste Habsburger auf dem Throne gewesen und von dem die Fürsten deswegen nichts zu befürchten hatten. Aber es war ganz natürlich, daß der arme König, der diesen Mangel deutlich empfand, danach strebte, sich eine Hausmacht anzueignen. Er wollte Thüringen in Besitz nehmen, auf das auch Albrecht schon lange ein Auge geworfen hatte, und so kam es zwischen beiden zu blutigem Streit. 1298 verlor der tapfere Nassauer in der Schlacht am *Hasenbühl* bei *Söllheim* in der Pfalz sein Leben und Albrecht wußte es durchzusetzen, daß ihm nun doch noch die Krone seines Vaters zufiel. Er wanderte insofern in den Fußstapfen seines Vaters, daß er mit fester Hand wieder Ruhe und Sicherheit im Lande schuf, die unter seinem Vorgänger den alten wilden Zuständen gewichen waren. Besonders scharf schritt er gegen die üblich gewordenen Judenverfolgungen ein. Daneben aber strebte er mit großer Zähigkeit nach der Schaffung einer wirklichen Hausmacht. Die Fürsten, die sich dem widersetzten, ließ er die Schärfe seines Schwertes fühlen und zog *Böhmen* und *Mähren* als *Reichslehen* ein. Der Papst, der ihn in dieser Weise beschäftigt wußte, stellte die ungeheuerliche Forderung, daß er anerkennen solle, das deutsche Königtum und das Wahlrecht der Kurfürsten beruhe allein auf päpstlicher Verleihung. Albrecht, der wußte, daß er seine Völker nie zu einem Kampfe gegen den Papst würde einen können und der zugleich sein Lebenswerk, die Sicherung seiner Hausmacht, bedroht sah, gab diesem Verlangen nach, das eine völlige Abhängigkeit des deutschen Königtums vom päpstlichen Stuhle bedeutete. Ganz anders hatte ähnlichem Verlangen gegenüber Philipp

der Schöne von Frankreich sich gezeigt. Er hatte den Papst *Bonifacius VIII.* einfach gefangen setzen lassen.

Albrecht I. sollte das Reisen seiner Pläne nicht mehr erleben. *Johann Parricida*, ein Enkel *Ottokars* von Böhmen und zugleich Albrechts Neffe, mordete in ihm 1308 den vermeintlichen Räuber seines Erbes. Sein Nachfolger wurde als *Heinrich VII.* der milde Graf von *Lüzelburg*, der seine Wahl in der Hauptsache seinem Bruder *Balduin*, der Erzbischof in *Trier* war, verdankte. Und kirchlicher Einfluß war es wohl auch, der ihn veranlaßte, wieder nach *Italien* zu ziehen, um das alte Reich neu entstehen zu lassen. Der Zug schien nicht allzu gewagt. Denn die Päpste, die gefährlichsten Gegner des deutschen Kaisertums, saßen damals fern von Rom in *Avignon* im *Exil*. *Heinrich* wurde in *Italien*, das genau so sehr wie Deutschland unter dem Zerfall der Staufermacht und des Reiches gelitten hatte, mit Jubel begrüßt. Aber ehe er seine Pläne in Angriff nehmen konnte, raffte ihn ein Fieber dahin. Er ist der letzte Kaiser, der in *Italien* gestorben ist. Im Dome zu *Pisa* ruhen seine Gebeine.

Die neue Kaiserwahl führte wieder zu Bruderkämpfen. Zwei mächtige Fürsten traten als Gegenkandidaten auf, *Friedrich der Schöne* von Oesterreich und *Ludwig der Bayer*. Da sich das Kurfürstenkollegium auf keinen der beiden einigen konnte, kam es zwischen den beiden Fürsten zum Kampf, an dem sich aber das übrige Deutschland so gut wie gar nicht beteiligte. Der Streit endete mit der Schlacht bei *Mühldorf* im Jahre 1323. *Friedrich* wurde gefangen genommen und die Ansprüche *Ludwigs* auf Thron und Krone anerkannt. Hier zum ersten Male machte der Papst — *Johann XXII.* war es — von dem ihm durch Albrecht I. zugestandenen Hoheitsrechte Gebrauch, nachdem er sich schon 1317 einmal die stellvertretende Reichsgewalt angemacht hatte. Er forderte *Ludwig* auf, die Regierung binnen drei Monaten niederzulegen, weil er die päpstliche Bestätigung nicht nachgesucht hatte. Papst *Johann XXII.* verfolgte damit den Plan, mit Hilfe des deutschen Kaisertums die alte Papstherrschaft zum mindesten in *Italien* wieder zu gewinnen. Er ist nie aus *Avignon* herausgekommen, aber die

Sehnsucht, die alte Macht des päpstlichen Stuhles zu erneuern und auch wohl die Notwendigkeit, die immer leerer werdenden Rassen zu füllen, ließen ihm kein Mittel unversucht lassen. Die Annahmung des sehr weltlich gesinnten Papstes fand auch in kirchlichen Kreisen den heftigsten Widerspruch. Als Ludwig die Frist verstreichen ließ, und mit Bann und Interdikt belegt wurde, traten dem Papst auch aus kirchlichen Kreisen mit gewichtigen Streitschriften viele Gelehrte und einflussreiche Priester entgegen. Aber auch in den Laienkreisen von ganz Deutschland erhob sich ein einmütiger Sturm der Entrüstung. Und da er wußte, daß in Italien die Städte und die mächtigen Geschlechter auch Gegner des Papstes waren, so wagte Ludwig den Zug nach Italien, um mit den Italienern zusammen die unberechtigte Annahmung des Papstes zu strafen. Vertreter der Stadt Rom brachten ihm die Kaiserkrone. Er setzte Johann XXII. ab und ließ einen neuen Papst wählen. Aber die Italiener erwiesen sich bald als unzuverlässig und der Hohn der Deutschen war schnellverflogen. Denn die Fürsten hatten in Deutschland im Kampf vor allem mit den Städten ihre eigenen Interessen zu vertreten. So wurde das so erfolgreich begonnene Unternehmen aufgegeben. Das Papsttum sah das als Sieg an. Der neugewählte Papst Benedikt XII. beharrte auf der Forderung seines Vorgängers und schleuderte, da der König seinem Verlangen nicht nachkam, auf dessen Haupt erneut den Bannstrahl. Da ermannten sich die Kurfürsten endlich. Sie kamen 1338 zum Kurverein von Rense zusammen und erklärten, der König habe sein Recht durch ihre Wahl und Bedürfnis nicht der päpstlichen Bestätigung. Leider blieb dieser bedeutungsvolle Beschluß ohne jede politische Auswirkung. Damals wäre Gelegenheit gewesen, die Macht des Königtums neu auszubauen. Ludwig der Bayer besaß aber dafür nicht den politischen Sinn. In verblendeter Kurzsichtigkeit dachte er jetzt, wo seine Krone gesichert war, nur noch daran, das Hausgut der Wittelsbacher zu mehren und es kam ihm auch gar nicht darauf an, zur Erreichung dieses Zweckes dem Papsttum wieder Zugeständnisse zu machen. Diese selbstsüchtige Handlungsweise, die den großen Augenblick völlig verkannte, wurde ihm aber zum Verderben. Die Fürsten wurden mißtrauisch und zornig und wählten

schließlich in Karl von Mähren ihm einen Gegenkönig. Wie zu Anfang seiner Herrschaft kam es wieder zum Bürgerkriege, den ziemlich jäh ein Schlagfluß, den Ludwig auf einer Bärenjagd 1347 erlitt, ein Ende setzte. Karl wurde nun rasch anerkannt.

Wenn auch das Charakterbild Ludwigs kein besonders schönes ist, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß er für lange Zeit der letzte deutsche König war, der deutsch fühlte und im Grunde seines Wesens auch immer bestrebt war, die alte deutsche Kaisermacht wieder herzustellen. Sein Verdienst ist es auch, daß an Stelle der lateinischen die deutsche Sprache Amtssprache wurde. Sein Nachfolger Karl war ein Halbslawe, der mehr zur französischen wie zur deutschen Kultur neigte. Der aber schließlich auch seine Stellung dazu benutzte, das Vermögen seiner Familie zu sichern und zu vermehren. Dieses Streben hatte ja eine gewisse Berechtigung. Denn der König mußte es ja bei jeder Gelegenheit merken, wieviel wirkliche Macht eine vermögensstarke Familie hatte. Deshalb wiederholt sich bei allen Fürsten in dieser Epoche das alte Spiel. Der arme König strebt nach Hausmacht und die reichen Fürsten suchen ihn daran zu hindern. In diesem Streben und Widerstreben wurden die besten Kräfte der Nation verzettelt.

Trübe und traurig sah es nach den vielen Bürgerkriegen Ludwigs des Bayern in Deutschland aus. Das Land war verarmt, die Kultur der breiten Masse so gut wie vernichtet, Sittenlosigkeit und Selbstsucht herrschten in allen Ständen. Da kam wie eine furchtbare Gottesstrafe die Pest ins Land und forderte Hekatomben von Opfern. Dies furchtbare Sterben rüttelte alle niederen Leidenschaften im Volke wieder auf. Grausame Judenverfolgungen begannen wieder und auch der religiöse Wahnsinn, am phantastischsten vertreten in den Bußtaten der Geißler, die durch entsetzliche Selbstpeinigungen den Hohn Gottes beschwichtigen wollten, feierte Orgien. Mit einer gewissen Resignation sah der schwächliche König die furchtbare Gegenwart. Er zog sich scheu in seine Bücherwelt zurück, denn er liebte und förderte die Wissenschaften und schmückte Prag, die Hauptstadt seines Lieblingslandes, das er selten verließ, mit prächtigen Bauten. Hier in Prag gründete er auch die erste Univer-

sität auf deutschem Boden. Unter Karl IV. geschah aber für die Zukunft der staatlichen Struktur des Deutschen Reiches ein bedeutungsvoller Schritt. Im Jahre 1356 erließ er die sogenannte goldene Bulle (so genannt nach der goldenen Kapsel, die ihr Siegel umschloß). Diese regelte die Wahlbestimmungen und befestigte die Stellung der Kurfürsten. „Die Rechte, die diesen durch die verhängnisvollste Urkunde zuteil wurden, machten das Königtum zu einem Scheinbild und verwandelten das Reich Ottos des Großen in eine fürstliche Oligarchie, deren Führer sich nicht als die Anwälte und Führer der deutschen Nation, sondern lediglich als die Vertreter dynastischer Interessen betrachteten“. (Bassenge a. a. O., S. 34.) Der so erstarkten Macht der Territorialfürsten irgend ein Gegengewicht zu geben, daran haben weder Karl IV. noch seine Räte gedacht. Und doch wäre es möglich gewesen, wenn man es verstanden hätte, das Bürgertum der Städte zum Bundesgenossen zu gewinnen; denn die Städte hatten unter der Willkür und dem Steuerdruck der Fürsten stark zu leiden. Man tat das aber nicht, man suchte im Gegenteil die Entwicklung der Städte zu hemmen, indem man ihre Selbstständigkeitsrechte in jeder Weise beschnitt. Einen Lohn aber bekam Karl für seine Nachgiebigkeit. Seit langen Zeiten gelang es ihm wieder einmal die Nachfolge des Sohnes durchzusetzen. Noch zu seinen Lebzeiten wurde sein ältester Sohn Wenzel zu seinem Nachfolger erwählt.

Mit Wenzel kam zum ersten Male ein völlig unfähiger Mann auf den Thron. Nicht unbegabt an sich, aber faul und maßlos dem Trünke ergeben, fehlten ihm alle Eigenschaften, die ein Herrscher braucht. In grenzenlosem Egoismus ließ er die Dinge laufen, ohne rechtzeitig eingzugreifen, als vielleicht noch Schlimmes zu verhüten war. Die in ihrer Macht erstarkten Städte, auf deren politische Mitwirkung, wie oben erwähnt, die Reichsleitung völlig verzichtet hatte, wollten die Unbill der Fürsten nicht länger ertragen, und da sie allein nichts ausrichten konnten, so schlossen sie sich zu gut organisierten Städtebünden zusammen. Die Fürsten und Stände merkten bald die Gefahr, die ihnen von dieser Seite her drohte, und sie ergriffen ihre Gegenmaßregeln.

Immer scharfer wurden die Gegensätze, immer mehr zerfiel die nationale und staatliche Einheit, und der schwache König tat nichts, sie zu überbrücken. Zwei Jahre vor Karls IV. Tode war der schwäbische Städtebund entstanden, der, als Eberhard der Greiner ihm entgegenzutreten wollte, dessen ritterlichen Streitkräfte empfindlich schlug. Auch die rheinischen Städte bildeten durch ihren Bund eine beachtliche Macht mit einem gut gerüsteten Heere. Aber während es den eidgenössischen Städten der Schweiz gelang, sich in den Schlachten bei Sempach und Näfels die alte Freiheit und Selbständigkeit zu wahren, erlag sowohl der rheinische, wie der schwäbische Städtebund schließlich der militärischen Ueberlegenheit der Fürsten. Nach langen blutigen Kämpfen im Kleinkriege einigte man sich schließlich im Landfrieden von Eger (1389), der die Ueberlegenheit des Fürstentums über die Städte noch einmal feststellte und den Städten alle Bündnisse verbot.

Waren im Süden und Westen vorläufig die Städte besiegt, und in ihr altes Abhängigkeitsverhältnis zurückgedrängt worden, so hatte sich inzwischen im Norden oder besser gesagt in ganz Niederdeutschland ein Städtebund gebildet, gegen den die Macht der niederdeutschen Fürsten nichts vermochte. Es war der Bund der Hanse. Das Wort Hanse heißt eigentlich Gilde. Unter diesem Namen wurde zwischen deutschen Kaufleuten im Auslande ein Bund zu gegenseitigem Schutze gegründet. Wir hören zuerst von einer solchen deutschen Hanse 1130 in London. Aus diesem Schutzbündnis einzelner, das die Not geboren, ist dann allmählich ein Städtebund entstanden, der zu seiner Blütezeit fast 100 Städte an der Küste und im Binnenlande zu seinen Mitgliedern zählen durfte. Der Bund der Hanse beherrschte durch lange Zeit die gesamte Schifffahrt auf der Ostsee, und er war so mächtig, daß er es wagen konnte, mit dem Dänenkönige erfolgreiche Kriege zu führen. Bei der Hanse finden wir zum ersten Male wieder deutlich einen starken nationalen Gedanken. „Darin liegt der erhebende Hauch der Gesundheit, der die Hanseische Geschichte durchweht, weil sie in einer Periode traurigen Verfalls des übrigen Reiches machtvoll zusammenhält, was das Interesse an der baltischen Expansion zusammenführte. Sie wollte nicht na-

tional sein, doch wirkte sie national.“ (Ratzel, Politische Geographie, S. 346.)

Wie wenig national empfanden dagegen die deutschen Fürsten der Küstenstriche. Sie unterstützten die Dänenkönige im Kampf gegen die deutschen Städte. Denn sie sahen in ihrer Kurzsichtigkeit die Machtentfaltung der Städte für schädlicher an als den Ausbreitungsdrang des Dänenkönigs, der in Wirklichkeit doch nichts anderes vorhatte, als das ganze Land mit Fürsten und Städten in seine Gewalt zu bringen. Weiter im Osten hatte sich gleichfalls ohne den Schutz und ohne die Hilfe des Reiches ein deutscher Staat im Flachlande der Weichsel und des Pregel entwickelt, der deutsche Ordensstaat. Deutsche Arbeit und deutsche Tapferkeit hatten hier im zähen Kampfe mit Schwert und Pflug ein blühendes Land geschaffen, das neben der größten Handelsmacht des Nordens die stärkste Kriegsmacht wurde. Aber beider Blüte schwand schnell dahin, als ihre Gegner zu Ende des 14. Jahrhunderts durch eine kluge Politik ihre Macht dauernd festigten. Die Union von Kalmar vereinigte die drei nordischen Reiche zu einer festen Einheit und die Vereinigung Polens mit Litauen durch Wladislaw II. Jagello schuf dem Ordensstaate ein an Kräften weit überlegenes gegnerisches Reich.

Hätten die Führer des Hansabundes mehr politischen Sinn besessen, sie hätten die schwere Gefahr, die ihrem Bestehen durch die Vereinigung der nordischen Reiche drohte, leicht beseitigen können. Aber der Krämergeist war zu stark in dieser rein wirtschaftlichen Vereinigung, als daß er sich von den politischen Köpfen, die es sicherlich auch damals gegeben hat, irgendwie hätte beeinflussen lassen. Margarethe von Dänemark erreichte die Vereinigung mit Schweden nicht kampfflos. Die feste Stadt Stockholm, in der sehr viele Deutsche wohnten, widersetzte sich ihren Plänen und wurde jahrelang von ihr vergeblich belagert. Albrecht von Mecklenburg, der bisher auch der Herrscher Schwedens gewesen war, suchte mit allen Mitteln den Widerstand der tapferen Besatzung zu stärken und unterstützte die Stadt vor allen Dingen durch Lieferung von Lebensmitteln. Da dies nicht so einfach war, bediente er sich dazu der Vi-

talienbrüder, einer Seeräuber-Genossenschaft, denen dadurch größere Geldmittel zufließen und die nun mächtig geworden, nicht nur Albrechts Aufträge ausführten, sondern auch auf eigene Faust auf Raub ausgingen und den gesamten Ostseehandel auf das empfindlichste schädigten. Die Schädigung des Ostseehandels bedeutete aber eine Schädigung des Hansabundes und dieser benutzte deshalb schnell seinen großen Einfluß, um Frieden zwischen Dänemark und den Herzögen von Mecklenburg zu stiften. Durch den von der Hanse vermittelten Frieden von Lindholm erhielt Margarethe Stockholm und bestätigte ihrerseits des Hansabundes Privilegien. Noch konnten die vereinigten nordischen Königreiche den festgefügtten Bau der Hanse nicht erschüttern. Dazu waren sie noch zu jung und in sich selbst noch nicht festgeschlossen. Die Gefahr aber bestand für die Zukunft. Und sie machte sich geltend als der Hansabund durch innere Kämpfe allmählich immer mehr geschwächt wurde. Der stetig sich ausbreitende Handelsverkehr brachte es bei der Größe und der räumlichen Ausdehnung des Bundes mit sich, daß nicht alle Glieder die gleichen Handelsinteressen hatten. So waren für die rheinischen Mitglieder die wirtschaftlichen Beziehungen zu England und zu den Niederlanden die wichtigsten, während das Hauptgewicht der wirtschaftlichen Beziehungen der anderen in dem Handel mit den skandinavischen Ländern und Polen und Rußland lag. Noch mehr aber wurde die stolze Kraft des Bundes dadurch geschwächt, daß in den einzelnen Städten selbst heftige nicht immer unblutige Kämpfe um die Regierungsform entbrannten. Bisher hatte eine Oberschicht von wenigen Patrizierfamilien die Geschicke der Städte geleitet. Jetzt aber waren die Zünfte so stark geworden, daß sie Anteil am Stadtrecht beanspruchten. In dem Kampfe zwischen aristokratischer und demokratischer Verfassung verzettelten die Städte ein gut Teil ihrer Kraft. Und diese Schwächung wußten die Gegner klug zu benutzen. Von den Dänen begünstigt, drang der niederländische Kaufmann immer mehr in die Handelsgebiete der Hanse ein und nahm ihr allmählich Stück um Stück ihres Handels mit dem Osten. Und dann geschah wieder etwas, das so recht Zeugnis ablegt, von dem geringen National-

bewußtsein der Deutschen. Aus partikularistischem Eigennutz wählten die Fürsten der Elb-Herzogtümer, der schleswig-holsteinische Adel, den Dänenkönig zum Herrn und Schleswig-Holstein wurde so aus einer deutschen eine dänische Grenzmark. Zu all diesen Erschütterungen kam nun noch ein Naturereignis dazu, das in seinen Auswirkungen das Ende des Hansabundes beschleunigte. Im Jahre 1516 blieben plötzlich die großen Heringsfischwärme aus, die einen Teil des hanseatischen Reichtums bedeuteten, und wandten sich von der Ostsee ab zu den Niederlanden und an Schottlands Küsten. Immer lechter wurden die Gegner. Niederländische und englische Kaufleute setzten sich in Hamburg fest und im Osten gab der Zar Iwan IV. den reichen Markt der Hanseaten in Nowgorod seinen Tartaren zur Plünderung frei. So innerlich und äußerlich geschwächt, zerging der Bund allmählich, der eine große nationale Aufgabe mit Geschick und Erfolg erfüllt hatte.

Noch schneller fand der Ordensstaat im Osten ein Ende. Das vereinigte Litauen und Polen nahm das Christentum als Staatsreligion an und damit entfiel eine der Hauptaufgaben der deutschen Ritter. Zucht und Ordnung wurden im Orden immer lässiger und ein verweichlichendes Genußleben trat an ihre Stelle. Umso mehr mußte der Ritter hochfahrendes Wesen gegenüber dem Landadel und den Städten diese verletzen. Früh schon schloß sich gekränkt der Landadel zum Eidesbunde zusammen, dessen Ziel es war, die Herrschaft des Ritterordens zu brechen. In den Städten aber war es der Konkurrenzneid der Kaufleute, der den Haß gegen den Orden, der selbst den Handel als eine Art Monopol betrieb, schürte und hegte. So ohne Unterstützung im eigenen Lande mußte die Ritterschaft die leichte Beute des polnischen Eroberers werden. 1410 erlag sie bei Tannenberg (demselben Orte, an dem Hindenburg seine weltberühmte Schlacht schlug) der Übermacht des polnisch-tschechisch-tartarischen Heeres. Nur die Marienburg unter Heinrich von Plauen leistete der heranflutenden Welle der Gegner tapferen Widerstand. Im Frieden von Thorn 1411 kam der Ordensstaat dank dem Eingreifen des Ungarn-Königs Sigismund noch glimpflich weg und behielt so ziem-

lich die Grenzen seines Gebietes. Aber der einst so fest gefügte Staat war zermürbt. Die entnervende Sittenlosigkeit in der Ritterschaft wuchs. Stück für Stück des kostbaren Besitzes wurde verpfändet; und als Landadel und Städte sich auf Seite der Polen stellten, war der Ordensstaat erledigt. Im zweiten Frieden von Thorn 1466 wurden Ermland und Westpreußen polnisch, der Rest der preussischen Lande wurde polnisches Lehen. Bis in unsere Tage haben wir die Folgen dieser selbstverschuldeten Niederlage spüren müssen. Weite Landstriche, die mit deutschem Fleiß und deutschem Schweiß kultiviert worden waren, fielen der Polonisierung zum Opfer, auf die gestützt der Versailler Frieden dem neuen Polenreiche Rechte an sie gab.

Eine Zeitlang hatten sich die Fürsten die Art angesehen, in der Wenzel zu regieren beliebte. Wenzel hatte es sich allmählich abgewöhnt, sich um die Reichsgeschäfte zu kümmern. Er sah fern ab vom Getriebe der großen Welt auf einem seiner einsamen böhmischen Schlösser und ging, wenn ihm seine Trinkgelage und deren Folgen keine Zeit dazu ließen, auf die Jagd. Wo er eingriff, war er ungerecht, indem er seine böhmischen Freunde in maßloser Weise in Vorteil setzte. Im Jahre 1400 wurde er kurzerhand abgesetzt und auf dem Königsstuhl von Kense wählte man Rupprecht von der Pfalz, einen ebenso tüchtigen wie vornehmen und gerechten Mann zum deutschen König. Dieser brachte aber für die schwierige Aufgabe, in die völlig zerfahrenen Verhältnisse Ordnung zu bringen, außer seinen guten Charaktereigenschaften nichts mit. Da er den geringen Umfang und die Schwäche seines Einflusses fühlte, glaubte er ihn durch den Besitz der Kaiserwürde stärken zu können. Aber er erreichte gerade das Gegenteil auf seinem Italienzuge. Seine Bundesgenossen ließen ihn im Stich, seine Truppen fielen von ihm ab und mit wenigen Getreuen mußte er einen traurigen Rückzug antreten. Nach seinem Tode 1410 kam es wieder einmal zu einer Doppelwahl. Die Kurfürsten hatten es eingesehen, daß in diesen Zeiten der König einer starken Hausmacht bedurfte und so schlugen die einen Jobst von Mähren und die anderen Sigismund von Ungarn vor. Es wäre wahrscheinlich wieder einmal zu

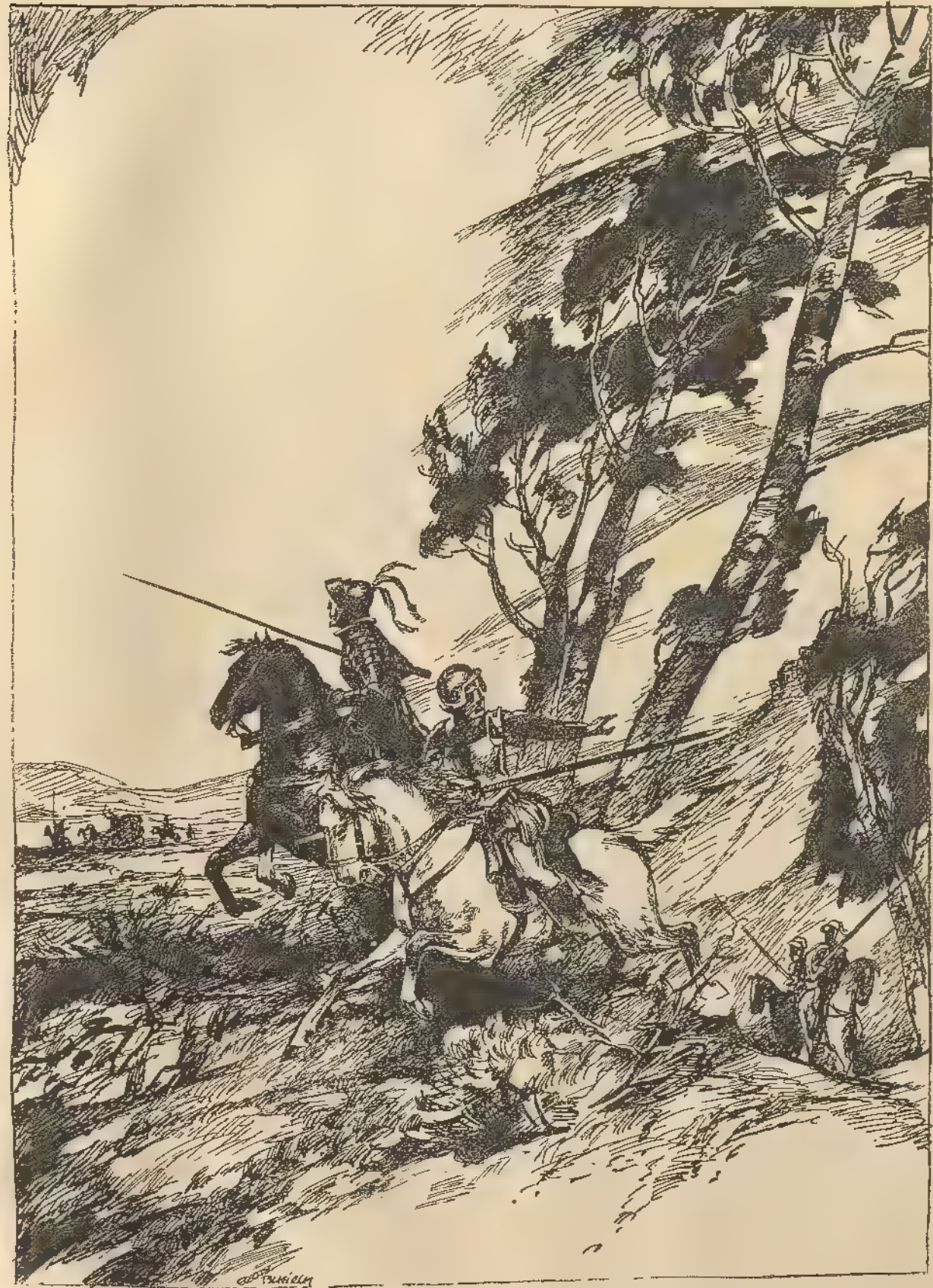
heftigen Bruderkämpfen im deutschen Lande gekommen, wenn nicht glücklicherweise Jobst von Mähren kurz nach der Wahl gestorben wäre.

Sigismund I. brachte für seine schwierige Aufgabe allerlei mit. Er war ein energischer, fleißiger und weitblickender Mann, nicht ohne politische Fähigkeiten, der vor allen Dingen sah, wo gründliche Reformen notwendig waren. Da seine Hausmacht sehr groß, fast schon übergroß war, war sein Streben im Gegensatz zu seinen Vorgängern, nicht mehr auf deren Vermehrung gerichtet. Sein Streben war vielmehr eine Stärkung und Festigung der Reichsgewalt. Aber er wußte, daß das ohne tief einschneidende Reformen nicht möglich sein würde. Was ihm zunächst notwendig schien, war eine Kirchenreform und eine Neuordnung der Reichsverfassung und Reichsverwaltung.

Aber die Notwendigkeit einer Kirchenreform waren sich die führenden Geister schon lange einig. Das Doppelpapsttum, die Verweltlichung des Priesterstandes und die Sittenlosigkeit, die im oberen und niederen Klerus zu finden war, ließen in allen Kreisen und Ständen den Ruf nach einer gründlichen Reform erschallen. Man rief ein Konzil in Pisa zusammen, aber dadurch wurde der Schaden nur noch ärger, denn dieses entschied sich nicht für einen der beiden feindlichen Päpste, sondern wählte zum Überflus einen dritten dazu. Da trat in Böhmen der Tscheche Huz mit großartigen Reformplänen auf. Huz war ein Mann von leidenschaftlicher Beredsamkeit und einem außerordentlich starken Nationalbewußtsein. Sein Ziel war weniger eine Erneuerung und Ertüchtigung der römischen Kirche, sondern die Schaffung einer von ihm geleiteten tschechischen Nationalkirche. Ein Deutschenfreund ist er nie gewesen. Und wenn in unseren Tagen einflußreiche Kreise der tschechischen Republik seine Heiligsprechung durchzusetzen wünschen, so geschieht das nicht aus religiösen Gründen. Man will nicht einen verkannten und unschuldig verdammten Wahrheitsfucher, der für seine Überzeugung starb, nachträglich Genugtuung geben, sondern will in ihm den ersten Erwecker des tschechischen Nationalbewußtseins, den Vorkämpfer des Tschechentums gegen das verhaßte Deutschtum,

ehren. Auch Kaiser Sigismund hatte die Absichten von Huz wohl richtig erkannt, als er das zugesicherte freie Geleit nicht einhielt und den Abtrünnigen der schwer strafenden römischen Kirche überwies. Er glaubte, damit die böhmischen Sonderbestrebungen im Keime ersticken zu haben. Deutsche Lande und weite Teile des deutschen Volkes aber haben die Hinrichtung von Huz schwer büßen müssen. Die Hussitenzüge gehören mit zu den grausamsten Kriegen, die die Weltgeschichte kennt. Weitere Folgen dieses Märtyrertodes waren die völlige Vernichtung der deutschen Kultur in Böhmen, die am besten durch den Auszug der gesamten deutschen Studentenschaft aus Prag gekennzeichnet wird, und das Weiterbestehen einer böhmischen Sonderkirche, die zunächst allen Angriffen erfolgreich trotzte.

Auch der zweite großartige Plan des Kaisers, die Erneuerung der Verfassung und Verwaltung des Reiches hatte keinen Erfolg. Sigismund war sich bewußt, daß nur eine starke Zentralgewalt zur Besserung der Zustände helfen könnte. Er schlug vor, nach dem Vorbilde der Landfrieden von Nürnberg und Eger das Reich in kleinere Gebiete, in Kreise, einzuteilen und erstrebte die Einteilung in vier Kreise, von denen jeder einem Reichshauptmann unterstellt werden sollte. Ein einheitliches Heer sollte geschaffen werden und, um die Kosten der Zentralverwaltung und des Heeres aufzubringen, eine Reichsteuer von 1 Prozent des Vermögens. Sigismund hielt diese Zusammenfassung aller Kräfte des Reiches für durchaus notwendig, weil er wußte, welche furchtbaren Gefahren dem Deutschen Reich von Südosten her drohten. Dort hatten die Türken, die Anhänger des Islam, auf dem Umsfelfelde das serbische Reich vernichtet und 1394 ein Heer, das der Kaiser damals noch als König von Ungarn selbst gegen sie geführt, bei Nikopolis geschlagen. Aber des Kaisers Mahnungen blieben unbeachtet, partikularistische Kurzsichtigkeit bei den Fürsten und bei den Städten verhinderte die so dringend notwendige Neuordnung des Reiches, das keine gemeinsamen Machtmittel und Steuerquellen besaß. Die Raufleute, die in den Städten dominierten,



R A U B R I T T E R A U F B E U T E Z U G

fürchteten von der doch wirklich geringen (prozentigen Vermögenssteuer eine schwere Beeinträchtigung von Handel und Wandel und die Fürsten eine Schwächung ihrer Selbstständigkeit durch die zentralistisch gefestigte Macht des Reiches. So ist der Kaiser resigniert und ziemlich verbittert gestorben.

Sein Nachfolger wurde durch einstimmige Wahl sein Schwiegersohn Albrecht von Österreich. Mit ihm kam die Krone wieder zum Hause Habsburg und sollte dort bleiben, so lange das alte Reich überhaupt bestand. Albrecht II. folgte den Bahnen seines Schwiegervaters. Klar erkannte er die schwere Gefahr im Osten und, als Sultan Murad II. einen Angriff auf Ungarn unternahm, trat ihm der tapfere König an der Spitze seiner Truppen entgegen. Was des Feindes Schwert in vielen Schlachten nicht vermochte, gelang dem Sumpfnebel der Donau. Er erkrankte an der Ruhr und starb kaum ein Jahr nach seiner Wahl. In seiner kurzen Regierungszeit aber tätigte er eine Regierungshandlung von weittragender Bedeutung. Das Konzil von Basel hatte eine Reihe von Reformdekreten beschlossen, die das freie Wahlrecht der Kapitel festsetzten, die Berufungsmöglichkeit an den päpstlichen Stuhl einschränkten und eine ganze Reihe von Abgaben abschafften. Albrecht II. sah in diesen Beschlüssen Anfänge für die Bildung einer von Rom weniger abhängigen selbständigen nationalen Kirche. Er gab darum diesen Dekreten mit Freuden seine Bestätigung, und der Reichstag machte sie noch im gleichen Jahre zum Reichsgesetz.

Aber der unfähige König, der ihm folgte, erstickte, päpstlichen Einflüssen erliegend, diese Bewegung schon in den Anfängen. Friedrich III. war viel zu beschränkt und viel zu bequem, um einen Kampf mit Rom (der ja jetzt gar nicht mehr so gefährlich war, wie in früheren Jahrhunderten) auszufechten. Das Wiener Konkordat von 1448, auf das er einging, machte alle die aus dem Baseler Dekret dem deutschen Volke gewordenen Rechte zu nichts. Zum Dank dafür empfing allerdings dieser unfähigste aller Kaiser aus Papstes Händen die Kaiserkrone. Den Gedanken der Kirchenreform hat er natürlich nie wieder aufgenommen. Ihn bekümmerte es auch nicht weiter, daß im Innern des Reiches Ruhe

eigentlich nie eintrat und daß man von diesem Reichsgebiet an den Grenzen nach und nach wertvolle Stücke verlor. Warum sollte Westpreußen nicht polnisch werden, Schleswig-Holstein nicht dänisch und Burgund nicht zu Luxemburg kommen? Er kannte diese Landesteile ja nicht, und ein Einspruch von seiner Seite hätte ihm ja doch nur Unannehmlichkeiten eingebracht, die er so sehr verabscheute. Nur in einem Punkte zeigte er sich energisch. Als man ihn veranlassen wollte, freiwillig abzudanken, da bewahrte er in der Ablehnung dieses Unsinnens eine Festigkeit, wie man sie sonst an ihn nicht kannte. 53 lange Jahre hat er regiert. Und als er starb, hat keiner um ihn getrauert. Er hinterließ das Reich seinem Sohne Maximilian, den er schon 1486 hatte zum König wählen lassen.

Maximilian I. war das Gegenteil seines Vaters. Voll Geist und Temperament, in allen ritterlichen Künsten erfahren, ist er eine der äußerlich glänzendsten Persönlichkeiten, die auf dem Kaiserthron gesessen haben. Die Hausmacht der Habsburger befestigte er für viele Jahrhunderte durch seine Heirat mit Maria, der Erbtöchter Karls des Kühnen, die als Brautpfand Burgund und Luxemburg einbrachte, dazu ein unermessliches fast unschätzbbares Vermögen. Maximilian nahm die Reformpläne Albrechts II. wieder auf. Und wenn er auch mancherlei Widerstand fand, so gelang es seinem diplomatischen Geschick doch, wenigstens einiges zu erreichen. Er wußte, daß eine Stärkung der Zentralgewalt nur möglich sein würde, indem man den eifersüchtig ihre Selbständigkeit wahren den Fürsten KonzeSSIONen machte. Er setzte auf dem Wormser Reichstag endlich die so notwendige allgemeine Steuer — „der gemeine Pfennig“ genannt — durch, mußte aber dabei die Einsetzung eines Fürstenausschusses sich gefallen lassen, dem wichtige Befugnisse des Königs zugewiesen wurden. In der Praxis war allerdings die Reichssteuer sehr schwer einzutreiben und machte außerdem viel böses Blut. Auch einige andere zentralistische Bestrebungen bekamen wenigstens Gestalt, wenn auch nicht Macht. Ein Reichskammergericht und eine Reichsmatrikel wurden eingerichtet, und das Reich wurde in zehn Kreise eingeteilt. Aber in Wirklichkeit

standen alle diese Reichseinrichtungen nur auf dem Papier und hatten keinerlei praktische Bedeutung. Die territorialen Gewalten waren stärker als das Reich. Bei einem wertvollen Teile des Reiches aber kam es durch diese schwachen Versuche einer zentralistischen Betätigung zur Trennung. Die Schweiz wollte weder das Reichsgericht noch die Reichsteuer anerkennen und schied, da ein Versuch des Kaisers, sie mit Waffengewalt zu zwingen, misslungen war, im Frieden von Basel 1499 tatsächlich aus dem Reichsverbande aus. Die Einverleibung Burgunds brachte Kämpfe mit Frankreich, die nicht immer glücklich verliefen. Trotzdem gelang es ihm, nach Abtretung kleinerer Teile so ziemlich die Grenzen seines reichen Erbteils zu behaupten.



DER AUSGANG DES MITTELALTERS

Durch alle die Jahrhunderte hindurch, die man unter den Namen des Mittelalters zusammenfaßt, haben Kämpfe zwischen Kaiser und Papst um die Herrschaft mit großer Erbitterung getobt. Nur zeitweise war es einer von beiden Mächten gelungen, die andere sich zu unterwerfen. In Wirklichkeit hatten sich beide Gegner bis zum äußersten geschwächt. Man war auf beiden Seiten müde geworden, und man fühlte nicht nur in den leitenden Kreisen, sondern auch in den breiten Schichten der Bevölkerung, daß eine Änderung kommen müsse. Wir sehen auch auf beiden Seiten den Willen zu Reformen, um das Alte, der neuen Zeit angepaßt, zu erhalten. Aber diese Reformen blieben immer nur schwächliche Versuche, die auf die Dauer keine praktischen Erfolge zeitigen konnten. Da es dem Staate an der Kraft und wohl auch an den Köpfen fehlte, das vielgestaltige Recht, das in den einzelnen Gauen des Reiches galt, zu einem nationalen deutschen Gesetzbuche zusammenzufassen, das überall im Reiche die gleiche Geltung hatte, so übernahm man aus Bequemlichkeitsgründen das in ein klares System gebrachte römische Recht. Man bedachte dabei nicht, daß es in entscheidenden Punkten der Rechtsauffassung des deutschen Volkes geradezu ins Gesicht schlug und be-

mühte sich auch nicht, es in dieser Hinsicht abzuändern. Den Königen war es bequem, weil es politisch nützlich war, frei von allen Hemmungen des ständischen und des Lehns-Rechts. Besonders erwünscht war es auch den Kaufleuten, die in den Städten ausschlaggebend waren, weil ein einheitliches Recht im Reiche — mochte es auch seine gewissen Unzulänglichkeiten haben — Handel und Wandel eine große Sicherheit gab. Das Volk aber war zum allergrößten Teile vom Rechtsleben nun völlig ausgeschaltet. Es verstand die Winkelzüge der Dialektik nicht, zu denen der Gebrauch des römischen Rechtes reiche Gelegenheit gibt, und es haßte die neue Kaste der Rechtsgelehrten, die mit der Einführung des fremden Rechtes aufkam, und die bald einen entscheidenden Einfluß zu gewinnen wußte.

Die Schwäche der Reichsleitung nach außen und innen war aber nicht etwa eine Schwäche des deutschen Volkes. Selten ist in den einzelnen Bezirken Deutschlands die Volkskraft so gesund und so stark gewesen. Und auf dem Boden dieser gesunden Volkskraft erblühte eine Kultur, vor deren Zeugen wir noch heute bewundernd stehen.

In dieser Zeit des staatlichen Verfalls erstarkte im Volke das geistige Leben. Jahrhundertlang hatten die Deutschen sich

nicht mit der Wissenschaft beschäftigt. Ihre Pflegstätte waren vor allem die romanischen Länder gewesen. Aber auch dort waren die Grenzen für das wissenschaftliche Arbeiten außerordentlich eng gezogen. Alles Denken beherrschte die durch die Kirche beeinflusste Scholastik. Bis endlich der Geist die immer enger werdenden Fesseln sprengte. An den deutschen Hochschulen fand diese geistige Bewegung zuerst reiche Nahrung. Das Beispiel der Gründung der Prager Universität wirkte anregend auf andere Fürsten. 1365 wurde die Wiener Universität gegründet, 1386 die ehrwürdige Hochschule zu Heidelberg. Die aus Prag vertriebenen deutschen Studenten und ihre Lehrer brachten die geistige Bewegung nach Mitteldeutschland und gründeten die Universität Leipzig. Nicht selbständig brachen die deutschen Hochschulen mit der Scholastik. Italien war ihnen vorangegangen und hatte die Bevormundung der Kirche abgeschüttelt. Man wandte das Schauen rückwärts nach einer Zeit, wo es noch keine Kirche gab und wo die Menschen doch eine hohe Kulturbüte gehabt hatten. Man beschäftigte sich mit Feuereifer mit den Resten der antiken Kultur und sah mit wachsendem Erstaunen, was damals auf geistigem und künstlerischem Gebiete geleistet worden war. Man hatte ja den Priestern schon lange keinen Glauben mehr geschenkt, wenn sie immer wieder versicherten, diese Erde sei ein Jammerthal, in dem man sich durch Buße und Entsagung für die Herrlichkeiten des Himmelreiches vorbereiten müßte. Die Priester, die damals fast ausnahmslos einem wüsten Genußleben sich hingaben, konnten wirklich keine überzeugenden Anwälte dieses Standpunktes sein. So bekannte man sich gläubig zu den alten Schriftstellern, die das „carpe diem!“ predigten und dazu aufforderten, sich der Erde, des Lebens und seiner Schönheiten zu erfreuen. Mit fast elementarer Gewalt sprengte man die allen Lebensgenuß und alle Schönheitsbefriedigung verbietende Zwangsjacke und erstrebte einzig allein das Menschliche. Diese Betonung des Menschlichen gab der starken Geistesbewegung den Namen des Humanismus. In Italien entwickelte sich der Humanismus dem Temperament des Romanen entsprechend. Nur wenige vertieften die Studien der Antike, die meisten waren mehr für die praktische An-

wendung der neu getrontenen Lebensanschauung. Man lebte in den Tag hinein, verspottete das, was früher heilig gewesen, und suchte in stetem Genießen die so lange zurückgehaltene Genußkraft auszutoben. In Deutschland war das anders. Dem Deutschen lag weder die leichte Sinnenfreudigkeit des Italieners, noch der frivole Spott. Die deutschen Humanisten, deren Zahl sich schnell mehrte, erblickten dafür in der ihnen neuerschlossenen Wunderwelt der Antike ein großes noch nicht behautes Arbeitsfeld. Die meisten von ihnen blieben kirchlich und stellten ihre Arbeit, wenn auch nicht in den Dienst der Kirche, so doch in den der Religion. Der deutsche Humanismus geriet aber aus mancherlei Gründen schließlich doch in einen Gegensatz zu Rom, und der Kampf, den das Papsttum dem deutschen Humanismus ansetzte, hatte eine starke nationale Bewegung zur Folge. Ihr Träger war Ulrich von Hutten. Hutten vereinigte in seiner Person den Ritter und den Gelehrten. Mit allem Wissen seiner Zeit ausgerüstet, focht er in Vers und Prosa, meist in deutscher Sprache, gegen den Todfeind: das Papsttum. Von glühendem Nationalstolz befeelt, setzte er seine ganze Kraft in diesem zunächst noch nicht erfolgreichen Kampfe ein, und er ist darum der populärste aller Humanisten geworden.

Auch auf dem Gebiete der bildenden Kunst hatte sich in Italien als Folgeerscheinung des Humanismus eine Umbildung vollzogen. Großer Künstler Schaffensdrang hatte bis jetzt die kirchliche Engherzigkeit an der freien Entfaltung behindert. Das Wiedererwecken der antiken Literatur brachte aber naturgemäß auch einen Hinweis auf die hohe künstlerische Kultur dieser Zeit mit sich und für die Künstler Italiens kam die Zeit der Wiedergeburt, der Renaissance. Lange Zeit hat es gedauert, bis dies unbeengte freie Schaffen nach der Natur auch dem deutschen Künstler gestattet war. Die es versuchten, frei wie die Italiener zu bilden, mußten bald in Sorge um das tägliche Brot davon ablassen. Der erste, der sich wirklich durchsetzte und die reifen Früchte der Renaissance mit nach Deutschland brachte, war Albrecht Dürer, der trotzdem immer deutsch und ein Eigener blieb. Neben ihm wirkte ein genialer Bildhauer und Erzgießer Peter Vischer, der deutsche Werke von stolzer Unvergänglichkeit schuf.

DIE REFORMATION

Wir kommen nun zu einem der einschneidendsten Ereignisse in der gesamten deutschen Geschichte, zu der Reformation durch Dr. Martin Luther. Es kann nicht die Aufgabe dieses Buches sein, dieses wichtige Ereignis in seinem Verlaufe zu behandeln, oder auch nur ein genaues Lebensbild des großen Reformators zu zeichnen. Wir haben hier nur zu fragen: Was bedeutet Luther und sein Werk für das neue Deutschland? Von diesem Gesichtspunkte die Dinge betrachtend, müssen wir zunächst feststellen, daß die Reformation in ihrer Verbreitung eine nationale Bewegung war. Luthers Vorgänger, der Engländer Wiclif, der Franzose Petrus Walrus, der Tscheche Hus und der Italiener Savonarola hatten zunächst an eine Kirchenreform gedacht. Weniger weil sie das Gewissen dazu trieb, sondern weil sie den Befehlstand und das Bestehen der Kirche gefährdet glaubten, wenn die Lotterwirtschaft so weiter ginge. Nur Hus hat dabei den Nebengedanken an eine tschechische Nationalkirche gehabt, und bei ihm sind sicherlich auch politische Beweggründe mit im Spiel gewesen. Luthers Vorgehen gründet sich allein auf seine religiösen persönlichen Bedenken. Nach langem verzweifeln inneren Kampfe entschloß er sich zu dem folgenschweren Thesenanschlag. Aber nicht um ein Erneuerer der Kirche zu werden, sondern, um sich selbst zu befreien und vielleicht Belehrung zu finden. Ihm ging es allein um das Heil seiner Seele. Und gerade vielleicht deswegen wurde er, dem Gott auch sonst die Gaben des Geistes und des Charakters für ein so schweres Amt gegeben, der Erneuerer der Kirche. Aber er konnte es nur werden, weil die Zeit dazu reif war. Weil der Haß gegen Rom bei Adel, Bürgern und Bauern so stark geworden war, daß er nach Erlösung drängte. Und so gab die Abneigung der Bevölkerung gegen Rom seiner Auflehnung gegen den Papst die Stoßkraft. Luthers Sache wurde eine nationale Sache und sie hätte den Deutschen mit einer modernen Staatskirche auch ein einiges Reich geben können, wenn nicht der Mann, der damals die deutsche Kaiserkrone trug, die Verhältnisse völlig verkannt hätte.

Nach Kaiser Maximilians Tode kam die Wahl des neuen Kaisers unter wenig rühmlichen Umständen zustande. Die beiden Kandidaten Franz I. von Frankreich und Karl von Spanien hatten an Bestechungsgeldern nicht gespart. Und da der Spanier sich freigebiger als der Franzose gezeigt hatte, fiel die Wahl auf ihn. Das Volk jubelte, denn Karl war ein Enkel Maximilians, ein Habsburger, also ein Deutscher und alle Befürchtungen, einen Franzosen zum Herrscher zu bekommen, waren verflogen. Auch Luther erwartete von dem jungen Kaiser sehr viel. In Wirklichkeit konnte keine schlechtere Wahl getroffen werden. Hätte man irgend einen fähigen Habsburger Prinzen gewählt, der noch keine Krone trug, der hätte vielleicht in dieser Zeit, wo das Reich unbedingt eines nationalen Führers bedurfte, Deutschlands Macht für lange Zeiten festigen können. So aber wurde Deutschland einfach ein Teil der großen Gebiete, die der Erbe der Habsburgischen-Spanischen Lande beherrschte. Luther, der sehr schnell das Ohr des ganzen Volkes gewann, hatte für einen Fürsten von nationalem Empfinden und politischem Weitblick die Wege gut geebnet. Luthers Kampf ging für die Selbständigkeit der Nationen gegenüber dem internationalen Papsttum. Ihm war der Staat ein unabhängiger Organismus, den die Kirche nicht nur als ihren „weltlichen Arm“ ansehen durfte. Hätte sich der Kaiser — Karl als spanischer König konnte es natürlich nicht an die Spitze dieser das ganze Volk umfassenden Bewegung gestellt, und mit Luthers Hilfe eine einige Nationalkirche geschaffen, so wäre es garnicht so schwer gewesen, eine gründliche Reform der Verfassung und der Verwaltung des Reiches durchzuführen. Dieses so gefügte Reich aber hätte bei dem Wohlstand, dem Fleiß, der Tüchtigkeit und der hohen Kultur seiner Bewohner Geltung in der ganzen Welt gehabt.

Karl V. aber versagte bei dieser Entscheidung völlig. Mußte wohl versagen, weil er diese machtvolle Bewegung ebenso wenig verstand wie deutsches Fühlen und deutsches Denken. Ihm war Luther weiter nichts wie ein Reher und Rebell, dessen Einfluß auf größere

Massen er nicht einmal verstehen konnte. Seine Schuld war es gewiß nicht, den richtigen Augenblick verpaßt zu haben, aber die Kurfürsten, die die Verhältnisse und die schwierige Lage im Reiche genau kannten, sind von schwerer Schuld nicht freizusprechen. Karl V. bekümmerten die Zustände in Deutschland nur so weit, als sie sein Gesamtreich nützlich oder schädlich beeinflussten. Da er in Luthers Auftreten, das Unruhen im Gefolge hatte, eine Schädigung seiner Interessen erblickte, so verbot er im Wormser Edikt die Verbreitung der lutherischen Lehren. Noch aber war die Hoffnung nicht verloren, daß später einmal, wenn das gesamte deutsche Volk sich zu einer deutschen Kirche mit einer deutschen Bibel bekannte, ein Kaiser kommen würde, der besser die Zeichen der Zeit verstand und mit Hilfe dieser gegebenen Einheitskirche einen Einheitsstaat schuf.

In Rom sah man diese Gefahr und wußte ihr klug zu begegnen. Römische Geld und römische Berechnung vermochten eine Reihe von süddeutschen Fürsten zu bewegen, sich zu einem Bunde zur strikten Durchführung des Wormser Ediktes zusammenzutun. Die Führung in diesem Bunde, dessen Tätigkeit das Reich unglücklichweise in zwei konfessionelle Lager spaltete, waren die Bayernherzöge. Diese konfessionelle Spaltung zog naturgemäß eine nationale Trennung nach sich. Sonderinteressen einzelner Fürsten schädigten wieder einmal aufs schwerste die Zukunft der Gesamtnation. Denn die Völker wurden damals nicht gefragt. Sie hatten offiziell zu glauben, was der Fürst für wahr hielt.

Luthers kühne revolutionäre Tat mußte dort revolutionierend wirken, wo der Explosionsstoff schon lange vorhanden war. Der erste Vorstoß kam aus den Kreisen des jungen Adels, der sich zu den Lehren Ulrich von Hutten bekannte. Hutten's edler Freund Franz von Sickingen meinte, daß es genug sei der Wortfehden und daß man handeln müsse. Durch einen Angriff auf den Kurfürsten von Trier wollte er der Lehre des Evangeliums freie Bahn schaffen. Vielleicht nicht ohne den Hintergedanken, selbst dabei zu Gut und Geld zu kommen. In Luthers Sinne lag solches Tun nicht, denn Luther hatte sich immer dagegen gesträubt, die geistlichen und die weltlichen Dinge miteinander zu verquicken. Kläglich

scheiterte Sickingens mutige Tat. Die Fürsten sahen ein, daß der Erfolg dieses gewagten Vorstoßes Nachahmung finden und ihnen allen schädlich werden konnte. Sie vergaßen ihres kleinlichen Habers, schlossen sich zusammen und fielen mit starker Übermacht über den Ritter her. Bis zum äußersten hat sich der tapfere Franz von Sickingen verteidigt. Nicht eher ergab er sich, als bis seine Burg Landstuhl in Trümmern lag und er selbst schwer verwundet war. Er büßte sein kühnes Unterfangen mit dem Tode. Sein Schützling Hutten aber flüchtete nach der Schweiz und starb nach schwerer langer Krankheit elend in der Fremde.

Aber dieser relativ kleinen revolutionären Bewegung sollte bald eine größere folgen. Seit Jahrhunderten war der kräftige deutsche Bauerntum völlig entrechtet. In harter Fron mußte er für die Adligen oder für die Klöster schaffen, die seine Herren waren. Nichts war sein Eigentum, nicht einmal der eigene Körper. Schon oft hatte sich die Empörung in Teilaufständen geäußert, die aber alle schnell grausam unterdrückt worden waren. Jetzt gab Luthers Auftreten der Bewegung neue Kraft und eine gewisse Zentralisation. Überall im Lande erstanden, zumeist aus anderen Ständen, den Bauern geistliche Führer. Sie beriefen sich auf das Evangelium und die darin begründeten menschlichen Rechte. Oft waren es auch Angehörige des niederen Klerus, dem es ja auch herzlich schlecht ging, die die Not und das Leid der Bauern mitfühlten und ihnen zu einer gemeinsamen Aktion rieten. Man versuchte es zunächst auf friedlichem Wege. Die Bauern formulierten ihre Forderungen in 12 Sätzen, den „gründlichen und rechten Hauptartikeln aller Bauernschaft und Hintersassen der geistlichen und weltlichen Obrigkeiten, in welchen sie sich beschwert vermeinten“. Es war ein recht gemäßigtes Programm, das die Herren ohne jedes Bedenken hätten annehmen können. Die Bauern forderten Freiheit der Jagd, des Fischens und des Holzlesens. Sie wollten den Wildschaden eingeschränkt sehen oder wenigstens dafür entschädigt sein. Sie verlangten die Abschaffung von Lasten, die ihnen erst neuerdings ohne jede Berechtigung aufgebürdet worden waren und forderten vor allem ein gerechtes Gericht. Die Forderung,

daß die Lasten, die dem Einzelnen zu erfüllen oblagen, genau festgelegt würden, und daß man die Gemeindeländereien, die man sich widerrechtlich angeeignet hatte, zurückgeben sollte, waren eigentlich unbestreitbar. Religiöse Angelegenheiten wurden fast nicht berührt. Nur wünschte man bei der Wahl des Pfarrers entscheidend mitbeteiligt zu sein. Da diese Forderungen nicht schnell Annahme fanden, waren die Massen nicht mehr zu zügeln und der Aufstand brach aus, ehe noch eine Absage von der Gegenseite erfolgt war. An der Schweizer Grenze begann der gefährliche Brand, der sich schnell über ganz Süddeutschland ausbreitete. Der Kaiser hatte andere Geschäfte. Die Fürsten konnten sich zu einer gemeinsamen Aktion nicht aufrufen und die Bauern, die keinen Widerstand fanden, zogen nun mordend, sengend und brennend durch die deutschen Lande. Führer aus dem Ritterstande von Namen und Qualität — man denke nur an Götz von Berlichingen und Florian Geyer — stellten sich an ihre Spitze, merkten aber bald, daß in die auf niederer Kulturstufe stehende rohe Bauernmasse keine Disziplin hineinzubringen war.

Luther hatte zunächst der Sache der Bauern sympathisch gegenüber gestanden. Er verstand es, daß die ungebildeten Leute in ihrer tiefsten Not zu dem äußersten Mittel griffen und dabei auch gelegentlich über die Stränge schlugen. Mit deutlichen und energischen Worten hielt er den Herren alle ihre Sünden vor und sagte ihnen, daß es ihre Christenpflicht sei, die Bauern menschlich zu behandeln. Den Bauern aber riet er, sich von Gewalttat und Blutvergießen fern zu halten. Nicht genug damit. Als der Aufstand auch in Thüringen ausbrach, begab sich Luther selbst mitten in den Herd des Aufruhrs, um Frieden zu stiften. Aber er erlebte hier eine der bittersten Enttäuschungen seines Lebens. Die Leute, die in seinem Namen den Kampf begonnen hatten, wollten seine Mahnungen und Vorschläge nicht hören. Ja sie gingen so weit, sein Leben ernstlich zu bedrohen. Mit Mühe nur entkam er aus ihrer Mitte. Als er nun von immer neuen Greuelthaten der zügellosen Bauern, die in nächster Nähe begangen worden waren, hörte, da schlug bei Luther die Stimmung um. Er sah die schlimmsten Folgen voraus, wenn

jetzt nicht energisch eingegriffen würde. Wieder griff er zur Feder und forderte in einer Flugschrift: „Wider die räuberischen Rotten und Mörder der Bauern“, die Fürsten und Herren auf, mit schonungsloser Energie diesem gemeinschädlichen Treiben ein Ende zu machen. Aber schon hatten sich die Fürsten, da sie rings um ihre Schlösser die Flammenzeichen lohen sahen, zusammengetan. Ein wohl diszipliniertes Heer trat der ungeordneten Masse entgegen und bei Frankenhausen wurden die Bauern völlig vernichtet. Nicht den geringsten Erfolg hatte der Aufstand den Bauern gebracht. Ihre Lage wurde, wo das möglich war, im Gegenteil noch schlimmer als vorher. Luther aber hatte bei der großen Masse, die damals revolutionär gesinnt war, an Volkstümlichkeit bedeutend verloren.

Der Kaiser hatte sich um die ernste Gefahr, in der sein Reich schwebte, überhaupt nicht gekümmert und hatte die Wiederherstellung der Ordnung den Fürsten überlassen. Kein Wunder, wenn deren an sich starke Macht sich noch vergrößerte. Die Fürsten kümmerten sich infolgedessen auch in der so brennenden Religionsfrage nicht mehr um den Kaiser und seine Wünsche. Leider aber war keiner von ihnen so überragend und so politisch weitblickend, daß er eingesehen hätte, wie leicht jetzt wieder einmal eine deutsche Nationalkirche hätte gebildet werden können. Luther von der kaiserlichen Zentralgewalt und der breiten Masse des Volkes im Stiche gelassen, mußte sein Werk jetzt auf die Fürsten stützen und den Wünschen der einzelnen in äußerlichen Fragen natürlich nachgeben. So entstanden an Stelle einer nationalen Reichskirche Landeskirchen. Und auch diese waren nicht alle einheitlich lutherisch, da einzelne Fürsten sich den aus der Schweiz kommenden kirchlichen Reformideen zuwandten. Vergeblich suchte Philipp der Schöne, der Landgraf von Hessen, die beiden Richtungen mit einander zu versöhnen. Aber die Einigung, die durch das Marburger Religionsgespräch stattfinden sollte, scheiterte an dem trotzigem Widerstande Luthers um eines Wortes willen.

So lange Luther lebte, hat er Kämpfe mit den Waffen um Religionsfragen durch seinen überragenden Einfluß stets zu verhindern gewußt. Die Ausbreitungskraft seiner

Lehre war ja so groß, daß sie des Schwertes nicht bedurfte. Und die wachsende Zahl der Anhänger seiner Lehre gewann ihr auch auf den Reichstagen ein verbrieftes Recht nach dem andern. Nach Luthers Tode aber sollte der Zwiespalt, den seine Lehre in das deutsche Volk gebracht hatte, zu langen und blutigen Kämpfen führen. Diese Kämpfe haben nicht mit dem Siege der einen oder der anderen Lehre geendet. Noch heute stehen sich die beiden Religionsbekenntnisse in Deutschland schroff gegenüber und bilden eine tiefe Kluft innerhalb der Nation. Eins aber hat Luther dem ganzen deutschen Volke gegeben: die neuhochdeutsche Schriftsprache. Seit Luther das alte und das neue Testament in der Sprache seiner engeren Heimat übersekte, ist die Meißnische Kanzleisprache die Schriftsprache aller deutschen Stämme geworden. Schon kurz nach dem Erscheinen seiner Bibelübersetzung entstanden neuhochdeutsche Sprachlehren und ein neuhochdeutsches Wörterbuch.

Die schnelle Verbreitung der Lutherschen Lehren ist aber durch eine Erfindung wesentlich gefördert worden, die in diesem Zusammenhange nicht vergessen werden darf. Es ist die Erfindung der Buchdruckerkunst durch den Mainzer Bürger Johann Gutenberg, dem es gelang, zum ersten Male Bücher mit beweglichen Lettern zu drucken. Luther wußte sich diese neue Erfindung sehr gut dienstbar zu machen. Nur mit ihrer Hilfe drangen seine Flugschriften schnell in weite Kreise des Volkes. Nur mit ihrer Hilfe wurde die Bibel bald zu einem Hausbuch. Luther selbst hat aber auch wieder der Buchdruckerkunst zu einem großen Aufschwung verholfen. Als er seine Thesen 1517 anschlag, erschienen in dem gleichen Jahre im ganzen 80 deutsche Druckschriften. Sieben Jahre später war die Zahl der deutschen Druckschriften in einem Jahre auf 960 gewachsen.

Die blutigen Kämpfe um religiöse Gegensätze, die Luther zu verhindern gewußt hatte, mußten aber endlich einmal ausbrechen. Daß sie nicht früher kamen, lag in der Hauptsache daran, daß der Kaiser anderweitig behindert war. Er lag mit seinem Nebenbuhler um die deutsche Krone, dem König Franz I. von Frankreich, in bitterster Fehde. Es gelang ihm zwar schließlich mit Hilfe seines Feldherrn Frundsberg, Franz bei Pavia ent-

scheidend zu schlagen und gefangen zu nehmen. Franz aber kehrte sich nicht an die Eide, die er vor seiner Freilassung geschworen und ließ auch weiter nicht ab, sein Schlachtenglück zu versuchen. Dazu kam die immer drohender werdende Türkengefahr. Ihr gegenüber war endlich wieder einmal ein Nationalbewußtsein im ganzen Volke merkbar. Gegen die Türken zog der Kaiser mit allen Stämmen, die er regierte, zu Feld. Im übrigen aber sündigte der Kaiser selbst sehr stark gegen das Nationalbewußtsein. Als in Lübeck eine glanzvolle Nachblüte der Hanse unter dem weitblickenden energischen Bürgermeister Wullenweber entstand, der die längst untergrabene Herrschaft Lübecks und der anderen Hanse-Städte an der Ostsee wieder aufrichten wollte und hätte wieder aufrichten können, da fühlte sich der Kaiser plötzlich als Herr der Niederlande und glaubte, für diese seine Untertanen gegen seine Untertanen in den Ostseestädten zu Felde ziehen zu müssen. Aus krämerischem Geschäftsneid traten die deutschen Städte Hamburg und Danzig, die aus dem Handel mit den Niederlanden besonders großen Gewinn zogen, auf die Seite des Kaisers, und Wullenweber, der bewußt eine nationale Mission in den Ostseeländern erfüllen wollte, wurde vom deutschen Kaiser und von deutschen Städten gestürzt.

Ganz ähnlich war es ja mit dem Schmalkalder Kriege. Die evangelischen Fürsten Deutschlands hatten die Absicht Karls V., sie mit Waffengewalt zur Umkehr zu zwingen, nach dem Augsburger Reichstage, der das Wormser Edikt erneuerte, klar erkannt. Und sie hatten sich in dem Schmalkaldischen Bündnis zur Abwehr feindlicher Angriffe zusammengeschlossen. In langen Jahren konnte aber von Seiten des Kaisers nichts geschehen, da er anderweitig zu stark gefesselt war. Jetzt aber, wenige Monate nach Luthers Tode, als er erfahren hatte, daß innerhalb des Bundes ernsthafte Spannungen entstanden waren, hielt er den Augenblick zum Handeln für gekommen. Die Schmalkaldischen verlangten ein deutsches Konzil, das die Religionsfragen endgültig regeln sollte. Dieses an sich durchaus berechnete Verlangen wurde vom Kaiser schroff zurückgewiesen, und so mußte es zum Kriege kommen. Nun aber geschah wieder etwas, das leider nur

in Deutschland möglich ist. Der Herzog Moriz von Sachsen, ein überzeugter evangelischer Fürst, stellte sich aus egoistischen Gründen auf die Seite des Kaisers und der katholischen Fürsten, die mit den Anhängern der Lehre Luthers diese selbst vernichten wollten. Es kam zur Schlacht bei Mühlberg. Der Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen, dessen Ruchut Moriz auf seinem Haupte zu sehen wünschte, wurde geschlagen und gefangen. Auch der zweite Führer des Bundes, der Landgraf Philipp von Hessen ließ sich in eine Falle locken und wurde gefangen gesetzt. Aber gerade die Gefangenschaft Philipps und die schmähliche Behandlung, die er in ihr, sicher mit Willen des Kaisers, erfuhr, sollte einen Umschwung der Lage hervorrufen. Kurfürst Moriz von Sachsen fiel vom Kaiser ab und stellte sich an die Spitze eines neuen gegen den Kaiser gerichteten Fürstenbundes. Dieser aber konnte nur mit Unterstützung einer fremden Macht darauf rechnen, dem Kaiser erfolgreich Widerstand zu leisten. Diese Macht, an die sich nun deutsche Fürsten um Unterstützung gegen den deutschen Kaiser wandten, war Frankreich. Dieses sagte seine Hilfe zu, verlangte aber eine wertvolle Gegenleistung. Moriz verstand sich dazu, die deutschen Stiftsländer Metz, Toul und Verdun an Frankreich abzugeben. Wie verhängnisvoll diese freiwillige Preisgabe deutschen Landes an Frankreich war, hat sich im Laufe der Geschichte bis auf die allerjüngste Zeit immer wieder gezeigt. Moriz, der vielleicht viel größere Pläne hatte, der auch die staatsmännische Begabung besaß, Deutschland oder wenigstens einen großen Teil von Deutschland staatlich und kirchlich zu einigen,

fiel bald in einer der ersten Schlachten und der Kaiser war wieder Herr der Situation. Man kann nicht wissen, wie sich die Dinge entwickelt hätten, wenn der Kaiser, was beinahe gelungen war, als Gefangener in die Hand des Fürstenbundes gefallen wäre, und Moriz auf seiner Absehung bestanden hätte. Gründe genug waren jedenfalls dafür vorhanden. Ein Kaiser, der Privatangelegenheiten zu erledigen hat, wenn wilder Aufruhr in blühenden Teilen seines Reiches tobt, ein Kaiser, der das Schwert zieht gegen die eigenen Untertanen, um Handels- und Glaubensinteressen, denen er nahesteht, zu verteidigen, der war nicht würdig, die Krone zu tragen.

Karl V., dessen Regierungszeit so verheißungsvoll begonnen hatte, und der lange Zeit der reichste und mächtigste Fürst der gesamten Kulturwelt gewesen ist, ist scheinbar selbst am Ende seines Lebens mit den Ergebnissen seiner Lebensarbeit nicht zufrieden gewesen. Auf viele seiner Lieblingshoffnungen hat er verzichten müssen. Der Wunsch, seinen Sohn Philipp die Kaiserkrone und das große mächtige Reich zu überlassen, scheiterte an dem schroffen Widerstand der Stände und Fürsten. Sein Bruder Ferdinand wurde zum deutschen König gewählt und ihm übergab der Alternnde auch bald völlig die Führung der Regierungsgeschäfte im deutschen Lande. Als im Jahre 1555 in Augsburg der Friede zwischen den Religionen geschlossen worden war, überließ Karl V. die Regierung in den Niederlanden seinem Sohne Philipp. Der einsame Mann wurde immer verbitterter und zog sich schließlich in das Kloster St. Just in Spanien zurück, wo er nach freudlosen Jahren als einfacher Mönch gestorben ist.

DIE GEGENREFORMATION

Der Augsburger Religionsfriede war nicht so geartet, daß er für die Dauer gesunde Zustände schaffen konnte. Es war in ihm festgesetzt, daß sich die Anhänger der „alten Religion“ und diejenigen, die der „Augsburgischen Konfession verwandt“ seien, gegenseitig vertragen sollten und daß sie sich den Bestand ihres Glaubens und aller Rechte zusicherten.

Wer keiner von den beiden Konfessionen angehörte, hatte keine Ansprüche an die Rechte aus diesem Vertrage. Gefährlich war vor allen Dingen der „geistliche Vorbehalt“, nach dem das Gebiet der geistlichen Fürsten nicht die Freiheit hatte, den Glauben zu wählen. Sonst trat von nun an allgemein der Grundsatz in Geltung: „Wessen das Land, dessen der Glaube.“

Die evangelische Lehre hatte in allen Theilen des Landes an Boden gewonnen, und hatte in wichtigen Gebieten bereits die Oberhand. Sachsen bekannte sich in seinem ganzen Umfange zur neuen Lehre, in Schwaben hatten sich der Adel und die Städte schnell für sie erklärt und in Franken leisteten nur noch die Bistümer schwachen Widerstand. Auch in Bayern und Österreich, in Westfalen und am Rhein fand die Lehre eine immer wachsende Verbreitung. Die katholische Geistlichkeit schien in ihrem Widerstande allmählich zu erlahmen. Man fand sich meistens resigniert damit ab, daß sich der Reformation immer neue Anhänger zuwandten. Die Predigt wurde immer mehr der Haupttheil des Gottesdienstes, auch in katholischen Kirchen. Die Klöster verödeten und die Wallfahrten fanden keine Theiligung mehr. Von einem Haß der Konfessionen, wie er später Deutsche gegen Deutsche zu erbittertem Kampfe trieb, war damals nicht im geringsten die Rede. Katholiken und Protestanten lebten friedlich nebeneinander und jeder achtete des anderen Glaubens. Auch die katholischen Fürsten, die vielfach evangelische Räte hatten, dachten gar nicht daran, ihre evangelischen Untertanen irgendwie zu benachtheiligen. Luthers Schriften, die mit der sich immer mehr vervollkommnenden Buchdruckerkunst eine immer größere Verbreitung fanden, gewannen durch ihre echt deutsche Art immer neue Anhänger. Der venezianische Gesandte, der seiner Regierung berichtete, daß in Deutschland nur noch ein Zehntel der Bevölkerung fest und zuverlässig sich zum katholischen Glauben bekenne, wird wahrscheinlich recht gehabt haben.

So war die Lage auf den religiösen Gebieten als der Bruder Karls V., Ferdinand I. die Regierung antrat. Er bestrebte sich zunächst, den mühsam hergestellten Religionsfrieden zu wahren, und suchte beiden Konfessionen gerecht zu werden. Er wies es ab, als die Protestanten die Aufhebung des „geistigen Vorbehaltes“ verlangten, aber er duldete es andererseits auch nicht, daß die Evangelischen als Staatsbürger zweiten Ranges betrachtet und behandelt wurden. Noch damals wäre es bei der zahlenmäßigen Ueberlegenheit der Protestanten möglich gewesen, dem ganzen Reiche eine einheitliche Kirche zu geben. Jetzt

aber waren es die protestantischen Theologen, die mit der gleichen Heftigkeit, wie gegen Rom, auch gegen einander stritten und die dadurch die Einigung verhinderten. Ferdinand selbst konnte natürlich an einer evangelischen Staatskirche nichts liegen. Nicht nur, weil er selbst gläubiger Katholik war, sondern weil er Aussicht hatte, da Philipps II. Sohn, Don Carlos, kränzlich war, die spanische Krone mit allen ihren Ländern zu erben. Darum hätte es eigentlich sein Ziel sein müssen, den so stark gewordenen Protestantismus, der immer einmal seine zahlenmäßige Ueberlegenheit zur Schaffung einer protestantischen Staatskirche benutzen konnte, möglichst zu schwächen. Er durfte das aber nicht tun, da im Osten die Türkengefahr wieder sehr drohend geworden war, und er ohne die Protestanten diesen gefährlichen Feinden gegenüber ohnmächtig gewesen wäre. Sultan Suleiman hatte zwar 1529 die Belagerung Wiens erfolglos abbrechen müssen, aber Ungarn hatte er dem Reiche entzogen. Aus des Sultans Händen hatte der ungarische König seine Krone empfangen und war in Wirklichkeit des Sultans Vasall. Niemand konnte wissen, ob und wann die Türken wieder einmal gegen Wien vorstoßen würden, und ob dann die Abwehr ebenso erfolgreich gelingen werde. War aber Österreich in der Türken Händen, dann lag das Herz Deutschlands, lag Brandenburg, lag Sachsen den Griffen der Eroberer offen da. Es war daher verständlich, daß der kluge Kaiser alles vermied, was im Angesicht dieser gemeinsamen Gefahr hätte zersplitternd wirken können.

Inzwischen hatte die römische Kirche die große Gefahr, die ihr vom Protestantismus drohte, klar erkannt. Das war nicht mehr eine ketzerische Bewegung, die wie alle die früheren nach einem gewissen Höhepunkt auch ein Abflauen und Vergehen hatte. Hier handelte es sich um eine neue Lehre, die überall offene Ohren und offene Herzen fand. Nicht nur ganz Deutschland hatte sich der Protestantismus erobert, sondern auch in England und den skandinavischen Ländern hatte sich die Mehrzahl der Bevölkerung zur neuen Lehre bekannt. Selbst in sichere Hochburgen des Papsttums, wie es Frankreich, Italien und Spanien waren, hatte sie Eingang gefunden. Die klare Erkenntnis der Gefahr ließ aber die Kirche schnell ihre besten Kräfte zusammenfassen und großzügig an die

Abwehr denken. Die lasche Gleichgültigkeit wich einer bewußten Selbstbesinnung, die alle die Schäden im Organismus der Kirche sah und mit Energie darauf drang, sie zu beseitigen. Das Tridentiner Konzil hat in 18 Jahren ganze Arbeit geleistet. Man fasste die römische Lehre in eine feste Form, die alle die Gegensätze zu den reformatorischen Bestrebungen deutlich zeigte. Denn man war sich in Orient darüber klar geworden, daß es mit den reformatorischen Bewegungen kein Paktieren mehr gab, daß von irgend einem Vergleich oder einem Entgegenkommen keine Rede mehr sein könne. Man schuf der zunächst in der Abwehr sich befindlichen römischen Kirche in der Inquisition, die grausam alles Regertum vernichtete, eine wirksame Waffe und schnitt den reformatorischen Schriften und Büchern dadurch den Weg zu den Katholiken ab, daß man sie auf den Index, das Verzeichnis der verbotenen Bücher, setzte. Auch innerhalb des Klerus wurde eine gründliche Sichtung vorgenommen. All die schlaffen und lauen Priester, die durch ein faules Genußleben das Ansehen der Kirche so schwer geschädigt, wurden, wenn sie sich nicht bessern und ändern wollten, entfernt. Es wurde dafür gesorgt, daß der Nachwuchs mit überzeugtem Glaubenseifer und in ernster Frömmigkeit an seine Aufgaben ging. Eine besondere Hilfsarmee erstand schließlich der katholischen Kirche durch den von Ignatius von Loyola gegründeten Jesuitenorden, dessen Glieder, alles sorgfältig ausgewählte Intelligenzen, hoch gebildet und zu strengstem Gehorsam erzogen wurden. Diese klugen und wissenschaftlichen, auch in allen Gebieten der Lektüre erfahrenen Männer kämpften nun für die Erneuerung der Macht der katholischen Kirche mit glühendem Glaubenseifer. Sie pflegten vor allem in der Bevölkerung die unerschütterliche Treue zum Papsttum und den tiefen Abscheu vor jeder Art von Ketzerei. Der Jesuitenorden breitete sich überraschend schnell aus. Als Ignatius 16 Jahre nach Begründung des Ordens starb, hatte dieser schon in 13 großen Ordensprovinzen Fuß gefaßt. Auch nach Deutschland, wo ja ihrer besonders große Aufgaben harrten, waren die Jesuiten bald gekommen. Herzog Albrecht V. von Bayern sah sie mit Freuden als geschickte Helfer bei seinen Katholisierungsbestrebungen und gab ihrem Wirken in Deutsch-

land durch reiche Schenkungen in Ingolstadt einen festen Mittelpunkt. Albrecht V. war auch der erste Fürst, der mit dem bisher geübten System der Duldung brach. Er verlangte von seinen Beamten, daß sie überzeugte Katholiken seien und vertrieb die aus den Grenzen seines Landes, die sich offen zum Protestantismus bekannten. Auch die geistlichen Fürsten folgten bald diesem Beispiele gewalttätiger Gegenreformation.

Während sich so auf der katholischen Seite die wirkenden Kräfte immer fester und enger zusammenschließen, um die bedrohte Kirche zu schützen und zu stützen, sehen wir auf der protestantischen Seite die Führer aus Eigennutz besondere Wege gehen oder sich gegenseitig um Kleinigkeiten spitzfindig streiten. Darum blieben die äußeren und inneren Erfolge des Protestantismus fast gänzlich ungenutzt. Dazu kam noch eine Spaltung ernsterer Natur unter den Protestanten selber. Zwinglis Lehre war, nachdem Luther die dargebotene Hand zur Verständigung zurückgewiesen hatte, in der Hauptsache auf die Kantone der Eidgenossenschaft beschränkt gewesen. Die Arbeit Calvins gab der Zwinglischen Lehre festere und klarere Form, und die dadurch entstandene neue Ausbreitungsbewegung der Reformierten griff auch auf Deutschland über und fand vor allen Dingen in der Pfalz so viel Anhänger, daß die Pfalz schließlich zum reformierten Glaubensgebiet gerechnet werden mußte. Man kann das eigentlich nicht so recht verstehen, denn die pfälzer Art ist immer heiter und lebensfroh gewesen, während Calvins Lehre wie ihr Schöpfer war: streng, herb, hart und düster.

Als Ferdinand nach 34jähriger Regierung starb, bestieg Maximilian II., dessen Thronfolge durch die Wahl des deutschen Königs noch zu Lebzeiten seines Vaters gesichert worden war, den Thron. Maximilian II. war in seinem Herzen Protestant. Lange hatte er sich einen lutherischen Hofprediger gehalten und wohl auch die Absicht gehabt, sich offen zum Protestantismus zu bekennen. Aber die Bitten seines Vaters, der vor allem immer auf die Möglichkeit der spanischen Erbfolge hinwies, brachten ihn doch so weit, daß er im Schoße der katholischen Kirche verblieb, wieder einen katholischen Hofprediger ernannte und seinem Vater gelobte, als treuer Katholik die Rechte der Kirche

in jeder Weise zu wahren. Es versteht sich aber natürlich von selbst, daß dieser katholische Fürst außerordentlich duldsam gegen die Lutheraner war. Nicht aber gegen die Calvinisten, als deren Schützer und Fürsprecher der Kurfürst Friedrich von der Pfalz immer wieder auftrat. Maximilian wäre gern gegen den Pfalzgrafen und die Calvinisten ganz energisch vorgegangen, wenn ihn nicht die anderen evangelischen Fürsten daran gehindert hätten. Aber trotz dieser durch die Tat bewiesene Sympathie kam eine Einigung der evangelischen Fürsten untereinander nicht zustande. Auch dann nicht, als das blutige Ende der Hugenotten in der Bartholomäusnacht ihnen eine ernste Mahnung zurief. Unter den evangelischen Fürsten verbreitete sich die Kluft zwischen den beiden Lagern immer mehr, von denen eines der Pfalzgraf und das andere der Kurfürst von Sachsen als traditioneller Schützer des Luthertums führte. Diese Uneinigkeit hatte wieder einmal eine Reihe von verpaßten Gelegenheiten zur Folge. Wie leicht hätten die gemeinsam vorgehenden evangelischen Fürsten vor der Wahl Rudolfs II. zum deutschen König, die der Kaiser so eifrig betrieb, bei diesem Sicherheiten für ihren Glauben erwirken können, und das gleiche wäre möglich gewesen, als der Kaiser die Hilfe der Fürsten gegen Polen dringend brauchte. Damals war es Kurachsen, das eine Extratour tanzen mußte.

Unter Rudolf II. verfiel das Reich immer mehr. Die Worte, die ihn eine Dichtung sprechen läßt:

„Mein Sinn ist trüb, mein Antlitz bleich“,
„Denn ach, das heilige römische Reich“,
„Das Reich, es liegt in Scherben“
kennzeichnen die Lage richtig.

Rudolf II. war in Spanien erzogen worden, hatte wenig Ahnung von deutscher Art und war ein überzeugter Katholik. Trotzdem war er, soweit er sich überhaupt betätigte, duldsam. Wichtiger als die Staatsgeschäfte waren ihm seine Privatinteressen. Seine naturwissenschaftlichen Kenntnisse waren für die Zeit bedeutend. Seinem Interesse für die Sternkunde verdanken Tycho de Brahe und Kepler wirkame, ihren Arbeiten außerordentlich nützliche Förderung. Dazu war der Kaiser ein Sammler von Geschmack und Verständnis. Da der Kaiser die Zügel des Regiments nicht fest in der Hand hatte, sondern seine Räte und auf

der anderen Seite die Fürsten und geistlichen Herren schalten und walten ließ, wie es denen beliebte, so mußte es schließlich dazu kommen, daß die Gegenreformation innerhalb der Grenzen des Reiches es wagen konnte, zu offener Gewalt zu greifen, um lutherisch gewordene Gegenden wieder zu katholisieren. So hat ein energischer Bischof in kurzem das ganze Bistum Fulda, nicht ohne Anwendung von Gewalt, wieder katholisiert, und dem Eichsfeld ist es ebenso gegangen. Auf der anderen Seite wurde der Versuch des Kölner Erzbischofs Gebhardt Truchseß, sein Erzbistum evangelisch zu machen, gewaltsam unterdrückt. Es ist schade, daß die evangelischen Fürsten dabei untätig zugeesehen haben. Wäre die Absicht von Gebhardt Truchseß zur Tat geworden, so war damit der „geistliche Vorbehalt“ gefallen.

Als man auf evangelischer Seite die Erfolge der Gegenreformation sah, da drangen vernünftige Männer auf ein Ende der Streitigkeiten und versuchten, eine dogmatische Einheit festzustellen. Aber die Konfessionsformel, die das Resultat mühsamer gelehrter theologischer Arbeit war, brachte keinen Ausgleich, da ihre Annahme einen Sieg des strengen Luthertums bedeutete. So sehen wir innerhalb der beiden Gruppen, zwischen denen es doch schließlich einmal zu einem Ausgleichskampfe mit den Waffen kommen mußte, auf der einen Seite die sichere und zielbewußte Arbeit der Gegenreformation, auf der anderen Seite Zersplitterung, Spitzfindigkeit und Eigenbrödelei.

Es hat noch eine ganze Weile gedauert, bis die evangelischen Fürsten einsahen, daß sie auf diese Weise ihre Sache immer mehr schwächten. Als aber der Bayernherzog Maximilian die Gegenreformation immer offener mit roher Gewalt betrieb, als er die freie Reichsstadt Donauwörth mit Waffengewalt gezwungen hatte, wieder katholisch zu werden, und der Regensburger Reichstag sich zu keinem Einschreiten gegen diesen unbestreitbaren Uebergriff bereit fand, da sah man endlich den Ernst der Lage ein, und es gelang Christian von Anhalt die evangelischen Fürsten in der sogenannten „Union“ zu vereinigen, der bald alle evangelischen Fürsten, natürlich wieder einmal mit Ausnahme von Sachsen, beitraten. Auf der katholischen Seite tat man sofort einen Gegen-

schlagzug. Max von Bayern gründete die katholische Defension, einen Fürstenbund, in dem er und die drei geistlichen Kurfürsten die Führung hatten. Der Bund ist unter dem Namen der katholischen Liga, den er erst später erhalten hat, bekannt geworden.

Der Kaiser Matthias, der seinem Bruder Rudolf auf dem Throne gefolgt war, hatte zwar den guten Willen zum Ausgleich, aber die Gegensätze waren schon zu scharf ausgeprägt. Auf beiden Seiten waren schon haßerfüllte Führergruppen entstanden, und der Krieg lag sozusagen in der Luft. Auf allen Reichstagen war das zu merken. Die Katholiken, die die Uebermacht hatten, nutzten diese rücksichtslos aus, so daß die protestantischen Reichstände entweder gar nicht wieder hingingen oder die Tagungen vor Schluß verließen. Das Reich befand sich in einer schwierigen Lage. An seinen Grenzen hatte es erst vor wenigen Jahrzehnten wertvolle Gebiete verloren, die Russen hatten sich Livland genommen, die Schweden Estland, und Kurland war polnisches Lehen geworden. Die Elbherzogtümer hatten sich Dänemark angeschlossen. Die blühenden Niederlande waren vom Reiche losgelöst und spanisches Thronerbe geworden. Im Südosten stand drohend die Türkengefahr, im Osten sah der Pole gewinnlüchtig nach deutschen Landstrichen. Hol-

länder und Engländer beherrschten die Meere und verdrängten den deutschen Kaufmann von den Weltmärkten. Der im Mittelalter erworbene große Wohlstand begann zu schwinden, da seine Quellen versiegten. Die Zersplitterung in kleine und kleinste partikularistische Teile hatte das Nationalgefühl fast völlig ertötet. Dazu kam noch der konfessionelle Gegensatz, der die Gemüter in zwei feindliche Gruppen spaltete. Nicht nur der Handel zur See war zum Tode verurteilt, auch der gewinnbringende Handel über die Alpenpässe ging immer mehr zurück. Französische und holländische Waren kamen auf die deutschen Märkte, während die deutsche Ware von den ausländischen Messen und Märkten immer mehr verschwand. Das gesunkene Nationalgefühl hatte fremdsprachliche Einflüsse mächtig werden lassen. Der Romanismus drang in immer weitere Schichten ein, die deutsche Sprache wurde mit französischen und lateinischen Fremdwörtern durchsetzt, unter denen wir bis heute noch zu leiden haben. Als charakteristisch stellt Bassenge fest (a. a. O., S. 58), daß „um 1570/70 von Hundert der in Deutschland gedruckten Bücher in lateinischer Sprache geschrieben waren. Im Jahre 1571 machte sich das erste deutsche Fremdwörterbuch nötig, 1578 erschien die erste deutsche Grammatik in lateinischer Sprache; der Verfasser nannte sich Clajus.“

DER DREISSIGJÄHRIGE KRIEG

Das gewaltige Ereignis, dem die folgenden Seiten gewidmet sind, hat das Deutsche Reich in seinen Grundfesten erschüttert und die deutsche Kultur und die deutsche Wirtschaft um mehrere Jahrhunderte zurückgebracht. Drei Jahrzehnte lang ist der Krieg durch deutsche und durch ausländische Truppen in deutschen Gauen ausgefochten worden. Es gab kein Dorf und keine Stadt im ganzen Reiche, die nicht gebrandschatzt und geplündert worden wären. Heute von dem einen und ein paar Monate später von dem anderen der Gegner. Wie für den Weltkrieg unserer Tage der Balkan die Wetterdecke gewesen ist, so kam für diesen Krieg aus Böhmern der Blitzstrahl, der den Riesenbrand entfesseln sollte. Der unreife Schütze, der in Sera-

jewo Österreichs Thronfolger mordete, hat ebenso wenig die außerordentlich schwer wiegenden Folgen seiner Tat geahnt, wie die jungen Adligen, die am 23. Mai 1618 die Räte Slavata und Martinik durch das Fenster des Prager Schlosses auf einen Misthaufen im Schloßgraben beförderten. Der böhmische Adel und mit ihm der überwiegende Teil der Bevölkerung bekannte sich seit den Tagen von Huß zum Protestantismus. Er hatte sich unter dem schwachen Landesherrn immer eine starke Selbstständigkeit zu wahren gewußt und benutzte die Gutmütigkeit Rudolfs II. dazu, sich gewisse Rechte in einem Majestätsbrief sichern zu lassen. Dieser Majestätsbrief gab dem böhmischen Protestanten völlige Religionsfreiheit, das Recht, eigene Kirchen zu bauen, und die

Befugnis, sich zur Beratung ihrer Angelegenheiten in Prag zu versammeln. Die wachsende Gegenreformation wollte den böhmischen Protestanten diese Rechte nehmen oder sie zum wenigsten beschränken. Empört kamen die Vertreter der böhmischen Protestanten in Prag zusammen, und der Zorn der erregten Versammlung richtete sich mit einem gewissen Recht gegen die kaiserlichen Räte, die der Gegenreformation willigste Diener waren. Man zog zum Schloß, forderte eine klare Bestätigung der verbrieften Rechte, und als die Räte mit veräulerten Spitzfindigkeiten ausweichen wollten, warf man sie in der ersten Wut zum Fenster hinaus. Zum Überflus schickte man ihnen noch ein paar Schüsse nach. Durch Zufall aber waren, wie schon oben erwähnt, — böhmische Misthaufen pflegten damals sehr groß zu sein — die beiden Räte sehr weich gefallen und hatten sich keinen Schaden getan. So war der alte milde Kaiser zunächst geneigt, diesen Temperamentsausbruch nicht allzu tragisch zu nehmen. Die Klerikale Partei aber wußte den friedliebenden Ratgeber des Kaisers, den Rat Klesl, geschickt zu entfernen und setzte strengste Maßregeln und eine bewaffnete Niederwerfung des Aufstandes durch. Ein kaiserliches Heer drang in Böhmen ein und focht mit wechselndem Erfolge gegen die Böhmen, denen die Union in der Meinung, es handle sich um eine Glaubenssache, nicht um eine politische Sache, die es in Wirklichkeit war, den temperamentvollen Grafen Ernst von Mansfeld mit wenigen aber tapferen Truppen zu Hilfe geschickt hatte. Das Schlachtenglück änderte sich nun, die Truppen des Kaisers wurden aus Böhmen herausgeworfen, und das mächtig gewachsene böhmische Heer drang in Österreich ein. In diesen Tagen starb Kaiser Matthias. Zu seinem Nachfolger war sein Neffe Ferdinand bestimmt, der schon in den letzten Jahren ausschlaggebend bei den meisten Regierungshandlungen gewesen war.

Ferdinand war ein fleißiger, aber etwas beschränkter und sehr phantastischer Mensch. Er stand völlig unter klerikalen Einflüssen und der römischen Kirche kam dieser Krieg außerordentlich gelegen. Sie sah in ihm die Möglichkeit, den verhassten und ihr so gefährlichen Protestantismus mit der Schärfe des Schwertes auszurotten. Da sie die Uneinigkeit der prote-

stantischen Fürsten kannte, zweifelte sie nicht am Siege der katholischen Sache. Die kirchlichen Einflüsse sind darum dafür verantwortlich zu machen, daß dieser furchtbare, das Reich vernichtende Krieg nicht auf seinen Herd beschränkt blieb. Eine Gelegenheit, die Basis des Krieges zu verbreitern, sollte sich bald finden. Die Böhmen hatten, in der Hauptsache um die Habsburger zu ärgern, nach dem Tode des Kaisers Matthias den Bundesdirektor der „Union“, den Kurfürsten Friedrich von der Pfalz, zum König von Böhmen erwählt. Friedrich schmeichelte die Wahl, und er nahm sie an, ohne vorher mit den Gliedern der Union Fühlung genommen zu haben. Auch die Antwort seines Schwiegervaters, des Königs Jakob von England, wartete er nicht ab. Als es nun ernst wurde, zögerten seine Verbündeten von der „Union“ mit ihrer Hilfe, sein Schwiegervater Jakob versagte ihm jede Unterstützung, und der mächtigste der deutschen evangelischen Fürsten, der Kurfürst von Sachsen, kämpfte sogar offen gegen den ersten protestantischen König, indem er Schlesien und die Lausitz, die damals zu Böhmen gehörten, eroberte. Schnell kam für den jungen Fürsten, der so stolz beglückt aus seinem schönen Schlosse in Heidelberg der Krone und dem Throne entgegengezogen war, das traurige Ende. In der Schlacht am Weißen Berge, in der seine Truppen vernichtend geschlagen wurden, verlor er Ehre, Krone und Land. In diesen Zeitpunkt fällt Kaiser Ferdinands und seiner Ratgeber schwere Schuld. Der Kaiser konnte sich mit diesem endgültigen Siege vollkommen zufrieden geben. Statt dessen sprach er über Friedrich die Acht aus, wozu er übrigens gar nicht berechtigt war, und griff dessen Rurand, die Pfalz, mit bewaffneter Hand an. Dadurch wurde der Krieg von örtlicher Bedeutung zu einem Reichskriege. Zugleich wurde der Kriegsschauplatz in Gegenden verlegt, in denen mächtige Nachbarn ihn um ihrer eigenen Sicherheit willen nicht längere Zeit dulden konnten und zum Eingreifen veranlaßt wurden. So wuchs sich der Reichskrieg aus zum europäischen Krieg.

Die Niederlage Friedrichs war für die evangelische Sache ein fast vernichtender Schlag. Die Sache des Protestantismus war in Böhmen und im ganzen Osten verloren. Die „Union“ ihres Hauptes beraubt, löste sich bald auf.

Einige tapfere Haudegen mit ihren Landsknechtshaufen standen ja noch für Friedrichs Sache ein: Ernst von Mansfeld, der wilde Herzog Christian von Braunschweig und der Markgraf Georg Friedrich von Baden. Aber sie alle wurden bald unschädlich gemacht, und das Vorspiel der gewaltigen Kriegstragödie war zu Ende.

Der Kaiser und seine Verbündeten wußten diesen völligen Sieg gut zu nützen. Der Majestätsbrief wurde für null und nichtig erklärt und ganz Böhmen schnell mit brutaler Gewalt katholisiert. Unklugerweise ließ sich aber der Kaiser dazu bewegen, den Krieg auch in die Pfalz zu tragen. Das blühende Land wurde verwüstet, und das herrliche Schloß zu Heidelberg, dessen Ruinen noch heute eine der größten Sehenswürdigkeiten in Deutschland sind, durch Feuer schwer beschädigt. Die Kurwürde bekam der Bayernherzog zum Lohn, und damit war die katholische Mehrheit im Wahlkollegium gesichert.

In Frankreich sah man die Vorgänge in Deutschland mit gemischten Gefühlen. Man fühlte sich durch die Kämpfe in der Pfalz, so nahe den Grenzen des eigenen Landes, beunruhigt und sah auch die Macht der Habsburger nicht gern wachsen. Richelieu's Gegenmaßnahmen waren großzügig und wirksam. Er folgte der Politik des römischen Kaiser Tiberius, der durch Förderung der Uneinigkeit in Deutschland den Gegner geschickt und dauernd zu schwächen wußte. Diese Politik haben alle bedeutenden Leiter der Geschichte Frankreichs bis zu unseren Tagen eingeschlagen, um die Gefahr im Osten zu mindern. Ludwigs XIV. deutsche Politik arbeitete so, und Napoleon I. wie Napoleon III. haben mit diesem erprobten Mittel zum Teil erfolgreich zu arbeiten versucht. Und wir wissen, daß nach dem Schmachtfrieden von Versailles die französische Regierung große Mittel aufgewendet hat, um alle Sonderbestrebungen im Reiche kräftig zu unterstützen. Weder der Kaiser aber noch die Fürsten sahen diese Gefahr, die von Paris aus drohte, und taten nichts, um die Gegensätze zu überbrücken und die das Reich und das Volk zermürbenden Kämpfe zu beenden. Was galt ihnen Deutschland, was galt ihnen das Deutschtum!?

Der Kaiser glaubte immer noch den Katholizismus in Deutschland mit Waffen durch-

setzen zu können und rüstete gewaltige Heere gegen Fürsten und Völker seines Reiches. Sully und Wallenstein, deren Namen in der Kriegsgeschichte aller Zeiten einen ehrenvollen Platz haben, waren ihre Führer. Sully war lediglich Soldat. Dazu ein fanatischer Verfechter der katholischen Macht. Der geniale Feldherr Wallenstein aber war gleichzeitig ein weitblickender Staatsmann. Schon eine seiner Ideen, für die er immer wieder eintrat, die er aber zunächst nicht durchführen konnte, beweist das. Er erstrebte eine Stärkung der Reichsgewalt durch die Schaffung einer Reichsflotte in der Ostsee. Diese war aber nur möglich mit Zustimmung und Unterstützung der hanseatischen Bevölkerung an der Wasserkante. So sehr früher der Hansabund zum Schutze seiner wirtschaftlichen Bestrebungen die tatkräftige Hilfe des Reiches gewünscht hatte, jetzt mußten sich seine Erben gegen solche Bestrebungen wehren; denn sie gingen ja nicht vom gesamten Reich aus, sondern von der katholischen Gruppe innerhalb des Reiches, die die Glaubensfreiheit der protestantischen Bevölkerung dieser Gegenden stark bedrohte.

Da die Rüstungen auf der katholischen Seite immer bedrohlicher wurden, sahen sich die Protestanten bedauerlicherweise gezwungen, Hilfe im Auslande zu suchen. Der Däne Niklas ließ sich, da blühendes deutsches Land als Beute winkte, nicht lange rufen. Aber er wurde schon 1626 bei Lutter am Barenberge vernichtend geschlagen, und seine Hilfsaktion war damit erledigt. Die Kaiserlichen eroberten die Elbherzogtümer und ganz Jütland, so daß der Dänenkönig sich auf seine Inseln zurückziehen mußte. Er schloß schließlich bald einen ziemlich glimpflichen Frieden. Wieder hatten die Katholiken auf der ganzen Linie gesiegt. Kein Helfer schien den Protestanten nach den traurigen Erfahrungen der Dänen erstehen zu wollen. Der Kaiser war jetzt so mächtig, daß er es sich leisten konnte, seinen besten Helfer Wallenstein den Wünschen der Liga zu opfern. Mit dem Restitutionsedikt vom Jahre 1629 wollte er nun der protestantischen Macht den Genickfang geben. Das Edikt bestimmte, daß alle Klöster und geistlichen Stifter, die nicht reichsunmittelbar und bis zum Passauer Vertrag (1552) katholisch gewesen waren, den Katholiken wiedergegeben würden, auch diejenigen

reichsunmittelbaren Stifter, die von den Protestanten nach dem Augsburger Religionsfrieden eingenommen worden waren. Alle nicht dem Augsburger Bekenntnis angehörigen Sekten, darunter auch die Calvinisten, sollten endgültig von dem Religionsfrieden ausgeschlossen sein. Bei der völligen Durchführung dieses Ediktes, mit der sehr schnell begonnen wurde, hätten die protestantischen Fürsten und Städte den größten Teil ihres Vermögens und damit jede Möglichkeit zu weiterem Widerstande verloren. Jetzt endlich schloß man sich wieder auf der protestantischen Seite enger zusammen. Aber der Anlaß dazu war wieder einmal nicht nationaler und nicht religiöser Art, sondern bedrohlicher materieller Besitz. Hilfsfuchend ließ man wieder die Augen nach dem Auslande schweifen, und schneller als man gedacht, sollte den Bedrängten ein mächtiger Helfer erscheinen. Gustav Adolf, der König von Schweden, hatte seine großen Gaben als Feldherr und Staatsmann bereits bewährt. Klar und zielbewußt, tapfer und unermüdlich war der 36jährige eine geborene Führernatur. Religiöse Gründe waren es, die ihn zum Eingreifen veranlaßten. Er sah die tiefe Bedrängnis der protestantischen Bevölkerung Deutschlands und wußte, daß diese Länder, wenn nicht bald tatkräftige Hilfe kam, der Katholisierung unrettbar verfallen waren. Aber ganz ohne politische Gründe war natürlich sein Handeln auch nicht. Einmal hatte er mit dem Kaiser noch einen kleinen Strauß auszufechten, da dieser seinerzeit die Ansprüche Polens auf die schwedische Krone unterstützt hatte. Zum anderen aber sah er natürlich durch die Wallensteinschen Pläne einer Reichsflotte in der Ostsee die von ihm erstrebte Vorrherrschaft über die Gesteade des baltischen Meeres gefährdet. Als er am 6. Juli 1630 mit verhältnismäßig wenig Truppen auf der Insel Usedom landete, da hätte sein Eindringen in Deutschland noch verhindert werden können, wenn nicht auf der katholischen Seite inzwischen eine starke Spannung zwischen dem Kaiser auf der einen und der Liga auf der anderen Seite eingetreten wäre. Die Kluft war erst überbrückt, als ein Heer von 40 000 Mann Gustav Adolfs Führung folgte und er ziemlich rasch ganz Norddeutschland in seine Gewalt bekam.

Nicht so rasch kam die Einigung unter den protestantischen Fürsten zustande. Gustav Adolf

war ziemlich erstaunt, daß die meisten der protestantischen Fürsten sich weigerten, ein förmliches Bündnis mit dem Erretter aus tiefer Bedrängnis einzugehen. Pommern zwang er schnell, sich ihm anzuschließen, aber freiwillig tätigten nur Stadt und Stift Magdeburg, Hessen-Kassel und Sachsen-Weimar mit ihm ein Bündnis. Kur-Sachsen sowohl wie Brandenburg verhielten sich zunächst ausweichend und schließlich ablehnend, obwohl der Kurfürst von Brandenburg der Schwager Gustav Adolfs war. Im raschen Siegeszuge drang Gustav Adolf nach Mitteldeutschland vor und nahm Frankfurt a. d. Oder mit stürmender Hand. Tilly, dessen Aufgabe es war, ihm entgegenzutreten, hatte seine Kraft und seine Zeit auf die Eroberung Magdeburgs verwandt, das nach seinem Fall fast völlig zerstört wurde. Die grausame Behandlung, die der blühenden Stadt und ihrer wohlhabenden Bevölkerung durch Tillys Truppen zuteil geworden war, löste einen Schrei der Entrüstung in allen protestantischen Landen aus. Jetzt endlich, in so furchtbarer Weise gewarnt, fanden die protestantischen Fürsten den Weg zur Einigung. Sie kamen in Leipzig zusammen und fanden energische Worte gegen die kaiserliche Politik. Man beschloß, für die Heere des Kaisers keine Zahlungen mehr zu leisten und die kaiserlichen Truppen mit Waffengewalt an dem Betreten der protestantischen Länder zu hindern. Dieser Beschluß ist ein trauriges Zeichen dafür, daß man bisher dem feindlich gesinnten Kaiser das Recht auf diese Unterstützung seiner für die Niederkämpfung der protestantischen Lehre kämpfenden Truppe noch nicht bestritten hatte. Zu gleicher Zeit erklärte man das Restitutionsedikt für ungültig. Gustav Adolf wußte die Gelegenheit gut zu nützen. Mit sanftem Druck zwang er den Brandenburger Schwager zum Bündnis, und das isolierte Sachsen mußte sich schließlich diesem Bunde auch anschließen. Gustav Adolf suchte nun den Kampf mit dem Gegner in offener Feldschlacht und konnte bei Breitenfeld seine militärische Überlegenheit über Tilly glänzend beweisen. Von Tillys Truppen waren 10 000 Mann gefallen und 7000 gefangen genommen worden. Der Feldherr selbst wurde nicht unerheblich verwundet. Jetzt war die Bahn für den Schwedenkönig frei. Er bedrohte und beunruhigte die Gegner überall, zog an den

Rhein und marschierte nach Bayern, wo sich ihm Tilly zum zweiten Male entgegenwarf, aber am Lech wieder eine empfindliche Niederlage und zugleich die Todeswunde empfang.

Dem Kaiser, der in immer ernsterer Bedrängnis geriet, blieb nun nichts anderes übrig, als sich mit Wallenstein zu versöhnen. Mit fast unumschränkter Gewalt ausgerüstet, warb der populäre Feldherr in überraschend kurzer Zeit ein großes Heer, wandte aber Gustav Adolf gegenüber eine zurückhaltende und zaudernde Taktik an. Gustav Adolf verlor schließlich die Geduld, als sich der Gegner ihm nicht zum entscheidenden Kampfe stellen wollte, und er zog aus Bayern ab. Das aber gerade hatte Wallenstein gewollt. Statt ihm nachzuziehen, marschierte er nach Norden, um sich mit den Truppen Pappenheims zu verbinden. Sobald Gustav Adolf diese Absicht des Gegners klar wurde, versuchte er, sie zu verhindern. Bei Lützen kam es zu einer erbitterten Schlacht, in der Gustav Adolf im Nahkampfe fiel. Die protestantische Sache hatte damit den einzigen wirklichen Führer verloren. Wallenstein aber war nicht nur ein großer Stratege, sondern auch ein weitblickender Staatsmann. Er sah, daß in diesem Kampfe keine der beiden sich gegenüberstehenden Gruppen siegen könne, und er suchte deshalb, da ihm jetzt die Gelegenheit dazu günstig schien, einen Verständigungsfrieden zu vermitteln. Er befolgte die aus Wien kommenden Befehle, die ihm gerade jetzt, wo die Protestanten die einheitliche Führung verloren hatten, schärfstes Vorgehen ans Herz legte, nicht und verhandelte sogar heimlich mit den Schweden. Das mußte natürlich beim Kaiser und noch mehr bei den Führern der Liga, mit denen er sich nie gut gestanden hatte, Mißtrauen erwecken. Wallenstein merkte das, ließ sich aber dadurch nicht beirren in seinen Plänen, bei denen nicht nur der eigene Ehrgeiz, sondern auch das Bestreben, dem Deutschen Reiche und dem deutschen Volke in diesen furchtbaren Nöten wirksam zu helfen, die treibende Kraft war. Er verpflichtete seine Unterführer und damit das Heer auf seine Person und war entschlossen, wenn man in Wien den günstigen Augenblick verpaßte, Frieden zu schaffen, auf eigene Faust zu handeln und den Krieg zu beenden. In Wien wurde die Angst

immer größer, und da keiner den Mut fand ihm offen entgegenzutreten, wurde der Feldherr durch einen feigen Mord ermordet.

Von nun ab verlief der Krieg geregelter militärischer Bahnen. Die Schweden, die ja eigentlich ihre Mission erfüllt hatten, dachten nicht daran, Deutschland zu verlassen, sondern zogen ziemlich planlos zunächst unter der Führung von Bernhard von Weimar im Lande hin und her. Die einst so berühmt gewesene Manneszucht im schwedischen Heere war nach Gustav Adolfs Tode mehr und mehr gewichen. Da die immer mehr verwildernde Soldateska kein ideales Ziel mehr hatte, das es kämpfend zu erreichen galt, so wurde Sengen, Brennen und Beutemachen allmählich immer mehr die Triebfeder ihres Handelns. Nach einer Niederlage trennte sich Bernhard von Weimar von ihnen, und der Bund mit den evangelischen Fürsten, den Gustav Adolf einst gegründet, zerfiel. Sachsen schloß 1635 mit dem Kaiser den Prager Frieden, der ihm zwar einigen Landgewinn aber keine Sicherung der religiösen Freiheiten brachte. Brandenburg folgte und Mecklenburg und viele Reichsstädte. Bernhard von Weimar, der sich auf diese Weise völlig vereinsamt sah, suchte wieder fremde Hilfe und fand sie bei Frankreich. Richelieu benutzte mit Freuden die Gelegenheit, in die deutschen Kämpfe eingreifen zu können. Bernhard von Weimar wurde mit reichen Geldmitteln unterstützt und kämpfte so im Namen Frankreichs als deutscher Fürst um eine deutsche Sache gegen den deutschen Kaiser. Als er nach kurzer Zeit starb, hatte er weiter nichts erreicht, als daß nun neben den Schweden auch noch französische Truppen das arme deutsche Volk ausplünderten. Die fremden Truppen wurden allmählich zu einer Landplage. Schweden und Franzosen fielen schließlich vereint in Bayern ein und hausten dort derart, daß sich Maximilian gezwungen sah, wenigstens äußerlich die Verbindung mit dem Kaiser und mit der Sache der Katholiken zu lösen. Der Krieg artete immer mehr in systematischen Raub aus. Niemand wußte mehr, worum der Kampf eigentlich ging. Kein Heerführer fragte mehr nach dem Bekenntnis seiner Truppen. Auf beiden Seiten fochten Katholiken und Protestanten nebeneinander. Da es schließlich nichts mehr zu rauben gab, verflog auf beiden Seiten die Kriegslust

immer mehr, und aus dieser Kriegsmüdigkeit wurde nach langen Verhandlungen der westfälische Frieden geboren. Am 24. Oktober 1648 ist er in einer feierlichen Sitzung zu Münster unterzeichnet worden. Die Schweden bekamen durch den Friedensvertrag Vorpommern. Die Franzosen die Anerkennung ihres Eigentumsrechtes auf die Bistümer Metz, Toul und Verdun und die Schutzherrschaft über einen Teil des Elsaß. Einen Sieg hatten aber schließlich die Protestanten dadurch erungen, daß beide Konfessionen, die Calvinisten mit eingeschlossen, fortan als völlig gleichberechtigt gelten sollten und zwar nach dem Besitzstand von 1624, der für die Protestanten außerordentlich günstig war. Die Katholiken hatten im Verhältnis zu den ungeheuren Opfern, die von ihrer Seite gebracht wurden, sehr wenig erreicht. Am meisten verlor der Kaiser, auf dessen Schuldkonto man die riesigen Ausmaße dieses Glaubenskampfes setzen muß. Mit der kaiserlichen Macht war es für immer vorbei. Das war die Folge davon, daß die ständigen Gedanken an die Möglichkeit der spanischen Erbschaft sein Handeln als Kaiser bestimmt hatten. Die Selbstständigkeit der Fürsten wurde endgültig durchgesetzt und gesetzlich festgelegt. Keine wichtigen Reichsangelegenheiten konnten ohne ihre Zustimmung geregelt werden. Von ihrer Mitarbeit waren nicht nur die Gesetzgebung, die Besteuerung und alle Heeresangelegenheiten, sondern auch die auswärtige Politik, die Bestimmung über Krieg und Frieden abhängig. Der Reichstag wurde dadurch zu einer Farce, daß eine Einstimmigkeit aller drei Kurien vorhanden sein mußte, sollten seine Beschlüsse Gültigkeit haben. Das Reich war ein

loser Staatenbund geworden, den mit Recht der berühmte Staatsrechtslehrer Samuel von Pufendorf „einen regellosen und einem Monstrum ähnlichen Körper“ nennen konnte. Auch das Gebiet des Reiches hatte sich wieder verkleinert. Vor allen Dingen besaß es jetzt nicht mehr eine einzige Mündung eines seiner großen Ströme und wurde dadurch vom Meere abgeschnitten.

„Dazu kam eine beispiellose allgemeine Verwüstung: der Verlust der Hälfte bis Zweidrittel der Bevölkerung, die Verödung weiter Landstriche, die ungeheure Einbuße an Volksvermögen, die Vernichtung ganzer Gewerbezeige, eine schreckliche sittliche Verwilderung und überall in Sitte, Tracht, Sprache und Bildung die Herrschaft der überlegenen ausländischen Kultur! Niemals war ein großes modernes Volk einem so furchtbaren Schicksal verfallen.“ Die fleißige Arbeit von Jahrhunderten war dahin, und in dem schwer geprüften Volke war die Kraft und alles Hoffen geschwunden. Furchtbare Seuchen, darunter das Auftreten der Pest, schwächten die Volkskraft noch mehr.

Verschiedentlich ist die Lage des deutschen Volkes nach dem Weltkriege und der Revolution mit der freudlosen Zeit nach dem 30jährigen Kriege verglichen worden. In vielen geht es uns ja ähnlich so, wenn wir auch glücklicherweise nicht so vollkommen niedergebrochen sind, wie es damals die deutsche Bevölkerung war. Und wenn wir aus der Gleichheit der wirtschaftlichen und kulturellen Not einen Trost nehmen wollen, so ist es die Tatsache, daß sich damals das deutsche Volk nach diesem Niederbruch überraschend schnell wieder erholt hat. Zwar nicht als Gesamtnation, aber doch in einzelnen rasch aufs neue wieder zur Blüte gelangenden Teilen des Reiches.

BRANDENBURGS AUFSTIEG

Im Kampfe um die Freiheit des religiösen Bekenntnisses hatte das deutsche Volk seine Weltstellung und Weltgeltung zum Opfer gebracht. Das Reich hatte sich in Einzelstaaten aufgelöst, und in ihnen erstanden nun die schöpferischen Kräfte, die zunächst den eigenen Staat und später durch die so erstarkten Staaten die Nation wieder aufbauten. Von den Einzelstaaten waren Österreich, Bayern, Sachsen und

Brandenburg die größten. Bayern und Sachsen lagen mitten im Reich und kamen so nicht dazu, deutsche Gesamt-Interessen dem Ausland gegenüber vertreten zu müssen. Spätere Führer der Nation aber konnten nur solche Staaten werden, die ihre Lage zur Betonung des nationalen Standpunktes zwang. So ist das Wiedererstarken des deutschen Volkes mit der Kräftigung von Brandenburg und Österreich

aufs engste verbunden gewesen. Und zwischen diesen beiden Fürstenhäusern mußte naturgemäß im Laufe der Zeit ein Kampf um die Vorherrschaft entbrennen. Die deutsche Geschichte der nächsten Jahrhunderte wird durch die Rivalität dieser beiden Staaten bestimmt. Wenn dieser Wettstreit auch dem deutschen Volke oft die zur wirksamen Vertretung seiner Interessen nach außen hin nötige ständige Konkurrenz auf beiden Seiten höchste Kräfte zur Auslösung.

Von allen deutschen Staaten hat sich Brandenburg nach dem 30jährigen Kriege am schnellsten erholt. Die Hohenzollern hatten aus der Mark Brandenburg, nachdem der erbitterte Widerstand des alteingesessenen Adels und des trotzigigen Bürgertums der Städte gebrochen war, ein kleines aber außerordentlich festes Staatswesen geschaffen. Allerdings war der Fürst, der zurzeit des 30jährigen Krieges den Kurhut trug, Georg Wilhelm, den schwierigen Verhältnissen der langen Kriegsjahre durchaus nicht gewachsen. Da er sich nie zu einem festen Entschluß auftraffen konnte, und immer, obwohl er ein guter Protestant war, zwischen den beiden Parteien hin und her schwankte, so wurde sein Land vom Kriege mit am furchtbarsten heimgesucht. Als sein Sohn Friedrich Wilhelm 1640 die Regierung antrat, war sein Erbe ein bettelarmes verwüstetes Land. Das erste Streben des jugendlichen Fürsten war, seinem Lande unter jeder Bedingung Frieden zu schaffen. Es gelang ihm auch in kurzer Zeit, die Schweden zu einem Waffenstillstand zu bewegen. In der Verwaltung des Landes wurde nun die äußerste Sparsamkeit angewendet, das Heer wurde stark vermindert und die Hofhaltung soweit eingeschränkt, als es überhaupt möglich war. Wie leer des Kurfürsten Kassen waren, kann man daraus ersehen, daß er sich mehrfach 15 Taler von der Stadt Berlin borgen mußte, um überhaupt leben zu können. Soweit sein Einfluß reichte, arbeitete er auf den Frieden in ganz Deutschland hin. Aber der so sehr ersehnte westfälische Friede brachte ihm eine große Enttäuschung. Mit Mühe und Not setzte er gegen Sachsens Widerspruch die Gleichberechtigung der reformierten Lehre, zu der er sich bekannte, durch. Aber das so wertvolle Pommern konnte er seinem Lande

nicht erhalten. Es kam zu Schweden. Die ihm als Ersatz zugesprochenen Bistümer Magdeburg, Halberstadt und Minden rundeten zwar seinen Landbesitz vorteilhaft ab, konnten ihn aber über den Verlust Pommerns nicht trösten. Mit klugem Weitblick sicherte er sich dafür die Beziehung mit Preußen durch den polnischen König. In intensiver Kleinarbeit gelang es ihm sein verwüstetes Land wieder aufzubauen. Er sorgte dafür, daß der Landwirt seine zerstörten Felder wieder regelmäßig bebaute, er förderte Handel und Industrie in großzügiger Weise, vor allen Dingen durch die Beseitigung der hinderlichen See-Zölle, er schuf ein übersichtliches Verwaltungssystem und für dieses einen tüchtigen gerechten und unbestechlichen Beamtenstand. Ein kleines aber hervorragend gut ausgebildetes stehendes Heer sollte dieser Friedensarbeit den nötigen Schutz gewähren. Viel verwendete er bei dieser organisatorischen Tätigkeit Kenntnisse, die er sich während eines vierjährigen Aufenthaltes in dem hochentwickelten Staatswesen der Niederlande erworben hatte. Aus den Niederlanden holte er sich auch die geistvolle und fromme Oranierin Luise Henriette als Gattin.

Lange sollte sich Friedrich Wilhelm dieser Verwaltungstätigkeit nicht widmen können. In Schweden hatte Gustav Adolfs Tochter Christine, eine unklare romantische Natur, die Krone niedergelegt, und der abenteuerlustige Karl Gustav von Pfalz-Zweibrücken wurde schwedischer König. Er wollte in den Bahnen Gustav Adolfs wandelnd, Schweden zu einer nordischen Großmacht erheben und griff den Staat, der das nicht dulden durfte, Polen, an. Brandenburg stand nun ohne Bundesgenossen mit seinem kleinen gegen solche Gegner ohnmächtigen Heere zwischen zwei Feuern. Mit vieler Mühe gelang es Friedrich Wilhelm, ein Bündnis mit den Niederlanden zu erreichen, die ja ein Interesse daran hatten, daß die Schweden in der Ostsee nicht zu mächtig wurden. Schließlich aber schlug er sich auf die Seite Polens, dem auch der Kaiser zu Hilfe gekommen war. Der Dank dafür war die Loslösung Preußens von Polen durch den Frieden von Oliva. Preußen war nun ein selbständiger Staat und Friedrich Wilhelm sein Herzog. Zwölf Jahre lang konnte sich der Fürst nun mit aller Energie dem Ausbau der Verwaltung seiner

Länder widmen. Mit starker Hand beseitigte er jede Art von Nebenregierung und führte die Zentralisation der Verwaltung rücksichtslos durch. Überall fand er dabei erbitterten Widerstand. Beim Adel, dessen Selbstherrlichkeit seit langem nicht mehr angetastet worden war, bei den Städten, die trotzig auf ihren nicht mehr zeitgemäßen Rechten beharrten, und bei der lutherischen Geistlichkeit, die dem reformierten Fürsten nur mit Mißtrauen begegnete. In den rheinischen Besitzungen wie in Preußen war es notwendig, an der Spitze eines Heeres die Rechte der Krone durchzusetzen. Erst drei Jahre, nachdem er Herzog von Preußen geworden war, haben ihm die preußischen Stände gehuldigt. Besondere Sorgfalt widmete Friedrich Wilhelm der Ausbildung seines Heeres. Auch hier erstrebte er eine straffe Zentralisation. Bisher waren die Obersten, die selbst die Mannschaften für ihre Regimenter anwerben ließen, in der Ausbildung und im sonstigen inneren Dienst der Truppe ziemlich selbständig gewesen. Einzelne von ihnen sperrten sich daher, als der Kurfürst für alle Regimenter gleichlautende Vorschriften herausgab und sich durch Besichtigungen davon überzeugen wollte, ob sie auch überall in der richtigen Weise durchgeführt würden. Diese Männer der alten Schule mußten schnell verschwinden. Mit Hilfe zweier Generale von großem Organisationstalent, dem Reiterführer Derfflinger und dem Artilleristen Sparr, schuf er sich ein völlig einheitliches Heer, das gewohnt war, auf den Wink des Führers in diesem Sinne zu handeln. Auch eine Flotte von 30 Schiffen wurde gebaut, die in gleicher Weise trefflich organisiert war und sich in Seegefechten mit den Schweden und den Spaniern aufs beste bewährte. Mit Hilfe dieser Flotte konnte später auch der weitblickende Fürst den Plan, eine Übersee-Kolonie zu begründen, zur Tat werden lassen.

Kurfürst Friedrich Wilhelm, dem die Nachwelt mit Recht den Namen der „Große Kurfürst“ gegeben hat, hätte sicherlich am liebsten unter den Segnungen eines ständigen Friedens sein Land verwaltet. Aber zur Festigung und zur Mehrung des seiner Leitung anvertrauten Besitzes mußte er immer wieder zu den Waffen greifen. In Frankreich war 1655 Ludwig XIV. mündig geworden und nahm die Zügel der Regierung von großem Eaten-

drang erfüllt selbst in die Hand. Ein maßloser Ehrgeiz war die Triebfeder aller seiner Handlungen. Die kluge Leitung der Verwaltungsgeschäfte durch Mazarin und Richelieu hatten Frankreich reich und mächtig gemacht. Das sehr starke französische Heer galt für die damaligen Zeiten als mustergültig. Die französische Kultur breitete sich immer mehr über Europa aus. Die französische Sprache wurde fast durchweg zur Sprache der Diplomaten und der Fürstenhöfe, und französische Sitten drangen tief in die oberen Schichten des deutschen Bürgertums ein. Die dominierende Stellung der französischen Literatur wurde in der ganzen Kulturwelt anerkannt, und sie war den National-Literaturen der einzelnen Völker ein unerreichbares Vorbild. Da von Holland und auch von England feindselige Akte im Augenblick nicht zu erwarten waren, das Deutsche Reich aber so schwach geworden war, daß es ernstlichen Angriffen keinen erfolgreichen Widerstand mehr entgegensetzen konnte, so beschloß Ludwig XIV. an der deutschen Grenze, wo französische und deutsche Teile bunt durcheinander lagen, durch Einverleibung deutschen Gebietes seinen Besitz abzurunden. Die Kriege verdienen den Namen, den man ihnen gegeben hat; denn es waren weiter nichts als „Raubkriege“. Sie gingen zunächst deswegen so glatt von statten, weil wieder einmal deutsche Fürsten auch bei diesem Raubzuge sich auf Seiten des Reichsfeindes befanden. Im Rheinbund hatten sich die Fürsten zusammengeschlossen, die bei der letzten Kaiserwahl für den französischen König eingetreten waren. Jetzt unterstützten sie, nachdem ihr Kandidat nicht durchgekommen war, und der hochgebildete aber durchaus unkriegerische Leopold I. in Wien die Kaiserkrone trug, die räuberischen Bestrebungen Ludwigs XIV. Brandenburg mußte sich zunächst passiv verhalten. Als aber der „Sonnenkönig“ Anfang der 70er Jahre auch gegen Holland deutetüftig vorging, da stellte sich Kurfürst Friedrich Wilhelm sofort auf Seite der Holländer und wußte es durchzusetzen, daß sich endlich auch der Kaiser dazu entschloß, dem räuberischen Frankreich den Krieg zu erklären. Während Kurfürst Friedrich Wilhelm nun am Rheine gegen die Franzosen kocht, war der Schwedenkönig, die günstige Gelegenheit benutzend, in Brandenburg eingefallen. In Eilmärschen zog der

Kurfürst nach seinem Stammland zurück. Die Schweden wurden bei Rathenow völlig überrascht und bei Fehrbellin entscheidend geschlagen. Mit einer kleinen Streitmacht von nur 6000 Reitern und ein wenig Artillerie hatte der große Kurfürst die weitberühmte schwedische Armee beim ersten Zusammenstoß bezwungen. Erfolg reihte sich an Erfolg. Bald waren Usedom und Wollin besetzt, war die Festung Wolgast, waren Stettin, Stralsund und Greifswald in seiner Hand. Die Schweden suchten sich an einem anderen Landesteile der weitverzweigten brandenburgischen Herrschaft schadlos zu halten und marschierten nach Ostpreußen. Wieder in Eilmärschen wandte sich der Kurfürst zur Rettung des bedrohten Landes nordöstlich, aber die Schweden zogen es vor, bei seinem Herannahen sich zurückzuziehen. Bis zwei Tage-Märsche vor Riga hat er sie noch verfolgt. Die außerordentlichen kriegerischen Erfolge des jungen Staates erregten in der ganzen Welt Aufsehen und bei gerechter Beurteilung Bewunderung. In Frankreich wich das Erstaunen bald einer starken Besorgnis. Man durfte diesen kleinen aber so fest gefügten Staat nicht allzu mächtig werden lassen, und darum setzte es Frankreich im Frieden von St. Germain durch, daß Brandenburg alle Eroberungen, die es in den Kämpfen mit den Schweden gemacht hatte, wieder herausgeben mußte. Der Kaiser und die übrigen deutschen Fürsten hatten bei den Verhandlungen zu diesem Frieden den Brandenburger völlig im Stiche gelassen. Der Kaiser war nicht weitblickend genug, um einzusehen, wie schwer er das Reich schädigte, als er nicht darauf drang, daß deutsches Land — und das war doch Vorpommern —, das von einem deutschen Fürsten erobert worden war, wieder in das Reichsgebiet aufgenommen wurde. Er bedachte auch nicht, daß er damit Friedrich Wilhelm in die Opposition gegen die kaiserliche Politik drängte. Nichts war natürlicher, als daß der Enttäuschte verbittert eine Annäherung an Frankreich suchte, das ihm, natürlich froh des neuen deutschen Haders, gern die Geldmittel gab, die er zur besseren Ausrüstung seines Heeres brauchte. Ludwig XIV. setzte auch nach dem Frieden in anderer Weise seine Räubereien fort. Es wurden Reunionsklammern gebildet, die die Aufgabe hatten, festzustellen, was früher einmal

in irgend einer Zeit zu den Gebieten gehört hatte, die Frankreich im westfälischen Frieden zugesprochen worden waren. Natürlich fanden sich eine ganze Reihe von Landesteilen, die irgend einmal zu den Bistümern Metz, Toul und Verdun gehört hatten. Wurde dies festgestellt, so wurden sie einfach annektiert. Vorwand zu einem neuen offenen Raubzuge bot ihm der Thronfolgestreit in der Pfalz. Sein Bruder hatte eine pfälzische Prinzessin zur Frau, und für diesen beanspruchte er kurzerhand das pfälzische Erbe. Um es schnell in die Hand zu bekommen, warf er große Soldatenmassen in das blühende Land, das nach kurzer Zeit fast völlig verwüstet war. Melac und Turenne zügelten die niederen Leidenschaften ihrer Truppen nicht im geringsten. So wurde das schöne Heidelberger Schloß zur Ruine. Mainz, Oppenheim und Worms wurden schwer gebrandschatzt. Nicht einmal vor den Torengrüften machte man Halt. Im Dom zu Speyer erbrachen pietätlose französische Söldner die Särge der deutschen Kaiser und verstreuten ihre Gebeine. Erst nach diesen Furchtbarkeiten rafften sich die deutschen Fürsten endlich auf und schlossen die Wiener Allianz, zu der sich schließlich auch der Brandenburger Kurfürst, nachdem er seine französischen Beziehungen aus verschiedenen Gründen gelöst hatte, bekannte. Der Anschluß an den Kaiser, den Friedrich Wilhelm damit vollzog, verlangte von ihm den Verzicht auf die schlesischen Wünsche, die später einmal eine so große Rolle spielen sollten. Im Interesse der deutschen Sache aber wurde das Opfer gebracht. Auch zur Hilfe gegen die Türken hatte sich der Kurfürst verpflichtet. Brandenburgische Truppen haben die Festung Ofen mit gestürmt und Ungarn dem Hause Habsburg wieder zurückerobert. Der Siegeszug des Prinzen Eugen von Savoyen machte der Türkennot für alle Zeit mit Hilfe aller Teile des Reiches ein Ende. Im Frieden von Karlowitz hat die Türkei auf Ungarn und Siebenbürgen förmlich verzichtet. Die Wiener Allianz hatte zwar in den folgenden Kämpfen einige Erfolge zu verzeichnen. Beim Friedensschlusse von Ryswyl aber zeigte Frankreich seine ungeschwächte Macht. Es setzte es durch, daß es für die Verwüstungen in der Pfalz keine Entschädigungen zu zahlen brauchte und daß Straßburg und die Teile, die auf

Grund von Gutachten der Reunionskammern annektiert worden waren, bei Frankreich blieben.

Bei einer anderen Gelegenheit setzte sich der große Kurfürst nochmals in scharfen Gegensatz zu Frankreich. Ludwig XIV. erstrebte zur größeren Einheitlichkeit des Staatswesens eine Einheitskirche. Im Edikt von Nantes nahm er deshalb den Protestanten in Frankreich alle religiösen und bürgerlichen Freiheiten. Kurfürst Friedrich Wilhelm empörte das, und er antwortete schon drei Wochen später mit dem Potsdamer Edikt, durch das er die Glaubensgenossen in Frankreich einlud, in seine Lande zu kommen. Mehr als 15 000 Franzosen sind damals dieser Einladung gefolgt und haben sich stets als treue und dankbare Untertanen erwiesen. Sie brachten dem aufstrebenden Staate manche Vorteile durch neue Industrien, deren technische Kenntnisse sie beherrschten, und durch die Einführung der Fabrikarbeit, die eine vorteilhafte Arbeitsteilung in einer Werkstatt ermöglichte. Auch für die Entwicklung der wissenschaftlichen Bestrebungen sind sie von großem Nutzen gewesen. Berlin erlebte durch diesen Zuwachs, der Handel und Wandel außerordentlich hob, einen großen Aufschwung. Es war noch nicht lange her, daß die Stadt 6000 Einwohner gezählt hatte, jetzt wurden es bald 20 000. Vor allen Dingen aber gewann die Bedeutung Berlins durch eine Schöpfung des Großen Kurfürsten: den *Elbe-oder-Kanal*. Berlin kam dadurch in den Mittelpunkt eines großen Netzes von Handelsstraßen.

Als man von den Absichten Ludwigs XIV. hörte, noch einen dritten Raubkrieg zu beginnen, bemühte sich Kurfürst Friedrich Wilhelm mit viel Eifer und Geschick, alle Gegner zu einen, um das Übergewicht Frankreichs in Europa zu brechen. Ein großzügiger Plan gegen Frankreich wurde entworfen. Zu seiner Ausführung aber konnte der Große Kurfürst nicht mehr beitragen, da er noch vor Beginn dieses Krieges am 9. Mai 1688 aus dem Leben schied. Friedrich Wilhelm hat gewiß stets konsequent brandenburgische Politik betrieben. Aber es war ihm immer am liebsten, wenn er damit die Vertretung der Gesamtinteressen der Nation verbinden konnte. Das Wort: „Gedenke, daß du ein Deutscher bist!“ stammt von ihm. Das Gebiet seines Staates hat er

während seiner Regierung vervierfacht. In das arme Land war Wohlstand eingezo-gen. Die durch ihn gestützte und geförderte Industrie warf gute Gewinne ab. Das Heer galt als mustergültig in ganz Europa. Ein einziger Mann von außerordentlichen Fähigkeiten gründete so in rastloser Arbeit die Fundamente Preußens und damit auch die des neuen Reiches.

In die beiden ersten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts fallen zwei große Kriege, in die fast alle Staaten Europas verwickelt wurden. Mit dem Grund zum Ausbruch dieser Kriege hatte Deutschland nichts zu tun. Aber im Verlaufe der Kämpfe wurden doch seine Interessen oft stark bedroht. König Karl II. von Spanien war ohne Leibeserben gestorben und der spanische Thron dadurch frei geworden. Karl II. selbst hatte Philipp, einen Enkel Ludwigs XIV., als seinen Erben benannt. Das Haus Habsburg aber dachte natürlich nicht daran, das reiche Erbe, auf das es schon fast 100 Jahre wartete, leichten Kaufs frei zu geben. Und die alten Ansprüche, die das Haus des Kaisers hatte, wurden von England und Holland, denen beiden an einer Schwächung Frankreichs lag, unterstützt. Wieder erleben wir auch hier das traurige Beispiel, daß in dem Erbschaftskampfe, der zwischen dem Kaiser und dem König von Frankreich ausbricht, deutsche Fürsten auf die Seite der Franzosen treten. Der Kurfürst von Bayern und sein Bruder, der Erzbischof von Köln, traten offen auf französische Seite. Aber diesmal sollte das alte Waffenglück den Franzosen nicht treu bleiben. Sie wurden von Prinz Eugen und Marlborough geschlagen. Und auch im weiteren Verlaufe des Krieges gelang es ihnen nicht, diese Scharte auszuweken. Frankreich war durch die vielen Kriege, die es unter Ludwig XIV. geführt und durch dessen maßlose Verschwendungssucht am Ende seiner Kräfte. Vor der Vernichtung rettete es nur der Thronwechsel in Wien, der in Karl VI. einem durchaus unfähigen, der Lage in keiner Weise gewachsenen Herrscher die Zügel der Regierung in die Hand gab. Da auch England und Holland meinten, Frankreich sei nun genug geschwächt und ein mächtiges Habsburger Reich für sie auch nicht von Nutzen, so kam es zum Frieden von Utrecht, in dem Frankreich durch die Auslieferung der pfälzischen Stadt Landau sogar noch Zuwachs erhielt. Österreich wurde durch großen Land-

gewinn in Italien und in den welschen Niederlanden für seine spanischen Ansprüche entschädigt und wuchs durch diese Einverleibung großer fremdsprachiger Landesteile aus Deutschland heraus.

Von größerer Bedeutung für Deutschland war der *Nordische Krieg*, der zwischen Schweden auf der einen und Dänemark, Polen und Rußland auf der anderen Seite ausgebrochen war. Es handelte sich um die Vorherrschaft über die Küstenländer der Ostsee. Auf den Ausgang dieses Kampfes der doch für das Deutsche Reich nicht unwichtig war, hat der Kaiser in keiner Weise einzuwirken versucht. Sein Interesse nahm allein die Erledigung des spanischen Erbfolgestreites in Anspruch, und er setzte alle die Kräfte des Reiches, über die er verfügen konnte, für diese Sache ein. Auch in diesem Kriege war Deutschland zum Teil der Kriegsschauplatz. Wie die Franzosen im spanischen Erbfolgekriege in Oberdeutschland gekämpft hatten, so fochten jetzt die Schweden mitten in Deutschland, in Sachsen, dessen Kurfürst August der Starke als polnischer König in diesem Kriege ihr Gegner war. Auch als Karl XII. Stern erloschen war, geschah von Seiten des Reiches nichts, um die von Deutschen kolonisierten Länder des Baltikums dem Reiche wieder zuzufügen. Ohne einen Finger zu rühren, ohne ein Wort des Protestes überließ man diese fruchtbaren Länder dem Faren.

War so die durchaus nicht nationale Politik der Reichsleitung in keiner Weise geeignet, das Nationalgefühl zu erwecken und zu steigern, so erwachte dafür um so mehr der Nationalstolz über die Waffenerfolge der deutschen Feldherren. Die kriegerischen Großtaten des Brandenburger Kurfürsten gaben nicht nur seinen Landeskindern, sondern allen Deutschen erhöhtes Selbstbewußtsein. „Wohl war die Politik, wie die Kriegsführung des „Reiches“ kläglich genug. Aber wie verschwand die Misere der Reichsarmeen vor dem überlegenen Eindruck dessen, was gleichzeitig Eugen, Marlborough, Markgraf Ludwig ebenfalls mit deutschen Truppen ausführten! Solche Taten sind nie vergeblich, auch wenn ihnen der nächste Lohn entwunden wird. Verschwand nun doch der lange eingebil-dete Zauber französischer Unbesiegbareit; ward doch der Bewunderung und Anbetung des französischen

Wesens endlich ein Ziel gesetzt! Denn in diesem Kriege erwachte zuerst wieder mit neuer Stärke der gesunde nationale Gegensatz gegen das Franzosentum; unter dem doppelten Eindruck der Greuel von 1689 und 1693 und der Siege, die folgten, gewann das deutsche Wesen wieder eine Haltung und ein Gefühl des eigenen Wertes, das unmittelbar nach dem westfälischen Frieden dem von allen Seiten einstürmenden Eindruck französischer Überlegenheit und französischer Vorbilder zu erliegen drohte.“ (Ludwig Häusser, Deutsche Geschichte vom Tode Friedrich des Großen bis zur Gründung des deutschen Bundes I, S. 10 f.)

In Brandenburg-Preußen hatte des großen Kurfürsten Sohn Friedrich das Werk seines Vaters weiter geführt. Er sorgte dafür, daß Verwaltung und Heer auf der ausgezeichneten Höhe blieben. Aber er fügte zum Guten „den Glanz und den Schimmer“. Nicht ohne daß er verschiedene Demütigungen hatte hinnehmen müssen, erwarb er durch Vertrag vom Kaiser das Recht, seine Länder ein Königreich und sich selbst König nennen zu können. Auf Wunsch des Kaisers wurde der Titel an Preußen, das alte polnische Lehen, gebunden. König Friedrich gab damit seinen Untertanen einen einheitlichen Staatsbegriff, aus dem sich erfahrungsgemäß bald ein einheitliches Staatsgefühl entwickelt. Und vom Staatsgefühl zum Nationalgefühl ist der Weg nicht mehr allzuweit. Als Freund der Wissenschaften schuf er ihnen mit reichen Mitteln sichere Pflegestätten. Er hatte 1694 die Universität Halle gegründet und dorthin als Lehrer Thomasius gerufen, der es seinerzeit in Leipzig als erster gewagt hatte, in deutscher Sprache seine Lehren vorzutragen. Durch ihn erhielt Leibniz die Mittel, seinen Lieblingswunsch, die Gründung einer Akademie der Wissenschaften zur Erforschung und Pflege deutscher Sprache und Geschichte, auszuführen. Das Deutschtum bekam durch diese beiden Gründungen eine starke Stütze im Kampfe gegen die auf wissenschaftlichem Gebiete dominierende Ausländerei. Auch schmückte er Berlin mit prächtigen Bauten und machte sie zu einer Königsresidenz.

Ein geschicktes Eingreifen in den Nordischen Krieg, um die alten Ansprüche seines Hauses auf Vorpommern durchzusetzen, hat er verpaßt. Sein Sohn Friedrich Wilhelm I. holte

das im ersten Jahre seiner Regierung nach. Als er 1713 merkte, daß die Russen ein Auge auf Pommern geworfen hatten und dort einrücken wollten, da sicherte er mit seinem Heere die Obermündung vor den Annektierungsabsichten des Zaren. Dieses Eingreifen in den Nordischen Krieg brachte Preußen guten Lohn. Im Stockholmer Frieden kam Stettin und der östliche Teil von Pommern zwischen Oder und Peene zu Preußen. Rügen und der westliche Teil blieben allerdings noch in schwedischem Besitz. Auch Hannover hatte übrigens durch sein Eingreifen in diesen Krieg deutsches Land wieder zum Reiche gebracht: Bremen und Verden. Die Mündungen von Weser und Ems waren so mit der Obermündung wieder in deutschen Händen. Und der deutsche Handel durfte wieder auf eine bessere Zukunft hoffen.

Die fremden Länder, die Österreich durch den Utrechter Frieden erworben, lenkten das Interesse des Kaisers und damit auch das der Reichsregierung immer mehr von Deutschland ab. Österreich vergaß seine wichtigste Aufgabe, dem Lauf der Donau folgend deutsche Kultur nach dem Osten zu bringen, völlig und verhinderte dadurch eine rasche Lösung der später so verhängnisvoll werdenden orientalischen Frage, die damals gar nicht so schwer gewesen wäre. Österreich mußte sich, ehe Rußland zu mächtig wurde, in den Besitz Konstantinopels setzen. Prinz Eugen, der nicht nur Feldherr, sondern auch Staatsmann war, hat immer zu einer derartigen Politik geraten. Sein Tod erledigte alle Pläne dieser Art, und im Frieden von Belgrad gab Österreich, eigentlich ohne zwingenden Grund, wichtige Stützpunkte im fernen Osten auf, die es dem tapferen Schwerte des Prinzen Eugen dankte. Kaiser Karl VI. hatte eben für alle diese Fragen kein Interesse.

Im Gegensatz zu Österreich erstarkte Preußen national immer mehr. Das preußische Interesse bestimmte allein die Regierungshandlungen. Friedrich Wilhelm I. hat das Hauptgewicht seiner Betätigung auf die Verbesserung der Verwaltung gelegt. Es gelang ihm, die Verwaltungen der verschiedenen Länder in ein einheitliches System zu bringen und den von dem Großen Kurfürsten gegründeten Beamtenstand so zu erziehen, daß er in der ganzen Welt vorbildlich geworden ist. Eine kluge Finanzpolitik hielt die Kassen für künftige Kriege

gefüllt. Ohne des Vaters emsige Vorsorge in dieser Beziehung wäre es dem großen Sohne wohl nicht möglich gewesen, so viel Kriege ohne finanziellen Zusammenbruch durchzuführen. Seine besondere Liebe galt der Ausbildung des Heeres. Sorgfältig wurde auf die Auswahl des Menschenmaterials geachtet. Alle Neuerungen der Bewaffnung, die in anderen Ländern aufkamen, wurden nachgeprüft und, wenn sie sich bewährten, eingeführt. Einige bahnbrechende Neuerungen, wie der eiserne Ladestock und der Gleichschritt sind Erfindungen seiner Armee.

Viel deutsche Fürsten waren im Laufe der Zeiten auf ausländische Throne gekommen. So saßen seit 1460 die Oldenburger auf dem dänischen Thron. Seit 1654 herrschten in Schweden die Wittelsbacher, seit 1697 in Polen die Wettiner. Habsburg regierte in Ungarn, in Mailand, Neapel und Sardinien, und 1714 erbten die Welfen die englische Königskrone. Dem Deutschland aber nützte das nichts. Diese Fürsten dachten gar nicht daran, irgend etwas zum Wohle von Deutschland zu tun. Im Gegenteil, man behandelte Deutschland kühler und liebloser als dies durch nichtdeutsche Fürsten geschah.

Karls VI. allgemeine Interesslosigkeit hörte in einem Punkte auf. Das war die Regelung der Erbfolge nach seinem Tode. Er hatte keinen Sohn, und die in seinem Hause allgemein geltende salische Erbfolge schloß seine Tochter Maria Theresia von der Thronfolge aus. In der pragmatischen Sanktion war die salische Erbfolgeordnung aufgehoben worden und die künftige Herrschaft über die österreichischen Länder Maria Theresia zugesprochen. Dieses Hausgesetz aber konnte natürlich nach seinem Tode die Erbfolge seiner Tochter in keiner Weise sichern, wenn es nicht Reichsgesetz geworden und von den maßgebenden ausländischen Staaten ausdrücklich anerkannt worden war. Um diese Anerkennung zu erreichen, kam es Karl VI. auch auf große Opfer nicht an; besonders wenn sie auf Kosten des Deutschen Reiches gebracht wurden. England opferte er eine in Ostende gegründete ostindische Handelsgesellschaft, die dem deutschen Handel ungeheuren Nutzen hätte bringen können, in der aber die Engländer eine unbequeme Konkurrenz sahen. Die Zusage Frankreichs erkaufte er durch Hingabe des deutschen Herzogtums Lothringen. Auch die Aufgaben im Orient ließ er

unerledigt, um sich nicht vielleicht dadurch Feinde der pragmatischen Sanktion zu schaffen. Trotzdem erlangte der unfähige Herrscher keine Sicherung seines Lieblingswunsches. „Fast aller nach 1700 gemachten Erwerbungen beraubt, mit der Schuld am Verluste Lothringens belastet, im Innern immer noch lose gefügt, trotz aller Verträge ohne jeden sicheren Bundesgenossen und mit Preußen verfeindet, sah Österreich dem nahen Ausgange des Mannesstammes der Habsburger entgegen.“

Deutschland war zerspalten und in seinen Teilen uneinig. So hatte es als Gesamtheit jeden politischen Einfluß verloren, und die Schachergeschäfte Karls VI. hatten den Staat um das letzte Ansehen gebracht. Aber auch wirtschaftlich war Deutschland vom Auslande völlig abhängig. Der gesamte Geldverkehr lag durch die 1609 gegründete Bank von Amsterdam in den Händen der Holländer. Französische Waren, die von immer weiteren Kreisen begehrt

und gekauft wurden, verdrängten das deutsche Erzeugnis, und auch die italienische billige Masseware fand in Deutschland einen guten Absatz. Anteil am Welthandel hatte Deutschland nicht mehr. Sein Außenhandel bestand fast nur noch in der Einfuhr. Der Binnenhandel war in doppelter Weise gehemmt. Einmal durch die zahllosen Zollschranken, die die Waren außerordentlich verteuerten, und dann dadurch, daß diese vielen kleinen Staaten und Staatchen bei der Anlegung von Verkehrswegen kurzfristig nur an die eigenen Interessen dachten und es zu verhindern wußten, daß dem Verkehre von Land zu Land Erleichterungen geschaffen wurden. Nur dort, wo wie in Brandenburg-Preußen die Fürsten den Handel förderten, oder wo in einer Handelsstadt die Kaufleute ihren Interessen Geltung zu verschaffen wußten, war das anders. Und von diesen Stellen, die zunächst nur kleine Inseln waren, ging die wirtschaftliche Erstarkung Deutschlands aus.

FRIEDRICH DER GROSSE

Die Habsburgische Thronfolgefrage wurde für Preußen von entscheidender Bedeutung. Preußen glaubte alte Ansprüche auf Gebietsteile innerhalb Österreichs zu haben, die von Österreich bestritten wurden. Es handelt sich meistens um Landesteile, die in Erfüllung von Erbverträgen den Hohenzollern hätten zufallen müssen. Es waren das zunächst die schlesischen Herzogtümer Liegnitz, Brieg und Wohlau, sowie die Markgrafschaft Jägerndorf; aber auch die preußischen Ansprüche auf das Erbe von Jülich-Berg waren bisher nicht ausreichend befriedigt worden.

Im Mai 1740 war Friedrich Wilhelm I. gestorben, und sein jugendlicher, hochbegabter Sohn Friedrich hatte den Thron bestiegen. Im November des gleichen Jahres wurde durch das Hinscheiden Karls VI. die österreichische Thronfolgefrage spruchreif. Friedrich war sich schon seit langem klar darüber gewesen, was in diesem Augenblicke zu geschehen habe. Sollte er den habsburgischen Thron stützen, machte Österreich, das bisher das Reich eigentlich nur immer geschädigt hatte, Anspruch darauf, die Leitung dieses Schatten-Reichs zu be-

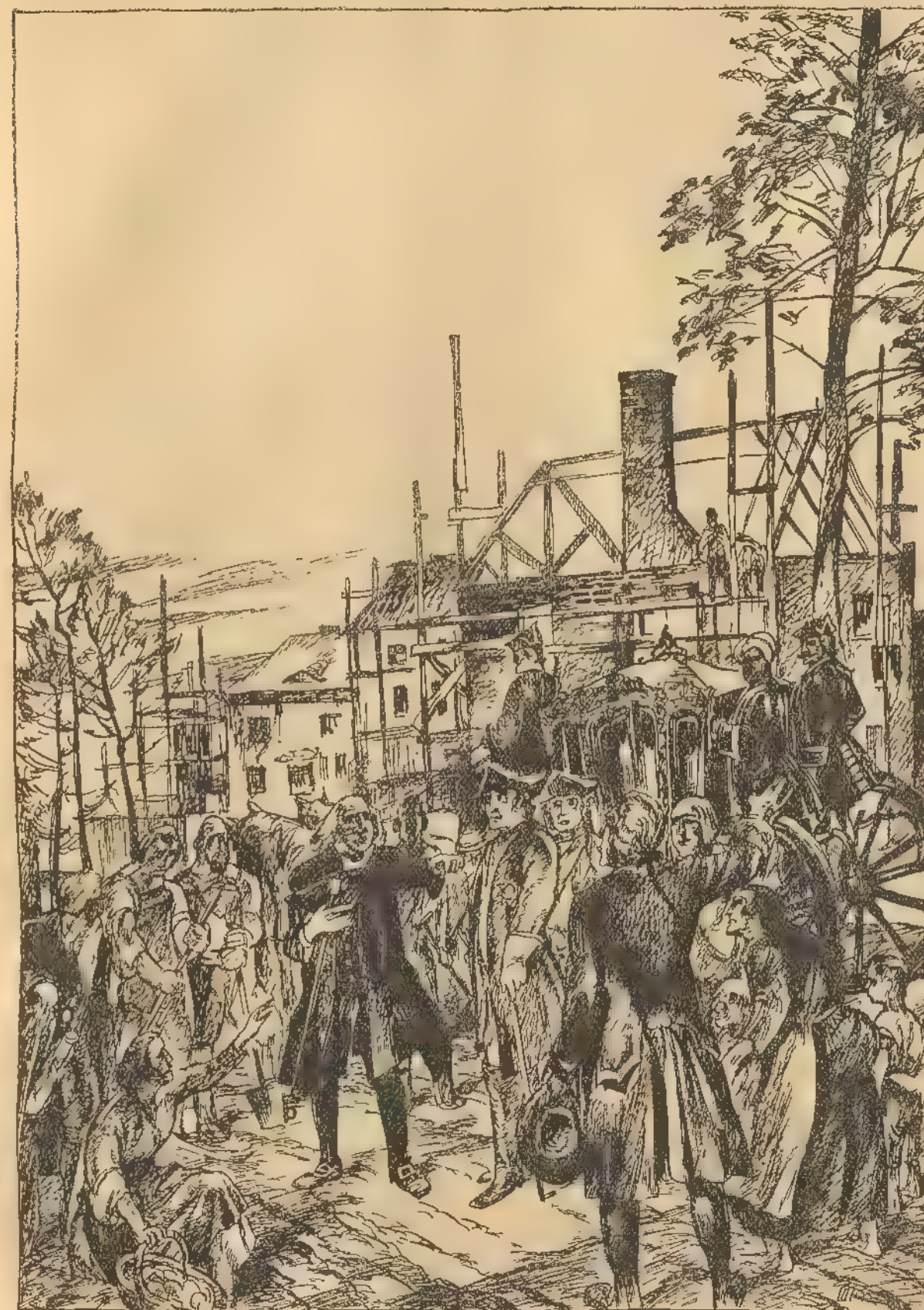
halten, denn mußte es bereit sein, Opfer zu bringen. Nie war die Gelegenheit günstiger gewesen, die Ansprüche Preußens auf die schlesischen Lande geltend zu machen, als jetzt. Und da der Erwerb einzelner zerstreuter Teile doch später wieder zu Reibungen geführt hätte, so beschloß er gleich das ganze Gebiet der späteren Provinz Schlesien zu fordern. Friedrich hielt mit diesen Plänen nicht hinterm Berge. Als ihm der österreichische Gesandte die Nachricht vom Tode Karls VI. übermittelte, machte er diesem sofort seine Vorschläge. Er erklärte sich gegen die Abtretung Schlesiens bereit, die pragmatische Sanktion anzuerkennen, dem Gemahl Maria Theresias, dem Herzog von Lothringen, zur Kaiserwürde zu verhelfen und außerdem noch 2 Millionen Taler bar zu zahlen. Das großzügige Angebot wurde, wie zu erwarten war, abgelehnt. Friedrich holte sich nun, was man ihm verweigerte. Mitte Dezember überschritt er die schlesische Grenze, und Ende Januar war bereits ganz Schlesien in seiner Hand, ohne daß es zu einer Schlacht gekommen war. Friedrich suchte zunächst vergeblich eine Entscheidung mit den Waffen. Er brauchte sie, da der Neid ihm in Deutschland

und im Auslande allenthalben Feinde erstehen ließ. Schon damals ist der Versuch, eine Koalition mit der Spitze gegen Preußen zu bilden, gemacht worden. Schließlich stellte sich ihm der Gegner bei Mollmich. Die Schlacht schien zunächst für die Preußen verloren. Der König hatte schon das Schlachtfeld verlassen, als Graf Schwerin mit der Infanterie das Schlachtenglück zugunsten der Preußen wendete.

Dieser unbestreitbare Erfolg der preußischen Waffen über Maria Theresias Truppen gab deren anderen Gegnern den Mut, offen hervorzutreten. Bayern, Sachsen und auch Frankreich griffen gegen Österreich zu den Waffen. Um der Bewegung einen moralischen Halt zu geben, wurde auf Vorschlag des preußischen Königs der Kurfürst Karl Albert von Bayern von den Kurfürsten einstimmig zum Kaiser gewählt. Jemand, welcher kaiserliche Macht hat, er allerdings nie ausüben können. Friedrich schloß übrigens bald, nach einer zweiten erfolgreichen Schlacht bei Chotusitz, mit Maria Theresia den Frieden von Breslau, in dem ihm die Grafschaft Glatz und ganz Schlesiens mit Ausnahme von Troppau und Teschen zugesprochen wurde. Bayern kämpfte weiter. Aber der neue Kaiser hatte keine bleibenden Erfolge. Da griff schließlich Friedrich II., zwei Jahre nach dem Breslauer Frieden, angeblich, um der kaiserlichen Autorität zum Siege verhelfen zu wollen, in Wirklichkeit aber wohl, um den Besitz Schlesiens noch mehr zu sichern, wieder in den Kampf ein. In diesem zweiten schlesischen Kriege war ihm das Glück nicht so hold, wie das erste Mal. Maria Theresia hatte inzwischen mächtige Bundesgenossen zu gewinnen gewußt. England stand jetzt auf ihrer Seite, und Rußland rüstete gegen Ostpreußen. Als Karl VII. plötzlich starb, schloß sein Nachfolger, der unter den herrschenden Verhältnissen auf den Besitz der Kaiserkrone keinen Wert legte, mit Österreich Frieden, und Friedrich II. kam in eine ziemlich schwierige Lage. Maria Theresia raffte jetzt alle ihr zu Gebote stehenden Kräfte zusammen, um den gefährlichsten Gegner mit mächtiger Unterstützung des Auslandes endgültig zu beseitigen. Da aber wurden ihre Truppen bei Hohenfriedberg entscheidend geschlagen. Die verbündeten Sachsen und Österreicher verloren in dieser Schlacht 76 Fahnen, 7 Standarten, 66 Geschütze und über

20 000 Gefangene. Aber Maria Theresia setzte trotz dieser Niederlage tapfer den Kampf fort. Sie organisierte einen energischen Widerstand, der aber in den Schlachten bei Soor und bei Kesselsdorf überwunden wurde. Ein neuer Friede brachte die Bestätigung des Breslauer Friedens, von Friedrichs Seite aber auch die Anerkennung des Herzogs von Lothringen als Kaiser. Trotz aller Schwierigkeiten hatte Friedrich zum zweiten Male seine militärische Überlegenheit glänzend erwiesen und dadurch das Gleichgewicht der Kräfte in Europa nicht unwesentlich verschoben. Preußen hatte nicht nur Schlesiens und das ihm 1744 zugefallene Ostfriesland gewonnen, sondern seiner schlagfertigen Militärmacht ein hohes Ansehen zu verschaffen gewußt. Es war eine Großmacht geworden, die bei allen wichtigen Anlässen gehört werden wollte. Es folgten nun lange Friedensjahre, in denen sich Friedrich auch als hervorragender Staatsmann und Verwaltungsbeamter bewährte.

Der Anlaß zu dem größten und gefährlichsten Kriege, den er zu führen hatte, war ein Streitpunkt zwischen Frankreich und England, der ihren Kolonialbesitz betraf. Frankreich hatte in Nordamerika Festungen angelegt, um die Verbindungen zwischen seinen Kolonien Kanada und Louisiana zu sichern. Die Engländer wollten das nicht dulden, und so kam es zum Kriege zwischen den beiden Staaten. England hatte ein Bündnis mit Rußland geschlossen. Nach diesem sollten die Russen, sobald bei einem Konflikt mit Frankreich Hannover, das Stammland der englischen Krone, gefährdet würde, durch Preußen in Hannover einrücken, um dessen Grenzen gegen Frankreich zu verteidigen. Ein solcher Durchmarsch wäre natürlich nicht ohne einen Zusammenstoß mit dem preußischen Heere abgegangen. Darauf wartete Österreich, das inzwischen mit großer Energie sein Heer neu aufgebaut und gut diszipliniert hatte. Friedrichs diplomatischem Geschick gelang es aber, noch rechtzeitig einen Vertrag mit England zu schließen, in dem er sich dazu verpflichtete, das Einrücken der Franzosen auf deutsches Gebiet mit Waffengewalt zu verhindern. Auf der anderen Seite versprach England die Russen zurückzuhalten. Dieser Vertrag kränkte natürlich die Franzosen, und sie suchten Anlehnung an Maria Theresia, die sie früher bekämpft hatten. Österreich verhandelte



FRIEDRICH II. BEIM WIEDERAUFBAU

auch noch mit Rußland und anderen Staaten, die Preußen nicht gerade wohlgeinnt waren, um Friedrich allmählich einzutreiben. Dieser merkte die Rüstungen auf allen Seiten, und da verschiedene immer schroffer gestellte Anfragen von Wien aus nur ausweichend beantwortet wurden, erklärte er kurzerhand den Krieg und drang in Sachsen ein. Nach kurzer Zeit hatte er das Kurfürstentum und das sächsische Heer, das nur wenig Widerstand geleistet hatte, völlig in seiner Hand. Nach diesem neuen preußischen Erfolge gelang es aber der Kaiserin auch Rußland zum Beitritt zu dem Vertrage von Versailles zu gewinnen, in dem sich Österreich, Frankreich, Köln, die Pfalz, Bayern, Württemberg und auch Schweden zur Vernichtung Preußens zusammengeschlossen hatten. Es war sogar schon ein ganz genauer Teilungsplan der Lande Friedrichs II. angefertigt worden. Danach sollte Friedrich die Königswürde verlieren und ihm mit dem Titel eines Markgrafen von Brandenburg nur noch Hinterpommern und die Mark bleiben. Friedrich führte den Kampf gegen diese Übermacht natürlich zunächst für die Existenz Preußens. Aber er war sich auch bewußt, daß er damit gegenüber dem Ausland, das sich in deutsche Verhältnisse einmischte, allgemein-deutschen Interessen diene. „Wenn die Freiheit Deutschlands ins Grab sinkt“, so hat er sich damals geäußert, „dann soll Preußen in demselben Grabe ruhen. Ich werde die Freiheit der deutschen Fürsten selbst wider ihren eigenen Willen schützen; solange ein Preuße am Leben ist, solange soll man nimmer sagen, daß Deutschland seiner Verteidiger entbehrt.“ Der Verlauf des sehr wechselvoll verlaufenen siebenjährigen Kampfes ist bekannt. Er bewies nicht nur des Königs strategische Überlegenheit, sondern auch sein großes diplomatisches Geschick. Es hat im Verlauf dieser Kämpfe Zeiten gegeben, wo jeder nüchterne Beurteiler die Sache Friedrichs verloren geben mußte. Aber seine fast übermenschliche Willenskraft und sein starkes nationales Bewußtsein gaben ihm die Fähigkeit, sich nach jeder Niederlage wieder zu neuen Taten zu erheben. Im Hupertusburger Frieden wahrte er sich die Früchte seiner Erfolge.

Mit derselben Energie, mit der er seine Kriegszüge durchgeführt hatte, ging er nun an den Wiederaufbau seines durch den Krieg natürlich sehr geschädigten Landes. Nachdem erst

einmal die Finanzverhältnisse einigermaßen in Ordnung gebracht worden waren, wandte er sich großen Kulturaufgaben zu. Die erste war die Besserung der Lage des Bauernstandes. Er reiste selbst auf das Land, um sich von den Schäden zu überzeugen, die die Dörfer durch den Krieg erlitten hatten, und er griff überall, wo es notwendig war, rasch und ausreichend ein. Der Bauer bekam Saatforn und Vieh und auch Material zum Wiederaufbau von Haus, Stall und Scheune. „Ich habe“, so schrieb damals Friedrich, „die vom Kriege am schwersten beschädigten Gegenden durchseilt und habe getan, was von mir abhing, um ihnen wieder aufzuhelfen. Obgleich manche Landstriche sehr gelitten haben, ist das Unheil nicht so groß, wie es die Übertreibung gemacht hat, und ich schmeichle mir, daß Pommern in zwei Jahren bevölkert und besser imstande sein soll, als vor dem Kriege. Die Neumark ist in voller Tätigkeit, alles regt sich, ein jeder legt die Hand ans Werk.“ Die Leibeigenschaft auf den königlichen Domänen wurde beseitigt. Ein Versuch, dies auch auf den ritterschaftlichen Gütern durchzusetzen, hatte nur wenig Erfolg. Aber die Fronen wurden neu festgelegt, nicht mehr als an drei oder höchstens vier Tagen der Woche durften Hand- und Spanndienste gefordert werden. Um den heftigen Widerstand des Landadels gegen die letztere Bestimmung hat er sich nicht allzuviel gekümmert. Ein anderes Interesse galt der Volksschule. Seit 1717 gab es zwar in Preußen eine allgemeine Schulpflicht, aber sie war fast nirgends durchgeführt worden. Er suchte zunächst einmal die Schulpflicht durchzusetzen und die Qualität des Unterrichts zu bessern. Das letztere war nicht leicht, da es im ganzen Lande an geeigneten Lehrkräften fehlte. Da er für die Unteroffiziere seines Heeres sorgen mußte, sind vielfach diesen Lehrerstellen gegeben worden. Das Urteil darüber, wie sie sich bewährt haben, ist recht verschieden. Mit Eifer war er auch bemüht, die Industrie und den Handel zu fördern. Um dem Handel den Vertrieb der Produktion des Landes auch ins Ausland zu erleichtern, schuf er günstige Verkehrswege: den Finowkanal, der die Oder mit der Havel verbindet, den Blauenischen Kanal, von der Elbe zur Havel, und zwischen Weichsel und Warthe den Neßekanal.

In der äußeren Politik suchte Friedrich, den man schon jetzt zu seinen Lebzeiten den „Großen“ nannte, eine Annäherung an Rußland, die auch gelang. Da Polen sich nicht selbst verwalten konnte und durch die stetigen Unruhen und Wirrnisse eine Gefahr für die Nachbarstaaten wurde, so gab er die Anregung zur ersten Teilung Polens zwischen Österreich, Rußland und Preußen. Als der bayerische Erbfolgestreit entbrannte, griff er entscheidend ein, und als die Bestrebungen von Maria Theresias Sohn, dem Kaiser Joseph II., die österreichische Hausmacht zu erweitern, immer deutlicher wurden, gründete er gegenüber dem drohenden Übergewicht Österreichs den Fürstentum, dem es auch gelang, auf friedlichem Wege die Pläne Josephs zum Scheitern zu bringen. Damit wurde Preußen zum ersten Male der Führer eines Bundes deutscher Fürsten, der sich gegen Österreich zusammenschlossen hatte. Wäre man nach Friedrichs des Großen Tode in den Kreisen des Fürstenbundes den stetigen Mahnungen des klugen Herzogs Karl August von Weimar gefolgt und hätte im Fürstenbunde fest zusammengehalten, dann wäre es vielleicht damals schon zu einer gründlichen Reform und damit zu einem Wiedereerstarken des Reiches gekommen.

Friedrich der Große hat dem Ansehen der Reichsgewalt nach außen hin ein Ende gemacht. Aber der nationale deutsche Gedanke ist dadurch nicht geschädigt worden. Im Gegenteil: er nahm durch seine Persönlichkeit und durch sein Wirken einen Aufschwung wie seit Jahrhunderten nicht. Der „alte Fritz“ wurde, was man schon solange schmerzlich vermißt hatte, wieder

ein deutscher Nationalheld, der, als er starb, nicht nur von seinen preußischen Untertanen, sondern von der Bevölkerung des ganzen Deutschen Reiches betrauert wurde. Das Reich aber, das aus fast 1800 selbständigen Fürsten, Herren und Gebieten bestand, war zu völliger Ohnmacht verurteilt. Preußen und Österreich rangen nun in der Folgezeit um sein Erbe.

Nicht ohne Einfluß auf das Nationalgefühl ist aber auch eine große geistige Bewegung gewesen, die deshalb in diesem Zusammenhange genannt werden muß. „Eine neue Weltanschauung trat, von England ausgehend, einen raschen Eroberungszug durch Europa an: die Aufklärung, die Gegnerin alles geschichtlichen und nationalen Lebens. Ihr hatten nur der Einzelmensch und die Menschheit als Ganzes Geltung, aber kein Volk, kein Staat; alle historischen Werte galten als veraltet, der Begriff der Nation als kleinlich beschränkt. Die unvermeidlichen Folgen solcher Anschauung waren ein nahezu völliger Mangel an Staatsgesinnung und ein empfindlicher Niedergang des nationalen Gemeingefühls. Erscheinungen, die nirgends schädlicher wirken konnten, als in Deutschland, wo es mit diesen Tugenden ohnehin schlecht genug bestellt war. Andererseits führte die Aufklärung zu einer Schätzung der gemeinsamen geistigen Güter der Nation, jedoch nicht weil sie Eigentum der Nation waren, sondern weil sie als Gemeinbesitz der Menschheit in Anspruch genommen wurden. Friedrich II. ist in dieser Beziehung ein Schüler der Aufklärung gewesen, während er in jener in einem entschiedenen Gegensatz zu ihr stand.“ (Bassenge a. a. O., S. 69.)

V O N 1 7 8 6 B I S 1 8 1 5

Die Auswirkungen der Persönlichkeit Friedrichs des Großen sind auf die Entwicklung des Patriotismus in Deutschland von nachhaltigem Einfluß gewesen. Eine äußere Wirkung zeigt sich schon in den Titeln der Bücher und Broschüren, die jetzt überall in Deutschland eine große Verbreitung fanden. Vom deutschen „Nationalgeist“ schreibt in Stuttgart Moser; „Vom Tode für das Vaterland“ der jung verstorbene Abt aus Ulm. Friedrichs des Großen

Arzt Zimmermann polemisiert in seiner Schrift vom „Nationalstolz“ gegen die Franzosen, und Justus Möser schreibt in Osnabrück seine „Patriotischen Phantasien“. Noch stärker war die Wirkung der Persönlichkeit Friedrichs des Großen auf die deutsche Dichtung, von der er so wenig hielt, weil er sie so wenig kannte. Lessings „Minna von Barnhelm“, Klopstocks und die Dichter des Hainbundes sind Zeugen dafür. Herder schreibt seine „Blätter von deutscher Art

und Kunst“, und der junge Goethe wird sich in Straßburg seines Deutschtums bewußt. Der „Söz von Verlichingen“ ist aus einem starken deutschen Patriotismus geboren. Aber der Neuhumanismus, dem sich bald unsere klassischen Dichter zuwandten, brachte für den Nationalismus einen Internationalismus oder Universalismus. Sein Ideal war die Menschheitsbildung, wie uns Schillers Verse bezeugen:

„Zur Nation Euch zu bilden, Ihr hofft es, Deutsche, vergebens“,

„Bildet, Ihr könnt es, dafür freier zu Menschen Euch aus.“

„Erst furchtbare Erschütterungen sollten die Deutschen lehren, daß das höchste irdische Gut des gebildeten deutschen Mannes das Vaterland ist, und daß der Staat nichts Geringeres ist, als die notwendige Folgerung aus der sittlichen Natur des Menschen, das rechtlich zur selbständig wollenden Persönlichkeit geeinte Volk.“

Ein Kind der Aufklärung aus ähnlichen Menschheitsidealen geboren war die französische große Revolution, deren Nachwirkungen die nächsten Jahrzehnte der Geschichte völlig beherrschen. In ihr sollten die Lehren der Aufklärung in die Tat umgesetzt werden. Und als die Nachrichten von dieser praktischen Betätigung der neuen Weltanschauung nach Deutschland gelangten, da wurden sie dort von vielen geistig hochstehenden Männern mit Jubel begrüßt. Man weiß, wie begeistert zunächst sogar der nüchterne Kant gewesen ist, weiß, daß Klopstock sie besungen hat und daß Schiller Ehrenbürger der neuen französischen Republik geworden ist. Der ersten Begeisterung aber folgte bald eine große Enttäuschung, als die große Umwälzung ihr wahres Gesicht zeigte. Wieder wälzte sich ein Strom von Emigranten von Frankreich nach Deutschland. Aber diesmal waren es nicht gesinnungstüchtige Leute, die, weil sie ihren Glauben nicht verleugnen wollten, aus der Heimat vertrieben wurden; jetzt war es der französische Adel, der alle Vorrechte des Standes und Vermögens verloren hatte, und dem es darum in der Heimat nicht mehr gefiel. An alle deutschen Höfe verteilten sie sich, und überall versuchten sie, die Fürsten zu einem Kriege gegen Frankreich aufzuheizen. Deutsche Tapferkeit und deutsches Blut

sollten also diesen fremden Herren ihr altes bequemes Leben und ihr Vermögen wieder verschaffen. Aber diese Einflüsterungsversuche trugen nicht sehr schnell Früchte. Und so war es Frankreich, das von diesen Bestrebungen wußte und ihnen zuvorkommen wollte, das den Krieg mit dem Kaiser vom Zaune brach. Die Leitung der jungen Republik hat sicherlich dabei auch im Auge gehabt, das geringe Ansehen, das das Königtum noch in Frankreich genoß, durch einen Krieg Frankreichs mit fremden Monarchen völlig zu vernichten.

In den ersten Jahren seiner Regierung hat das Volk den Nachfolger des großen Friedrich, seinem Neffen Friedrich Wilhelm II., den Beinamen der „Gütige“ gegeben. Aber diese Güte war weiter nichts als eine grenzenlose Schwäche, die ihn fast unfähig machte, die Regierungsgeschäfte zu führen. Seine erste politische Tat war es gewesen, daß er der Auflösung des Fürstenbundes, den der Weitblick seines großen Oheims zustande gebracht hatte, keinen Widerstand entgegensetzte und damit indirekt die Stellung Österreichs in Deutschland erheblich stärken half. Dann mischte er sich, ohne damit irgend welche politischen Ziele zu verfolgen, aus gefühlsmäßigen Gründen in die holländischen Verhältnisse ein, wo eine starke Partei die Oranier bekämpfte. Es war seinem Heere, daß des großen Friedrichs Drill noch nicht vergessen hatte, natürlich leicht, einen Sieg zu erringen. Aber Friedrich Wilhelm II. war nicht der Mann, diesen Erfolg, da er sich nun einmal auf das Abenteuer eingelassen hatte, auszunutzen. Hätte er damals die Rheinmündung für sich in Anspruch genommen, man hätte sie ihm nicht verwehren können. Er aber begnügte sich mit freundlichen Dankagungen und ließ sich nicht einmal die 6 Millionen Taler Kriegskosten wiedergeben, die dieser Feldzug der preußischen Staatskasse gekostet hatte. Dagegen ging das Streben seiner kurzsichtigen Politik auf einen engeren Anschluß an Österreich. Als das revolutionäre Frankreich dem Kaiser den Krieg erklärt hatte, zog er mit den Österreichern gegen Frankreich zu Felde, obwohl zu gleicher Zeit die Russen in Polen eingefallen waren und Preußens östliche Gebiete bedrohten. In diesem Kampfe ist Deutschland von dem Habsburger, der die deutsche Kaiserkrone trug, wieder einmal aufs schmachlichste verraten worden. Die

österreichische Unterstützung an Preußen war für den Zweifrontenkrieg gegen Rußland und Frankreich viel zu schwach. Und so ging, um polnisches Land zu retten, das ganze linke Rheinufer an Frankreich verloren. Es kam der Schmachfriede von Basel zustande, in dem Preußen in die Abtretung der linksrheinischen deutschen Lande willigen mußte. Der König nahm die Sache weiter nicht tragisch, da er glaubte, durch die zweite Teilung Polens vor einem Jahre, an der nur Rußland und Preußen beteiligt waren, ein sehr gutes Geschäft gemacht zu haben. Aber die Ausschaltung Österreichs bei dieser Teilung ergab eine neue politische Konstellation. Österreich lockerte merklich seine Beziehungen zu den bisherigen Bundesgenossen und näherte sich Rußland. Der schmachvolle Frieden von Basel war, wie ein Geschichtsschreiber unserer Tage sagt, „der schwerste politische Fehler unserer neueren Geschichte, eine Antreue des preußischen Staates gegen sich selber, die durch zwei Jahrzehnte der Entehrung und der Not, durch beispiellose Opfer und Kämpfe gebüßt worden ist.“ Preußen war zwar äußerlich gewachsen. Aber der Verwaltungsapparat war dem vergrößerten Gebiet und der vermehrten Bevölkerung nicht angepaßt worden, dazu kam, daß die mangelnde Führung des Beamtentum nachlässiger und träger werden ließ. Besonders schlimm sah es im Heere aus, dessen Disziplin ein Jahrzehnt nach Friedrichs Tode schon merklich gelockert war und das in der Ausrüstung und Ausbildung mit der neuen Zeit keinen Schritt hielt. Außerdem entsprach seine Kopfzahl der so stark gewachsenen Bevölkerungszahl des Landes schon lange nicht mehr.

Als Friedrich Wilhelm III. seinem Vater in der Regierung folgte, übernahm er nur den Ruhm des friderizianischen Heeres und des preußischen Beamtenstaates. In Wirklichkeit bestanden das Heer und der Staat des großen Friedrich nicht mehr. Auch der neue König ist kein Staatsmann gewesen. Eine korrekte, fromme Natur mit engem Horizont, konnte er nur schwer zu einem Entschlusse gebracht werden. Preußen, dessen militärischer und staatlicher Verfall nach außen noch nicht merkbar geworden war, galt aber immer noch als bewährter Bundesgenosse. Von beiden Seiten wurden Friedrich Wilhelm Bündnisanträge gemacht. Von

Rußland, Österreich und England auf der einen und von Frankreich auf der anderen Seite. Die russisch-österreichische Koalition, hinter der England als Antreiber stand, erzielte zwar gegen Frankreich eine Reihe von Waffenerfolgen, es gelang ihr aber nicht, Frankreich dauernd so zu schwächen, daß es nicht mehr gefährlich war. Jetzt wurde in Frankreich einem jungen General der Oberbefehl übertragen. Bonaparte hatte im Orient in Syrien und in Ägypten erfolgreich gegen England gekämpft, aber der Sieg Nelsons bei Abukir hatte die Vormachtstellung Englands zur See gesichert. In England sah Bonaparte den Feind nicht nur von Frankreich sondern von ganz Europa. Dem jungen General schwebte ein großer Bund aller Kontinentalmächte Europas vor, dessen Ziel es sein sollte, die von England erstrebte Weltherrschaft zu hindern, solange das noch möglich war. Bonapartes Plan ging aber auch dahin, die Kontinentalmächte, die sich seinen Bestrebungen nicht anschließen wollten, mit Waffengewalt zu zwingen. Wenn er jetzt gegen die österreichisch-russische Koalition kocht, so wußte er, daß er damit gegen England kämpfte, das hinter den beiden verbündeten Mächten stand. Die Österreicher wurden zunächst bei Marengo und später bei Hohenlinden so vernichtend geschlagen, daß sie zu Luneville Frieden schließen mußten. In diesem Frieden wird die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich feierlich bestätigt. Der Rhein ist von jetzt ab Deutschlands Grenze. Vier Millionen Deutscher kommen unter französische Herrschaft, aber kein Schrei der Entrüstung schallt durch das deutsche Volk. Das Gemeinheitsgefühl der Deutschen im Reiche war tot. Zur Ausführung des Friedens wurde eine Kommission die sogenannte „Reichsdeputation“ eingesetzt. Mit ihrer Hilfe wollte Napoleon (wie wir von jetzt ab Bonaparte nennen wollen), die alte Politik Richelieus und Ludwig XIV. wieder aufnehmen. Deutschland durch innere Zwietracht zu schwächen, das war die Absicht des guten Menschenkenners, der die deutsche Art schnell durchschaut hatte. Die neugebildeten süd- und westdeutschen Staaten, die zum Teil schon wieder untereinander verfeindet waren, konnten allein nichts beginnen.

Aber sie waren, ehe sie sich irgend einer der deutschen Vormächte unterordneten, eher bereit, Napoleon ihre Truppen und ihre wirtschaftlichen Kräfte anzuvertrauen. Hatte Napoleon erst einmal die kleinen und die mittleren Staaten fest in der Hand, dann mußte es ihm ein leichtes sein, mit Deutschland, Österreich und Preußen fertig zu werden. Preußen schien ihm allerdings zunächst noch wertvoll als Bundesgenosse. Napoleon hat sich eine Zeit lang sehr ernstlich darum bemüht, Preußen als Bundesgenossen zu gewinnen. Man kann nicht wissen, was Friedrich der Große in dieser außerordentlich schwierigen politischen Situation getan hätte. Das Schicksal Napoleons hätte sich vielleicht wesentlich anders gestaltet, wenn Preußen, dessen militärischer Ruhm in der Welt noch sehr groß war, als erster Staat der geplanten Koalition gegen England beigetreten wäre. So aber saß ein Mann, wie Friedrich Wilhelm III., auf des großen Friedrichs Thron, der dem Bündnisantrage gegenüber keine klare Stellung fand. Mit Männern, die in so wichtigen Fragen keine Entscheidung finden, wollte aber Napoleon nichts zu tun haben.

Es wird sich verlohnen auf den Frieden von Luneville noch etwas näher einzugehen. In diesem Frieden erkannte Österreich die unter dem Protektorate Frankreichs geschaffenen Republiken, das sind: die Batavische, die Helvetische, die Cisalpinische und die Ligurische Republik, an. Das linke Rheinufer wird definitiv an Frankreich abgetreten, die Fürsten, die dadurch in ihrem Besitz geschädigt sind, sollen das ist ein weiterer schmachvoller Punkt dieses Vertrages — durch Gebiets-teile in Deutschland entschädigt werden. Diesen Schacher mit deutschem Land leitete als Vermittler Rußland. Und Friedrich Wilhelm III. ist leider nicht ganz unbeteiligt bei diesem Geschäfte. 1802 vereinbarte er mit Frankreich seine Entschädigungen und besetzte die ihm zugefallenen Gebiete schon wenige Wochen später. Preußen erhielt damals für die verhältnismäßig kleinen linksrheinischen Gebiete, die es opfern mußte, eine fast fünffache Entschädigung. Zu nennen sind davon vor allem die Bistümer Münster, Paderborn, Hildesheim, das Eichsfeld und Erfurt, die Reichsstädte Mühlhausen, Nordhausen und Goslar. Man hat sich damals in Berlin über das gute Geschäft ge-

freut. Ein Zeichen dafür, daß man gar kein Empfinden dafür besaß, was es bedeutete, deutsches Gebiet am Rhein zu verkaufen. Die Regelung mit Preußen wird in dem „Reichsdeputationshauptausschuß“, der am 25. Februar 1803 zustande kam, mitaufgenommen. Durch diesen Hauptschluß wurden 112 geistliche Staaten und Reichsstädte ihrer Selbständigkeit beraubt und verschiedenen weltlichen Fürsten zugeteilt. Wir haben bei unserem kritischen Gang durch die deutsche Geschichte gar oft darauf hingewiesen, daß die Kleinstaaterei und der Partikularismus ein Unglück für Deutschland gewesen sind. Aber wir werden trotzdem dieses Ausräumen mit den kleinen Ländchen nicht freudig begrüßen können, weil nicht Deutschland aus eigener Kraft das Uebel beseitigte, sondern fremde Nationen damit in unberechtigter Weise und in eigenmütiger Absicht in die inneren Verhältnisse des Reiches eingriffen. Im allgemeinen konnten die deutschen Fürsten mit dem Geschäft zufrieden sein. Auch Bayern bekam dicke Bissen. Es erhielt die Bistümer Bamberg, Würzburg, Passau, Freising, Eichstätt und a. m. Die geistlichen Staaten verschwinden, nur der des Kur-erzkanzler Karl von Dalberg mit den Bezirken Aschaffenburg, Weßlar und Regensburg bleibt bestehen. Das Bestehen der selbständigen Reichsstädte hört auf, Ausnahmen bilden nur die drei freien Hansestädte Hamburg, Lübeck und Bremen, sowie in Süddeutschland Augsburg, Nürnberg und Ulm.

Die Politik Napoleons blieb weiter gegen England gerichtet. 1803 rückte er, um den Handel Englands mit Norddeutschland zu behindern, in Hannover ein. Da sich Hannover sowohl von Preußen wie von England verlassen sah, mußte es kapitulieren und seine Armee auflösen. Das Land selbst kam unter französische Verwaltung. Ein Eingreifen Preußens auf der einen oder anderen Seite hätte damals der europäischen Politik eine entscheidende Wendung gegeben. Aber die kurzfristige Wesensart Friedrich Wilhelms III. unterstützte Hardenbergs Politik der freien Hand, die glaubte, ohne selbst eingreifen zu müssen, in Rücksicht auf das Prestige der preußischen Armee Hannover von den Franzosen erhalten zu können.

England hat die Gefahr, die ihm durch Napoleons Pläne drohte, nie unterschätzt. Mit allen Mitteln — und das englische Pfund war nicht das schlechteste — war die englische Diplomatie bestrebt, eine starke Koalition mit der Spitze gegen Frankreich zu bilden. Es gelang diesen Anstrengungen 1805 einen Vertrag mit Rußland zu schließen. Nach der Krönung Napoleons zum Kaiser gelang es, auch Österreich zum Anschluß zu bewegen. Preußen bestand auch diesmal auf seiner isolierten Stellung. Österreich begann den Kampf. Eine Armee marschierte gegen Italien, eine andere drang in Bayern ein, dessen Kurfürst auf Napoleons Seite stand. Napoleon suchte den Gegner zunächst auf deutschem Boden zu fassen. Bei Ulm zwang er die in Bayern eingedrungene österreichische Armee, zu kapitulieren. Der weltberühmte Sieg bei Trafalgar, den der englische Admiral Nelson wenige Tage später errang, vermochte den Siegeszug Napoleons nicht aufzuhalten. Er wirft die Österreicher durch Ober-Italien und Tirol zurück und zieht im November in Wien ein.

In diesem Feldzuge hatte Napoleon bei einem Durchmarsch neutrales preußisches Gebiet verlegt, ohne eine Genugtuung zu geben. Doch die preußische Regierung war immer noch nicht entscheidungsfähiger geworden, wie vorher. Auf der einen Seite schloß Friedrich Wilhelm mit dem Zaren Alexander den Vertrag von Potsdam, der Preußen verpflichtet, der Koalition gegen Frankreich beizutreten, wenn Napoleon nicht nachgibt, auf der anderen Seite gab derselbe Friedrich Wilhelm dem Grafen Haugwitz, der die Verhandlungen mit Napoleon führte, die Instruktion mit, er solle auf jeden Fall einen Bruch mit Frankreich vermeiden. Ehe diese Verhandlungen noch zu Ende gekommen waren, erfocht Napoleon den großen Sieg bei Austerlitz, durch den die Österreicher und die Russen mit riesigen Verlusten geschlagen wurden. Österreichs Stellung war unhaltbar geworden, es wird gezwungen den verlustreichen Frieden von Preßburg abzuschließen, durch den es Venetien, Tirol, Vorarlberg, Passau u. a. verliert. Bayern und Württemberg werden jetzt selbständige Königreiche. Preußen aber muß sich jetzt entscheiden, nachdem es alle gewinnbringenden Chancen unbenuzt

gelassen. Zwar hatte die Hardenberg'sche Politik ihr Ziel erreicht. Hannover war kampflos zu Preußen gekommen, aber in dem mit Napoleon abgeschlossenen Bündnis lagen soviel Konfliktmöglichkeiten, daß der Vertrag von Schönbrunn wirklich nicht als ein politischer Sieg auf preußischer Seite zu buchen ist. Napoleon führte sein Bestreben, die Gegensätze in Deutschland zu verschärfen, um die Entfremdung zwischen den einzelnen Fürsten und Stämmen aufrecht zu erhalten, weiter mit Konsequenz durch. Ein großer Erfolg dieser Politik war die Gründung des Rheinbundes, durch die 16 deutsche Fürsten dem Reiche die Treue auf sagten. Denn der Protektor des Rheinbundes war Fürst einer fremden Nation, war Napoleon, dem gegenüber sich die Mitglieder verpflichtet hatten, ihm für alle künftigen Kriege eine Hilfe von 65 000 Mann zu stellen. Da Napoleon als Tatsachemensch so offen war, zu erklären, daß er die deutsche Reichsverfassung nicht mehr anerkenne, so legte Kaiser Franz II. die Kaiserkrone nieder. Es mag strittig sein, ob er unter den gegebenen Verhältnissen etwas anderes tun konnte. Rechtsmäßigerweise aber konnte die Niederlegung der Kaiserkrone, da das Reich ja immer noch formal ein Wahlreich war, nur die Wahl eines neuen Kaisers zur Folge haben. Aber Kurfürsten und Reichstag hatten an dem Schattenkaiserthum ein so geringes Interesse, daß sie nicht einmal daran dachten, in irgend einer Weise Widerspruch zu erheben. Auch die große Masse des deutschen Volkes sah mit völliger Gleichgültigkeit diesem Zusammenbruch der alten Kaiserherrlichkeit mit an. Auch die sich immer mehr ausbreitende Fremdherrschaft fand zunächst keine entschiedenen Gegner. Im Gegenteil, weite Schichten der gebildeten Kreise erblickten in Napoleon eine Art von Idealmenschen. „Auch die gebildeten Deutschen sahen in dem fremden Ursurpator nur das Genie, nicht den Todfeind Deutschlands und hatten für die unglückliche Schmach, die in alledem lag, keine Empfindung. Niemals, auch nicht nach dem 30jährigen Kriege, hatte das deutsche Nationalbewußtsein so tief gestanden, wie in den goldenen Tagen von Weimar.“ Noch heute finden wir in den Wohnungen alteingesessener Familien

schöne alte Bilder, ja sogar Büsten und Statuen des großen Korse in den Wohnräumen, die im Erbganze an die jetzigen Besitzer gekommen sind. Ob man wohl in den Wohnungen gebildeter Franzosen auch soviel Bilder Bismarcks vorfinden dürfte?

Es war klar, daß Napoleon auf das in solcher Weise zum Verbündeten gewordene Preußen wenig Rücksicht nehmen würde. Da er auf breiter Front augenblicklich den Entscheidungsschlag mit England nicht wagen konnte, so verhandelte er mit ihm über Friedensmöglichkeiten. Dabei war das soeben erst zu Preußen gekommene Hannover das Ausgleichsgut. Eine Besetzung preußischen Gebietes, nämlich der Abteien Essen und Werden, durch französische Truppen zeigte endlich Preußen, was es zu tun habe, wenn es nicht ein Spielball in den Händen des Kaisers der Franzosen werden wollte. Am 1. Oktober wird endlich der Angriffsbefehl gegeben und ausgeführt. Preußen will zunächst nicht gegen Napoleon sondern gegen die süddeutschen Rheinbundstaaten vorgehen. Aber der Angriff stößt mitten im Vormarsch, da die Regierung auf die vage Hoffnung hin, mit Napoleon schließlich doch noch zu einer Einigung zu kommen, bremst. Inzwischen hat aber Napoleon 200 000 Mann Truppen gesammelt und zwingt die Preußen zu der unglücklichen Doppelschlacht bei Jena und Auerstädt, die dem weltberühmten preußischen Heere eine völlige Niederlage bringt. Noch nicht zwei Wochen nach dem Siege zieht Napoleon in Berlin ein. Das geschlagene Heer sucht sich auf Stettin und die Oberlinie zurückzuziehen, wird aber nochmals entscheidend geschlagen. Die Festungen ergeben sich schnell und meist ohne Notwendigkeit. Preußen westlich der Elbe ist bald fest in der Hand des Feindes. Jeder Widerstand der übrigen Fürsten gegen die Wünsche Napoleons wäre jetzt vergeblich gewesen. Der Kurfürst von Hessen und der Herzog von Braunschweig werden, da sie nicht gefügig genug sind, kurzerhand entthront. Sachsen muß in den Rheinbund eintreten, erhält allerdings als Pfand dafür die Königskrone.

Die preußische Regierung und die preußische Armee haben aber schließlich im Unglück ihren alten Stolz wiedergefunden. Friedrich Wilhelm III. lehnt trotz der Notlage der Armee einen Waffenstillstand unter entehrenden Be-

dingungen schroff ab. Rußland greift auf preußischer Seite ein, allerdings nur mit geringen Kräften und damit auch mit geringen Erfolgen. Der kleine Erfolg der vereinigten Preußen und Russen bei Preußisch-Eylau konnte keine nachhaltige Wirkung haben, und als der Zar sich mit Napoleon verträgt, muß Friedrich Wilhelm in Tilsit einen Frieden schließen, der ihm von seiner Monarchie nur noch Preußen ohne Danzig und Thorn und Schlesien, Pommern und Brandenburg bis ans rechte Elbufer läßt. Die preußischen Gebiete westlich der Elbe werden mit hessischen und braunschweigischen Gebieten zum Königreich Westfalen vereinigt, Münster, die Grafschaft Mark u. a. m. werden dem Großherzogtum Berg einverleibt. Aus den polnischen Gebiets teilen wird das Herzogtum Warschau gestaltet. Hannover bleibt vorläufig noch unter französischer Verwaltung. Eine starke Besatzungsarmee behält in den preußisch gebliebenen Teilen Quartier, um die ungeheuren Kriegsschädigungen zu erpressen.

Zum völlig machtlosen Vasallen des Franzosenkaisers war Preußen kaum zwei Jahrzehnte nach dem Hingange des großen Friedrich geworden. Der Korse scheute sich auch garnicht, von seiner Überlegenheit Gebrauch zu machen und Preußen neue Lasten aufzuerlegen. So mußte es sich 1808 verpflichten, in den nächsten 10 Jahren nicht mehr als 42 000 Soldaten zu haben. Und 1812 mußte Friedrich Wilhelm III. einen Vertrag unterzeichnen, in dem er sich verpflichtet, Napoleon sobald er es wünscht, bei jeder Gelegenheit Hilfe und Unterstützung zu leisten. Vor allem muß er das Versprechen ablegen, Napoleon bei Kriegen in allen künftigen Teilen Europas zu unterstützen und ihm für einen eventl. Krieg gegen Rußland, der für Napoleon längst feststand, 20 000 Mann der besten Truppen zu stellen.

Aus dieser tiefen Erniedrigung konnte sich das Volk nur aus eigener Kraft erheben. Da ihm alle äußeren Machtmittel genommen waren, mußte die Gegenbewegung auf sittlichen und geistigen Kräften beruhen. Viele der hervorragendsten Köpfe in Deutschland glaubten an die Möglichkeit einer solchen Erneuerung. Für sie war Preußen der einzige Staat, der soviel gute Überlieferung und soviel Staatsbewußtsein der Bevölkerung

befah, daß man in ihm die starken Kräfte für die Erneuerung Deutschlands schlummern wahren durfte. So ist es zu verstehen, daß ein großer Teil der Baumeister, die an dem großen Werke arbeiteten, keine Preußen waren. Der Lausitzer Fichte hielt schon im Winter 1807 auf 1808 seine aufrüttelnden „Reden an die deutsche Nation“. Was er verlangte, war vor allem eine nationale Erziehung, die die Eigensucht zu dämpfen wußte. Nach Fichte gab es nur eine Pflicht: sich selbst zu vergessen, um das Wohl des Ganzen zu fördern und um die so tief gesunkene Nation wieder in die Freiheit zu führen. Der Turnvater Fahn suchte diese nationale Erziehung mit einer körperlichen Erziehung durch die Einführung des regelmäßigen Schülerturnens zu verbinden. Der Herrnhuter Schleiermacher weckte das in Notzeiten ja immer wieder aufkeimende religiöse Empfinden zu schönster Blüte. Ernst Moritz Arndt sang seine Freiheitslieder und stellte das flammende Pathos seiner Sprache in den Dienst der guten Sache. So stark war der geistige Hunger, daß der Staat den Bestrebungen, in Berlin eine Universität zu gründen, trotz der jammervollen Finanzlage nicht widersprechen konnte.

Mit der sittlichen und geistigen Erneuerung allein wäre praktisch noch nicht viel auszurichten gewesen. Aber ihr folgte auch eine umstürzende Reform auf staatlichem Gebiete. Nachdem man sich darüber klar geworden war, daß die alte Form der Regierung und Verwaltung durchaus versagt hatte, berief man an Stelle Hardenbergs den Freiherrn von Stein und vertraute ihm mit ziemlich großen Vollmachten das Reformwerk an. Stein war der Ansicht, daß ein Staatswesen sich nur dann gedeihlich entwickeln könne, wenn alle seine Bürger in persönlicher und politischer Freiheit direkt oder indirekt sich an den Aufgaben des Gemeinwohls tätig beteiligten. Der Verwaltung wurde eine straffere Zentralisation gegeben. Die Provinzial-Ministerien wurden abgeschafft und dafür Fach-Ministerien errichtet. An die Spitze der Provinzen traten Verwaltungsbeamte, die mit der Rechtsprechung und jeder Art von Gerichtsbarkeit nichts zu tun haben. Dagegen wurden die Befugnisse der ständischen Vertreterversammlungen in den Provinzen und Kreisen wesentlich erweitert. Von einschneiden-

der Bedeutung aber war es, daß Stein sich dazu entschloß, den Städten die Selbstverwaltung zu geben. Die Hoheitsrechte des Staates wurden auf das Gerichtswesen und das Polizeiwesen beschränkt. Aus ihrer Mitte wählten alle stimmberechtigten Bürger die Stadtverordneten. Deren Beschlüsse hatte dann die von ihnen gewählte Stadtverwaltung, der Magistrat, unter ihrer Aufsicht auszuführen. An Stelle des Zunftzwanges und der Verkaufsmonopole trat die Gewerbefreiheit, die dem Handel die Arme zum Wettbewerb freigab. Die persönlichen Verhältnisse der Landbewohner wurden den Anschauungen der Zeit entsprechend geändert. Die Erbuntertänigkeit wurde aufgehoben und jeder Standesunterschied beseitigt. Etwas später erfolgte dann in konsequenter Durchführung dieses Gedankens auch die Befreiung der Juden von den sie körperlich, rechtlich und politisch einengenden Fesseln. 50 000 Familien von Domänenbauern haben damals das von ihnen behaute Land als freies Eigentum erhalten. Die Finanzen wurden durch ein klares Steuersystem in kurzer Zeit aus einem hoffnungslosen Zustande so gebessert, daß der völlige Zusammenbruch vermieden werden konnte. Jede Steuerfreiheit, natürlich auch die des Adels, wurde aufgehoben. Man führte eine Einkommensteuer, eine Gewerbe-, Erbschafts-, Stempel- und Zeitungssteuer ein, man ging sogar soweit, dem Papiergeld einen Zwangskurs zu geben, und die Beamtengehälter herabzusetzen.

Daneben ging eine ebenso großzügige Reform des Heeres, das ja bei Jena und Auerstädt so sehr versagt hatte. An Stelle des Wehrsystems setzte man die allgemeine Wehrpflicht, zu deren Erfüllung sich keiner vertreten lassen durfte. Der Weg ins Offizierkorps wurde auch den Bürgerlichen eröffnet, und Offizier konnte nur der werden, der zunächst als gewöhnlicher Soldat eingetreten war und in einem Examen seine Eignung zum Offizier dargetan hatte. Da das Heer ja nicht mehr als 42 000 Mann betragen durfte, tauschte Scharnhorst durch sein Krumpersystem, nach dem alle vier Monate die alten Mannschaften durch neue ausgetauscht wurden, den Feind über die wirkliche Stärke des preußischen Heeres.

Napoleon hatte geglaubt, durch den Erlaß der Kontinental Sperre, die allen Geschäftsverkehr mit England verbot, und die Wegnahme aller englischen Waren befehl, seinen Gegner England, den er ja militärisch nicht fassen konnte, ins Herz zu treffen. Aber gerade die Kontinental Sperre sollte es sein, die die Fundamente seiner Herrschaft erschütterte. Selbst in Frankreich fühlte man die schweren wirtschaftlichen Folgen ihrer strengen Anwendung und wehrte sich dagegen. England wußte kluge Gegenmaßregeln zu treffen. Es blockierte alle französischen und die unter französischer Aufsicht stehenden Häfen, legte eine hohe Besteuerung den Neutralen auf und nahm alle mit einem französischen Pässe versehenen Schiffe in Beschlag. Schleichhandel und ein brutaler Raperkrieg blühten in einer das ganze Festland schädigenden Weise. Trotzdem Napoleon sah, daß die anfänglichen finanziellen und kommerziellen Vorteile für Frankreich sich bald in das Gegenteil verkehrten, hielt er an der Kontinental Sperre fest. Eine Auswirkung dieses Eigenfinns ist zunächst der Aufstand in Spanien, den er nicht zu bezwingen vermochte, und später die Auslehnung Rußlands, die zum Kriege 1812 führte. Es waren zwar auch noch andere Gründe vorhanden, die den Zaren veranlaßten, sich endlich aufzuraffen. Napoleon hatte die Einverleibung Nord-Hannovers, Oldenburgs, der Hansestädte und Hollands in das französische Kaiserreich durch eine einfache Verfügung vollzogen. Die Verraubung seiner oldenburgischen Verwandten, sowie die Durchkreuzung seiner Absichten auf Polen durch die Vergrößerung des Großherzogtums Warschau nach dem französisch-österreichischen Kriege von 1809 gaben dem Zaren endlich die Entschlußkraft, es zu einem Entscheidungskampfe kommen zu lassen. Es ist bekannt, daß nach dem Brande Moskaus das glänzende Heer Napoleons völlig zusammenbrach und nur einzelne Teile sich retten konnten. Napoleon verkannte die Schwierigkeit der Lage nicht. Er war eiligst nach Paris gegangen, um mit allen Mitteln den schwankenden Bau seiner Herrschaft zu stützen. Hatte er sich in Rußland auch eine Niederlage geholt, so glaubte er doch, Österreich wie Preußen derart geschwächt, daß sie nicht daran denken konnten, sich offen gegen ihn aufzulehnen. Da trat in der berühmten Kon-

vention von Tauroggen General York, der Führer der preußischen Streitkräfte im französischen Heere, offen zu den Russen über. Stein erschien in Königsberg und leitete die allgemeine Erhebung Ostpreußens in die Wege, und wenige Wochen später am 17. März 1813 erließ Friedrich Wilhelm III. seinen Ausruf „An mein Volk!“

Es folgte nun eine nationale Erhebung des ganzen preußischen Volkes, wie sie in der Geschichte ohnegleichen ist. Jeder einzelne opferte an Gut und Blut dem Staate sein Lehtes. „Es ist die reinste und schönste Volkserhebung aller Zeiten, in der ein ganzes Volk die letzten Trümmer seiner Habe, seine gesamten geistigen und körperlichen Kräfte an die Idee des Vaterlandes, des Staates setzte. Es war der weltgeschichtliche Augenblick, da preußisches Staats- und deutsches Nationalgefühl ineinanderfloßen. Ins Feld zog das stärkste Aufgebot, das Deutschland seit der Urzeit jemals erlebt hatte, von je 17 Bewohnern ein Krieger. Die Blüte des gesamten Volkes, das erste Heer der modernen allgemeinen Wehrpflicht; es war, wie der Dichter sang, ein heiliger Krieg, dem die schönsten patriotische Dichtung aller Zeiten die Weihe gab. Was ihm im Unterschied von anderen Erhebungen das besondere Gepräge lieh, war die führende Teilnahme der Gebildeten, die doch die vollkommene Verschmelzung mit dem gemeinen Manne des Volkes nicht ausschloß. Damals hat sich das deutsche Studententum seinen Ehrenplatz in der Reihe der Vaterlandsverteidiger gesichert.“ (Bassenge a. a. O. S. 79.)

Im Nordwesten beginnt der Kampf. Am 17. März 1813 werden die Franzosen aus Hamburg verjagt und über die Elbe geworfen. Die Franzosen müssen kurz darauf, von allen Seiten bebrängt, auch Sachsen räumen. Die verbündeten Monarchen ziehen in Dresden ein, vermögen aber den schwankenden König von Sachsen nicht zum Anschluß zu bewegen. Die folgenden Ereignisse scheinen diesem recht zu geben, denn es gelang der überlegenen Kriegskunst Napoleons, die Verbündeten bei Groß-Görschen und bei Bautzen empfindlich zu schlagen und sich wieder in den Besitz von Sachsen zu setzen. Napoleon bot jetzt, weil er glaubte, das junge Bündnis wieder

zwingen zu können, einen Waffenstillstand an, der auch angenommen wurde. Aber der Kaiser hatte sich getäuscht. Der Bund hielt fest und fand durch Österreich eine wesentliche Verstärkung. Auch Schweden trat dem Bündnis bei, und England versprach selbstverständlich reichliche Hilfgelder. Das wechselnde Kriegsglück und den endgültigen militärischen und politischen Sieg kann jeder in den zahlreich vorhandenen Geschichtswerken leicht nachlesen. Napoleon wurde vom eigenen Volke des Thrones verlustig erklärt und auf die Insel Elba verbannt. Die Bourbonen bestiegen wieder Frankreichs Thron. Des unter der Guillotine geendeten Ludwigs XVI. Bruder wird als Ludwig XVIII. Herrscher über die französischen Gebiete, die am 1. Januar 1792 französisch waren. Frankreich erhält einen sehr milden Frieden. Es braucht keine Kriegsschädigung zu bezahlen und nicht einmal die geraubten Kunstschätze wieder herauszugeben. Da eine ganze Menge Gebietsfragen natürlich strittig waren, und man jetzt endlich einmal eine gründliche Regelung der europäischen einzelstaatlichen Verhältnisse vornehmen wollte, so berief man die europäischen Staaten zu einem Kongreß nach Wien. Als Gäste des Kaisers von Österreich setzten sich der Zar, die drei Könige, die es in Deutschland gab, die meisten regierenden deutschen Fürsten und die Vorschäfter fast aller europäischen Staaten an den Verhandlungstisch. Man war zusammengekommen, um das „europäische Gleichgewicht“ wiederherzustellen, und dieses schien bedroht, wenn Rußland in Europa und Preußen in Deutschland zu mächtig wurden. Es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß auf diesem Kongreß der Vertreter des besiegten Staates den größten Einfluß besaßen hat. Talleyrand, Frankreichs Gesandter, wußte innerhalb des Kongresses eine Koalition gegen Preußen und Rußland herbeizuführen, die sich gegenseitig die Unterstützung ihrer Ansprüche zugesichert hatten. Rußland verlangte ganz Polen und wäre damit der mächtigste Staat in Europa geworden. Grund genug für die übrigen europäischen Staaten, dagegen zu sein. Preußen verlangte den gesamten Besitzstand des Königreichs Sachsen und wäre damit zur unbedingten Vormacht in Mitteleuropa geworden. Grund

genug für die übrigen deutschen Staaten, diesen Anspruch abzulehnen. Talleyrand schlug sich auf die Seite der Gegner von Preußen und Rußland und wußte dort die Stimmung so zu schüren, daß der Kongreß in Gefahr war, mit einem neuen Kriege zwischen den beiden sich gegenüberstehenden Gruppen zu enden. Da tauchte urplötzlich Napoleon wieder an der Südküste Frankreichs auf. Im Triumphzuge eilt er unter dem Jubel der Bevölkerung nach Paris. Stündlich mehrte sich die Zahl der Soldaten, die einst unter seinen Abkern gekämpft hatten und sich ihm jetzt wieder zur Verfügung stellten. Der Wiener Kongreß vergift rasch alle Gegensätze, stellt ein großes Heer auf, das von dem Deutschen Blücher und von dem Engländer Wellington geführt wird, und die Schlacht bei Waterloo besiegelt endgültig Napoleons Schicksal. Er ergibt sich den Engländern und wird von ihnen auf der einsamen Insel St. Helena bis zu seinem Tode in harter freudloser Haft gehalten.

Im zweiten Pariser Frieden kommt Frankreich nicht so glimpflich weg. Diesmal muß es eine Kriegsschädigung in Höhe von 700 000 Franks bezahlen, und man findet endlich auch, gedrängt durch Blüchers Energie, den Mut, die geraubten Kunstschätze wieder zurückzuverlangen. Die von deutschen Freiheitskämpfern erhobene Forderung, das alte deutsche Elsaß wieder an Deutschland abzutreten, fand keine Berücksichtigung, hauptsächlich deshalb, weil man nicht wußte, in welcher Form diese Abtretung erfolgen sollte. Fast man die Ergebnisse der Wiener Schlußakte und des zweiten Pariser Friedens zusammen, so sind von nun an die Verhältnisse in Europa wie folgt geregelt. Das beste Geschäft machten Rußland und England. Rußland bekam den größten Teil des Großherzogtums Warschau und vereinigte ihn mit den polnischen Gebieten, die es bisher besaß, zu einem Königreich Polen, dessen König der Zar war. England entschädigte sich durch Kolonien für die angeblichen großen Einbußen der Kontinentalperre. Es waren das aber nicht etwa nur Teile französischer Kolonien, sondern England ließ sich von dem holländischen Kolonialgebiet die wertvollen Teile Ceylon, Malakka und das Kapland und von dänischem Besitz die Insel Helgoland zusprechen.

Dazu bekam es die strategisch sehr wichtige Insel Malta. Holland erhielt die früheren österreichischen Südpervenzen (ungefähr das heutige Belgien) und vereinigte sich mit diesem Teile zum Königreich der Niederlande, das die Oranier als erbliche Monarchie erhielten. Wilhelm I. erhielt außerdem noch das Großherzogtum Luxemburg, das allerdings ein Glied des deutschen Bundes bleiben sollte. Italien wurde vollkommen zerstückt. Man gab die Herzogtümer Parma, Piacenza und Guastalla der zweiten Gattin Napoleons mit der Bestimmung, daß sie später an die spanischen Bourbonen fallen sollten. Der Kirchenstaat wurde wiederhergestellt. Genua kam zum Königreich Sardinien, und Neapel erhielt die Bourbonen. Modena und Toscana kamen an österreichische Erzherzöge. Preußen verlor große Teile seines polnischen Gebiets, Ostfriesland, Hildesheim, Goslar und die Markgrafschaften in Franken, bekam aber dafür die wertvollen Rheinlande, fast die Hälfte von Sachsen und das Herzogtum Lauenburg, das es bereits 1816 an Dänemark gegen Schwedisch-Pommern mit Rügen eintauschte. Österreich erhielt den größten Teil seiner früheren polnischen Besitzungen zurück mit Ausnahme

von Krakau, ferner bekam es Salzburg und Tirol mit Vorarlberg, Kärnten, Krain, Istrien, Dalmatien, die Lombardie und Venetien. Deutschland erhielt durch die deutschen Bundesakte vom 8. Juni 1815 eine lockere Verfassung. 39 souveräne Fürsten und 4 freie Städte vereinten sich im deutschen Bunde, der völkerrechtliche Geltung hatte. Unter den Bundesmitgliedern befanden sich als Besitzer von Hannover, Luxemburg und Holstein auch die Könige von England, der Niederlande und von Dänemark. Schon das allein hinderte eine gesunde nationale Entwicklung dieses künstlichen Gebildes. Österreich und Preußen waren nur für die Teile Mitglieder des Bundes, die früher innerhalb der alten Reichsgrenzen lagen. Ein viertes Königreich war mit Hannover zum Bunde gekommen, das von Preußen Ostfriesland, Hildesheim und Goslar erhielt. Bayern wurde durch Ansbach, Bayreuth, Würzburg und Aschaffenburg, das Großherzogtum Hessen durch Worms und Mainz entschädigt. Die beiden Mecklenburg, Luxemburg, Oldenburg und Sachsen-Weimar werden Großherzogtümer. Die Vertretung des deutschen Bundes hat der Bundesrath in Frankfurt am Main, dessen Vorsitz bei Österreich liegt.

DER WEG ZUM NEUEN KAISERREICH

Die Entscheidungen des Wiener Kongresses fanden ebenso wenig die Zustimmung der Bevölkerung in Deutschland wie die innerpolitische Haltung der Regierungen nach den Befreiungskriegen. Das Volk, das sein Leztes für die Befreiung hingegeben, und das seinen Fürsten nicht nur den Thron, sondern auch dessen Souveränität dem Auslande gegenüber gesichert hatte, glaubte durch die Großtaten, die es mit Anspannung der letzten Kräfte vollbracht hatte, ein Anrecht darauf zu haben, die Geschichte des Landes, wenn auch nicht zu leiten, so doch mitzubestimmen. Die Lehren der französischen Revolution hatten ja auch in Deutschland den Wunsch nach einem freiheitlichen Staatsgebilde lebendig werden lassen. Hatte man auch zunächst lediglich aus Auflehnung gegen die Fremdherrschaft und aus ehrlichstem Patriotismus zu den Waffen gegriffen, so war man doch

mit der Hoffnung heimgekehrt, daß den einzelnen Staaten eine Verfassung zum Zeichen dafür gegeben würde, daß man regierungsfertig die politische Mündigkeit der Bevölkerung anerkannte. Auf Seiten der Fürsten und der leitenden Staatsmänner kannte man diese Wünsche der Bevölkerung genau und hatte sich, solange der Kampf noch anhielt, mit dem Gedanken eines konstitutionellen Staatslebens bereits abgefunden. Denn im 13. Artikel der Bundesverfassung hieß es „in allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden“. Der Erfüllung dieses Versprechens stand aber die inzwischen geschlossene heilige Allianz entgegen. Dieser auf völlig romantischer Grundlage geschlossene Bund, dessen geistlicher Vater der Zar Alexander I. war, verpflichtete seine Mitglieder, die Grundsätze des Christentums zur alleinigen Richtschnur ihrer inneren und

äußeren Politik zu machen. Die Wahrung des Bestehenden, an dem Frevel zu rütteln sei, und die „väterliche Regierung“ waren Hauptmerkmale dieser wenigstens für Deutschland nicht mehr zeitgemäßen Regierungsweise. Welche Kreise der deutschen Patrioten und vor allen Dingen die studentische Jugend, die im Freiheitskampfe für die deutsche Sache so große Opfer gebracht hatte, sahen in der Nichterlösung des ihnen zum mindesten indirekt gegebenen Versprechens einen Wortbruch. Diese Erbitterung aber schwächte den nationalen Gedanken in den Kreisen der Patrioten keineswegs. Im Gegenteil, die verärgert beiseite Stehenden wurden gerade zu Bannerträgern aller gut deutschen Gefühle. In der deutschen Burschenschaft, die am 12. Juni 1815 in Jena von einer großen Zahl von Studenten gegründet wurde und die sehr schnell auf fast allen deutschen Universitäten begeisterte Anhänger gewann, wurde bald der Mittelpunkt, um den sich alle die sammelten, die die politische Freiheit und die Einheit des gesamten deutschen Vaterlandes erstrebten. „Gott, Freiheit, Vaterland!“ hatten die Burschenschaftler auf ihre Fahnen geschrieben. Und mit Vaterland meinten sie nicht etwa den deutschen Teilstaat, in dem sie geboren und dessen Bürger sie waren, sondern das große deutsche Vaterland, dessen staatliche Einigung sie ersehnten. Als ihre Farben wählten sie deshalb „schwarz-rot-gold“, von denen sie glaubten, daß sie die Farben des alten deutschen Reiches gewesen seien. Ob dieser Glaube richtig war, ist strittig. Aber für die Beurteilung des Wollens der Burschenschaftler unwesentlich. Sie jedenfalls waren davon überzeugt, daß es die Farben des deutschen Kaiserreiches waren, und wollten dadurch, daß sie sie trugen, zeigen, daß sie alle ihre Kräfte einsetzen wollten für das Neuerstehen eines großen deutschen Kaiserreiches. Auch der Bundestag in Frankfurt ist ja 1848 derselben Meinung gewesen, als er die gleichen Farben mit dem alten Reichsadler zum Bundesbanner erklärte. In unseren Tagen, wo der leidige Flaggenstreit soviel böses Blut macht, lohnt es sich vielleicht, darauf hinzuweisen, aus welchen Gründen Bismarck, als er den norddeutschen Bund gründete, nicht auch diese Farben als Bundesfarben wählte. Im Kriege 1866 hatte das 8. deutsche Armeekorps, zu dem

Württemberg, Baden und Hessen die Truppen stellten, mit einer schwarz-rot-goldenen Armbinde als Feldzeichen gegen die Preußen gekämpft. Für Preußen waren darum diese Farben unannehmbar. Die neue Bundesflagge, die später zur Reichsflagge werden sollte, war eine ganz neue Zusammensetzung aus den brandenburgischen Farben weiß-rot und den preussischen Farben schwarz-weiß.

Die Burschenschaften erregten sehr bald das Mißtrauen der „heiligen Allianz“, und das war ganz natürlich. Weder Rußland noch Österreich hatten ein Interesse an einem festgeschlossenen deutschen Reiche, da dieses militärisch und politisch für sie immer eine Gefahr bilden mußte. Aber auch in Preußen, wo man das Versprechen einer Verfassung nicht einlösen zu können glaubte, sah man in den Burschenschaften, die ja eine Reihe von freiheitlichen Forderungen aufgestellt hatten und die eine Verfassung forderten, eine Gefahr. Es kam zu dem bekannten Wartburgfest im Jahre 1817, das an sich am Jahrestage der Leipziger Schlacht das Gedenken an Luthers Reformation feiern wollte und auch sicher in seinen offiziellen Teilen den Rahmen des Programms nicht überschritten hat. Zum Schluß aber kam es, was bei der übermütigen Stimmung eines Studentenfestes ja nicht zu verwundern ist, zu einigen Ausschreitungen, die vielleicht nur scherzhaft gemeint waren, aber schwerwiegende Folgen nach sich ziehen sollten. Junge Studenten hatten Perrücke, Topf, Korporalstock u. a. m. als Sinnbilder des Rückschritts verbrannt und verhaßte Bücher von Schriftstellern, die mit all ihrem Talent die Reaktion vertraten, mit in das Feuer geworfen. Bei dem Mißtrauen, mit dem die Allianz die Entstehung und die Ausbreitung der Burschenschaft verfolgt hatte, mußte dieser unvorsichtige Scherz als ein staatsfeindlicher Akt angesehen werden. Die Burschenschaften wurden von nun ab sorgfältig überwacht und ihnen allerlei Schwierigkeiten bereitet. Fanatischer Idealismus führte die Hand des jungen Jeneser Burschenschaftlers Sand, als er den „Dichter“ und russischen Staatsrat Koblenzer, von dem man wohl annehmen kann, daß er im Dienst der russischen Spionage stand. Die unüberlegte und selbstverständlich zu

verurteilende Bluttat gab Metternich den erwünschten Anlaß, gegen die Burschenschaften und alle Vereinigungen, die ähnlichen Zielen zustrebten, auf das schärfste vorzugehen. Er rief die deutschen Minister zu einer Konferenz nach Karlsbad zusammen, und man beschloß dort, die Auflösung der Burschenschaften, das Aufsichtsrecht landesherrlicher Kommissare über die Universitäten, eine scharfe Presszensur und die Einsetzung einer Zensurkommission in Mainz, die gegen die vermeintliche staatsumwälzende Verschwörung gerichtet sein sollte. In Wirklichkeit wollte man aber damit das freiheitlich gesinnte Bürgertum treffen. Preußen ließ sich von den beiden Genossen in der heiligen Allianz, die wohl wußten, was sie damit taten, zu besonderer Härte aufheizen. Gegen Männer, die um Preußen unsterbliche Verdienste hatten, wie den Turnvater Jahn und Ernst Moritz Arndt, wurde in der schmachlichsten Weise vorgegangen, und Männer von der Bedeutung eines Gneisenau, von Boyen, von Grolmann und Wilhelm von Humboldt fielen in Ungnade. Aber durch solche Gewaltmaßregeln ließ sich diese tiefwurzelnde nationale Bewegung nicht mehr unterdrücken. Von nun an beginnt der Kampf zwischen dem Fortschritt, dem Liberalismus, und dem Rückschritt, der Reaktion.

Die rücksichtslose Unterdrückung aller Bestrebungen, die auf die Einführung einer Verfassung gerichtet waren, durch die preussische Regierung, erstickte fast das noch so junge, gemeinsame deutsche Nationalgefühl. Denn in Süddeutschland hatten die Fürsten schon nach kurzer Zeit den Wünschen der Bevölkerung, an der Regierung mit teilzunehmen, durch Verleihung von Verfassungen nachgegeben. Der kluge Herzog August Wilhelm von Weimar, der Freund Goethes, war ihnen schon im Jahre 1816 damit vorangegangen. In Bayern, in Baden und in Hessen wurden in den nächsten Jahren Verfassungen eingeführt. In Württemberg, wo man dabei die alten Rechte der Bevölkerung zu wenig geachtet hatte, gelang es erst nach Überwindung einiger Schwierigkeiten. Preußen aber wurde nicht zum wenigsten deshalb in Süddeutschland so verhaßt, weil es für diese natürliche Zeitströmung kein Verständnis hatte.

Preußen jedoch hatte für Deutschland erst noch eine andere Arbeit zu erfüllen. Es war durch die Kriegsjahre so stark geschwächt worden, und hatte nach dem Kriege soviel neue Landesteile erworben, daß es sich erst in jahrzehntelanger Arbeit die Kraft zur Führerschaft in Deutschland erwerben mußte. Preußen war ja jetzt erst aus einem ostelbischen, zum Teil polnisch-nordisch orientierten Lande ein deutscher Staat geworden, der südwestwärts bis an den Rhein reichte und der darum den Verlust slawischer Gebiete leicht verschmerzen konnte. Das Verwaltungssystem des Freiherrn von Stein bewährte sich auch jetzt wieder auf das glänzendste. Seine Klarheit und Einfachheit trug viel dazu bei, die neuerworbenen Landesteile schnell fest an den Staat zu schließen. Die Finanzen wurden einheitlich geregelt und für das ganze Land gleichmäßig direkte und indirekte Steuern eingeführt. Dem Verkehrsweisen, das ja damals überhaupt in Deutschland einen großen Aufschwung nahm, wurde in Preußen besondere Aufmerksamkeit und tatkräftige Unterstützung gewidmet. 1821 verkehrte die erste Schnellpost zwischen Koblenz, Köln und Düsseldorf. 1825 wurden Schnellpostlinien im ganzen Lande eingeführt. 1827 gab es bereits 114 Linien; 10 Jahre später hatte sich ihre Zahl bereits auf 182 gesteigert. Der Kampf zwischen dieser an sich gewiß vorzüglichen Verkehrseinrichtung mit den Eisenbahnen mußte zu Ungunsten der Schnellpost ausfallen, wenn sie sich auch tapfer gegen den überlegenen Gegner gewehrt hat. Schon damals hat ein gelehrter Volkswirtschaftler klar erkannt, welche Vorteile der durch die Eisenbahnen ermöglichte schnelle Verkehr zwischen den einzelnen Ländern für die nationale Einigung Deutschlands haben würde. Mit großer Beredsamkeit trat Friedrich List damals schon für ein gesamtdeutsches Eisenbahnwesen ein, das wir ja erst nach dem Kriege bekommen haben. In gleicher Weise wie zu Lande hatte sich der Verkehr auf den Wasserstraßen entwickelt. Schon 1816 befuhren die ersten Dampfer den Rhein, 1825 begann die Dampfschiffahrt auf der Oder, 1837 auf der Elbe. Und bald wagten sich deutsche Schiffe unter eigener Flagge auch wieder auf das Weltmeer, von den Engländern damals noch nicht als Konkurrenz gefürchtet.

Ein wichtiger vorbereitender Schritt zur Einigung Deutschlands wurde mit der Errichtung des Zollvereins getan. Preußen war in dieser Hinsicht ganz systematisch vorgegangen. Es hatte 1818 alle Wasser- und Binnenzölle aufgehoben und das ganze Land zu einem einheitlichen Zollgebiet gemacht, an dessen Auslandsgrenzen nur Zölle erhoben wurden. Das mußte natürlich zu einer Gegenbewegung führen. Es wurde ein mitteldeutscher und auch ein süddeutscher Zollverein gegründet. Preußen aber führte mit diesen nun nicht etwa Zollkriege, sondern suchte sie zu überzeugen, daß sie, alle drei zu einem Zollgebiet vereinigt, eine große wirtschaftliche Macht bilden würden, deren Vorteile jedem einzelnen zugute kommen müßten. Da Preußen klug genug war, bei diesen Verhandlungen auch Opfer zu bringen, so gelang es ihm im Jahre 1834, die meisten deutschen Staaten zum deutschen Zollverein zusammenzuschließen. Wie richtig England diesen wirtschafts-politischen Erfolg bewertete, kann man daraus erkennen, daß es sofort alle seine Machtmittel gebrauchte, um Hannover mit Braunschweig und Oldenburg zu dem niedersächsischen Steuerverein zusammenzuschließen, der ihm wenigstens diese Gebiete wirtschaftlich sichern sollte.

Von entscheidender Bedeutung für die Zukunft Deutschlands war aber die muster-gültige Gestaltung, die Friedrich Wilhelm dem preußischen Heere zu geben wußte. Der Scharnhorstsche Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht, der 1813 mit so großer Begeisterung vom ganzen Volke aufgenommen worden war, wurde festgehalten. Preußens erster Kriegsminister v. Boyen ist der Schöpfer des musterhaften Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste, das 100 Jahre lang Preußen und damit dem deutschen Volke die Waffen zum Kriege scharf gehalten hat. Die Hauptbestimmungen dieses Gesetzes sollen darum auch hier eine Stelle finden. Jeder Eingeborene war verpflichtet zur Verteidigung des Vaterlandes und gehörte vom vollendeten 20. bis 25. Jahre dem stehenden Heere an und zwar drei Jahre bei der Waffe und zwei Jahre auf Urlaub. Alle nicht zum Dienst herangezogenen jungen Männer, die aus dem Heere heraustretenden Mannschaften und die Wehr-

fähigen vom 26. bis 32. Jahre bilden die Landwehr ersten Aufgebots, die im Kriege zur Unterstützung des stehenden Heeres diente, und vom 33. bis 39. Jahre die Landwehr zweiten Aufgebots, die für die Verstärkung der Garnisonen und zu Besatzungen der Festungen bestimmt war. Alle weder zum stehenden Heere noch zur Landwehr gehörigen rüstigen Männer vom 17. bis 50. Jahre bilden den Landsturm, der zur Verteidigung der von Feinden überfallenen Heimatprovinz nur auf königlichen Befehl zusammentritt. Befreit vom Kriegsdienste sind die königlichen Prinzen und die Mitglieder der mediatisierten Häuser. Freiwillige, die eine gewisse Bildung nachweisen und sich auf eigene Kosten bewaffnen und beladen können, brauchen nur ein Jahr in einem Jäger- oder Schützenkorps zu dienen und treten nach zweijähriger Beurlaubung, z. T. als Offiziere, zur Landwehr über.

Das Gesetz gelangte nicht ohne Schwierigkeiten zur Annahme. Zunächst machte naturgemäß der Finanzminister seine schwerwiegenden Bedenken geltend. Liberale Kreise glaubten mit einer Miliz auskommen zu können. Die Hof- und Militärpartei dagegen sah in der Landwehr eine revolutionäre, militärisch wenig brauchbare Schöpfung. Boyens zäher Widerstand aber setzte sich durch, und so schuf er Preußen und Deutschland das Instrument zu ihrer künftigen Größe.

Auch das geistige Leben wurde noch unter Friedrich Wilhelm III. mit allen Mitteln gefördert. Zu der neugegründeten Universität Berlin traten die Universitäten Breslau und Bonn. Die alterwürdige Universität zu Wittenberg, die jetzt an Preußen gefallen war, wurde mit der zu Halle vereinigt. Alle Hochschulen bekamen die zu ihrem Ausbau nötigen Mittel, ohne daß dabei nach der Finanzlage des Staates gefragt wurde. Dem Ausbau der höheren Schulen und der Volksschulen wandte sich das Interesse der Regierung besonders zu. Man schuf die Provinzial-Schulkollegien, eine Abiturientenordnung regelte gleichmäßig den Zugang zur Universität. Durch die Errichtung von ausgezeichneten Lehrerseminaren wurde der Nachwuchs von tüchtigen Lehrkräften für die Volksschulen sichergestellt.

Auch auf religiösem Gebiete suchte der König ordnend einzugreifen. Durch die Bevölkerung der neuerworbenen Landesteile war die Zahl der Katholiken auf $\frac{2}{5}$ der Einwohner des Staates gestiegen. Dazu waren die Protestanten in Lutheraner und Reformierte gespalten, so daß es in Preußen drei verschiedene sich nicht gerade freundlich gegenüberstehende christliche Bekenntnisse gab. Es gelang dem König persönlich eingreifen gelegentlich der Jubelfeier der Reformation 1817, die beiden evangelischen Kirchen seines Landes zur evangelischen Union in der Form einer evangelisch christlichen Landeskirche zu verschmelzen. Zunächst aber blieb die Einigung eine rein äußerliche. Denn innerhalb der Landeskirche befanden sich die beiden Richtungen eigentlich stärker als zuvor. Jahrzehntlang haben sich diese Kämpfe noch hingezogen. Auf die Dauer aber ist das Ziel des frommen Königs erreicht worden. Die preußische Landeskirche bildet heute eine festgeschlossene Gemeinschaft. Unangenehmer gestaltete sich das Verhältnis des preußischen Staates zu der katholischen Kirche. Die Versetzung vieler Offiziere und Beamte der Stammländer in die Rheinprovinz und andere katholische Gegenden brachte es mit sich, daß dort „Misshandeln“ zwischen Evangelischen und Katholiken zustande kamen. Das preußische Landrecht bestimmte, daß die Kinder dem Bekenntnisse des Vaters zu folgen hatten, falls ein Ehevertrag dem nicht widersprach. Die katholische Kirche erkannte diese Bestimmung nicht an und verlangte vor jeder Trauung das Versprechen katholischer Kindererziehung. Der Kampf zwischen Staat und Kirche wurde ziemlich heftig, bis der Erzbischof von Köln Droste zu Vischering eines Tages offen erklärte, daß bei ihm die Befehle des Papstes mehr Geltung hätten, als die Staatsgesetze. Als er sich kurz darauf erlaubte, in die Lehrfreiheit der Bonner Universität einzugreifen, wurde er verhaftet. Dasselbe geschah dem Posener Erzbischof Dunin, der den Standpunkt Drostes teilte. Erst Friedrich Wilhelm IV. führte nach der Freilassung der beiden Prälaten eine Versöhnung mit der Kirche herbei, bei der der Staat allerdings nicht allzu günstig abschloß.

So war die lange Regierungszeit Friedrich Wilhelms III. im ganzen doch eine gesegnete gewesen. So tief Preußen auch während seiner Regierungszeit gefallen war, als er 1840 starb, hinterließ er einen festgefügteten Musterstaat.

Während so Preußen unter einer muster-gültigen Verwaltung und Regierung, die allerdings das Volk von jedem Mitbestimmungsrecht ausschloß, in zielbewußter Arbeit alle seine Kräfte ausbildete, litt die Entwicklung der meisten deutschen Staaten in Nord- und Mitteldeutschland unter innerpolitischen Zwistigkeiten oder verfehlten Maßnahmen der Regierungen. Ein Anstoß von außen sollte eine Klärung der Verhältnisse bringen. Die Juli-Revolution in Paris, die die Bourbonen endgültig vom französischen Throne hinwegsetzte, hatte in Deutschland mancherlei Nachwirkungen. In Kurhessen und Braunschweig verjagte das Volk die unfähigen Fürsten, in Hannover erzwang ein Aufstand 1831 die Verfassung, und auch Sachsen mußte sich dazu entschließen, dem Volk einen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte zu gestatten. Im Südwesten Deutschlands aber, wo man ja eine Verfassung bereits hatte, zeitigte die Juli-Revolution andere Auswirkungen. Dort ertönte aus den Kreisen der Radikalen, die eine ziemliche Anhängerzahl hatten, immer lauter der Ruf nach einer „deutschen Republik“. Diese Rufe waren ein gefährliches Spiel. Aber im Kern dieser Forderung lebte doch auch wieder der Einheitsgedanke. Man forderte keine badi-sche und keine pfälzische Republik, sondern einen Freistaat, der ganz Deutschland umfassen sollte. Wirkköpfe hatten auf dem „Hambacher Fest“, daß die mit der bayerischen Regierung unzufriedenen Pfälzer im Mai 1832 veranstaltet hatten, den Ruf nach der deutschen Republik, ja sogar nach einem republikanischen verbündeten Europa erhoben. Der Bundestag überschätzte den politischen Einfluß dieser unklaren Köpfe durchaus und die Gegenmaßregeln die er durch Beschränkung des Press- und Versammlungsrechtes ergriff, waren viel zu scharf. Die Reaktion darauf war der Frankfurter Putzsch im folgenden Jahre, der Metternich Gelegenheit gab, noch schärfer einzugreifen. Liberale Wortführer wurden verfolgt und gefangen gesetzt, auf die Mitgliedschaft in der Burschenschaft

stand die Todesstrafe. Die Verbitterung zwischen der national gesinnten Intelligenz und den Regierungskreisen mit ihren Anhängern wurde immer stärker. Aber auch hier wieder vermochte diese Verbitterung den Einheitsgedanken nicht zu schwächen, der immer mehr auch öffentlich hervortrat. Auf den großen allgemeinen deutschen Schützen-, Sänger- und Turnerfesten fühlte man sich als Glieder eines Volkes. Das Kölner Dombaufest, bei dem Friedrich Wilhelm IV. eine von deutschem Nationalbewußtsein erfüllte glänzende Rede hielt, war nicht eine katbolische, nicht eine preußische, sondern eine deutsche Angelegenheit.

Dies starke Gemeinschaftsgefühl zeigte sich endlich auch einmal wieder, als das Ausland im Vertrauen auf die deutsche Aneinigkeit die Hand nach deutschem Lande ausstreckte. Das war zunächst 1840, als die französische Regierung, um den Mißerfolg in Ägypten zu vertuschen, mit dem Säbel rasselte und die Rheingrenze bedrohte. Damals brauste der Abwehrruf „wie ein Donnerhall“ durch die deutschen Lande, die „Wacht am Rhein“ entstand, und Hoffmann von Fallersleben dichtete auf Helgoland „Deutschland, Deutschland über alles“. Die zweite gemeinsame Abwehrbewegung entstand, als Dänemark die schleswig-holsteinischen Herzogtümer, deren Selbständigkeit garantiert war, zu Provinzen des Staates machen wollte. Beide Male sah man auf Preußen als natürlichen Führer der nationalen Abwehrbewegung.

Stärkere Wirkung noch als die Pariser Juli-Revolution sollte die Februar-Revolution der Pariser im Jahre 1848 auf Deutschland ausüben. Sie ist für die weitere Gestaltung der deutschen Verhältnisse schon insofern von Bedeutung, weil durch sie der Neffe des ersten Napoleon Beherrscher der französischen Politik wird. Am 10. Dezember wird er mit $5\frac{1}{2}$ von 7 Millionen Stimmen zum „Präsidenten der Republik“ gewählt. Bisher hatte die Unsicherheit der innerpolitischen Verhältnisse Frankreich keine Kriegsgelüste gestattet. Jetzt, wo ein Napoleon die Zügel in die Hand nahm, mußte befürchtet werden, daß er, um dem Namen seines Oheims Ehre zu machen, auch auf deutschen Schlachtfeldern Lorbeeren pflücken wollte. Es hat nicht lange ge-

dauert, bis die deutsche Politik darauf Rücksicht nehmen mußte, daß auf dem französischen Thron wieder ein Napoleon saß.

Die direkten Wirkungen der Februar-Revolution zeigten sich durch Aufstände in Baden und Bayern, wo der ebenso liberale wie gut national gesinnte Ludwig I. abdanken mußte. Auch in Preußen kam die Verfassungsbewegung jetzt in ein akutes Stadium. Friedrich Wilhelm IV. hatte sich bald nach seinem Regierungsantritt mit der Verfassungsfrage, an die man ihn gleich auf dem Huldigungslandtage zu Königsberg erinnert hatte, beschäftigt. Aber die Konzessionen, die er zu machen bereit war, reichten bei weitem nicht aus, die Wünsche der Bevölkerung zu befriedigen. Die Bildung der vereinigten Ausschüsse der Provinzial-Landtage, die er 1842 zusammenberief, hatte ja auch gar keine praktische Bedeutung. Es ist wohl weniger der Wunsch gewesen, die öffentliche Meinung zu befriedigen, als die Notwendigkeit, die Mittel für eine Eisenbahnleihe zu erlangen, die den König bewogen haben, die Provinzial-Landtage zu einem großen Landtage der Monarchie zu vereinigen. Dieser Landtag sollte in Steuer- und Anleihefachen beschließen dürfen, in der Gesetzgebung aber nur beratende Stimme haben. Dieser Landtag, dem übrigens auch Bismarck als Abgeordneter angehörte, hatte nur eine kurze Lebensdauer, da er sich nicht entschließen konnte, die Eisenbahnleihe zu bewilligen. Die infolge der Februar-Revolution in Süddeutschland und in Oesterreich ausgebrochenen Unruhen wurden durch Agitatoren auch auf Preußen oder besser gesagt auf Berlin übertragen. Da die Regierung den Ernst der Lage erkannte, versprach der König die Einberufung des vereinigten Landtages für den 2. April und gleichzeitig ein kräftiges Eintreten für eine Reform der deutschen Bundesverfassung. Am gleichen Tage noch erfolgte, da die Volksstimmung sich nicht beruhigen wollte, die Entlassung des konservativen Ministeriums, das Versprechen einer Verfassung, der Pressefreiheit und die sofortige Einberufung des Landtages. Obwohl damit sämtliche Wünsche, die bisher immer vorgebracht wurden, erfüllt waren, ließ sich das aufgeregte Volk nicht so leicht mehr beruhigen. Durch einen Zufall lösten sich ein paar Schüsse aus den Reihen der vor dem Schloß versammelten Truppen, und es kam in den Straßen Berlins zu einem blutigen Straßenkampfe, der bis nach Mitternacht währte und viele Opfer forderte. Am nächsten

Morgen erließ der König einen zur Versöhnung mahnenden Aufruf, das Volk aber forderte den Abzug der Truppen, und diese erhielten durch ein Mißverständnis den Befehl, die Stadt zu räumen. Die Bürger bewaffneten sich aus den Vorräten des Zeughauses. Alle politischen Gefangenen, darunter die polnischen Aufständischen von 1846, wurden begnadigt, und am Vormittag des 19. März mußte der König und die Königin auf dem Schloßhofe vor den Leichen der auf den Barrikaden Gefallenen erscheinen. Ein liberales Ministerium wird unter Rudolf Camphausen gebildet. Im April trat dann nochmals der vereinigte Landtag zu einer kurzen Tagung zusammen und nahm das ihm vorgelegte Wahlgesetz für die erste preußische Nationalversammlung an. Die Wahlen erfolgten auf Grund des allgemeinen aber indirekten Wahlrechtes, und sie waren so rasch erledigt, daß die Nationalversammlung am 22. Mai bereits eröffnet werden konnte. Aber die Gegensätze, die zwischen Regierung und Parlament und auch wieder innerhalb des Parlamentes bestanden, erlaubten kein richtiges Arbeiten. Man blieb im Theoretisieren stecken, und das Verfassungswerk kam nicht im geringsten vorwärts. Als der Pöbel immer frecher wurde und schließlich sogar das Zeughaus stürmte, da entschloß sich der König endlich, energisch einzugreifen. Er berief das konservative Ministerium Brandenburg-Manteuffel, verlegte die Nationalversammlung nach Brandenburg und ließ die Truppen wieder in Berlin einrücken. Die liberale Mehrheit der Abgeordneten bekundete ihren Widerstand durch Anempfehlung der Steuerverweigerung. Daraufhin wurde die Nationalversammlung kurzerhand aufgelöst und eine neue Verfassung verkündet, die man als die oktroiierte Verfassung bezeichnet. Aber es mußte noch einmal zur Auflösung des Landtages kommen, bis man sich auf die preußische Verfassungsurkunde einigte, die am 31. Januar 1850 veröffentlicht wurde. Die Verfassung beruhte auf dem Zweikammersystem. Neben dem Herrenhaus, dessen Mitglieder erblich oder ernannt waren, stand das gewählte Abgeordnetenhaus. Die Legislaturperiode lief drei Jahre. Die ausübende Gewalt besaß der König allein, eine klare Ministerverantwortlichkeit bestand nicht. Aber die Grundrechte des Staatsbürgers waren in der Verfassung verankert: Preß- und Religionsfreiheit, Unverletzlichkeit des Eigentums, Freiheit der Wissenschaft

und der Meinungsäußerung u. a. m. Weiter enthielt die Verfassung Grundsätze über die Rechtsprechung und die richterliche Gewalt, über die Stellung der Staatsbeamten, die Regelung der Finanzen und der Provinzverwaltung.

Mit den zuletzt so wild gewordenen Kämpfen um eine Verfassung ging überall Hand in Hand eine starke Einigungsbestrebung. Als im März 1848 in Heidelberg süddeutsche Abgeordnete eine Zusammenkunft hatten, ging von da aus an die Mitglieder aller deutschen gesetzgebenden Körperschaften und Ständevertretungen die Einladung, sich in Frankfurt a. Main zu einer Vorbesprechung über ein allgemeines deutsches Parlament zusammenzufinden. Auch der Bundestag zeigte sich jetzt zu Reformen geneigt. Ein Reichsadler und ein schwarz-rot-goldenes Bundesbanner wurden eingeführt und eine zeitgemäße Reform der Bundesverfassung versprochen. Das Frankfurter Vorparlament, das sich, 500 Köpfe zählend, in der Paulskirche am 31. März 1848 versammelte, beschloß in der Hauptsache die Einberufung einer Nationalversammlung auf Grund allgemeiner Wahlen. Auf je 50 000 Einwohner sollte ein Abgeordneter kommen. 6 Wochen später waren die Wahlen beendet, und die 586 Mitglieder der deutschen konstituierenden Nationalversammlung traten wieder in der Paulskirche zusammen. Unter den Abgeordneten waren fast alle Intelligenzen von Bedeutung vertreten. Man einigte sich ziemlich schnell auf die Schaffung einer Zentralgewalt mit einem Reichsverweser und mit einem verantwortlichen Reichsministerium. Zum Reichsverweser wählte man den populären Erzherzog Johann. Als seine Wahl von sämtlichen Regierungen anerkannt wurde, löste sich der Bundestag auf. Die Verhandlungen waren nun in ruhige Bahnen gekommen, und bei dem Arbeitseifer und der Bildung der Abgeordneten schien eine günstige Lösung der Frage des neuen Deutschen Reiches nahe. Da brachte die Wendung, die der Krieg um Schleswig-Holstein genommen, größte Unruhe in die still arbeitende Versammlung. Die schleswig-holsteinische Frage war ja schon seit einiger Zeit brennend geworden. Seit Konrad II. war Schleswig dänischer Besitz, wenn es auch überwiegend von Deutschen bewohnt wurde. Holstein ist aber immer ein Glied des Deutschen Reiches gewesen. Die Angliederung, die Dänemark vorübergehend vor-

genommen hatte, als 1806 das Reich zerfiel, wurde durch den Wiener Vertrag wieder richtig gestellt. Kurz nach dem Wiener Vertrag verlangten nun die beiden Herzogtümer ihre verbrieft Untrennbarkeit, die sie gefährdet glaubten, festgestellt zu sehen. Sie verlangten vor allem eine gemeinschaftliche Verfassung. Dänemark kümmerte sich zunächst um diese Forderung sehr wenig. Die Gegensätze aber verschärften sich wieder, als Christian VIII. von Dänemark, dessen Linie im Mannesstamme aussterben mußte, versuchte, die für das Königreich geltende weibliche Thronfolge auch auf Schleswig auszudehnen. Christian VII. ging sogar, angetrieben durch die Eiderdänen, mit dem Plane um, auch Holstein seinem Lande einzuverleiben, wodurch die Linie Sonderburg-Augustenburg, die unbedingt ein Erbrecht auf Holstein hatte, bei Seite geschoben wurde. Bei Christian VIII. blieb es bei den Wünschen und einem offenen Brief, in dem er sie bekannt gab. Als er aber 1848 gestorben war, verkündete sein Sohn und Nachfolger Friedrich VII. die solange gefürchtete Einverleibung von Schleswig in Dänemark. Nicht nur die Liberalen, die sich über diese offenkundige Vergewaltigung empörten, sondern alle, die gut deutsch dachten, forderten Hilfe für die bedrohten Brüder der Nordmark. Es war, wie schon früher ausgeführt wurde, ein starker nationaler Zug in dieser Protestbewegung. Zunächst griffen die Holsteiner zur Selbsthilfe, sie protestierten gegen die geplante Einverleibung Schleswigs, das von ihnen untrennbar sei und gaben diesem Proteste Gestalt, indem sie in Kiel eine vorläufige schleswig-holsteinische Regierung errichteten, den Augustenburger zum Befehlshaber ihrer Truppen machten und die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund erbaten. Der Bundestag, der schon früher einmal, allerdings ziemlich matt, Einspruch erhoben hatte, beauftragte jetzt Preußen mit dem Schutz der bedrohten deutschen Rechte. Preussische Truppen marschierten im Verein mit einem Teil der Bundesarmee nach Schleswig und drangen in einem schnellen Siegeszuge bis fast zur Nordspitze von Jütland vor. Zwei Gründe gaben Veranlassung, auf den Waffenstillstand von Malmö einzugehen. Einmal fühlte die deutsche Ostseeküste und vor allem die preussischen Teile derselben den Mangel einer deutschen oder preussischen Flotte, die den Raubzügen der dänischen Schiffe hätte entgegenzutreten können, auf der anderen Seite nahmen plötzlich Schweben

und Rußland, die ihre Ostsee-Interessen bedroht sahen, und England, dem die Ausbreitung Preußens soweit nach Norden hin nicht gefallen wollte, eine drohende Haltung an. Die Friedensverhandlungen führten allerdings zu keinem Ergebnis, und der Kampf begann 1849 aufs neue, wurde aber bald abgebrochen, da der Druck des Auslandes, vor allen Dingen Rußlands, auf Preußen zu stark wurde. Die Schleswig-Holsteiner, allein gelassen, führten noch einen kurzen Verzweiflungskampf. Im Londoner Protokoll von 1852, dem England, Frankreich, Rußland und mit einem matten Proteste auch Preußen und Oesterreich beitraten, war ihr Schicksal vorläufig besiegelt.

In Frankfurt a. Main war es zwischen der Zentralregierung und dem Parlament der Paulskirche zu ernststen Zerwürfissen gekommen, als man zu den Malmöer Waffenstillstand Stellung nehmen sollte. Es hat lange Kämpfe gekostet, bis sich eine Majorität für die Zustimmung fand. Die einmal erregte Stimmung der Nationalversammlung wurde aber immer wieder aufgepeitscht durch die Erörterungen über die deutsche Frage. Ihr ist im zweiten Teile dieses Buches dort, wo von Oesterreichs innerer Schwäche gehandelt wird, ein eigenes Kapitel gewidmet. Eng mit der deutschen Frage, bei der es sich darum handelte, ob der habsburgische Staat mit in das neue Deutschland hinein sollte, hing die Frage des Erbkaistums auf das engste zusammen. Der Gegensatz zwischen den Großdeutschen, die für die Aufnahme Oesterreichs waren, und den Klein-Deutschen, die ein Deutschland ohne Oesterreich unter Preußens Führung wollten, wurde immer stärker. Schließlich errangen die Klein-Deutschen durch die Wahl des Königs von Preußen zum erblichen Kaiser der Deutschen einen Sieg. Groß war allerdings die Mehrheit nicht, mit der dieser Beschluß zustande kam. 290 hatten mit ja, aber 248 mit nein gestimmt. Auch dies hat König Friedrich Wilhelm IV. mit veranlaßt, die Wahl nicht anzunehmen. Als andere Gründe gab er an, daß zu einer solchen Wahl die freiwillige Zustimmung sämtlicher deutschen Fürsten und freien Städte notwendig sei. Auch denke er nicht daran, Preußen in einen Krieg mit Oesterreich und den übrigen vier Königreichen zu verstricken. Es waren sicher

aber auch noch andere Gründe vorhanden, die nicht ausgesprochen wurden. Vor allen Dingen konnte ein solches Schattenkaistum, dessen Rechte auf das äußerste beschränkt waren, einen souveränen König von Preußen wenig reizen. Die Ablehnung Friedrich Wilhelms verwirrte die erregte Nationalversammlung vollends. Radikale Elemente zettelten neue Aufstände an, so daß eine große Anzahl von besonnenen Abgeordneten abreiste und nur noch etwa 100 Abgeordnete als sogenanntes Rumpfparlament zurückblieben. Da dieses Rumpfparlament für das ganze deutsche Volk verbindliche Beschlüsse fassen wollte, befahl der Reichsverweser, es mit Waffengewalt zu schließen. Man siedelte darauf ziemlich eifertig nach Stuttgart über und wurde hier sehr schnell von der Polizei auseinandergetrieben. So endete die erste deutsche Nationalversammlung.

Nach dem Scheitern der Pläne des Frankfurter Parlaments nahm nun der preussische König, wohl um zu zeigen, daß er nur gegen die unzulängliche Art des Einigungswerkes Widerstand habe leisten wollen, die Errichtung eines deutschen Bundesstaates unter Ausschließung von Oesterreich selbst in die Hand. Es gelang Sachsen und Hannover im Dreikönigsbündnis für diese Union zu gewinnen, und mit Ausnahme von Bayern und Württemberg traten fast alle deutschen Fürsten dieser Union bei. Zunächst war Oesterreich noch innerpolitisch beschäftigt. Als aber die Ungarn mit Rußlands Hilfe niedergeworfen waren, setzte Schwarzenberg, der jetzt die österreichische Politik leitete, die Union mit wenigen Zügen matt. Hannover und Sachsen schieden nach ein paar Monaten der Mitgliedschaft aus der Union wieder aus. Trotzdem rief Preußen ein Unionsparlament nach Erfurt, das dort auch eine Unionsverfassung beschloß. Schwarzenberg verhandelte dagegen mit den Fürsten über die Wiedererrichtung des Bundestages in Frankfurt am Main. Preußen widersprach, aber die vier Königreiche und eine große Anzahl kleinerer Staaten traten auf Oesterreichs Seite. Der Konflikt zwischen Oesterreich und Preußen mußte ausbrechen, als im Verfassungskampf im Kurfürstentum Hessen der Minister Hassenpflug Bundeshilfe anrief, um sein verfassungswidriges Regiment zu schützen, und diese ihm auch zuge-

sagt wurde. Da Preußen diesen Bundestag ja nicht anerkannt hatte, protestierte es gegen den Beschluß und rückte zu gleicher Zeit mit den österreichischen und bayerischen Truppen in Kurhessen ein. Ehe es aber zu einem Kampfe kam, einigte man sich.

Friedrich Wilhelm IV. sah klar, daß die Lage Preußens aufs äußerste bedroht war. Der dritte Napoleon dachte an Eroberungen am Rhein. England und Rußland, die in der schleswig-holsteinischen Frage so außerordentlich schroff gegen Preußen aufgetreten waren, wollten ein geeintes Deutschland unter Preußens Führung nicht und ließen das deutlich merken. Als eine starke Annäherung zwischen Rußland und Oesterreich unbezweifelbar war, brach der König mit seiner bisherigen Politik, bewirkte die Demission des Kabinetts Radowicz und ernannte den neuen Ministerpräsidenten Manteuffel mit der strikten Anweisung, auf alle Fälle eine Versöhnung und eine Verständigung mit Oesterreich herbeizuführen. Es kam zu der Konferenz und den Puntationen von Olmütz, die äußerlich eine völlige Bankrotterklärung der preussischen Politik bedeuteten. Nach den Abmachungen mußte Preußen seine Mobilmachung rückgängig machen, mußte die Union für aufgehoben erklären und von allen bereits abgeschlossenen Militärkonventionen zurücktreten. Die Ordnung der Dinge in Hessen und Schleswig-Holstein wurde gemeinsamen Verhandlungen mit dem deutschen Bunde überlassen, schließlich wurde Preußen noch gezwungen, in Gemeinschaft mit Oesterreich die deutschen Regierungen zu einer Beratung über die Verfassungsfrage einzuladen, die es ja hatte allein lösen wollen. So war Friedrich Wilhelm IV. nationale Politik vorläufig zu keinem Ziele gekommen. Aber die nächsten Jahre schon bewiesen es, daß die Politik des Königs eine vorsichtige und kluge gewesen war, nicht wie es vor allem Oesterreich glaubte, eine Politik der Schwäche. Mit der Einheitsbewegung ging auch eins ihrer Symbole, die deutsche Flotte, jetzt vorläufig zu Ende. Als man im Kriege gegen die Dänen ihren Mangel so drückend empfand, da wurde sie durch freiwillige Spenden und durch eine Reichssteuer, die das Frankfurter Parlament beschloß, begründet. England erklärte zwar amtlich, „daß es die deutsche Flagge nicht kenne und solche unbekannte Flagge zur See, wie die von

Piraten Schiffen behandeln werde". Trotzdem hatte sich die kleine Flotte bei Helgoland mit dem dänischen Blockiergeschwader ehrenvoll geschlagen. Nachdem der Bundestag beschlossen hatte, die Flotte aufzulösen, und nur Preußen sich bereit fand, zwei der Schiffe zu übernehmen, wurde der Rest unter der Hand verkauft und zum Schluß öffentlich meistbietend versteigert.

Preußen war in dieser Hinsicht klüger gewesen. Es hatte im Kriege mit Dänemark zu schmerzliche Verluste erlitten dadurch, daß es seinen Seehandel und seine Küsten nicht genügend schützen konnte. Es baute seine kleine

erst nach dem dänischen Kriege errichtete Flotte immer mehr aus, gab ihr den Kriegshafen Wilhelmshaven als Stützpunkt und sorgte für eine gute Ausbildung des Nachwuchses seiner Marine. Trotz des außenpolitisch nur als Blamage zu wertenden Vertrages von Olmütz und trotz der traurigen innerpolitischen Lage, die die Reaktion mit Brutalität zu beherrschen suchte, entwickelte sich Preußen wirtschaftlich auf das glänzendste. Der kluge Ausbau der Verkehrsmittel, vor allen Dingen des Eisenbahn- und Telegraphennetzes, und die ausgezeichnete Organisation des Zollvereins trugen jetzt ihre reichen Früchte.

B I S M A R C K

Oesterreich sollte in Olmütz zum letzten Male über Preußen triumphiert haben, obwohl es glaubte, nach diesem Erfolge die Nachgiebigkeit Preußens jederzeit erzwingen zu können. Daß dies nicht gelang, daß Preußen vielmehr nach dieser scheinbaren Schmach in unaufhaltsamem Vorwärtsdrängen bis zur höchsten Höhe emporstieg, das verdankt es einem Manne, dessen politische Genialität die Geschehnisse in Europa während der nächsten Jahrzehnte lenkte. 1851 war Otto von Bismarck als preussischer Gesandter zum Bundestage in Frankfurt am Main gesandt worden. Er ging dorthin mit ganz bestimmten Plänen und dem festen Willen, sie durchzuführen. Er wußte, daß der Kampf um die Vorherrschaft zwischen Preußen und Oesterreich nun endlich einmal so ausgelämpft werden mußte, daß eine dauernde, endgültige Entscheidung fiel. Darum verhinderte er es zunächst, mit Einsetzung seiner ganzen Energie, daß Oesterreich in den deutschen Zollverein aufgenommen wurde. Er tat das nicht nur deswegen, weil Oesterreichs wirtschaftliche und finanzielle Verhältnisse sehr zerrüttet waren, sondern weil er genau wußte, daß Oesterreich innerhalb des Zollvereins sofort wieder nach der Führung streben und Preußen allerlei Angelegenheiten bereiten würde. Von kluger Voraussicht zeugte der Rat, den er der preussischen Regierung bei Ausbruch des Krimkrieges gab. Oesterreich sowohl wie Frankreich und England bedrängten Preußen mehr oder weniger sanft,

sich dem Vorgehen gegen Rußland anzuschließen. Die preussische Regierung hielt auf Bismarcks Rat streng an ihrer Neutralität fest. Dadurch wurde einmal verhindert, daß der Kampf sich auf deutschem Boden abspielte, und zum andern konnte man der Dankbarkeit Rußlands, das bisher mit seinem jehigen Feinde Oesterreich verbündet war, sicher sein. Die Folge zeigte sich dann beim österreichisch-italienischen Kriege, zu dessen Beginn zwar Preußen seine Armee gegen Frankreich mobilisierte, der deutsche Bund aber trotz seiner Sympathien für Oesterreich nicht eingzugreifen wagte, weil der Prinzregent von Preußen Anspruch auf den Oberbefehl über die Bundestruppen gemacht hatte. Bismarck, der damals schon eine Entscheidung mit Oesterreich wünschte und deswegen aus seinen Sympathien für Piemont kein Hehl machte, war inzwischen durch die Entsendung als Gesandter nach Petersburg „kast gestellt“ worden. In den deutschen Kreisen, die politisch dachten, wurde man sich immer mehr klar darüber, daß die deutschen und die österreichischen Interessen auf die Dauer nicht zu vereinbaren seien. Wenn man das auch in Regierungskreisen noch nicht einsehen wollte, so wurden sich doch vor allem im Bürgertum immer mehr Männer von Weitblick dessen bewußt. So entsteht die starke Bewegung für eine Umgestaltung der Bundesverfassung, die sich in dem von Rudolph von Bennigsen begründeten deutschen Nationalverein sammelt. Aller-

dings findet diese Bewegung zunächst nur Boden in den großen Staaten. Die kleinen und mittleren Staaten denken dagegen wieder daran, sich zu einer selbständigen Gruppe zusammenzuschließen.

Da Friedrich Wilhelm IV. geisteskrank geworden war, mußte 1858 sein Bruder Wilhelm, der damals bereits 61 Jahre zählte, die Regentschaft übernehmen. Aber bald zeigte sich, daß dieser „alte Herr“ eine fast jugendliche Energie besaß. Das reaktionäre Ministerium Manteuffel bekam seine Entlassung, und an seine Stelle trat unter dem Fürsten Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen ein Ministerium von gemäßigter liberaler Färbung. Mit der gleichen Tatkraft widmete sich das neue Staatsoberhaupt einer Aufgabe, die ihm für die Zukunft Preußens dringend notwendig erschien: der Heeresreform. In dem General von Roon fand er für dieses Werk einen genialen Helfer. Prinz-Regent Wilhelm war immer mit Lust und Liebe Soldat gewesen und galt als einer der besten Kenner der Armee. In zwei Punkten griff er vor allen Dingen ein. Die Verkopplung von Linie und Landwehr mußte aufgehoben werden und die Zahl der Truppen der Einwohnerzahl entsprechend erhöht werden. Preußens Heer hatte bei 10 Millionen Einwohnern 113 000 Mann gehabt. Jetzt war die Bevölkerung mehr als 17 Millionen und hatte ein Heer von nur 150 000 Mann. Es waren in der Hauptsache Sparmaßstäbe Gründe gewesen, aus denen man bei der alten Zahl von 40 000 Rekruten stehen geblieben war, so daß man jedes Jahr 28 000 diensttaugliche junge Leute wieder nach Hause schicken mußte. Das neue Wehrgesetz sah eine Erhöhung der jährlichen Rekrutenzahl auf 63 000 Mann vor. Weiter sollten unter Aufhebung der Verschmelzung von Linie und Landwehr mobile Landwehrformationen durch die Einstellung von Rekruten in Linienformationen umgebildet werden. Auf diese Weise konnte man im Kriegsfall ein Feldheer von 370 000 Mann aufstellen, zu dem noch rund 250 000 Landwehrleute kamen. Die gesamte Dienstzeit sollte von 19 auf 16 Jahre herabgesetzt werden. Daneben wurde in großzügiger Weise allmählich eine neue Bewaffnung des gesamten Heeres mit dem Zündnadelgewehr und mit gezogenen Krupp'schen Hinterladern durchgeführt. Die Kosten

waren bei dem wachsenden Wohlstand Preußens gar nicht so hoch. Sie sollten im ganzen 9½ Millionen Taler betragen.

Diese großzügige bei der drohenden Kriegsgefahr notwendige Heeresreform fand im Abgeordnetenhaus den allerheftigsten Widerpruch. Die liberale Mehrheit wehrte sich gegen die „Zurücksetzung der Landwehr“, die den Fortschrittlern die Idee des Volksheeres zu verkörpern schien. Die Verstärkung der Linie sah man als eine reaktionäre Maßnahme an. Trotzdem die Durchführung der Reform bereits in Angriff genommen war, gelang es dem Kriegsminister von Roon nicht, die Kredite dafür im Abgeordnetenhaus bewilligt zu bekommen. Die Fortschrittlern, die ja immer von dem geeinten Deutschland redeten und ein geeintes Parlament unter preussischer Führung erstrebten, wollten es nicht glauben, daß eine solche Einigung, wie die Verhältnisse nun einmal lagen, nicht möglich sein würde, ohne eine Auseinandersetzung mit Waffen. Wer klar sah, wie die Dinge sich in Deutschland zuspitzten, wie alles zu einer Waffenentscheidung drängte, der mußte dem Staate, dem er nicht nur angehörte, sondern dem er auch die Vormachtstellung in Deutschland gönnte, das beste und schärfste Schwert zu schaffen sich bemühen.

Da die Militärvorlage nicht angenommen wurde, verfiel das Abgeordnetenhaus der Auflösung. Aber die Neuwahlen brachten der Fortschrittspartei einen weiteren Zufluß von Mandaten. Von den Liberalen, denen er von Anfang seiner Regentschaft an hatte entgegenkommen wollen, in dieser Weise im Stich gelassen, entschloß sich König Wilhelm, wieder mit einem konservativen Ministerium zu regieren. Auf Vorschlag von Roon ernannte er Bismarck, der damals Botschafter in Paris war, zum Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen. Im Oktober 1862 trat Bismarck sein Amt an. Er brachte wieder die Militärvorlage ein und begegnete im Parlament noch größerem Widerstand, als seine Vorgänger ihn zu spüren bekommen, schließlich erklärte er, daß die Reform durchgeführt werden müsse und daß er vorbehaltlich späterer Genehmigung den Staatshaushalt auch ohne Bewilligung des Landtages fortführen werde. Es kommt zum schärfsten Protest, der König und sein Ministerpräsident sehen sich

gezwungen, da sie von dem Rechte ihrer guten Sache überzeugt sind, verfassungswidrig zu regieren. Wie vieles Häßliche hat diese Konfliktzeit mit sich gebracht! Gar mancher ehrliche und aufrechte Mann hat als Opfer seiner Ueberzeugung schwer leiden müssen. Auch die Entstehung einer radikalen Opposition ist durch die traurigen Verhältnisse der Konfliktzeit begünstigt worden. Doch die Konfliktzeit dauerte nicht lange. Bismarck konnte bald durch Thaten beweisen, wie richtig sein Handeln gewesen war, denn „nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Blut und Eisen“.

Der Donaumonarchie war das Ziel der Bismarckschen Politik, Oesterreich aus dem deutschen Staatenverbände auszuschließen, natürlich nicht verborgen geblieben. Beängstigend mußte außerdem die gewaltige Stärkung der preussischen Militärmacht durch die Heeresreform wirken. Um ein gewisses Gegengewicht zu schaffen, lud Kaiser Franz Joseph von Oesterreich die deutschen Fürsten nach Frankfurt ein, um eine Bundesreform, vor allen Dingen eine Verbesserung der Bundeskriegsverfassung zu beraten. König Wilhelm ist ostentativ dieser Tagung fern geblieben und hat damit die Absicht Preußens, selbständig zu handeln, offen gezeigt. Die österreichischen Bestrebungen, in den deutschen Zollverein hineinzukommen, scheiterten auch jetzt wieder. Preußen dagegen konnte die Verträge mit den im Zollverein zusammengeschlossenen Staaten 1864 auf 12 Jahre verlängern, und es gelang ihm auch, einen Handelsvertrag mit Frankreich zu schließen.

Der Tod König Friedrich VII. von Dänemark rollte die Schleswig-holsteinische Frage aufs neue auf. Christian IX. von Glücksburg, der sein Erbrecht auf Schleswig-Holstein nur auf das Londoner Protokoll begründen konnte, verkündete kurzerhand die Einverleibung Schleswigs in Dänemark. Oesterreich und Preußen waren jetzt gezwungen, einmal alles Trennende zu vergessen und sich darüber zu einigen, was zu geschehen habe. Der Bundestag, der das Londoner Protokoll nie anerkannt hatte, erklärte sich für die sofortige Einsetzung Herzog Friedrichs von Augustenburg in Schleswig-Holstein. Preußen und Oesterreich stellten sich vorläufig noch auf den Boden des

Londoner Protokolls. Sie forderten aber gerade auf Grund dieses Vertrages von Christian IX. die Aufhebung der Einverleibung, da sie, was Schleswig betreffe, gegen das Londoner Protokoll verstoße. Dänemark glaubte, wie 1848/49 auf die Unterstützung von Rußland und England rechnen zu dürfen, und lehnte das Ultimatum kurzer Hand ab. Aber die Westmächte England und Frankreich mißtrauten seit dem verunglückten Unternehmen in Mexiko einander, und Rußland war, wie wir ja schon oben gesehen haben, durch die kluge Neutralität im Krimkriege, gegen Preußen jetzt ganz anders gesinnt. Ein kurzer, aber militärisch glänzender Feldzug im Feindesland führte nach wenigen Monaten zum Waffenstillstand, der aber, da Preußen und Oesterreich sich jetzt nicht mehr an das Londoner Protokoll gebunden erachteten, und die Trennung der Herzogtümer von Dänemark ausgesprochen wissen wollten, nicht lange von Bestand war. Es kommt noch einmal zum Kampfe, den erst Anfang August ein Vorfriede endet. Im endgültigen Frieden tritt Dänemark alle seine Rechte auf Schleswig-Holstein und Lauenburg an Preußen und Oesterreich ab.

Aus der Art, wie Bismarck in konsequenter Durchführung seiner Politik diesen Erfolg auszunutzen wußte, sehen wir wieder seine geniale staatsmännische Begabung. Es war schon ein politisches Meisterstück gewesen, Oesterreich soweit zu bringen, daß es mit dem künftigen Rivalen Schulter an Schulter gegen Dänemark kocht. Obwohl es eigentlich auch wissen mußte, daß dieses gemeinsame Vorgehen wahrscheinlich den Konfliktstoff für die drohende Auseinandersetzung mit den Waffen zwischen den beiden Vormächten in Deutschland mit sich bringen würde. In Preußen freilich fand in weiten Schichten der Bevölkerung Bismarcks taktisches Vorgehen nicht das geringste Verständnis. Weit über die Kreise der Liberalen hinaus sah man in diesem Zusammengehen mit Oesterreich einen Verrat an der deutschen Sache. Nachdem der Kampf um Schleswig-Holstein beendet und die beiden Elbherzogtümer den Dänen entrisen waren, glaubte man im deutschen Volke allgemein, daß man den so populär gewordenen Augustenburger als Herzog einsetzen werde. Bismarck aber wollte an dieser strategisch und wirtschaftlich so wichtigen Stelle keinen selbstständigen Staat dulden.

Im preussischen Interesse lag nach seiner Meinung nur die Eingliederung der beiden Herzogtümer in die Monarchie. Hierbei hatte Bismarck alle gegen sich, sogar den König, der beeinflusst durch seine Gattin und den Kronprinzen für die legitimistischen Rechte des Erbprinzen von Augustenburg eintrat. Es hat schwer genug gehalten, den König zu bewegen, dem Augustenburger die sogenannten Februarbedingungen 1865 zu stellen. Diese Bedingungen waren u. a. Unterstellung des Schleswig-holsteinischen Militärs zu Lande und zu Wasser unter Preußen, die Berechtigung, in die wichtigsten strategischen Punkte Garnison legen zu dürfen, die Abtretung des Kieler Hafens und eines Landstreifens für den zu bauenden Nord-Ostsee-Kanal, Uebergabe des Post- und Telegraphenwesens an Preußen und Beitritt zum Zollverein. Es war voraus zu sehen, daß der Erbprinz unter solchen Umständen nicht gesonnen war, die Herrschaft der Herzogtümer zu übernehmen. Auf der anderen Seite unterstützte der Bundestag des Erbprinzen Ansprüche und ernannte ihn zum Regenten. Der Krieg zwischen Oesterreich und Preußen schien vor der Tür zu stehen. Aber noch glaubte Bismarck den geeigneten Zeitpunkt nicht gekommen. Es gelang ihm, eine Einigung mit Oesterreich herbeizuführen: die Konvention von Gastein vom 14. August 1865. Nach diesem Vertrage sollte Oesterreich die Verwaltung von Holstein übernehmen, Preußen die von Schleswig mit Kiel. Außerdem trat Oesterreich gegen eine Abfindung von 2½ Millionen Taler das Herzogtum Lauenburg an Preußen ab. Es war klar, daß dieser Vertrag nur für eine verhältnismäßig kurze Zeit den offenen Konflikt hinausschieben konnte. Oesterreich wollte die Vormachtstellung im deutschen Bunde, die ihm Preußen bestritt, nicht aufgeben, und es konnte darum nicht dulden, daß das so stark gewordene Preußen durch Einverleibung von Schleswig-Holstein noch an Umfang und damit an Einfluß gewann. Eine Zeit lang hoffte man in Wien auf friedliche Weise zu einem Ausgleich zu kommen, indem man den Vorschlag machte, Schlesien für Schleswig-Holstein einzutauschen. Als der Plan mißlungen war, arbeitete man mit allen Mitteln darauf hin, Preußens Stellung innerhalb des Deutschen Bundes zu schwächen. Man brachte im März 1866 im Bundestage den Antrag ein, dem

Augustenburger die Bezeichnung des „berechtigten Herzogs von Schleswig-Holstein“ zu geben. Zu gleicher Zeit begannen auf beiden Seiten ernsthafte Rüstungen.

Napoleon III. verfolgte die Vorgänge innerhalb Deutschlands mit gespannter Aufmerksamkeit, nach einer Gelegenheit spähend, Gebietsteile am linken Rheinufer zu erwerben. Wirklich einzugreifen hinderte ihn aber das merikanische Abenteuer, so daß er sich darauf beschränken mußte, durch Zwischenträgerei den Zwist zu verschärfen. Bei diesen Verhandlungen Napoleons mit beiden Seiten gelang Bismarck durch dessen Vermittlung ein ausgezeichnetes Schachzug. Er schloß am 8. April 1866 ein Bündnis mit Italien ab. Schon am nächsten Tage wurde Preußens Auftreten im Bundestage energischer. Es legte einen Entwurf zur Bundesreform vor, der Oesterreich aus dem Bunde ausschloß und die übrigen deutschen Staaten Preußen unterordnete. Die dadurch eingetretene Verschärfung der Lage zeigte sich Anfang Mai durch die Mobilisierung der gesamten preussischen Armee. Napoleon III. trieb seine Interessenpolitik mit Eifer weiter. Er bot in Berlin ein Bündnis an, für das er allerdings Abtretungen auf dem linken Rheinufer forderte. Er teilte aber diesen Bündnisantrag gleichzeitig Oesterreich mit, das sich darauf hin entschloß, Venetien an Italien abzutreten, wofür Napoleon ihm Neutralität in dem Kampfe mit Preußen zusicherte. Am 1. Juni wagte Oesterreich den entscheidenden Schritt. Es übertrug die Entscheidung über Schleswig-Holstein dem deutschen Bunde und brach damit den Gasteiner Vertrag. Preußen besetzte Holstein, aus dem sich die österreichischen Truppen kampfslos zurückzogen. Oesterreich beantragte daraufhin im Bundestage die Mobilisierung der außerpreussischen Bundestruppen gegen Preußen. Drei Tage später wurde über den Antrag abgestimmt. Für Preußen stimmten Mecklenburg, Oldenburg, Anhalt, Luxemburg, die Ernestinischen Staaten und die freien Städte außer Frankfurt am Main. Baden enthielt sich der Stimme, da die Auffassung des Großherzogs im Gegensatz zur Volksstimmung stand. Die übrigen 9 Mitglieder stimmten für den Antrag, der damit angenommen war. Das hatte Bismarck gewollt. Preußen erklärte

jetzt den Bundesvertrag für gebrochen, trat aus dem Bunde aus und teilte den europäischen Regierungen mit, daß der deutsche Bund aufgelöst sei. Die Ereignisse folgten sich nun Schlag auf Schlag. Am 15. Juni wurden Hannover, Sachsen und Kurhessen aufgefordert, sich für den preußischen Bundesreformplan zu erklären. Da sie ablehnten, wurde ihnen der Krieg erklärt. Am 17. Juni wurde Hannover besetzt, am 19. Juni Kassel, der heftigste Kurfürst wurde gefangen genommen und als Staatsgefangener nach Stettin gebracht. Der schnelle Verlauf des Feldzuges von 1866 ist bekannt. Die Oesterreicher verfügten über eine stärkere und bessere Artillerie, da sie nur „gezogene“ Kanonen besaßen. Auch ihre Kavallerie war überlegen. Die Preußen aber hatten in dem Zündnadelgewehr die bei weitem bessere Handfeuerwaffe. Auch erwies sich die Durchbildung des preußischen Heeres als weit begiegender. Man hat das wohl nicht mit Unrecht auf die gute Durchschnittsbildung des preußischen Soldaten zurückgeführt und gesagt, die Schlacht von Königgrätz habe der preußische Schulmeister gewonnen. Zu den überraschend schnellen Erfolgen trugen nicht nur der geniale Feldzugsplan Moltkes und seine ausgezeichnete Durchführung durch Offiziere und Mannschaften bei, sondern es fehlte auf österreichischer Seite die richtige Führung. Der begabte Generalfeldzeugmeister Benedek, der Spezialist für die italienische Front war, war trotz seiner Bitten und Proteste gezwungen worden, den Oberbefehl in Böhmen zu führen, dem er sich selber nicht gewachsen glaubte. Die Schlacht von Königgrätz brachte die Entscheidung des Feldzuges, und wenig mehr als drei Wochen später wurde der Waffenstillstand von Nikolsburg abgeschlossen. Er sicherte Oesterreich und Sachsen ihren vollen Besitzstand zu. Italien, das militärisch nicht sehr glücklich gewesen war und zu Lande bei Custozza und zur See bei Lissa empfindliche Niederlagen erlitten hatte, schloß sich diesem Vorfrieden Anfang August an.

Es war Bismarck nicht leicht geworden, diese Friedensbedingungen beim König durchzusetzen. König Wilhelm, der sich nur schwer zu dem Bruderkriege hatte entschließen können, verlangte jetzt eine schwere Bestrafung der nach seiner Meinung Schuldigen. Vor allen Dingen

wünschte er Sachsen ganz oder zum größten Teile zu annektieren. Auch von Oesterreich wünschte er Gebietsabtretungen und forderte vor allen Dingen im Verein mit den militärischen Kreisen den Einzug der siegreichen Truppen in Wien. Bismarcks großer Einfluß auf den König konnte sich diesmal zunächst nicht durchsetzen. Hartnäckig bestand der König auf seinen Forderungen, und wir wissen aus Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“, daß es zu einem schweren an Temperamentsausbrüchen reichen Kampf Mann gegen Mann zwischen dem König und dem Ministerpräsidenten gekommen ist, ehe es gelang, dem König die Zustimmung abzutragen. Bismarck wußte wohl, warum er so sehr darauf drängte, möglichst schnell einen versöhnlichen Frieden zu schließen. Napoleons III. Bemühungen, sich in die deutschen Handel einzumischen, wurden immer energischer, und er nannte jetzt schon ganz offen den Preis, den er für seine Vermittlung forderte: entweder Belgien und Luxemburg oder große Teile des linken Rheinufers. Bismarck aber wollte natürlich im deutschen Interesse den Frieden ohne irgend ein Opfer zustande bringen. Er stellte aber die milden Bedingungen nicht nur, um den Gegnern den schnellen Abschluß leicht zu machen, sondern um für künftige Verständigungen Brücken zu bauen. Wollte Preußen seine Vormachtsstellung in Deutschland dauernd festigen, so mußte es erst vorher mit Frankreich, das dies nicht dulden wollte, die Waffen gekreuzt haben. Da dieser Kampf aber nicht nur im preußischen, sondern im deutschen Interesse geführt werden sollte, so hoffte Bismarck dabei auf die tätige Mitwirkung sämtlicher anderen deutschen Stämme und auf Oesterreichs Neutralität.

Die Ueberwindung der süddeutschen Bundesgenossen Oesterreichs ging ebenso rasch, aber weniger blutig vor sich. Die preußische Mainarmee drängte die Bayern unter verschiedenen kleineren Zusammenstößen bald zurück. Am 14. Juli wurde Aschaffenburg eingenommen und am 16. Juli konnte der Führer der Mainarmee in Frankfurt am Main einziehen. Anfang August traten auch die süddeutschen Staaten dem Waffenstillstandsvertrage bei. Am 23. August wurde dann der Frieden von Prag geschlossen. Er und die Friedensschlüsse mit den süddeutschen Staaten brachten folgende wichtigen

Veränderungen. Oesterreich willigte in die Auflösung des deutschen Bundes und erkannte den unter Preußens Führung stehenden norddeutschen Bund an. Es trat Schleswig-Holstein an den König von Preußen ab, allerdings mit einer Zusatzbestimmung, an die durch den Schmachfrieden von Versailles wieder erinnert werden sollte. Es wurde nämlich der Bevölkerung der nördlichen Teile Schleswigs auf Napoleons Veranlassung das Recht gegeben, sich durch eine Volksabstimmung für die Rückkehr zu Dänemark zu erklären, eine Bestimmung, die später allerdings durch Vereinbarung zwischen den beiden Staaten wieder aufgehoben wurde. Oesterreich erklärte sich weiterhin bereit, Kriegskosten zu zahlen. Sachsen behielt seinen bisherigen Besitzstand, verpflichtete sich aber zum Beitritt in den norddeutschen Bund unter dem Vorbehalt der eigenen Militärhohheit. Dagegen übertrug es seine Post und sein Telegraphenwesen völlig an Preußen. Die süddeutschen Staaten zahlten eine Kriegsschädigung und schlossen ein zunächst noch heimliches Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen, das die Bestimmung enthielt, daß die Staaten im Kriegsfall ihre Truppen dem preußischen Oberbefehl unterstellen müßten. Das Königreich Hannover, das Herzogtum Nassau, das Kurfürstentum Hessen, Schleswig-Holstein und Frankfurt a. Main werden in Preußen einverleibt.

Die großen militärischen und politischen Erfolge der letzten Zeit hatten es der preußischen Bevölkerung klar gemacht, daß sie mit ihrer harten Kritik über den leitenden Staatsmann Unrecht gehabt hatte. Bismarcks politischer Weitblick hatte sich auf das glänzendste bewährt. Seine Energie im gleichzeitigen Kampfe mit der Volksstimmung, dem Parlament und der Krone wurde allgemein bewundert. Der Konflikt zwischen der preußischen Regierung und dem Parlament nahm nun ein schnelles Ende. Zu Anfang September brachte Bismarck ein Indemnitätsgesetz ein, das die nachträgliche Bewilligung aller Haushaltspläne forderte. Es wurde mit einer großen Mehrheit angenommen. Die Führung im Parlament hatten von nun ab die Vertreter der national-liberalen Partei, die die nationale Politik des Königs und seines Ministerpräsidenten unterstützten. Der Nationalverein sah seine Aufgabe erfüllt und löste sich auf.

Mit unermüdlicher Energie setzte Bismarck sein großzügiges Einigungswerk fort. Die Vereinigung von 22 deutschen Staaten zum norddeutschen Bunde ging nicht ohne Schwierigkeiten ab. Die Kleinstaaten hatten naturgemäß die Furcht, alle ihre Rechte zu verlieren und zu völliger Bedeutungslosigkeit herabzusinken. Um diese Befürchtungen zu mildern und die Selbstständigkeit des Einzelnen möglichst groß zu lassen, formte Bismarck den neuen Staat als einen Bundesstaat. Der Verfassungsentwurf, der den bereits im Februar 1867 eröffneten ersten Reichstag des norddeutschen Bundes vorgelegt wurde, ist in der Hauptsache Bismarcks eigenes Werk. Mit allerlei kleinen Änderungen wird die Verfassung des Norddeutschen Bundes am 16. April 1867 angenommen. Bundespräsident ist die Krone Preußens, die den Bund völkerrechtlich nach außen vertritt. Der vom Präsidenten ernannte Bundeskanzler leitet die Geschäfte des Bundesrates, der sich aus Vertretern aller 22 Staaten zusammensetzt, die je nach ihrer Größe und Bedeutung auch mehrere Stimmen haben. Neben dem Bundesrat steht der Reichstag, der aus allgemeinen, direkten und geheimen Wahlen hervorgeht. Auf durchschnittlich 100 000 Seelen kommt ein Abgeordneter. Für die Einführung dieses demokratischen Wahlrechts sprachen bei Bismarck verschiedene Gründe. Einmal hatte er es ja selbst bei den letzten Kämpfen um die Bundesreform dem deutschen Volke angeboten. Dann hoffte er, in den großen nationalen Fragen den Partikularismus durch Aeußerung des nationalen Willens der Gesamtheit besser bekämpfen zu können. Zum dritten wollte er damit den süddeutschen Staaten den Beitritt erleichtern; denn in Süddeutschland war das allgemeine, geheime, direkte Wahlrecht zum Teil schon durchgeführt, zum Teil eine lebhaftere Forderung der Mehrzahl der Bevölkerung. Für die Bundesgesetze, denen Landesgesetze nachzustehen haben, ist ein Beschluß von Reichstag und Bundesrat notwendig. Die Friedensstärke des Heeres, das wie die Kriegsflotte unter preußischem Oberbefehl steht, soll ein Prozent der Bevölkerung betragen. Das Post- und Telegraphenwesen, dessen Rechte Preußen für das gesamte Gebiet bereits besaß, sollte als „norddeutsche Post“ zusammengefaßt und vereinheitlicht werden.

Die süddeutschen Staaten sahen die Vorteile, die Norddeutschland durch den Zusammenschluß in einem mächtigen Bunde gewann, immer deutlicher. Zunächst suchte Süddeutschland in wirtschaftlicher Beziehung einen Anschluß an das geeinigte norddeutsche Wirtschaftsgebiet. Schon 1867 umfaßt der Zollverein auf Grund eines neuen Zollvertrages das Gebiet von ganz Deutschland. Der Zollverein hatte auch einen Zollbundesrat und ein Zollparlament, das 1868 zum ersten Male in Berlin zusammentrat. Vorher schon hatten die süddeutschen Landtage, wenn auch nicht ohne Äußerungen einer temperamentvollen Opposition die Schutz- und Truhbündnisse mit Preußen, die ja einen Teil des Friedensvertrages bildeten, angenommen. Die Auswirkung dieser Annahme war die Uebertragung der preußischen Heeresseinrichtungen auf die militärischen Formationen sämtlicher deutschen Staaten. In Wirklichkeit war also die Einigung der deutschen Stämme zu einer staatlichen Einheit bereits vorhanden.

Keiner fühlte sich durch den Ausgang des Krieges von 1866 so enttäuscht wie der französische Kaiser. Er hatte mit Sicherheit geglaubt, aus den deutschen Händeln große Vorteile ziehen zu können, um auf diese Weise auch sein gesunkenes Ansehen bei der Bevölkerung Frankreichs wieder zu heben. Durch die Schnelligkeit der Kriegergebnisse und des Friedensschlusses und durch die geniale Art, mit der Bismarck die süddeutschen Gegner mit Preußen verband, waren alle seine Pläne über den Haufen geworfen worden. Da man so ganz ohne ihn fertig geworden war, war sein guter Ruf als der „Schiedsrichter Europas“ stark erschüttert. Und nicht nur Napoleon selbst, sondern auch die Bevölkerung von Frankreich empfand das starke Anwachsen der preußischen Macht als eine Bedrohung. Das Schlagwort „Rache für Sadowa!“ erfüllte damals ganz Frankreich. Napoleon III. gestand diese Schädigung des französischen politischen Ansehens auch ganz offen ein; denn er forderte Entschädigungen. Er verlangte erst wieder linksrheinische Gebiete und später Belgien und Luxemburg. Als das nicht glückte, forderte er wenigstens die Erlaubnis, Luxemburg dem holländischen König ablaufen zu dürfen. Auch das verhinderte Bismarck und veröffentlichte als

Antwort auf französische Drohungen die Bündnisverträge mit den süddeutschen Staaten. Die Luxemburger Frage wurde schließlich durch eine Konferenz in London erledigt. Luxemburg blieb neutral und holländischer Besitz, trat aber aus dem deutschen Zollverband nicht aus. Die preußischen Truppen wurden zurückgezogen und die Festung, die eine Bedrohung der preußischen Grenze bedeutete, geschleift.

Napoleons innerpolitische Stellung wurde immer schwieriger. Es gab für ihn eigentlich nur noch eine Möglichkeit, seinen Thron zu stützen, das war ein erfolgreicher Krieg. Und am volkstümlichsten mußte ein Krieg gegen Preußen werden, dessen Erstarken die gesamte französische Bevölkerung beunruhigte. Sorgfältig wurden die militärischen Vorbereitungen getroffen. Denn man hatte durch die militärischen Erfolge von 1866 gesehen, daß die Preußen sehr ernst zu nehmende Gegner waren. Das ganze Heer wurde völlig neu organisiert. Ein neues Gewehr (Chassepot) und eine Art von großkalibrigem Maschinengewehr, die Mitrailleuse, wurden eingeführt. Zu Oesterreich und zu Italien wurden enge Beziehungen angeknüpft, da man auf sie als Bundesgenossen glaubte sicher rechnen zu dürfen. Preußen stand so scheinbar allein da. Eine Gelegenheit, es zum Angriff zu reizen, sollte sich bald finden. In Spanien waren die Bourbonen, deren Mißwirtschaft das Volk nicht länger ertragen wollte, von ihnen verjagt worden. Als Thronfolger kam u. a. auch der Erbprinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen in Betracht, dessen Bruder Karl seit 1866 Fürst von Rumänien war und sich dort außerordentlich gut bewährte. Nach langen Verhandlungen nahm der Prinz im Juni 1870 die Kronkandidatur an. In Frankreich wurde das Volk durch Kammerreden und durch die Presse in der unsinnigsten Weise gegen Preußen und die Deutschen aufgehetzt. Man behauptete u. a. daß die Hohenzollern „das Weltreich Karls V. wieder errichten“ wollten. Man verlangte von König Wilhelm als dem Chef der Familie Hohenzollern, daß er die Genehmigung, die er dem Prinzen nur ungern gegeben hatte, zurückziehe, und ging, als die Ablehnung des Prinzen den Konfliktgrund beseitigte, so weit, an den König Forderungen in dieser Hinsicht auch für die Zukunft zu stellen. König Wilhelm



1 . 8 . 7 . 0 . 7 . 1

lehnte es daraufhin ab, den französischen Gesandten weiter zu empfangen. Frankreich empfand das als Demütigung. Die französische Kammer bewilligte die Kriegskredite und am 19. Juli 1870 wurde Preußen der Krieg erklärt. Wenn Napoleon III. vielleicht geglaubt hatte, die alte deutsche Uneinigkeit würde auch hier wieder in Erscheinung treten, so hatte er sich geirrt. Entgegen der allgemeinen Erwartung bewilligten auch die süddeutschen Landtage sofort die Kriegskredite, und die süddeutschen Truppen zogen unter preußischem Oberbefehl begeistert ins Feld gegen den alten Erbfeind des deutschen Volkes. Endlich einmal fand ganz Deutschland den Mut, sich gegen die Einmischung des Auslandes in die deutschen Angelegenheiten kräftig zu wehren.

Jetzt zeigten sich die Früchte von Bismarcks weit vorausschauender Politik. Das freundschaftliche Verhältnis, das er stets zu Rußland unterhalten hatte, hielt den Deutschen nicht nur den Rücken frei, sondern Rußland, das den Kampf auf Deutschland und Frankreich beschränkt sehen wollte, hielt Oesterreich von kriegerischen Unternehmungen ab und unterdrückte auch alle Gelüste Dänemarks, für 1864 Rache zu nehmen. Da Oesterreich Gewehr bei Fuß stand und nicht auf Frankreichs Seite trat, war naturgemäß auch Italien ausgeschaltet. England sah mit Recht seinen Vorteil in der Neutralität, die es allerdings nicht hinderte, an Frankreich, wenigstens während der ersten Zeit des Krieges, Waffen in großer Zahl zu liefern.

Der Krieg von 1870/71 ist ein Ruhmesblatt in der deutschen Geschichte. Auf den Schlachtfeldern Frankreichs erkämpfte sich das nach Jahrhunderten endlich wieder völlig geeinte deutsche Volk die Kaiserkrone. Napoleon wurde, nachdem die deutschen Truppen auf französischem Boden Sieg nach Sieg erfochten hatten, am 2. September 1870 in Sedan gefangen genommen. Kaum einen Monat nach Beginn war dadurch der Krieg bereits entschieden. Das neue französische Kaisertum war in Trümmer gesunken. An diesem Tage wurde das neue deutsche Reich geboren. Die Raben, die den Kyffhäuser seit Jahrhunderten umflüchtelt hatten, entschwandten für immerdar und der Kaiser Weißbart trat Kaiser Rotbarts so lange verwaisstes Erbe an. Zwar war der mili-

tärische Widerstand Frankreichs noch keineswegs gebrochen. Mit starkem Patriotismus raffte die Republik, die an Stelle des Kaiserreichs getreten war, alle verfügbaren Kräfte zusammen und leistete erbitterten Widerstand. Aber am Ausgang des Kampfes konnte nichts mehr geändert werden. Noch ehe die Waffen völlig ruhten, erfolgte am 18. Januar 1871 im Königsschloß zu Versailles, das später auch der Ort der letzten Demütigung Deutschlands wurde, die Proklamation König Wilhelms von Preußen zum deutschen Kaiser. Die Botschaft, die Kaiser Wilhelm an diesem Tage an das deutsche Volk richtete, betonte den aufrichtigen Friedenswillen des neuen Reiches. „Uns und unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehreres des deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.“

Die Neuschöpfung des deutschen Kaiserreiches war die Krönung von Bismarck staatsmännischem Meisterwerk. Aber der Schlußstein des kunstvollen Baues, der sich im letzten Jahrzehnt für die Außenstehenden mit einer gewissen Selbstverständlichkeit aneinandergefügt hatte, war nicht so leicht zu legen gewesen, wie man es hätte glauben sollen. Bismarck hatte während des Krieges von 1870/71 schwere Kämpfe um seine Stellung und für seine Pläne führen müssen. Der Krieg ist das letzte Mittel der Politik; aber nur ein Mittel und muß ihr stets untergeordnet sein. Alle militärischen Erfolge führen zu nichts, wenn sie nicht von dem Träger der Politik ausgewertet werden. Darum muß der leitende Staatsmann während eines Krieges das Recht haben, auch die militärischen Maßnahmen entscheidend zu beeinflussen. Wir wissen ja aus der jüngsten Vergangenheit des Weltkrieges, wie verhängnisvoll es für die deutsche Sache geworden ist, daß die leitenden Generäle, die naturgemäß von der Politik nur wenig verstanden, jeden Einfluß der Regierung auf die militärischen Maßnahmen mit schärfster Energie ablehnten. Bismarck ist schon vor dem Waffenstillstand von Nikolsburg auf Widerstände von militärischer Seite gestoßen. Diese kehrten in verstärktem Maße wieder, als es sich um die Besetzung von Paris handelte. Was militärisch sicherlich durchaus

richtig und sehr wirksam war, das war ein schwerer politischer Fehler. Und darum kämpfte Bismarck mit Aufbietung all seines Einflusses und all seiner Energie, um das Begehen dieses Fehlers zu verhindern. Daß es dabei an heftigen Zusammenstößen mit dem kongenialen Führer des Feldheeres, dem Feldmarschall Graf Moltke, nicht gefehlt hat, ist ja allgemein bekannt. Große Schwierigkeiten waren in gleicher Weise zu überwinden, als es galt, die deutschen Stämme, deren beste Söhne jetzt auf den Schlachtfeldern Frankreichs für die deutsche Sache bluteten, zu einem deutschen Staate zu einigen. Auf der einen Seite war der Partikularismus der kleinen und mittleren Staaten, vor allen Dingen in Süddeutschland, zu überwinden. Da Energie und Gewalt hier nichts gebräuchlich hätten, so ersand Bismarck das gute Mittel der Reservatrechte, die den einzelnen Staaten innerhalb ihres Gebietes eine gewisse Selbständigkeit sicherten. Der stärkste Widerstand aber war merkwürdigerweise bei dem zukünftigen Träger der Kaiserkrone selbst zu überwinden. König Wilhelm glaubte, daß durch die Wiederaufrichtung des deutschen Kaiserreiches der Glanz der Krone Preußens gemindert würde. Ihm dünkte es mehr, König von Preußen als deutscher Kaiser zu sein. Und als schließlich alles in den Hauptpunkten vereinbart war, da kam noch in letzter Stunde eine unvermutete Schwierigkeit. König Wilhelm verlangte den Titel Kaiser von Deutschland, der ihm bei dem bundesstaatlichen Charakter des neuen Reiches natürlich nicht gegeben werden konnte. Bismarck mußte alle Minen springen lassen, ehe es ihm gelang, den König zur Nachgiebigkeit zu bewegen, und eine ernstliche Verstimmung zwischen Kaiser und Kanzler hat beiden die Freude am 18. Januar 1871 ein wenig getrübt. Am 1. März konnte der Kaiser an der Spitze von 30 000 deutschen Soldaten als Sieger in Paris einziehen. An dem gleichen Tage sah sich die in Bordeaux tagende Nationalversammlung der Franzosen gezwungen, einen vorläufigen Friedensvertrag anzunehmen, in dem Frankreich das ganze Elsaß mit Ausnahme von Belfort und ein Fünftel von Lothringen mit Metz an das Deutsche Reich abtrat und sich bereit erklärte, eine Kriegsschuldigung von 5 Milliarden Franken zu bezahlen. Die

Bedingungen dieses Vorfriedens wurden in den endgültigen Frieden zu Frankfurt am Main übernommen, der am 10. Mai abgeschlossen wurde. Am 16. Juni wurde der kurze aber blutige Krieg, der der Nation die Einheit und den Schutz der Westgrenze durch den Besitz der Festungen Straßburg und Metz gebracht hatte, glanzvoll abgeschlossen durch den Einzug Kaiser Wilhelms in Berlin an der Spitze von Abordnungen sämtlicher deutscher Regimenter.

Mit Stolz durfte Bismarck auf die Erfolge seiner weitblickenden und konsequenten staatsmännischen Kunst zurückblicken. Eine neue Großmacht war in wenigen Jahren entstanden, die nicht nur in der europäischen, sondern auch in der Weltpolitik von jetzt ab ein entscheidendes Wort mitzureden hatte. Aber der machtvolle Bau hatte auch noch einige schwache Stellen, die ausgebessert werden mußten, sollte nicht in Zukunft dem ganzen Gebäude daraus Schaden erwachsen. Das Deutsche Reich umfaßte nicht das gesamte zusammenhängend gesiedelte Deutschum in Europa, sondern nur etwa Zweidrittel davon. Damit war das Reich den meisten anderen Staaten gegenüber im Nachteil, und es mußte die Aufgabe der künftigen Politik sein, durch eine Annäherung an Oesterreich eine Besserung dieses Schadens herbeizuführen. Dazu kam, daß in dem neuen Staatsgebilde die innerpolitischen Gegensätze noch lange nicht ausgeglichen waren, sondern im Gegenteil immer schärfer wurden. Nirgends war der Kampf zwischen den politischen Parteien so erbittert, wie bei uns. Nirgends wurde der Unterschied des religiösen Bekenntnisses so stark betont, und nirgends führten die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze zu einer so tiefen Zerklüftung des Volksganzen. Auf der anderen Seite aber gab es wohl kaum einen Staat, bei dem in nationalen Fragen so schwer eine Einigung zu erzielen war. Das alte Erbübel der Deutschen hatte sich in den zwei Jahrtausenden seiner Geschichte nur wenig vermindert. Ein genialer Staatsmann hatte mit festem Griff alle Stämme zusammenfassen können. Nicht aus eigener Kraft hatte das Volk sich einigen können, sondern von Bismarck mit starker und fester Hand zum Teil wider Willen geführt. Es ist eine alte Tatsache, daß die übertragende Größe eines leitenden Staatsmannes schädlich wirkt auf die Entwicklung des politischen

Sinnes in der Bevölkerung. Die Mehrzahl hat zu dem Führer ihrer Geschäfte volles Vertrauen und überläßt ihm getrost alles, ohne beim Nachdenken zu mehr als einer oberflächlichen Kritikererei zu kommen. Bismarck hat diese Gefahr klar erkannt. Er hat einmal gesagt, er wolle das deutsche Volk nur in den Sattel heben, reiten werde es dann allein können. Und er hat, um den politischen Sinn im Volk zu fördern, ihm das allgemeine Wahlrecht gegeben. Deutschland wollte ehrlich den Frieden. Um ihn zu erhalten, mußte es, da man in Frankreich den Revanchekrieg wollte, gut gerüstet sein. Dazu mußte der Leiter der Politik darauf bedacht sein, Frankreich möglichst zu isolieren. Denn nur mit starken Bundesgenossen, das konnte man wohl nach den empfindlichen Niederlagen erwarten, würde Frankreich aufs neue einen Kampf mit Deutschland gewagt haben.

Dem Aufbau des neuen Reiches war nun Bismarcks weitere Lebensarbeit gewidmet. Das Fundament des neuen Staates wurde die Reichsverfassung, die in der Hauptsache eine Erweiterung der Verfassung des Norddeutschen Bundes war. Es wird sich verlohnen, hier einiges von ihr zu erzählen. Einmal ist dieses Buch ja auch für die jüngere Generation bestimmt, die nicht mehr unter der alten Verfassung lebte und daher nur wenig von ihr weiß. Und zum anderen wird im zweiten Teile des Buches bei der Besprechung der Verfassung der deutschen Republik mehrfach auf Einzelheiten der Verfassung von 1871 zurückgegriffen werden müssen.

Nach der Verfassung bestand das Deutsche Reich als ein „ewiger Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechts sowie zur Pflege des deutschen Volkes“ aus 26 Einzelstaaten. Bundespräsident ist der König von Preußen mit dem Titel: Deutscher Kaiser. Im Bundesrat, dessen Vorsitz der Reichskanzler führt, sind sämtliche Bundesstaaten mit 61 Stimmen vertreten. Davon hat Preußen 17, Bayern 6, Sachsen und Württemberg je 4, Baden und Hessen je 3, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig je 2 und die übrigen 14 Staaten und die 3 freien Städte je 1 Stimme. Die Bevollmächtigten zum Bundesrat haben nicht nach eigener Ueberzeugung, sondern nach den Weisungen der Regierung zu stimmen, die sie vertreten. Eine Ver-

fassungsänderung ist nicht möglich, wenn sich die Gesamtheit der Staaten, die nur eine Stimme haben (14), oder sonstige 14 Stimmen dagegen erklären. Preußen mit seinen 17 Stimmen kann also allein jede Verfassungsänderung verhindern. Für Militär-, Marine- und Zollfragen gilt das gleiche. Auch die drei übrigen Königreiche verfügen zusammen über 14 Stimmen und können vereint in gleicher Weise ein Vetorecht ausüben. In allgemeiner, geheimer und direkter Wahl wird der Reichstag gewählt, der aus 397 Mitgliedern besteht. Jeder Deutsche, der das 25. Lebensjahr vollendet hat, besitzt das aktive und passive Wahlrecht. Ausgenommen sind nur alle Soldaten und diejenigen, die sich zurzeit nicht im Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Die Abgeordneten haben nicht die Interessen ihrer Wähler zu vertreten, sondern die Gesamtinteressen des deutschen Volkes. Für die Äußerungen, die ein Abgeordneter in Ausübung seines Berufes macht, kann er strafrechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden. Die Legislaturperiode dauerte zunächst drei, seit 1888 fünf Jahre. Die Auflösung des Reichstages durch den Kaiser darf nur mit Zustimmung des Bundesrates erfolgen. Ein Gesetz kommt zustande durch die Zustimmung von Reichstag und Bundesrat. Der Kaiser hat weder ein Genehmigungs- noch ein Vetorecht. Ihm liegt nur die Ausfertigung und die Verkündung der Gesetze ob. Alle Regierungshandlungen des Kaisers sind nur dann rechtsgültig, wenn sie die Gegenzeichnung des Reichskanzlers tragen, der damit dafür die Verantwortung übernimmt. Die Spitze der Reichsverwaltung ist als einzige verantwortliche Persönlichkeit der Reichskanzler. Ihm unterstehen die Staatssekretäre des Auswärtigen, des Reichsamts des Innern, des Reichsmarineamts, des Reichsjustizamts, des Reichsschatzamts, des Reichspostamts und des Reichseisenbahnamts. 1907 kam dazu noch ein Kolonialamt. Die Reservate der Einzelstaaten sind in der Hauptsache folgende: Bayern, Württemberg und Baden dürfen weiter ihre Bier- und Branntweinsteuer einziehen und haben dafür jährlich an die Reichskasse lediglich eine Abgabe zu zahlen. Die Eisenbahnen bleiben alle in den Händen der Länder. Bayern und Württemberg haben weiter eigene Post und eigene Telegraphen. Auch die Hansestädte Hamburg und Bremen hatten zunächst

Reservatrechte inbezug auf ihre Freihasen, die aber in den 80er Jahren wieder abgeschafft wurden. Weitere Reserve betrafen die Gliederung des Reichsheeres. Mit den kleineren Staaten hatte Preußen Militärverträge abgeschlossen, nach denen diese ihre Truppen in das preußische Heer aufgehen ließen. Baden verzichtete gleichfalls auf eigene Truppen, hatte nur das Recht, daß seine Truppen ein besonderes badisches Armeekorps bildeten. Württemberg und Sachsen behielten ihre eigenen Truppenkontingente und ernannten ihre Offiziere durch den König. Doch wurde der Kommandeur des 12. (sächsischen) Korps auf Vorschlag des Königs von Sachsen durch den Kaiser ernannt, während umgekehrt der des 13. (würtembergischen) Korps vom König von Württemberg, nachdem sich der Kaiser mit der Persönlichkeit einverstanden erklärt hatte, ernannt wurde. Das bayrische Heer bildete einen in sich völlig geschlossenen Teil des Reichsheeres, der nur im Kriegsfall unter dem Oberbefehl des Kaisers trat. Aber der Kaiser als oberster Kriegsherr hatte natürlich das Recht, durch Besichtigungen sich von der Kampfbereitschaft dieser Truppenteile zu überzeugen. Auch mußten sich die bayrischen Truppenteile in Gliederung, Ausbildung und Bewaffnung genau nach dem übrigen Reichsheer richten.

Weiter auf dem Wege zur völligen staatlichen und nationalen Einheit führte auch die Schaffung einer einheitlichen Münze. 1873 wurde im Reiche die Goldwährung eingeführt und auf dieser Grundlage die Markrechnung. Bis 1878 behielten die alten Landesmünzen noch Gültigkeit. Um die Gestaltung der Münzen hat es einen ziemlich heftigen Kampf im Reichstage gegeben, wobei Bismarck zum Erstaunen vieler dem partikularistischen Standpunkte beitrug. Die strengen Anhänger der Einheit wollten eine einheitliche Reichsmünze durchsetzen, während Bismarck die glückliche Lösung fand, allen Münzen als gemeinsame Rückseite den deutschen Reichsadler zu geben, während auf der Vorderseite die Köpfe der Fürsten der einzelnen Staaten zu sehen waren. Diese Münze war so recht das Symbol des Bundesstaates.

Notwendig für die Staatseinheit war auch ein im ganzen Reiche geltendes gleiches Recht. Am leichtesten war das Strafrecht

einheitlich zu gestalten, weil die Abweichungen in den einzelnen Ländern nicht allzu groß waren. Bereits der Norddeutsche Bund hatte 1870 ein gemeinsames Strafrecht beschlossen, das jetzt weiter ausgebaut wurde und am 1. Oktober 1879 in Kraft trat. Auch die einheitlichen Verfahren im Zivil- und Strafprozeß und die einheitliche Organisation des Gerichtswesens traten an diesem Zeitpunkt in Kraft. Spitze dieser Organisation der Gerichte wurde das Reichsgericht in Leipzig. Preußen hatte den Sitz des Obersten Gerichtshofes in Berlin haben wollen, aber man wollte die höchste Instanz unbeeinflusst von der Zentralregierung und von höfischen Einflüssen wissen und überstimmte deswegen Preußen. Der Ausschuß, der in mühevoller aber meisterhafter und mustergültiger Weise ein einheitliches bürgerliches Gesetzbuch geschaffen hatte, hatte seine Aufgabe 1894 beendet. Nach zweijähriger eingehender Beratung wurde das bürgerliche Gesetzbuch 1896 vom Reichstage verabschiedet und trat mit dem Beginn des neuen Jahrhunderts am 1. Januar 1900 in Kraft.

Einige Worte sind vielleicht noch der Verteilung der französischen Kriegsenterschädigung zu widmen, die der erste Reichstag vorzunehmen hatte und deren Einzelheiten weiteren Kreisen nicht bekannt zu sein pflegen. Von den 5 Milliarden Franken, die gleich 4 Milliarden Mark waren, wurde zunächst einbarer Kriegsschatz von 120 Millionen Mark in Gold gebildet, der im „Julius-turm“ zu Spandau aufbewahrt wurde und der dazu dienen sollte, im Falle eines Krieges die ersten finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden. Für einen Invalidenfonds wurden 560 Millionen gestiftet, zur Verbesserung der Festungen und zum Ausbau und Neubau von Kasernen 350 Millionen verwendet. Zur Begleichung der Schäden, die der Krieg im Rheinland und in Elsaß-Lothringen angerichtet hatte, waren 116 Millionen erforderlich. Die deutschen Schiffsreedereien wurden für die Schäden, die sie im Kriege erlitten hatten, mit 17 Millionen entschädigt. 66 Millionen wurden für den weiteren Ausbau der Flotte verwendet. An 28 verdiente Generale wurden Geldgeschenke (Dotationen) verteilt, an bedürftige und würdige Landwehrleute die gleiche Summe. Die 1870 aus Frankreich ausgewiesenen Deutschen er-

hielten als Ersatz für ihre Verluste gleichfalls 12 Millionen. Der Rest wurde an die einzelnen Bundesstaaten verteilt, aber nicht etwa nach den militärischen Leistungen, da dabei Süddeutschland ziemlich schlecht abgeschnitten hätte, sondern nach der Zahl der Bevölkerung.

Bismarck hatte seine politischen Kämpfe bisher immer ziemlich rasch und mit einem entscheidenden Siege beenden können. In den ersten Jahren des neuen Reiches traf er aber auf einen Gegner, dessen Ueberwindung ihm nicht so leicht und schnell gelang. Es war der alte Gegner des Kaisertums im Mittelalter: das Papsttum. Es war, wie der große Kirchenhistoriker Hase einmal sagt, nicht zu erwarten, daß zwei in ihrem Wesen so verschiedene Gewalten (das protestantische Kaisertum und das Papsttum), die nunmehr Zug um Zug einander gegenüberstanden, sofort ohne Kampf ein friedliches Verhältnis zueinander finden würden. Ein solches konnte vielmehr nur aus einem Zusammenstoß hervorgehen, in dessen Verlauf beide Teile die eigene Kraft und die des Gegners ausmaßen, bis jeder zur Erkenntnis kam, wieviel der andere ihm schaden aber auch nützen konnte. Die päpstliche Kurie hatte mit großer Sorge die Entwicklung der Dinge in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verfolgt. Den klugen Leitern der päpstlichen Politik war es natürlich nicht entgangen, daß die Bewegung in Deutschland, die zur Schaffung eines protestantischen Kaisertums führen mußte, sich immer mehr verstärkte. Die antipreußische Politik Oesterreichs ist darum vom Papste ebenso unterstützt worden, wie die gegen Preußen gerichtete französische Kriegspolitik.

In demselben Grade wie die weltliche Macht und der weltliche Besitz des Papsttums abnahm, wurde der päpstliche Absolutismus verstärkt. Papst Pius IX. wußte nach dem Raub des Kirchenstaates das Mitleid und die Opferwilligkeit der Gläubigen in erstaunlichem Maße zu wecken, und das so außerordentlich lebhaft gewordene erneute Interesse für den päpstlichen Stuhl zu einer gewaltigen Stärkung der päpstlichen Macht zu benutzen. 1854 verkündigte er die Lehre von der unbefleckten Empfängnis der Jungfrau Maria und gab damit der Marienverehrung in der gesamten katholischen Welt eine neue Blüte. Um den Gläubigen die für den Bestand der Kirche ge-

fährlichen Lehren der Neuzeit fernzuhalten, erließ er 10 Jahre später den Syllabus, ein Verzeichnis von 80 Irrtümern, die als unverträglich mit dem römischen Katholizismus bezeichnet wurden. Unter diesen Irrtümern befanden sich aber die wesentlichen wissenschaftlichen Errungenschaften der neuen Zeit. Damit nicht genug, verlangte er nicht nur die Unterordnung der Wissenschaften, sondern auch die des Staates unter den Papst. Der völlige Absolutismus wurde erreicht durch den Beschluß des vatikanischen Konzils von 1869, der die Unfehlbarkeit des Papstes in allen den Glauben oder die Sitten betreffenden Entscheidungen aussprach. Auf Grund dieser Unfehlbarkeit aller Kathedralentscheidungen bedurften diese natürlich keiner Zustimmung durch irgend ein Konzil mehr, um gültig zu sein. Das Dogma der Unfehlbarkeit ist in den Kreisen des deutschen katholischen Klerus besonders stark umkämpft worden. Deutsche Kirchenfürsten waren es vor allem, die das neue Dogma aus wissenschaftlichen und aus religiösen Gründen für unmöglich erklärten. Andere bekämpften es vielleicht, weil sie merkten, daß die Anerkennung dieses Dogmas die strengste Zentralisation der Kirche bedeuten müsse, deren Haupt in Rom saß und unfehlbar regierte. Aber wie so oft schon in der katholischen Kirche bewährte sich auch hier die alte Disziplin. Fast alle Gegner unterwarfen sich sehr schnell. Nur der Kirchenhistoriker Dollinger, der in München Stiftspropst war, protestierte in einem offenen Schreiben an den Erzbischof als „Christ, Theologe, Geschichtskundiger und Bürger“. Bald traf ihn der Kirchenbann, der ihn veranlaßte, mit gleichgesinnten Katholiken den Altkatholizismus zu begründen. Die Bewegung hat aber keine große Bedeutung erlangt, die Zahl der Altkatholiken in Deutschland ist nie sehr groß gewesen. Auch ihr Gründer hat sich bald der Bewegung entzogen.

Die päpstliche Kurie hatte in dem Siege des protestantischen Preußen über das katholische Oesterreich und über das der Kirche auch so nahestehende Frankreich einen Sieg des Protestantismus gesehen, dessen Auswirkungen möglichst eingeschränkt werden sollten. Die katholische Kirche hatte sich schon lange mit gutem Weitblick auf den Kampf mit Preußen im stillen gerüstet. Bei der Jugend anfangend, hatte sie es ver-

standen, durch Bildung einer großen Zahl der verschiedenartigsten Vereine die Katholiken Preußens und auch im übrigen Deutschland erst örtlich und dann in größeren Verbänden zu sammeln. Diese Vereine, ob es nun Lehrlings-, Jünglings- oder Gesellenvereine waren oder Bauern- und Winzervereine wurden fast ausschließlich durch Geistliche oder zum mindesten unter deren Mitwirkung geleitet. Sie boten neben gediegener Belehrung und allerlei praktischen Vorteilen auch fröhliche Unterhaltung. Für die Schaffung einer dem Papsttum völlig ergebener Presse wurde die größte Sorgfalt und auch viel Geld verwendet. Von Jahr zu Jahr entstanden immer neue, gut geleitete katholische Tageszeitungen und Wochenschriften, deren Redakteure in dem ausgezeichnet organisierten Augustinus-Verein fest zusammengeschlossen wurden. Daneben nahm der von Windthorst begründete Volksverein für das katholische Deutschland „zur Bekämpfung der Irrtümer und Umsturz-bewegungen auf sozialem Gebiete“ einen so großen Aufschwung, daß er bald 600 000 Mitglieder zählte. Alle diese Vereine sandten einmal im Jahre ihre Vertreter zur großen Heerschau des Katholizismus, dem deutschen Katholikentage. Daß die Zusammenfassung großer deutscher Volksteile nach dem religiösen Bekenntnis national trennend wirken mußte und mit dazu beigetragen hat, daß das Nationalgefühl im deutschen Volke sich nicht so stark entwickeln konnte, wie das in England und Frankreich der Fall war, bedarf weiter keiner Ausführungen.

So war es gar nichts Ueberraschendes, daß die Katholiken auch im Reichstage als eine geschlossene Fraktion auftraten. Im ersten deutschen Reichstage fanden sie sich als Fraktion des Zentrums, der allerdings auch einige Nichtkatholiken angehörten, mit etwas über 60 Abgeordneten zusammen. Ihr geistiger Führer war der preußenfeindliche letzte Minister des entthronten Königs von Hannover, der Abgeordnete Windthorst-Meppen. Windthorst war nicht nur Welse insofern, als er die Wiedereinsetzung des welfischen Königshauses in Hannover erstrebte, sondern auch im mittelalterlichen Sinne der Kämpfe der Stauferzeit. Er war ein Bekämpfer der Kaisermacht und der nationalen Einheit. Hauptforderungen des Zentrums unter seiner Füh-

rung waren von Anfang an die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes und die Selbstständigkeit der katholischen Kirche innerhalb Deutschlands. Aber Bismarck dachte natürlich gar nicht daran, sich in die innerpolitischen Verhältnisse Italiens einzumischen, und der Reichstag stimmte ihm darin bei, indem er einen diesbezüglichen Antrag des Zentrums ablehnte. Weiter forderten die Zentrumsvertreter die Aufnahme von 6 Artikeln der preussischen Verfassung, die seinerzeit aus den Grundrechten der Verfassung von 1849 übernommen worden waren, in die Verfassung des Deutschen Reiches. Diese 6 Artikel gewährleisteten die freie Meinungsäußerung durch Wort, Schrift, Druck und Bild, die Freiheit des Versammlungs- und Vereinswesens, des religiösen Bekenntnisses und die Verwaltung der Angelegenheiten der Religionsgesellschaften durch diese Gesellschaften selbst. Dem Zentrum war es bei seinem Bestreben, die katholische Kirche vom Staate möglichst unabhängig zu machen, natürlich in der Hauptsache um das letzte dieser Rechte zu tun. Aber auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Das Zentrum trat nun zur Regierung in die schärfste Opposition, die sich bei jeder Gelegenheit geltend machte.

Am heftigsten aber entbrannte der Kampf, als es sich darum handelte, die beste Kampftruppe des Papsttums gegen den Protestantismus, die Jesuiten, außer Gesetz zu setzen. „Es wäre ein Wunder gewesen, wenn in diesen Tagen, da der nationale deutsche Geist nach langem Schlummer in seiner Vollkraft erwacht war, da das moderne Freiheitsgefühl den Anspruch absoluter Herrschaft eines Einzelnen über die Gewissen vieler Millionen als unerträglich empfand, die Gegnerschaft nicht direkt gegen den mächtigen klugen und zähen Orden sich gerichtet hätte, der alle diese nationalitätslosen autoritären Tendenzen sozusagen in sich verkörperte. Eine lange Reihe von Bittgesuchen lief beim Reichstag ein, welche Maßregeln gegen die Jesuiten forderten; sofort aber sammelte das Zentrum Gegenbittschriften, welche die Vorwürfe gegen den Orden für falsch und gehässig, seine Wirksamkeit für segensreich, ja patriotisch erklärten und namentlich auf die Jesuiten hinwiesen, welche 1866 und 1870 im Kriege als

Krankenpfleger mit den deutschen Heeren ausgezogen seien. Der Reichstag aber beschloß, an die verbündeten Regierungen das Gesuch um Vorlage eines Gesetzes gegen den Orden zu richten, der die mächtigste religiöse Körperschaft darstelle, in Deutschland nirgends ausdrücklich durch Verordnung zugelassen sei und folglich nur auf Grund des Vereinsrechtes bestehe. Dieses Gesetz beziehe sich aber nur auf Privatvereine mit erlaubten Zwecken und unter Vorständen, die innerhalb des Landes wohnen, der Jesuitenorden aber sei eine geschlossene Körperschaft, deren Mitglieder eidlich verpflichtet seien, ihren im Ausland, in Rom, wohnhaften Oberen unbedingt zu gehorchen. „Die Jesuiten“, erklärte Bismarcks Vertrauter Wagener, „taffen die Grundlagen des Staates an, denn sie behaupten, Gesetze, welche die Kirche verwerfe, seien für die katholischen Staatsbürger nicht bindend!“ (Oberstudienrat Dr. G. Egelhaaf, Geschichte der neuesten Zeit vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart, S. 24). Das Gesetz, das der Bundesrat daraufhin dem Reichstage vorlegte, wurde natürlich vom Zentrum mit den aller Schärfsten Mitteln bekämpft. Der frühere bayrische Ministerpräsident Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst hielt aber den Bundesratsentwurf für noch nicht weitgehend genug und forderte, obwohl er selbst katholisch war, ein Verbot des Ordens und seiner Anhängsel. Nach seiner Meinung müsse jeder Deutsche, der Mitglied des Ordens werde, damit sein Staatsbürgerrecht verlieren und die Anstellung eines Jesuiten künftig hin in Deutschland unmöglich sein. Nach diesen Vorschlägen wurde das Gesetz vervollständigt, dessen Paragraph 1 den Orden, alle mit ihm verwandten Orden und ordensähnlichen Vereinigungen aus dem Reichsgebiet ausschloß und die Auflösung aller Niederlassungen des Ordens binnen 6 Monaten anordnete. Der Paragraph 2 gestattete den Regierungen alle ausländischen Jesuiten, wenn es ihnen nötig erschien, aus Deutschland auszuweisen, alle inländischen aber aus gewissen Orten zu entfernen, was die Entziehung der Freizügigkeit, also ein Ausnahmegesetz, bedeutete. Das Gesetz wurde mit 181 gegen 93 Stimmen angenommen.

Einen neuen Sturm entfachten in Preußen die dort 1873 eingebrachten sogenannten „Maigesetze“, die eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat und eine Neugestaltung der inneren Kirchenverwaltung (übrigens für beide Religionsgemeinschaften) vorsahen. Es handelte sich vor allem um die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen und die Kirchenzucht über die Laien. Es kam wieder zu den heftigsten Kämpfen mit dem Zentrum. Am 10. März hielt Bismarck im Herrenhaus eine Rede, in der er den vorliegenden Kampf mit den Kämpfen verglich, die das Priesterturn seit uralten Zeiten mit der Staatsgewalt geführt hat. Er sprach da von dem Kampfe, der Agamemnon in Aulis die Tochter kostete, und den Kämpfen im Mittelalter, die immer daraufhin zielten, die Macht des deutschen Kaisertums zu schwächen. Die Maigesetze wurden schließlich von den beiden preussischen Kammern angenommen, aber von der katholischen Geistlichkeit bei ihrer Ausführung geflissentlich ignoriert. Man leistete zunächst passiven Widerstand, ging aber schließlich in dem sogenannten Kulturkampf zum offenen Angriff über. Die Reichstagswahlen zeigten die Erfolge dieses mit fanatischem Eifer geführten Kampfes. Die Zahl der Zentrumsstimmen war in drei Jahren von 696 000 auf 1 443 000 gewachsen. Die Zahl der Zentrumsabgeordneten erhöhte sich dadurch von 63 auf 91. Der Erfolg wurde allerdings dadurch abgeschwächt, daß die Regierungspartei, die Nationalliberalen, auch die Zahl ihrer Mandate sehr bedeutend (auf 150) erhöhen konnten. Unter dem Einfluß des Kulturkampfes war ein grenzenloser Haß gegen Bismarck entstanden. Durfte doch ein Reichstagsabgeordneter aus einem alten vornehmen Geschlecht, der Graf Friedrich von Stolberg öffentlich äußern: „Wenn Bismarck gehangen würde, so würde ich am Strange mitziehen.“ Wenn die Hitze des Kampfes schon bei Gebildeten derart wirkte, so mußte sie sich in einem harmlos-ungebildeten Gemüte zum Entschluß zu einer verbrecherischen Tat verdichten. Drum war es nicht zu verwundern, daß der katholische Böttchergeselle Kullmann den Gedanken faßte, den Reichstanzler zu erschießen, und daß er am 13. Juli 1874 in Rissingen auch den Versuch machte, sein Vorhaben durchzuführen. Zum Glück streifte die Kugel des

Mörders nur das Handgelenk, und Kullmann mußte die Tat seines Fanatismus mit 14 Jahren Zuchthaus büßen. Der Kampf tobte mit unverminderter Leidenschaftlichkeit hin und her, bis 1878 ein Wechsel auf dem päpstlichen Stuhle eintrat. Papst Leo XIII. zeigte sich weniger schroff als sein Vorgänger, und Bismarck, der innerpolitische Schwierigkeiten durch die immer energischer werdenden Forderungen des vierten Standes vorausah, und der außenpolitisch durch die Veränderung des Verhältnisses zu Rußland nach dem Berliner Kongreß neue Aufgaben zu lösen hatte, war zum Nachgeben bereit. Die Maßregeln wurden äußerst milde gehandhabt, 1882 wurde durch die Entsendung eines preussischen Gesandten beim Vatikan äußerlich ein besseres Verhältnis hergestellt, und schließlich wurden, nachdem auch der Papst in der Anzeigepflicht nachgegeben hatte, die Kulturkampfgesetze im wesentlichen aufgehoben.

„Die Art, wie dieses Ende eines mehr als 15jährigen Kampfes bei den verschiedenen Parteien aufgenommen wurde, ist für eine gerechte Beurteilung der maßgebenden Personen sehr bedeutsam. Auf der einen, der liberalen Seite, herrschte das Gefühl einer schweren Niederlage der Staatsgewalt vor. Der nationalliberale Abg. Prof. Dr. Sney, einer der ersten Staatsrechtler der Zeit, bezeichnete es als ein schweres Unglück, daß der Staat, in dem beide Konfessionen überall durcheinander wohnen und der auf deren friedliche Gesinnung angewiesen sei, sich jeden Einflusses auf die Erziehung des katholischen Klerus begeben, dem er doch maßgebenden Einfluß auf die Volksschule einräume. . . . Im ganzen traf Virchow die damalige Stimmung der liberalen Kreise, wenn er Bismarck an sein Wort vom 14. Mai 1872: „Nach Canossa gehen wir nicht!“ erinnerte, und meinte, der Kanzler habe jetzt eine Umkehr vollzogen, die mit dem Weg nach Canossa auf derselben Linie stehe.“ (Egelhaaf a. a. O. S. 63 f.) Aber auch die Katholiken waren mit dieser Beilegung des Kulturkampfes, die keine Beendigung war, keineswegs zufrieden. Leo XIII. wurde trotz seiner Unfehlbarkeit von der deutschen katholischen Presse auf das heftigste angegriffen. So schrieb eines dieser Blätter: „Es ist eine schwere Prüfung über uns verhängt. Auf den Grabstein des Zentrums müssen die Worte kommen: „Von den Feinden nie besiegt, von den Freunden nie

verlassen, aber vom Papste, für dessen Rechte es 17 Jahre gestritten und gelitten, verleugnet.“ Die Mißstimmung der Katholiken gegen den Papst ging soweit, daß in einer großen Bischofsstadt, in der der Vincenz-Verein jedes Jahr ein Papstfest veranstaltete, dieser zum Leo-Feste des Jahres 1887 keinen Festredner aus der Geistlichkeit der Stadt bekommen konnte, sondern sich mit einem herbeigerufenen Landgeistlichen begnügen mußte.

Die Gründe, die Bismarck bewogen haben, schließlich nachgiebiger zu werden, sind oben kurz gestreift worden. Am meisten Sorge machte ihm das ungeheure Anwachsen der Sozialdemokratie. Ueber das Wesen des Sozialismus, über die Geschichte der sozialdemokratischen Partei und ihr Programm wird später im zweiten Teile ausführlich zu reden sein. Hier sei nur kurz die große Linie der Entwicklung gegeben. Als Lasalle den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ gründete, geschah dies auf nationaler Grundlage. Erst mit Liebknecht und Bebel fand die marxistische Lehre innerhalb des Vereins immer mehr Anhänger, und die 1875 vollzogene Begründung der „Internationalen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ vollzog sich ziemlich glatt. Hauptziele der Partei waren: die restlose Demokratisierung des Staates, eine genossenschaftlich geregelte Gesamtarbeit und die Umwandlung aller der Produktion dienenden privaten Arbeitsmittel (Vergwerke, Grund und Boden, Verkehrsmittel, Maschinen usw.) und der erzeugten Waren in genossenschaftliches Eigentum.

Die sozialdemokratischen Ideen fanden in der Arbeiterschaft und darüber hinaus rasch weiteste Verbreitung. Aber die Führer konnten nicht verhindern, daß die Bewegung stellenweise in das anarchistische Fahrwasser geriet, und daß für viele der jüngeren „Genossen“ die Einschüchterung durch Meuchelmord, Brand und Raub das ideale Kampfmittel war. Außerlich trat diese Richtung zutage in zwei Akten auf den ehrwürdigen Kaiser Wilhelm. Am 11. Mai 1878 feuerte ein verkommener Klempnergefelle, der jetzt sozialdemokratische Zeitungen verkaufte, auf den Kaiser, als dieser mit seiner Tochter von einer Spazierfahrt nach Hause zurückkehrte. Seine Schüsse gingen fehl, die Absicht aber

mußte auf dem Schaffot gebüßt werden. Das schreckte aber vor weiteren Mordversuchen nicht ab. Am 2. Juni desselben Jahres schoß Dr. Nobiling aus Posen aus einem mit Rehposten geladenen Gewehr zwei Schüsse auf den Kaiser ab, der dreißig Wunden erhielt und ohnmächtig zusammenbrach. Nobiling schoß sich darauf eine Kugel in den Kopf und starb nach einigen Tagen, ohne seine Beweggründe angeben zu können. Der Reichstag hatte nach dem ersten Mordversuch ein Einschreiten gegen die Sozialdemokraten abgelehnt. Da er auch in seiner jetzigen Zusammensetzung neuen Steuerreformen sicherlich Widerstand leisten würde, so benutzte der Kanzler die Gelegenheit zu seiner Auflösung. Es fanden unter dem Eindruck der beiden Mordanschläge auf den im ganzen Reiche hochverehrten Kaiser Neuwahlen statt, die zu einer anderen Zusammensetzung des Reichstages führten. Die Sozialdemokraten verloren 4 von ihren 13 Sitzen, die Nationalliberalen von ihren 128 30, auch die Fortschrittspartei sank von 35 auf 26 Mandate. Die Konservativen und Freikonservativen dagegen stiegen von 78 auf 115 Mandate, während das Zentrum so ziemlich seinen Besitzstand bewahrte. Diesem Reichstage wurde nun ein Gesetz vorgelegt, das den Titel führte „wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ Bismarck wollte damit zum Ausdruck bringen, daß er nicht die sozialdemokratische Partei treffen wollte, denn die war, wie er wußte, bei der Stimmung, die in den Arbeiterkreisen allenthalben herrschte, nicht mehr tot zu machen, sondern die anarchistische Strömung, die innerhalb der Partei die Zügel an sich reißen wollte. Bismarck ist sich auch darüber klar gewesen, daß diesem Gesetz der Unterdrückung parallel gehen müsse eine gesetzliche Beseitigung der Mißstände, ohne die die Gründung und das Erstarken der sozialdemokratischen Partei gar nicht möglich gewesen wäre. Er wollte mit diesem Gesetze vor allen Dingen zeigen, daß noch eine Staatsautorität vorhanden sei, die mit Heßern bald fertig zu werden wisse. Der Gesetzentwurf wollte alle Vereine, die sozialdemokratischen und kommunistischen Zielen huldigten und die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung untergraben oder stürzen wollten, verbieten. Ebenso alle Versammlungen, die solchen Zwecken dienten. Natürlich fielen unter

dieses Verbot auch alle Druckschriften, die für sozialistische Ziele eintraten. Die Ausweisung von Leuten, die sich im sozialdemokratischen Sinne agitatorisch betätigten, aus bestimmten Orten, wo eine besondere Schädigung durch sie zu befürchten war, sollte zulässig sein. Schließlich sollten sämtliche sozialistischen Druckereien geschlossen werden. Mit allerlei Änderungen und vor allem mit einem Zusatz, der die Dauer des Gesetzes auf 2½ Jahre beschränkte, wurde es schließlich mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen. Die Opposition stellte zu Zweidritteln das Zentrum.

Es vergingen einige Jahre, bis die Vorarbeiten für die Gesetzentwürfe beendet waren, die Bismarck zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen schon seit einiger Zeit plante. Als der 84jährige Kaiser am 17. November 1881 den Reichstag persönlich eröffnete, erließ er seine berühmte Botschaft über die soziale Gesetzgebung. Einige Sätze aus ihr sollen auch hier einen Platz finden. „Schon im Februar d. Js. habe ich meine Ueberzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression (Unterdrückung), sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohls der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe aufs neue ans Herz zu legen und würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Bestandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen.“ Dann werden in der Botschaft die einzelnen Gesetze angekündigt: eine Unfall-Versicherung, die nach den Wünschen des Reichstages umgearbeitet war; eine Vorlage über Errichtung von Krankenkassen und endlich ein Gesetz über die Versicherung gegen Alter und Gebrechlichkeit. Die Botschaft fuhr fort: „Die Verwirklichung dieser Gesetze ist eine schwierige aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, das auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht. Der enge Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren

zu korporativen Genossenschaften unter staatlichem Schutz und bei staatlicher Förderung wird die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, welchen die Staatsgewalt allein im gleichen Umfang nicht gewachsen sein würde.“ Die Botschaft machte in allen Teilen des deutschen Volkes einen tiefen Eindruck. Ihre Folgen waren, das Gesetz über die Krankenversicherung (1883), die Unfallversicherung (1884) und die Invaliditäts- und Altersversicherung (1889). In diesen Gesetzen war die Selbsthilfe mit der öffentlichen Pflicht der Unterstützung der Schwachen gerecht verbunden. Es wurde ein erheblicher Reichszufluß gewährt, aber zu den Lasten der Versicherung wurden die Arbeitnehmer wie die Arbeitgeber mit herangezogen.

Die auswärtige Politik Bismarcks in den zwei Jahrzehnten nach dem 70er Krieg war eine kraftvolle Friedenspolitik. Bismarck hat immer auf dem Standpunkt gestanden, daß Deutschland — um einen Ausdruck Metternichs zu gebrauchen — „saturiert“ sei. Zum Schutze dieser Friedenspolitik wurde das Heer auf der altbewährten Höhe gehalten, und im Interesse des sich immer mehr ausbreitenden Welthandels der Deutschen wurde die Kriegsflotte vermehrt und verbessert. Eine kluge Bündnispolitik sicherte Europa den Frieden. Allmählich hatte sich eine starke Annäherung an Oesterreich vollzogen, und es war ein Triumph Bismarckscher Staatskunst, als es ihm 1872 gelang, sowohl den Zaren, wie Kaiser Franz Joseph zu einem Besuche in Berlin zu veranlassen, wo ein Dreikaiser-Bündnis zustande kam. Die Verstimmungen des Berliner Kongresses, bei dessen Verhandlungen Bismarck Rußland nicht so unterstützen konnte, wie dieses es wünschte, führten dann 7 Jahre später zu dessen Auflösung. An seine Stelle aber trat im gleichen Jahre der Zweibund zwischen Deutschland und Oesterreich, der 1883 durch den Zutritt Italiens zum Dreibund erweitert wurde, der bis zum Ausbruch des Weltkrieges, also länger als 30 Jahre, von Bestand blieb. Von diesen Bündnissen wird im zweiten Teil des Buches, wenn von den Gründen, die zum Ausbruch des Weltkrieges führten, gehandelt wird, noch zu sprechen sein.

Spät erst aber noch nicht zu spät konnte Bismarck nun auch daran gehen, dem Deutschen

Reiche Kolonien zu schaffen. Der Widerstand gegen den Erwerb von Kolonialbesitz war merkwürdigerweise im eigenen Lande stärker als draußen in der Welt. Der Beginn wurde damit gemacht, daß das Reich einem Ersuchen des Bremer Kaufmanns Lüdewitz nachgebend das spätere Deutsch-Süd-West-Afrika 1884 als ein deutsches Schutzgebiet erklärte. Noch in demselben Jahre erwarb der Generalkonsul Nachtigal Kamerun und Togo für das Reich. Den größten und wertvollsten Besitz aber gewann Karl Peters 1885 mit Deutsch-Ost-Afrika, das 1889 vom Reiche übernommen wurde. In demselben Jahre erfolgte auch die Erwerbung der Besitzungen in der Südpazifik (Neuguinea, Bismarck-Archipel und Samoa-Inseln). Nicht leichten Herzens hatte sich Bismarck zum Erwerb von Kolonien entschlossen. Er sah in dieser Ausdehnung des Reiches eine Versuchung, Weltpolitik zu treiben, was er immer für eine Gefahr für den Bestand des Deutschen Reiches angesehen hatte, und besorgte Konflikte mit England, die er auf alle Fälle zu vermeiden trachtete. Ihm wäre es viel lieber gewesen, wenn die kolonialen Gebiete durch deutsche Gesellschaften erworben und verwaltet worden wären, denen das Reich seinen vollen Schutz garantiert hätte. Auch bei dem Ausbau der Flotte suchte Bismarck durch die Art der Vermehrung ihren defensiven Charakter zu betonen. „Im Jahre 1874 hatte man drei Panzerschiffe gebaut, dann stellte man den Bau von Schlachtschiffen bis zum Jahre 1888 wieder ein; ein einziges noch dazu in der Konstruktion völlig verfehltes kleines Panzerschiff „Olbenburg“ lief 1885 vom Stapel, außerdem im ganzen 5 ungepanzerte Kreuzer- und Patrouillenschiffe. Die Aufgabe der deutschen Seemacht, stellt man sich vor, sei eine rein defensive, die am besten mit dem jüngst erfundenen und ausgebildeten Torpedoboot geleistet sei. Von Hochseeaufgaben für deutsche Kriegsschiffe wollte man nichts wissen.“ (Delbrück, Bismarcks Erbe, S. 199).

Das neu erworbene Reichsland Elsaß-Lothringen hat der Reichsleitung beständig viele Sorgen bereitet. Zum Teil nur sind sie auf Mißgriffe zurückzuführen, die der preussische Bürokratismus machte. Größtenteils war es das Ungewohnte der neuen Verhältnisse, das in der ersten Zeit naturgemäß keine große Liebe zu dem Staate, dem man einverleibt worden war,

aufkommen ließ. Bei Erörterung der Schuldforderung am Weltkriege ist Bismarck von verschiedenen Seiten der Vorwurf gemacht worden, daß im Grunde nur er durch diese gewaltsame Einverleibung eines Teiles von Frankreich Anlaß zu dem verheerenden Weltbrand gegeben habe. Sogar der frühere österreichische Außenminister Czernin macht sich diesen Vorwurf zu eigen. Daß Bismarck schonen konnte, wenn die Aussicht auf einen verständlichen Ausgleich für die Zukunft vorhanden war, das hat er 1866 deutlich bewiesen. Mit Frankreich wäre nach 1870/71 keine Verständigung möglich gewesen, auch wenn man ihm diese deutschen Lande gelassen hätte. Denn es handelte sich bei der Wiederbesitzergreifung von Elsaß-Lothringen nur um den Ausgleich einer alten Schuld Frankreichs. 7 bis 8 Jahrhunderte lang hat dieses von alten deutschen Stämmen bewohnte deutsche Land zum Deutschen Reiche gehört, bis es sich Frankreich widerrechtlich gewaltsam aneignete. Der größte Teil der Bevölkerung war nicht nur der Abstammung nach, sondern auch der Sprache und dem Gefühlsleben nach, trotzdem sie solange zu Frankreich gehörte, noch deutsch geblieben. Wenn auch einzelne Gruppen der Bevölkerung, vor allem die höheren Schichten des Bürgertums, französisch gesinnt waren, so konnte man dem Deutschen Reiche nicht das Recht auf einen Versuch bestreiten, die ihm gewaltsam entrißenen Volksgenossen durch Kirche, Schule und Verwaltung wieder zu Deutschen zu machen. Wenn in unseren Tagen gesagt wird, man hätte wenigstens, um das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu wahren, eine Volksabstimmung vornehmen müssen, so erscheint diese Forderung als unberechtigt angesichts der Tatsache, daß die Franzosen mehr als 200 Jahre Zeit hatten, die Bevölkerung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Man weiß ja, wie groß bei solcher jahrhundertelangen Zugehörigkeit zu einem Staate das Beharrungsvermögen in den breiten Massen der Bevölkerung ist. Uebrigens haben die Franzosen ja 1918 gleichfalls von einer Volksabstimmung abgesehen, obwohl sie immer behauptet haben, daß die überwiegende Mehrheit der „verloren gegangenen Provinzen“ französisch gesinnt sei und obwohl die Beeinflussung durch Deutschland kaum ein halbes Jahrhundert gewährt hatte. Eine Politik, die Bismarcks Bahnen gefolgt wäre, hätte auch Elsaß-Lothringen im Laufe der

Zeiten für immer zu gewinnen gewußt. Gefährdet wurde der neue Besitz erst, als die Reichsregierung nicht mehr wie Bismarck Kontinentalpolitik sondern Weltpolitik trieb.

Noch ein anderes politisches Meisterwerk Bismarcks ist in die Erörterung der Schuldforderung hineingezogen worden: Der Rückversicherungsvertrag mit Rußland. Wir haben gehört, daß das Dreikaiser-Bündnis zwischen Deutschland, Oesterreich und Rußland nach den Verstimmungen des Berliner Kongresses (1879) auseinanderging, indem Rußland ausstieg. Aber Bismarcks Staatskunst gelang es, schon zwei Jahre später, im Jahre 1881, einen neuen Vertrag zwischen den drei Kaiserreichen zu Stande zu bringen, in dem diese sich für den Fall eines Angriffes durch eine andere Macht für den Zeitraum von drei Jahren wohlwollende Neutralität zusagten. Bei der scharfen Spannung, die gelegentlich des Sturzes des Fürsten Alexander von Bulgarien zwischen Rußland und Oesterreich eintrat, schied Rußland wiederum aus, aber während Oesterreich mit Deutschland und Italien im Dreibund vereint war, schloß Bismarck auf der anderen Seite 1887 für Deutschland allein mit Rußland eine Vereinbarung über die gegenseitige Neutralität im Kriegsfall ab. Das ist der berühmte Rückversicherungsvertrag. Er wurde auf Rußlands Wunsch geheim gehalten. Sein Bestehen ist aber trotzdem in Wien wie in Rom bekannt gewesen. Dieses Abkommen, das auch wieder immer für drei Jahre lief, enthielt aber neben der Zusicherung der Neutralität noch andere Bestimmungen. Der Vertrag erkannte die geschichtlich erworbenen Rechte Rußlands auf die Balkan-Halbinsel an und sicherte dem Zarenreiche zu, daß sich Deutschland der Schließung des Bosporus und der Dardanellen nicht widersetzen werde. In einem ganz geheimen Zusatzprotokoll erlangte Rußland außerdem noch das Einverständnis mit einer eventuellen Besetzung Konstantinopels. Der Vorwurf, daß Bismarck mit diesem Vertrage ein doppeltes Spiel getrieben habe, ist unbegründet. Die Verpflichtungen Deutschlands sowohl Oesterreich wie auch Rußland gegenüber traten ja nur ein, wenn einer der beiden Staaten angegriffen wurde. Der Vertragsfall war nur insofern verschieden, daß, wenn Oesterreich durch Rußland angegriffen wurde, Deutschland

zur Hilfeleistung auf österreichischer Seite verpflichtet war, während es bei einem Angriff Österreichs auf Rußland neutral bleiben mußte. Das war auch in dem Rückversicherungsvertrage klar ausgesprochen, denn Deutschland hatte sich für den Fall eines russischen Angriffes auf Österreich in derselben Weise freie Hand vorbehalten, wie Rußland bei einem deutschen Angriff auf Frankreich. Auch in den Bestimmungen über den Balkan und die türkischen Meerengen kann kein Verrat gesehen werden. Denn Bismarck hat bei den Verhandlungen über den Zweibund stets betont, daß sich das Bündnis nur auf den Schutz des österreichischen Gebietes, nicht etwa auf die Unterstützung seiner Interessen im Orient, beziehe. Im übrigen war Bismarck stets bestrebt gewesen, die Gegensätze zwischen Rußland und Österreich in den Balkanfragen zu mildern und als Vermittler tätig zu sein. Wir wissen aus dem Buch des englischen Schriftstellers Sidney Whitman (Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck), daß Bismarck eine freundschaftliche Verständigung zwischen dem Sultan und Rußland für möglich hielt, auf Grund deren es den Russen gestattet wurde, unterhalb Konstantinopels ein Fort an den Dardanellen zu bauen. „Die Russen würden dann Österreich auffordern, sich an dem Spiele zu beteiligen, d. h. sich unter anderem eine feste Stellung in Saloniki zu sichern.“ (Whitman, S. 93.) In Wirklichkeit richtete sich der Rückversicherungsvertrag gar nicht gegen Österreich, sondern gegen England, mit dem Rußland in Zentral- oder Ostasien Interessenkämpfe zu befürchten hatte.

1882 war es gelungen, durch den Beitritt Italiens den Zweibund zum Dreibund zu erweitern. Man hat es zu Beginn des Weltkrieges in weiten Kreisen nicht verstanden, daß Italien als Dreibundgenosse nicht sofort an der Seite der Zentralmächte mit in den Krieg eingriff. Aber für Italien war der Bündnisfall nicht gegeben, und Bismarck hat auch seinerzeit den Beitritt Italiens nicht zu diesem Zwecke betrieben. Er wollte das durch Frankreich in seiner Mittelmeerpolitik behinderte Italien nicht als aktiven Bundesgenossen gewinnen, sondern nur verhindern, daß es, wenn einmal eine versöhnlichere Stimmung gegen Frankreich wieder Platz gegriffen hatte, der kommenden französisch-russischen

Koalition beiträt. 1883 wurde dann der Dreibund durch ein gleichartiges Bündnis mit Rumänien geschickt verstärkt.

Weniger bekannt ist es, daß Bismarck sich schon seit Mitte der 70er Jahre bemüht hatte, auch mit England in irgend ein Vertragsverhältnis zu kommen. Schon im Jahre 1875 hat er seinen vertrauten Mitarbeiter Lothar Bucher nach London geschickt, um auszukundschaften, wie dort die Stimmung für ein Bündnis mit dem Deutschen Reiche sei. In den folgenden Jahren hat er dann immer wieder Versuche gemacht, die Bündnisfrage mit England anzuschneiden. Noch 1887 hat er dieses Thema in einem durch Hammann bekannt gewordenen Brief an Lord Salisbury erörtert. Aber alle diese Versuche haben nicht einmal zu einleitenden Verhandlungen geführt.

Es würde den engen Rahmen dieser kurzen Skizze der deutschen Geschichte sprengen, wollte man der Verlockung folgen, auf Einzelheiten dieser interessanten Zeiten einzugehen. Den Weg, den wir bis zur Gegenwart wandern müssen, ist noch lang, und wir dürfen nicht verweilen, wollen wir frisch und sicher am Ziele ankommen.

Nach einem reich gesegneten Leben war der greise Kaiser Wilhelm I., fast 91 Jahre alt, aus dem Leben geschieden. Von der ganzen Nation wurde dieser edle Mann, dieser pflichtgetreue Fürst, den stets reinstes Wollen besaß, bei seinem Heimgange betrauert. Seine letzten Lebensstage waren verdüstert durch das tragische Geschick, das seinen ältesten Sohn, den Erben der Kaiserkrone, betroffen. Kaiser Friedrich war ein vom Tode gezeichneter Mann, als er die Regierung übernahm. Irgend eine politische Betätigung war ihm in den 99 Tagen seines Kaisertums nicht möglich. Als er von seinem qualvollen Leiden erlöst wurde, bestieg sein 29jähriger Sohn Wilhelm II. den preußischen Thron und wurde damit deutscher Kaiser. Ueber die politische und menschliche Persönlichkeit Wilhelms II. ein objektives Urteil abzugeben, ist in unseren Tagen noch nicht möglich. Und da in diesem Buche kein Parteistandpunkt eingenommen werden soll, muß auf eine kritische Beurteilung dieser Herrscherpersönlichkeit, die nach langen glanzvollen Friedensjahren am Schlusse des Weltkrieges von der Höhe des Thrones in die Einsamkeit der Verbannung

gehen mußte, hier verzichtet werden. Unvermeidbar aber wird es sein, in dem folgenden Teile von seinen Eingriffen in die Politik zu sprechen, und sie, soweit das für das Verstehen der Ereignisse notwendig ist, zu bewerten.

Von Anfang an hat zwischen dem Reichskanzler und dem sehr temperamentvollen jungen Herrscher, der selbst regieren wollte, kein gutes Verhältnis bestanden. Gegen den Kanzler waren des Kaisers Worte gerichtet, die er zu Anfang seiner Regierung bei dem Festmahle des Brandenburgischen Provinziallandtages sprach: „Ich gedente nach Kräften mit meinem Pfunde zu wirtschaften. Wer mir dabei helfen will, ist mir von Herzen willkommen, wer sich mir aber bei dieser Arbeit entgegenstellt, den jersmettere ich!“ Das erste Opfer dieser autokratischen Herrschweise sollte der Schöpfer des neuen deutschen Kaiserreiches werden. Die Gegensätze zwischen Fürst und Kanzler verschärften sich immer mehr. Schließlich führten drei Punkte, über die man sich nicht einigen konnte, zur völligen Trennung. Friedrich Wilhelm IV. hatte im Jahre 1852 eine Kabinettsordre erlassen, die bestimmte, daß die einzelnen Minister nicht ohne Vorwissen des Ministerpräsidenten Immediat-Berichte beim König einreichen und allerhöchste Anordnungen hervorrufen dürften. Diese Bestimmung war notwendig, weil der Ministerpräsident allein dem Parlament und der Krone gegenüber die Verantwortung für die Politik trug, die er führte. Kaiser Wilhelm lehnte sich an diese Bestimmung nicht und ließ sich von den Ministern, ohne daß der Ministerpräsident benachrichtigt worden war, Vorträge halten. Als Bismarck dies merkte, verbot er es seinen Ministern unter Berufung auf die Kabinettsordre von 1852. Der Kaiser sah nun in diesem Vorrecht des Ministerpräsidenten eine Beschränkung seiner eigenen Macht und verlangte von Bismarck den Entwurf einer neuen Ordre, die die von 1852 für ungültig erklärte. Das gesamte Ministerium stellte sich in dieser Streitfrage übrigens auf Bismarcks Seite. Weiterhin verlangte der Kaiser von Bismarck, daß er den persönlichen Verkehr mit Abgeordneten, der ihm die Arbeit im Parlament oft sehr erleichtert hatte, aufgeben solle. In dieser Forderung sah Bismarck mit Recht ein unberechtigtes Mißtrauen. Am schärfsten aber wurde der Konflikt in der russischen

Frage. Bismarck erstrebte mit allen Mitteln die Erneuerung des Rückversicherungsvertrages, der im Jahre 1890 ablief. Militärische Kreise hatten nun Berichte des Konsuls Raffauf in Kiew, die von großen Truppenanhäufungen Rußlands an der Grenze gegen Österreich meldeten, sehr ernst genommen und dem Kaiser davon berichtet. Bismarck, der wußte, daß augenblicklich von russischer Seite nichts zu befürchten war, hatte mit Rücksicht darauf, daß die Berichte schon ziemlich alt waren, und auch von einer untergeordneten Instanz kamen, dem Kaiser gegenüber davon nichts erwähnt. Von militärischer Seite auf den angeblichen Ernst der Lage hingewiesen, richtete der Kaiser nun an Bismarck folgendes Handschreiben: „Die Berichte lassen auf das Klarste erkennen, daß die Russen im vollen strategischen Aufmarsch sind, um zum Kriege zu schreiten. Ich muß sehr bedauern, daß ich so wenig von den Kiewer Berichten erhalten habe. Sie hätten mich schon längst auf diese furchtbare drohende Gefahr aufmerksam machen können! Es ist die höchste Zeit, die Österreicher zu warnen und Gegenmaßregeln zu treffen. Unter solchen Umständen ist natürlich an eine Reise nach Krasnoj meinerseits nicht zu denken. Die Berichte sind vorzüglich. Wilhelm.“ Bismarck sah, wie wir oben schon erwähnten, die Sachlage zutreffend mit ganz anderen Augen an. Der Tadel und das Mißtrauen des Kaisers mußten ihn kränken, zumal er völlig im Rechte war. Eine Politik, die dem Deutschen Reiche, das von Westen her stetig bedroht wurde, auch im Osten einen erbitterten mächtigen Feind schaffen mußte, konnte er nicht mitmachen. Von diesem Augenblicke an hat Bismarck die Möglichkeit seines Rücktritts ernstlich erwogen.

Die Stellung des Reichskanzlers gestaltete sich dadurch noch schwieriger, daß die Reichstagswahl vom Februar 1890 eine gegen Bismarck gerichtete Mehrheit ergaben. Dies wurde benutzt, um den Kaiser in jeder Weise gegen den Kanzler aufzuheizen. Man erzählte ihm, Bismarck wolle das allgemeine Wahlrecht abschaffen, und das würde einen blutigen Bürgerkrieg zur Folge haben. Wenn er Bismarck hielte, müsse der Kaiser gegen die Mehrheit des Reichstages regieren, die in Wirklichkeit gar nicht so schlimm sei, die nur von der „veralteten“ Politik Bismarcks nichts wissen wolle. Ueber

die letzten Phasen des Kanzlersturzes geben wir Dr. Egelhaaf das Wort. „Es begann eine Politik der Nadelstiche. Die Verleihung von Orden an Personen, die Bismarck notorisch als seine Gegner ansah, so am 6. März die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Staatssekretär des Innern von Bötticher, den Bismarck vor allen als einen tüchtigen Gegner betrachtete, der, zu seiner Unterstützung 1880 ins Amt gerufen und 1888 zum Vizepräsidenten des preußischen Ministeriums erhoben, nun an seinem Sturze gearbeitet habe; weiter das Vorladen zum Vortrag in früher Morgenstunde ohne Rücksicht auf das Alter des Fürsten; endlich die Nichtbeantwortung von Schriftstücken und dergl. Anzeichen tiefer Verstimmung. Schließlich nahm der Kaiser die Meinungsverschiedenheit über die Kabinettsordre vom 8. September 1892 zum letzten Anlaß des Druckes und sandte am 17. März 1890 morgens den Chef des Militärkabinetts, General von Hahnke, zu dem Reichskanzler, um ihm die Wahl zu stellen, ob er sofort eine Ordre, welche die von 1892 außer Kraft setze, entwerfen oder seinen Abschied eingeben wolle. So war das Kampffeld dahin verlegt worden, wo Bismarck entweder seine führende Stellung im Ministerium mit eigener Hand zertrümmern oder charaktervoll aus seinen Ämtern scheiden mußte. Bismarck sollte um 2 Uhr beim Kaiser persönlich erscheinen, um den erwarteten Abschied sofort mündlich zu empfangen; er wollte aber ein Schriftstück hinterlassen, das noch in späteren Zeiten eine zuverlässige Quelle über seinen Standpunkt und dessen Gründe bilden sollte, und erbat sich deshalb die zur Abfassung des Schriftstücks nötige Zeit. Mittags um 3 Uhr berief er die Minister in seine Amtswohnung; alle stimmten ihm wieder bei, daß die Kabinettsordre eine Notwendigkeit sei. Sie sollen dann in Böttichers Wohnung beraten haben, ob beim Kaiser Schritte zu einem Ausgleich getan werden könnten, aber vom Kaiser bedeutet worden sein, daß er ihres Rates in dieser Sache nicht bedürfe. Zu gleicher Zeit überbrachte Hahnke Bismarck nunmehr den direkten kaiserlichen Befehl, daß er ungesäumt um seine Entlassung einkommen solle. So verfaßte Bismarck in der Zeit vom 18. auf den 19. März sein (20 Schriftseiten füllendes) Abschiedsgesuch... Sein Schluß lautet: „Es ist mir bei meiner Anhänglichkeit an den Dienst

des kgl. Hauses und an Ew. Maj. und bei der langjährigen Einlebung in Verhältnisse, welche ich bisher für dauernd gehalten hatte, sehr schmerzlich, aus der gewohnten Beziehung zu Allerhöchstdenselben und aus der Gesamtpolitik des Reiches und Preußens auszuscheiden; aber nach gewissenhafter Erwägung der Allerhöchsten Intentionen, zu deren Ausführung ich bereit sein müßte, wenn ich im Dienst bliebe, kann ich nicht anders, als Ew. Maj. alleruntertänigst bitten, mich aus dem Amte des Reichskanzlers, des Ministerpräsidenten und des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in Gnaden und mit der gesetzlichen Pension entlassen zu wollen... Ich würde die Bitte... schon vor Jahr und Tag Ew. Maj. unterbreitet haben, wenn ich nicht den Eindruck gehabt hätte, daß es Ew. Maj. erwünscht wäre, die Erfahrungen und Fähigkeiten eines treuen Dieners Ihrer Vorfahren zu benutzen. Nachdem ich sicher bin, daß Ew. Maj. denselben nicht bedürfen, darf ich aus dem politischen Leben zurücktreten, ohne zu befürchten, daß mein Entschluß von der öffentlichen Meinung als ungeeignet verurteilt wird. v. Bismarck.“

Mit huldvollen Worten und mit höchsten Ehrungen bewilligte der Kaiser des Kanzlers Abschiedsgesuch. Welche Empfindungen die Erlasse des Kaisers, die veröffentlicht wurden, bei Bismarck auslösten, kann man im dritten Bande der „Gedanken und Erinnerungen“ nachlesen. Mit großer Erbitterung spricht dort u. a. Bismarck von der Art, wie man ihn aus seiner Dienstwohnung verdrängte. Sein Nachfolger Caprivi mahnte derart zur Eile, daß Bismarcks Sachen nicht einmal richtig und sorgfältig verpackt werden konnten. Rein preußischer Beamter ist wohl niemals so schlecht bei der Räumung seiner Dienstwohnung behandelt worden wie der Mann, der von allen preußischen Beamten die größten Verdienste um Preußen und um Deutschland sich erwarb. Von der Bevölkerung der Reichshauptstadt aber, die sich bei seiner Abfahrt auf allen Straßen bis zum Bahnhof drängte, wurde Bismarck wie ein Heros gefeiert. Mit Bismarcks Scheiden aus dem Amte begann eine neue Periode in der deutschen Politik und in der deutschen Geschichte.

Soweit das auf wenigen Seiten möglich ist, ist hier der Versuch gemacht worden, Bismarcks staatsmännisches Wirken zu charakterisieren. Am

Schluß dieses Kapitels wird es aber nötig sein, noch ein paar Vorwürfe zu entkräften, die gerade wieder die neueste Zeit gegen Bismarck richtet. Graf Czernin ist wieder an der Spitze derer, die behaupten, daß Bismarck eine krasse Machtpolitik getrieben habe, die jeder Sittlichkeit entbehre. Der Pazifist Förster geht sogar soweit, daß er behauptet, Bismarck habe in Theorie und Praxis mit größter Konsequenz die Lösung der Staatstraision vom Sittengesetze vertreten. Wer Bismarcks Persönlichkeit genauer kennt, weiß, daß diese Vorwürfe völlig unberechtigt sind. Bismarck vertrat mit voller Ueberzeugung die Ethik des Christentums. „Wie Gott will,“ schrieb er 1859 an seine Frau, „es ist ja alles doch nur eine Zeitfrage. Völker und Menschen, Torheit und Weisheit, Krieg und Frieden, sie kommen und gehen wie Wasserwogen, und das Meer bleibt. Was sind unsere Staaten und ihre Macht und Ehre vor Gott anders als Ameisenhaufen und Bienenstöcke, die der Huf eines Ochsen zertritt, oder das Geschick in der Gestalt eines Honigbauern ereilt.“

Das Ziel von Bismarcks politischer Arbeit war die deutsche Einheit unter preußischer Führung. Dieses Streben kann doch keinesfalls als unsittlich bezeichnet werden, auch wenn das Ziel nicht ohne „Blut und Eisen“ zu erreichen war. „Wenn Bismarck 1864 die Entstehung eines neuen, Preußen feindlichen Kleinstaates verhinderte, so handelte er im Interesse der deutschen Volksgesamtheit, das den Schleswig-Holsteinischen Sonderwünschen voranging; im übrigen hat sich kein Land so schnell mit der preußischen Herrschaft ausgehöhlt wie die Nordmark. Die Annexion von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. Main hat Bismarck selbst im preußischen Landtage am 25. August 1866 mit folgenden Worten treffend begründet: „Die Eroberung gründet sich auf das Recht der deutschen Nation zu existieren, zu atmen und sich zu einigen, auf das Recht und die Pflicht Preußens, dieser deutschen Nation, die für ihre Existenz nötige Basis zu liefern...“ (Reg.-Rat Dr. K. Keller „Deutschlands auswärtige Politik von Caprivi bis Bethmann-Hollweg, S. 139.)



VON DER KONTINENTALPOLITIK ZUR WELTPOLITIK

Bei Betrachtung der nächsten 2½ Jahrzehnte deutscher Politik bis zum Weltkriege wird das Hauptgewicht auf die äußere Politik gelegt werden müssen, die um so interessanter wird, je mehr wir uns dem verhängnisvollen Ausgang nähern, zu dem sie schließlich führen sollte. Manches, was zur Vorgeschichte des Weltkrieges gehört, braucht hier nur angedeutet zu werden oder kann ganz fehlen, da ja im 2. Teile des Werkes davon im einzelnen zu reden sein wird, wie es zum Kriege kam. Die innerpolitischen Vorgänge werden nur insoweit herangezogen werden, als sie die auswärtige Politik bestimmend beeinflusst haben oder charakteristisch sind für die deutsche Art.

Als Bismarck aus dem Amte schied, war die außenpolitische Lage des Deutschen Reiches eine glänzende zu nennen. Bismarcks Nachfolger aber hatten nicht nur die Aufgabe, dieses reiche Erbe zu erhalten, sondern sie mußten auch darauf bedacht sein, den veränderten Verhältnissen in Deutschland und in der Welt Rechnung zu tragen. Dies durfte aber nicht mit einer so scharfen Abkehr von der bisherigen Richtung vor sich gehen, wie es geschah. Durch das starke Wachsen der Bevölkerung und durch den märchenhaften industriellen Auf-

schwung, den Deutschland genommen hatte, war die Zeit des „Gesättigtseins“ vorüber. Da die eigene Landwirtschaft die Bevölkerung nicht mehr ernähren konnte, mußte man Lebensmittel in größerem Umfange einführen und, um sie zu bezahlen, Industrie-Erzeugnisse ausführen. Man mußte Welthandel treiben und wurde vom Weltmarkt abhängig. Diese wirtschaftliche Ausbreitung verstärkte selbstverständlich die Versuchung, Weltpolitik zu treiben.

Bismarcks Nachfolger wurde ein General: Georg Leo Caprivi de Caprara de Montecuculi. 1831 in Charlottenburg geboren, hatte er sich in den Kämpfen von 1866 und 1870 ausgezeichnet. 1883—1888 soll er als Chef der Admiralität organisatorisches Talent bewiesen haben. Dann befehligte er das 10. Korps in Hannover. Er übernahm das Amt des höchsten Beamten im Reich, nicht aus Lust und Liebe dafür, sondern lediglich, wie er in seiner Antrittsrede vor dem Abgeordnetenhaus betonte, „dem Befehl des Kaisers gehorjam“. Er erklärte zugleich, daß er sein neues Amt vorerst nicht übersehen könnte, auch nicht im allgemeinen. Trotzdem warf er ziemlich rasch das Steuer auf einen anderen Kurs. In der auswärtigen Politik machte sich dies zuerst geltend.

Wißmann und Karl Peters hatten unter afrikanischer Sonne wichtiges für das deutsche Kolonialreich getan. Eine große deutsche Kolonie in Ost-Afrika von Sansibar bis zu den Nilquellen war geschaffen. Da vernichtete der deutsch-englische Vertrag über Helgoland und Afrika alle Ergebnisse dieser aufopferungsvollen Tätigkeit deutscher Kolonialpioniere. Nach dem Vertrage bekam Deutschland Helgoland und gegen Bezahlung einer Summe an den Sultan von Sansibar den Küstenstrich Sansibar gegenüber. England dagegen erhielt die Oberhoheit über Sansibar, das Sultanat Witu, das bisherige Deutsch-Somaliland und weitere große wertvolle Gebiete. Caprivi verstand von Kolonial-Politik nicht das geringste. Witu hielt er für ein wertloses Land, und seine Meinung, er wolle Deutsch-Südwest noch ein Probejahr geben, ehe er sich über das Schicksal der Kolonie entscheide, zeigt klar, wie schiefe Begriffe er von der Rentabilität einer neu erworbenen Kolonie hatte. Seine Zustimmung zu dem Vertrage, dessen Anreger Wilhelm II. gewesen war, gab er nur, um England einen Gefallen zu erweisen, da er fest an einen baldigen Zweifrontenkrieg mit Rußland und Frankreich glaubte und England günstig für die britische Neutralität stimmen wollte. Denn für diesen Krieg bot eigentlich der Besitz von Helgoland mehr Nachteil wie Vorteil. War die Insel deutsch, so mußte sie zum Schutz der Elbmündung verteidigt werden, was ja die Engländer als Besitzer viel besser und billiger besorgt hätten. Anders dachte darüber der Kaiser, der schon lange große Flottenpläne hatte, für die allerdings später Helgoland ein guter Stützpunkt werden konnte. Der Kaiser erstrebte damals ganz offen eine Annäherung an England. Schon im März 1890 hatte er bei einem Essen im Schloß eine Rede gehalten, die auf die englisch-deutsche Waffenbrüderschaft bei Waterloo hinwies und betonte, die englische Flotte und das deutsche Heer seien berufen, den Frieden in Europa zu erhalten. Auch der Bedroher dieses Friedens wurde genannt: Rußland. So war es natürlich, daß man den Rückversicherungsvertrag nicht erneuerte. Bismarck mißbilligte in harten Worten beides: den Helgolandvertrag und den Bruch mit Rußland. Daraufhin wurden die

deutschen Vertreter im Ausland angewiesen, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt waren zu erklären, daß Bismarck keinen politischen Einfluß mehr habe, und Caprivi erhielt den Schwarzen Adler-Orden. Da Caprivi immer in dem Glauben, der russisch-französische Krieg stehe vor der Tür, nun auch noch die Polen-Politik änderte, um die ärgsten Russenfeinde für sich zu gewinnen, was ihm durch seine Verhätzelungsmethode auch wirklich gelang, da blieb den Russen kein anderer Ausweg, als den Anschluß an Frankreich zu vollziehen, an den es ernstlich noch gar nicht gedacht hatte. Denn die Anerkennung der Republik als gleichwertigen Bundesgenossen fiel dem Garismus nicht leicht. Hier hatte aber schon der päpstliche Stuhl Widerstände zu überwinden mitgeholfen. Papst Leo XIII. hatte mit viel Bemühungen Annäherung an Frankreich gesucht, weil er hoffte, mit dessen Hilfe die Herausgabe Roms bei Italien durchzudrücken. Er suchte die französische Republik in jeder Weise zu ehren und hat sie dadurch, wie später einmal ein Kardinal sehr treffend geschrieben hat, in Petersburg hoffähig gemacht. Ein Land, mit dem der älteste Souverän Europas so freundschaftlich verkehrte, konnte auch vom Zaren als Bundesgenosse angenommen werden. Bereits 1891 wurde die Entente zwischen Frankreich und Rußland schriftlich abgeschlossen. Es verging dann einige Zeit, bis Anfang 1894 auch eine Militärkonvention zustande kam, der im März desselben Jahres das feste Bündnis folgte. Zweck des Bündnisses war nach seinem Wortlaut die Erhaltung des Friedens und die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts, daneben aber, und das war das wichtigste, die gemeinsame Verteidigung gemeinsamer Interessen. In dieser Hinsicht ging das französisch-russische Bündnis über den Dreibundvertrag hinaus.

Bismarck hat mit herber, scharfer Kritik nicht zurückgehalten. In einem Artikel der „Hamburger Nachrichten“ (24. Oktober 1896) läßt er die Russen folgendes erwägen: „Einen sicheren Bundesgenossen müssen wir uns in Europa zu halten suchen. Wir hatten früher auf den Dreikaiserbund gerechnet, dann wenigstens auf das Hohenzollernsche Haus in seinen gesteigerten Machtverhältnissen; wenn wir aber von dort

her, anstatt eine zuverlässige Stütze in schwierigen Lagen zu finden, eine Behandlung der politischen Fragen erleben, die nur russenfeindlich sein kann, dann müssen wir doch sehen, daß wir eine anderweitige Anlehnung finden, die sonst bisher keine entscheidende Anziehungskraft für uns hatte.“ Und Bismarck fügt hinzu: „So entstand Kronstadt mit der Marseillesaise und die erste Annäherung zwischen dem absoluten Jarentum mit der französischen Republik, unserer Ansicht nach ausschließlich durch die Mißgriffe der Caprivischen Politik herbeigeführt. Dieselbe hat Rußland genötigt, die Affekuranz, die ein vorsichtiger Politiker in den großmächtlichen Beziehungen Europas gerne nimmt, in Frankreich zu suchen.“

Um diesem neu gegründeten Zweibunde gegenüber auch dem Dreibunde mehr innere Festigung zu geben, schlug Caprivi den Bundesgenossen Handelsverträge vor, die aus den Dreibundstaaten ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet machen sollten. Bismarck hatte früher schon immer davor gewarnt, politische Interessen mit wirtschaftlichen zu verquicken. Jetzt ging die Reichsregierung bewußt einen anderen Weg. Man schloß zunächst Handelsverträge mit Oesterreich und Italien, die bald danach auf die Schweiz und auf Belgien ausgedehnt wurden. Mit erdrückender Mehrheit brachte Caprivi die Handelsverträge im Reichstage durch, und der Kaiser erhob ihn in den Grafenstand. Der neue Graf sah aber nicht die Gefahren, die er mit diesen Handelsverträgen für das Reich heraufbeschwor. Zwar ist ihnen das machtvolle Aufblühen der deutschen Industrie zu danken, aber gerade das mußte dazu führen, daß England, an dessen Freundschaft Caprivi doch so außerordentlich viel gelegen war, verstimmt und besorgt wurde. Graf Caprivi aber war nur auf den Zweifrontenkrieg mit Frankreich und Rußland eingestellt, den er jedes Jahr erwartete, obwohl Frankreich klug genug war, jetzt noch nicht daran zu denken, sich wieder mit Deutschland militärisch zu messen. Die französische militärische Führung wußte ganz genau, daß es dem neuen russischen Bundesgenossen an allerlei fehlte, um wirksam im Rücken des gemeinsamen Gegners tätig zu sein. Hier bedurfte es langjähriger Reformarbeit, und das beste russische Heer konnte Frankreich wenig nützen,

wenn es nicht durch strategische Bahnen möglichst schnell an die Front zu bringen war. Caprivi rechnete jedenfalls in nächster Zeit mit diesem Kriege, und so war seine Haupt Sorge darauf gerichtet, die Schlagfertigkeit der Armee zu erhöhen. Er erstrebte dies durch eine Vermehrung des Heeresersatzes, indem er anstelle der dreijährigen Dienstzeit die zweijährige einzuführen vorschlug. Wilhelm I. und Moltke hatten den leisesten Versuch, an der dreijährigen Dienstzeit zu rütteln, stets schroff abgewiesen. Jetzt sollte versucht werden, durch angespannte Arbeit an den Rekruten den Verlust eines Jahres zu ersetzen. Die Vorteile lagen auf der Hand. Wo bisher 3000 Mann drei Jahre lang ausgebildet wurden, also in jedem Jahre 1000 Rekruten kamen, sollten künftig 3000 Mann zwei Jahre lang ausgebildet werden, was jährlich 1500 Rekruten ergab. Die Kosten blieben trotz der Erhöhung der Zahl der Ausgebildeten um 50 Prozent so ziemlich die gleichen. Die Verkürzung der Dienstzeit um ein Drittel brachte dem Einzelnen auch allerlei Vorteile. Der Reichstag ging aber zunächst auf die Vorschläge des Reichskanzlers nicht ein. Man löste das Parlament auf. Da die Neuwahlen eine kleine Verschiebung zugunsten der Regierungsparteien ergaben, wurde schließlich die zweijährige Dienstzeit mit 201 gegen eine große Minderheit von 185 Stimmen angenommen.

Das Jahr 1893 brachte weitere Handelsverträge mit Rumänien, Spanien und Serbien und zugleich Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Rußland. Da Rußland vor allen Dingen Getreide ausführte, mußte die deutsche Landwirtschaft, die schon unter den bisherigen Handelsverträgen erheblich gelitten hatte, fürchten, schweren Schaden zu erleiden. Die Gefahr des russischen Handelsvertrages einte die gesamte Landwirtschaft in der großartigen Organisation des Bundes der Landwirte, der bald 200 000 Mitglieder zählte. Aber die neue Organisation konnte wohl die Opposition gegen den deutsch-russischen Handelsvertrag im Reichstage stärken, verhindern konnte sie seine Annahme nicht. Im Februar 1894 wurde der Vertrag mit 200 gegen 146 Stimmen angenommen. Caprivis Stellung war an sich schon nicht mehr ganz fest gewesen. Die erbitterte Gegnerschaft des Bundes der Landwirte, der in nahen Beziehungen zu den

Konservativen stand, erschütterte seine Stellung immer mehr. Ein Zeichen dafür war die äußere Ausöhnung des Kaisers mit Bismarck. Der Kaiser hatte den Altreichskanzler, als dieser an einer Lungenentzündung erkrankt war, eines seiner Schlösser als Erholungsaufenthalt angeboten und ihm durch seinen Generaladjutanten eine Flasche Steinberger Kabinett, den besten Wein, den der größte deutsche Weinbergsbesitzer im Keller hatte, geschickt. Die Einladung hat Bismarck höflich abgelehnt; den Wein aber hat er sicherlich mit großem Genuß getrunken. Eine Folge der Lebenswürdigkeit war, daß Bismarck Anfang des nächsten Jahres dem Kaiser persönlich zum Geburtstag gratulierte. Die Motive, die den Kaiser leiteten, waren in der Hauptsache politische Art. „Jetzt können sie ihm Ehrenpforten bauen“, so soll er nach Hohenlohe sich damals geäußert haben, „ich bin ihm immer eine Pferdelänge voraus; wenn jetzt die Presse wieder schimpft, so setzt sie sich und Bismarck ins Unrecht“ (Hohenlohe, Denkwürdigkeiten II, S. 511). In ganz Deutschland aber löste die Versöhnung Bismarcks mit dem Erben der Kaiserkrone allgemeine Befriedigung aus. Diese ganze Aktion war übrigens vor sich gegangen, ohne daß Caprivi gefragt worden wäre. Man sieht, er war schon reif zum Sturz. Als in Frankreich der Präsident Sadi Carnot von einem italienischen Anarchisten erschossen worden war, forderte der Kaiser in einer Rede zum Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung gegen den Umsturz auf, und die Konservativen wünschten ein Umsturzgesetz. Caprivi hatte dagegen Bedenken, und nach einer kurzen Krise, deren Einzelheiten noch unbekannt sind, wurde er in Gnaden am 27. Oktober 1894 entlassen.

Der dritte Kanzler des Reiches, Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, stand, als er sein Amt antrat, im 76. Lebensjahre. Er war ein hochgebildeter, vielerfahrener Mann, als langjähriger Botschafter in Paris (1874–1885) beherrschte er die Technik der großen Politik, und als ehemaliger bayrischer Ministerpräsident in einer für Bayern sehr schwierigen Zeit (1866–1870) war er ein guter Kenner der innerpolitischen deutschen Verhältnisse. Dazu war er ein aufrechter, ehrlich liberaler und nationaler Mann. Er wußte von Anfang an, was zu tun sei. Er

lenkte die Politik wieder in die Bismarcksche Bahn und bestrebte sich, vor allen Dingen das Verhältnis zu Rußland zu bessern, um die Gefahren der französisch-russischen Allianz möglichst abzuschwächen. Mit klarem Auge sah er die Gefahren, die die einseitige Politik der Handelsverträge der deutschen Landwirtschaft bringen mußte, und bemühte sich, das Vertrauen der Landwirtschaft wieder zu erringen. Daneben aber sollten die Interessen von Handel und Industrie, ohne die Deutschlands stetig wachsende Bevölkerung nicht leben konnte, auf das sorgfältigste gepflegt werden. Die Bemühungen, wieder in ein besseres Verhältnis zu Rußland zu kommen, wurden durch den Thronwechsel in Petersburg indirekt unterstützt. Der neue Zar Nikolaus II. sah die Hauptgefahr für das russische Reich in dem aufstrebenden Japan und betrieb zunächst in der Hauptsache ostasiatische Politik. Der Bau der sibirischen Bahn, der diesen Zwecken dienen sollte, fand durch ihn die wirksamste Unterstützung. Wir wissen erst in der allerjüngsten Zeit aus dem Briefwechsel zwischen Wilhelm II. und Nikolaus II., den Professor Götz veröffentlicht hat, daß Kaiser Wilhelm die ostasiatische Politik seines Freundes auf dem Jarenthrone in jeder Weise bestärkte. Das große Bild, das Kaiser Wilhelm damals mit Hilfe des Professors Knackfuß malte, „Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter!“ entspringt seinem Inhalt nach dem Gedanken, daß die Zukunftsaufgabe Rußlands darin bestehe, das Kreuz und die alte christlich-europäische Kultur gegen die Angriffe der gelben Rasse und den Buddhismus zu schützen. Die Hinneigung zu Rußland vollzog sich wieder so plötzlich und schroff, daß sich diesmal England, das man bisher mit Lebenswürdigkeiten überschüttet hatte, mit Recht brüstiert fühlen mußte. Nicht der Versuch wieder mit Rußland auf einem guten Fuß zu leben, war der politische Fehler, sondern daß es geschah, indem man eine andere Macht, deren Freundlichkeit man auch hätte brauchen können, durch die Art, wie es geschah, empfindlich verlegte. Merkwürdig ist, wie Dr. Keller (a. a. O. S. 39) sehr richtig bemerkt: „daß dieser Umschwung nicht mit einem Wechsel in der Person des Staatssekretärs des Außeren verbunden war. Freiherr von Marschall, der die englandfreundliche und russenfeindliche Politik Caprivis mitgemacht hatte, machte auch

die ruffenfreundliche und englandfeindliche Politik der ersten Jahre Hohenlohes mit, ein Umstand, der nicht für die Klarheit der Ziele und den Scharfblick dieses Mannes spricht.“

In diese Zeit fällt auch der 80. Geburtstag Bismarcks, der vom ganzen Volke mit warmer Anteilnahme als Nationalfeiertag begangen wurde. Nur die Vertretung des deutschen Volkes, der deutsche Reichstag, gab leider wieder einmal eine Probe von kleinlicher deutscher Art. Der Präsident hatte beantragt, dem Altreichskanzler ein Glückwunschtelegramm zu senden. Die alten politischen Gegner Bismarcks aber brachten es fertig, diese selbstverständliche Höflichkeit dem Schöpfer der Reichsverfassung und des Reichstages gegenüber mit 163 gegen 146 Stimmen abzulehnen. Der mannhafteste Reichstagspräsident v. Levetzow legte daraufhin sein Amt nieder, der zweite Vizepräsident, Büchlin von den Nationalliberalen, tat das gleiche und, da beide Parteien im Präsidium dieses Reichstages nicht mehr vertreten sein wollten, kam zum ersten Male ein Mitglied des Zentrums auf den Präsidentenstuhl, das diese Würde nun für lange Zeit behalten sollte.

Hohenlohe hatte bei der freundschaftlichen Annäherung an Rußland eines vergessen, daß man nicht zu gleicher Zeit ein Freund Rußlands sein und türkische Interessen vertreten konnte. Wir haben gesehen, wie konsequent Bismarck im Rückversicherungsvertrage in dieser Hinsicht vorgegangen war. Man darf nicht einwenden, daß Bismarck die erste Bahnkonzession in der Türkei gebilligt hat und daß der Besuch Kaiser Wilhelms beim Sultan noch unter seiner Reichskanzlerschaft erfolgte. Bismarck hat nie etwas dagegen gehabt, daß sich Deutschland wirtschaftliche Vorteile in der Türkei sicherte. Nur ein politisches Zusammengehen mit der Türkei, das ein Eintreten für türkische Interessen mit sich bringen mußte, hielt er bei einem gleichzeitigen freundschaftlichen Verhältnis mit Rußland für unmöglich. Wenn die deutsche Politik jetzt die Unversehrtheit der Türkei proklamierte und ihr nach Kräften helfen wollte, diese zu bewahren, so bestand nicht nur die Gefahr, Rußland als Freund zu verlieren, sondern auch die Möglichkeit, England zum Feind zu bekommen. Denn England konnte nur an einer schwachen

Türkei etwas liegen, die nicht daran denken konnte, Ägypten und damit den Seeweg nach Indien zu bedrohen. Die Bagdad- und die Mekka-Bahn mußten von England politisch und militärisch bewacht werden, und es lag der Gedanke nahe, daß England noch vor Vollendung der Bahn und vor der Durchführung der türkischen Heeresreform mit aller Entschiedenheit eingreifen würde.

Auf das Gebiet der Weltpolitik, zu der die Leitung des Reiches nun immer mehr hinstrebte, begab sich die deutsche Regierung zum ersten Male nach dem Abschluß des chinesisch-japanischen Krieges. Am 15. April 1895 war in Shimono-feli zwischen Japan und China der Frieden mit folgenden vier Punkten vereinbart worden. Korea sollte unabhängig werden. Die Insel Formosa sollte an Japan fallen. Port Arthur sollte auf eine Reihe von Jahren japanische Besatzung erhalten und China 300 Millionen Taels Kriegsschadigung an Japan zahlen. Durch diesen Frieden gab China seine völlige Niederlage zu, und Japan war die größte Macht im Osten geworden. Daß Rußland nicht ruhig zusehen wollte, war zu begreifen. Es selbst hatte den eisfreien Hafen von Port Arthur schon längst als Stützpunkt begehrt. Auch Frankreich konnte das Wachsen des japanischen Einflusses bei seinen ostasiatischen Interessen und als Schutzherr der katholischen Missionen in Asien nicht gleichgültig sein. So ist es zu verstehen, daß Rußland und Frankreich gegen den Frieden von Shimono-feli Einspruch erhoben. Was aber in der ganzen Welt Verwunderung erregte, war, daß Deutschland, das doch sonst in einem gewissen Gegensatz zu den Mächten des Zweibundes stand, sich diesem Einspruch angeschlossen, ohne daß es wirklich zwingende Gründe dafür hätte vorbringen können. Vielleicht ist es geschehen, um Rußland einen Beweis der freundschaftlichen Gesinnung Deutschlands zu geben. Daß dieses Vorgehen ein schwerer politischer Fehler war, hat Bismarck gleich richtig erkannt. Der Kanzler äußerte sich dazu in den Hamburger Nachrichten wie folgt: „Hat das Vorgehen Deutschlands in Tokio den Zweck gehabt, Rußland einen Dienst zu erweisen und den Beweis zu liefern, daß die deutsche Politik weit entfernt sei, in dem englisch-russischen Interessen Gegensatz in Asien zugunsten Englands Stellung zu nehmen, so würde das an

sich Billigung verdienen, jedoch hätte zur Erreichung dieses Zweckes die Befundung wohlwollender Neutralität genügt, ein aktives Vorgehen zugunsten russischer Interessen wäre nicht erforderlich gewesen. . . . Wir fühlen uns nicht ganz frei von der Befürchtung, daß der Vortritt Deutschlands in der ostasiatischen Frage ein Symptom des fortdauernden Mangels an einer Fähigkeit bildet, die in der Politik sehr wichtig ist, nämlich die des ruhigen Abwartens.“ Trotzdem warnte Bismarck in einem späteren Artikel dringend davor, jetzt schon wieder den Kurs zu ändern, und empfahl ein weiteres Zusammengehen mit Rußland.

Wie Bismarck sehr klar ausgeführt hat, hatte dieses Eingreifen Deutschlands in Ostasien eine scharfe Spitze gegen England. Schon in der letzten Zeit Caprivis hatte man die Engländer mehrfach nicht allzu freundlich behandelt. Man gab den Franzosen ein Stück von Kamerun, das uns die Engländer überlassen hatten, gerade damit es nicht in französischen Besitz käme. Man hinderte England vom Kongostaat einen Landstreifen zu pachten, der für die von England immer erstrebte Verbindung vom Kap nach Kairo wichtig war. Und im Herbst 1894 hatte man zwei Kriegsschiffe nach der Delagoabai geschickt als Demonstration für die Unabhängigkeit der Burenstaaten. Diese Unfreundlichkeiten wurden verstärkt durch die bekannte Depesche des Kaisers an den Präsidenten Krüger nach dem Mißerfolg des Einfalls des Dr. Jameson in die Burenstaaten. Das Telegramm an den Präsidenten des Transvaalfreistaates hatte folgenden Wortlaut: „Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit ihrem Volke gelungen ist, in eigener Tatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren.“

Die Ungeschicklichkeit lag vor allen Dingen in der Fassung, die in England allgemeine Empörung hervorrief. Der Satz: „ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren“, wurde allgemein als eine Drohung aufgefaßt. Sollte man wirklich in Berlin die Absicht gehabt haben, eine Drohung auszusprechen,

so hätte man das getan, ohne irgendwelche Mittel zu haben, sie zur Durchführung zu bringen. Denn wie wollte Deutschland den Buren militärisch helfen? Das Telegramm hat auch insofern eine ungünstige Wirkung ausgeübt, als es die deutsche Volksstimmung gegen eine englisch-deutsche Annäherung auf lange Zeit hin beeinflusste.

Mit der Uebernahme des Auswärtigen Amtes durch Bülow und des Reichsmarineamtes durch Tirpitz, die fast gleichzeitig erfolgte, beginnt die entschiedene Wendung zur Weltpolitik. Bernhard von Bülow, am 3. Mai 1849 zu Klein-Flottbeck bei Hamburg geboren, war der Sohn eines Mitarbeiters Bismarcks, der 7 Jahre lang (1872–1879) Staatssekretär des Auswärtigen war; er war im diplomatischen Dienst in Petersburg und Bukarest tätig gewesen und hatte dann das Deutsche Reich als Botschafter am Quirinal in Rom vertreten. Nach Bülows Ansicht drängte die wachsende Bevölkerungszahl Deutschlands dazu, möglichst viel Industrieerzeugnisse auszuführen, um an deren Stelle Rohstoffe, Lebensmittel und Futtermittel einzuführen. Auf diese Weise ein Teil der Weltwirtschaft geworden, war das Deutsche Reich, das früher von England nicht angegriffen werden konnte, nun in seinem Ueberseehandel verwundbar geworden. Aufgabe der deutschen Politik mußte es darum, nach Bülows Ansicht, sein, diesen Ueberseehandel durch Schaffung einer starken Kriegsflotte vor Belästigungen zu schützen. In diesem Bestreben durfte uns weder Englands Unbehagen noch der russisch-französische Bündnisvertrag hindern. Deutschland mußte nur darauf achten, daß es weder von Frankreich und Rußland gegen England noch von England gegen Rußland vorgeschoben wurde. Nicht immer ist Bülow, wie wir später sehen werden, diesem Programm, das er selbst in seinem Buche (Bülow, Deutsche Politik) entwickelt, treu geblieben. Anders Tirpitz, der nicht nur Offizier, sondern auch Politiker war und gleichfalls mit einem genau formulierten politischen Programm an seine Aufgabe heranging. Durch Tirpitz wurden die weltpolitischen Pläne des Kaisers zur Tat. Schon vor seiner Thronbesteigung hatte Kaiser Wilhelm Flottenpläne gehegt. Als er nun Kaiser geworden war, da sah er seine Aufgabe darin, dem Deutschen Reich eine starke moderne Flotte zu geben. Tirpitz

gab diesen Wünschen feste Formen. Er wollte keinen Küstenschutz, keine Auslandskreuzerflotte sondern eine *Schlachtflotte*. Diese Flotte sollte so stark werden, daß auch die stärkste Seemacht ein *Risiko* auf sich nahm, wenn sie mit ihr den Kampf wagte. An dem Grundsatz, daß die Flotte zunächst dazu da sei, unseren Handel und unsere Küsten zu schützen, wurde festgehalten. Aber die Flotte sollte doch so ausgebaut werden, daß sie, wenn es notwendig sein sollte, auch zum Angriff vorgehen könnte. Das politische Programm, für dessen Durchführung sich Tirpitz einsetzte, war nach seinen „Erinnerungen“ etwa das folgende: Mit allen Mitteln sei danach zu streben, den Frieden zu erhalten, der uns jährlich immer reichere Früchte brachte. Denn ein Krieg könne uns nur wenig oder gar nichts einbringen, vielleicht aber alles rauben. Darum sei jede Herausforderung fremder Mächte zu vermeiden, in gleicher Weise aber auch jeder Anbiederungsversuch, namentlich gegenüber den Engländern. Alle Kräfte müßten gesammelt auf das wesentliche gerichtet werden. Eine Zersplitterung in Nebeninteressen, wie die Balkan- und die Orientpolitik sei, bringe nur Schwächung. Eine Herstellung des Gleichgewichts zur See sei zu erstreben, eine Verschwisterung mit Oesterreich auf Gedeih und Verderb abzulehnen. Die Beziehungen zu Rußland und auch zu Japan seien auf das sorgfältigste zu pflegen. Dieses Programm war klar und zielbewußt und wäre auch durchzuführen gewesen. Es gab aber auch noch einen anderen Weg. Das war die Verständigung mit England auf einer ehrlichen Grundlage. Man ist aber keinen dieser beiden Wege gegangen, sondern hat ohne ein festes Programm die auswärtige deutsche Politik immer mehr verfahren.

Gleich zu Anfang seiner Amtstätigkeit hatte sich Bülow mit englischen Bündnisangeboten zu beschäftigen. Rußland hatte im Dezember 1897 Port Arthur und die ganze Mandschurei besetzt. Dieses Vorgehen erregte in England stärkste Beunruhigung, und diese Beunruhigung führte zu dem Gedanken, gegen den Nebenbuhler in Asien ein Bündnis mit Deutschland zu schließen. Es wurde mehrere Monate lang verhandelt, aber die Verhandlungen scheiterten ziemlich plötzlich. Wir wissen jetzt aus dem Briefwechsel zwischen Kaiser

Wilhelm und dem Zaren, wie das gekommen ist. Am 30. Mai 1898 teilte der Kaiser dem Zaren das englische Bündnisangebot mit. Wilhelm II. spricht dabei von „ungeheuren Anerbietungen“, die Deutschland eine weite und große Zukunft eröffnen. Es handle sich um ein Bündnis zwischen England, dem Dreibund, Japan und Amerika. Mit letzteren beiden Mächten seien die Verhandlungen bereits im Gange. Der Kaiser knüpft daran die Anfrage, was der Zar als Gegenleistung für die Ablehnung dieser günstigen Vorschläge biete. Die Antwort des Zaren ist nicht bekannt, sie wird sicher nichts Positives, sondern nur allerlei Freundschaftsversicherungen und andere vage Versprechungen enthalten haben. Die beste Gelegenheit, wenn wir glauben, mit England nicht zusammengehen zu können, Rußland zu festen Abmachungen zu veranlassen, ist damals unbeachtet geblieben. Als Eduard VII. den englischen Thron bestiegen hatte, wurden die Bündnisverhandlungen, an denen auch Japan wieder beteiligt war, von neuem aufgenommen. Nach wenigen Tagen (am 25. März 1901) waren die wichtigsten Punkte bereits vereinbart. Der Bündnisfall sollte eintreten, wenn zwei oder mehrere Gegner eine der beiden vertragsschließenden Parteien angriffen. Die Verhandlungen wären sicher zum Ziele gekommen, wenn man in Berlin mehr Interesse dafür gezeigt hätte. So verliefen sie ohne Ergebnis. Auf ein englisches Angebot, mit ihm in Marokko zusammen vorzugehen, wurde ausweichend geantwortet. Die ganze Interesselosigkeit der Berliner Regierung an diesem Bündnisse beruhte auf dem falschen Glauben, daß der Gegensatz zwischen England und Rußland ebenso wie der zwischen England und Frankreich nicht zu überbrücken sei. Es wurde gar nicht daran gedacht, daß die Ablehnung aller englischen Bündnisangebote dazu führen mußte, daß England sich allmählich dem Bunde zwischen Frankreich und Rußland angeschlossen. Es lag weiter die Gefahr vor, daß auch das Verhältnis Italiens zum Dreibunde ein loseres wurde. Wie wir jetzt durch die Veröffentlichung aus den österreichischen Archiven wissen, hatte Italien bereits 1896 seinen Bundesgenossen die Mitteilung gemacht, daß es niemals an einem Kriege teilnehmen werde, in dem England und Frank-

reich gemeinsam als Gegner des Dreibundes auftreten würden. Ende 1902 hat Italien sogar einen Vertrag mit Frankreich abgeschlossen, nach dem es niemals an einem Angriff auf Frankreich teilnehmen werde. Als der deutsche Botschafter in Rom, Graf Monts, von diesem Vertrage in Berlin Mitteilung machte, hat man ihm dort einfach nicht geglaubt.

Etwas später liegen dann die *Verhandlungen* mit Rußland. Am 5. Februar 1904 war der russisch-japanische Krieg ausgebrochen. Nach dem bekannten Zwischenfall an der Doggerbank drohte ein russisch-englischer Konflikt. Und wie England bei der Besetzung von Port Arthur, so wandte sich jetzt der Zar in seiner Not an Deutschland. Rußland schlug ein förmliches deutsch-russisches Defensivbündnis vor. Der Kaiser entwarf einen Vertrag, dessen erster Artikel lautete: „Falls eine der beiden Kaiserreiche von einer europäischen Macht angegriffen sein sollte, wird sein Verbündeter mit allen seinen Streitkräften zu Lande und zur See ihm beistehen. Vorkommendenfalls werden die beiden Verbündeten ebenso gemeinsame Sache machen, um Frankreich zur Beachtung der Verbindlichkeiten aufzufordern, die es nach dem Wortlaut des französisch-russischen Bündnisvertrages übernommen hat. Der Artikel 2 verbot den Vertragsgegnern einen Separatfrieden mit einem gemeinsamen Feinde abzuschließen, im dritten Artikel stand die Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfeleistung auch für den Fall, daß „Handlungen“, die von einer der beiden hohen vertragsschließenden Parteien während des Krieges vollzogen worden sind wie z. B. die Lieferung von Rohlen an einen der beiden Kriegführenden, Reklamationen seitens einer dritten Macht als angebliche Verletzungen des Neutralitätsrechtes veranlassen sollten.“

In einer Sitzung des Reichskabinetts hatte Tirpitz den Mut, sich offen und zwar sehr energisch gegen dieses Bündnis auszusprechen. Er meinte, daß es im Augenblick gar keinen praktischen Nutzen habe und daß man nur die Konfliktmöglichkeiten mit England vergrößere. Aber auch der Zar lehnte diesen Vertragsentwurf ab. Kaiser Wilhelm verfaßte einen neuen, der weit allgemeiner gehalten war, aber die Verhandlung über den neuen Entwurf wurde jetzt von russischer Seite hinausgeschoben, da der englisch-russische Konflikt vermieden worden war

und man die deutsche Hilfe nicht mehr so dringend brauchte. Der japanisch-russische Krieg verlief bekanntlich für Rußland außerordentlich ungünstig. Er hatte auch schwere, gefährliche innere Unruhen zur Folge. So sehen wir den Zaren aufs neue Anlehnung an Deutschland suchen. Das Bündnis im Jahre 1904 war schließlich daran gescheitert, daß Rußland, als ihm an den Vertrag weniger zu liegen schien, plötzlich das Verlangen stellte, daß Frankreich vorher benachrichtigt werden müsse. Diese Forderung mußte deutscherseits abgelehnt werden, da sich Frankreich selbstverständlich mit allem Einfluß, der ihm zu Gebote stand, gegen das Bündnis gestemmt und bei diesen Bestrebungen in England sicherlich einen energischen Helfer gefunden hätte. Diesmal verhandelten der Kaiser und der Zar zunächst ganz allein. Sie kamen auf einem Kriegsschiffe in der Nähe der Insel Björkö im finnischen Meerbusen ohne ihre verantwortlichen Ratgeber zusammen und schlossen dort einen Vertrag ab, der nach der Nordd. Allg. Zeitg. vom 13. September 1917 folgende Basis gehabt haben soll: „Die beiden Kaiser sicherten einander zu, daß sie alles in ihrem Machtbereich liegende tun würden, um die Übereinstimmung der beiderseitigen Volksinteressen im Falle drohender Kriegsgefahr auch durch die Tat zu bekunden, indem sie fremde Friedensstörer gemeinsam zur Ruhe verwiesen, und wenn dies erfolglos bleiben sollte, einander nötigenfalls auch mit den Waffen Beistand gewährten. Sie kamen ferner überein, daß versucht werden sollte, auch Frankreich zum Anschluß an diese die Volkswohlfahrt Europas besser als jede Kriegsrüstung sichernde Politik des Zusammengehens in der Abwehr aller friedensfeindlichen Mächenschaften zu bewegen.“

Der Vertrag von Björkö hatte in dieser allgemeinen Fassung natürlich überhaupt keinen praktischen Wert. Das erkannten auch auf beiden Seiten die verantwortlichen Staatsmänner Bülow und Witte. Der Hauptgrund für das Scheitern jedes ernsthaften Bündnisses zwischen Deutschland und Rußland war etwas, von dem nie gesprochen wurde, nämlich die *Türkenpolitik*, die Deutschland betrieb. Bülow hat ja in seinem Buche diese Politik auch jetzt noch zu verteidigen gesucht. Er sagt da: „Sehr sorgsam haben wir die Beziehungen zur Türkei und zum Islam namentlich

seit der Orientreise unseres Kaiserpaars gepflegt. Diese Beziehungen waren nicht sentimental Art, sondern wir hatten am Fortbestand der Türkei ein erhebliches wirtschaftliches, militärisches und auch politisches Interesse. Was meine Politik gegenüber der Türkei anbelangt, so möchte ich sie dahin zusammenfassen, daß es mein Bestreben war, durch eine innerlich gut organisierte und unabhängige Türkei uns eine Stütze im Orient zu schaffen.“ Und an einer anderen Stelle betont Bülow ausdrücklich, daß er „an der Herstellung enger politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen uns und der Türkei gearbeitet und das Bagdadbahnunternehmen im vollen Bewußtsein seiner weitreichenden Aussichten in die Wege geleitet habe.“ Wohin Deutschland durch seine Orientpolitik geführt wurde, das zeigte uns am besten die Marokko-Affäre mit ihrem kläglichen Ausgang in Algéciras. Verschiedentlich hatte England Deutschland das Angebot gemacht, sich mit ihm über Marokko zu verständigen. Selbst Frankreich hatte sich erboten, mit Deutschland ein Sonderabkommen über Marokko zu schließen. Beiden hatte Deutschland die kalte Schulter gezeigt. So war es ganz natürlich, daß sich schließlich England und Frankreich ohne Deutschland über Marokko verständigten. Diesem Abkommen trat bald Spanien und später auch Italien bei. Als im Jahre 1906 die Marokkoangelegenheit auf der Konferenz von Algéciras geregelt werden sollte, da stand Deutschland ganz allein da mit Österreich und erlitt eine schwere diplomatische Niederlage. Die Verteidiger des deutschen Standpunktes in der Marokkofrage weisen immer wieder darauf hin, daß die Preisgabe Marokkos das Ende der deutsch-türkischen Freundschaft bedeutet hätte. Dem widerspricht die Tatsache, daß Deutschland 1911 das französische Protektorat über Marokko anerkannte und trotzdem im Weltkriege die Türkei als Bundesgenossen an seiner Seite sah.

In das Jahr 1908 fallen neue Annäherungsversuche Englands. Sir Hardinge kam im Auftrage von König Eduard VII. nach Berlin und schlug dort eine Verständigung über das beiderseitige Flottenbauprogramm vor. Denn das Tempo, in dem Deutschland seine Flotte vermehrte, hatte in England große Besorgnis hervorgerufen. Man wußte diese günstige Situation in Berlin nicht

auszuwerten. Ohne daß man England gefragt hätte: „Was bietest du uns, wenn wir das Tempo unseres Flottenbaues verlangsamten?“ lehnte der Kaiser eine solche Verständigung ab.

Das gleiche Jahr brachte der deutschen auswärtigen Politik nochmals einen großen Erfolg, der allerdings ihr letzter sein sollte. Österreich-Ungarn hatte Bosnien und die Herzegovina, die es bisher nur verwaltet hatte, der Monarchie einverleibt. Die Serben sahen dadurch alle ihre Hoffnungen auf ein großserbisches Reich schwinden und erhoben bei allen, die nicht Freunde der Mittelmächte waren, schärfsten Protest. Rußland schlug eine internationale Konferenz zur Regelung der Angelegenheit vor; aber die deutsche Politik verstand es, die Verwirklichung dieses Vorschlages zu verhindern und die Anerkennung der Einverleibung bei den Großmächten durchzusetzen. Daß es damals nicht schon zu kriegerischen Ereignissen kam, lag wohl hauptsächlich daran, daß sich Rußland nach der kaum beendeten Niederwerfung seiner inneren Revolution noch zu geschwächt fühlte.

Im nächsten Jahre trat Fürst Bülow vom Amte des Reichskanzlers zurück. Innerpolitische Vorgänge, die Kämpfe um die Reichsfinanzreform und vor allen Dingen um die Erbschaftsteuer hatten seinen Sturz veranlaßt. Sein Nachfolger wurde Theobald von Bethmann-Hollweg. Die Volksmeinung unserer Tage hat in Bethmann-Hollweg den Sünderhock für die verfehlte auswärtige Politik des Deutschen Reiches gefunden. Wer unseren Darlegungen aufmerksam gefolgt ist, wird erkannt haben, daß die nicht wieder gutzumachenden Kardinalfehler der deutschen Politik schon durch seine Vorgänger begangen worden sind. Was man an der Wahl dieses feinsinnigen Mannes zum Kanzler aussetzen muß, ist die völlige Eignung für diesen Posten, der gerade in einer Zeit, wo es galt die verfahrenere Politik wieder in richtige Bahnen zu lenken, dafür viel zu wenig politischen Weitblick und eine viel zu geringe Entschlußkraft besaß. In seinem Buche „Betrachtungen zum Weltkriege“ bezeichnet der Kanzler als den Grundgedanken seiner Politik: „die Hauptgefahr der französisch-russischen Allianz, die wir in sich nicht sprengen konnten, dadurch zu brechen, daß dem Zweibund der englische Kredit für seine antideutsche Politik

geschmälert wurde. Das bedeutete für uns den Versuch, uns mit England zu verständigen.“

Daneben aber versuchte er sich auch Rußland wieder zu nähern, und er ging insofern über Bülow hinaus, daß er den Russen in der Orientpolitik gewisse Zugeständnisse machte. Das Potsdamer Abkommen redete zwar noch von der Aufrechterhaltung des status quo am Balkan und im nahen Orient, aber das zu gleicher Zeit abgeschlossene Spezialabkommen über Persien erkannte die besonderen wirtschaftlichen und politischen Interessen Rußlands in diesem Lande an. Das Interessengebiet Deutschlands in Persien wurde eng begrenzt; Rußland verpflichtete sich dafür dem Bau der Bagdadbahn keine Hindernisse in den Weg zu legen. Auch der Potsdamer Vertrag hatte keinen praktischen Wert, da der Zar unter dem Drucke von England und Frankreich nach kurzer Zeit umfiel und sich der förmlichen Ausfertigung des Vertrages dadurch entzog, daß er erklärte, das Wort des Zaren allein müsse genügen. Aber auch in Rußland selbst wurden die deutschfeindlichen Strömungen immer stärker. Es bildete sich eine Kriegspartei, die die Ansicht vertrat, daß bei der deutschen Orientpolitik die Meerengenfrage nur durch einen europäischen Krieg zu lösen sei.

Die Ereignisse gingen nun weiter ihren Gang, wie sie ihn gehen mußten. Der Tripoliskrieg und die Balkankriege waren Stationen auf dem Wege zum Weltbrand. Doch im Verlauf von 1912 fanden wieder Besprechungen mit England statt, die sogar zu formulierten gegenseitigen Vorschlägen führten. Deutschland erklärte sich bereit, wenn England in ein Neutralitätsabkommen willige, an der soeben fertiggestellten Flottennovelle Abstriche zu machen. Die gegenseitigen Vorschläge sind interessant genug, um hier wiedergegeben zu werden. Deutschland schlug vor: „Sollte einer der hohen Vertragsschließenden in einen Krieg mit einer oder mehreren Mächten verwickelt werden, so wird der andere Vertragsschließende dem in den Krieg verwickelten Vertragsschließenden gegenüber zum mindesten wohlwollende Neutralität beobachten und nach allen Kräften für die Lokalisierung des Konflikts bemüht sein.“ Lord Haldane, der Vertreter Englands, bot

folgende Formulierung an: „Keine der beiden Mächte wird irgend einen unprovokierten Angriff auf die andere machen oder zu machen sich vorbereiten oder an irgend einer Vereinigung oder einem Unternehmen gegen die andere zum Zwecke des Angriffs teilnehmen oder sich in irgend einen Plan eines maritimen oder eines militärischen Unternehmens, das auf ein solches Ziel gerichtet ist, allein oder mit einer anderen Macht einlassen.“ Bethmann-Hollweg erklärte mit Recht, daß England bei dieser Formulierung viel zu wenig gebunden sei. Man versuchte nun, beide Formeln zu vereinigen und machte auch Zugeständnisse deutscherseits durch die Opferung eines geplanten Großkampfschiffes. Die Verhandlungen scheiterten schließlich daran, daß England sich weigerte, sich klipp und klar zu einer wohlwollenden Neutralität zu verpflichten, wenn Deutschland ein Krieg aufgezwungen werden sollte.

Inzwischen war die Verbindung Englands mit dem Zweibund immer enger geworden. Im September 1912 kam eine englisch-französische Marinekonvention zustande, zwei Monate später schrieb Grey an den französischen Botschafter den bekannten Brief, der sich mit einer Verständigung des französischen und des englischen Generalstabes über eine gemeinschaftliche Abwehr eines Angriffs einverstanden erklärte, und seit dem April 1914 wurde zwischen England und Rußland über eine Marinekonvention verhandelt. Bethmann-Hollweg gab seine Bemühungen, eine Entspannung der Lage herbeizuführen, nicht auf. Er verhandelte mit England über praktische Dinge, über die Verteilung und den Ausgleich des Interesses an den portugiesischen Kolonien und an Vorderasien. Diese Bemühungen hatten auch einen guten Erfolg und ließen hoffen, daß man mit England in absehbarer Zeit bessere Beziehungen haben werde. Jagow weist darauf in seinem Buche (Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges, S. 60) mit folgenden Worten sehr treffend hin: „Die Tatsache, daß England und Deutschland zu zwei so weitgehenden Verständigungen auf wirtschaftlichem und kolonialem Gebiet gelangen konnten, hätte zweifellos zu einer politischen Entspannung geführt, die friedlichen Tendenzen im englischen Volk wohl vertieft und es den leitenden englischen Staatsmännern dann schwerer ge-

macht, die Nation gegen ihre besseren Instinkte in den Krieg mit uns zu treiben, wie es 1914 der Fall war.“ Der Ausbruch des Weltkrieges bereitete allen diesen Hoffnungen ein jähes Ende.

Wir sind nun so weit gekommen, daß wir unsere Betrachtungen über das alte Deutschland schließen können. Die uns auf der weiten Wanderung gefolgt sind, haben gesehen, warum das deutsche Volk trotz seiner inneren gesunden Kraft, trotz seiner hohen Bildung und seines emsigen Fleißes immer nur vorübergehend die politische Rolle gespielt hat, die ihm an sich dauernd gebührte. Der Hauptfehler des deutschen Volkes ist immer die Uneinigkeit der

deutschen Stämme gewesen, die zum Nutzen des Auslandes die besten Kräfte im Bruderkampfe verzettelte. Wenn uns etwas trösten kann bei unserem tiefen Fall, so ist es die Tatsache, daß die Reichseinheit trotz des verlorenen Krieges, trotz der Revolution und der staatlichen Neubildung fest gefügt geblieben ist. Noch in allerjüngster Zeit bei den Differenzen zwischen Bayern und der Reichsleitung hat das Bestehen der Reichseinheit bei beiden Parteien außer Frage gestanden. Bleiben wir so einig, dann werden wir wieder hoch kommen, dann wird Deutschland und das deutsche Volk auf das Weltgeschehen den Einfluß gewinnen, der ihm zukommt.

II. TEIL

DAS NEUE DEUTSCHLAND

Was glänzt, ist für den Augenblick geboren,
Das Echte bleibt der Nachwelt unverloren!
«GOETHE-FAUST»

I. DER WELTKRIEG



DIE GEGENSÄTZE VOR DEM KRIEGE

DEUTSCHLANDS SCHWÄCHEN UND SEINE STÄRKE

Mit den Feierlichkeiten des Jahres 1913, bei denen der Zar und der englische König zugleich als Glückwünscher erschienen, mit dem nationalen Aufschwung der Augusttage von 1914 und mit den die ganze Welt in Staunen setzenden Siegen der im Osten und Westen unter genialen Führern vorwärts stürmenden Armeen stand das letzte Kaiserthum noch einmal glanzvoll auf dem Gipfel seiner Macht. Schon im September 1914 mit der Marneschlacht begann der Abstieg, der mit dem Kriegsende zum neuen Deutschland führte, dem erst jetzt wieder der Mut zum Aufstieg zu erstarren beginnt. Wir setzen darum die Kapitel über den Weltkrieg, der die Voraussetzung für das neue Deutschland ist, in den 2. Teil und wollen ihnen aus praktischen Gründen auch die Abschnitte, die erzählen sollen, wie es zum Weltkrieg kam, voranstellen.

Wenn man erkunden will, wie der Weltkrieg kam, so muß man sich vor allen Dingen über die europäische Machtstellung des Deutschen Reiches in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriegsausbruch klar werden. Man muß dabei rückblickend vorgehen, wie der Pathologe, der nach der Sektion an einer

Leiche demonstriert, wie alles kommen mußte. Man muß versuchen, sozusagen eine Vorkriegsbilanz zu ziehen, um an ihr die damals vorhandenen Aktiven und Passiven darzustellen. Da der überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung Deutschlands Kraft und Stärke vor dem Kriege mehr im Bewußtsein lebt als die damaligen Schwächen seiner Position, so muß mit den letzteren begonnen werden.

DIE UNGÜNSTIGE GEOGRAPHISCHE LAGE

Das so rasch ausblühende geeinte Deutschland mußte auf kriegerische Interventionen früher oder später einmal gefaßt sein. Nachtheilig war ihm dabei seine ungünstige geographische Lage im Herzen Europas mit langen ungeschützten Grenzen. In friedlichen Zeiten, für Handel und Verkehr bietet die Lage unstreitige Vorteile, die unsere Blüte im Mittelalter und der märchenhafte Aufschwung nach der Reichseinigung unter Preußens Führung einleuchtend erweisen. Auch der Umfang des Staatsgebietes, der stets Vorbedingung für eine Großmachtstellung ist, genügt durchaus. An Umfang des Gebietes wurde das Deutsche Reich

mit seinen 540 000 □km in Europa nur von Oesterreich-Ungarn (um 130 000 □km) und vom europäischen Rußland um das Zehnfache übertroffen. Frankreich war allerdings nicht beträchtlich kleiner (4000 □km). Großbritannien und Irland wiesen aber nur $\frac{1}{6}$ des deutschen Gebietes auf. Ganz anders sieht aber sofort das Stärkeverhältnis aus, wenn man Rußland seine asiatischen Gebiete und England und Frankreich ihre Kolonien zurechnet. Die Riesengröße des russischen Reiches gab seiner Widerstandskraft unerhörte Möglichkeiten. So sicherte der Kolonialbesitz der beiden Westmächte ihnen höchste Weltgeltung. Als Deutschland an den Erwerb überseeischer Kolonien heranging, da war das beste schon weggegeben, und die $3\frac{1}{2}$ Millionen □km, die es erwarb, waren auch an Qualität geringer als die 11 Millionen □km Frankreichs und die mehr als 30 Millionen □km Englands.

Die besonders ungünstige Lage unserer damaligen Grenzen leuchtet ja jedem ein. Sie sind alle ungeschützt und schwer militärisch zu halten. Dazu grenzte Deutschland an die drei mächtigsten Militär-Mächte Europas, von denen allerdings eine — Oesterreich-Ungarn — zurzeit sein Bundesgenosse war. Wie anders England, das, Herr der mächtigsten Flotte der Welt, ringsum vom Meere geschützt war. Wie anders Frankreich, das gegen Italien und Spanien durch mächtige Gebirge gesichert ist, dessen wichtigste Pässe es in der Hand hat. Gegen die Schweiz ist der Jura, gegen das Elsaß waren die Vogesen ein schützender Grenzwall.

Der Boden, den unsere Grenzen umschlossen, ist an Ertragsfähigkeit dem von England und Frankreich ungefähr gleichwertig. Aber der Fleiß und das Können des deutschen Landmannes wußte ihm trotz ungünstigeren Klimas im Durchschnitt höhere Erträge abzurufen.

DIE ART DER BEVÖLKERUNG

Nach Rußland hatte Deutschland mit seinen 65 Millionen in Europa die größte Bevölkerungszahl. Oesterreich-Ungarn hatte 50, England 45 und Frankreich gar nur 39 Millionen. Als Volk waren die Deutschen in Europa das

stärkste; sie hatten unter ihren 65 Millionen nur 4 Millionen Fremdstämmige. Dazu kamen noch in den Kolonien ca. 12 Millionen Untertanen, die allerdings als Hilfskräfte für einen Krieg mit den Westmächten nicht in Betracht kamen, während diese aus dem Riesenbestande ihrer Kolonial-Untertanen immer wieder Millionen an und hinter der Front zur Verfügung hatten. Bei beiden Mächten übertrifft die Bevölkerungszahl der Kolonien die der Heimat beträchtlich. Hatte doch England 379, Frankreich 57 Millionen Kolonial-Untertanen. Obwohl die Stärke und die Art der Zusammensetzung der Bevölkerung Deutschlands recht günstig erscheint, so darf bei der Bewertung für den Kriegsfall eins nicht vergessen werden. Frankreich und England waren völlig national geeinte Staaten, während das Deutsche Reich nach 600jähriger Zersplitterung äußerlich geeint, in Wirklichkeit erst auf dem Wege zur nationalen Einheit war. Was alle Deutschen einte, war Sprache, Sitte und Kultur; in staatlicher Beziehung fühlte sich aber der Deutsche auch 50 Jahre nach der Reichsgründung immer noch zunächst als Preuße, Bayer, Sachse, Schwabe und so fort. Darin lag eine schwere Gefahr, die sich im Verlaufe des Krieges auch als solche erwies.

DIE GRENZ-MARKEN

Das Reichsland — Schleswig-Holstein — Polen.

Der Vorteil, den die geringe Zahl von fremdsprachlichen Elementen im Deutschen Reich mit sich brachte, wurde dadurch aufgehoben, daß diese fast alle an militärisch gefährdeten Grenzteilen wohnten. Elsaß-Lothringen ist im Reiche nie recht warm geworden. Die „Los-von-Berlin“-Bewegung hat immer viele Anhänger gefunden, nicht ohne Verschulden des preußischen Bürokratismus. Diese Bewegung war aber keineswegs ein Anschlußbestreben an Frankreich. Kenner der Verhältnisse haben immer wieder darauf hingewiesen, daß eine Volksabstimmung, die nach dem Versailler Vertrag hätte stattfinden müssen, nicht zugunsten Frankreichs, sondern für ein autonomes Elsaß-Lothringen in der Art Luxemburgs ausgefallen wäre. Die zweite Gefahr lag in der Nordmark. Schleswig-

Holstein war immer ein geschlossener geographischer Begriff gewesen. Erst nach der Einverleibung in Preußen setzte in Nordschleswig eine dänische Irredenta ein, die ganz deutlich Ablösungstendenzen vertrat. Vor allen Dingen auf dem platten Lande fand die Bewegung, wieder auch nicht ohne Schuld der preußischen Verwaltung viele überzeugungstreue Anhänger. Die vielleicht nicht ganz erkannte Gefahr lag darin, daß bei einem kriegerischen Konflikt mit England oder Rußland der Feind Nordschleswig zur Unterstützung dessen angeblicher Ansprüche besetzte und uns einen 3 Frontenkrieg aufzwang. Noch ungünstiger lagen die Verhältnisse in den von Polen stark durchsetzten Gebieten der Ostmark. Die Hoffnung auf ein neues Polenreich ist, genährt von der Kirche, bei den außerordentlich stark national empfindenden Polen nie erloschen. Die Gefahr vergrößerte sich dadurch, daß diese Gegenden an Provinzen benachbarter Länder mit rein polnischer Bevölkerung grenzten. In den deutschen Gebieten wohnten Deutsche und Polen fast in gleicher Stärke bunt durcheinander. Selang die Wiederherstellung Polens mit Einschluß der deutschen Gebiete, so war der schmerzliche Verlust von Millionen Deutschen zu befürchten.

ÖSTERREICHS INNERE SCHWÄCHE SEIT 1866

DIE UNGÜNSTIGE LÖSUNG DER DEUTSCHEN FRAGE

Bei dem engen Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der Donaumonarchie beim Ausbruch des beider Geschichte entscheidenden großen Krieges ist es zum Verständnis des Ausganges notwendig, weit zurückgreifend die innere und äußere Politik Oesterreich-Ungarns zu betrachten. Mit Recht nennen österreichische Historiker von Ruf das Jahr 1866 den Wendepunkt. Denn die letzten Jahrzehnte der österreichischen Politik wurden beeinflusst von den Folgen der mit 1866 besiegelten Loslösung oder besser gesagt Ausschließung Oesterreichs aus Deutschland. Hier liegt die Infektion des Krankheitsprozesses, der schließlich zur völligen Auflösung führen mußte.

Man muß aber, um klar zu sehen, vielleicht noch weiter zurückgehen und zwar bis in die

DEUTSCHLANDS MACHTMITTEL

Diese kleinen Schwächen am Körper des mächtig emporgeblühten jungen Reiches wurden überreich ausgeglichen durch seine starken Machtmittel. Deutschlands Macht gründete sich vor allen Dingen auf die geistige und körperliche Kraft seiner Bevölkerung und die blühende Gesundheit seines Wirtschaftslebens. In Kultur und Schulbildung stand Deutschland keinem Volke der Erde nach. Seine Handelsflagge wehte stolz auf allen Meeren, sein gewaltiges Heer galt als eine Musterorganisation und auch die junge Marine konnte achtungsgebietend ihre Flagge zeigen. Und doch hat weder der Kaiser noch die Regierung noch das Volk daran gedacht, diese gewaltigen Machtmittel zu Eroberungszwecken zu mißbrauchen. Seiner stärkeren Volkskraft gewiß beanspruchte allerdings Deutschland die Teilnahme am Weltmarkt und am Welthandel. Die Lüge vom deutschen Kriegswillen wird darum nicht wahrer, daß man sie immer wieder in die Welt posaunt. Aufgabe der folgenden Kapitel wird es sein, zu zeigen, wo in Wirklichkeit die Ursachen zum Weltkrieg zu suchen sind.

Jahre, wo die großdeutsche und die kleindeutsche Frage heiß umstritten waren. Die Großdeutschen wollten — es würde zu weit führen, obwohl es recht interessant ist, die beiden Standpunkte bis ins einzelne zu ordern — ein Deutschland mit Einschluß Oesterreichs, die Kleindeutschen ein Deutschland ohne Oesterreich unter Preußens Führung. Schon in den Jahren 1848 und 1849 haben großdeutsche Führer vor den Folgen einer solchen Trennung gewarnt. Hartmann klagte damals, daß man damit 9 Millionen Deutsche den Slaven ausliefere. Aber auch außerhalb Oesterreichs erhob Ludwig Uhland die Warnerstimme:

„Und was soll die Stellung der deutschen Minderheit sein in diesem Neustaate? (Gemeint ist das von Deutschland getrennte

Osterreich.) Das Kaiserhaus, die Dynastie als deutsche, was kann sie ihnen helfen, und was kann ihnen der lockere völkerrechtliche Faden helfen, den man zu uns nach Deutschland hinüberfliegen lassen will? Man hat wohl gesagt, Osterreich hat den großen providentiellen Verursacher, nach dem Osten hin mächtig zu sein; nach dem Osten Aufklärung und Gesittung zu tragen. Aber wie kann das deutsche Osterreich Macht üben, wenn es selbst überwältigt ist? Wie kann es leuchten und aufklären, wenn es selbst zugebedet und verdunkelt ist?"

Prof. Dr. Raindl, dessen kundiger Führung wir uns in diesem Kapitel anvertrauen, beklagt es darum aufs schmerzlichste, daß im Frankfurter Parlament keine andere Lösung der deutschen Frage gefunden wurde. (Raindl, „Osterreichs Politik bis 1914“ im Handbuch für Politik, Berlin und Leipzig, 1920, II, S. 23.) Wie er überzeugend darlegt, ist die verbreitete Meinung, daß Osterreich allein die Schuld daran trägt, nicht richtig. Die Mehrheit der österreichischen Abgeordneten hat damals in Frankfurt erklärt, daß sie das Ziel der deutschen Einheit und Freiheit in der Begründung eines ganz Deutschland umfassenden Bundesstaates erblickten. Viele der österreichischen Abgeordneten hatten sogar für die §§ 2 und 3 des vorgelegten Verfassungsentwurfes gestimmt, die besagten, daß kein Teil des Deutschen Reiches mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein dürfe. Nur eine Personalunion sollte gestattet sein. Sie willigten damit in die Lockerung der staatlichen Einheit der Donaumonarchie zugunsten eines Bundesstaates. Damit war eine Brücke zu dem Vorschlage Heinrich von Gagern's geschlagen, der ein engeres Deutschland unter Preußen erstrebte, dieses aber unlösbar staatsrechtlich mit Osterreich verbunden wissen wollte. Die Großdeutschen haben auch nicht die deutsche Kaiserkrone für Osterreich verlangt. Nach ihren Vorschlägen sollte den neuen Staatenbund ein „Reichsdirektorium“ leiten, dem neben dem österreichischen Kaiser und Preußens König von den übrigen Ländern ernannte Vertreter angehören sollten. Die Abgeordneten in Frankfurt hatten sicher den besten Willen zu einer Lösung in diesem Sinne. Mehr Schuld als sie an dem Scheitern dieser Bestrebungen trugen die

Regierungen in Berlin und Wien, die beide um keinen Preis ein Teilchen ihrer Macht und ihres Einflusses einbüßen wollten, was ja immer geschehen muß, wenn zwei am gleichen Strange ziehen.

DER KAMPF DER DEUTSCHEN MINDERHEIT

Bis über die Mitte des Jahrhunderts waren die Magyaren in Ungarn, die Deutschen in Osterreich und in der Gesamt-Monarchie die unbestrittenen Führer gewesen, trotzdem rein zahlenmäßig die Magyaren in Ungarn noch nicht die Hälfte, die Deutschen in Osterreich gar kaum ein starkes Drittel der Bevölkerung zu den Ihren zählen konnten. Anlaß genug für den immer wachsenden Haß der starken fremdstämmigen Völker, die mit ihnen in einem Staate zusammenlebten, ohne irgend welchen Einfluß zu haben. Die Zeitströmung, die immer lauter ein Mitbestimmungsrecht der Regierten forderte und der auf die Dauer kein Widerstand zu leisten war, mußte der deutschen Minderheit, die den Staat einst geschaffen, schwere Gefahr bringen. Das wußte man auch 1848. Darum empfahlen weitsichtige österreichische Politiker so warm den engen staatsrechtlichen Anschluß an Deutschland, darum waren die Nichtdeutschen, vor allem die Tschechen, die schärfsten Anschlußgegner. Eine Verfassung mußte in absehbarer Zeit gegeben werden. In ihr den geistigen Führern im Staate — und das waren die Deutschen — die ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung entsprechenden Einfluß zu sichern, wäre eine klug vorausschauende Politik der damals völlig deutschen österreichischen Regierung gewesen. Die 1848 vom Kremser Parlament angenommene Verfassung hätte eine Grundlage für den weiteren neustaatlichen Aufbau werden können. Sie enthielt föderalistische und zentralistische Elemente. Einer derartigen Verfassung wären damals nämlich auch die fremden Volksstämme zugänglich gewesen. Eine föderalistische Verfassung, die den einzelnen Landesteilen eigene Rechte und eine nur durch die Zentralgewalt kontrollierte selbständige Verwaltung gab, hätte große Wünsche der Nichtdeutschen befriedigt und bei nationaler Abgrenzung der Verwaltungsgebiete die Deutschen an Einfluß nicht so

zurückdrängen können, wie das später geschah. Die Kremser Verfassung wurde, sobald die Regierung wieder die Zügel in der Hand hatte, aufgehoben, aber nichts Besseres an ihre Stelle gesetzt. Es begann ein hilfloses Schwanken zwischen den beiden Systemen, das zunächst keine praktische Bedeutung hatte, da Osterreich trotz der oktroyierten Verfassung von 1849 bis zum verlorenen Kriege gegen Italien (1859) rein absolutistisch regiert wurde. Von da an wirkte der dreimalige scharfe Wechsel zwischen den beiden Arten von Verfassung verwirrend und schwächend. Ein gut Teil der Deutschen in Osterreich war zunächst für die föderalistische Form. Sie sicherte einerseits vor allzu großer Vergewaltigung der Deutschen und ließ auf der andern Seite die immer noch ersehnte Möglichkeit einer staatsrechtlichen Verbindung mit Deutschland zu. Der Krieg von 1866, wo Deutsche gegen Deutsche fichten, brachte die engdültige Trennung und bei den Deutschen innerhalb der schwarz-gelben Grenzpfähle eine verständliche Erbitterung. Da die Hoffnung auf einen Zusammenschluß mit Deutschland gestorben war und die nach dem verlorenen Kriege immer fester werdenden Nichtdeutschen für eine föderalistische Verfassung — und zwar in der Abgrenzung nach den alten Landesgrenzen, d. h. nach den historisch-politischen Individualitäten — eintraten, die in dieser Form die deutschen Minderheiten machtlos gemacht hätte, so machte man eine scharfe Wendung und trat seitdem konsequent für eine zentralistische Verfassung und Verwaltung ein. Aber diese zentralistische Verwaltung geriet bald mehr und mehr in die Hände der Nichtdeutschen. Der Ausgleich mit Ungarn, von dem noch in einem besonderen Kapitel zu reden sein wird, war die erste Schwächung. Bald machte man den Polen große Zugeständnisse und gab ihnen großen Einfluß, was diese aber nicht dazu bewegen konnte, nicht in einem selbständigen Polen (auch auf Osterreichs Kosten) das Ziel ihrer Sehnsucht zu setzen. Nach 1871 wuchs die Erbitterung der Deutschen in Osterreich noch. Man hat es damals dort nicht verstanden, daß offizielle Reden und Zeitungsartikel immer von der Einigung sämtlicher deutschen Stämme sprachen, daß man sie also scheinbar im neuen deutschen Reich nicht mehr zu

den Deutschen rechnete. „Man unterschätzte die Donau-Deutschen politisch und völkisch, wußte auch nichts von ihren Verdiensten um Kultur und Fortschritt. Man hatte vergessen, daß hier das Nibelungenlied entstanden ist, daß Wiens Mauern die Türken aufgehalten haben, daß bei Aspern und Eßlingen Napoleons Stern zuerst erblich, daß aus Hofers Blut die Saat der Freiheitshelden aufging.“ (Raindl a. a. O., S. 27.)

Die Deutschen in Osterreich sahen die ihnen drohenden Gefahren bald ein. Aber ihre Taktik der Abwehr war nicht geschickt und isolierte sie immer mehr. Sie hatten Recht damit, daß sie sich bei Ausbruch der Balkanwirren in den 70er Jahren gegen eine Teilnahme und gegen die Einverleibung fremder Teile wehrten. Aber sie durften, wenn sie politisch klug waren, ihrer Meinung nicht so scharf Ausdruck geben, daß es zum Bruch mit dem Hofe und den militärischen Kreisen kommen mußte. Die Krone, verärgert, war nun um so mehr slawischen Einflüssen zugänglich. Die Tschechen gewannen rasch Boden. 1879 wird der erste Tscheche Minister, und schon ein Jahr später war die deutsche Staatsprache nicht mehr zu halten. Die Bewegung unter Schönerer, der Osterreichs deutsche Lande zum deutschen Reich führen wollte, verschärfte den Gegensatz naturgemäß, umso mehr, da nach dem Vertrage von 1879 zwischen Osterreich-Ungarn und dem deutschen Reich die Bewegung kein praktisches Ziel mehr hatte. Denn das deutsche Reich wollte bei diesem Bündnis nur Einfluß auf die äußere Politik der Donaumonarchie gewinnen, dachte aber, gerade um diesen Einfluß sich zu sichern und ausüben zu können, gar nicht daran, in Osterreichs innere politische Verhältnisse einzugreifen oder etwa gar eine Los-von-Osterreich-Bewegung irgendwie zu fördern. Die also an sich zwecklose Bewegung gab nur den Tschechen und Magyaren Anlaß, sich um den „Schutz der Monarchie und des Staates“ verdient zu machen. Echt deutsche Eigenbrödelei zersplitterte schließlich noch die Kräfte der einem immer wachsenden Unterdrückungswillen gegenüber Kämpfenden. Die Sozialdemokratie scharte die deutschen Arbeiter um ihre Fahnen, und deren Vertreter standen mit den übrigen Deutschen meist nicht in einer Kampflinie. Zu dieser Ab-

bröckelung von links kam eine solche von rechts durch die sogenannte „Los-von-Rom-Bewegung“. Man machte dadurch dem deutsch gesinnten Teile des Klerus die Mitarbeit für die deutsche Sache unmöglich und verlor die Anhängererschaft der streng katholischen Bauern der Alpenländer. Und nicht nur das. Es kam auch eine Spaltung innerhalb der völkischen Deutschen, da viele in ihren Reihen ein Hineinziehen der Religion in die Politik ablehnten. So standen die Deutschen Österreichs in mehrere sich heftig befehdende Gruppen gespalten in diesem schweren Kampf.

DER AUSGLEICH MIT UNGARN

Das Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn ist keine Liebesheirat, sondern eine Vernunft-Ehe gewesen und zwar keine besonders glückliche. Bis 1866 hat sich Ungarn zwar, oft zähneknirschend, manchmal auch revoltierend, fügen müssen, aber der unglückliche Ausgang des Feldzuges gab ihm Gelegenheit, Rechte zu erwerben. Man wird Preußen das gute Recht nicht absprechen können, wenn es während des Krieges die Kräfte des Gegners zu schwächen suchte, indem es die politischen Forderungen der nichtdeutschen Völker Österreichs zu kräftigen suchte. Für die Zuerlässigkeit des größten Bundesgenossen im Weltkrieg ist es später nicht von Nutzen gewesen. Denn der nun von Ungarn energisch geforderte Ausgleich von 1867 war einer der Todeskeime für die Donaumonarchie. Außerlich schien der Ausgleich gar nicht so schlimm. Beide Staaten bildeten ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, hatten auch das Heer und die Vertretung dem Ausland gegenüber gemeinsam. Aber die gemeinsamen Kosten waren ungerecht verteilt. Jahrzehnte lang mußte Österreich 70 % dieser gemeinsamen Kosten tragen und den Löwenanteil die Deutschen, die in Österreich fast $\frac{2}{3}$ der Steuern aufbrachten. Die größte Schwächung der Zentralgewalt aber geschah durch die sogenannten Delegationen, in denen die gemeinsamen Angelegenheiten besprochen und beschlossen wurden. Hier hat Ungarn ziemlich von Anfang an ein entschiedenes Übergewicht gehabt, da die Ungarn dort stets bis zum letzten Mann einig waren. Dieses Übergewicht ist aber nun leider stets

in egoistischer Weise ausgenützt worden. Immer mehr Rechte riß Ungarn an sich, ohne dafür auch größere Lasten tragen zu wollen. Schließlich erstrebte man auch ein eigenes durch Zollgrenzen abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet, das auch wohl bei neuen Ausgleichsverhandlungen, die der Krieg verhinderte, zustande gekommen wäre. Österreich, das sein Hauptabsatz-Gebiet mit in Ungarn hatte, wäre dadurch sehr empfindlich geschädigt worden. Und das trotz der jahrzehntelangen erheblichen finanziellen Opfer, die es für Ungarn gebracht hatte. Wesentliche Unterstützung fanden die Ungarn stets bei der Krone, die nur einmal (und da auch erfolgreich) energisch wurde, als man im ungarischen Heere die deutsche Kommandosprache abschaffen wollte. Immer hat Ungarn an sich gedacht. Das Wohl der Staatseinheit, zu dem es gehörte, war ihm ziemlich gleichgültig, solange es selbst keinen Schaden dabei erlitt. Loslösungsbestrebungen fanden in vielen Kreisen ein offenes Ohr und wir wissen jetzt, daß hervorragende Ungarn Beziehungen zu Serbien und Italien hatten, um diese Bestrebungen zu befördern.

DIE IRREDENTA

Auf den Begriff der Irredenta und seine Geschichte einzugehen, ist hier unmöglich. Das würde den Rahmen des Gesamt-Gefüges sprengen. Das Wort ist ja jedem Zeitungsleser bekannt. Es ist das Schlagwort für die Bestrebungen früher unterworfenen Völker sich wieder selbständig zu machen und von Volksteilen, die vom Mutterlande abgesprengt sind, sich mit diesem wieder national und staatlich zu vereinigen. In Österreich mußte die Befreiungsbewegung der Völker zweiter Ordnung besonders stark werden, da die Deutschen, die im Laufe der Geschichte auf Grund ihrer Erfolge in die Führerstellung hineingewachsen waren, der Zahl nach, wie schon oben erwähnt wurde, nur ein Drittel der Bevölkerung ausmachten. Am fanatischsten und nicht immer mit sauberen Händen hat die slawische Bevölkerung Böhmens (die Tschechen) um ihre Selbständigkeit gekämpft. Neben dem Nationalgefühl war hier ein unverföhnlicher Deutschenhaß die Triebfeder. Daß Ungarn mit dem Ausgleich von 1867 einen so großen Erfolg errungen hatte, löste bei den

Tschechen eine starke Erregung aus. Sie verlangten jetzt ganz offen die Rechte der Wenzelkrone, d. h. die gesetzgeberische Gewalt und die Verwaltung der vereinigten Landesteile: Böhmen, Schlesien und Mähren. Ihr Rechtsanspruch war irrig. Nie waren diese drei Länder ein einheitlicher nationaler Staat. Man bestritt in den Deklarationen von 1868 übrigens auch dem Reichsrat in Wien das Recht, für die drei Landesteile Gesetze zu erlassen und wollte mit den andern Ländern der Donaumonarchie nur noch die Dynastie gemeinsam haben. Die Regierung griff zunächst noch energisch zu. Über Prag wurde im Oktober 1868 der Belagerungszustand verhängt. Schon damals waren panslawistische Ideen vorhanden, schon damals wurden die ersten Fäden mit Frankreich geknüpft. Führer der breiten Masse im Kampfe war der in Wien einflussreiche Adel. Die Regierung wurde schwach und schwankend und machte zum Teil sehr weitgehende Zugeständnisse. Deutsche und Madjaren hatten aber noch so viel Einfluß, um ihre Ausführung zu verhindern. Die maßlos erbitterten Tschechen antworteten mit passiver Resistenz; sie erschienen nicht mehr im Reichsrat. Die weiter oben bereits gekennzeichnete Stellungnahme der Deutschen bei den Balkanwirren änderte die Situation. Die Regierung nahm einen andern Kurs, der erste Tscheche wurde Minister und die tschechischen Abgeordneten nahmen ihre parlamentarische Tätigkeit wieder auf. Sie erreichten 1880 die viel umkämpften Sprachenverordnungen, die die tschechische Sprache in den böhmischen Ämtern bevorzugten. Als 17 Jahre später Bardeni den Tschechen noch weiter entgegenkommen wollte, einte die Not endlich einmal wieder sämtliche Deutsche und zwar mit vollem Erfolge. Länger als zwei Jahre hat der erbitterte Kampf, der viel Blut und auch Menschenleben forderte, gedauert bis es der beharrlichen Einigkeit aller Deutschen gelang, die Aufhebung der Sprachenverordnungen durchzusetzen. Aber die deutsche Forderung der nationalen Abgrenzung der Verwaltungsgebiete konnte jetzt, da viel zu spät aufgestellt, einen Erfolg nicht mehr haben. Die Tschechen regierten, aber sie machten ihre Sache so schlecht, daß schließlich der Landtag aufgelöst werden und eine von Wien eingesetzte Kommission die

Verwaltung übernehmen mußte. Trotzdem stand die nationalistische Bewegung nicht still. Man organisierte sich sehr straff und band die Fäden zu Frankreich und Rußland immer fester.

Ganz anders und äußerlich erfolgreicher arbeiteten die Polen, deren Hauptmasse in Galizien saß. Sie hatten nach der verfehlten Revolution von 1863 eingesehen, daß Gewalt augenblicklich nicht zum Ziele führen könne, und daß man andere Wege gehen müsse, um politischen Einfluß zu gewinnen. Man sah die Erfolge Ungarns und lernte daran. Eine Satire „Tyła Stanczyka“ („Die Maske des Hofnarren“), die sich gegen die umstürzlerische Verschwörer-Politik und -Taktik richtete, gab der Stanczyken-Partei den Namen, die in Rußland den natürlichen Feind sah und den Panslawismus ablehnte. Im Herzen erträumte man natürlich das geeinte selbständige Polen unter der Flagge des weißen Adlers. Aber man wollte nicht durch Waffengewalt dazu kommen, sondern kraft eines überragenden politischen Einflusses. Man dachte damals, wenn man vom Habsburger als König. Mit viel Geschick und zäher Energie ging man unter Führung der „Krautauer Konservativen“ an die Arbeit und errang Schritt um Schritt immer größeren politischen Einfluß. Der Kenner der österreichischen Geschichte weiß, wie mächtig in Wien der Polenkub in den letzten Jahrzehnten der Monarchie war. Galizien wurde allmählich ein Staat im Staate. Schon 1871 erreichte man die Schaffung eines eigenen Ministers für Galizien. Sonderrecht nach Sonderrecht ließ sich die gefällige Krone abringen. Die polnische Sprache wurde alleinherrschend; Krakau und Lemberg wurden von deutschen allmählich zu polnischen Universitäten. Von der Finanzkraft des Staates wurde mehr in Anspruch genommen als den polnischen Landesteilen zustand. Die Leidtragenden waren auch hier die steuerkräftigen Deutschen, die man im übrigen auf jede Weise zu unterdrücken und zu schädigen suchte. Feste Stütze dabei war der intelligente Führung eine ausgezeichnete Organisation, deren Rückgrat die Sokol-Vereine bildeten, in denen man die Jugend zu politischem Kampf im national-polnischen Sinne erzog.

Einen Umschwung der Taktik brachte der deutsch-österreichische Vertrag von 1879. Die Hoffnung auf die polnischen Landesteile Preußens mußte vorläufig begraben werden. Auch der Weg zur Ostsee, für das erträumte selbständige Polen eine Lebensfrage, führte über das Gebiet des neuen Verbündeten. Ist es da ein Wunder, daß man jetzt die Augen auf Rußland richtete und daß die in den 80er Jahren einsetzende von Rußland unterstützte panslawistische Propaganda begeisterte Anhänger und Vorkämpfer fand? „Rußland allein kann Euch erlösen!“ so klang es immer wieder in der Polen Ohren, „nur Rußland ist imstande, den verbündeten Deutschen und Österreichern deren polnische Gebiete zu entreißen.“ Noch stärker wurde die Hinnahme zu Rußland, als die Petersburger Regierung nach dem schweren Mißerfolge im Osten (1905) ihre Politik wieder nach Westen orientierte. Der Panslawismus wuchs in den fremdstämmigen Teilen der Donau-Monarchie. 1908 waren auf dem neoslavischen Kongreß in Prag neben den Russen und Tschechen auch die Polen vertreten. Die 1914 geführten Hochverrats-Prozesse zeigten mit erschreckender Deutlichkeit den Umfang und die Macht dieser staatszerstörenden Bewegung. Unfaßbar scheint uns darum heute die im Kriege von uns selbst freiwillig bewirkte Wiederaufrichtung eines polnischen Staates. Die mit allen Mitteln des Unrechts um Oberbefehl geführten Kämpfe und sein ewig schmerzlicher Verlust waren die polnische Quittung auf diesen unverzeihlichen Fehler.

Die Selbständigkeits- und Loslösungsbestrebungen der Südslawen sind lange wenig beachtet worden. Die Slowenen, die Kroaten und Serben waren in Österreich und Deutschland immer sehr beliebte Operetten- und Witzblatt-Figuren. Ernst zu nehmen hat man sie erst gelernt, als die verhängnisvollen Schüsse in Serajewo den Weltbrand entzündeten. Der großserbische Gedanke wurde in den genannten Völkern schon lange propagiert. Größere Dimensionen aber nahm die Bewegung erst an seit dem Regierungsantritt König Peters von Serbien (1903), dem die brutale Ermordung König Alexanders und seiner Gattin Draga vorausging. Von den drei südslawischen Völkern waren die Kroaten lange

österreich-freundlich. Die Verärgerung ging bei ihnen von den Kroaten Ungarns aus, die trotz einer gewissen Selbständigkeit von den Ungarn oft majorisiert wurden, ohne daß die kurzfristige Reichsleitung einzugreifen gewagt hätte. Trotz völkischer und religiöser Gegensätze gelang es unter diesen Umständen den Serben die unzufriedenen, verärgerten Kroaten für ihre Ideen zu gewinnen. Schon 1905 fing man — zunächst allerdings nur in Resolutionen — sogar an, die Beute bereits zu verteilen. Kroatien sollte Dalmatien erhalten und unterstützte dafür die serbischen Ansprüche auf Bosnien und die Herzegowina. Die Regierung in Wien suchte nach der alten schwächlichen Methode des Entgegenkommens die Bewegung abzuschwächen. Man gab Bosnien und der Herzegowina die Selbstverwaltung von Kirche und Schule und schließlich nach der Annexionierung (1908) sogar eine Verfassung. Der Landtag — verhängnisvoll eingeleitet durch Revolvererschüsse auf den Landeschef — aber begann seine Tätigkeit sofort mit dem Kampf um weitere Rechte und um die Unabhängigkeit der Südslawen. Die südslawischen Gebiete stellten keine geringere Forderung auf als die völlige Gleichberechtigung mit Österreich und Ungarn. Südslawien, Österreich und Ungarn sollten gleichberechtigt gemeinsam die Monarchie bilden. Allerdings entwickelte sich bei den Serben eine starke Gegenströmung gegen diese Pläne, die ja einer Vereinigung der österreichischen Teile, die von Serben bewohnt wurden, mit dem Königreich Serbien hindernd im Wege standen.

Am ältesten war die Irredentisten-Bewegung in Italien. Das Wort von dem „unerlösten Italien“ (Italia irredenta) hat ja allen Strömungen dieser Art den Namen gegeben. Die Bewegung ist sehr alt. Schon im 18. Jahrhundert finden wir irredentistische Regungen in den von Italienern bewohnten Teilen Österreichs. Gefährlicher aber wurde die Bewegung erst, als ihr die erfolgreichen Einigungsbestrebungen der Italiener begründete Hoffnung gaben. Das Trentino (Südtirol) und das Küstengebiet an der Adria hat seitdem mehr oder weniger heimlich von der italienischen Regierung unterstützt, nie den festen Glauben an die Verwirklichung seiner Anschlußgedanken aufgegeben. Auch der Dreibund

wirkte keineswegs hemmend. Die italienische Regierung sprach sich zwar in allerlei feierlichen Erklärungen gegen die Irredenta aus. Aber kein Italiener nahm die Erklärungen ernst. Man ehrte Oberdank, das Haupt der Triester Verschwörung, die die gewaltsame Losreißung des Trentino erstrebte und die Ermordung des österreichischen Kaisers geplant hatte, bei jeder Gelegenheit, ohne daß die italienische Regierung einschritt. Nach Oberdank, dem hingerichteten Deserteur und Verschwörer, wurde in Rom eine Straße benannt. In Venedig errichtete man ihm ein Denkmal. Und selbst in Triest sang man bei jedem sich bietenden politischen Anlaß, obwohl es streng verboten war, ein Lied, das Oberdank und seine Pläne rühmte. Eifrig wirkte der italienische Schulverein in den „unerlösten“ Gebieten, und Gabrielle d'Annunzio stellte das flammende Bathos seiner berebten Dichtkunst begeistert und begeistert in den Dienst der Sache. Man arbeitete aber auch mit dem niedrigen Mittel der Spionage. Systematisch wurde für den kommenden Befreiungskampf der italienische Generalstab informiert. Dabei war die Behandlung der Italiener in Österreich einwandfrei. Von berechtigten nicht agitatorischen Klagen hat man eigentlich nie etwas gehört. Aber es gelang eben nun einmal der ewigen Bid-Bad-Politik der schwachen Wiener Regierung nicht, das in diesen Landesteilen seit 1866 stark gesunkene Ansehen wieder zu heben. Auch hier wurde der Donau-Monarchie im Weltkriege die Quittung für manche Unterlassungsünde präsentiert.

ORIENT - POLITIK

Österreich ist durch Jahrhunderte der Prellbock Europas gegen die Türkengefahr gewesen. Zwei Mal lagen die Türkenheere vor den Mauern Wiens. Infolgedessen war ihm die Orientpolitik nichts neues, und es war aus historischen Gründen berufen, bei der Neuordnung der Geschehnisse auf dem Balkan eine wichtige Rolle zu spielen. Allerdings gehörten dazu größere Machtmittel als es besaß. Aber hatten nicht Preußen und andere Deutsche aus dem Reich mit Österreich Schulter an Schulter gegen die Türken getritten? Mußte nicht die Lösung der „orientalischen Frage“ ganz Groß-Deutsch-

land stark interessieren? Mit gutem Vorausblick führten im Frankfurter Parlament die Großdeutschen es als wichtiges Argument für ihre Lösung der deutschen Frage an, daß nur ein Groß-Deutschland, nicht aber Österreich allein die wichtige kulturelle und politische Aufgabe Mittel-Europas im Orient erfüllen könnte. Als die Türken immer mehr an Macht verloren und es noch ein deutsches Reich und einen deutschen Kaiser in Wien gab, da lenkte die Gefahr, die von Napoleon drohte, den Blick nach Westen. Und als die Gefahr überwunden, da benutzte der russische Zar sein Ansehen innerhalb der heiligen Allianz, um auf dem Balkan freie Hand zu behalten. Die Politik der Zaren Alexander I. und Nicolaus I. arbeitete konsequent und auch ziemlich offen darauf hin, die Donaufürstentümer und den Balkan völlig unter russischen Einfluß zu bringen. Österreich fand an Preußen keine Stütze für einen etwaigen Widerstand. Schon damals könnte das spätere Bismarck-Wort gesprochen sein, daß die deutschen Interessen im Süd-Osten Europas „nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert“ seien. Im Krim-Krieg ließ Preußen seinen Bundesgenossen direkt im Stich. Österreich wagte nicht ohne Preußen zu handeln, weil es damals schon eine Auseinandersetzung mit Preußen fürchtete, und trieb eine so schwankende Politik, daß es schließlich beide kriegsführenden Teile verärgerte. Preußen dagegen hatte sich durch seine streng neutrale Haltung das gleiche Entgegenkommen Rußlands bei der künftigen kriegerischen Auseinandersetzung mit Österreich gesichert. Österreich verlor die Früchte erfolgreicher Kolonisationsarbeit. Es mußte die Moldau und Walachei aufgeben und verbittert zusehen, wie man 1859 Esau zum Fürsten beider Länder wählte. Es konnte auch nichts dagegen tun, als Milosch Obrenowitsch den serbischen Thron bestieg. Mit dem Mißerfolg von 1866 schwand Österreichs Einfluß auf dem Balkan gänzlich. Bismarck hat das siegesicher im April 1866 dem Prinzen Karl von Hohenzollern, den die Rumänen zum Fürsten gewählt hatten, vorausgesagt. Er solle annehmen, riet er ihm, er gedente Österreich eine Weile zu beschäftigen. Eine weitere Schwächung des österreichischen Einflusses im Osten brachte der Ausgang des russisch-türkischen Krieges. Rumänien, Serbien und Montenegro

wurden selbständig. Die Grundlagen für ein Groß-Bulgarien (unter Rußlands heimlicher Leitung) wurden geschaffen, und Bessarabien steckte Rußland als Gewinn in die Tasche. Österreich bekam auch etwas als Pflaster auf die Wunde sozusagen: Bosnien und die Herzegowina. Aber es war ein Danaergeschenk. Wir haben weiter oben gezeigt, wie gefährlich gerade die Angliederung dieser Landesteile dem ruhigen Verlaufe der inneren Politik in der Donau-Monarchie geworden ist. Serbiens Haß, die treibende Kraft mit zum Weltkrieg, wäre bei einer anderen Lösung sicher nie so fanatisch geworden. Von dem Zweibund-Vertrag an war Österreich zu vollkommener Passivität in der Balkan-Politik verurteilt. Bismarck hat nie die Fühlung mit Rußland aufgegeben. Er mußte also mit allen Kräften für ein leidliches Verhältnis zwischen Rußland und Österreich sorgen. Das war aber nur möglich, wenn Österreich seine Balkan-Interessen vernachlässigte. Was nützte der Vertrag von Skermitz, nach dem jede im Orient auftauchende Frage fortan von Rußland und Österreich gemeinsam gelöst werden sollte. Rußland tat ja doch, was es wollte, und vor energischem Widerspruch warnte immer wieder Berlin. 1882 trat eine Wessierung der Lage für Österreich ein. Milan von Serbien wurde als König anerkannt, und der König, der als galanter Lebemann Wien mehr liebte als seine Hauptstadt Belgrad, trat bald in ein freundschaftliches Verhältnis zur Donaumonarchie. Auch mit dem 1883 zum König gekrönten Karl von Rumänien kam man in ein engeres Verhältnis, das seinen Ausdruck in der Anlehnung Rumäniens an den Dreibund fand. In Bulgarien aber war der russische Einfluß so stark, daß immer die Beziehungen kühl blieben. Lange Jahre hat es gedauert bis König Ferdinands kluge, zurückhaltende Politik ein erträgliches Verhältnis schuf.

Aber die Freundschaft mit Serbien sollte nicht lange dauern. Rußland ließ den Rubel rollen und unterstützte die großserbische Propaganda in Bosnien und der Herzegowina und die radikale Strömung im Königreich. 1889 war diese Arbeit soweit gefördert, daß Milan abdanken mußte, um seinem Sohne, den allen Einflüssen preisgegebenen Schwächling Alexander, Platz zu machen. Mit Bismarcks Ab-

gang waren, da der Rückversicherungsvertrag nicht erneuert wurde, die freundschaftlichen Beziehungen des Deutschen Reiches zu Rußland endgültig unterbrochen. Der längst vorbereitete Bund zwischen Frankreich und Rußland gewann feste Formen. Aber als die russischen Interessen ihren Schwerpunkt nach Ostasien verlegten, gelang der österreichischen Diplomatie doch vorübergehend eine Annäherung an Rußland. Man schloß 1894 eine Vereinbarung, nach der Rußland auf Eingriffe in die bulgarische Politik verzichtete, da Österreich dasselbe für Serbien versprach. 1897 reiste Kaiser Franz Josef mit seinem Außenminister zu Besuch nach Petersburg, und 1903 kamen nach verschiedentlichen gemeinsamen Aktionen in Balkanfragen die Märzsteiger Vereinbarungen zwischen Rußland und Österreich zustande. 1908 aber bekam mit der förmlichen Annektierung von Bosnien und der Herzegowina, die in Wirklichkeit ja nicht die geringste Veränderung der tatsächlichen Verhältnisse brachte, die Freundschaft mit Rußland einen unfittbaren Riß. Auch Rußland war unter den protestierenden Mächten. Aber Deutschland hielt treu und fest zu Österreich, wie dieses in Algiciras allein an seiner Seite gestanden. Damals erkannte man klar in Berlin, daß der heftige Vorstoß gegen Österreich eigentlich dem Deutschen Reiche galt, und Raindl zitiert mit vollem Recht bei Behandlung der Annexionsfrage die folgende Stelle aus Fürst Bülow's „Deutscher Politik“:

„Das deutsche Schwert war in die Wagschale geworfen, unmittelbar für den österreichisch-ungarischen Bundesgenossen, mittelbar für die Erhaltung des europäischen Friedens und vor allem für das deutsche Ansehen und die deutsche Weltgeltung.“

Threnthals energisches Eingreifen unter deutscher Rückenbedeckung hatte der österreichischen Orientpolitik nach langer Pause einmal wieder einen Erfolg gebracht. Sein Nachfolger verfiel in die alte Schwäche, die leider von Berlin unterstützt wurde. So sah Österreich tatenlos zu, wie von Italien und durch die Balkankriege das türkische Reich geschwächt und in Fehengerissen wurde. Das winzige Montenegro hatte damals in der Balkanpolitik eine einflußreichere Stimme

als die an Machtmitteln reiche Donaumonarchie. Als diese nach dem Bukarester Frieden (August 1913) eingreifen wollte, um die Vergewaltigung Bulgariens durch Rumänien abzu schwächen, war es viel zu spät. Mit den europäischen Mächten leistete auch der deutsche Bundesgenosse starren Widerstand, und die verspätete Aktion hatte nur den einen Erfolg, daß nun auch die Rumänen unveröhnliche Feinde der Doppel-Monarchie wurden.

ITALIENS EXTRATOURN

Als bei Kriegsbeginn sich Italien nicht sofort auf die Seite der kämpfenden Dreibundsgenossen schlug, da gab's in den breiten Schichten Deutschlands größte Verwunderung. Wer kannte denn, auch nur in den Grundzügen, den Dreibund-Vertrag? Und wer wußte, daß bei der Konstellation der Kriegserklärungen der „Bündnisfall“ nicht gegeben war? Wer die geschichtlichen Vorgänge genau verfolgt hatte und wußte, daß Italien zu gemeinsamen Defensiv-Handlungen sich zwar bereit finden ließ, im übrigen aber, wenn's auch zum Schaden der „Bund-Genossen“ war, eigene Wege ging, der hat an ein kriegerisches Eingreifen Italiens an der Seite Deutschlands und Österreichs nie geglaubt. In der Kretafage geschah der erste Seitensprung Italiens. In Algiciras hat Italien, ohne Vermittlungs-Anstrengungen zu machen, die beiden Bund-Genossen völlig isolieren lassen. Mit wachsender Erbitterung sah Österreich die immer kräftiger werdende Irredentisten-Bewegung durch die italienische Regierung – wenn natürlich auch nicht offiziell – unterstützt. Und 1908 begnügte sich bei der Annektierung von Bosnien und der Herzegowina Italien nicht mit Widerspruch, sondern wäre auch bereit gewesen, dem Bund-Genossen in den Rücken zu fallen. Das geschah nun zwar nicht; aber das Ziel der Italiener wurde immer klarer. Sie wollten Valona haben. Dann war die Adria abgeklärt und Triest und Fiume hatten ihre für Österreich so wichtige Bedeutung verloren. Die Mittelmeergeltung der Donau-Monarchie war damit beendet, und Italien konnte die Erbschaft antreten. Heute hat Italien Österreich von der Adria verdrängt. Aber es wird seines Erfolges nicht froh. D'Annunzio's Fiume-Abenteuer, das

die Volksstimmung für sich hatte, ist gescheitert. Aber die Erbitterung ist geblieben. Und wenn das Ministerium de Facta am 19. Juli 1922 stürzte, so geschah das zum großen Teile deshalb, weil es die italienischen Wünsche in Mittelmeerfragen bei den Mit-Alliierten nicht durchsetzen konnte.

ÖSTERREICH'S LAGE ZU KRIEGSBEGINN

Wir haben gesehen, wie seit dem Schwinden der Hoffnung auf Verwirklichung des groß-deutschen Gedankens, mit der Schwächung durch den 1866er Krieg die Donau-Monarchie immer mehr in inner- und außenpolitische Schwierigkeiten verstrickt wurde. Und wir haben uns dabei überzeugen müssen, daß das Deutsche Reich seine Nöte in ihren Auswirkungs-Möglichkeiten nicht immer klar erkannte. Man kann die Lage Österreich-Ungarns zu Kriegsbeginn nicht besser kurz und knapp kennzeichnen, als es Prof. Raindl in dem mehrfach erwähnten Aufsatze (a.a.O., S. 42) tut. Seine Ausführungen seien darum hier im Wortlaut angeführt:

„Faßt man die Gesamtlage vom Anfang des Jahres 1914 zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Österreich-Ungarn war im Innersten erschüttert. Überall förderten Rußland und Italien offen die Irredenta, um sich zu geeigneter Zeit auf die durchwühlte Monarchie zu stürzen. Auch zu Frankreich bestanden hochverräterische Beziehungen. Im Norden waren Tschechen, Altpolen und Altruthenen an der Wühlarbeit beteiligt. Auch unter den Madjaren gab es unzuverlässige Elemente. Unter den Südslawen der Monarchie betrieben die Irredenta vor allem die Serben, die mit Rußland seit Peter dem Großen in Verbindung standen und seit 1866 Serbien als Piemont des Balkans gegenüber der Habsburger Monarchie bezeichneten. In Belgrad erging man sich unausgesetzt in unerträglichen Schmähungen und Kriegsdrohungen gegen die Monarchie. Ebenso in Montenegro. Rumänien näherte sich den Segnern der Mittelmächte und nährte die Abfallsbewegung unter den Stammesgenossen der Monarchie. So war Österreich wie Deutschland von allen Seiten von Feinden umkreist, zugleich aber auch im Innern so zermürbt, daß es kaum noch wagte,

die Hochverräter vor Gericht zu ziehen. Daraus ergibt sich von selbst, daß die Monarchie durchaus nicht angriffslustig war und nur die äußerste Bedrohung und Herausforderung sie zu entscheidenden Schritten veranlassen konnte. Dieser Fall war durch das Attentat von Serajewo gegeben. Trat Österreich nach diesem nicht mit größter Entschiedenheit auf, so verlor es den Rest von Ansehen und fiel in sich zusammen.

Über seine Trümmer ging dann der Sturm gegen Deutschland. Also nicht durch rücksichtslose Politik hat Österreich-Ungarn den Krieg hervorgerufen, und wie 1908 ging es auch 1914 über Wien nach Berlin. Durch einschmachvolles Zurückweichen vor Serbien wären die Pläne Rußlands und Italiens, Frankreichs und Englands höchstens bis zu einem für die Mächte geeigneteren Zeitpunkt verschoben worden.“

ENGLANDS WEG ZUR WELTHERRSCHAFT

Das Streben Englands nach der Weltherrschaft ist nicht so alt, wie manche vielleicht meinen. Wenn König Edgar im 10. Jahrhundert sich „Imperator“ nannte, so dachte er sicher nur daran, seine Oberhoheit über sämtliche anderen britischen Herrscher zu bezeichnen. An eine Gleichberechtigung mit dem Kaisertum Ottos des Großen dürfte er wohl kaum geglaubt haben. Auch die sich über Jahrhunderte erstreckenden Kriege mit Frankreich waren rein dynastischer Natur und hatten die Weltherrschaft Englands nicht zum Endzweck. Macht- und Kraftproben sind es zwischen benachbarten verschieden gearteten Völkern. Wäre Weltherrschaft damals schon das Ziel gewesen, würde sich dann Englands Ritterschaft in den Rosenkriegen selbst zerfleischt haben? Mit der Thronbesteigung der Tudors kam wieder Ruhe und Stetigkeit in die inneren Verhältnisse Englands. Das Bürgertum wurde sich seiner andere Völker überragenden Kraft bewußt. Hatte bisher die Enge des Reiches als Nachteil gegolten und man daher benachbartes Land sich zu unterwerfen gesucht, so begann man jetzt die Vorteile der insularen Lage für eine Übersee-Handel treibende Nation einzusehen. Auf die Entwicklung von Handel und Schifffahrt richtete nun der Engländer seinen zähen Willen. Kühne Seefahrer — Drake ist der bekannteste von ihnen — zeigten Englands Flagge auf allen Meeren, suchten unbekanntes Land und noch unbekannte Zufahrtstraßen zu dem schätzbaren Indien. Spanien und Portugal, die damals die Seegeltung hatten, beachteten den jungen Konkurrenten zunächst kaum. Ihnen schien der gefährlichste Nebenbuhler das rasch aufblühende Holland, das sich von Spanien gelöst hatte.

Im Kampf um die Seegeltung hat England eine großzügige Taktik angewendet. Es schlug sich stets zu dem schwächeren Rivalen, um, ehe dieser an die Reihe kam, erst einmal den stärkeren vernichten zu helfen. Als Spaniens Vorherrschaft zur See gebrochen werden sollte, ging England mit Holland. Als ihm nun Holland zu mächtig geworden, brach es im Bunde mit Frankreich für immer Hollands Überlegenheit. Um eine französische Konkurrenz nicht aufkommen zu lassen, machte es Bündnisse mit jedem, der sich als Frankreichs Feind erklärte. 1588 ist die erste Station dieses erfolgreichen Weges. Mit der Vernichtung der stolzen spanischen Armada (bewaffneten Flotte) ist das erste Hindernis unter der Assistentz ungünstigen Wetters aus dem Wege geräumt. Bisher hatten die Engländer wenig Glück gehabt. Ihre wiederholten Versuche in Amerika festen Fuß zu fassen, waren gescheitert, ihre Versuche die nordöstliche oder nordwestliche Durchfahrt zu finden, waren gescheitert. Immer hatte man der spanischen Macht, mit der man allein sich nicht messen wollte, weichen müssen. Jetzt hatte man die Arme frei. In das Jahr 1600 fällt die Gründung der Ostindischen Kompanie. Überall setzt man sich nun mit Weitblick und zäher Energie fest: in Nordamerika, an Afrikas Küsten und in Westindien. Man kolonisiert großzügig, allerdings auch skrupellos. Wer sich widersetzt, wird vernichtet. Aber die Kolonien bringen nicht nur dem Mutterlande große Gewinne, sondern gewinnen auch selbst dabei wirtschaftlich außerordentlich. England weiß unglaublich viel energische Männer zu stellen, die seine Interessen rücksichtslos vertreten, sein Ausdehnungsdrang wächst ins Un-

geheuerliche. Aber Hollands gefestigte, solide Macht setzt diesem schier unerfülllichen Drange feste Schranken. Also ist Holland der Feind. Sein Handel und seine Schifffahrt, die das freie Schalten der Engländer nach eigenem Ermessen stören, müssen vernichtet, zum mindesten sehr geschwächt werden. Die Navigationsakte ist der Kampfzettel. Sie verschließt fast der gesamten holländischen Handelsflotte die englischen Häfen. Durch drei Jahrzehnte erstreckt sich das mächtige Ringen um die Vorherrschaft. In den fünfziger und sechziger Jahren des 17. Jahrhunderts kämpft man mit wechselndem Glück und Erfolg. Holland erweist sich als geschickter Gegner, und England braucht einen Bundesgenossen, um endlich zu seinem Ziele zu kommen. Dies Mal ist es Frankreich, das der nächste Rivale sein wird. In den siebziger Jahren kämpft Frankreich an Englands Seite gegen Holland. Die Übermacht siegt schließlich. Nicht so, daß Hollands Bedeutung aufhört, aber England braucht es doch in Zukunft nicht mehr als gefährlichen Konkurrenten zu fürchten. Die Holländer, die ja auch an sich gesättigt waren, verzichteten auf weitere Ausbreitung, ließen England gewähren und genossen trotzdem behaglich die Früchte ihrer kolonialistischen Tätigkeit.

England nächster und vorläufig letzter Konkurrent wurde nun Frankreich. Hier lag die Niederkämpfung nun nicht so einfach, denn einen mächtigen Gegner, den England auch selbst zu fürchten gehabt hätte, hatte Frankreich nicht. Man mußte also die vielen kleinen Feinde Frankreichs systematisch unterstützen. Der spanische Erbfolgekrieg, der siebenjährige Krieg, die Revolutionsfeldzüge und die Kriege Napoleons sahen England stets auf der Seite der Gegner Frankreichs. Was in diesen Kriegen ausgefochten wurde, kümmerte England sehr wenig. Es suchte nur den Gefährder seiner Weltmachtstellung möglichst zu schwächen und kämpfte in Wirklichkeit nur für seinen Kolonialbesitz. Schon während des siebenjährigen Krieges gelang es, die Franzosen aus Amerika, wenigstens vom Festlande, zu verdrängen und ihnen in wichtigen Gebieten Ostasiens den Rang abzulaufen. Der große Kampf begann aber erst, als Napoleon klar die Gefahr der wachsenden Übermacht Englands erkannte und sie zu bekämpfen versuchte. Napoleon

wollte die nichtenglischen Staaten Europas zu einer gemeinsamen Kampffront einigen. Er predigte dem Kontinent dieses harte Muß zuerst in Not, die Bündnisverträge gegen England anboten. Was Friedrich der Große getan hätte, wenn ein solches Angebot an Preußen gekommen wäre, wissen wir nicht. Wir können aber annehmen, daß er, wenn der Vertrag Land und Volk so große Vorteile für die Zukunft versprach, sich die Sache ohne Voreingenommenheit nochmals durchdacht hätte und vielleicht zu ganz anderen Ergebnissen gekommen wäre wie sein Nachfolger auf dem Thron. Napoleon führte den Kampf gegen England mit aller Energie. Wer sich nicht freiwillig dem Angriffsbündnis gegen England anschließen wollte, den suchte er mit Waffengewalt niederzuwerfen und dann dazu zu zwingen. Aber die Seeschlacht bei Trafalgar machte seinen überseeischen Plänen ein Ende. Alle Kolonien, die Frankreich und das von ihm unterworfenen Holland besaßen, kamen bald in Englands Hand. Die Kontinental Sperre hatte trotz ihrer brutalen Durchführung nicht den gewünschten Erfolg, und zu dem phantastischen Kriegszug zu Lande nach Indien ist es nicht mehr gekommen. England wußte ganz genau, warum es diesen gefährlichen Feind, nachdem es seiner habhaft geworden, in strenger Haft auf St. Helena hielt.

Wir haben gelegentlich der Besprechung des Wiener Kongresses gesehen, wieviel sich dort England, trotzdem es an den Kämpfen verhältnismäßig wenig Anteil gehabt hatte, zu sichern wußte. Nach 1815 besaß England das mächtigste Kolonialreich. In Asien standen Indiens wichtigste Gebiete, nämlich Hindustan und ganz Bengalen, die Koromandel-Küste mit Ceylon, dazu eine große Zahl wertvoller Inseln unter englischer Herrschaft. Ganz Australien war englisch, dazu in Afrika das Kapland und die Gebiete an der Westküste, in Amerika Kanada und die Länder an der Hudson-Bai, Britisch-Guyana und die Inseln Jamaika, Barbados und Trinidad. Diese Kolonien hatten nicht nur einen großen wirtschaftlichen Wert, sondern auch eine große strategische Bedeutung. Denn sie waren so verteilt, daß England von ihnen aus die Welthandelsstraßen beherrschte. Nach den schlechten Erfahrungen, die die englische Art der Kolonisierung in Ame-

rika gemacht hatte, ging man jetzt im allgemeinen anders vor. Man wirkte darauf hin, daß das Mutterland und die Kolonien so Hand in Hand arbeiteten, daß beide davon Vorteil hatten und verstand es vor allem, den Stolz, Engländer zu sein, auch der Bevölkerung der Kolonien einzupflanzen. 50 Jahre lang konnte England völlig unbehelligt sein Kolonialreich ausbauen und mit Hilfe seiner Kolonien seinen Handel und seine Industrie zu großer Blüte bringen. So konnte es sich Groß-Britannien leisten, im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts alle Hemmnisse des Handelsverkehrs zu beseitigen und allmählich den Freihandel einzuführen. Die diesbezüglichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen erreichten ihren Höhepunkt in der 1847 erfolgten Aufhebung der Kornzölle. 1849 fielen dann auch für die Kolonien alle beherrschenden Schranken weg. Um die Kolonien fester ans Mutterland zu binden, fasste man sie in Gruppen, sogenannte *Dominions*, zusammen, denen man eine fast selbstständige Verwaltung gab. Kanada, Australien und Süd-Afrika sind Beispiele dafür. Nur bei Indien behielt man den Charakter der Eroberungskolonie bei und verwaltete es von London aus.

Die englische Kolonialpolitik hat auch im eigenen Lande öfter Gegner gefunden. Eine besonders starke Gegenströmung entstand in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Ihre Führer vertraten die Ansicht, daß Kolonien auf die Dauer doch nicht zu halten seien und deswegen die Arbeit und Unannehmlichkeiten nicht verdienen, die man sich ihretwegen mache. Richard Cobden, der klügste Kopf dieser Bewegung, verstieg sich sogar zu der Behauptung, „es wird ein glücklicher Tag sein, wenn England keinen Acker Landes mehr auf dem asiatischen Festlande besitzt“. Aber diese Bewegung war nur eine Episode. Stärkeren Einfluß gewannen die Männer, die eine Gleichstellung Englands und seiner Kolonien erstrebten. Schon Adam Smith hat sich zu dieser Ueberzeugung bekannt, und auch Carlyle ist mit Begeisterung für diesen Gedanken eingetreten. Der enge Zusammenschluß zwischen Mutterland und Kolonien sollte aber nicht durch politische Maßregeln, sondern auf wirtschaftlichem Wege erfolgen. Der Historiker Seeley hat sich in seinem berühmten gewordenen Buche „The Expansion of England“,

das 1883 erschienen ist, zu der gleichen Anschauung bekannt. Er sagt: „Die große Masse der englischen Kolonien, die zum Nutzen des Mutterlandes erworben wurden und nach dem alten System der Kolonialpolitik auch nur ihm allein nützlich sein sollten, müssen gleichgeordnete Bestandteile einer großen Gemeinschaft werden. Das Mutterland will ja ihr bestes. Es hat aufgehört ihnen wie eine Stiefmutter gegenüber zu stehen und sie mit unbilligen Forderungen und drückenden Beschränkungen zu quälen. Es will nur, daß sie seine überschüssige Bevölkerung aufnehmen und Handelsverbindungen mit ihm selbst unterhalten möchten. Darum müssen auch die Kolonien zu der Erkenntnis kommen, daß ihre Loslösung nicht nur Gefahren bringen, sondern ihre geistige Verarmung bedeuten würde. So erst wird unser sogenanntes Kolonialreich den Namen Greater Britain verdienen und die Bande werden sich immer enger knüpfen. Die trennende See möge vergessen werden, und wir müssen uns losmachen von dem Gedanken, daß wir nur zu einer kleinen Insel gehören. Die Auswanderung nach den Kolonien ist kein Verlust für England, sondern nur das Heilmittel gegen Verarmung. Dann aber muß auch eine Organisation geschaffen werden, durch welche die gesamte Kraft des Reiches ihm auch im Falle eines Krieges zur Verfügung gestellt werde.“ (Professor Dr. W. Michael, „Der britische Imperialismus“ im Handbuch der Politik, Bd. II, S. 47.)

Der Reichsgedanke wurde nun immer mehr Gemeingut der Bevölkerung Englands und seiner Kolonien. Für seine Festigung sorgte vor allen Dingen die Imperial Federation League, die W. E. Forster 1883 gegründet hatte, und deren geistiger Führer später Joseph Chamberlain wurde. Das großbritannische Weltreich trat, innerlich gefestigt durch den Gemeinheitsgedanken, bei dem 50jährigen Regierungsjubiläum der Königin Viktoria äußerlich glanzvoll in Erscheinung. Von diesem Zeitpunkt an kann man mit vollem Recht von englischem Imperialismus sprechen. Inzwischen war der Kolonialbesitz durch große und wertvolle Gebiete erweitert worden. Rhodesien und Betschuana-land waren einverleibt und zu Ägypten durch Kitcheners Siege der Sudan erobert worden. Den wertvollsten Besitz aber brachte der Furenkrieg (1899–1902), der zwar große Opfer for-

derle, aber schließlich doch mit Englands völligem Siege endete. Land und Leute wurden wie eine Beute dem Reiche einverleibt. Aber auch hier verstand es die englische Kolonialpolitik, das neue Glied organisch in den Gesamtkörper einzufügen. Viel schneller als die Welt erwarten konnte, haben sich die Furen im englischen Weltreiche assimiliert, und ein Teil von ihnen hat ja bekanntlich im Weltkriege unter englischer Flagge gegen Deutschland gekämpft.

Chamberlain forderte im Interesse der stärkeren Vereinigung von Mutterland und Kolonien Schutzölle. Er trat aus der Regierung aus, um mit größerer Energie eine persönliche Propaganda für einen Reichszollverein und für eine gemeinsame Organisation zur militärischen Verteidigung zu betreiben. Nach Michaelis (a. a. O. S. 48) hatte Chamberlain dabei etwa folgenden Gedankengang: „England besitzt ein Fünftel der Erdoberfläche, es beherrscht 450 Millionen Menschen. Ein solches Reich besitzt in sich selbst alles, dessen es bedarf. Es ist wohl geeignet, einen geschlossenen Handelsstaat zu bilden. Dem freihändlerischen England stehen Staaten gegenüber, die durch Schutzölle zu wirtschaftlicher Größe emporgestiegen sind. Vor allem Deutschland und Amerika. Chamberlain will diesen Beispielen folgen. Es wird auch so ausgedrückt: England braucht einen Mann, der für die englisch sprechende Welt (von den Vereinigten Staaten abgesehen) das tut, was Bismarck für die deutsch sprechende getan hat. Das praktisch verfolgte Ziel sollte die Gründung eines Reichszollvereins sein. England und seine Kolonien würden einander in ihren Tarifen begünstigen, dem Auslande aber hinter einem Wall von hohen Zöllen geschlossen gegenüberstehen, um allmählich von ihm immer unabhängiger zu werden. Auf den fremden Märkten ist der englische bedroht, sagt Chamberlain. Die kolonialen aber dürfen uns nicht verloren gehen. Wie die Dinge liegen, muß der Zusammenhang zwischen den Reichsteilen entweder enger werden oder sich lockern, vielleicht gar völlig verloren gehen. Chamberlain will, daß er enger werde.“

Chamberlains Anschauung wurde auf das heftigste von den Liberalen bekämpft, die nicht glaubten, daß die Kolonien allein das liefern könnten, was England brauchte. Die Wahlen entschieden zugunsten der liberalen Ueberzeu-

gung. Chamberlains Pläne konnten vorläufig nicht durchgeführt werden, aber sie blieben auch für die Folgezeit eine hart umkämpfte Streitfrage. Der Weltkrieg und seine politischen Folgen erst haben den Streit um diese für die Zukunft Englands wesentliche Frage vorläufig ruhen lassen.

ENGLANDS VERHÄLTNIS ZU DEUTSCHLAND

England hat die Vereinigung der deutschen Staaten zum Deutschen Reiche mit freundlichen Augen angesehen und sich über die Schwächung Frankreichs sicherlich im Grunde seiner Seele gefreut. Deutschland war ja zunächst kein Konkurrent auf dem Weltmarkte und konnte auch gar nicht daran denken, Englands weltbeherrschende Seegeltung irgendwie zu beeinträchtigen. Auch gegen den Zweibund und den Dreibund hatte England nichts einzuwenden gehabt. Als Deutschland dann Kolonien erwarb, hätte vielleicht ein Konflikt entstehen können, aber die überseeischen Gebiete, die zum Deutschen Reiche kamen, waren nicht so wertvoll, daß England einen ernststen Widerstand geleistet hätte. Das höfliche Entgegenkommen in dem Helgolandvertrage stimmte sogar England sichtlich freundlicher. Viel mehr als durch Deutschland fühlte sich England in seinen Ausbreitungsbestrebungen bedroht durch Rußland und durch Frankreich. Mit Rußland gab es im fernen Osten Streitpunkte genug, die irgendwie einmal zum militärischen Konflikt führen konnten. Und Frankreich hatte versucht, die Auswertung der Siege Kitcheners zu hintertreiben. Der Konflikt von Fashoda war so ernst, daß er sicher zu einem Kriege zwischen England und Frankreich geführt hätte, wenn nicht Frankreich, als England energisch wurde, so willfährig zurückgewichen wäre. So ist es natürlich, daß von englischer Seite verschiedene Annäherungsversuche an Deutschland gemacht wurden, von denen im letzten Kapitel des ersten Teiles ausführlicher berichtet worden ist. Das Ungeschick der deutschen Politik hatte die Verlegenheiten Englands zurzeit des Burenkrieges nicht auszunutzen verstanden und auch sonst die Verhandlungen ohne Weitblick geführt. Man sah nicht rechtzeitig, daß England das Bestreben hatte, aus seiner Vereinsamung herauszukommen und sich einer der beiden Mächtegruppen in

Europa anzuschließen. Da es in Deutschland so wenig Gegenliebe fand, ging es schließlich zu der französisch-russischen Gruppe über.

Ein wirklicher Gegensatz zwischen Deutschland und England bildet sich erst deutlich zu Anfang des 20. Jahrhunderts heraus. Grund dafür war der mächtige Aufschwung des deutschen Außenhandels, das rapide Anwachsen der deutschen Handelsflotte und der Bau der deutschen Kriegsflotte. Die Steigerung des deutschen Außenhandels sollen ein paar Zahlen beleuchten. In den Jahren von 1886 bis 1906 erfuhr der Wert des deutschen Außenhandels eine Steigerung von 5,8 Milliarden auf 14,3 Milliarden Mark, während der englische Außenhandel sich von 10,3 Milliarden nur auf 18,3 Milliarden steigerte. Während sich also der englische Handel noch nicht ganz verdoppelte, hatte sich der deutsche verdreifacht. Wenn auch England bis vor dem Kriege mit seinen 18,7 Millionen Tonnen Schiffsraum unbestritten die mächtigste Handelsflotte der Welt hatte, so wuchs doch die deutsche Handelsflotte im Verhältnis so rasch, daß England von dieser Seite aus eine ernstliche Konkurrenz befürchten mußte. Die englische Handelsflagge erschien immer seltener in den deutschen Häfen, und im Ueberseeverkehr auch zwischen zwei fremden Ländern gewannen die Deutschen im Personenverkehr immer mehr fast eine Art von Monopol. In diesem mächtigen Anwachsen lag unzweifelhaft eine Kriegsgefahr, denn wie A. v. Beez sehr richtig sagt: die Konkurrenz einer fremden Industrie kann man durch Schutzzölle bekämpfen, ein aufstrebender Handel läßt sich nur durch Krieg außer Wettbewerb setzen.

Nicht nur die englische Regierung, sondern auch jeder einzelne Engländer sah durch das unaufhaltbare Wachsen der deutschen auswärtigen Handelsbilanz die Vormachtsstellung Englands im Welthandel bedroht. Die Presse kam der öffentlichen Meinung durch Heftartikel entgegen, in denen schon damals vereinzelt die Deutschen als „Hunnenn“ bezeichnet wurden. Immer mehr verbreitete sich in England der Glaube, daß, wenn Deutschland vernichtet wäre, jeder Engländer reich sein würde, als zuvor. Dazu sah man mit großer Besorgnis, wie Deutschland seit dem Amtsantritt von Tirpitz konsequent an den Bau einer modernen Schlachtflotte heranging. Die deutschen

Flotten-Gesetze von 1898 und 1900 haben das Verhältnis Englands zu Frankreich und zu Rußland besonders gefestigt. Seit dieser Zeit hat England immer im Gegensatz zu früheren Jahren den überwiegenden Teil seiner Schlachtflotte in den heimischen Gewässern versammelt gehalten. Es hat ja auf beiden Seiten weitblickende und vernünftige Männer gegeben, die die Gefahren der immer größer werdenden Entfremdung zwischen England und Deutschland mit Bedauern sahen und die sich bemühten, eine Verständigung zwischen den beiden germanischen Nationen herbeizuführen. Man war, wie wir im letzten Kapitel des ersten Teiles gesehen haben, auch auf dem besten Wege dazu, allmählich eine Verständigung herbeizuführen, als der Weltkrieg ausbrach, an dem sich England zum Entsetzen von Bethmann Hollweg, der das nie erwartet hatte, von Anfang an aktiv beteiligte.

Daß sich England diesmal bestimmen ließ, sofort mit einzugreifen statt zunächst, wie es sonst seine Art gewesen war, sich abwartend zu verhalten, das hat ihm, wie auch heute einsichtige Leute in England schon wissen, mehr geschadet als genützt. Seine Stellung im Welthandel ist zum mindesten stark erschüttert. England ist in dieser Hinsicht von Amerika überflügelt worden, das jetzt den größten Goldbestand und die beste Handelsflotte hat. Dazu kommt, daß der Militarismus Frankreichs, der nach dem Kriege immer noch gewachsen ist, England die Freiheit seiner Entschließungen nimmt. Die riesige U-Bootflotte, das ungeheure Fliegerheer, das Frankreich heute unterhält, sind oftmals gewichtige Gründe gewesen, dem Willen der Franzosen nachzugeben. Sicherlich möchte England gern aus der schwierigen Lage heraus, und hat es wohl schon lange bereut, daß es den unseligen Vertrag von Versailles mitunterschieden hat, aber vorläufig hat es sich so festgelegt, daß eine Lösung von der Entente nicht ohne Schwierigkeiten und empfindliche Verluste für England möglich ist. Wer die Vorgänge auf der Lausanner Konferenz genau verfolgte, der sah deutlich, daß der englisch-französische Gegensatz sich verschärfte und daß England sich oft nur widerwillig französischen Wünschen fügte. Die unbestrittene Weltherrschaft Englands, die es durch sein sofortiges Eingreifen in den Krieg besonders festigen wollte, besteht jedenfalls nicht mehr.

DIE FRANZÖSISCHE REVANCHE-IDEE

Man mag an den Franzosen als Volk mancherleiaussetzen haben, eins wird man ihnen zuerkennen müssen, eine glühende opferbereite Vaterlandsliebe. Diese war durch den Krieg 1870/71 und den Frankfurter Frieden aufs tiefste verletzt. Die altberühmte französische Waffenehre war dahin, blühende Provinzen waren an den Feind verloren gegangen. Es war natürlich bei der Art des französischen Nationalbewußtseins, daß sich das ganze Volk in vier Wünschen zusammenfand. Wiederherstellung der verlorenen Waffenehre, Zurückeroberung der verloren gegangenen Provinzen Elsaß und Lothringen, Niederwerfung des deutschen Feindes, der über das stolze Frankreich triumphiert hatte, und vor allen Dingen: Zerstörung der deutschen Einheit, durch die allein Deutschland hatte siegen können und die immer eine Bedrohung gegen das an Volkszahl von Jahr zu Jahr schwächer werdende Frankreich blieb. Dabei war, was besonders betont werden muß, die Rückeroberung von Elsaß-Lothringen nicht die wesentlichste Forderung. Das muß gesagt werden, weil sich heutzutage immer wieder Leute finden, die die Behauptung aufstellen, der Weltkrieg wäre nicht gekommen, wenn nicht Deutschland im Frankfurter Frieden Elsaß und Lothringen von Frankreich losgelöst hätte. Der Kernpunkt der Revanche-Idee ist etwas anderes. Seit Richelieu hatte Frankreich seine Ostgrenze dadurch zu sichern gewußt, daß es in dem uneinigen Deutschland einen Teil gegen den andern ausspielte. Die Erfolge der französischen Politik in dieser Hinsicht sind ja verschiedentlich im ersten Teile dieses Buches behandelt worden. Jetzt hatte die französische Politik keine Gelegenheit mehr, ihr altbewährtes Mittel anzuwenden, und so mußte ihr Bestreben in der Hauptsache auf die Zerstümmerung der deutschen Einheit gerichtet sein. War die vollzogen, dann mußten sich die übrigen Forderungen ja ganz von selbst erfüllen. Das dies richtig ist, sieht man am besten daraus, daß die Revanche-Idee älter ist, als der Krieg 1870/71 und der Frankfurter Friede. Der Ruf „Rache für Sedan!“ ertönte ja schon, als nach dem Kriege von 1866 Bismarcks Einigungswerk begann.

Ueberraschend schnell hatte der tiefe Patriotismus der Franzosen dafür gesorgt, daß die Kriegsschulden bezahlt wurden, um die Befreiungsarmee los zu werden. Die Anleihe, die man zum Zweck der Ausbringung der Kriegskosten auflegte, wurde 13 mal überzahlt und brachte 43,9 statt der geforderten 3½ Milliarden. Ohne Murren nahm das französische Volk auch außerordentlich schwere militärische Lasten auf sich. Einer großzügigen Neuorganisation des Heeres, die u. a. auch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht brachte, folgte 1875 das Cadre-Gesetz, das durch die vierten Bataillone eine starke Heeresvermehrung bedeutete. Die deutsche Presse hat damals — sicher im Einverständnis mit Bismarck, der ja bekanntlich immer eine nahe Fühlungnahme mit den maßgebenden Zeitungen unterhalten hat — eine ziemlich scharfe Tonart angeschlagen, die aber weiter nichts bedeuten sollte, als eine Warnung vor weiteren Rüstungen. Denn das „saturierte“ Deutsche Reich dachte damals nicht im entferntesten an einen neuen Krieg. In England und Rußland sagte man, wohl auf Vorstellungen von französischer Seite aus, die Sachlage anders auf und ließ es nicht an wohlwollenden Mahnungen in Berlin fehlen. Der Zar legte sich sogar bei einem Besuch in Berlin persönlich ins Mittel.

Aber die Freundschaft mit Rußland war noch nicht so weit gediehen, daß die Franzosen auf dem Berliner Kongreß die russischen Interessen mit vertreten hätten. Sie stellten sich vielmehr dort rückhaltlos auf die Seite Deutschlands. Bismarck hat immer wieder versucht, die Franzosen durch Liebenswürdigkeiten versöhnlicher zu stimmen. Er hat ihre Kolonialpolitik, soweit es in seinen Kräften stand, unterstützt, wohl mit dem Hintergedanken, wichtige französische Kräfte dadurch zu fesseln. An der zunehmenden Stärkung des Revanche-Gedankens aber konnten alle diese für Frankreich belanglosen Freundlichkeiten nichts ändern. Eine frühzeitige Explosion des aufgehäuften Bündstoffes zeigte sich bei der operettenhaft anmutenden Affäre des Generals Boulanger. Die an sich komische Episode hat aber doch zur Stärkung des Revanche-Gedankens wesentlich beigetragen. Als dann Rußland nach der Kündigung des Rückversicher-

ungsvertrages und durch mancherlei Fehler der Caprivischen Politik aufmerksam geworden, einsehen mußte, daß es künftighin seine Orientpolitik auch gegen Deutschland werde durchsetzen müssen, suchte es Bundesgenossen und fand den treuesten und eifrigsten in dem revanchelüsternden Frankreich. Die Hoffnungen auf Erfüllung der Revanche-Idee, die das Bündnis mit Rußland brachte, mußten natürlich dem Revanche-Gedanken eine außerordentliche Kräftigung geben. Willig zahlten die Franzosen an den Bundesgenossen, der als „russische Dampfwalze“ dem Gegner in den Rücken fallen sollte, immer neue Summen, die bis zum Beginn des Weltkrieges die ungeheure Höhe von rund 20 Millionen Goldfranken erreicht hatten.

Aber auch die Entwicklung des Revanche-Gedankens sollte ihr retardierendes Moment haben. Die Revanche-Idee wurde zunächst stark erschüttert durch den Kampf um Dreyfus, der 12 Jahre lang anhielt und mit der völligen politischen und moralischen Niederlage der Nationalisten endete, die immer die stärksten Träger der Revanche-Idee gewesen waren. Eine zweite Schwächung erlitt sie durch die Kirchenpolitik Waldeck-Rousseaus, die die Trennung von Kirche und Staat in der schroffsten Form durchsetzte. Auch hier waren die Unterlegenen die Vertreter der Revanche-Idee. Während früher die Schulbücher tendenziös deutsch-feindlich aufgemacht waren, wurden jetzt in den Schulen Bücher eingeführt mit pazifistischer Tendenz.

Aber auf die Dauer konnte die starke nationalistische Bewegung nicht unterdrückt werden. Schon nach kurzer Zeit gewann die Revanche-Idee wieder festen Boden und breitete sich, scheinbar gestärkt durch die Niederlagen, schnell immer weiter aus. Eine lebhaft propagandistische Kampagne mit Wort, Bild und Schrift brachte ihr immer neue Anhänger. Ihr Ziel sah sie jetzt in der Abhärtung und Erziehung der Jugend. Die Erfolge der großzügigen Sportbewegung und der allgemeinen Sportbetätigung haben sich im Weltkrieg gezeigt. Das Wachsen Deutschlands an Volkszahl und Nationalvermögen, das man mit Schrecken sah, stachelte die französischen Nationalisten zu äußersten Anstrengungen an. Man sah, daß das immer mächtiger werdende Deutschland wahrscheinlich auch einen Zweifrontenkrieg aushalten könne, und suchte nach einem weiteren Bundesgenossen. Ihn fand man

trotz der alten Erbfeindschaft und trotz Falschoda in England. Immer weiter breitete sich die deutschfeindliche Agitation aus. Geschickt wurden alle Entgleisungen der deutschen Politik zumal Schlagworte aus den Kaiserreden, zur Aufhekung der Bevölkerung benutzt, mit der Wirkung, daß das französische Volk sich immer mehr durch ein kriegslustiges Deutschland in seiner Sicherheit bedroht fühlte. Die Wahl des Elsassers Poincaré zum Präsidenten und die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, die für das französische Volk eine fast unerträgliche Last bedeutete, zeigten die Wirkung der zielbewußten Arbeit der Nationalisten. Im Juli 1914 reiste Poincaré nach Petersburg zur Besprechung von Abmachungen, die man dem Papier nicht anvertrauen wollte, und wenige Wochen später sah sich der konsequente Deutschhasser Clemenceau am Ziele seiner Wünsche, die ja auch die Wünsche fast der gesamten französischen Nation waren. Die Revanche-Idee war die Mutter der Bündnisse gegen Deutschland. Sie ließ die Franzosen, ohne viel nachzudenken, Ansummen an Rußland geben, die heute unwiderbringlich verloren sind, sie ließ sogar die Franzosen, trotz ihres empfindlichen Nationalgefühls, die schmähliche Schlappe von Falschoda vergessen.

Zunächst schien es ja so, als wenn die Franzosen von den vier Forderungen der Revanche-Idee nichts durchsetzen sollten. Niederlage folgte auf Niederlage, und das deutsche Heer drang tief vor bis an das Herz Frankreichs, bis auf 100 Kilometer vor Paris. Die französische Waffenchre konnte auf diese Weise nicht wieder hergestellt werden. Und auch Deutschlands Erlahmen gegenüber der riesigen Uebermacht ist nicht militärischen Erfolgen der Franzosen zu verdanken. Was sie vorläufig erreicht haben von ihren Forderungen ist die ungeheure Schwächung von Deutschlands militärischer, finanzieller und wirtschaftlicher Kraft und die Rückgewinnung von Elsass-Lothringen. Die Hauptforderung aber, die Zerkümmern der deutschen Einheit, um wieder einen Teil Deutschlands politisch gegen den anderen auszuspielen zu können, blieb unerfüllt. Alle Deutschen sollten daraus lernen und alle Parteiunterschiede vergessend fest zusammenhalten, wo es gilt, die Einheit des Deutschen Reiches zu wahren.

DER PANSLAWISMUS

Zunächst eine Erklärung des Begriffs Panlawismus, von dem vor dem Kriege soviel zu lesen war. Der Panlawismus sagt: „Alle Slawen sind, wenn auch durch Staatsgrenzen voneinander getrennt, ein Volk, das Sprache, Literatur, Kultur und Religion verbindet. Darum haben auch alle Slawen gemeinsame Interessen, zu deren gemeinsamer Vertretung sie alle zusammenstehen müssen.“ Der Gedanke des Panlawismus, wenn auch nicht so klar formuliert, ist schon alt. Bereits Peter der Große ging von ihm aus, als er bei seinem verunglückten Kriege gegen die Türkei auf die Hilfe der slawischen Völker des Balkans rechnete. In der Folgezeit ist der Gedanke nie ganz gestorben. Zu vollem Leben erwachte er aber erst wieder im 19. Jahrhundert, als die Idee ein klares System bekam. Geführt von der Intelligenz, bekannten sich die Slawen immer mehr zu einer Rassen-gemeinschaft mit Rußland als Zentrum. Die Mehrzahl der nichtrussischen slawischen Völker war von der Türkei unterworfen worden und litt unter der türkischen Herrschaft. Es war nicht zu verwundern, daß ihr Befreiungsdrang Anlehnung an Rußland suchte, und es war selbstverständlich, daß sie Rußlands Wunsch, Konstantinopel zu besitzen, mit allen Kräften förderten. Von den slawischen Völkern schlossen sich allein die Polen dem Panlawismus nicht an. In ihnen waren die Haßgefühle gegen Rußland zu stark, ihnen blieb Rußland immer der feindliche Unterdrücker.

In Wirklichkeit aber war die Sachlage nicht so klar und einfach wie in der Theorie. Schon die Voraussetzungen der Einheit, die der Panlawismus für alle Glieder der slawischen Rassen annahm, trafen ja nicht zu. „Die Bulgaren sind der Rasse nach überhaupt keine Slawen. In den Westslawen ist viel germanisches Blut, in den Ostslawen viel finnisch-mongolisches Blut. Die Ostslawen bekennen sich, wie Bulgaren und Serben, zur griechischen Kirche, dafür hängen die Westslawen mit Slowenen und Kroaten der römischen Kirche an, und wenn sich auch die einzelnen slawischen Sprachen näher stehen als die Zweige des germanischen Stammes, so ist doch keine Rede davon, daß der Pole den

Bulgaren ohne weiteres verstände oder der Tscheche den Russen. Es gibt keine allslawische Gemeinschaftssprache, und auf den panlawistischen Kongressen ist die Schwierigkeit, sich zu verständigen, immer außerordentlich groß gewesen.“ (Professor Dr. Höflich, Der Panlawismus in Rußland usw. im Handbuch für Politik. Bd. II, S. 61).

Die allslawistischen Kongresse, deren erster 1848 in Prag und deren zweiter 1867 in Moskau stattgefunden hat, predigten nun den Vertretern aller slawischen Völker die Idee eines großen Slawenreiches unter russischer Führung mit Konstantinopel als Hauptstadt. In Rußland wurden die Vertreter des Panlawismus so mächtig, daß sie Alexander II. zum Krieg mit den Türken in ähnlicher Weise gezwungen haben, wie 1914 Nikolaus II. zum Kriege mit Deutschland. Ein Abflauen des Panlawismus nicht nur in Rußland, sondern in allen slawischen Ländern trat ein, als der Zar das Schwergewicht seiner Politik nach Ostasien verlegte. Als dieser aber durch die Niederlagen des russisch-japanischen Krieges dort ein Riegel vorgeschoben wurde, gewannen die panlawistischen Ideen wieder die alte Kraft. „Das Jahr 1908 ist gewissermaßen das Drehungsjahr. In Rußland wandte man sich, wie unter einem Schicksalszwang, wieder dem nahen Orient zu, und von selbst kehrte die panlawistische Stimmung der 70er Jahre wieder. In diesem Jahre leitete Oesterreich eine aktive Politik auf der Balkan-Halbinsel ein. Es ist zugleich die Zeit einer scharf antipolnischen Politik in Preußen. Damit begann für den Panlawismus, der wie von Wortführern in Rußland offen ausgesprochen wurde, 1908 bewußt als Idee einer entschieden österreich- und deutschfeindlichen Politik eingesetzt wurde, eine neue Zeit. Sie war für Rußland auch im Innern eine neue Zeit: seit 1906 hatte es eine Verfassung und ein Parlament. Ging Oesterreich aktiv auf der Balkan-Halbinsel vor, um seine Macht über slawische Teile von ihr zu erweitern, und trieb Preußen seine antipolnische Politik, so sollten sich in Rußland die Verhältnisse dahin wandeln, daß sich die einzelnen Nationalitäten frei entwickeln und somit alle Gegensätze, vor allem der polnisch-russische, gelöst werden konnten. Das sind die Voraussetzungen für den sogenann-

ten Neo-Panslawismus, der seit 1908 auftrat. An Stelle des ausgesprochen großrussischen und polenfeindlichen Panslawismus tritt eine neue Form, in der alle nicht zum Großrussentum gehörenden slawischen Stämme sich frei und ohne Bedrückung durch jenes ausleben sollten.“ (Hörsch a. a. O., S. 62.)

Der Panslawismus erstreckte also jetzt eine Art Bundesstaat unter russischer Führung etwa in der Art des Deutschen Reiches. Der Panslawismus war in seiner Spitze zuerst nur gegen die Türken gerichtet. Lediglich die Tschechen verfolgten gegen Oesterreich gerichtete Ziele und fanden erst nach 1908, nachdem Oesterreich Bosnien und die Herzegowina einverleibt hatten, auch alle anderen Slawen an ihrer Seite. Schließlich sah man aber auch in Deutschland, das Oesterreich stützte und die Türkei schützte, den gemeinsamen Feind. Auf der anderen Seite wieder bedingte die angrißlustige Tendenz des Panslawismus den festen Zusammenschluß der drei durch ihn bedrohten Mächte. Als der Panslawismus, vor allem in Rußland, immer stärker auf einen Krieg drängte, entstand dort unter Wittes Füh-

rung eine Gegenströmung, die für Rußland zur Durchführung des Agrarprogramms und der Kolonisationsstätigkeit den Frieden forderte. Aber der Panslawismus gewann unter Führung der Großfürstenpartei und Iswolskis die Ueberhand und hat bewußt den Weltbrand entzündet.

Im Weltkriege hat der Panslawismus sein Ziel nicht erreicht. Denn sein Ziel war ja nicht nur die Selbstständigkeit der einzelnen slawischen Völker, sondern ihre Zusammenfassung zu einer starken Einheit. Es hat sich gezeigt, daß für die slawischen Völker nicht die Rassengemeinschaft das einigende war, sondern die gemeinsame Gegnerschaft gegen Oesterreich, Deutschland und die Türkei. Jetzt, wo die slawischen Völker frei und selbstständig geworden sind, treten ihre Unterschiede immer schärfer hervor und in den Tagen, in denen diese Zeilen geschrieben werden (Mitte Juni 1923), stehen sich nach der Lausanner Konferenz die verschiedenen slawischen Staaten bewaffnet drohend gegenüber. Im Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und den slawischen Staaten aber wird der Panslawismus hinfür eine Rolle mehr spielen.

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

Seine auswärtige Politik im Sinne der europäischen Staaten hat der nordamerikanische Staatenbund vor dem Jahre 1893 nicht getrieben. Er hatte ja inzwischen große kolonialisatorische Aufgaben zu erfüllen, um das Riesengebiet zwischen den beiden Ozeanen und zwischen dem Rio Grande und dem Kanada-Gebirge wirtschaftlich zu erschließen. Aus eigener Kraft konnten das die Amerikaner nicht. Aber aus allen Ecken der Welt strömten ihnen fleißige Helfer zu, von denen die Deutschen an Zahl und Arbeitsleistung die besten waren. Die reichen Bodenschätze ließen eine mächtige Industrie erblühen. Die Landwirtschaft konnte aus dem außerordentlich fruchtbaren Lande eine so große Produktion erzielen, daß diese den Weltmarktpreis bestimmte und den Erzeugnissen der europäischen Landwirtschaft ein immer gefährlicherer Konkurrent wurde. Eine gesunde Schutzpolitik sicherte erst die Befriedigung der Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung, förderte aber

dann das starke Ausfuhrbestreben, das Industrie und Landwirtschaft beherrschte. Amerika hat im allgemeinen immer mehr ausgesetzt als eingeführt. Die einzelnen Territorien hatten sich jetzt zu einem festgefügtten Staate vereinigt. Der Ausgang des Sezessionskrieges hatte die Nordstaaten mit den Südstaaten geeint, und die Aufhebung der Negerklaverei endete auch die Kämpfe einzelner Teilstaaten mit dem Bundesstaat. So frei wie der einzelne Staat auch seine örtlichen Angelegenheiten zu Hause ordnen konnte, im Bunde stellte er willig die eigenen Interessen unter die Gesamtinteressen. Und alle Bürger der Einzelstaaten fühlten sich, ganz gleich, ob im Westen oder im Osten, im Süden wie im Norden, zunächst als Amerikaner. So hatten die stolzen Worte, die der Präsident Cleveland bei der Eröffnung der Weltausstellung in Chicago 1893 sprach, ihre volle Berechtigung. „Umgeben von den staunenswerten Ergebnissen amerikanischen Fleißes und angesichts der großartigen Zeugnisse amerikanischer Geschicklichkeit

und Intelligenz brauchen wir nicht mehr zu fürchten, daß unsere Beglückwünschung übertrieben ist. Wir stehen heute inmitten der ältesten Nationen der Welt und weisen hin auf die großen Werke, die wir hier ausstellen, ohne mehr Nachsicht zu erbitten, auf Grund unserer Jugend.“

Bisher hatte die Regierung der Vereinigten Staaten sich immer fest an die Monroe-Doktrin gehalten, die den Satz aus Washingtons politischem Testament erweiterte: „Seid eine Nation, seid Amerikaner und seid treu euch selbst!“ Präsident Monroe proklamierte sein Grundgesetz am 2. September 1823. Es lautete in Schlagwortform: „Amerika den Amerikanern!“ Das soll bedeuten: Amerika verbietet sich jede Einmischung in seine Angelegenheiten, denkt aber auf der anderen Seite auch nicht daran, sich um die Angelegenheiten Europas irgendwie zu kümmern. Zugleich hatte Monroe das Bestreben auch die Staaten Südamerikas der Union so zu nähern, daß man seine Doktrin auf den ganzen Kontinent, auf Nord- und Südamerika übertragen konnte. Aber trotz eifriger Verfechter hat der Pan-Amerikanismus keine Erfolge zu verzeichnen gehabt. Später wurde die Monroe-Doktrin noch insofern erweitert, daß man sagte: Kolonien europäischer Staaten haben in einem Amerika, das lediglich den Amerikanern gehören soll, keine Berechtigung. Man lenkte sein Augenmerk zunächst auf die spanischen Kolonien in Westindien, weil hier das Ziel des Besitzes am leichtesten und am ungefährlichsten zu erreichen war. Als diese Absicht nach dem provozierten Kolonialkrieg mit Spanien erreicht war, da kam ein Wendepunkt in der amerikanischen Politik. Man vergaß, daß die Monroe-Doktrin auf Washingtons politischem Testament beruhte, behielt sie zwar wirtschaftlich bei, um sie politisch immer mehr außer acht zu lassen. In dem gleichen Jahre 1898, das den Vereinigten Staaten die Philippinen brachte, legten sie auch ihre Hand auf die Inseln von Hawaii. Von jetzt ab trieb man bewußt eine eigene auf Eroberungen ausgehende Weltpolitik. In Westindien, in Mittel- und Südamerika, aber auch im Stillen Ozean und im fernen Osten suchten die Vereinigten Staaten wachsam ihre Interessen zu vertreten. Aber sie wagten es nicht, die volle Kraft, über die sie ver-

fügten, einzusetzen. Darum wurde auch fast nirgends ein entscheidender Erfolg erzielt. Ein bedeutamer Erfolg aber machte manchen Mißerfolg wieder wett. England unterlag in dem politischen Kampf um die Unabhängigkeit des Panamakanals. Der Clayton-Bulwer-Vertrag von 1850, der in Kanalfragen die Vereinigten Staaten an das Einverständnis Englands band, fiel und der Hay-Pauncefote-Vertrag sicherte den Vereinigten Staaten, die den Kanal allein bauten, auch die alleinige Verwaltung und Kontrolle, so daß der Panamakanal eine rein amerikanische Wasserstraße ist. „Die Bedeutung des Kanals für den internationalen Verkehr und die Weltwirtschaft wird sich mit der des Suezkanals niemals messen können. Aber für die Vereinigten Staaten ist er von größtem Wert, weil er die Verbindung zwischen Osten und Westen ihres Staatsgebietes außerordentlich verkürzt, weil er die Weststaaten Südamerikas ganz anders dem nordamerikanischen Einfluß nahebringt als bisher, und weil er schließlich die Position der Vereinigten Staaten im Stillen Ozean gegen Japan verstärkt. Am 10. Oktober 1913 ist der Kanal vom Präsidenten feierlich eröffnet worden. Durch Erdstöße ist der Betrieb in den folgenden Jahren noch öfter gestört worden. Technisch sind alle Schwierigkeiten noch nicht überwunden. Aber im Jahre 1919 ist die Durchfahrt auch der großen amerikanischen Großkampfschiffe ohne Hindernis gelungen.“ (Prof. Dr. Hörsch, Die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten im Handbuch der Politik, Band II, S. 77.)

Selten haben im allgemeinen die Vereinigten Staaten in die Weltpolitik tätig eingegriffen. Als Roosevelt als Vermittler im russisch-japanischen Kriege auftrat und den Frieden von Portsmouth herbeiführte, tat er das in der Hauptsache aus innerpolitischen Gründen. Er wollte die politisch sehr mächtigen Pazifistentreife in den Vereinigten Staaten für sich gewinnen, was ihm auch gelang. Um so heftiger aber wurde er von den Imperialisten seines Heimatlandes angegriffen, weil er die größere Schwächung beider Gegner verhindert hatte. Im allgemeinen trieb Amerika zu Roosevelts Zeiten die Politik der „offenen Tür“, die von Deutschland verschiedentlich unterstützt worden ist. Weil Deutschland glaubte, Amerika werde auf der Konferenz in Algeiras aus

gleichen Motiven auch für die „offene Tür“ in Marokko eintreten, drängte es so sehr auf die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz. Die Voraussetzung war falsch. Denn das Verständnis und die Konsequenz der amerikanischen Politik hörten da auf, wo amerikanische Interessen nicht in Frage kamen.

Präsident Taft, der 1909 die Regierung übernahm, hat mit seinem Staatssekretär Knox versucht, eine großzügige Ostasien-Politik zu treiben. Aber sein Vorschlag der Internationalisierung der manchurischen Eisenbahnen fand eigentlich nur bei Deutschland Unterstützung und hatte die unerwünschte Folge, daß die bisherigen Feinde Japan und Rußland sich wieder einander näherten. Der deutschen Diplomatie gab die kurze Zeit des politischen Zusammengehens mit den Vereinigten Staaten Gelegenheit freundschaftliche Verbindungen anzuknüpfen. Die amtlichen Beziehungen zwischen der amerikanischen und der deutschen Regierung sind niemals so gute gewesen, wie in den Jahren dieser ostasiatischen Politik von 1909 bis 1913. Wie gut die Beziehungen waren, kann man am besten sehen aus der freundlichen Beilegung des Streitfalles über die deutsche Kalkausfuhr, die unter anderen Umständen zu einem schweren Konflikt geführt haben dürfte.

Im allgemeinen aber litten die deutsch-amerikanischen Beziehungen, wie der frühere Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, sehr treffend ausführt, unter einem gegenseitigen Mißverstehen. „In Deutschland hatte man kein Verständnis für die eigenartige Mischung von politischer Klugheit, Geschäftssinn, Zähigkeit und Sentimentalität, welche in dem amerikanischen Volkscharakter vereinigt ist. Die Macht der Union wurde bei uns konsequent unterschätzt, und die temperamentvollen Ausprägungen amerikanischer Jugendkraft fanden daher mehr Mißbilligung als notwendig, weil man darin nur Bluff und Anmaßung sah. Wir zogen nicht immer genügend in Betracht, daß die Amerikaner sehr „emotional“ sind, d. h. daß sie leicht durch ihr Temperament hingerissen und dann unberechenbar werden. Politische Ueberwachungen erscheinen in den Vereinigten Staaten fast als Regel. Andererseits nehmen sich die Amerikaner niemals die Zeit, eine fremde Nation verstehen zu lernen. Die Kenntnis

fremder Sprachen ist in den Vereinigten Staaten durchaus nicht verbreitet. Die Amerikaner nehmen daher unbewußt geistige Anleihen bei den Engländern auf, der einzigen Nation, deren Literatur und Presse ihnen in der Urchrift zugänglich sind. Selbstverständlich trug diese Tatsache wesentlich dazu bei, den Amerikanern vor dem fünfjährigen Kriege das Verständnis Deutschlands zu erschweren, weil damals die deutsch-englischen Beziehungen sich ständig verschlechterten. Die englische Sprache übt in den Vereinigten Staaten noch mehr eine unbedingte Herrschaft aus, als selbst in England. Bezeichnend hierfür ist z. B., daß kein Diplomat in Washington auf den Gedanken kommen würde, seine Gespräche in einer anderen Sprache zu erledigen. Während ich in London den französischen Botschafter niemals habe englisch sprechen hören — selbst nicht in Tischreden — gebrauchte Jusserand in Washington immer die englische Sprache. Er hätte trotz des Anspruchs der Franzosen auf die diplomatische Vorherrschaft ihrer Zunge auch gar nicht anders verfahren können, denn beispielsweise bin ich in den 8 Jahren meiner amtlichen Tätigkeit in Washington keinem Staatssekretär begegnet, der außer der englischen noch einer anderen Sprache mächtig gewesen wäre. Es leuchtet ein, daß diese Sachlage dem englischen politischen und kulturellen Einflusse Tür und Tor öffnete.... Man glaubte in den Vereinigten Staaten vielfach ehrlich an die angeblichen deutschen Pläne, die Weltherrschaft zu gewinnen. Unsere großen Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiete erweckten dort schrankenlose Bewunderung und erzeugten einerseits eine Ueberschätzung unserer Macht, die uns politisch ungünstig war, während andererseits der Amerikaner oft generalisierend den Deutschen nach dem kleinen deutsch-amerikanischen Bierphilister beurteilte.... Das Phantom eines deutschen Weltreiches von Hamburg bis Bagdad spukte schon vor dem Kriege in den amerikanischen Köpfen, und als nächsten Schritt befürchtete man in den Vereinigten Staaten, daß dieses Weltreich die Monroe-Doktrin antasten und Kolonien in Südamerika gründen würde. Professor Baumgarten hat in einer lesenswerten Schrift darauf hingewiesen, wieviel die alldeutsche Publizistik dazu beigetragen hat, solche Phantasien in Amerika groß zu ziehen.“ (Botschafter Graf

Bernstorff, Die deutsch-amerikanischen Beziehungen vor dem Kriege“ im Handbuch der Politik, Bd. II, S. 82.)

Aber auch wir haben die Amerikaner nicht richtig beurteilt. Man hat in Deutschland die Amerikaner als Angelsachsen vielfach mit den Engländern in einen Topf geworfen. Die Engländer haben zwar immer die Rassenverwandtschaft mit den Amerikanern gern betont, aber die Amerikaner haben eigentlich nur bei Verbrüderungsfeiern von dem gemeinsamen Angelsachsentum gesprochen. In Wirklichkeit fühlten sich die Amerikaner stets als ein gesondertes Volk. Die Eigenart des Amerikanertums kennzeichnete Präsident Wilson sehr fein, als er noch geistig gesund war, in einer Rede, die er zum Gedächtnis für die in Vera-Cruz gefallenen Amerikaner am 11. Mai 1914 hielt. Er sagte da: „Denkt daran, wie wahrhaft unseres Blutes diese Männer waren. Ich meine unseres amerikanischen Blutes, das nicht einem einzelnen Lande, Stamm oder Sprache der neueren Welt entstammt, sondern freie Menschen in aller Welt haben ihre Söhne, ihre Brüder und ihre Töchter in unser Land gesandt und unsere große zusammengesetzte Nation geschaffen, die aus allen stärksten und besten Elementen der Welt besteht. Mit tiefem Interesse bin ich der Liste der Toten mit ihrem Gemische von Namen gefolgt, denn die Namen tragen die Zeichen der verschiedenen Volksstämme, aus denen diese Männer hervorgegangen waren. Aber sie sind keine Iren, keine Deutschen, keine Franzosen, keine Juden oder Italiener mehr. Sie waren es nicht mehr, als sie nach Vera-Cruz gingen. Sie waren Amerikaner, jeder einzelne von ihnen, und ihr Amerikanertum war durch ihre verschiedene Abstammung nicht unterschieden. Sie waren in einem besonderen Sinne unseres Blutes und haben es dadurch bewiesen, daß sie sich von unserem Geiste beseelt zeigten, daß sie ohne Rücksicht auf ihre Abstammung, ohne Rücksicht auf ihre Herkunft das dachten, wünschten und taten, was amerikanisch war. Und die Flagge, unter der sie dienten, sammelt alles Blut der Menschheit in eine freie Nation.“ (Graf Bernstorff a. a. O. S. 83.)

Das Mißtrauen der Amerikaner gegen Deutschland wurde immer stärker, trotz aller Versuche, eine größere gegenseitige Verständigung zwischen beiden Völkern herbeizuführen.

Wir erinnern an die Prinz-Heinrich-Fahrt nach Amerika und an den großzügigen Professoren-austausch. Der überwiegende Teil der amerikanischen Bevölkerung war pazifistisch, und diese mußte ja in ihrem Glauben, daß Deutschland außerordentlich kriegslustig sei, bestärkt werden, weil es dreimal der Aufforderung zu einem Schiedsvertrage nicht nachgekommen war, trotzdem fast alle anderen Großmächte — nur Japan verhielt sich gleichfalls ablehnend — derartige Verträge mit Amerika abgeschlossen hatten.

Es kamen noch ein paar Kleinigkeiten dazu, die in den Kreisen der amerikanischen Regierung nicht ins Gewicht fielen, die aber dazu dienten, die breite Masse der Bevölkerung Amerikas gegen Deutschland zu erbittern. Da war zunächst das Erscheinen des ostasiatischen Geschwaders unter Admiral Niedeichs vor Manila gerade als im Jahr 1898 die Entscheidung über den Besitz der Philippinen fiel. Es war das nicht etwa eine deutsche Ungeheuerlichkeit, die, wie Friedjung sagt, „bloß aus unpraktischem Kraftgefühl“ entsprang. Der amerikanische Gesandte in Berlin hatte vielmehr angedeutet, daß die Vereinigten Staaten keinen Wert mehr auf die Philippinen legten und nichts dagegen einwenden würden, wenn Deutschland sich der Inseln bemächtigte. Der amerikanische Gesandte ist später von seiner Regierung desavouiert worden, und die amerikanische Presse hat ihren Lesern nicht erzählt, daß die Handlungsweise Deutschlands auf gutem Glauben beruhe. Ähnlich ging es Deutschland 1902 bei dem Venezuela-Konflikt. Damals hatte England die Anregung zu energischem Eingreifen gegeben und Deutschland hatte sich verleiten lassen, mit England zusammen ein Ultimatum zu stellen und nach dessen Ablauf die Haupthäfen von Venezuela zu blockieren. Als aber die Amerikaner ernstlich böse wurden, da brachen die Engländer schnell die Aktion ab und beschuldigten in ihrer Presse die Deutschen als die Anstifter der unangenehmen Sache. Die amerikanische Volksmeinung, die ja durch deutsche Zeitungen nicht beeinflusst werden konnte, glaubte das selbstverständlich und hatte einen Grund mehr, die Deutschen als händelsüchtig anzusehen.

In der Zeit bis 1914 hat dann Amerika das Schwergewicht seiner auswärtigen Politik nach dem Stillen Ozean verlegt. Dadurch kam

es in scharfen Gegensatz zu England, das seinen australischen Besitz gefährdet glauben mußte, zu Holland, das für seine reichen Kolonien im Stillen Ozean fürchten mußte, und zu Japan, dessen Ziel die Vormachtstellung in Ostasien war. Bei dem Eintreten für die Unverletzbarkeit Chinas sahen die Vereinigten Staaten das Deutsche Reich auf ihrer Seite. Da Japan damals einen offenen Konflikt nicht wagen konnte, so kam 1908 ein Vertrag zwischen Japan und Amerika zustande, in dem beide Vertragsgegner sich für den bisherigen Stand der Dinge in Ostasien erklärten und gemeinsam die Unverletzbarkeit Chinas anerkannten. Auch die offene Tür sicherte man sich gegenseitig zu. Als nach der Errichtung der chinesischen Republik im Jahre 1911 das Riesenreich saniert werden mußte, da beteiligte sich neben England, Frankreich und Deutschland auch Amerika an der sogenannten Viermächte-Anleihe, die durch den Beitritt Japans und Russlands bald noch erweitert wurde. Wilson hielt dieses Zusammengehen mit Mächten, die in Ostasien ganz andere Interessen hatten, nicht für richtig. Er trat, sobald das nur angängig war, aus dem Finanzkongress aus und sicherte so der amerikanischen Politik wieder freie Hand. Die Reibungsflächen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten wurden immer größer. Das ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die Wirtschaftsinteressen der beiden Staaten in China im schroffsten Gegensatz zueinander standen. Dazu kam noch ein starker Rassenhaß. Die Japaner hatten den russisch-japanischen Krieg, der ja für sie ein Existenzkampf war, militärisch glänzend gewonnen. Aber sie konnten vorläufig die Früchte ihrer Siege noch nicht ernten. Sie erhielten an Landzuwachs nur die Südspitze von Sachalin und die Mandschurei. Auch war Japan verschuldet, da es in den beiden großen Kriegen der letzten Zeit über die Finanzkräfte des kleinen Landes gewirtschaftet hatte. Die außerordentlich große Dichte der Bevölkerung zwang Japan zu einer Auswanderung in großem Umfange. Überall hin strömten die Massen der japanischen Auswanderer. Die größte Zahl davon ging nach den Weststaaten Amerikas und Hawai. Es war nicht allein die Masse der gelben Gäste, die die Amerikaner beunruhigte, sondern die Ueberlegenheit des Willens und die geschlossene Einheit der Rasse, die sie zu einem Fremdkörper im

Staate machten. Man suchte sich vor der japanischen Invasion schließlich durch ein Gesetz zu schützen, das Ausländern verbot, in Kalifornien Land zu erwerben (1913). Immer wieder entstanden Konflikte zwischen den beiden Staaten, die aber stets bald durch Englands eifrige Vermittlertätigkeit beigelegt wurden.

Um andere Fragen der Weltpolitik, etwa um die Aufteilung Afrikas und die orientalische Frage hat sich der amerikanische Imperialismus nicht gekümmert. Aber die Taft'sche Schiedsgerichtsvertrags-Politik verknüpfte die Vereinigten Staaten doch enger mit den meisten Staaten Europas und machte sie an deren politischen Lage interessiert.

Die neu erworbene Weltmachtstellung verlangte naturgemäß auch eine militärische Rüstung. Da Landkämpfe im größeren Umfange auf dem amerikanischen Kontinent nicht zu befürchten waren, so legte man das Hauptgewicht auf eine großzügige, moderne Ausbildung der Kriegsmarine. Die große Demonstrationsfahrt der gesamten amerikanischen Flotte von einem Ozean zum anderen um das Kap Horn herum, zeigte, was amerikanische Energie in kurzer Zeit geschaffen. Die Demokraten hatten den wachsenden Imperialismus der Vereinigten Staaten innerpolitisch immer aufs stärkste bekämpft. Aber im allgemeinen war diese Opposition stets unterlegen. Vor allen Dingen bei den Präsidentenwahlen. In 16 Jahren, von 1898 - 1914, hatte Amerika drei republikanische und nur einen demokratischen Präsidenten. Als aber in Wilson wieder ein Demokrat die Leitung der amerikanischen Politik übernahm, da konnte der gute Wille allein eine Kursänderung nicht mehr herbeiführen. Auch Wilson hat, vielleicht ohne daß er sich klar darüber wurde, stets eine imperialistische Politik betrieben. Sein Vorgehen gegen Mexiko und einzelne südamerikanische Staaten ist der beste Beweis dafür. Der amerikanische Imperialismus ist von England, das, je näher es sich vor einem ernststen Konflikt mit Deutschland sah, desto mehr Anlehnung überall in der Welt suchte, immer bis zu einem gewissen Grade begünstigt worden. Die Engländer benutzten aber vor allem die Gemeinsamkeit der Sprache, um in großzügiger Weise mit Hilfe der Presse die Abneigung der amerikanischen Bevölkerung gegen

Deutschland zu vertiefen. Da mächtige Finanzgruppen Amerikas Deutschlands Wettbewerb nur ungern ertrugen, fanden sie auch im Lande selbst wirksamste Unterstützung. Die amerikanische Regierung aber dachte immer an die Möglichkeit, daß eine Koalition von Rußland, Japan

und Deutschland seinen ostasiatischen Plänen einen Riegel vorschieben könnte. So war schon, ehe die wüste Presseheke während der Kriegszeit begann, in der Stimmung der amerikanischen Bevölkerung die Möglichkeit eines ernststen Konfliktes mit Deutschland vorhanden.

DER LETZTE ANSTOSS

In den ersten Monaten des Jahres 1914 schien sich die gefährvolle Lage Deutschlands etwas gebessert zu haben. Vor allem im Westen, wo ja die gefährlichsten Gegner waren. Deutschland war auf dem besten Wege eine ehrliche Verständigung mit England zu erzielen. Auf beiden Seiten waren kluge und tatkräftige Männer an der Arbeit, die Fäden zwischen den beiden Völkern und Staaten immer dichter zu spinnen. In Frankreich hatten die Neuwahlen zur Kammer, die im Mai stattgefunden hatten, den Revanche-Freunden eine Niederlage gebracht. Das konnte als ein gutes Zeichen für den Frieden gewertet werden. Im Osten allerdings standen noch allerlei Gewitter, die sich in den Balkankriegen nur zum Teil entladen hatten. Oesterreich und Rußland standen sich beinahe feindlich gegenüber. Die panslawistische Offizierspartei hegte in Rußland ganz systematisch zu einem Kriege, der mit Oesterreich auch Deutschland vernichten sollte. Oesterreich, das durch den immer stärker werdenden Panslawismus innerhalb seiner Landesgrenzen große innerpolitische Schwierigkeiten hatte, plante mit Billigung Berlins eine Gegenaktion. Daß sich auch die deutsche Regierung über das Bedrohliche der Lage völlig im klaren war, geht aus einer Rede des Kaisers hervor, die er am 23. Juni in Hamburg gehalten hat. Er sagte dort: „Wir müssen in der Lage sein, eines der besten Worte, die der eiserne Kanzler je geprägt hat, tatsächlich auf uns zu übertragen und auszuführen, d. h. wir müssen so leben und handeln, daß wir alle Zeit mit ihm sagen können: wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts und niemanden auf der Welt.“

Viele Leser werden sich des schönen Juni-Sonntages erinnern, als gegen Abend die Extrablätter die Ermordung des österreichischen Thronfolgers und seiner Gemahlin der Welt

verkündeten. Von diesem 28. Juni 1914 waren es bis zur furchtbaren Katastrophe nur wenige Schritte. In Serajevo war die Bluttat geschehen. Der Bombenwurf des Buchdruckers Gavrino hatte sein Ziel verfehlt. Um so sicherer wußte die Pistole des Gymnasiasten Princip zu treffen. Die sorgfältig vorbereitete Tat war das Ergebnis einer Verschwörung, die aufs engste mit der groß-serbischen Agitation zusammenhing. Die Attentäter waren zwar bosnische und damit österreichische Untertanen, und wirkliche Beweise für eine Mitschuld der serbischen Regierung konnten nicht erbracht werden. Indirekt und moralisch aber war die serbische Regierung, die die groß-serbische Bewegung mit allen Mitteln förderte, schuldig. Man kann es der österreichischen Regierung nachfühlen, wenn sie glaubte, nun die Pflicht zu haben, „mit entschlossener Hand die Fäden zu zerreißen, die ihre Gegner zu einem Netz über ihrem Haupt verdichten wollten“. Ein energisches Einschreiten gegen Serbien schien geboten. Kaiser Wilhelm sah ein solches festes Zugreifen für ein sicheres Mittel an, den Frieden Europas weiter zu wahren. Er sowohl wie die Berliner Regierung haben nicht daran gedacht, den Krieg zu wünschen. Durch die 25 Jahre seiner Regierung hatte der Kaiser den Frieden gewahrt, wenn ihm auch in den letzten Jahren manchmal Bedenken aufgestiegen waren, ob eine Auseinandersetzung mit den Waffen unvermeidbar sei. Schon im Jahre 1912 hat der Kaiser, nach Bethmann-Hollweg, wieder und wieder von der Koalition gesprochen, die sich ähnlich der Raunig'schen gegen Deutschland bilde, und die über uns herfallen werde. Beim Neujahrsempfang 1913 hatte er zu dem französischen Botschafter Cambon nicht ohne Bitterkeit geäußert: „Jetzt sind es 25 Jahre, daß ich Frankreich die Hand hinstrecke, und 25 Jahre schlägt es sie aus

Man sah die Lage in Berlin nicht als hoffnungslos an. Man folgerte dort so: Wenn Rußland nicht einen Krieg um jeden Preis wolle, — und dann sei er ja doch nicht zu vermeiden — so werde es jetzt nicht eingreifen und den Serben erklären, daß es eine Kampfesweise, die mit Meuchelmord arbeite, mißbillige. Man wußte, daß in England seit der Ermordung des Königs Alexander für Serbien gar keine Sympathien bestanden. Frankreich konnte nach Meinung der Berliner militärischen Kreise der Krieg im Augenblick nicht angenehm sein, da es gerade im Begriffe stand, die seinem Heere fehlende schwere Artillerie zu schaffen. Wenn Deutschland die von Oesterreich energisch geforderte Genugthuung unterstützen würde, so würde entweder Serbien sich demütigen, oder der Krieg auf Oesterreich und Serbien beschränkt bleiben.

„Es braucht nicht gesagt zu werden, daß in dieser Rechnung verhängnisvolle Irrtümer und Fehlschlüsse steckten. Aber es scheint so, daß der Kaiser und Kanzler so und nicht anders gerechnet haben. Natürlich waren sie nicht blind genug, um zu übersehen, daß die Gefahr eines ernststen kriegerischen Ausgangs bestand. Aber sie beruhigten sich darüber mit der Erwägung, daß, wenn Rußland das Einschreiten gegen Serbien zum Anlaß nehme, um loszuschlagen, dann eben erwiesen sei, daß es unter allen Umständen den Krieg wolle, und daß für den unvermeidlichen Krieg der gegenwärtige Augenblick günstiger sei als ein späterer. Namentlich erwarteten sie für jetzt die Neutralität Englands. Nach einem Bericht des k. und k. Botschafters vom 12. Juli glaubte die deutsche Regierung sichere Anzeichen dafür zu haben, daß England sich derzeit an einem, wegen eines Balkanlandes ausbrechenden Krieges nicht beteiligen würde, selbst dann nicht, wenn er zu einem Waffengang mit Rußland eventuell auch mit Frankreich führen sollte; und gegen Rußland und Frankreich allein meinte man im deutschen Generalstab gute Aussichten des Krieges zu haben. Gerade deshalb aber galt es für unwahrscheinlich, daß die Gegenseite es auf das äußerste antommen lassen werde. Es werde etwas Gevölkter geben, aber schließlich werde Rußland zurückweichen.“ (Professor Dr. L. Luckwaldt, „Der unmittelbare Kriegsursprung“ im Handbuch für Politik, Bd. II, S. 110.)

Berlin sah also die Gefahr nicht allzuängstlich an.

Man war nur der Meinung, daß der Eindruck der blutigen Tat sich nicht abschwächen dürfe, und daß Oesterreich möglichst schnell eingreifen müsse. Im Ministerrat, der am 7. Juli in Wien stattfand, wies der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza darauf hin, daß man unbedingt den Anschein vermeiden müsse, als Friedensstörer den Krieg zu wollen. Trotzdem war die Mehrzahl im Kabinett der Meinung, daß Serbien durch eine Kraftäußerung für immer unschädlich gemacht werden müßte, und daß ein bloßer diplomatischer Erfolg gar keinen Zweck habe. Man hatte sich an diesem Tage dahin geeinigt, daß man die Forderungen an Serbien nicht befristen wollte. Die leitenden militärischen Kreise aber drängten auf die Form eines Ultimatums. Man beschloß daraufhin, Serbien nur eine kurze Frist von 48 Stunden zu gewähren. Die Formulierung der Note hat außerordentlich viel Arbeit gemacht. Sie wurde nicht weniger als sechsmal umgeformt. Und jedesmal wurde die Tonart schärfer. Die letzte Fassung hatte 10 Punkte. Sie verlangte u. a. das Verbot der großserbischen Propaganda in der Presse, in den Schulen und in Vereinen; forderte die Entfernung aller von Oesterreich bezeichneten Beamten und Offiziere und die Zustimmung dazu, daß „Organe der österreichischen Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitwirkten“. Eine Untersuchung gegen die an der Ermordung des Thronfolgers Mitschuldigen in Serbien sollte unter ständiger Beteiligung österreichischer Beauftragter stattfinden. Weiter wurde eine feierliche Abbitte gefordert, deren Wortlaut vorgeschrieben war. Trotzdem die Zeit drängte, und obwohl die serbische Regierung immer wieder weitgehende Versöhnungsvorschläge machte, schob man die Ueberreichung der Note bis zum 23. Juli hinaus, da man die Abreise Poincarés aus Petersburg abwarten wollte. In Berlin hat man die Note vorher nicht vorgelegt; sie ist dort erst am Abend des 22. Juli bekannt geworden.

Man hatte ja in Berlin gewußt, daß die Wiener Regierung fast unerfüllbare Forderungen stellen würde, und war darum über den Inhalt der Note nicht erstaunt. Wohl aber über



EIN SCHLACHTSCHIFF VOM U-BOOT TORPEDIERT

die Form, die bei den Mächten, an deren Eingreifen man jetzt noch nicht dachte, Anstoß erregen konnte. Das ist auch geschehen. Sir Edward Grey erklärte die Note für das fürchtbarste Dokument, das je von einem Staat an einen anderen gerichtet worden sei, und König Karl von Rumänien unterbrach den Grafen Czernin, der ihm die Note vorlas, in größter Erregung mit den Worten: „Das ist der Weltkrieg.“ Die Note war am 23. Juli, nachmittags 6 Uhr, überreicht worden. Drei Stunden vor Ablauf der Frist mobilisierte Serbien seine Armee. Aber zwei Minuten vor Ablauf des Ultimatums war eine serbische Antwort in Wien eingegangen, die außerordentlich geschickt abgefaßt war und die, trotzdem sie nichts zugestand, doch die Grundlage für weitere Verhandlungen hätte bilden können. Oesterreich aber wollte ja keinen bloßen diplomatischen Erfolg. Es erklärte die Antwort für ungenügend, und der Kaiser Franz Joseph befahl die Mobilmachung von acht Armeekorps. Nach Berlin hatte man die serbische Note, die Kaiser Wilhelm später für eine brillante Leistung erklärt hat, wie schon oben erwähnt, vorher nicht mitgeteilt. Die deutsche Regierung stellte sich aber doch mit aller Entschiedenheit neben den Bundesgenossen. Sie ließ durch ihre Botschafter in Petersburg, Paris und London erklären: „Wir wünschen dringend, die Lokalisierung des Konflikts, weil jedes Eingreifen einer anderen Macht infolge der verschiedenen Bündnisverpflichtungen unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen würde.“

Rußland fühlte sich durch den scharfen Ton der österreichischen Note selbst getroffen. Schon am 24. Juli schrieb das Amtsblatt, daß die russische Regierung die Entwicklung des österreichisch-serbischen Konflikts aufmerksam verfolgte, da Rußland dabei ja nicht gleichgültig bleiben könne. Trotzdem schien die russische Gefahr nicht allzu groß. In der Bevölkerung Rußlands zeigte sich gar keine Kriegsstimmung. Der größte Teil der Presse war sehr zurückhaltend. Daß der Zar ehrlich den Frieden wünschte, war bekannt. Man traf natürlich allerlei Vorbereitungen für die Möglichkeit eines ernststen Konflikts. Man brach die Manöver ab, zog Reservisten ein und beschloß, wenn Oesterreich wirklich den Krieg erklären

sollte, 13 Korps zu mobilisieren. Sazonow wurde sogar liebenswürdig. Er fand 7 von den 10 Forderungen der Oesterreicher annehmbar, so daß der österreichische Botschafter den Eindruck gewann, „daß der Minister bei der vorhandenen Unlust, mit der Monarchie in Konflikt zu geraten, sich an Strohhalme klammere, in der Hoffnung, doch noch der gegenwärtigen Situation zu entkommen“. (Roderich Goss, Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges, S. 286.) Auch die Haltung Sazonows dem deutschen Gesandten gegenüber war außerordentlich freundlich. Die Gesandten Deutschlands und Oesterreichs bekamen so den Eindruck, daß England und Frankreich, wie man ja erwartet hatte, Rußland vom Kriege abrieten. In Wien traf außerdem aus Kopenhagen eine verbürgte Nachricht ein, nach der England in St. Petersburg erklärt hätte, es würde neutral bleiben. Das Verhalten des englischen Botschafters in Petersburg schien diese Nachricht zu bestätigen. Sir Buchanan hatte ziemlich kühl erklärt, daß in Serbien keine britischen Interessen vorhanden wären, und daß ein Krieg um Serbien in England niemals populär werden könne. Auch könne England besser vermitteln, wenn es sich vorläufig zurückhalte. In London billigte man die Stellungnahme des Botschafters, lehnte aber zu gleicher Zeit eine Bitte Deutschlands, in Petersburg mäßigend einzuwirken, ab. England spielte also völlig mit verdeckten Karten. „Vom Standpunkt des rückblickenden Betrachters wird man diese Politik tief bedauern; denn es ist durchaus wahrscheinlich, daß der Weltkrieg nicht ausgebrochen wäre, wenn England sich von vornherein auf die eine oder die andere Seite gestellt hätte. Dann hätte entweder Deutschland rechtzeitig abgestoppt oder Rußland weitgehend nachgegeben. Aber es muß doch anerkannt werden, daß in dem einen wie in dem anderen Fall eine erhebliche Verschlechterung der Lage Englands die Folge hätte sein müssen. Enttäuschte es Rußland, so trieb es dieses in die Arme Deutschlands; und rief es Deutschland, wie im Sommer 1911 anläßlich der Agadir-Krise, ein brutales „Gänseweg!“ zu, so lief es Gefahr, daß der Berliner Hof in Zukunft seine ganze Politik auf das „perfide Albion“ einstellte. 1911 war Grey die bedingungslose Parteinahme im eigenen

Land vielfach und heftig vorgeworfen worden. Er hatte es daraufhin während des Balkankrieges mit einer vermittelnden Haltung versucht, die die Gegensätze zwischen den beiden Bündnisgruppen auswog oder abschwächte. Diese hatte Erfolg gehabt. Es lag nahe, daß er sie auch jetzt als das beste Mittel ansah, die europäische Krisis zu lösen, ohne daß England Schaden dabei erlitt. Von Anfang an entwickelte er den Gedanken, daß die vier nicht unmittelbar beteiligten Mächte, England, Deutschland, Frankreich und Italien, die Sache in die Hand nehmen müßten, und am 26. Juli ließ er den Regierungen in Berlin, Paris und Rom amtlich den Vorschlag machen, sie möchten ihre Botschafter anweisen, sich mit ihm zu einer Konferenz in London zu vereinen. Bis diese gesprochen habe, sollten Oesterreich, Rußland und Serbien ersucht werden, alle militärischen Operationen einzustellen.“ (Ludwaldt a. a. O., S. 114.)

Die Lage für die deutsche Regierung war nach diesem Vorschlage Englands ziemlich schwierig. Vor kurzem noch hatte, wie wir gehört haben, Deutschland jede Einmischung in den Konflikt zwischen Serbien und Oesterreich abgelehnt. Ging es nun auf den so plötzlich auftauchenden Konferenzgedanken ein, so mußte das als ein Zeichen von Schwäche aufgefaßt werden. Außerdem bot ja eine Konferenz keine wirkliche Sicherheit dafür, daß der Friede nun auch erhalten blieb. Gerade, da man mit Rußland als Gegner zu rechnen hatte, konnte eine Verzögerung der Entscheidung dazu dienen, die Machtmittel des Gegners zu stärken. So wurde der Grevsche Vorschlag durch Staatssekretär von Gadow abgelehnt mit der Begründung, daß die Angelegenheit nur dann durch ein Schiedsgericht entschieden werden könnte, wenn ein solches von Oesterreich und Rußland gefordert würde. Der Botschafter Oesterreichs in Berlin, der ein sehr verdienter aber schon recht alter Diplomat war, hatte scheinbar die Stellungnahme der deutschen Regierung nicht ganz verstanden. Er berichtete, daß man in Berlin jede Einmischung schroff ablehne, auch wenn man den englischen Vorschlag der Form halber nach Wien weiter gegeben habe. So von der wirklichen Stimmung in Berlin nicht richtig unterrichtet, tat man in Wien einen verhängnisvollen Schritt. Man wies die Vermittlung Rußlands,

das dringend zu einem Meinungsaustausch über die serbische Angelegenheit aufgefordert hatte, zurück und erklärte am 28. Juli an Serbien den Krieg, obwohl keine Notwendigkeit dafür vorhanden war, und man auch selbst sofortige militärische Operationen nicht plante.

Inzwischen war der Kaiser unerwartet plötzlich von der Nordlandreise zurückgekehrt. Er hatte an demselben Vormittag, an dem die österreichische Kriegserklärung an Serbien abging, die serbische Antwortnote vom 25. Juli gelesen, und war zu der Ansicht gekommen, daß nach dieser Demütigung Serbiens ein dringender Anlaß zum Kriege nicht mehr vorhanden sei. Er griff nun selbst in die Verhandlungen ein, mit aller Energie den Frieden zu erhalten suchend. Er verließ die Stellung des Verbündeten und trat als Vermittler auf. So telegraphierte er an den Zaren: „Eingedenk der herzlichen Freundschaft, die uns beide seit langer Zeit mit festem Bande verbindet, setze ich meinen ganzen Einfluß ein, um Oesterreich-Ungarn zu bestimmen, eine offene und befriedigende Verständigung mit Rußland anzutreten.“ Man richtete auch nach Wien die Mahnung, Grevs Wünschen nach einer Vermittlung und den russischen Wünschen nach einer Aussprache entgegenzukommen. Aber diese Mahnung war nicht energisch und nicht offen genug. Denn man hatte zu gleicher Zeit den deutschen Botschafter in Wien von Tschirschky angewiesen, daß er den Eindruck vermeiden solle, „als wünschten wir Oesterreich zurückzuhalten. Es handelt sich lediglich darum, einen Modus zu finden, der die Verwirklichung des von Oesterreich-Ungarn angestrebten Zieles, der großserbischen Propaganda den Lebensnerv zu unterbinden, ermöglicht, ohne gleichzeitig einen Weltkrieg zu entfesseln, und wenn dieser schließlich nicht zu vermeiden ist, die Bedingungen, unter denen er zu führen ist, für uns nach Tunlichkeit zu verbessern.“ Jeder Unbefangene wird zugeben müssen, daß die Wiener Regierung eine derartige Mahnung als nicht besonders ernst gemeint ansehen konnte. Am 29. Juli hatte sich die Lage bedeutend mehr zugespitzt. Aus Frankreich wurden umfangreiche Rüstungen gemeldet, Rußland erklärte, daß es infolge der Kriegserklärung Oesterreichs an Serbien die Armeebezirke Kiew, Odessa, Moskau und Kasan mobilisieren müßte und an dem

gleichen Tage fand auch die bedeutsame Unterredung zwischen Sir Edward Grey und dem Fürsten Lichnowsky statt, in der Grey dem deutschen Botschafter „ganz privatim freundschaftlich“ die Mitteilung machte, daß der freundschaftliche Ton der Unterredungen den Botschafter nicht zu der mißverständlichen Annahme verführen dürfe, daß England bei Seite stehen würde. Auf den Kaiser, wie auf Bethmann Hollweg machte der Bericht Lichnowskys einen niederschmetternden Eindruck. Statt nun aber ein wenig einzulenken, glaubte man in Berlin mit einer Methode der Abschreckung noch etwas erreichen zu können. Die Botschafter in Petersburg und Paris wurden angewiesen, sehr energisch gegen die Rüstungen in den beiden Ländern zu protestieren. England gegenüber versuchte man es mit Versprechungen. Bethmann Hollweg erklärte am Abend des 29. Juli dem britischen Botschafter Goschen, daß Deutschland nicht daran denke, Teile von Frankreich mit Waffengewalt zu erwerben, oder die Neutralität von Holland und Belgien zu verletzen. Der englische Botschafter zeigte sich diesem Annäherungsversuche gegenüber ebenso kühl und zugeknöpft, wie die englische Regierung. Immerhin waren noch einige Hoffnungen vorhanden. Grey hatte dem deutschen Botschafter einen Vermittlungsvorschlag gemacht, der ungefähr daselbe wollte, wie Kaiser Wilhelm. Danach sollte Oesterreich, auch wenn es vielleicht inzwischen Belgrad und serbisches Gebiet besetzt hätte, seine Truppen nicht zurückziehen müssen, sondern nur erklären, daß es nicht weiter vorgehe, bis die Vermittlungsaktion zwischen ihm und Rußland in irgend einer Weise entschieden sei. Da man mit diesem Vorschlage mit England konform ging, versuchte man in Wien einen starken Druck auszuüben unter Hinweis auf die schweren Folgen, die für Deutschland und Oesterreich eintreten müßten, wenn dieses auf die englischen Vorschläge nicht eingehe. Am 30. Juli wurden zwischen Prinz Heinrich und König Georg von England Telegramme gewechselt. König Georg erklärte: „Meine Regierung tut ihr möglichstes, um Rußland und Frankreich nahe zu legen, weitere militärische Vorbereitungen aufzuschieben, falls Oesterreich sich mit der Besetzung von Belgrad und benachbartem Gebiet als Pfand für eine befriedigende Regelung seiner Forderungen zu-

frieden gibt, während gleichzeitig die anderen Länder ihre Kriegsvorbereitungen einstellen.“ Kaiser Wilhelm hat zu diesem Zeitpunkt geglaubt, wie der damalige amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, in seinem Buche erzählt, daß die Hauptgefahr überwunden sei.

Aber die Dinge waren schon so weit gediehen, daß das Unheil nicht mehr abzuwenden war. Schon die Beschießung Belgrads, die bereits am 29. Juli erfolgte, und die militärisch gar keinen Zweck hatte, war eine Ungeschicklichkeit. In dem österreichischen Ministerrat vom 31. Juli vertrat Graf Berchtold den Standpunkt, daß eine einfache Besetzung Belgrads zwecklos sei. Man würde dann bald zu einer friedlichen Lösung kommen, Rußland würde von den slawischen Völkern als der Errechter Serbiens gefeiert werden, und in ein paar Jahren würde die Donau-Monarchie vielleicht in viel ungünstigerer Lage vor der gleichen Entscheidung stehen. Der Ministerrat erklärte schließlich sein Einverständnis mit dem englischen Vorschlag, wollte aber trotzdem den Feldzug gegen Serbien fortführen, und verlangte für sein Nachgeben die Einstellung der russischen Mobilmachung.

Als die Entscheidung des Ministerrates in den ersten Morgenstunden des 1. August in die Welt hinausging, da waren die Würfel bereits gefallen. Im Verlaufe des 30. Juli hatte die Militärpartei in Rußland, die den Krieg unter allen Umständen wollte, den Befehl zur Mobilmachung durchgesetzt. Zwei Vorgänge brachten in Petersburg die Entscheidung. Einmal hatte man die Gewißheit erlangt, daß nicht nur Frankreich, sondern auch England an einem Kriege gegen die Mittelmächte teilnehmen würden. Den zweiten Anlaß bot die Ungeschicklichkeit eines unbesonnenen Berliner Redakteurs.

Am 30. Juli vormittags war in der Redaktion des „Berliner Lokalanzeigers“ der Text eines Extrablattes festgelegt worden, weil man der Ueberzeugung war, daß die Nachricht von der deutschen Mobilmachung jede Stunde herauskommen mußte. Der diensttuende Redakteur hatte in seinem Ueberifer diesen Text ohne Zustimmung der Geschäftsleitung und des Chefredakteurs in 2000 Exemplaren drucken lassen. Von der Geschäftsleitung

war ausdrücklich angeordnet worden, daß die festgelegte Fassung des Extrablattes nur eine Vorbereitung sei, daß also das Extrablatt auch nicht gedruckt, viel weniger herausgegeben werden dürfte. Die 2000 Exemplare wurden einem Angestellten übergeben, der sie gut verwahren sollte. Dieser hatte die erteilte Weisung mißverstanden und die Extrablätter ausgegeben. Auf diese Weise gelangten diese 2000 Exemplare auf die Straße, teilweise bis unter die Linden. Das Versehen wurde sofort bemerkt und dem Woltfschen Telegraphenbureau sowie dem Hirschschen Telegraphenbureau telephonisch mitgeteilt.

Der Wortlaut des Extrablattes war folgender:

Extrablatt.

Berliner Lokal-Anzeiger.

32. Jahrgang. Donnerstag, den 30. Juli 1914.

Mobilmachung in Deutschland.

Die Entscheidung ist gefallen, gefallen in dem Sinne, wie es nach den Nachrichten der letzten Stunden erwartet werden mußte. Wie wir erfahren, hat Kaiser Wilhelm soeben die sofortige Mobilisierung des deutschen Heeres und der deutschen Flotte angeordnet.

Der Schritt Deutschlands ist die notgedrungene Antwort auf die drohenden kriegsrätschen Vorbereitungen Rußlands, die sich nach der Lage der Dinge gegen uns nicht minder wie gegen unseren Bundesgenossen Oesterreich-Ungarn richten.

Die Tatsache selbst, daß das Extrablatt über die Mobilmachung in der Redaktion des „Berliner Lokalanzeigers“ festgelegt worden war, ist für jeden Zeitungsmann nichts Ungewöhnliches. Daß das Telegramm versehentlich verfrüht herausgebracht worden ist, gehört auch nicht zu den Absonderlichkeiten, wenigstens nicht des „Lokalanzeigers“, der seinerzeit den Tod Kaiser Wilhelms I. ebenfalls vorzeitig in großer Auflage durch Extrablätter gemeldet hat.

Von deutscher Seite geschah sofort alles, um den Vertretern des Dreiverbandes die Unrichtigkeit der Mitteilungen des Extrablattes zu beweisen. Es erschien ein zweites Extrablatt, das den Inhalt des ersten dementierte. Auch wurde die Angelegenheit durch einen Vertreter des Auswärtigen Amtes beim russischen Botschafter aufgeklärt. Aber der russische Bot-

schafter, dem dieses unverzeihliche Versehen scheinbar außerordentlich willkommen war, hatte die Nachricht sofort nach Petersburg weitergegeben. Die Berichtigung aber hat er so verzögert, daß inzwischen die Entscheidung gefallen sein mußte. Es ist aus dem Prozeß gegen den früheren Kriegsminister Suchomlinow, der im Jahre 1917 stattfand, bekannt geworden, daß man dem Zaren bereits am 29. Juli die Unterschrift unter dem Mobilmachungsbeehl abgezwungen hatte, die aber Nikolaus II., als inzwischen ein neues Telegramm des deutschen Kaisers gekommen war, widerrief. Der Kriegsminister und der Generalstabschef haben aber diesen Widerruf in keiner Weise beachtet. Am 31. Juli war im ganzen Rieseneiche Rußland, soweit es durch den Telegraphen zu erreichen war, die Bekanntmachung der Mobilmachung angeschlagen.

In Berlin war man nun gezwungen, schnell zu handeln. Der Generalstab konnte sich nicht mit dem Telegramm beruhigen lassen, das der Zar an demselben Tage, an dem die russische Mobilmachung bekannt gemacht wurde, an den Kaiser geschickt hatte: „Wir sind weit davon entfernt einen Krieg zu wünschen. Solange wie die Verhandlungen mit Oesterreich über Serbien andauern, werden meine Truppen keine herausfordernde Aktion unternehmen. Ich gebe Dir mein feierliches Wort darauf.“ Oesterreich zog aus der russischen Mobilmachung sofort die Konsequenzen und mobilisierte am 31. Juli mittags sein gesamtes Heer. Kaiser Wilhelm aber konnte sich zu dem letzten entscheidenden Schritte nur schweren Herzens entschließen. Vom Generalstab aufs ernstlichste bedrängt, gab er schließlich insofern nach, daß er die Verkündung der drohenden Kriegsgefahr bekannt gab. Der Reichskanzler zeigte sich der Situation in keiner Weise gewachsen. Ein halber Tag Aufschub hätte vielleicht eine Klärung der Gesamtlage herbeiführen können. Er aber wußte kein Mittel, einen kurzen Zeitausschub herbeizuführen, und konnte weiter nichts tun, als ein zwölfstündiges Ultimatum an Rußland richten, alle Kriegsmassnahmen sofort einzustellen. Ein ähnliches Ultimatum, auf 18 Stunden befristet, ging nach Frankreich mit der Frage, ob Frankreich im Fall eines russisch-deutschen Krieges neutral bleiben werde, Die Beantwortung dieser Frage mit „Ja!“ war

Frankreich schon deswegen unmöglich gemacht, weil für diesen Fall die Uebergabe der Festungen Soul und Verdun an Deutschland bis zur Beendigung des Krieges mit Rußland gefordert wurde. Frankreich antwortete, daß es tun würde, was seine Interessen ihm rieten und mobilisierte Heer und Flotte. Zu derselben Stunde erging der Mobilmachungsbeehl für die deutsche Land- und Seestreitmacht. Dreimal hat der Kaiser, wie Helfferich erzählt, die Feder abgesetzt, ehe er die entscheidende Unterschrift vollzog.

Nachdem die Mobilmachung unterzeichnet worden war, ließen zwei Nachrichten aus England noch einmal für kurze Zeit die Hoffnung auf Vermeidung des blutigen Konfliktes aufkommen. Der englische König teilte in einem Telegramm an den Prinzen Heinrich mit, daß er sich dem Zaren gegenüber bereit erklärt habe, alles zu tun, um die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu fördern. Dieses Telegramm von König Georg an den Zaren ist tatsächlich abgegangen und führt eine ziemlich energische Sprache. Die Hoffnung verstärkte sich, durch eine Depesche des Fürsten Lichnowsky, die lautete: „Soeben hat mich Sir Edward Grey ans Telephon gerufen und mich gefragt, ob ich glaube, erklären zu können, daß für den Fall, daß Frankreich neutral bliebe, in einem deutsch-russischen Kriege wir die Franzosen nicht angreifen.“ Diese beiden Nachrichten gaben die Möglichkeit, daß die beiden Westmächte in den Krieg nicht mit eingriffen. Da Rußland nur im Vertrauen auf die tätige Unterstützung seiner Dreiverband-Genossen sich soweit vorgewagt hatte, so war zu erwarten, daß es allein den Krieg nicht riskieren würde. In Berlin erklärte man sich mit Freuden bereit, den englischen Vorschlag anzunehmen, wenn England die Bürgschaft für Frankreichs Neutralität übernehme. Bis zum 3. August, abends 7 Uhr, wollte man eine zusagende Antwort Englands erwarten und bis dahin die deutschen Truppen diesseits der Grenze halten. Die englische Antwort war niederschmetternd. Grey erklärte, so habe er die Sache nicht gemeint. Es sei selbstverständlich, daß, wenn Frankreich neutral bliebe, natürlich auch Deutschland nicht in den Kampf eingreifen dürfe. Ob tatsächlich ein Mißverständnis vorliegt, oder ob Grey unter dem Einfluß Frankreichs und der kriegsrätschen gesonnenen Mit-

glieder des Kabinetts eine Schwentung machte, ist noch nicht klar gestellt. Jedenfalls beschloß die Mehrheit des englischen Kabinetts am 2. August den Krieg. Die Minister John Burns, Lord Morney und Crevelyan schieden daraufhin aus dem Kabinett aus. Zwei Gründe bewogen die Mehrheit im Kabinett zu diesem für England so folgenschweren Entschluß. Einmal glaubte man Frankreich die Bundesstreue halten zu müssen. Auf der anderen Seite aber sprach die Befürchtung mit, daß Deutschland mit Frankreich und Rußland allein, vielleicht sogar sehr leicht und schnell fertig werden und damit eine schwer zu bekämpfende Vormachtstellung auf dem Kontinent erlangen würde. Die Verletzung der belgischen Neutralität hat erst in dritter Linie mitgespielt.

Die Verletzung der belgischen Neutralität ist einem korrekten Juristen wie Bethmann Hollweg natürlich außerordentlich schwer gefallen. Aber der Generalstab bestand mit voller Energie auf dem Schlieffenschen Kriegsplan, der den Durchmarsch durch Belgien zur Voraussetzung hatte. Am 2. August abends verlangte der deutsche Gesandte in Brüssel mit einer Frist von 12 Stunden, daß Belgien den Durchmarsch der deutschen Armee durch sein Gebiet dulden solle. Kurz und stolz lehnten die Belgier diese Forderung ab, und in der Nacht vom 3. zum 4. August rückten die deutschen Truppen in Belgien ein. Inzwischen war an Frankreich der Krieg erklärt worden, als Grund waren Uebergriffe französischer Flieger angegeben worden, die auch heute noch nicht klar zu beweisen sind. Die Kriegserklärung Englands war eine natürliche Folge der vorangegangenen Ereignisse. Oesterreich, um dessentwillen der Konflikt entstanden war, war inzwischen ziemlich in den Hintergrund gedrängt worden. Da man es so wenig beachtete, hielt man es in Wien nicht einmal für notwendig, die diplomatischen Beziehungen zu Rußland abzubauen. Man nahm sich bis zum 6. August Zeit, ehe man die Kriegserklärung an Rußland aussprach.

Italien griff in den Krieg nicht ein. Obwohl man mit italienischer Hilfe gerechnet, und sogar schon die Plätze bestimmt hatte, die italienische Truppen einnehmen sollten, hatte man, weil man Indiskreditoren befürchtete, die Regierung in Rom nicht eingeweiht. Dies

Vorgehen der österreichischen Regierung verstieß klar gegen den Dreibundvertrag, der in seinem 7. Artikel bei Unternehmungen auf dem Balkan eine Benachrichtigung zur Pflicht machte. So mußte das Ultimatum an Serbien, das in Rom erst nach Ueberreichung bekannt wurde, verlegend wirken. Oesterreich hätte die Italiener vielleicht aber schnell versöhnen können, wenn es ihnen als Preis für die Hilfe das Trentino gegeben hätte. Berlin war für diese Lösung. Aber die Wiener Regierung meinte, daß die Neutralität Italiens sicher sei, und daß man ihre tätige Mithilfe nicht brauche. So konnten die Italiener mit Recht, als der Krieg ausbrach, sagen, daß der Bündnisfall für sie nicht gegeben sei. In Berlin war man, obwohl man den Italienern keinen Rechtsbruch vorwerfen konnte, sehr erbittert, und Kaiser Wilhelm hat seiner Empörung sehr drastisch Ausdruck gegeben, indem er Giolitti einen „unerhörten Schuft“ und den König Viktor Emanuel einen „Schurken“ nannte.

DER VERLAUF DES KRIEGES

DIE LAGE BEI KRIEGSBEGINN

Die Gewitter, die ständig am politischen Himmel standen, hatten natürlich den großen Generalstab veranlaßt, die militärische Lage unserer vor- ausichtlichen Gegner genau zu prüfen. Daß die militärischen Stellen sehr sorgfältig gearbeitet und die Lage — die militärische wie die politische — sehr genau übersehen haben, das ergibt sich aus einer Denkschrift, die der Chef des Generalstabes, Generaloberst v. Moltke, bereits 1911 dem Reichskanzler übergeben hat. Wir können die militärische Lage bei Ausbruch des Krieges nicht klarer und besser darlegen, als es Moltke in dieser Denkschrift getan hat. Es heißt da unter anderem:

„Die heutige politische Gruppierung Europas wird menschlicher Voraussicht nach einen zwischen Frankreich und Deutschland isolierten Krieg unmöglich machen Scheidet man die Türkei als unbeteiligt, Italien als unsicher aus den Erwägungen aus, so bleiben als sichere Faktoren, mit denen zu rechnen ist, nur die vereinigten Streitkräfte Deutschlands und Oesterreichs, die

Wer gerecht die letzten Zeiten vor dem Weltkriege betrachtet, der wird der deutschen und vor allen Dingen der österreichischen Diplomatie manchen Vorwurf nicht ersparen können. Wenn man aber eine Schuldfrage erheben will, so ist die Schuld ebenso leicht auf der Gegenseite wie bei uns zu finden. Bei solchem weltgeschichtlichen Geschehen, das am besten mit einem sich konsequent entwickelnden Krankheitsprozeß zu vergleichen ist, wird man am besten überhaupt die Schuldfrage ausschalten. Hier handelt es sich viel eher um ein schweres Verhängnis, als um die Schuld einzelner oder ganzer Machtgruppen. Bethmann Hollweg hat vielleicht ganz richtig am 30. Juli geäußert: „Es sei traurig, sagen zu müssen, daß gewissermaßen durch elementare Kräfte und die langandauernde Verheerung zwischen den Kabinetten möglicherweise ein Krieg entfesselt würde, den kein Staat wollte.“

einer Koalition Frankreich, England, Rußland entgegengestellt werden können, und diese Koalition wird ihre gesamten militärischen Kräfte, ohne durch anderweitige politische Verwicklungen behindert zu sein, gegen die verbündeten Monarchien einsetzen können.“

Ueber die großen Rüstungen der Entente äußert sich Moltke 1911 und 1914 wie folgt:

„Rußland hat seine bis dahin (1911) friedensmäßig bestehenden Reserven und Festungstruppen in 6 neue Korpsverbände zusammengesetzt und sie zu aktiven Armeekorps umgewandelt. Es hatte 1914 die 3½ und 4½-jährige Dienstzeit.

England kann heute (1911) eine Armee von 150 000 Mann auf dem europäischen Kriegsschauplatz einsetzen.

Frankreich unterhält unter schärfster Inanspruchnahme seiner Bevölkerung ein Heer, das an Friedenspräsenzstärke der des deutschen fast gleichkommt, und dessen Kriegsstärke (1911) nach Abzug der in Afrika unentbehrlichen Truppen nur unwesentlich hinter uns zurückbleibt.

Seine vier großen Grenzfestungen Verdun, Toul, Epinal und Belfort sind mit allen Mitteln moderner Technik ausgebaut und durch eine Reihe von Sperrforts mit einander verbunden. Dabei nützt es seine Volkskraft in einer Weise aus, hinter der Deutschland weit zurückbleibt. Selbst nach Durchführung des jetzigen (1911) Friedenspräsenz-Gesetzes, das erst 1915 wirksam wird, wird Deutschland im Verhältnis zu seiner Bevölkerungsziffer nur 0,865 % einziehen, wäh-

rend Frankreich schon jetzt 1,22 % in das Heer einstellt.“ Kurz danach hatte dann Frankreich unter Aufstellung eines neuen Armeekorps die 3jährige Dienstzeit wieder eingeführt. Auf eine Mitwirkung Italiens und Rumäniens, mit dem ja auch ein Bündnis bestand, hat Moltke scheinbar nie gerechnet. Die Stärke der Parteien zu Beginn gibt die folgende Tabelle, die zu meist die von dem Generalstabsmajor Noisse im „Handbuch der Politik“ errechneten Zahlen benützt.

DIE KRIEGS- UND FRIEDENSSTÄRKEN DER ARMEEN BEI KRIEGSAUSBRUCH

(EINSCHL. OFFIZIERE)

DEUTSCHLAND UND ÖSTERREICH

	Friedensstärke	Kriegsstärke	Die Feldarmeen (nur Feld- u. Res.-Truppen)
Deutsches Reich - - - -	761 000	3 900 000	2 019 000
Oesterreich-Ungarn - - -	436 000	2 500 000	1 400 000
Zusammen	1 197 000	6 400 000	3 419 000

DIE GEGNER

	Friedensstärke	Kriegsstärke	Feldarmeen
Frankreich - - - - -	882 000 ¹⁾	4 364 000 ²⁾	2 033 000 ³⁾
Rußland - - - - -	2 320 000	ca. 5 000 000	3 341 000
England { Heimat - - -	138 500 ²⁾	549 000 ⁴⁾	200 000
{ Kolonien - - -	109 500 ²⁾	109 500 ⁴⁾	—
Belgien - - - - -	61 000	ca. 300 000	200 000
Serbien - - - - -	52 000	ca. 500 000	285 000
	über 3½ Millionen	ca. 10,8 Millionen	6 Millionen

¹⁾ 797 000 Franzosen und 85 000 Farbige und Fremdenlegionäre; ²⁾ nur reguläre weiße Truppen, außerdem Territoriale, Milizen und Farbige; ³⁾ einschl. Farbige; ⁴⁾ nur Weiße, außerdem 190 000 eingeborene Truppen; ⁵⁾ nur Weiße und Farbige in Frankreich.

DER AUFMARSCH

Da man den Krieg so schnell als möglich in Feindesland tragen mußte und erwarten durfte, daß Rußlands große Entfernungen und seine bekannte Schwerfälligkeit einen sofortigen Einmarsch in deutsches Gebiet verzögern würden, so sammelte man, einem früheren Plan Schlieffens folgend, die Heeresmassen im Westen, um zu versuchen, so tief wie möglich nach Frankreich hinein vorzustoßen. An der ca. 500 km langen Westgrenze marschierten 7 Armeen auf. Ihre Führer waren General-Oberst v. Kluck (1. Armee), General-Oberst v. Bülow (2. Armee), General-Oberst v. Hausen (3. Armee), General-Oberst Herzog Albrecht v. Württemberg (4. Armee), Kronprinz Wilhelm (5. Armee), Kronprinz Rupprecht von Bayern (6. Armee) und General-Oberst v. Heeringen (7. Armee). Im Osten schützte die riesige Grenze von 1000 km nur eine — die 8. Armee unter General v. Prittwitz und Gaffron. Am 22. August übernahm den Befehl der 8. Armee General von Benedendorff und Hindenburg. Das schlesische Landwehrkorps machte den Vormarsch mit den Oesterreichern mit. Den Oberbefehl übernahm der Kaiser, Generalstabschef war General-Oberst von Moltke.

Oesterreich, das die Aufgabe hatte, bis zum Gelingen der deutschen Pläne im Westen die Russen aufzuhalten, stellte 6 Armeen auf, von denen die beiden letzten (die 5. und 6.) unter dem Befehl des GGM. Potiorek gegen Serbien und Montenegro marschierten, während die Hauptmacht (36 Infanterie-Truppen-Divisionen und 11 Kavallerie-Truppen-Divisionen) die Armeen Dankl, v. Aussenberg, v. Brudermann und die Armee-Abteilung v. Radev die Offensive an der russischen Front ergreifen sollte. Zu dieser Hauptmacht sollte dann noch die aus Ungarn kommende Armee v. Boehm-Ermolli stoßen. Der Kaiser hatte den Oberbefehl dem General der Infanterie Erzherzog Friedrich übertragen. Chef des Generalstabes war: Gen. d. Inf. Frhr. Conrad v. Hötzendorf.

Die Feinde.

Frankreichs Mobilmachung ist vielleicht noch schneller vor sich gegangen als die deutsche. Man zögerte mit der Eröffnung der Feindseligkeiten, weil man überzeugt war, daß die russische Dampfwalze bald die französische

Ostfront entlasten müßte. Auch die Ankunft der kriegsbereiten englischen Truppen sollte abgewartet werden. Hatte doch der englische Generalstab in Gemeinschaft mit dem der Franzosen und Belgier schon längst das Eingreifen zu gemeinsamen Operationen vereinbart. Landungshäfen waren in erster Linie: Boulogne, Calais, Dünkirchen, ferner Cherbourg und Le Havre, in Belgien: Ostende und Zeebrügge. Die Franzosen marschierten mit ihrer Hauptmacht zwischen Belfort und Maubeuge auf. Oberbefehlshaber war General Joffre. Es wurden zunächst 5 Armeen gebildet. Von der 1. wurde später die Armee d'Alsace (Pau), von der 3. die Armee de Lorraine abgezweigt.

Das englische Expeditionskorps bestand zunächst nur aus 2 Armeekorps und einer Kavalleriedivision. Unter Feldmarschall Frenchs Kommando besetzte das Korps die Linie zwischen Le Cateau und Maubeuge.

Die Russen hatten bekanntlich unter allerlei Vorwänden größere Truppenmassen in der Nähe der deutschen und österreichischen Grenze zusammengezogen. Das war schon eine Art von Mobilmachung. Zur Enttäuschung der französischen Verbündeten, soweit diese in der Presse zum Ausdruck kam, marschierte aber die Hauptmacht nicht nach Berlin, sondern wandte sich mit voller Wucht gegen Oesterreich. 7 starke Armeen ergriffen unter dem Oberbefehl des Gen. d. Kav. Nikolaus Nikolajewitsch die Offensive. An der rumänischen Grenze stand eine schwache 8. Armee. Aus langsam nachrückenden starken Reserveformationen wurden bald drei weitere Armeen gebildet.

Die Belgier hatten rasch 6 Armeedivisionen und eine Kavalleriedivision mobil gemacht und ließen sie unter dem Oberbefehl König Alberts zwischen Brüssel und der Maas aufmarschieren.

Die Serben stellten unter dem Oberbefehl des Kronprinzen Alexander 3 Armeen zu 3 bis 5 Divisionen ins Feld. Die 4 Divisionen der Montenegriner besetzten die Grenze und den Sowzen.

DIE KRIEGSERKLÄRUNGEN

1914.

- 28. Juli Oesterreich-Ungarn an Serbien.
- 1. Aug. Deutschland an Rußland.
- 3. „ Deutschland an Frankreich.

- 4. Aug. England an Deutschland.
- 5. „ Oesterreich-Ungarn an Rußland.
- 6. „ Serbien an Deutschland.
- 7. „ Montenegro an Oesterreich-Ungarn.
- 11. „ Oesterreich-Ungarn an Frankreich.
- 12. „ England an Oesterreich-Ungarn.
- 12. „ Montenegro an Deutschland.
- 25. „ Japan an Deutschland.
- 25. „ Oesterreich-Ungarn an Japan.
- 27. „ Oesterreich-Ungarn an Belgien.
- 2. Nov. Rußland an Türkei.
- 5. „ England und Frankreich an Türkei.
- 7. „ Belgien und Serbien an Türkei.

1915.

- 23. Mai Italien an Oesterreich-Ungarn.
- 20. Aug. Italien an Türkei.
- 14. Okt. Bulgarien an Serbien.
- 15. „ England an Bulgarien.
- 16. „ Frankreich an Bulgarien.
- 19. „ Italien an Bulgarien.
- 19. „ Rußland an Bulgarien.

1916.

- 27. Aug. Italien an Deutschland.
- 27. „ Rumänien an Oesterreich-Ungarn.
- 29. „ Deutschland an Rumänien.
- 30. „ Türkei an Rumänien.
- 1. Sept. Bulgarien an Rumänien.

1917.

- 6. April Amerika an Deutschland.
- 7. „ Cuba an Deutschland.
- 8. „ Oesterreich an Amerika.
- 9. „ Bulgarien an Amerika.
- 10. „ Panama an Deutschland.
- 22. Juli Siam an Deutschland und Oesterreich.
- 14. Aug. China an Deutschland.
- 11. Sept. China an Oesterreich-Ungarn.

Unter diesen 43 Kriegserklärungen hat also Deutschland nur 3 abgegeben.

Ferner brachen die Beziehungen zu uns ab: Bolivien, Brasilien, Ecuador, Griechenland, Guatemala, Haiti, Hebräas, Honduras, Liberia, Nicaragua, Peru, Portugal und Uruguay.

DER KRIEG IM WESTEN

Unmöglich ist es, auf dem engen Raume, der uns zur Verfügung steht, den Verlauf des Weltkrieges in allen seinen Einzelheiten zu schildern. Um das so tun zu können, daß jeder Feldzugsteilnehmer die Bewegung seines Truppenteiles

genau verfolgen kann, müßte unser Buch den doppelten Umfang haben und dürfte dann nur dem Weltkriege gewidmet sein. Wir müssen uns im Rahmen des Gesamtaufbaues dieser Arbeit halten und können nur in großen und groben Strichen den Verlauf der ungeheuren Kämpfe zeichnen, wobei eine Vergewaltigung der Einzelheiten nicht zu vermeiden ist.

Vorausgeschickt muß werden, daß wohl nie, solange es eine Kriegsgeschichte gibt, ein Heer so heldenmütig und so ausdauernd einer zahlenmäßig und technisch überlegenen Uebermacht standgehalten hat. Führer und Truppen wetteiferten nicht nur in einzig dastehenden Heldentaten, sondern bewahrten auch in den entnervenden Zeiten eines jahrelangen Stellungskrieges, sowie beim Rückzuge der gewaltigen Heeresmassen vorbildliche soldatische Disziplin. Was menschliche Energie, was geistige und körperliche Ausdauer zu leisten vermochten, das ist sowohl im Angriff wie in der Verteidigung von den deutschen Heeren geleistet worden. Wenn schließlich die Widerstandskraft der deutschen Truppen gegen eine Uebermacht, die von der ganzen Welt immer wieder mit den besten Kampfmitteln versorgt wurde, erlahmte, so geschah es nur deshalb, weil alles menschliche Wollen und Können eine Grenze hat, die auch die stärkste Vaterlandsliebe und der energischste Wille zum Siege nicht zu überschreiten vermag.

Bei Kriegsausbruch hatten die Mittelmächte, denen im Osten Rußland und Serbien, im Westen Frankreich, England und Belgien feindlich gegenüberstanden, ihre Kräfte wie folgt verteilt: Da man damit rechnen konnte, daß Rußland vor dem Ablauf einiger Wochen nicht entscheidend eingreifen konnte, so sollte die Masse des deutschen Heeres im Westen möglichst schnell eine Waffenentscheidung herbeiführen, damit man dann mit größeren Streitkräften der russischen Riesenarmee gegenüberreten konnte. Zunächst sollte deswegen die österreich-ungarische Armee zur Deckung der Heimat die Russen in Schach halten. Außerdem sollte eine österreichische Armee unter dem General Potiorek in energischem Angriffe die Serben niederwerfen.

Es besteht wohl heute kein Zweifel darüber, daß, wenn die Deutschen dem Gegner nicht zuvor gekommen wären, die Ententetruppen ihren Vormarsch durch Belgien genommen hätten. Um dem Gegner zuvor zu kommen, war höchste Eile

gebieten. Ein in der Nacht vom 5. zum 6. August unternommener Angriff auf Lüttich glückte nur zum Teil, bis dann am 16. August, im wesentlichen durch die Hilfe der schweren Artillerie, die Festung fiel. Für die belgischen Truppen wäre es Wahnsinn gewesen, sich in offener Feldschlacht dem an Zahl und militärischer Tüchtigkeit weit überlegenen Gegner zu stellen. Die Belgier nahmen deswegen ihre Truppen nach Antwerpen zurück. Die deutsche erste Armee ließ nur ein Korps zurück, um die Festung Antwerpen in Schach zu halten und ging gemeinsam mit der zweiten Armee gegen die Linie Brüssel-Namur vor. Am 24. August fiel Namur. Inzwischen hatte die dritte Armee die Maas überschritten, und die vierte Armee war über die Ardennen vorgebrungen. Der französische Gegenstoß wurde schnell zum Halten gebracht und die französischen Truppenmassen mehr und mehr ins eigene Land zurückgedrängt. Wenig Glück brachte auch den Engländern ihr erstes militärisches Eingreifen. Sie wollten über Mons hinaus vorgehen, wurden aber schnell ziemlich leicht zurückgeworfen und fluteten bald westlich Maubeuge zurück. Ähnlich erging es einem neuen Vorstoß der Franzosen bei Charleroi. Überall an der Nordfront mußten die Franzosen weichen, und sie suchten schließlich Schutz hinter der Maas. Am 26. August bereits fiel Longwy. Die Franzosen setzten sich überall tapfer zur Wehr, konnten aber der ständigen Zurückbiegung ihrer Front keinen Einhalt gebieten. Ernstlichen und erfolgreichen Widerstand konnten sie nur unter dem Schutze ihres starken Festungsgürtels leisten. Der Vorstoß auf Verdun mißlang. Inzwischen drangen die erste und zweite Armee am nördlichen Flügel unaufhaltsam vorwärts. Am 28.—30. August wurden die Franzosen bei St. Quentin entscheidend zurückgeworfen, am 26. August die durch französische Truppen verstärkten Engländer südlich Cambrai geschlagen. Einem weiteren Schlage entzogen sich die Engländer dadurch, daß sie sich hinter die Marne zurückzogen. Das Ziel der deutschen Heeresleitung war nicht nur, den linken Flügel der Gegner zu umfassen, sondern auch den rechten Flügel, der sich an den starken Festungsgürtel anlehnte, ernstlich zu bedrohen. Man glaubte nach den fast unerwarteten Erfolgen, die die deutschen Stielfeuergeschütze bei Ver-

nichtung der belgischen Festungswerke bewiesen hatten, auch der französischen Festungen Herr zu werden, und man versuchte deshalb einen Durchbruch durch den französischen Festungsgürtel zwischen Soul und Epinal. Wäre dieser Durchstoß gelungen, so wäre eine entscheidende Niederlage des Gegners sicher gewesen, und man hätte eine große Anzahl von Truppen für die bedrohte Ostfront frei gehabt. Aber der Versuch mißlang. Die Maasforts oberhalb Verdun leisteten dem ersten Anprall erfolgreichen Widerstand, und ein zweiter mit allen Mitteln und verfügbaren Kräften unternommener Angriff führte nur zur Eroberung des Forts Camp des Romains und zum Vortreiben einer keilförmigen Stellung bei St. Mihiel. Die hier gefesselten Kräfte konnten leider erst so spät gelöst und auf den rechten Flügel geworfen werden, daß ihre Hilfe dort zu spät kam.

Der rechte Flügel der gewaltigen deutschen Front war inzwischen bis tief nach Frankreich hinein vorgebrungen. Am 3. und 4. September bereits hatte er die Marne überschritten. Aber inzwischen hatte sich durch dieses unaufhaltsame Vordringen der Deutschen das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Gegnern etwas verschoben. Die französische Front wurde durch das Zurückweichen immer kürzer und damit in seinen einzelnen Teilen stärker, während die deutsche Front immer länger und dünner wurde, zumal sie bei jedem Kilometer Vormarsch immer wieder Truppen zur Sicherung der Etappen abgeben mußte. Außerdem hatte der Nordflügel vier volle Armeekorps verloren. Ein Korps lag vor Antwerpen, ein zweites vor Maubeuge, je ein Korps der zweiten und dritten Armee war nach dem äußerst bedrohten Osten geworfen worden. Kritiker unserer Lage meinen, daß man den rechten Offensivflügel nicht in dieser Weise hätte schwächen dürfen, und daß man die vier sicherlich notwendigen Armeekorps besser vom linken deutschen Flügel genommen hätte. Selbstverständlich ging der Siegeszug der Truppen auch nicht ohne Marsch- und Kampferluste ab. Auf der Gegenseite stand aber allein in dem Abschnitt zwischen Paris und Verdun eine Million Fronttruppen, die ein günstiges Eisenbahnnetz und ausgezeichnete Straßen für ihre Kraftfahrzeuge zur Verfügung hatten. Da der französische Festungsgürtel schwersten An-



L . U . F . T . K . A . M . P . F

griffen so erfolgreich widerstanden hatte, so waren die Franzosen außerdem in der Lage, ihrem rechten Flügel Truppen zu entziehen. Als die französische Heeresleitung erkannte, daß die deutschen Truppen die Festungswerke von Paris rechts liegen lassen und östlich an Paris vorbeimarschieren wollten, versuchte sie einen Entscheidungskampf. Eine neu zusammengestellte Armee machte einen gut angelegten Umfassungsangriff gegen den deutschen rechten Flügel. Es gelang zwar den Franzosen nicht, den deutschen Flügel einzudrücken, da Generaloberst von Kluck seine sämtlichen Truppen noch rechtzeitig wieder über die Marne zurückgenommen hatte, aber es war doch zwischen der ersten und der unter Generaloberst von Bülow heftig kämpfenden zweiten Armee eine Lücke entstanden, die nur durch Kavallerie verschleiert wurde. Hier brachen nun Engländer ein, und zwar mit dem Erfolge, daß am 9. September die erste Armee auf Soissons, die zweite Armee auf Reims zurückgenommen werden mußte. Die benachbarten Armeen mußten sich naturgemäß zur Schaffung einer neuen einheitlichen Kampffront dieser Rückwärtsbewegung anschließen. Die Franzosen feiern noch heute diese sogenannte „Marneeschlacht“ als einen großen fatalistischen Sieg. Damals haben sie ihre Lage nicht so günstig beurteilt, denn sie drangen nur langsam und tastend den zurückgenommenen deutschen Streitkräften nach. Als sie schließlich die Situation erkannten und schärfer nachdrücken wollten, wurden sie erfolgreich abgewiesen. Es begann nun auf beiden Seiten der sogenannte „Wettlauf nach dem Meere“, bei dem sich die Deutschen mit Hilfe kleiner Teilangriffe in der Verteidigung hielten. Bis dann am 10. Oktober nach nur 12tägiger Belagerung Antwerpen fiel und mit den Belagerungstruppen auch neuer Ersatz aus der Heimat zur Verfügung stand. Man beabsichtigte, bei der Yser durchzudringen, um den linken französischen Flügel zu umfassen. Die zahlenmäßige Ueberlegenheit der Gegner (man schätzt, daß sie eine halbe Million betrug) und die nicht genügende Schulung der Ersatztruppen verhinderten die Verwirklichung dieses Planes. Trotz allen Heldennutzes und trotz aller Opferbereitschaft der deutschen Soldaten gelang der bei Ypern geplante Durchbruch nicht. Er wäre

vielleicht gelungen, wenn nicht die wartend gewordene englische Front durch frische französische Truppen rechtzeitig verstärkt worden wäre. Als man die Ausichtslosigkeit eines weiteren Vormarsches einsah, und weil man größere Truppenmassen auf dem östlichen Kriegsschauplatz dringend brauchte, entschied man sich auf der ganzen Westfront für den Stellungskrieg. „Der Uebergang zu diesem ist nicht aus freiem Entschluß des Generalstabschefs, sondern unter dem harten Druck der Notwendigkeit erfolgt. Sehr früh erkannte man jedoch, daß diese Art der Kriegsführung, abwechselnd mit schweren, wohl vorbereiteten Schlägen gegen Teile des Feindes, die einzige war, durch deren Anwendung man hoffen konnte, den Krieg, so wie sich die Lage der Mittelmächte durch die Ereignisse an der Marne und in Galizien gestaltet hatte, zum guten Ende zu bringen. Nur durch ihren Gebrauch hat Deutschland seine Grenzen dauernd zu halten vermocht.“ (v. Falkenhayn, Die oberste Heeresleitung 1914—1916, Seite 34.) Mit dem letzten Satz ist der wesentlichste Grund für die Wahl des Stellungskrieges gegeben. In einer Ausdehnung von 750 Kilometern lief die fest ausgebaute deutsche Stellung vom Aarmelkanal bis zur Schweizer Grenze. Die Art des Stellungskrieges stellte die schwersten Anforderungen an die Nervenkraft der deutschen Truppen, zumal der Munitionsreichtum, über den die Gegner dank der amerikanischen Lieferungen verfügten, diesen eine unbeschränkte Betätigung der Artillerie gestattete. Man hätte ja die Möglichkeit gehabt, den Gegner verschiedentlich in den einzelnen Frontabschnitten durchbrechen zu lassen, um ihn dann zu vernichten, aber man hätte bei dieser Schwächung des Gegners auf die Dauer bedeutende Gebiete des jetzt besetzten feindlichen Landes aufgeben müssen.

In der zweiten Hälfte des August hatten die Franzosen zunächst erfolgreich einen Vorstoß in das obere Elsaß unternommen, hatten dann aber die eroberten Strecken nicht lange halten können. Landwehrleute waren es in der Hauptsache, die hier die Grenze schützten und die Franzosen bis auf einen schmalen Streifen deutschen Landes, der ihnen nicht zu entreißen war, über die Grenze zurückdrückten. Es begann nun auf beiden Seiten ein Sappen- und Minenkrieg mit wechselndem Erfolge für beide Seiten. Verschiedentlich rafften die

Segner alle ihre Kräfte zu entscheidenden Vorstößen zusammen. Aber weder in der Winter-schlacht in der Champagne noch bei St. Mihiel erzielten unsere Segner Erfolge. Auch die Loreto-Schlacht, die sich nördlich von Arras abspielte, und die Anfang Mai 1915 begann, erzielte im Verhältnis zu den Opfern an Menschen und Munition nur geringe örtliche Vorteile. Immer mehr verschob sich das zahlenmäßige Verhältnis auf beiden Seiten. Während im Mai 1915 noch 1 900 000 Deutsche 2 450 000 Feinden gegenüberstanden, waren es Mitte Juli desselben Jahres nur noch 1 800 000 Deutsche gegen 2 830 000 Mann feindlicher Truppen. Auch der Massenangriff, der im September gleichzeitig an zwei Stellen in der Champagne mit 35 und im Artois mit 31 Divisionen vorgetragen wurde, erzielte nach tagelangem Trommelfeuer, das die deutschen Gräben zum Teil völlig einebnete, nur geringe Einbuchtungen der deutschen Front, die sich im übrigen als durchaus widerstandsfähig erwiesen hat.

Immer neue Truppenmassen waren in der Heimat und hinter der Front ausgebildet worden. Fast $\frac{1}{2}$ Million Mann mehr als Mitte September 1915 zählten die Truppen im Westen Anfang Februar des folgenden Jahres. Die Gegenseite war ihnen trotzdem noch um etwa 1 Million Truppen überlegen. Da das englische Heer, das ein ausgezeichnetes Ersatzmaterial hatte, inzwischen zu ansehnlicher Größe gewachsen war, und man auf eine Offensive des Feindes gefaßt sein mußte, so wollte man dieser durch einen Angriff zuvorkommen. Mit allen verfügbaren Kräften sollte versucht werden, Verdun, das ein Eckpfeiler der französischen Front war, zu nehmen. Der deutsche Angriff hatte zunächst große Erfolge, führte aber schließlich zu der Dauer-schlacht im Maasgebiet, die außerordentlich viel Blut kostete. Freilich mehr auf feindlicher als auf deutscher Seite. Die Verluste der Franzosen sollen mehr als das Doppelte der deutschen Verluste betragen haben, denn vom Februar bis Mitte Juni 1916 haben sich 70 französische Divisionen zur Verteidigung von Verdun fast verblutet. Anfang Juni begannen die Engländer an der Somme eine Entlastungs-offensive. Auch diese hätte abgewehrt werden können, wenn nicht die Anfangserfolge der Russen bei ihrer Offensive in

Ostgalizien dort deutsche Truppen bringend erforderlich gemacht hätten. So mußten die Angriffe auf Verdun eingestellt werden und die Truppen an der Somme infolge des fehlenden Ersatzes außerordentlich schwere Zeiten durchleben. Der überlegene Feind führte nur ausgeruhte Truppen in die Schlacht, während die deutsche Kampftruppe bei ihrer geringen Zahl nur selten in Ruhe gehen konnte. Dazu kam noch, daß die Engländer technische Kampfmittel in großer Menge verwenden konnten. Zähesten Widerstand leisteten die deutschen Truppen in diesen unaufhörlichen blutigen Kämpfen. Der ganze Erfolg der Segner bestand nach monatelangen Kämpfen darin, daß die deutsche Front zwischen Bapaume und Peronne um nur 10 Kilometer zurückweichen mußte. Der englische Durchbruch war nicht gelungen. Um den Mangel an Material auszugleichen, wurde von der deutschen Industrie unter Einziehung der zum vater-ländischen Hilfsdienst Verpflichteten das sogenannte Hindenburg-Programm durchgeführt, bei dessen Bewältigung die deutsche Industrie eine unerhörte Produktionskraft bewies. Das dadurch gewonnene Kriegsmaterial trat zum ersten Male im November in Wirksamkeit, bei dem sogenannten Gegenstoß von Cambrai, der den Engländern einen wenige Tage zuvor mit Hilfe der Tanks erzielten großen Geländegewinn wieder entriß. Die Angriffslust der Segner schien gebrochen zu sein. Man wartete scheinbar auf das Eingreifen der versprochenen militärischen Hilfe Amerikas. Für Deutschland aber hatte sich nach dieser erfolgreichen Abwehr die Sache insofern günstiger gestaltet, als der Krieg mit Rußland nach der entscheidenden Staatsumwälzung, die dort eingetreten war, seinem Ende entgegen ging und man hoffen konnte, im nächsten Jahre an der Ostfront nicht mehr kämpfen zu brauchen.

Es war klar, daß die deutsche oberste Heeresleitung sogleich nach dem Zusammenbruch Rußlands, der ihr größere Truppenmassen freigab, versuchen würde, im Westen militärische Erfolge zu erzielen. Ein solcher Erfolg war natürlich nur zu erreichen durch eine Offensive großen Stils. Als man sich zu ihr entschlossen hatte, traf man aufs sorgfältigste alle Vorbereitungen. Man sammelte vor allen Dingen riesige Massen von Kriegsmaterial an, was jetzt nach der völligen

Durchführung des Hindenburg-Programms möglich geworden war. Denn der Krieg hatte sich ja mehr und mehr zu einem Materialkrieg entwickelt. Für den Vorstoß wählte man von allen Fronten sorgfältig die besten Truppen aus und ließ ihnen eine besondere Schulung zuteil werden, die hinter der Front vorgenommen wurde. In ganz kurzer Zeit mußten Führer und Truppen mit einer neuen Technik vertraut gemacht werden, die in der Hauptsache darauf hinging, die immer kostbarer werdenden Menschenleben zu sparen. Die Truppe, die solange im Stellungskampf gelegen hatte, mußte manches von der früher geübten Taktik vergessen lernen und an den Gedanken gewöhnt werden, daß das Kriegsmaterial das wichtigste und wesentlichste leisten sollte. Der riesige Angriff war so gedacht. Ein ungeheures Trommelfeuer sollte die Stellung des Segners erschüttern, darauf ein umfassender Gasangriff die feindliche Artillerie außer Gefecht setzen. Dann erst sollte die Infanterie vorgehen; und zwar nicht allein, sondern gemeinsam mit leichter Artillerie und fahrbaren Maschinengewehren und Minenwerfern. Auf Tanks hatte man bewußt verzichtet, um die Belastung der Industrie nicht allzu sehr zu überlasten. Den Angriff gleichmäßig auf einem großen Teile der Front vorzutragen, war bei dem beschränkten Material und bei den geschwächten Truppenkörpern natürlich nicht möglich. So konzentrierte man den Angriff von 62 Divisionen, die man in die 2., die 17. und 18. Armee eingeteilt hatte, auf den Teilabschnitt zwischen Arras und La Fère.

Am 31. März 1918, 3 Uhr 30 früh, begann ein Trommelfeuer von ungeheurer Heftigkeit auf die feindlichen Batterien. Um 6 Uhr wurde das Feuer in gleicher Stärke auf die Gräben gelegt und um $\frac{1}{4}$ 10 Uhr begann die deutsche Artillerie allmählich ihr Feuer feindwärts vorzutragen. Die Infanterie folgte, in lose Gruppen aufgelöst, den vorwärtsschreitenden Artilleriegeschossen und brach fast überall in die erste Linie des Segners ein. Die 2. und die 18. Armee hatten bald in voller Frontbreite die zweite Stellung des Feindes genommen, während die 17. Armee von vornherein mehr zähen Widerstand fand, der sich beim weiteren Vorwärtsdrängen immer mehr verstärkte. Im scharfen Vorstoß erreichte die 2. Armee bei Albert die Ancre, die 18. Moreuil und Montdidier. Dort

aber schwächte sich die fast übermenschliche Offensivkraft der Truppen ab. Der Erfolg dieses für die Feinde völlig überraschenden Vorstoßes war nicht nur ein beträchtlicher Geländegewinn und eine reiche Beute an Kriegsmaterial, sondern die Bevölkerung der Feindstaaten merkte auch deutlich, daß es mit dem Zusammenbruch der deutschen Armee, von dem man täglich in ihren Zeitungen lesen konnte, doch nicht ganz richtig sein könne. Denn die Ziffern der 90 000 Gefangenen, der 1200 Geschütze und vieler Tausende von Maschinengewehren konnten doch auch in den Feindstaaten nicht auf die Dauer verheimlicht werden.

Aber zur strategischen Ausnützung dieses taktischen Erfolges fehlten der deutschen Heeresleitung die Kräfte. Es ergaben sich durch das Vorwärtsdrängen der Front sogar allerlei Nachteile. Denn die Front war länger geworden, und man mußte mit vieler Mühe über völlig zerstörte Trichterfelder erst Verbindungswege zur Etappe schlagen.

Aber Ludendorffs Offensivgeist, der bei der fast verzweifelten Situation in der Offensive die einzige Hoffnung auf Besserung der Lage sah, erlahmte nicht. Nach kurzer Zeit gelang es ihm, eine neue erfolgreiche Offensive ins Werk zu setzen. Nach sorgfältiger Vorbereitung unternahm man einen überraschenden Angriff auf den hart umstrittenen Kemmel und eroberte ihn am 25. April. Damit kam das Höhen-gelände von Wytschaete in deutsche Hand. Die Beute betrug 30 000 Gefangene und 450 Geschütze. Nur einen Monat wurde den Truppen Ruhe gegönnt. Dann ging man am Chemin des dunes zu einem dritten Angriff vor. Auch hier führte eine sorgfältige Vorbereitung zum Ziele. Die stark befestigte französische Stellung wurde überrannt. Die Aisne wurde überschritten, und am 30. Mai hatten die deutschen Truppen wieder die Marne erreicht. Bald nahmen sie auch Soissons und stießen bis vor Reims vor. Auf Seiten der Feinde herrschte eine Beunruhigung, die an Bestürzung grenzte. Man vergaß die kleinen Eifersüchteleien unter den Führern, die bei einer Koalition ja unvermeidbar sind, und ernannte den Marschall Foch zum gemeinsamen Oberbefehlshaber der alliierten Truppen. Der durch ihn straffer organisierte feindliche Widerstand machte sich bald bemerkbar, und am 5. Juni sah sich die deutsche oberste

Heeresleitung genötigt, die Offensivkämpfe abzubrechen, da weitere Verluste die Gesamtsituation gefährdet hätten. Auch die dritte Offensive hatte ganz gewaltige äußere Erfolge gehabt. Man hatte 65 000 Gefangene gemacht, 700 Geschütze, 2 500 Maschinengewehre, sowie Munition, Lebensmittel und Kriegsgerät in großer Masse erbeutet. Aber diese Erfolge hatten auch außerordentlich viel Blut gekostet. Der Ersatz für die gelichteten Bataillone war kaum mehr aus der Heimat zu beschaffen, dazu machte eine heftige Grippe-Epidemie noch einen Teil der Truppen kampfunfähig.

Marshall Foch, ebenso klug wie willensstark, wußte die augenblicklichen Schwächen des Gegners sofort zu nützen und bereitete sorgfältig eine großzügige Gegenoffensive vor. Man hatte nach den neuerlichen deutschen Erfolgen den Transport der amerikanischen Truppen in jeder erdenklichen Weise beschleunigt, und so standen dem Marshall eine Menge ganz frischer Divisionen zur Verfügung, die das, was ihnen an Kriegserfahrung und Ausbildung fehlte, durch bestes technisches Kriegsmaterial ersetzen konnten. Ludendorff sah die drohende Gefahr und bot seine ganze Energie auf, eine erneute Gegenoffensive zustande zu bringen. Der Angriff sollte in der Champagne erfolgen; an ihn sollte sich eine Offensive in Flandern direkt anschließen. Auch dieser Angriff war auf das sorgfältigste vorbereitet. Er fand aber eine so zielbewußte Abwehr, daß man denen wohl recht geben muß, die behaupten, daß die deutschen Pläne dem Gegner durch Verrat bekannt gewesen sein müssen. Trotzdem wurden Teilerfolge erzielt. Bis der Feind durch ein planmäßiges Zurückgleiten die nachdrängenden Gegner bis in seine zweite fest ausgebaute Stellung lockte, ohne daß die deutsche Artillerie der Infanterie hätte folgen können. Da ein Sturm unter diesen Umständen ungeheure Opfer gefordert hätte, mußte die Offensive abgebrochen werden. Auch die Operationen gegen Reims waren jetzt nicht mehr durchzuführen.

Diesen Augenblick der Ermattung benutzte nun Foch, um mit seiner gewaltigen Gegenoffensive einzusetzen. Er drängte die Deutschen langsam aber stetig zurück und zwang sie dazu, stets in der Abwehr zu bleiben. Dem ungeheuren Aufwand von Menschen und Material konnte schließlich die deutsche Front nicht

mehr Stand halten. Des Schlußaktes dieser Tragödie soll später noch gedacht werden.

Wenn man von den großen militärischen Erfolgen des Weltkrieges spricht, darf man nicht vergessen, auch diese Kämpfe des Jahres 1918 rühmend zu erwähnen. Führer und Mannschaften haben in diesem Offensivkampfe nach dreijährigem Abwehrkrieg Ungeheuerliches geleistet. Kurz ehe das Völkerringen zu Ende ging, erwarb das deutsche Heer noch einmal unvergänglichen Waffenruhm.

DER KRIEG IM OSTEN

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß der Plan des deutschen Generalstabes bei einem Zweifrontenkriege damit rechnete, daß Rußland ziemlich spät erst aktiv in die Kämpfe würde eingreifen können. Die Hauptmacht der deutschen Truppen war darum nach dem Westen geworfen worden. An der russischen Front stand in Ostpreußen der Generaloberst von Prittwitz und Gaffron mit nur 4½ Armeekorps und einer einzigen Kavalleriedivision. Das Landwehrtorps, das Generaloberst von Woyrsch in Schlesien gebildet hatte, stieß verabredungsgemäß zu der österreichischen Ostarmee, die zunächst auch nur 750 000 Mann stark war. Die österreichische Armee hatte die Aufgabe, die Russen auf sich zu locken und sie möglichst lange zu fesseln. Conrad von Hötzendorf, der österreichische Heerführer, hat diese Aufgabe auch glänzend gelöst. Denn nach den Vereinbarungen mit Frankreich sollte Rußland mit seiner Hauptmacht durch Ostpreußen und Schlesien in das Herz Deutschlands, nach Berlin vorstoßen. Es erregte in Paris stärkste Enttäuschung, als man hörte, daß die Russen 5 von ihren 8 Armeen gegen Oesterreich marschieren ließen, mit dem sie wohl sehr leicht fertig zu werden glaubten, während nur 2 Armeen, die noch dazu getrennt marschierten, in Ostpreußen angesetzt wurden. Die beiden russischen Armeen, befehligt durch die Generale Rennenkampf und Samsonow, kamen ziemlich langsam vorwärts. Aber doch viel schneller als man in Berlin erwartet hatte. Dazu kam, daß sie wohl auf heftige Forderungen Frankreichs hin, zunächst alle russischen Reserven zugesandt bekamen. Um die gefährliche Vereinigung der beiden Armeen zu verhindern, sah

sich Generaloberst von Prittwitz gezwungen, trotz seiner schwachen Kräfte (es standen 200 000 Deutsche 750 000 Russen gegenüber) einen Angriff auf die nördliche Armee zu unternehmen. Es kam am 20. August zur Schlacht bei Gawaiten-Sumbinnen. Auf beiden Seiten wurden Teilerfolge, aber keine Entscheidung erzielt. Da Prittwitz die Uebermacht des Gegners immer mehr zu fühlen bekam, sah er sich schließlich zu dem folgenschweren Befehl veranlaßt, der seine Truppen hinter die Weichsel zurücknahm. Wertvolle blühende deutsche Landesteile wurden dadurch kampfslos dem Feinde preisgegeben und — vielleicht ohne zwingende Notwendigkeit.

Die oberste Heeresleitung griff schnell energisch ein. Prittwitz wurde abberufen und die Führung an der gefährdeten Stelle zwei Männern anvertraut, von denen nur der Name des jüngeren beim Falle von Lüttich weiteren Kreisen ehrenvoll bekannt geworden war. Vom General von Benckendorf und Hindenburg hatte das deutsche Volk vorher noch nichts gehört. Die Lage war außerordentlich schwierig, als Hindenburg — mit diesem Namen steht der Herr von Benckendorf in der kurzen Reihe der großen Feldherrn der Weltgeschichte — unterstützt von seinem Generalstabschef Ludendorff am 22. August in Marienburg den Oberbefehl übernahm. Die wichtigste Aufgabe war, mit allen Mitteln die Vereinigung der beiden russischen Armeen zu verhindern. Durch geniale strategische Maßnahmen gelang es, die von Samsonow geführte Narew-Armee zu umzingeln, und sie wie mit eisernen Klammern so zusammenzupressen, daß sie sich bei Tannenberg nach 5 Tagen verzweifelter Gegenwehr ergab. Samsonow war von seinem Unvermögen, sich dieser unerbittlichen Umklammerung zu entziehen, so erschüttert, daß er sich erschoss. Zwei kommandierende Generale und 92 000 Offiziere und Mannschaften gerieten in deutsche Gefangenschaft. Die Beute an Material war so ungeheuer groß, wie bei keiner Schlacht in der gesamten Kriegsgeschichte. Der Sieg bei Tannenberg war ein Sieg des deutschen Geistes und der deutschen Kultur über die russische Unbildung und Unkultur. Die russische Armee hat sich von diesem Schlage nie wieder erholt. Der Glaube an die Macht der Zahl und die Unwiderstehlichkeit der Masse war bei den Russen für lange erschüttert.

Auch die Oesterreicher hatten zu Anfang in einer Offensive schöne Erfolge erzielt. Aber die Siege bei Rrasnik und Lublin ließen sich nicht ausnützen, weil General Brudermanns eigenmächtiger Vorstoß auf den rechten Flügel eine Niederlage erlitten hatte, die sich leicht zu einer Katastrophe für die ganze Armee hätte auswachsen können, wenn es Höhen Dorf nicht gelungen wäre, die ganze Armee Muffenberg geschickt strategisch zurückzunehmen.

Hindenburg wollte auch die zweite russische Armee möglichst schnell erledigen und traf energisch umfassende Vorbereitungen zu der sogenannten Sommer Schlacht von Masuren. Die oberste Heeresleitung hatte zwei Armeekorps aus der Westfront losgelöst und zu der Ostarmee als Verstärkung geschickt. Ob das richtig oder ein schwerer Fehler war, darüber sind sich die Sachverständigen nicht einig. Jedenfalls wurde die Gesamtkriegslage Deutschlands dadurch wesentlich verschlechtert, daß durch den Mangel an Truppen die Westfront zum Stehen kommen mußte. Man darf bei der Beurteilung des Entschlusses der obersten Heeresleitung aber nicht vergessen, daß die Schlacht bei Tannenberg noch nicht geschlagen war, als dieser Befehl erging. General Rennenkampf, dem der zweite Schlag Hindenburgs gelten sollte, war vorsichtiger als sein Kamerad Samsonow. Er konnte es auch sein, da er die Furchtbarkeit des Gegners kannte. Er verzichtete auf das Risiko eines Sieges in offener Feldschlacht und wußte sich geschickt der Umklammerung Hindenburgs zu entziehen. Er verlor aber dabei eine ungeheure Zahl seiner Leute und eine Unmenge von Kriegsmaterial. Der Hauptzweck der deutschen Führung aber war doch erreicht: Ostpreußen war vom Feinde frei. Mit starker Stoßkraft nahmen Hindenburgs Truppen die Verfolgung auf und standen bald am Njemen.

Inzwischen waren die Oesterreicher immer weiter zurückgedrängt worden und bedurften dringend deutscher Hilfe. Ueberraschend schnell verstand es Hindenburg, seine Streitkräfte umzugruppieren. Seine Basis war jetzt Schlesien. Von dort aus führte er Ende August seine Truppen durch Süd-Polen in der Richtung auf Zwangorod vor. Zu gleicher Zeit griffen die Oesterreicher planmäßig ein, entsetzten die schwer bedrängte Festung Przemyśl

und faßten an der San-Linie wieder festen Fuß. Großfürst Nikolai Nikolajewitsch sah in Hindenburg den gefährlichsten Gegner und wandte sich mit der Hauptmacht seiner Truppen gegen ihn. Die überlegene Stärke des Feindes berücksichtigend, nahm Hindenburg seine Truppen zurück und zwang dadurch die Oesterreicher zurückzugehen und Przemyśl wieder aufzugeben. Schon fühlte sich der Großfürst als Sieger. Er plante einen wuchtigen Vorstoß nach Schlesien, um, wie es damals in russischen Offizierskreisen hieß, Hindenburg den Genickfang zu geben. Mit fast übermenschlicher Anstrengung waren die Truppen Hindenburgs Befehl gefolgt und in Gewaltmärschen nach Schlesien zurückgekehrt. Von da wurden sie mit der Bahn nach Thorn gebracht, durch Ersatztruppen verstärkt und sollten nun von dieser Basis einen Vorstoß in die Flanke des russischen Riesenheeres unternehmen. Am 10. November begann Hindenburg seine großzügige Operation und stieß auf Kutno vor. Hindenburgs schnelle Verschmetterung des russischen Flankenschükes zwang den Großfürsten zu einer völligen Frontänderung, die dem russischen Führer, der militärisch hoch befähigt war und die Masse seiner Truppen fest in der Hand hatte, auch gelang. Es entwickelte sich eine ganz gewaltige Schlacht, die ihren Mittelpunkt in Lodz hatte, und die bis in den Dezember hinein dauerte, ohne eine Entscheidung zu bringen. Bei Lodz gerieten sogar größere deutsche Truppenteile in schwere Gefahr. Das XXV. Reservekorps und die 3. Garde-Division hatten sich zuweit vorgewagt und wurden völlig abgeschnitten. Eine Rettung erschien unmöglich, und der Großfürst hatte bereits eine Reihe von Eisenbahnzügen zum Abtransport der großen Masse von Gefangenen bestellt. Da gelang den Deutschen in der Nacht vom 24. zum 25. November der Durchbruch und sie retteten nicht nur fast ihr ganzes Kriegsgerät, sondern brachten auch noch 10 000 feindliche Gefangene und 50 Geschütze mit.

Auch die Oesterreicher hatten in Westgalizien bei Limanova einen schönen Erfolg zu verzeichnen gehabt. Aber die Absicht, auf der Karpathenfront die Linie gegen den Feind weiter vorzutragen, wurde nicht erreicht. Immer wieder mißlangen die scharfen Vorstöße aus den Pässen der Karpathen. Im allgemeinen aber

konnte man schon Mitte Dezember die militärische Lage im Osten für überaus günstig ansehen. Frankreich mußte jedenfalls jetzt alle Hoffnung aufgeben, daß die Russen den Krieg nach Deutschland hineinbringen würden.

Dagegen kamen Hubschposten vom serbischen Kriegsschauplatz. Der Gegner, den man am leichtesten niederzuwerfen geglaubt hatte, führte einen erfolgreichen Verzweiflungskampf der Abwehr. General Potiorek, der die Südgruppe der in Serbien eingedrungenen Truppen befehligte, wurde nach Anfangserfolgen vernichtend geschlagen und gezwungen, mit seiner Armee Serbien zu räumen.

Großfürst Nikolai Nikolajewitsch war ein Mann von seltener Energie. Noch im Dezember gelang es ihm, seine Truppenmassen zu einer neuen Offensive gegen die Karpathen und gegen Ungarn vorzutreiben. 3 russische Armeen führte er ins Feuer und erzielte zunächst wesentliche Erfolge. Die Mehrzahl der Karpathenpässe fiel in seine Hand, und ein gut Stück ungarischen Bodens wurde von seinen Truppen erobert. Mit deutscher Hilfe planten die Oesterreicher einen Gegenstoß und führten ihn, obwohl der strenge Winter die Operationen stark behinderte, auch mit Erfolg durch. Es gelang ihnen, die Mehrzahl der Karpathenpässe zurückzuerobern und die Russen aus Ungarn hinauszuerwerfen. Eine Nachwirkung war, daß General Pflanzer die Bukowina wieder besetzen konnte.

Trotz aller Aberrasse wuchs das russische Heer immer mehr. Aber auch Hindenburg erhielt ständig neue Verstärkungen. In aller Stille war eine gänzlich neue Armee unter Generaloberst von Eichhorn in Ostpreußen aufgestellt worden, die für die nächsten Pläne Hindenburgs notwendig war. Die Witterungsverhältnisse waren außerordentlich ungünstig. Ein strenger russischer Winter wurde den Feinden ein guter Bundesgenosse. Aber Hindenburg ließ sich nicht abschrecken, den Angriff auf den russischen Nordflügel zu wagen. Trotz der ungünstigen Witterung, die Stegemann in seiner Geschichte des Krieges (2. Band S. 457) wie folgt sehr drastisch schildert: „Am 5. Februar erhob sich in Livland ein gewaltiger Schneesturm und segte mit Brausen und Klirren durch Kurland und Masuren und die Urwälder von Suwalki. Die letzten Wegspuren wurden über-

staubt von seinem Pulverschnee, der sich in alle Ritzen fraß und gleich breiten Brandungschauern über die eingeschnittenen masurenischen Felder und Seen dahinfuhr. Die Paprother Berge (bei Löben) wurden mit weißen Tüchern zugedeckt. Im Johannisburger Forst klirrte brechendes Geäst, und über die Heidelandschaft zwischen Pilsfallen und Goldap tanzten Schneewirbel von den russischen Linien zur Ringerapp hinüber, als schritten auf der begrabenen Wahlstatt Gespenster und Tote.“ In ungeheuren Kämpfen gegen zähesten und tapfersten russischen Widerstand erzielte Hindenburgs Operation Schritt für Schritt Erfolge, bis am 21. Februar der größte Teil der feindlichen Armee geworfen oder gefangen genommen worden war. Ueber 100 000 Gefangene wurden in die Heimat gesandt, und ungeheures Kriegsmaterial wurde wieder erbeutet. Aber eine Entscheidung wurde auch durch diese schweren und siegreichen Kämpfe nicht herbeigeführt. Dabei zeigten sich im Heere der österreichischen Bundesgenossen schon jetzt deutliche Zeichen der Ermattung.

Als im April der russische Winter sich anschickte, allmählich dem Frühling zu weichen, da stand die deutsche oberste Heeresleitung vor einem schwerwiegenden Entschluß. Im Westen war die gesamte Front zum Stillstand gekommen, und man konnte voraussehen, daß dort in der nächsten Zeit keine Entscheidung fallen würde. Hindenburg gehörte zu denen, die bei dieser Situation eine Entscheidung im Osten herbeiführen wollten. Man trat seinen Plänen bei, und er bekam alle irgendwie verfügbaren Truppen nach dem Osten. Als Angriffspunkt hatte der Marschall das Becken von Jaslo und Gorlice gewählt.

Am 2. Mai 1915 setzte er die unter seinem Befehl vereinigten deutschen und österreichischen Truppen zum Sturm auf die siebenreihigen Verteidigungsstellungen der Russen bei Gorlice an. Nach ein paar Stunden schon waren große Erfolge zu verzeichnen, die in den nächsten Tagen voll ausgenützt wurden. Die Russen waren gezwungen, ihre Stellungen nach und nach aufzugeben, und als mit der Wiedereroberung der Festung Przemyśl ein Eckpfeiler der russischen Front fiel, wälzte sich die gesamte russische Heeresmasse langsam nach Norden zurück. Auch hier war eine große Entscheidung nicht gefallen. Aber die Bedrohung Ungarns war endgültig

vorüber, und der österreichischen Armee war die Entlastung gebracht, deren sie so dringend bedurfte, da inzwischen die Italiener den Krieg erklärt hatten und ihre Südfront bedrohten. Die deutsche Front wurde nun weiter planmäßig vorgetragen. Mackensen hatte bald ganz Galizien erobert und rückte in Polen ein. Auch in Polen stockte der Vormarsch nicht. Am 13. Juli fiel die Narew-Linie, am 5. August Warschau und am 19. Nowo-Georgiewsk, die stärkste aller russischen Festungen. Aber auch dadurch wurde keine Entscheidung herbeigeführt. Die russische Armee wich nordwärts aus, ohne außer Gefecht gesetzt worden zu sein.

Auch im Norden der Front gelang überall der Vormarsch. Bald war ganz Kurland in deutscher Hand. Am 17. August fiel Rowno, am Sedantage Grodno. Inzwischen hatte im Zentrum der Front die Mackensen-Armee Brest-Litowsk genommen. Aber jetzt kam allmählich der ständige Vormarsch zum Stehen. Hindenburg und Ludendorff konnten nicht die Verstärkungen bekommen, die sie zur Verwirklichung ihrer Pläne brauchten, und so konnte die Mitte September begonnene Schlacht bei Wilna nicht in dem Sinne des deutschen Oberbefehlshabers geschlagen werden. Es kam nun auch im Osten zum Stillungskrieg. Gegen Ende September grub man sich gegenseitig auf einer Linie ein, die von Czernowik über Pinsk nach Baranowitsch führte, und die dann kurz vor den Städten Dünaburg, Friedrichstadt und Riga weiter bis zum Meere ging. Der deutschen obersten Heeresleitung kam dieses Erstarren der Front sehr gelegen, denn sie war gezwungen, im Osten Truppen frei zu machen, da die Türken und die Bulgaren, die inzwischen in den Krieg eingetreten waren, ohne deutsche Hilfe sich der Gegner nicht erwehren konnten. Auch brauchten die Oesterreicher immer mehr Truppen für ihre Südfront.

Der Winter 1915/16 ist im allgemeinen an der Ostfront sehr ruhig verlaufen. Erst im März rafften sich die Russen zu einer erneuten Offensive auf, die zwischen Wischniez und Narotschsee einsetzte, und bei der zum ersten Male die an der deutschen Westfront übliche Taktik auch hier vom Gegner angewendet wurde. Man begann den Angriff mit einer außerordentlich starken Artillerievorbereitung, die, wenn auch

die Zahl der versagenden Geschosse sehr groß war, bei den dünnen deutschen Linien zu Geländeverlusten führen mußte, die allerdings 4 Wochen später leicht wieder ausgeglichen wurden. Bis zum Mai war dann wieder Ruhe. Da aber begann eine energische Entlastungs-offensive der Russen, die deren Bundesgenossen verlangten. Denn zu gleicher Zeit begannen die Engländer ihre furchtbare Offensive an der Somme, und die Italiener konnten den österreichischen Andrang kaum noch stand halten. Beiden sollte die russische Offensive Entlastung bringen. Der russische Angriff stieß zunächst mit beträchtlichen Massen auf die deutsche Front von Baranowitschi bis Riga vor. Die Oesterreicher suchte man durch Nebenangriffe zu fesseln. Aber die deutsche Front stand fest, und dafür hatten die Nebenangriffe gegen die Oesterreicher Erfolg. Als bei Łód die Oesterreicher fluchtartig zurückwichen, griff man dort nach und verschob das Ziel des Angriffes. Die Offensive, die man nach ihrem Führer die Brusiłow-Offensive nannte, hatte einen großen Erfolg. Es gelang den deutschen Hilfstruppen nur im ganz geringen Grade, das Weißen der Bundesgenossen aufzuhalten, und die Oesterreicher sahen sich schließlich gezwungen, ihre aussichtsreiche Offensive gegen Italien abzubrechen. Aber zu einer Entscheidung, die diesmal die Russen mit aller Kraft erstrebten, kam es wieder nicht. Eine völlige Niederlage der Oesterreicher wurde durch das Eingreifen deutscher Truppen verhindert.

Noch eine andere Tatsache hatte bei den Russen die restlose Ausnutzung ihrer taktischen Erfolge verhindert. Schon im Oktober waren die ersten Anzeichen der Revolution auch im Heere bemerkbar. Ganze Divi-

sionen hatten bereits bei diesen Kämpfen gemeutert, und es nützte nichts mehr, daß man Kosaken und Maschinengewehre in den Rücken der Truppen aufstellte, um sie vorwärts zu treiben. Als Rumänien den Krieg erklärte, war das russische Heer schon nicht mehr intakt, und die russische Hilfe nur sehr wenig wert, auf die man in Rumänien gerechnet hatte.

Im März 1917 brach dann die Revolution in Rußland wirklich aus. Die Russen kämpften nicht mehr, leisteten aber doch noch meist Widerstand, wenn man sie zurückdrücken wollte. An einzelnen Stellen kam es aber schon zu Waffenstillstandsverhandlungen, und zwischen den beiden Gräben entwickelte sich ein ungezwungener, fast freundschaftlicher Verkehr. Noch einmal versuchte Kerenski, der erste Machthaber im neuen Rußland, das Heer zu einer Offensive zusammenzureißen, die seinen Namen trägt. Aber nach kleinen Anfangserfolgen brachten die Deutschen die ganze russische Front zum Wanken. Nachdem am 1. September 1917 Riga und wenige Wochen später Jätkö gefallen war, und Mitte Oktober Oesel und die Nachbarinseln des Rigaischen Meeresbusens an die Deutschen verloren gegangen waren, da ging es mit Rußlands militärischer Macht zu Ende. Ueberall auf der Front wurden für die betreffenden Abschnitte örtliche Waffenruhebekleime getroffen. Am 15. Dezember 1917 wurde dann der offizielle Waffenstillstand abgeschlossen. Die Verhandlungen führten schließlich, nachdem man sie wieder abgebrochen hatte und nochmals vor-marschiert war, zum Frieden von Brest-Litowsk, der nicht gerade ein Meisterstück der deutschen Staatskunst zu nennen ist.

DIE TÜRKEI UND BULGARIEN

Wir haben gesehen, wie verhängnisvoll die deutsche Türkenpolitik für die Isolierung Deutschlands geworden ist. Der englisch-russische Gegensatz, der für eine maßvolle deutsche Orientpolitik nur günstig sein konnte, ist dadurch aufgehoben worden. Als der Krieg ausbrach, mobilisierte die Türkei sofort ihre Truppen, blieb aber neutral, da sie erst einmal den Verlauf der Dinge abwarten wollte. Da die Großmächte mit wich-

tigeren Dingen sehr beschäftigt waren, glaubte sie die Gelegenheit ausnützen zu müssen, und kündigte für den 1. Oktober 1914 die Kapitulationen. Deutschland, das dadurch wohl am meisten geschädigt wurde, erklärte bereitwillig sein Einverständnis. Die Türkei hatte dabei nicht daran gedacht, daß sie damit England einen triftigen Grund zum Eingreifen gab. Daß England einen großen europäischen Krieg dazu benutzen würde, seine Pläne im nahen

Orient durchzuführen, war mit Sicherheit zu erwarten. Nie konnte ja für England die Gelegenheit günstiger sein, seinen alten Plan, den Landweg vom Kap über Kairo nach Kalkutta in der Hand zu haben, in die Tat umzusetzen. England erblickte in der Kündigung der Kapitulationen eine Beeinflussung der Türkei durch Deutschland. Es forderte darum kategorisch die Entlassung des deutschen Generals Liman von Sanders, der das türkische Heer reorganisierte. Die Türken antworteten mit der Entlassung des englischen Admirals Limpus, der dieselbe Funktion wie Liman für die türkische Flotte hatte. Deutschland erhoffte von der Beteiligung der Türken am Kriege sehr viel und drängte deshalb in Konstantinopel auf das Losschlagen, obwohl es eigentlich hätte wissen müssen, daß sowohl die türkische Flotte, wie auch die Dardanellenbefestigungen im denkbar schlechtesten Zustande waren und daß das türkische Heer die Nachwehen der Balkankriege noch nicht überstanden hatte. Admiral Souchoy hatte sich mit den beiden deutschen Kriegsschiffen „Breslau“ und „Seyden“ vor der Uebermacht der Entente-Flotte im Mittelmeer in den Schutz der Dardanellen zurückgezogen. Die Schiffe waren formell an die Türken übergeben worden. Aber Souchoy behielt das Kommando, und er griff am 29. Oktober die Russen im Schwarzen Meere an. Rußland nahm das zum Anlaß, um am 30. Oktober, trotz aller Entschuldigungen der Türkei, ihr den Krieg zu erklären. England und Frankreich schlossen sich Anfang November diesem Vorgehen an. Das erste, was England tat, war, die Insel Zypern, die es seit 1878 besetzt hielt, dem britischen Weltreiche einzuverleiben. Wenige Tage später beschoß die englische Flotte die Dardanellen, wagte aber die Einfahrt nicht, obwohl sie damals noch ziemlich ungefährlich gewesen wäre. Die Türken stellten 4 Armeen auf. Die stärkste unter dem Befehl von Liman Sanders sollte Konstantinopel schützen, eine zweite Armee in Armenien gegen die Russen vorgehen, die beiden schwächsten Armeegruppen sollten Mesopotamien und Palästina schützen. Die armenische Armee hatte große Mißerfolge. Ihre Offensive im Kaukasus zerbrach am russischen Widerstande, und eine Flecktyphus-Epidemie schwächte die Truppenzahl bedeutlich. Zu Beginn des Jahres 1915 begannen

die Kämpfe um die Dardanellen England, das sich durch die türkischen Operationen in Palästina am Suez-Kanal bedroht fühlte, wollte die Einfahrt in die Dardanellen erzwingen. Englische und französische Kriegsschiffe begannen am 26. Februar die türkischen Außenforts mit schwerem Feuer zu beschießen. Die Deutschen hatten glücklicherweise noch ganz zuletzt einige moderne schwere Batterien einbauen können, aber die Verteidigung wäre auf die Dauer unmöglich gewesen, wenn die alliierte Flotte energischer eingegriffen hätte. Die wiederholten Flottenangriffe, die sich bis zum März hinzogen, vermochten zwar schließlich die Außenforts zu zerstören, aber die Hauptverteidigungsstellung an der engsten Stelle der Meeresstraße blieb intakt. Da man eine Anzahl von Schiffen verloren hatte, wollte man die Eroberung nun auf dem Landwege versuchen. Am 27. April landete man auf Gallipoli. Der erste Sturm auf die Landbefestigungen aber mißlang. Auch die heftigen Angriffe, die in den Monaten Mai, Juni, Juli und August immer erneut wurden, führten nicht zum Ziele. Auf 60 Schiffe war inzwischen die Kriegsflotte der Verbündeten angewachsen, ohne daß nach soviel vergeblichen Versuchen die Aussicht bestand, das Ziel zu erreichen. So faßte man schließlich den Beschluß, das Unternehmen aufzugeben. Ende Dezember und Anfang Januar wurden die Landungstruppen wieder auf die Schiffe genommen.

Wie schon oben erwähnt, war die armenische Armee bereits gleich zu Beginn außer Gefecht gesetzt worden. Als die Russen im Januar 1916 sich zu einer Offensive auf Erzerum entschlossen, da hatten sie ziemlich leichtes Spiel. Am 16. Februar hatten sie die Stadt in der Hand, am 17. April eroberten sie Trapezunt, Anfang Mai Musch und Bitlis.

Dafür hatten die Türken in Mesopotamien zuerst Erfolge gehabt. Der erste englische Angriff auf Bagdad wurde abgeschlagen. Anfang Januar 1916 wurde die englische Vorhut unter Townshend in Rutel Mara eingeschlossen und mußte am 26. April kapitulieren. Mit dem Tode des deutschen Marschalls von der Goltz, der zuletzt erfolgreich das Kommando geführt hatte, begannen die Mißerfolge. Die Engländer unter General Maunse unternahmen im Dezember 1916 einen

neuen Vorstoß, der bei Kut el Amara zu einer vernichtenden Niederlage der Türken führte. Am 11. März 1917 war Bagdad in den Händen der Engländer.

In Palästina lag für die Engländer eine große Gefahr. Gelang es den Deutschen und Türken dort eine Armee zu bilden, die zum Suez-Kanal vorstieß, so war England an einer ganz besonders empfindlichen Stelle getroffen. Deutsche Kritiker haben schon während des Krieges die Möglichkeit, einen solchen Vorstoß erfolgreich durchzuführen, bezweifelt. Die Schwierigkeiten, die die Sinai-Wüste, die in 12 Tagesmärschen durchquert werden mußte, bereitete, waren nur schwer zu überwinden. Nur kleine Abteilungen der Türken sind an den Suez-Kanal gekommen. Als man im Februar 1915 versuchte, bei El Kantara mit größeren Kräften über den Kanal zu kommen, wurde man zurückgeworfen. Die Engländer faßten die Sache großzügiger an. Sie bauten eine Wüstenbahn von El Kantara über El Arisch bis in die Gegend von Gaza und begannen darauf gestützt eine Offensive mit einer Heeresmacht von 300 000 Mann. Die Araber kämpften dabei trotz des heiligen Krieges, dessen Bedeutung in Deutschland weit überschätzt worden ist, da ihn im Orient kein Mensch ernst nahm, durch Geld und Versprechungen angelockt, auf Seiten der Engländer. Als Anfang November 1917 die Engländer Gaza erobern wollten, war es von den Türken bereits geräumt. Am 11. Dezember fiel Jerusalem. Strategisch hatte die Stadt ja gar keine Bedeutung. Aber in der Welt des Islams mußte es als Zeichen der türkischen Schwäche angesehen werden, daß die Türken die heilige Stadt nach fast 1000jährigem Besitz wieder in die Hände der Christen fallen ließen. Als schließlich Eiman Sanders die verfahrenere Situation retten sollte, war es schon zu spät, obwohl deutsche geschlossene Truppenteile hier eingesetzt wurden. Diese Truppen mußten im Sommer 1918, da die Heimat in den letzten entscheidenden Wochen jeden Soldaten brauchte, wieder zurückgerufen werden. Es bedurfte gar keiner so großen Anstrengung von Seiten der Engländer, um die türkische Front in Palästina zu durchbrechen, und die feindliche Armee zu vernichten. Die türkischen Truppen sind nach diesem unglücklichen 18. September einfach auseinandergefallen. Bis zum 7. Oktober waren

71 000 Türken in die Hände der Sieger gefallen. Am 31. Oktober sah sich die Türkei, da das Zusammenbrechen Bulgariens die Verbindung mit Deutschland gestört hatte, gezwungen, einen Waffenstillstand mit den Alliierten abzuschließen. Die Bedingungen wurden von der Entente diktiert, Konstantinopel von den Truppen der Alliierten besetzt. All die großen Geldsummen und die viele geistige Arbeit, die Deutschland in die Türkei gesteckt hatte, waren für immerdar verloren. Die türkische Frage ist heute noch nicht geklärt. In dem Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, hat die nationalistische Bewegung unter Kemal Pascha große Erfolge zu zeitigen gewußt, und England, Frankreich und Italien sind jetzt bereit, mit den Türken über die Neugestaltung des Osmanen-Reiches zu verhandeln.

Es hat bis zum Herbst 1915 gedauert, ehe sich Bulgarien entschloß, auf die Seite des neuen Dreibundes zu treten. Für Deutschland und seine Verbündeten war der neue Bundesgenosse besonders erwünscht, denn er sicherte den Mittelmächten nicht nur den Zugang zur Türkei, sondern er konnte auch tatkräftig helfen die Serben endlich niederzuwerfen. Allerdings ist die Bundesgenossenschaft von Bulgarien auch von Anfang an eine große Gefahrenquelle gewesen, da Bulgarien ja nicht um der Sache der Mittelmächte willen in den Krieg eintrat, sondern aus egoistischen Gründen, weil es die Gebiete, die es im zweiten Balkankriege verloren hatte, auf diese Weise wieder zu gewinnen hoffte. Mit den Bulgaren vereint gingen nun die Deutschen und Österreicher in einem großzügigen Unternehmen gegen Serbien vor. Aber die völlige Vernichtung der an sich geringen serbischen Streitkräfte, die man geplant hatte, gelang nicht. Die Serben mußten zwar der Uebermacht weichen, sie konnten aber ihre Hauptmacht aus der Umzingelung retten. Die Reste der serbischen Armee, die ziemlich abgekämpft waren, wurden nach Korfu gebracht, und dort nach einer Erholungszeit reorganisiert. Sie sind dann in Stärke von etwa 80 000 Mann den Ententetruppen, die bei Saloniki gelandet worden waren und unter Serrails Oberbefehl standen, ausgezeichnete Bundesgenossen gewesen. Serrail hatte zwar nicht verhindern können, daß die Feinde

ganz Serbien besetzten, dazu war er zu spät gekommen und hatte auch mit seinen verschiedentlichen Vorstößen keinen rechten Erfolg gehabt. Die deutsche Kriegsleitung hat aber hier eine ernste Gefahr übersehen oder zum mindesten unterschätzt. Man begnügte sich mit der Besetzung von ganz Serbien und drängte Serrail auf seine Basis zurück, unternahm aber sonst nichts gegen ihn. Der osmanische Major Endres nennt das einen der entscheidendsten Fehler der deutschen Kriegsführung. Er schreibt: „Die Saloniki-Armee Serrails, am 10. und 11. Dezember 1915 von den Bulgaren unter Todorow in der Gegend von Dojransee-Gjergeli entscheidend geschlagen und zum Rückzug nach Griechenland gezwungen, wurde nicht über die griechische Grenze verfolgt, nicht in ihre Schiffe zurückgetrieben. Dieser unverzeihliche Fehler rächte sich jedoch. Die Saloniki-Armee blieb eine ständige Bedrohung der türkisch-deutschen Bahnverbindung, band dauernd sehr starke Kräfte und gestattete der Entente, Griechenland zu sich herüberzuziehen. Was 1915 und Anfang 1916 leicht gewesen wäre — die Vernichtung Serrails — wurde später, nachdem die Entente, die die Bedeutung der Saloniki-Armee schärfer erkannte und diese Armee gewaltig verstärkte, immer schwerer und schließlich unmöglich. Der Angriff dieser Saloniki-Armee im März 1918 gegen die am Bündnis mit den Mittelmächten satt gewordenen Bulgaren war es, der den Zusammenbruch Oesterreichs und der Türkei und damit zum großen Teile auch den Deutschlands entschied.“ (Endres, „Die Haltung der Türkei und der Balkanstaaten“ im Handbuch der Politik, Bd. II, S. 162.)

In diesem Zusammenhang soll auch ganz kurz der rumänische Feldzug behandelt werden. Am 27. August 1916 hatte Rumänien, das schon lange mit dem Herzen auf der Seite der Entente stand, an Oesterreich-Ungarn den Krieg erklärt. Die Alliierten triumphierten, denn sie glaubten, daß das Eingreifen Rumäniens schnell eine entscheidende Wendung des Krieges bringen würde. Aber die rumänische Armee, die aus 300 000 Mann mit 400 000 Mann Reserven bestand, hatte nicht nur schlechte Führer, sondern einen Angriffsplan, der von Prestige-Rücksichten bestimmt war. Statt sich

auf die Saloniki-Armee zu stützen, warf man habgierig 3 Armeen nach Siebenbürgen hinein, wo der Widerstand nur gering sein konnte. Da Oesterreich nicht mehr imstande war, auch gegen den neuen Feind Truppen aufzubringen, so übernahmen die Deutschen, Bulgaren und Türken unter deutscher Führung die Niederwerfung des neuen Gegners. Am 2. September hatte Mackensen mit seiner Armee die Dobrußa-Grenze überschritten, am 6. nahm er den Brückenkopf Tutrakan, schlug am 5. die rumänischen Truppen bei Dobritsch und zog am 10. bereits in Silistria ein. Der Feind wurde immer weiter nördlich gedrückt, am 20. Oktober nochmals geschlagen und am 22. war Constanza in den Händen von Mackensens Truppen. Damit war dann Rumänien die Verbindung mit Rußland endgültig abgeschnitten. Inzwischen waren auch die rumänischen Truppen, die in Siebenbürgen eingedrungen waren, von der Armee Falkenhayn mehrfach geschlagen und zurückgeworfen worden. Aber die völlige Vernichtung des rumänischen Heeres wollte nicht gelingen. Man zwang die Rumänen zwar noch einmal westlich von Bukarest am Argeşul, eine Schlacht anzunehmen, die 4 Tage lang dauerte. Aber auch hier gelang es den Rumänen, nachdem sie die Ausichtslosigkeit des Weiterkämpfens sahen, in ziemlicher Ordnung abzuziehen. Am 6. Dezember wurde Bukarest, die stärkste Festung des Landes, kampflos besetzt. Die rumänische Armee hatte bisher 150 000 Gefangene und 400 Geschütze verloren. Immer weiter wurden nun die Rumänen zurückgedrängt, bis sie schließlich Verbindung mit den Russen bekamen und erneut Widerstand leisten konnten. Zu Anfang des Jahres 1917 machten dann schließlich deutsche Truppen durch eine Offensive gegen den Sereth dem Kriege mit Rumänien ein Ende. Wenn die rumänischen Truppen auch nicht ganz vernichtet waren, so waren sie doch so geschwächt, daß sie für absehbare Zeit als militärische Gegner nicht mehr in Betracht kamen. Die Besetzung fast des ganzen Landes brachte auch allerlei wirtschaftliche Vorteile. Die in der Heimat sehr knapp gewordenen Vorräte an Petroleum und Schmieröl konnten reichlich ergänzt werden, und die jetzt für eine große Strecke in den Händen der Mittelmächte befindliche Donau wurde ein wichtiger Transportweg.

DER KRIEG ZUR SEE

Der von Deutschland so sehr gepriesene Risiko-Gedanke hatte bei Ausbruch des Krieges mit England kläglich Schiffbruch erlitten. Denn sein Sinn war doch, daß England infolge unserer Schiffsbauten, weil es dabei selbst zuviel verlieren könnte, den Krieg mit uns nicht wagen sollte. Da der Risiko-Gedanke beim Aufstellen der deutschen Flottenbaupläne bestimmend mitgewirkt hatte, war aber die deutsche Flotte bei Kriegsausbruch auf einen Seekrieg mit England nicht vorbereitet.

Hätte Deutschland nur Krieg mit Rußland und Frankreich zu führen gehabt, so hätte seine Flotte genügt, die Gegner an ihren Küsten und in allen Meeren zu schädigen. Da aber nun England, das alle Straßen des Weltverkehrs sicher beherrschte, Deutschlands Kriegsgegner geworden war, so war jede großzügige Betätigung der deutschen Flotte unterbunden. Leicht fiel es England, uns alle Seeverbindungen abzuschneiden und die deutschen Kriegsschiffe, die im Auslande weilten, nach heldenmütiger Gegenwehr zu vernichten. Bald fühlten wir in voller Schwere den Unterschied, der zwischen dem Seekrieg und dem Landkrieg besteht und den Vizeadmiral von Mahkahn in seinem Aufsatz „Seemacht und Kriegsflotte“ (Deutschland unter Kaiser Wilhelm II., Berlin 1914, Bd. I) wie folgt treffend zu charakterisieren weiß: „Der Landkrieg muß, wo nicht, wie beim Inlandkrieg England die Flotte das mitbefordert, den territorialen Besitz wahren und die heimische Arbeit stützen. Im Seekrieg ist von dem ganzen Wirtschaftsapparat nur ein Glied zugänglich, der Seehandel. Aber seine Unterbindung bringt den ganzen Betrieb zum Stillstand und zeigt, daß das ganze Land abhängig ist von der See und damit vom Seekrieg. Denn nicht nur die Küste wird geschädigt, wenn der Feind unsere Häfen schließt, sondern das ganze Land. Seine Schiffe müssen Halt machen, wo die See endet, aber über die Küste hinweg greift die gepanzerte Hand der Seeherrschaft, die pocht an das Kontor des Kaufmanns drinnen im Land, an die Tore der Fabriken in den großen binnenländischen Zentren der Industrie, wie an die Türe des Arbeiters... Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Kontinents von England, die der Beginn des vergangenen

Jahrhunderts gebracht hatte, besteht im damaligen Sinne nicht mehr. Sie hat sich aber dadurch in eine militärische verwandelt, daß die Festlandstaaten verwundbarer geworden sind für Englands Hauptwaffe: den Seekrieg. So ist ihnen, den Konkurrenten Englands, die Flottenrüstung aufgezwungen worden, die ihrem Anteil am Seeverkehr entspricht. Sonst leben sie von Englands Gnade.“

Das einzige Mittel, die Fesseln der Blockade zu sprengen, war eine Besiegung des mächtigsten Feindes zur See durch eine Offensive, soweit eine solche möglich war. Das Kräfteverhältnis der beiden Gegner war zur See außerordentlich ungleich. Während die Alliierten über eine Großkampfschiffs-Tonnage von 800 000 t verfügten, besaßen die Mittelmächte davon nur 400 000 t. Die deutsche Kriegsmarine, soweit sie nicht von der Heimat abgeschnitten war, hatte zu Kriegsbeginn 13 Linienschiffe, 3 Schlachtkreuzer, 22 ältere Linienschiffe, 5 ältere große Kreuzer, 14 kleine Kreuzer, 42 neuere und 46 ältere Zerstörer und 10 U-Boote. Während einer der Gegner, England, allein in der Nordsee zur Verfügung hatte: 20 Linienschiffe, 4 Schlachtkreuzer, 36 ältere Linienschiffe, 20 ältere große Kreuzer, 35 kleine Kreuzer, 78 neuere und 77 ältere Zerstörer und 7 U-Boote.

Die Ueberlegenheit an Schiffszahl wurde aber auch nicht etwa durch überlegene Kampfkraft der Schiffe unseres Besitzes ausgeglichen. Die deutschen Schiffe hatten zwar einen wirksameren Panzer- und Unterwasserschutz, hatten bessere Torpedos und Granaten von größerer Durchschlagskraft, dafür aber waren die englischen Schiffe ihnen an Schnelligkeit überlegen und trugen Geschütze von weit stärkerem Kaliber.

Hauptaufgabe der deutschen Flotte war, zu verhindern, daß die Engländer in die Ostsee eindringen und sich dort mit den russischen Seestreitkräften vereinigen. Wäre das nach einer für Deutschland unglücklichen Seeschlacht ermöglicht worden, dann hätten die Engländer und Russen leicht an jeder Stelle der langen Ostseeküste Truppen landen können. Was das bei unserem Zweifrontenkrieg bedeutet hätte, kann sich jeder selbst ausmalen. Dazu kam noch, daß mit dem Aufhören der Ostseeherrschaft auch unsere Kriegswirtschaft hätte zusammenbrechen müssen. Ohne die schwe-

bischen Erze, die über die Ostsee zu uns den Weg nahmen, wäre eine genügende Belieferung unserer Feldheere mit Kriegsmaterial unmöglich gewesen.

Die englische Flotte versuchte den Einbruch in die Ostsee zunächst nicht. Sie stellte sich auch nicht irgendwo zum Kampfe, sondern blieb weit vom Operationsgebiet des Marine-Kleinrieges fast in Verborgenheit. Und ließ sich auch nicht aus ihrer Reserve herauslocken, als unsere kleinen Streitkräfte immer fester wurden und vor Themse, Tyne und Humber Minensperren gelegt hatten. Trotzdem war die englische Flotte immer bereit, einem etwaigen deutschen Offensivstoß mit aller Kraft entgegenzutreten. Der deutsche Kaiser hatte sich für eine defensive Taktik entschieden. Vor allen Dingen, um Verluste von Linienschiffen durch U-Boote zu vermeiden. Zum Teil war aber auch die Rücksicht auf die Neutralen dafür bestimmend. Eine Entscheidungsschlacht herbeizuführen, sollte der Initiative des Feindes überlassen bleiben. Marinefachleute sind der Ansicht, daß dies ein Fehler gewesen ist, und daß man bei dieser Situation unbedingt eine Seeschlacht hätte wagen müssen. Nach ihrer Meinung hätte ein militärischer Erfolg zur See über die Engländer unserem Ansehen in der Welt viel mehr genützt, als alle die glänzenden Siege zu Lande. Bethmann Hollweg soll bei dem Beschlusse des Kaisers den Ausschlag gegeben haben. Er war der Ansicht, daß man die Flotte bis zum Schluß aufsparen müsse, um bei den Verhandlungen über den Frieden ein wirksames ungeschwächtes Mittel in der Hand zu haben. Zweck würde eine derartige Aufsparrung der Flotte aber nur gehabt haben, wenn man zu Lande überlegen gesiegt hätte. Nach der Marne-Schlacht aber war ein entscheidender Landsieg ziemlich unwahrscheinlich, und man hätte nach dieser Zeit dieses Argument für die Zurückhaltung der Flotte nicht mehr anführen dürfen.

Wie leistungsfähig unsere junge Marine war, bewies der Kreuzerkrieg in ferneren Meeren. Die Laten der „Karlsruhe“ und der „Emden“, und später die der Hilfskreuzer „Möwe“, „Seeädler“ und „Wolf“ erregten jubelnde Begeisterung im Vaterlande und die Bewunderung der ganzen Welt, soweit sie nicht durch die feindliche

Presse verheßt und falsch unterrichtet war. Höchsten Waffenerfolg aber errang sich für alle Zeiten unser ostasiatisches Geschwader unter dem Grafen Spee. Graf Spee wollte weniger den feindlichen Handel durch Raperkrieg schädigen, sondern rein militärisch wirken. Vor Coronel kam es zu der berühmten Seeschlacht, in der das einzige Mal fast gleiche deutsche und feindliche Streitkräfte zur See sich maßen. Nach kaum einstündigem Gefecht hatte der Feind zwei große Schiffe „Monmouth“ und „Good Hope“ verloren und im übrigen soviel Beschädigungen erlitten, daß er die Schlacht abbrechen mußte. Durch diesen Sieg sahen die Engländer ihr Prestige bedroht. Nicht weniger als 5 starke Geschwader rüsteten sie aus, um das kleine deutsche Geschwader einzukreisen und zu vernichten. Bei den Falklandsinseln gelang es endlich am 8. Dezember überlegenen englischen und japanischen Streitkräften das Geschwader des Grafen Spee zu stellen. Der Enderfolg dieses Kampfes war vorauszu sehen, da unsere Gegner nicht nur an Zahl überlegen waren, sondern auch weitertragende Geschütze hatten, gegen die jedes Ankämpfen vergeblich war. Doch man dachte nicht an Flucht oder Uebergabe, man kämpfte mit zäher Entschlossenheit solange noch ein Schuß möglich war. Die stolzen Schiffe „Scharnhorst“, „Gneisenau“, „Leipzig“, „Rürnberg“ und eine Reihe von Transportschiffen sanken mit der gesamten Besatzung. Mit ihnen fand Admiral Graf Spee und zwei seiner Söhne den Heldentod. Nur der „Dresden“ war es gelungen, als der Kampf aussichtslos geworden war, zu entkommen, sie wurde Ende des Monats in den chilenischen Gewässern vom Feinde vernichtet. Anfang 1915 mußte schließlich auch der Hilfskreuzer „Kronprinz Wilhelm“, dessen Maschinen und dessen Besatzung völlig am Ende der Kraft waren, in den Hafen von Newport News einlaufen und sich ergeben.

Als der Krieg begann, besaß die deutsche Flotte 10 Offensiv-U-Boote und war in dieser Hinsicht den Gegnern überlegen. Die großen Erfolge des U-Boot-Krieges in der ersten Zeit sind ja allgemein bekannt. Aber die Rücksicht auf die Neutralen veranlaßte den Kaiser immer wieder neue beschränkende Bestimmungen für den U-Boot-Krieg zu erlassen. Diese min-

berten durch die gebotenen Vorsichtsmaßnahmen, die feststellen sollten, ob das zu torpedierende Schiff auch wirklich zu den Feindstaaten gehörte, natürlich die Wirksamkeit und brachten der Waffe auch außerordentlich schwere Verluste. Die Torpedierung der „Lusitania“, die, wie wir heute genau wissen, sowohl Truppen wie Munition an Bord hatte, und die Versenkung des Dampfers „Sussex“ bewirkten durch die Erregung, die sie bei den Neutralen und vor allen Dingen in Amerika auslösten, eine weitere Einschränkung der U-Boot-Tätigkeit. Diese schwache und nachgiebige Haltung dürfte uns mehr geschadet als genützt haben. Unserm Prestige als Seemacht diente sie jedenfalls nicht. Schließlich wurde der U-Boot-Krieg so gut wie aufgehoben, und unsere Führung verzichtete damit auf das Hilfsmittel, das allein gegen die Hungerblockade wirksam war.

Als Admiral Scheer und Konteradmiral von Trotta die Leitung der Marine übernommen hatten, begann eine neue zielsichere Flottentätigkeit, die ihren Höhepunkt in der glorreichen Schlacht im Skagerrak bekam. Wir geben ihren Verlauf in der ausgezeichneten Schilderung des Korvettenkapitäns Groos im Handbuch der Politik (Bd. 2, S. 179).

„Nach einer Pause, wie sie durch Minenräumen, Reparaturperioden, Wetterverhältnisse und Übungen stets bedingt waren, begann im Mai eine neue Unternehmung. Vom 18. bis 22. d. Mts. standen etwa 10 U-Boote im britischen Blockadegebiet zwischen den Shetlands und Norwegen. Danach nahmen sie vor feindlichen Stützpunkten Aufstellung, um bei einem neuen Vorstoß der Flotte mitzuwirken, der sich aber infolge der für Luftschiffe ungünstigen Wetterlage bis zum Ende des Monats verzögerte. Um der Unterstützung der U-Boote noch sicher zu sein, verzichtete der Chef der Hochsee-Streitkräfte auf die Luftschiffaufklärung und ließ am 31. Mai den Vormarsch ins Skagerrak beginnen, um den Feind endlich zum Vordringen von Streitkräften zu veranlassen. Merkwürdigerweise ist den U-Booten der wahrscheinlich bei Nacht erfolgte Ausmarsch des größten Teiles der feindlichen Flotte verborgen geblieben. Um so überraschender, allerdings auch dem Feind unerwartet, erfolgte um 5 Uhr 30 nachmittags vor dem Skagerrak der Zusammenstoß der beiderseitigen Kreuzergruppen, dem nach etwa zwei-

zweistündigem Gefecht der Schlachtkreuzergeschwader und des fünften englischen Linien- schiffsgeschwaders der „Queen Elizabeth“-Klasse und nach Vernichtung der „Queen Mary“ und des „Indefatigable“ bei stark geminderter Sicht- igitkeit um 8 Uhr nachmittags der Zusammen- prall der Flotte folgte. Die überlegene Zahl der englischen Schiffe, ihre größere Geschwindigkeit und die zu diesem Zeitpunkt für die britische Flotte günstigeren Sichtverhältnisse ermöglichte dem britischen Flotten- chef die Umklammerung, aus der sich die deut- sche Flotte nur in zweifachem Stoß bis auf Nahgefechtsentfernung unter Torpedoboot- Massenangriffen und rücksichtslosem Einsatz der Schlachtkreuzer und nach abermaligen schweren Verlusten für den Feind zu lösen vermochte. Dieser verlor die Führung, steuerte aber, un- mittelbar hinter sich die deutsche Flotte, in der Nacht die deutsche Bucht an. Heftige Kämpfe der britischen Rückenbedeckung mit der starken deutschen Landfliegerführung führten zwar wiederum zu größeren Verlusten auf englischer als auf deutscher Seite, aber es gelang den deutschen Torpedobooten nicht an das feindliche Gros heranzukommen und so die unvergleichliche Ueberlegenheit der deutschen Torpedowaffe noch- mals in der Nacht zum Tragen zu bringen. Den- noch hatten die britischen Kreuzer und Torpedo- boote und sogar eine Linien- schiffs- division im Verlauf der Nachtgefechte den Anschluß an ihr Gros verloren, während die deutsche Flotte ge- schlossen Horns- ruff erreichte. Unter diesen Um- ständen erschien dem britischen Höchstkomman- dierenden das Risiko eines deutschen Angriffs zu gewagt, die Kämpfe waren beendet. Ohne die Mitwirkung von U-Booten, Minen und Luft- schiffen hatte die deutsche Flotte einen Sieg davongetragen, der dem Feinde schwerste Ver- luste brachte. Der Erfolg war in erster Linie der alle Erwartungen übertreffenden Wider- standsfähigkeit der deutschen Großkampfschiffe, sowie der vernichtenden Wirkung ihrer Panzer- sprenggranaten, ferner der guten Kriegsaus- bildung und dem hervorragenden taktischen Zu- sammenarbeiten aller Schiffsklassen zu ver- danken.“

Die Verluste auf englischer Seite waren, wie gesagt, bedeutend größer, trotz der zahlen- mäßigen Ueberlegenheit des Feindes. Gefallen sind in der Schlacht 6014 Engländer und 2535

Deutsche. An Totalverlusten hatten die Eng- länder 3 große Schlachtkreuzer, 3 ältere große Kreuzer, 2 kleine Kreuzer und 8 Zerstörer. Die deutsche Flotte verlor dagegen nur 1 großen Schlachtkreuzer, 1 älteres Linienschiff, 4 kleine Kreuzer und 5 Zerstörer. Die Nachricht von der großen Seeschlacht und den deutschen Er- folgen in ihr löste in der Heimat großen Jubel, bei den Neutralen Erstaunen, bei den Gegnern starke Besorgnis aus. Die deutsche Flotte hatte den Beweis seiner bedeutenden Leistungs- fähigkeit erbracht. Aber Admiral Scheer, der in der Schlacht im Skagerrak kommandierte, hat die strategische Wirkung der Seeschlacht in keiner Weise überschätzt. In seinem Ge- fechtsberichts an den Kaiser heißt es: „Bei günstigem Verlauf der weiteren Opera- tionen wird der Segner zwar empfindlich ge- schädigt werden können, trotzdem kann kein Zweifel bestehen, daß selbst der glücklichste Aus- gang einer Hochseeschlacht England in diesem Kriege nicht mehr zum Frieden zwingen wird. Die Nachteile unserer militärgeographischen Lage gegenüber der des Inselreichs und die große materielle Uebermacht des Feindes werden durch die Flotte nicht in dem Maße ausgeglichen werden können, daß wir der gegen uns gerichteten Blockade oder des Inselreichs selber Herr werden, auch nicht, wenn die U-Boote für militärische Zwecke voll ver- fügbar sind. Ein sieghaftes Ende des Krieges in absehbarer Zeit kann nur durch Niederringen des englischen Wirtschaftslebens erreicht werden, also durch Ansetzen des Untersee- Bootes gegen den englischen Han- del. Hierzu irgend eine abgeschwächte Form zu wählen, muß ich nach pflichtgemäßer Ueber- zeugung nach wie vor Ew. Majestät dringend ab- raten. Nicht nur, weil es dem Wesen der Waffe widerspricht, und der Einsatz der U-Boote nicht im Verhältnis zu dem zu erwartenden Gewinn steht, sondern weil es trotz größter Gewissen- haftigkeit der Kommandanten nicht möglich ist, in Englands Gewässern, in denen die ameri- kanischen Interessen lebendig sind, Zwischenfälle zu vermeiden, die uns zu demütigendem Nach- geben zwingen, wenn wir nicht bis zur vollen Schärfe durchhalten können.“

Am 1. Februar 1917 begann endlich der hier von Admiral Scheer empfohlene unein- geschränkte U-Boot-Krieg. Die

Schlachtflotte mußte jetzt zu seinem Schutze in Reserve gehalten werden. Die Bedingungen für diesen Kampf waren wesentlich ungünstiger als in früheren Jahren geworden. Vor allem rächte es sich, daß man im Jahre 1916 den Bau von U-Booten ganz wesentlich eingeschränkt hatte. Im ganzen sind während des Krieges 764 U-Boote gebaut worden, davon 1914: 185, 1915: 186, 1916: 90, 1917: 269 und 1918: 220. Außerdem aber hatte der Feind Zeit gefunden, wirksame Gegenmaßnahmen zu treffen. Neben Minensperren und U-Bootfallen wurde eine ausgezeichnete Bewaffnung der Handelsschiffe durchgeführt. Wäh- rend 1916 noch nur 9 Prozent der versenkten Dampfer bewaffnet waren, betrug die Zahl der bewaffneten feindlichen Handelsschiffe im Februar 1917 43 Prozent und im Oktober 1917 sogar 84 Prozent. So kommt es, daß in den Jahren 1915/16 eine geringere Zahl von U- Booten größere Erfolge hatte als die jetzt stark vermehrte Anzahl. Aber der unbeschränkte U-Boot-Krieg übte trotzdem sehr bald eine starke Wirkung aus. Schon im Frühjahr 1917 wollten Ribot und Lloyd George nach Rom reisen, um von dort aus Friedens- verhandlungen anzubahnen. Aber allerlei Ausnahmen, die man wieder in Rück- sicht auf die Neutralen machte und vor allem die Friedensresolution im Som- mer 1917 wirkte auf die feindlichen Staats- männer wieder ermutigend. Man hatte be- rechnet, daß der U-Boot-Krieg in 5 Monaten die Engländer zwingen würde, die Hand zum Frieden zu bieten. Daß dieser Erfolg nicht ein- trat, lag daran, daß die Engländer es verstanden hatten, den Schiffbau in der ganzen Welt so zu organisieren, daß nicht nur jedes versenkte Schiff sogleich ersetzt werden konnte, sondern daß schließlich sogar mehr Schiffe gebaut als versenkt wurden. Wenn auch leider der bezweckte Erfolg, der uns viele kostbare Menschenleben kostete, nicht erreicht wurde, so wurden doch die Engländer schwer geschädigt. Die Engländer verloren durch Torpedierung 13 Linienschiffe, 3 Schlachtkreuzer, 13 Kreuzer, 12 kleine Kreuzer, 78 Torpedoboots und an Handelsschiffen 244 Trans- portdampfer, 2479 Dampfer und Segelschiffe und 675 Fischdampfer. Beschädigt wurden außerdem 1885 Handelsschiffe. Die deutsche Marine verlor nicht weniger als 191 U-Boote.

Trotzdem es ihr nicht gelang, entscheidende Wirkungen auszuüben, hat unsere Flotte doch ihren Zweck erfüllt. Ohne sie wäre es unmöglich gewesen, den Landkrieg solange fortzusetzen. Sie hat ihr heroisches Ende bei Scapa Flow nicht verdient.

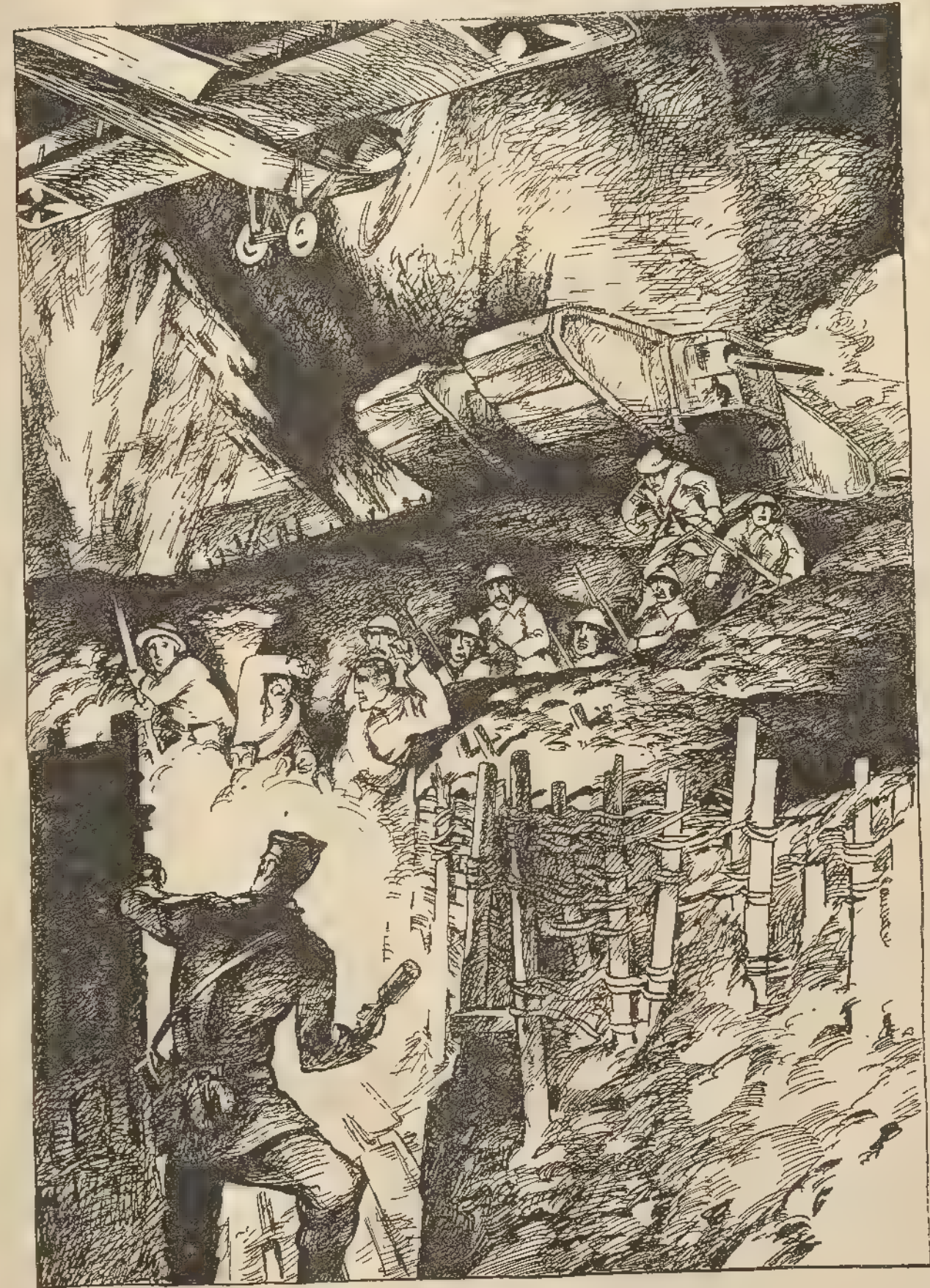
DER KAMPF IN FREMDEN ERDTEILEN

Bei Ausbruch des Weltkrieges standen die Besatzungen in den Kolonien auf verlorenem Posten. Man befürchtete auf deutscher Seite zunächst keine feindlichen Handlungen der Kriegsgegner, da ja die Kongo-Konferenz im Jahre 1885 beschlossen hatte, einen europäischen Krieg nicht nach Mittel-Afrika hinüberzutragen. Zum mindesten sollte der Eröffnung von Feindseligkeiten in den Kolonien eine Vermittlung befreundeter und neutraler Mächte vorausgehen. Aber die mustergültige Verfassung der deutschen Kolonien weckte schnell die Begehrlichkeit unserer Feinde. Schon am 6. August überfielen die Franzosen einen deutschen Posten im Innern von Kamerun. Am 8. August beschossen die Engländer Dar-es-Salam und am 13. kaperten sie den deutschen Dampfer auf dem Nyassa-See. Belgien, das zunächst für die Aufrechterhaltung der Kongo-Akte und ihrer Bestimmungen gewesen war, hatte dem französischen Druck nachgeben müssen. Die Vereinigten Staaten aber, deren Vermittlung Deutschland anrief, zeigten schon jetzt ein recht geringes Wohlwollen für Deutschland, dessen Interessen zu vertreten sie während des Krieges übernommen hatten. Sie erklärten, daß sie seinerzeit die Kongo-Akte nicht ratifiziert hätten und daher nichts tun könnten. Später haben sie einem nochmaligen deutschen Vorschlag, Mittelafrika für neutral zu erklären, „ohne jede Bemerkung“ an die Feinde weitergegeben. Am schnellsten bemächtigte man sich unserer Besitzungen in der Süd-See. Hier war vor allen Dingen Japan rasch zur Hand. Japan hatte bei seinem Eingreifen in den europäischen Krieg Gründe und Ziele, die mit dem eigentlichen Konflikt gar nichts zu tun hatten. Schnell sicherte man sich Anteil an den deutschen Kolonien in der Südsee, weil man hier englische Konkurrenz zu fürchten hatte. Ganz anders aber ging man gegen die deutsche Kolonie

Tsingtau vor. Hier hatte man ja Zeit und brauchte keine unnützen Opfer zu bringen. Am 18. September landeten die Japaner Infanterie und Artillerie auf chinesischem Boden an der Lauschan-Bucht, man schob diese Kräfte ganz langsam nach Südwesten vor, unterbrach die Bahnverbindung und landete nach einer kurzen Beschießung von der Seeseite am 28. September an einer anderen Stelle, die nur 40 Kilometer vom Hafen entfernt lag. Nachdem man die verschwindende deutsche Minderheit ausgehungert und zermürbt hatte, nahm man die letzten deutschen Stellungen am 7. November mit stürmender Hand. Man übernahm die deutschen Kohlenbergwerke und auch die Schantungbahn mit dem größten Teil ihrer Beamten. Damit hatten die Japaner ihr Kriegsziel erreicht und ihre Bundespflichten erfüllt. Nun hatten sie in diesen bewegten Zeiten die Arme für ihre weltpolitischen Pläne frei. An der Besiznahme der deutschen Kolonien in der Südsee hatte sich natürlich auch England beteiligt, das ein großes Interesse daran hatte, daß sich Japan nicht allein hier festsetzte.

So einfach und schnell wie im Stillen Ozean aber ging in Afrika die Wegnahme der deutschen Kolonien nicht vor sich. Zuerst fiel naturgemäß Togo, das für eine Verteidigung nicht geeignet war, und dessen 500 schwarze Polizisten zum Feinde übergingen. In Kamerun hatten sich die Deutschen mit den ihnen treu ergebenen Schwarzen gesammelt und sich ins Innere zurückgezogen. Langsam nur drangen die Franzosen hier vor, und es dauerte bis Ende Januar 1915, ehe sie das ganze Gebiet in der Hand hatten. Es gelang ihnen aber nicht, die kleine deutsche Streitmacht zu schlagen oder gar zu vernichten. Mancherlei Gefechte fanden während des ganzen Jahres 1915 statt, bis schließlich die deutsche Führung die Ausichtslosigkeit des Unternehmens einsah. Am 7. Februar 1916 trat der Rest der Getreuen: 1140 Weiße und 5900 schwarze Soldaten, auf spanisches Gebiet über, wo er entwaффnet wurde.

Verhältnismäßig lange hat sich auch Deutsch-Südwest-Afrika gehalten. Die Schutztruppe bestand hier aus 4000 Mann. Sie hätte aber bei den guten Verbindungen, die man im Lande geschaffen hatte, die Kolonie nicht lange verteidigen können. Mit großer Stupellosigkeit hatten die Engländer die Buren



A . U . G . U . S . T . 1 . 9 . 1 . 8

veranlaßt, hier tätig einzugreifen. Mit Hilfe einer gefälschten Karte beschuldigte man die Deutschen einer Grenzverletzung und erwirkte die Kriegserklärung der Buren unter Botha. Der Widerspruch angesehenen Burenführer wie Herkog, Dewet und Delarey fruchtete nichts. Delarey wurde kurz darauf erschossen. Dewet, der sich mit einem Teil der Buren erhoben hatte, wurde, nachdem 4000 Buren gefallen waren, im Dezember 1914 gefangen genommen und ins Gefängnis gesetzt. General Botha ging nun an der Spitze einer Armee von ziemlich 65 000 Mann gegen die kleine Schutztruppe vor. Diese aber erreichte durch tapferste Gegenwehr am 9. Juli 1915, nachdem sie 450 Offiziere und Soldaten verloren hatte, eine ehrenvolle Kapitulation. 200 Offiziere und 2000 Mann verpflichteten sich, in diesem Kriege nicht mehr gegen England zu kämpfen, durften dafür ihre Waffen behalten und sich selbst einen Aufenthalt wählen.

Die ostafrikanische Schutztruppe ist während des ganzen Krieges unbeseigt geblieben. Sie hat sich erst im November 1918 nach dem Waffenstillstande im Weltkriege ergeben. Das Herz schlägt einem höher, wenn man in dem Buche des Führers dieser tapferen Schar, des General von Lettow-Vorbeck, von den unvergleichlichen Heldentaten liest, die diese weißen und schwarzen Männer unter den größten Schwierigkeiten fern von der Heimat vollbracht haben. Gegenüber einem kleinen Haufen von anfangs 5000 Mann hatten die Engländer aufgeboten: 26 000 Südafrikaner, 8 englische indische Regimente, 2500 europäische Freiwillige, 3 Eingeborenen-Regimente dazu noch Rhodesier, Neuseeländer, Landungstruppen der Flotte, 12 000 Belgier und 5000 Portugiesen. Auf riesigen Strecken ist der Führer mit der ihm treu ergebenen Schar hin und her durch das Schutzgebiet gezogen. Dem Feinde geschieht ausweichend oder ihm durch einen überraschenden Handstreich Munition und Lebensmittel abnehmend. Zweimal ist es einem deutschen Dampfer gelungen, den Kämpfern Kriegsmaterial und Lebensmittel zu bringen. Der Versuch, mit einem Zeppelin eine neue Sendung nach Afrika gelangen zu lassen, mußte abgebrochen werden. Als man auf deutschem Gebiete sich nicht mehr halten konnte, ging man kurzerhand auf portugiesisches Gebiet über. Auch

dort gelang es der riesigen Uebermacht der Gegner nicht, auf die Bewegungen der unbeseigten Truppe irgend einen Einfluß zu gewinnen. Lettow-Vorbeck fühlte sich in der Lage, den Kampf in dieser Weise noch ein ganzes Jahr fortsetzen zu können, als er am 12. November 1918 ein Telegramm des englischen Führers erhielt, das ihm den Waffenstillstand in Europa mitteilte. Am nächsten Tage kam dann die schmerzliche Nachricht, daß Deutschland sich im Waffenstillstande verpflichtet hatte, im Verlaufe eines Monats die Streitkräfte in Ostafrika bedingungslos dem Feinde auszuliefern. Die Gegner haben die Heldenschar in jeder Weise ritterlich behandelt.

DER ZUSAMMENBRUCH

Das Eingreifen der Vereinigten Staaten von Amerika hatte jede Hoffnung auf einen günstigen militärischen Ausgang des Krieges zunichte gemacht. Der heldenhafteste Widerstand konnte auf die Dauer dem an Menschenzahl und technischen Hilfsmitteln weit überlegenen Gegner nicht Stand halten. Mit tiefer innerer Teilnahme wollen wir uns die letzten Tage des Erliegens noch einmal vergegenwärtigen. Der entscheidende Unglückstag an der Westfront war der 8. August. An diesem Tage brachen Franzosen und Engländer zwischen Somme und Aisne in breiter Front über die deutschen Artilleriestellungen hinaus vor. Die Stellung war nicht mehr zu halten, zumal die Truppen, die fast gar nicht mehr abgelöst werden konnten, immer matter und kriegsmüder wurden. Es gelang aber, die Front in ihrer ganzen Ausdehnung Schritt für Schritt zurückzunehmen, bis man an den stark ausgebauten, für diesen Fall vorbereiteten Stellungen wieder einen Halt hatte. Es waren das die Siegfried-Stellung, die Hermann-Gunding-Brundhilde-Stellung und die Michel-Stellung. Die Angriffslust der Feinde wurde nach dem starken Geländegewinn, den sie erzielt hatten, natürlich immer größer. An allen Stellen der Front trugen sie ihre Angriffe vor, und überall war die deutsche Führung genötigt, die Truppen zurückzunehmen. Auch die festen Stellungen hatten Mitte Oktober verlassen werden müssen, aber trotz einzelner bedauerlicher Disziplinlosigkeiten war das Gesamtheer doch fest in der

Hand der Führung, als man am 11. November den Waffenstillstand schloß.

Inzwischen war Mitte September durch die katastrophale Niederlage der Bulgaren der Weg nach Konstantinopel den Engländern frei geworden. Ende September brach die türkische Palästinafront vollkommen zusammen, und auch am Tigris leisteten die Türken kaum noch Widerstand. Am 31. Oktober war der Waffenstillstand mit der Türkei geschlossen worden.

Oesterreichs Schicksal erfüllte sich am 24. Oktober. Das Heer hatte jede Disziplin

verloren. Ganze Regimenter und Brigaden meuterten, so daß die Front gegen Italien vollkommen zusammenbrechen mußte. Am 4. November schlossen die Oesterreicher einen Waffenstillstand ab.

So war Deutschland von allen verlassen, als es sich am 11. November unter den härtesten Bedingungen zu einem Waffenstillstande entschließen mußte. Der trotz der Revolution im großen Ganzen geregelte Rückzug des Feldheeres in die Heimat war die letzte militärische Großtat der deutschen Truppen.

DER WIRTSCHAFTSKRIEG

Uns gab dem Weltkrieg von 1914 bis 1918 das eigenartige Gepräge im Verhältnis zu früheren Kriegen, daß jetzt zu den militärischen Aktionen sich der Wirtschaftskrieg gesellte. Zwar hatte man schon gelegentlich in früheren Kriegen den Gegner auch wirtschaftlich schwer zu schädigen versucht. Wir erinnern an die Navigationsakte Cromwells und die Kontinentalsperre Napoleons. Aber so läckenlos und konsequent wie dies Mal war ein Wirtschaftskrieg bisher noch nicht geführt worden. Sein Zweck war nicht nur die Erleichterung der Kämpfe mit den Waffen, sondern die möglichst vernichtende Schädigung der gesamten Volkswirtschaft des Gegners. Bei England, das in diesem Wirtschaftskrieg die Initiative und die Leitung hatte, ist wohl auch der Nebengedanke maßgebend gewesen, einen gefährlichen Gegner auf dem Weltmarkte für lange Zeit auszuschalten. Es entspricht dem Begriffe von „Feind“, den der Engländer hat, daß er mit dem Wirtschaftskrieg die gesamte Bevölkerung Deutschlands treffen wollte. Denn Feind ist für den Engländer nicht der Staat, mit dem er im Kriege liegt, sondern jeder Bürger dieses Staates. Diese Anschauung wird deutlich bewiesen durch ein englisches Gerichtsurteil vom 21. Dezember 1915, in dessen Begründung es ausdrücklich heißt, daß das Gericht einen Feind an der Sache handeln müsse als einen Engländer, und daß auch das Gericht die Pflicht habe, den feindlichen Angriff soviel als möglich zu lähmen.

Der Wirtschaftskrieg begann damit, daß man jedes Geschäft mit den Angehörigen feindlicher Staaten verbot. Dieses Handelsverbot Englands wurde bereits am 5. August 1914 erlassen. Ihm folgte das Verbot, an einen Angehörigen der feindlichen Mächte irgendwelche Zahlungen zu leisten. Selbst die Einlösung von Wechseln und die Zahlung von Zinsen und Dividenden blieb verboten. Man ging dann dazu über, den Grundbesitz, die Fabriken, die Firmen und vor allen Dingen die Banken, in denen feindliches Vermögen investiert waren, in Zwangsverwaltung zu nehmen. Nach einiger Zeit endete diese in der Liquidation, bei der naturgemäß die feindlichen Werte zugunsten der eigenen Volkswirtschaft verschleudert wurden. Den Höhepunkt fand diese Räuberpolitik in einzelnen Kolonien, wo die Liquidatoren kurzerhand die Geschäftsbücher verbrannten, um zu verhindern, daß später einmal ihre Geschäftsführung irgendwie nachgeprüft werden konnte. Die Bestandaufnahme der feindlichen Guthaben führte zu deren Beschlagnahme, die feindlichen Firmen wurden fast restlos aufgelöst. Schließlich ging man soweit, die Patente und den Musterchutz, den man für gutes Geld selbst gewährt hatte, aufzuheben und die Ergebnisse deutscher Geistesarbeit an die Konkurrenz in den Ententestaaten zu verkaufen.

In Deutschland griff man natürlich Schritt für Schritt zu den gleichen Maßregeln, um nach Kriegsende gewisse Pfänder für den Ausgleich in der Hand zu haben. Aber in dem Friedens-

vertrag von Versailles zwang man uns, die feindlichen Liquidationen anzuerkennen, während wir uns verpflichtet, allen feindlichen Besitz restlos herauszugeben oder, wo er verbraucht war, ihn hundertfach zu ersetzen.

Man glaubte aber durch diese Maßnahmen noch nicht genügend wirken zu können. Deutschland grenzte an neutrale Staaten, die Zwischenhändler und Lieferanten werden konnten. Mit einer ungeheuren Brutalität wurde die Neutralität dieser Länder mißachtet. Man fing noch ziemlich bescheiden damit an, sogenannte schwarze Listen der Firmen aufzustellen, die mit Deutschland in Handelsbeziehungen standen. Bei schwerer Strafe war es den englischen Firmen verboten, mit diesen neutralen Firmen Geschäfte zu machen. Eine Reihe von Ententestaaten folgte mit ähnlichen Verböten dem englischen Beispiel. Aber die Bevormundung sollte noch viel weiter gehen. Man setzte Kontrollstellen in Holland und in der Schweiz ein, die den Handel zwangen, seine Neutralität aufzugeben und nur im Interesse der Ententestaaten zu arbeiten. Dem Ueberseehandel zog man engste Schranken dadurch, daß man den Begriff der Konterbande verschärfte. Ganze Gegenden wurden für den allgemeinen Schiffsverkehr durch Minen und U-Boote abgesperrt, und die schmalen freien Fahrstraßen waren leicht zu überwachen. Wir haben diese völlige Absperrung vom Welthandel aufs schwerste empfinden müssen.

Dazu gelang es den Gegnern, die die deutschen Kabel und Funkstationen zerstört hatten, eine völlige Nachrichten Sperre über Deutschland zu verhängen. Daneben wurde in der ganzen Welt mit Hilfe der Presse eine riesenhafte Propaganda gegen Deutschland veranstaltet, um auf die Neutralen zu wirken und sie zu veranlassen, auf die Seite unserer Feinde zu treten. Der Frieden von Versailles hat diesen Wirtschaftskrieg nicht beendet, sondern fortgesetzt. Das deutsche Wirtschaftsleben ist durch die unerträglichen Lasten, die ihm dieser Frieden aufbürdet, immer noch so gut wie isoliert. Die Folgen dieser Ausschaltung Deutschlands aus der Weltwirtschaft, in der es ein wichtiger Faktor gewesen war, werden aber allmählich immer empfindlicher auch bei den ehemaligen

Feindstaaten fühlbar. Auch ihr Wirtschaftsleben erkrankt unter den Folgen des noch nicht beendeten Wirtschaftskrieges.

DEUTSCHE ROHSTOFF-BEWIRTSCHAFTUNG

Auf den beiden wichtigsten Gebieten ist es Deutschland möglich gewesen, die Absichten der Feinde für lange Zeit zu durchkreuzen. Denn nach der Gegner Willen sollte der Mangel an Rohstoffen und an Lebensmitteln nach ganz kurzer Zeit das Deutsche Reich zum Abbruch der Feindseligkeiten zwingen. Beinahe die Hälfte der Einfuhr von 11 Milliarden, die wir vor dem Kriege hatten, bestand aus Rohstoffen. England hatte mit seiner Blockade ganze Arbeit gemacht. Schon im Herbst 1914 bekamen wir direkt so gut wie gar keine Rohstoffe mehr. Daß Deutschland nicht große Vorräte davon im Innern aufgespeichert hatte — Geld dazu hätte es ja gehabt, — ist auch ein Beweis dafür, daß Deutschland diesen Krieg nicht gewollt und nicht systematisch auf ihn hingearbeitet hat. Die militärischen Stellen, die sich mit dieser Frage eigentlich ernsthaft hätten befassen müssen, hatten es nicht getan, weil sie immer nur mit einem Kriege von kurzer Dauer gerechnet hatten. Es war ein Zivilist, der schon am Tage nach dem Kriegeausbruch den Kriegsminister auf die große Gefahr hinwies, die Deutschland durch die gering vorhandene Rohstoffmenge, die bald zur Neige gehen mußte, drohte. Walter Rathenau, der so feige Ermordete, ist schon um deswillen des Dankes der Nation sicher, daß er nicht nur auf den Fehler hinwies, sondern auch die Leitung der Rohstoffbeschaffung zunächst selbst in die Hand nahm. Seinem großen organisatorischen Talent und seinen reichen Erfahrungen gelang es, die Gefahr für die erste Zeit auszuschalten.

Nach Verständigung mit den Bundesstaaten, die ein eigenes Truppenkontingent hatten, übernahm die neugegründete Rohstoffabteilung des preussischen Kriegsministeriums die schwierige Aufgabe. Gegengewicht bei diesen Bestrebungen war das Reichsamt des Innern, das dafür zu sorgen hatte, daß die Zivilbevölkerung von den militärischen Rücksichten nicht gar zu hart an die Wand gedrückt wurde. Viele Aufgaben

mußten in kurzer Zeit gelöst werden. Zunächst ging man an die wichtigste: Die Erfassung der Rohstoffe für den Kriegsbedarf und ihre Verteilung. Die Art der Beschlagnahme war etwas völlig neues. Die Rohstoffe gingen ja nicht gegen Bezahlung in das Eigentum des Staates über, wie das bei Requisitionen der Fall war, sondern der Staat hatte nur die Verfügung darüber, wann, wie und von wem sie verarbeitet werden durften. Es wurde auch nicht sofort alles beschlagnahmt, sondern die Erfassung zog sich bis zum Jahre 1916 hin, bis dann schließlich Ruchlöpfe, Türklinden und Kirchenglocken zu Kriegszwecken beschlagnahmt werden mußten. Die Bewirtschaftung und die Verteilung war schon bei den inländischen Rohstoffen für eine Behörde schwierig gewesen. Fast unmöglich wurde die Aufgabe, als große Mengen von Rohstoffen aus den eroberten Gebieten dazu kamen. Man übergab deshalb die Bewirtschaftung kaufmännisch organisierten Kriegsgesellschaften, die nicht mit Gewinn arbeiten durften und denen für ihre Kapitalien eine Verzinsung von höchstens 4 bis 5 Prozent zugestanden wurde. Ein etwaiger Ueberschuß sollte nach Schluß des Krieges dem Reiche zugute kommen. Der Einfluß des Staates in diesen Gesellschaften wurde allmählich immer stärker. Er mußte es sein, denn alle Gesellschaften erfüllten nicht restlos ihren Zweck allein für den Kriegsbedarf zu sorgen. Es kam aber noch hinzu, daß die Gesellschaften für ihre wachsenden Aufgaben staatliche Garantien für ihre Bankkredite brauchten.

Als man die Menge der Vorräte einigermaßen überblicken konnte, sah man, daß man nicht lange damit ausreichen würde. Man ging nun daran, die Steigerung der Produktion mit allen Mitteln zu fördern. Zuerst erfolgte das bei der Stickstoffgewinnung aus der Luft, die die Betriebsfähigkeit der Sprengstoff-Fabriken und der Landwirtschaft sicherte. Je mehr man zu der Ueberzeugung kam, daß der Krieg noch längere Zeit dauern würde, desto eifriger baute man das System planmäßig aus. Man schied zwischen Kriegsbedürfnissen, die zuerst und möglichst im vollen Umfange der Forderungen der Heeresleitung erfüllt werden mußten, und Heimatbedürfnissen, die auf ein Minimum eingeschränkt wurden. In großzügiger Weise wurde die

Steigerung der Rohstoffmenge überall in Angriff genommen. Aus Bergwerken, die still lagen, weil sich in Friedenszeiten der Abbau nicht mehr lohnte, hob man reiche Bodenschätze, man baute wieder Flach und Hanf an, um Fasertoff weben zu können. Auch bei den Verbündeten wurde die Produktion in dieser Weise eifrig gefördert. Aber die Natur setzte hier gewisse Schranken. Als man merkte, daß auch die Steigerung der Produktion die erforderliche Menge nicht erbringen würde, sah man sich nach Ersatzstoffen um. Von dem Stickstoff, der aus der Luft gewonnen wurde, haben wir schon gesprochen. Man stellte synthetischen Gummi und Kampfer her, erzeugte Alkohol aus Holz, Kohle und Kalk, und Öle, besonders die so notwendigen Schmieröle aus Schiefer und tierischen Stoffen. Kupfer und Zinn, von dem nur ein geringer Vorrat vorhanden war, wurden durch Eisen, Zink, Hartholz und Hartpapier ersetzt. Ein außerordentlich wichtiger Ersatzstoff wurde auch das viel verwendbare Aluminium. In großem Umfange wurde die Verzinkung angewendet. Für die Textilwaren mischte man die Rohstoffe, um sie zu strecken, mit Fasern aus Zellstoff, Kunstwolle und Brennessel. Zur Herstellung von Schießbaumwolle wurde Zellulose nitriert. Schuhsohlen aus Holz und Treibriemen aus Zellstoff bildeten das Ende der Reihe dieser Ersatzstoffe.

Da auch das nicht ausreichte, griff man auf die bereits verarbeiteten Rohstoffe zurück. Das ging natürlich nicht ohne schwere Eingriffe in die Privatwirtschaft ab, und man hat sich deswegen auch nur zögernd dazu entschlossen. Dann aber griff man nach langer Vorbereitung energisch zu und es gelang aus den Haushaltungen und von der öffentlichen Hand große Mengen von verarbeiteten Metallen zu bekommen, die der Kriegswirtschaft dienstbar gemacht wurden. Es folgte dann die Beschlagnahme fast aller Wehwaren, sogar der Unterkleidung und schließlich nahm man aus den Fabriken die ledernen Treibriemen heraus und die Gummibereifungen von allen nicht im Kriegsdienst verwendeten Fahrrädern und Automobilen. Neben dieser Erfassung der Rohstoffe mußte natürlich auch eine Einschränkung des Verbrauchs der aus ihnen hergestellten Gegenstände gehen, soweit die Heimat der Verbraucher war.

Den Gipfel der Leistungsfähigkeit erreichte die deutsche Kriegswirtschaft bei der Durchführung des sogenannten Hindenburg-Programms, dessen Forderungen eigentlich gar nicht zu erfüllen waren. Man versteht den starken Druck, den die Heeresleitung zu seiner Durchführung anwendete. Aber er hat mehr geschadet als genützt. Denn man hatte eines nicht berücksichtigt, daß Kohle und Eisen, die man ja im Ueberfluß besaß, und darum nicht bewirtschaftet hatte, in den jetzt geforderten Mengen nicht zur Verfügung standen. Man hatte den Kohlengruben zuviel Arbeitskräfte entzogen, dadurch war die Förderung zurückgegangen, und wir bekamen eine Kohlenknappheit, die bis zum Kriegsende andauerte hat. Diese Kohlenknappheit wurde noch verstärkt durch allerlei Verkehrsschwierigkeiten. Wie sehr man auch die Belieferung des Hausbrands und der landwirtschaftlichen Betriebe beschränkte, Eisenbahn und Kriegsindustrie hatten doch nicht immer genug Kohle, und mußten ihre wichtige Tätigkeit öfter unterbrechen. Der Kohlenmangel aber wirkte auch auf die Produktion aller anderen Rohstoffe. Es mußten Verkehrseinschränkungen eintreten, die dann wieder die richtige Verteilung hinderten. Es ist ein glänzendes Zeichen für die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie, daß es trotz aller dieser Schwierigkeiten gelang, den größten Teil des Hindenburg-Programms durchzuführen. Wie sorgsam und wie vorausschauend gewirtschaftet worden war, ist daraus zu sehen, daß bei Abbruch der Feindseligkeiten noch soviel Rohstoffe vorhanden waren, daß zu ihrer Verarbeitung die deutsche Industrie bis zum Mai 1919 hätte tätig sein müssen. Durch diese Rohstoffvorräte wurde auch der Uebergang zur Friedenswirtschaft in den unruhigen Zeiten der Friedensverhandlungen erleichtert.

DIE BEWIRTSCHAFTUNG DER LEBENSMITTEL

Der Wirtschaftskrieg mit seiner Blockade nahm aber Deutschland nicht nur die für die Kriegsführung notwendigen Rohstoffe, sondern hatte auch die Aus Hungerrund Deutschland zum Ziel. Sehr spät erst hat man diese Gefahr ernst genommen und Vorbeugungsmaßnahmen ergriffen. Fast zwei Jahre hat man unbe-

achtet verstreichen lassen. Als der Krieg ausbrach, hatte das reiche Deutschland, das große Lebensmittelmengen importierte, natürlich riesenvorräte in allen Teilen des Reiches aufgestapelt. Daher machte sich ein wirklicher Mangel erst im Jahre 1916 fühlbar. Da aber war die Möglichkeit einer großzügigen Vorrats-Politik nicht mehr denkbar. Trotz der immer wirksamer werdenden Rationierung lebte das deutsche Volk seit diesem Zeitpunkt in Wirklichkeit nur von der Hand in den Mund. Eher als an eine Vorratsbildung hatte man daran gedacht auf eine möglichst niedrige Preisgestaltung hinzuwirken. Man erließ Höchstpreise und bedrohte deren Nichteinhaltung mit schweren Strafen. Aber man setzte diese Höchstpreise zunächst nur für die wichtigsten Nahrungsmittel, für Brotgetreide und Kartoffeln, fest, und nicht für Fleisch, Butter und anderes. Die natürliche Folge davon war nun, daß der Landmann, da Getreide und Kartoffeln zu schlecht bezahlt wurden, beides verfütterte, denn für die Erzeugnisse der Viehwirtschaft erhielt er ja gute, durch keinen Höchstpreis beschränkte Bezahlung. Man suchte dem durch strenge Verfütterungsverbote zu steuern. Diese konnten aber bei dem überwiegend kleinen Grundbesitz nicht konsequent durchgeführt werden, denn der Großgrundbesitz, bei dem eine Ueberwachung leichter möglich ist, umfaßte im Reiche bei Kriegsbeginn nur ein Viertel der landwirtschaftlich bebauten Fläche. Es dauerte bis zum Frühjahr 1917, ehe man eine sachgemäße Staffelung der Preise für pflanzliche und tierische Erzeugnisse durchführte, die dem normal arbeitenden Betriebe einen angemessenen Gewinn sicherte, aber auch dem Städter den Lebensunterhalt nicht allzu sehr verteuerte. Diese Preispolitik ist viel und scharf bekämpft worden. Man hat vor allen Dingen behauptet, daß bei freier Preisbildung mehr Lebensmittel erzeugt worden wären. Gewichtige Stimmen erklären diese Ansicht für falsch, da die Produktion unter den gegebenen Verhältnissen kaum hätte gesteigert werden können. Sicher ist, daß durch die Preisfestsetzung für die notwendigsten Lebensbedürfnisse der Kaufwert der Mark lange hoch gehalten worden ist. Es fragt sich, ob die Bevölkerung so lange durchgehalten hätte, wenn es den gesamten Nahrungsbedarf mit Schleichhandelspreisen hätte bezahlen müssen.

Wucher und Schleichhandel waren eine natürliche Begleiterscheinung der Lebensmittelnappheit. Der Wucher erforderte, als man ihm scharf zu Leibe ging, bald den Ausweg des Kettenhandels, bei dem jedes Glied nur kleine, nicht als Wucher zu bezeichnende Gewinne erzielte, die Ware aber doch wucherisch verteuert wurde. Man ist schließlich auch gegen den Kettenhandel mit scharfen Strafbestimmungen vorgegangen. Abgefaßt worden sind die Wenigsten, vor allem nicht die großen Gauner, die mit der Not des Vaterlandes ein Vermögen erwarben und noch erwerben.

Zuerst wurde die lückenlose Zwangswirtschaft beim Getreide durchgeführt. Die Reichsgetreidestelle beschlagnahmte das Getreide beim Erzeuger und teilte es den Kommunal-Verbänden nach ihrer Kopfzahl zur Verwertung zu. Der Produzent durfte nur für sich, seine Familie und seine Leute, sowie als Saatgut ein genau vorgeschriebenes Quantum als Selbstversorger zurückbehalten. Bald wurden auch die Mühlen und Nahrungsmittelfabriken in die Bewirtschaftung mit einbezogen, und es gab dann wie Brot und Mehl auch Gries, Graupen und Teigwaren nur noch in festgesetzten Rationen auf Karten. Auch das vom Ausland eingeführte Getreide wurde mit bewirtschaftet. Die übrigen vom Ausland kommenden Lebensmittel unterlagen der Kontrolle der außerordentlich unbeliebten BES, der vom Reich begründeten Zentraleinkaufsgesellschaft.

Futtermittel waren immer in großen Mengen vom Ausland eingeführt worden; im letzten Friedensjahre waren es ca. 4 Millionen

Sonnen gewesen. Da jetzt das Heer steigende Mengen für seinen riesigen Pferdebestand brauchte, kam die Heimat bald zu kurz. Die rationischen Bestimmungen, nach denen ein Arbeitspferd nur $3\frac{1}{2}$, später sogar nur $2\frac{1}{2}$ Pfund Hafer am Tage bekommen durfte, konnten nicht befolgt werden, und mußten zu bewußter Übertretung der Bestimmungen führen. Die Reichsfutterstelle erfaßte schließlich das gesamte Futter (auch das Raufutter). Da es aber für eine Verteilung nicht langte, beschloß man die Zahl der Futtervertilger zu mindern. Der Gedanke war richtig, aber — er wurde zu einem Zeitpunkt durchgeführt, wo er großen Schaden anrichten mußte. Der große Schweinemord vom Frühjahr 1915 hat weder bei den Erzeugern noch bei den Verbrauchern Verständnis gefunden. Allmählich kam nun auch alles übrige in Zwangsbewirtschaftung: Fleisch, Milch, Butter, Speisefette, Zucker, Kartoffeln und Eier. Auch Obst, Gemüse und Fische wurden, so schwierig es war, von der öffentlichen Hand erfaßt. Daß die Rationierung nicht gleichmäßig durchgeführt werden konnte, lag an dem Fehlen einer Zentralgewalt mit wirklichen Machtmitteln. Sonderinteressen der Bundesstaaten arbeiteten in dieser Hinsicht den Reichsbehörden entgegen. Nur in Preußen sind die Vorschriften gleichmäßig und ziemlich streng durchgeführt worden. Wieviel trotzdem erreicht worden ist, beweist die Tatsache, daß es möglich war, das deutsche Volk trotz der Hungerblockade $4\frac{1}{4}$ Jahre lang zu ernähren, oder besser gesagt, um nicht zu viel zu behaupten, vor dem Verhungern zu schützen.

II. REVOLUTION UND SCHMACHFRIEDEN

D I E R E V O L U T I O N

Die Art und Ursachen der Revolution von 1918 festzustellen, fällt schwer zu einem Zeitpunkt, an dem ihre letzten Zudungen noch zu spüren sind. Was wir geben können, ist nur eine ganz lose Skizze, die lediglich den Verlauf anzudeuten vermag. Klar zu sehen, wird man erst dann vermögen, wenn alle Einzelheiten der Bewegung ohne Parteibrille wissenschaftlich erforscht sein werden. Den Verfasser zwingt das Bestreben, unparteiisch zu sein, auf manche Möglichkeit, plastisch und farbig zu schildern, zu verzichten.

Revolutionen sind Temperamentsache. Dem deutschen Volke liegen sie eigentlich nicht. Es ist zu besinnlich dazu. Nach dem Bauernkriege, der ja nur der Versuch einer Revolution war, dauerte es Jahrhunderte, bis im Jahre 1848 sich in verschiedenen deutschen Landesteilen wieder Revolutionen entwickelten. Aber sie brachen aus nach einem jahrelangen bewußten Aaraufhinarbeiten der bürgerlichen Intelligenz. Man hatte ganz bestimmte Ziele, die man erreichen wollte, und in schwungvollen begeisterten Liedern wurden die revolutionären Gedanken gefeiert und ins Volk getragen. 1918 war das ganz anders. Hier gab es keine festen Ziele und die revolutionären Säger dieser Umsturz-Periode haben kein Lied geschaffen, das ins Volk drang. Konrad Haenisch nennt darum die deutsche Revolution von 1918 „die einzige losse Revolution der Weltgeschichte“. Man hatte keine bestimmten Ziele. Man wollte nur einen unerträglich en Zustand los werden, ohne zu fragen und ohne zu wissen, was dann kommen sollte. Im Gegensatz zu den Führern des 9. November hatten die Spartakisten, die im ersten Vierteljahr 1919 die junge Republik stürzen wollten, mit ihrer Forderung der Räterepublik und der Diktatur des Proletariats ein festes Programm.

Die Hauptursache für den staatlichen Umschwung ist unstreitig der militärische Zusammenbruch gewesen. Regierung und Heeresleitung hatten die Hoffnung der gesamten Bevölkerung auf einen Endsieg immer wieder gestärkt, auch dann noch, als die militärische Leitung seit Juli 1918 wußte, daß der

Krieg unrettbar verloren sei. Noch Ende September wagte man nicht, die Wahrheit zu sagen und mehrte den Glauben, daß noch alles gut werden würde, durch die Form und die Art der amtlichen Berichte, zu denen das ganze Volk unbedingtes Vertrauen hatte. Das war natürlich ein schwerer Fehler. Als dann Tag für Tag die Hiobsposten kamen, als das deutsche Volk in kurzer Folge seine Bundesgenossen, die Bulgaren, die Türken und Oesterreich-Ungarn zusammenbrechen sah, da war es zu spät, um die Taktik des Verschleierns mit Erfolg zu ändern. Prinz Max von Baden mit all seinen populären Ministern konnte den unaufhaltbaren staatlichen Zusammenbruch nicht mehr hindern. Am 5. Oktober hatte die Bitte um Waffenstillstand durch Wilsons Vermittlung dem deutschen Volke gezeigt, daß die Kraft des Feldheeres am Ende war. Als dann die Wilson-Noten immer neue Demütigungen und immer schwerere Bedingungen brachten, da ward es allen Einsichtigen mit Erschrecken klar, wie wenig Entgegenkommen das deutsche Volk von den bisherigen Segnern zu erwarten hatte. Daß man so nahe am Abgrund wandelte, das hatte ja keiner geahnt. Man hatte ja in weiten Kreisen bis in diese Herbsttage hinein immer noch von allerhand Eroberungen geträumt. Ueber Nacht sah man sich nun plötzlich aus allen Himmeln gerissen. Man fühlte sich betrogen, betrogen von Männern, denen man ein fast kindergläubiges Vertrauen geschenkt. Um der großen Sache willen hatte man immer wieder neue schwere Opfer gebracht. Und man hatte entbehrt, wie nur ein Volk entbehren kann. Nun kam ganz überraschend die Erkenntnis, daß alles umsonst gewesen sei. Da war es erklärlich, daß ein Gedanke schnell und in den weitesten Kreisen Geltung bekam: Wenn nichts mehr zu retten ist, dann schnell ein Ende machen und kein Opfer mehr bringen, nicht an Blut und nicht an Entbehrung.

In diesen Tagen der Einsicht wurde bald die tiefe Berklüftung deutlich, die im deutschen Volke bestand. Große Volksgruppen hatten sich ja schon vor dem Kriege im offenen Mißtrauen gegenübergestanden. Der Krieg hatte nur im Anfang diese Gegensätze zu überbrücken

vermocht. In seinem Verlaufe aber trat der betonte große Unterschied zwischen dem Soldaten und dem Offizier immer deutlicher hervor. Dieser Gegensatz verschärfte sich noch zwischen den Soldaten, die das „Einjährige“ hatten und Offizier werden durften, und den vielen anderen, die trotz der Befähigung dazu und trotz überragender militärischer Tüchtigkeit nie die Leutnantsachselstücke tragen konnten. Auch die Volksvertretung war im Kriege ziemlich kalt gestellt. Als die Lage bedrohlicher wurde, zog man allerdings den Reichstag immer mehr zur Mitarbeit heran und war ganz am Schluß sogar bereit, ihm größere Konzessionen zu machen. So gab man dem Reichstag ein Mitbestimmungsrecht bei der Wahl und bei der Entlassung der Minister.

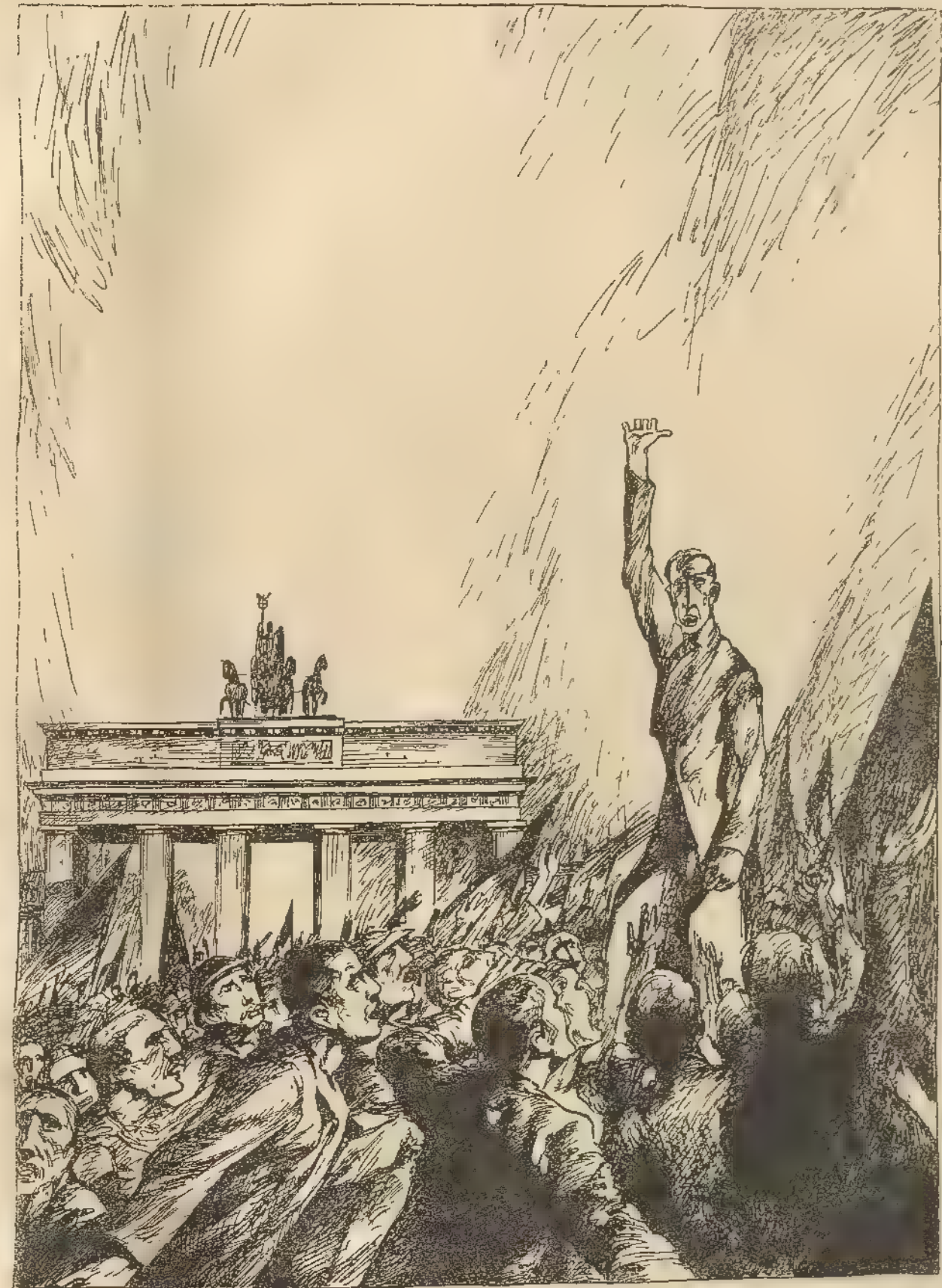
Sehr geschadet hat der Einigkeit im deutschen Volke auch der Kampf um die preussische Wahlreform. Nachdem die Krone durch die Osterbotschaft 1917 selbst die Initiative ergriffen hatte, mußte auch die Regierung den Mut haben, sich mit allem Nachdruck für die Reform einzusetzen. So aber duldete man eine Verschleppung der Angelegenheit, die ein halbes Jahr dauerte, und mußte sich darein fügen, als die Vorlage schließlich abgelehnt wurde. All das diente dazu, eine schwere Mißstimmung in der Bevölkerung und im Heere dauernd zu erhalten. Ein Staatsmann großen Formats hätte aber sicher auch diese Stimmung zum Besten des Ganzen auszunutzen gewußt. Denn bei der Art des deutschen Volkes war eine Evolution eher möglich, als eine Revolution. Prinz Max hat den Versuch gemacht, die Bewegung zu einer logischen Entwicklung zu bringen, aber es war einmal schon zu spät dazu und zum anderen war der Prinz doch wohl nicht ein Staatsmann großen Formats. Zwei Nebenursachen, die nur geringere Wirkung auslösten, sollen hier noch erwähnt werden. Im Heere wie in der Heimat hat es vielfach Erbitterung hervorgerufen, daß man zu Leutnants und Kompagnieführern sehr jugendliche Herrn ernannte, die wohl nicht immer das richtige Verständnis für die ihnen unterstellten Leute in den reiferen Jahren hatten. Die andere Nebenursache ist die Ansetzung von Rußland her, die in einem gewissen, allerdings geringem Umfange seit dem Frieden von Brest-Litowsk bestanden hat. Wesentlich war ein Gedanke, der gefühlsmäßig in

aller Herzen lebte, der Gedanke, daß mit einem Frieden auch die Vorkriegszeit wieder komme mit ihren billigen Butter- und Fleischpreisen.

Die Revolution von 1918 war konsequent antimonarchisch. Das war nach der Art und Weise, in der Wilhelm II. die jetzt zur Führung gelangten Kreise früher behandelt hatte, nicht zu verwundern. Des Kaisers Reden aber hatten ihm auch in bürgerlichen Kreisen viele Gegner geschaffen, und seine Flucht nach Holland machte sogar manchen Monarchisten der Revolution geneigt. Der gesetzklohe Zustand der Revolution wurde nicht als etwas besonders Neues empfunden, da sich ja der größte Teil der Bevölkerung während des Krieges daran gewöhnt hatte, die Mehrzahl der gesetzlichen Bestimmungen als nicht vorhanden anzusehen.

Die Revolution hat einige Vorboten gehabt. Im Sommer 1917 brach in Wilhelmshaven auf der Flotte eine Meuterei aus, die mit Ausbietung großer Energie schnell unterdrückt wurde. Die beiden Führer wurden hingerichtet, und über die anderen insgesamt 200 Jahre Zuchthaus verhängt. Eine stärkere Mahnung waren die Massendemonstrationen, die im Januar 1918 in der Rüstungsindustrie von Berlin und München ausgebrochen waren. Von beiden führten Fäden bis zur November-Revolution.

Die Revolution begann mit dem Abfall der Flotte. Am 28. Oktober erhielt die Flotte den Befehl, auszulaufen. Nach Angaben der Marineleitung sollte die Flotte durch einen leichten Vorstoß den rechten Flügel der sich aus Flandern zurückziehenden Armeen decken. In den Kreisen der Matrosen aber war man überzeugt, daß die Führung vorhabe, die Flotte in einer furchtbaren Seeschlacht aufs Spiel zu setzen, um an Ansehen zu gewinnen und davor bewahrt zu sein, die Flotte auszuliefern zu müssen. Unvorsichtige Äußerungen von Marineoffizieren, die von einem „Sonderritt“ gesprochen hatten, gaben diesem Glauben neue Nahrung. Die Marinemannschaften hielten in ihrer überwiegenden Mehrzahl dieses — angebliche — Hinopfern von Schiffen und Menschen, da es zwecklos sei, für Wahnsinn. Um ihr Leben zu retten, löschten die Heizer die Feuerungen aus und die übrigen Mannschaften verhinderten durch einmütige Gehorsamsverweigerung das



R E V O L U T I O N 1 9 1 8

Auslaufen der Flotte. Der Anfang der Revolution hatte also nicht aggressiven, sondern defensiven Charakter. Hätte man sich bei Berücksichtigung der allgemeinen Lage damit begnügt, daß die Matrosen ihren Willen, eine zwecklose Seeschlacht zu vermeiden, bekommen hätten, so hätten diese sich vielleicht völlig zufrieden gegeben. Das aber duldete die militärische Disziplin nicht. Das dritte Geschwader, wo die Bewegung am stärksten hervorgetreten war, dampfte durch den Nord-Offsee-Kanal nach Kiel, um dort die Meuterer aburteilen zu lassen. Auch von dem Standpunkt der Offiziere aus, war das Unternehmen eigentlich zwecklos. Denn in Kiel befand sich einmal eine außerordentlich gut organisierte Arbeiterschaft, und zum anderen war auch die Gefahr vorhanden, daß die meuternde Gesinnung auf die im Kieler Hafen liegenden zahlreichen Schiffe übergreifen konnte. Denn in Kiel lagen damals 8 Linien-3 Torpedoboots-Flottillen, mehrere Kreuzer und eine ganze Anzahl von Spezialschiffen, die zusammen eine Besatzung von 25 000 Köpfen hatten. Aber man sah die Gefahr nicht. Sobald man in den Hafen eingelaufen war, wurde ein großer Teil der Leute des dritten Geschwaders verhaftet. In der Marine begann es daraufhin zu gären. Schon am 1. November fand im Gewerkschaftshause eine Besprechung von mehreren Hundert Matrosen statt. Eine Deputation wollte dem Kommandanten, Admiral Soehn, die Forderung überbringen, die Verhafteten frei zu lassen. Entrüstet lehnte der Admiral jede Verhandlung mit Untergebenen ab. Am 2. November fanden immer unruhiger werdende Matrosenansammlungen statt. Die zweite Kompagnie des ersten Ersatz-Seebataillons, die die Ansammlungen sprengen sollte, versagte mit der Waffe in der Hand den Gehorsam. Am nächsten Tage meuterte die Besatzung des Linien Schiffes „Markgraf“. Man wurde zwar der Lage schnell wieder Herr und verhaftete 80 Matrosen. Die Unruhe unter den Marine- truppen aber wurde immer größer. Ihre Versammlungen wurden immer erregter. Um seine Leute wieder zu sammeln, ließ der Admiral Alarich Schlagen. Aber die Matrosen dachten gar nicht daran, ihre Schiffe und Quartiere aufzusuchen und formierten sich zu einem Demonstrationszuge, der die verhafteten Kameraden aus der Militärarrestanstalt befreien sollte.

An einer Straßenecke wollte ein aus Unteroffizieren und Deckoffizieren gebildetes Absperungskommando den Zug aufhalten. Da die Demonstranten nicht freiwillig auseinander gehen wollten, schoß man auf sie und der Zug wurde schnell zerstreut. 8 Tote und fast 30 Schwerverletzte lagen auf dem Platze. Die selbstverständliche Folge war, daß sich nun auch die Matrosen bewaffneten. Am 4. November war die Zahl der bewaffneten Meuterer bereits auf 20 000 Mann gestiegen. Man holte von auswärts Infanterie herbei, aber diese weigerte sich, auf die Kameraden zu schießen, und wurde von den Revolutionären entwaffnet. Die Soldaten bildeten aus ihrer Mitte einen Soldatenrat, der vom Gewerkschaftshaus aus regierte. Jetzt endlich sah der Admiral den Ernst der Lage ein und wollte verhandeln. Da die ganze Bewegung in keiner Weise vorbereitet war, mußte man sich erst besinnen, was man für Forderungen stellen sollte, und so kam ein merkwürdiges Gemisch von wichtigen und unwichtigen Forderungen zustande. Inzwischen hatte die Reichsregierung die Abgg. Noske (Soz.) und Haumann (Fortschrittler) nach Kiel geschickt mit dem Auftrage, dort wieder geordnete Zustände zu schaffen. Noske wurde Kommandeur von Kiel, und es gelang seiner Klugheit und seiner Energie, die Bewegung wenigstens in geordnete Bahnen zu lenken und darauf hinzuwirken, daß von Seiten des Reiches jede militärische Aktion gegen die aufständische Kieler Garnison unterblieb. Damit war Kiel fest in der Hand der revolutionären Matrosen.

Die Bewegung bewies eine fast märchenhafte Ausdehnungskraft. Ueberall zeigte sich der Boden für die revolutionäre Idee gut vorbereitet. Am 5. November bereits ist Lübeck in den Händen der Revolutionäre, am nächsten Tage ist die Revolution in Hamburg, Bremen, Wilhelmshaven und Rostock-Warnemünde durchgeführt. Dann machte die revolutionäre Bewegung rasche und erfolgreiche Vorstöße landeinwärts. Hannover und Braunschweig, Köln und Frankfurt a. M. waren innerhalb der nächsten beiden Tage der revolutionären Bewegung angeschlossen. Ueberall erklärten sich die Soldaten für die neue Bewegung und allmählich erreichten auch die Arbeiter einen stärkeren Einfluß auf die revolutionären Vorgänge.

Inzwischen war ganz unabhängig davon auch in München die Revolution ausgebrochen. Im Gegensatz zu der Militärrevolution von Kiel handelte es sich hier um eine zivilistische Bewegung, die in der Hauptstadt des Landes ausbrach. Vorbereitet war die Revolution durch die partikularistischen Stimmungen, die im Verlauf des Krieges in Bayern immer stärker geworden waren. Nie ist der Preußenhaß der Bayern so schlimm gewesen, wie in den Kriegsjahren. Der Vierbankpolitiker beschuldigte die bayerische Regierung, daß sie sich durch Preußen in den Krieg hätte hineinziehen lassen, der das Bier und die Kalbskuren verminderte und verteuerte. Als dann der Krieg verloren war, war diese Unzufriedenheit natürlich ein ganz besonders günstiger Nährboden für revolutionäre Propaganda. Diese entfaltete vor allem der frühere „Vorwärts“-Redakteur Kurt Eisner, der Ende Oktober für die U. S. P. D. gegen den Mehrheitssozialisten Auer in München für den Reichstag kandidierte. Die Revolution begann damit, daß einige hundert Unabhängige zu dem Gefängnis Stadelheim marschierten und dort die Herausgabe von 3 Parteigenossen forderten, die bei den Streikunruhen im Januar festgesetzt worden waren. Die Freilassung wurde bewilligt, und damit war die erste Aktion beendet. Am 5. November wollte die Masse schon losbrechen. Aber Eisners Beredsamkeit gelang es, ihr bei einer Riesenversammlung auf der Theresienwiese Klar zu machen, daß der richtige Augenblick noch nicht gekommen sei. Am 6. November traten nun auch die Mehrheitssozialisten auf den Plan, sie luden für den Donnerstag, den 7. November, gleichfalls zu einer Riesenversammlung ein. Auf dem Rückwege fluteten die Massen in die Kaserne, deren Besatzung sich ihnen zum Teil angeschlossen, zum Teil keinen Widerstand leistete. Im Laufe des Abends war die Stadt im Besitz der Revolutionäre. Ein Arbeiter- und Soldatenrat wurde gebildet und in der Frühe des 8. November die Republik Bayern ausgerufen.

In Berlin hatte sich schon bei dem Streik in der Rüstungsindustrie (Januar 1918) ein Arbeiterrat gebildet. Er bestand aus gewählten revolutionären Obleuten der Großbetriebe. Führer waren der Kommunist Liebknecht und die Unabhängigen Ledebour, Däumig

und Barth. Dieses Revolutionskomitee wollte bereits am 4. November los schlagen, sah aber bald ein, daß man bei so geringer Vorbereitung nichts erreichen würde. Man verschob daher den Aufstand auf den 11. November. Generaloberst von Linsingen, der in Berlin kommandierte, war entschlossen, die Revolution blutig zu unterdrücken. Als Vorbeugungsmaßregel wurde die Stadt vom Nachrichtenverkehr völlig abgesperrt. Fernsprecher und Telegraph nach auswärts wurden unterbrochen, und am 8. November wurde sogar der Fernverkehr verboten, um zu verhindern, daß revolutionäre Matrosen in die Stadt kämen. Trotzdem gelang es einzelnen Matrosen nach Berlin hineinzukommen und dort von den großen bisherigen Erfolgen der Revolution zu berichten. Ein Verbot des Generalkommandos, Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden, beschleunigte nur noch das Ausbrechen des Aufstandes. Inzwischen hatte die sozialdemokratische Partei ihr Verbleiben in der Regierung von der sofortigen Abdankung des Kaisers abhängig gemacht. Man hatte diese Forderung befristet abgeschickt. Würde der Kaiser bis Freitag nicht abgedankt haben, so sollte am Sonnabend morgen der Generalstreik beginnen. Inzwischen gingen in schneller Folge die Berliner Truppenteile zu den Revolutionären über. Den Anfang machten die für besonders zuverlässig geltenden Naumburger Jäger, denen das Alexander-Regiment und die Garde-Füsiliers folgten. Am Freitag abend war die Absehung von Linsingens von dem Prinzen Max von Baden durchgeführt worden. Es ist allerdings sehr fraglich, ob es Linsingen gelungen wäre, bei der damals herrschenden Stimmung die Truppen dazu zu bringen, auf deutsche Bürger zu schießen.

Zu gleicher Zeit traf die Nachricht von der Abdankung des Kaisers ein, die die Gefahr eines Bürgerkrieges endgültig beseitigte. Man kennt aus früheren Schilderungen und vor allen Dingen durch das Buch des Kronprinzen die Vorgänge im großen Hauptquartier am 9. November. Obwohl Hindenburg und Gröner davon überzeugt waren, daß die Abdankung notwendig sei, war der Kaiser dazu nicht zu bewegen. Und als er sich schließlich entschlossen hatte, auf die Kaiserwürde zu verzichten, da wollte er nur als deutscher Kaiser aber nicht als König von Preußen abdanken.

Ehe sich der Kaiser noch entschlossen hatte, die Unterschrift unter die Verzichtserklärung zu setzen, hatte der Reichskanzler, um den Bürgerkrieg zu vermeiden, die Abdankung des Kaisers als bereits vollzogen der Berliner Bevölkerung mitgeteilt. Nach dem 9. November hat sich dann die Revolution, ohne irgendwelchen Widerstand zu finden, im ganzen Deutschen Reich verbreitet. Einen wirklichen Kampf für die neuen Ideen und für die neue Staatsform hat es nirgends gegeben. Das alte System wurde damals von seinen Anhängern kampflos aufgegeben.

Das Neue, das die Revolution brachte, soll in späteren Kapiteln behandelt und, soweit das möglich ist, auch bewertet werden. Das wichtigste war, daß die Reichseinheit sich als unzerstörbar erwies. Darauf allein beruht die Hoffnung auf spätere völlige Gesundung. Solange wir unter dem Druck der unerfüllbaren Friedensbedingungen stehen, sind uns innerpolitisch in mancher Hinsicht die Hände völlig gebunden. Wir können es uns im Augenblick einfach nicht leisten, Verbesserungen an dem im Ganzen sicherlich großzügigen Aufbau des neuen Staates vorzunehmen. In ruhigen und besseren Zeiten wird auf Grund der neuen Verfassung das Volk selbst zu entscheiden haben, in welcher Form es regiert sein will.

Wie jede Revolution, so hat auch die von 1918 viel Schlechtes mit sich gebracht. Allerlei Auswüchse traten kraft in die Erscheinung. Ein Streikfieber, das gar nicht zu endigen schien, hemmte die Umstellung auf die Friedenswirtschaft und damit das gesamte Wirtschaftsleben. Eine große Arbeitslosigkeit zeigte sich nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei vielen Angestellten und Beamten. In erschreckender Weise gingen die Leistungen zurück. Am schlimmsten wirkten die Streiks der Kohlenarbeiter. Ihre Folge war ein großer Kohlenmangel. Er legte ungezählte Betriebe lahm, beschränkte die Beleuchtung durch Gas und Elektrizität auf ein kaum mehr erträgliches Maß, behinderte zeitweise fast völlig den Eisenbahnverkehr und bewirkte einen großen Mangel an Hausbrand, den gerade die Arbeiterschaft mit am unangenehmsten empfand. Dazu kam, daß die Arbeiter- und Soldatenräte zu lange ihre Funktionen ausübten, die mit der Einleitung der Revolution in geordnete Bahnen

ihren Zweck erfüllt hatten. Es waren mancherlei Widerstände zu überwinden, ehe man die hemmende und nicht immer unschädliche Tätigkeit dieser Revolutionsorganisationen los geworden war. Andere böse Auswüchse zeitigte die im Kriege tief gesunkene Moral breiter Schichten. Eine unerfättliche Vergnügungssucht und eine ungeheure Gewissenlosigkeit schienen den größten Teil des Volkes zu beherrschen. So war es erklärlich, daß die Spartakisten unruhig zunächst viel Zulauf fanden und in Raub und Plünderung ausarteten. Blutige mit starker Energie durchgeführte Kämpfe hat es gekostet, bis das Recht sich wieder durchzusetzen vermochte. Als einen Auswuchs kann man vielleicht auch den Mißbrauch bezeichnen, der zunächst mit der Erwerbslosenunterstützung gemacht wurde. Schließlich aber gelang es den Männern der Regierung doch, eine Aufwärtsentwicklung zum Rechtsstaat wieder durchzusetzen und vor allen Dingen die Anstürme des Bolschewismus resillos und erfolgreich abzuwehren.

DIE ARBEITER- UND SOLDATENRÄTE

Die Arbeiter- und Soldatenräte sind eine Neubildung der russischen Revolution und von dort aus bei uns übernommen worden. Arbeiterräte gab es in Berlin in Wirklichkeit schon seit dem großen Streik im Januar 1918. Diese aus den Betrieben gewählten Arbeiterräte, die in einer Zentrale zusammengefaßt waren, hatten das konsequente Ziel, eine Räterepublik nach russischem Muster in Deutschland einzuführen. Etwas anderes waren die Soldatenräte, soweit sie beim Feldheer gebildet wurden. Dort hatten sie die Aufgabe, die Disziplin zur Durchführung des Rückzuges zu sichern, und sie haben diese Aufgabe zum überwiegenden Teil auch ausgezeichnet erfüllt. Selbst bei der obersten Heeresleitung gab es bekanntlich einen Soldatenrat, und in einem Erlass vom 10. November hat Hindenburg direkt zur Wahl von Vertrauensleuten aufgefordert. Diese Soldatenräte aber führten im Gegensatz zu denen der Heimat und der Etappe eine Absehung der Offiziere nicht durch, sondern fanden sich mit ihnen zu einer im ganzen erfolgreichen Arbeit zusammen. In

der Heimat aber wirkten die Arbeiterräte bald bei der gesamten Verwaltung mit und hatten ihren Sitz in den unteren, mittleren und höheren Behörden. Ihr einziger positiver Nutzen lag in ihrem Ausgleichsvermögen. Sonst wurde ihnen die Betätigung schwer gemacht. Sie saßen zwar in allen Verwaltungsstellen mit einem Vetorecht, waren aber in der Praxis gegenüber dem festgeschlossenen Beamtenkörper machtlos. Sie überwachten die Landesregierungen und auch die als Reichsregierung fungierenden Volksbeauftragten, und ihre Spitze hatte zunächst tatsächlich die Regierungsgewalt. Aber der Ruf nach einer verfassungsgebenden Nationalversammlung wurde immer lauter. Selbst die Mehrheit des Rätekongresses stimmte schließlich für deren Einberufung, und der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte legte, nachdem sie zusammengetreten war, die politische Gewalt in ihre Hände. Allerdings wurde dabei eine Forderung aufgestellt: die Eingliederung der Arbeiterräte in die in der Verfassung festgelegten Grundrechte des deutschen Volkes. Die Regierung lehnte aber bereits am 26. Februar 1919 diese Forderung ab und wollte die Arbeiterräte nur als Vermittler in den einzelnen Betrieben als Betriebsräte bestehen lassen. Das Betriebsrätegesetz hat später diesen Wünschen Erfüllung gebracht. Auch der Reichswirtschaftsrat erfüllt ja manche Forderungen, die früher die Arbeiter- und Soldatenräte erhoben. Im allgemeinen hat man sich heute in der Arbeiterschaft, soweit sie nicht kommunistisch orientiert ist, mit dieser Regelung der Rätefrage abgefunden.

DER BOLSCHEWISMUS

Auch vom Bolschewismus werden in diesem Zusammenhange einige Worte zu reden sein. Der Begründer und Verwirklichter des Bolschewismus ist unstreitig Lenin, eine Persönlichkeit von großen Geistesgaben und starker Energie. Sombart nennt ihn „einen fanatischen Hasser, einen rücksichtslosen, amoralischen Weltmenschen, einen genial-brutalen mongolischen Hordenführer, dabei zugleich einen gelehrten Buchmenschen und stark sinnigen Doktrinär“. Den Ursprung der Worte „Bolschewismus“ und „Bolschewiki“ erklärt Lenin in seiner Schrift „Staat und Revolution“ humoristisch aber zu-

treffend, wie folgt: „Wir haben eine wirkliche Partei, sie entwickelt sich vorzüglich. Es mag auch ein noch so unseliges und verkrüppeltes Wort als wie Bolschewik passieren, das absolut nichts anderes ausdrückt außer den rein zufälligen Umstand, daß wir 1903 auf dem Brüssel-Londoner Kongreß die Mehrheit hatten.“ Bolschewik oder wie wir meist sagen Bolschewist heißt also weiter nichts wie „Mehrheitler“, und der Bolschewismus ist das Programm der Mehrheitler. Den Gegensatz zu dem Bolschewismus bilden die Menschewiki, von mensch-minder herrührend, also die „Minderheitler“. Beide Gruppen waren bis zum Jahre 1903 in dem revolutionären Geheimbund der sozialistischen russischen Arbeiterpartei vereinigt gewesen. Während aber die Menschewiki, revisionistischen Gedankengängen folgend, einen organischen und damit langsam werdenden Sozialismus lehrten, und unter grundsätzlicher Ablehnung jeder Gewalt die Massen erst sammeln und belehren wollten, ehe sie daran gingen, die politische und wirtschaftliche Macht zu übernehmen, vertraten die Bolschewiki unter Lenins und Trotskis Führung eine auf schnellen Umsturz gerichtete Gewalttaktik. In ähnlicher Weise wie die deutschen Mehrheitssozialisten wollten die Menschewiki ihr Ziel mit Hilfe der Demokratie und des Parlamentarismus erreichen. Die Bolschewiki dagegen wiesen jedes Zusammengehen mit dem Bürgertum als einen Verrat am Proletariat weit von sich. Der Anhang der radikalen Richtung wuchs immer mehr. Er setzte sich zusammen nicht nur aus dem Großstadt-Proletariat und den Industriearbeitern, sondern auch aus breiten Schichten der Intelligenz, die meist ein elendes proletarisches Dasein führen mußten. Sie bekamen auch den Zulauf ganzer Gruppen. Ende Oktober 1917 schlossen sich die radikalen Sozialrevolutionäre den Bolschewiken an, und am 7. November 1917 sprengten die so erstarkten Radikalen das Vorparlament der russischen Republik und stürzten den leitenden Minister, den Führer der Sozialisten, Kerenski. Am Tage darauf beschloß der trotz des Verbotes von Kerenski in Petersburg zusammengetretene zweite allrussische Kongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte die Bildung einer rein bolschewistischen Regierung unter Lenin und Trotski. Seit dem 15. November 1917 haben diese beiden

Männer tatsächlich die gesamte Regierungsgewalt in Rußland, die ihnen bisher blutige Gegenrevolutionen nicht haben entreißen können. Die bolschewistischen Ideen haben in Rußland und den benachbarten östlichen Ländern einen fast dämonischen Einfluß ausgeübt, wie ihn die Weltgeschichte seit Attila und Dschingis Chans Zeiten nicht mehr kennt. Sie haben Sibirien, Persien und Afghanistan erobert und sind auch drohend in Gebiete Indiens eingedrungen. Die Gründe für dieses märchenhafte Anwachsen der Bewegung liegen zum Teil darin, daß Rußland, auch vor dem Kriege schon, in Wirklichkeit sehr viele kommunistische Einrichtungen hatte. 80 Prozent der russischen Bevölkerung waren Bauern, und diese hatten bis zum Jahre 1917 noch zum größten Teil den Agrarkommunismus. Die Acker und Wiesen gehörten nicht einem einzelnen Besitzer, sondern der Gesamtheit der Gemeinde. Von dem gesamten Ertrage, den sie lieferten, wurden erst die Steuern für sämtliche Gemeindemitglieder abgezogen und der Rest dann unter die übrigen gleichmäßig verteilt. Also ein Kommunismus in der Art, wie ihn die Urchristen hatten. Aber auch in den Städten waren kommunistische Einrichtungen, die sogenannten „Artels“, weit verbreitet. Da taten sich zum Beispiel eine Reihe von Steinsetz-Arbeitern zusammen und übernahmen gemeinsam die Pflasterung einer Straße. Sie wohnten, aßen und schliefen zusammen und hatten eine gemeinsame Kasse, aus der die Bedürfnisse jedes einzelnen bestritten wurden. So etwas wäre in Deutschland nicht möglich, da der deutsche Arbeiter einen stark ausgeprägten Eigentumsbegriff hat. Er gibt wohl, mehr oder weniger willig, einen Teil seines Verdienstes für eine gemeinsame Sache ab, im übrigen aber will er über die Erträge seiner Arbeit selbst und allein verfügen. Weit verbreitet waren die Artels auch bei den Handwerkern, die zu gemeinsamem Nutzen für andere Häuser aufbauten, oder bei Kellnern, die gemeinsam eine Gastwirtschaft betrieben. Aber dieser freiwillige Kommunismus war zu keines Menschen Schaden. Anders der Bolschewismus, der dem Proletariat eine einseitige Herrschaft sicherte. Seine Theorien und deren praktische Ausführung werden wir jetzt zu behandeln haben.

Wenn, wie Sombart sagt, Marx der Vater des Bolschewismus gewesen ist und die Revolution seine Mutter, so war der Krieg, wie Brandt (Der Bolschewismus und seine Heilung 1919) sehr richtig bemerkt, sein Nähr- und Pflegerater. Unverkümmtes Ziel des Bolschewismus ist die Vernichtung des Bürgertums. Zur Erreichung dieses Zieles hatte man frühere revolutionäre Fundamentalforderungen aufgegeben. Pressefreiheit und Vereinsrecht werden von ihm in der unerhörtesten Weise gelnebelt und nicht etwa aus taktischen Gründen, sondern ganz systematisch. So sagt einmal Bucharin: „Wenn also von der Presse die Rede ist, fragen wir vor allen Dingen, von welcher Presse man spricht, von der bürgerlichen oder Arbeiterpresse. Desgleichen bei Versammlungen. Wer diese Dinge nicht unterscheidet, versteht nichts. Presse, Versammlungen, Verbände usw. sind Mittel des Klassenkampfes während der Revolutionsperiode, in der Revolutionszeit aber sind sie Mittel des Bürgerkrieges ebenso wie Waffendepots, Maschinengewehre, Pulver und Bomben.“ Der Bolschewismus empfiehlt zur Durchführung seiner Ziele direkt den Bürgerkrieg. Er will vor allen Dingen erst einmal den bestehenden Staat in die Luft sprengen. Irgendwelche Kompromisse sind für ihn ganz ausgeschlossen. Der Parlamentarismus ist ebenso zu zertrümmern wie der Staat und die Demokratie. Die Sowjets, wie man die Räte nannte, erstreckten sich über das ganze Land und wurden in Bezirken und Kreisen und Provinzen mit eigenen Spitzen zusammengefaßt. Die oberste Spitze ist das allrussische zentrale Exekutivkomitee, dem nur 200 Personen angehören. Dieses Komitee wählt den Sowjet der Volkskommissare, die die Regierungsgeschäfte führen. Das Wahlrecht zu den ist natürlich nicht demokratisch, sondern außerordentlich ungleich. Die städtische Bevölkerung wird vor der ländlichen bevorzugt. Wahlberechtigt und wählbar sind nur die Männer und Frauen von über 18 Jahren, die sich selbst die Mittel zum Leben durch produktive oder gemeinnützige Arbeit erwerben. Wahlrecht haben auch Personen, die im Haushalt tätig sind, damit anderen das produktive Arbeiten möglich ist. Dieselben Rechte haben die Soldaten der roten

Armee und Flotte und alle Arbeitsunfähigen. Das Bürgertum war dadurch so gut wie völlig ausgeschaltet. Ausgeschlossen vom aktiven und passiven Wahlrecht sind nämlich die Personen, die Lohnarbeiter beschäftigen, die von arbeitslosem Einkommen leben (Rentner), Kaufleute und Agenten, Mönche und Geistliche, alle Angehörigen der früheren Polizei sowie die Mitglieder der Zarenfamilie, Geistesranke und schließlich Verbrecher, denen man das Wahlrecht durch Gerichtsurteil genommen hat. Auch in bezug auf die Ernährung wird das Proletariat außerordentlich bevorzugt. Man hat nach der zu-

geteilten Nahrungsmittelmenge vier Klassen eingeteilt. Am meisten bekommt die erste Klasse, in die Schwerarbeiter und Soldaten gehören, etwas weniger die zweite Klasse: die Sowjet-Beamten und die Intellektuellen, noch weniger in der dritten Klasse die Leute mit kurzer Arbeitszeit, und fast gar nichts die vierte Klasse, in der man die Bürger untergebracht hat. Auf das bolschewistische Wirtschaftsprogramm einzugehen, fehlt der Platz. Es wird ja schon längst nicht mehr mit der alten Konsequenz durchgeführt. Schon heute gibt es in Rußland wieder Privateigentum, gibt es Banken und freien Handel.

WAFFENSTILLSTAND UND FRIEDENSVERTRAG

DIE 14 PUNKTE WILSONS

Das Programm einer neuen Weltordnung, das der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika am 8. Januar 1918 auf dem Washingtoner Kapitol verkündet hatte, veranlaßte die deutsche Regierung sich an den Präsidenten Wilson zu wenden, als sie sich gezwungen sah, in Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen Frieden einzutreten. Diese 14 Punkte, die nach der deutschen Uebersetzung die Grundlage der Friedensverhandlungen bilden sollten, besagten etwa das Folgende:

1. Die Friedensverträge müssen öffentlich zustande kommen.
2. Das Meer muß frei für die Schifffahrt sein.
3. Alle wirtschaftlichen Schranken müssen beseitigt und es muß Handelsgleichheit für alle Nationen hergestellt werden.
4. Es muß eine allgemeine Rüstungsbeschränkung durchgesetzt werden.
5. Es hat ein unbefangener und absolut unparteilicher Ausgleich aller kolonialen Ansprüche zu erfolgen.
6. Rußland muß geräumt werden und es ist ihm das Selbstbestimmungsrecht zuzubilligen, sowie Hilfe zu gewähren.
7. Belgien muß geräumt und wieder hergestellt (restored) werden.

8. Frankreich muß geräumt und die besetzten Gebiete müssen wieder hergestellt (restored) werden. Auch ist das Unrecht, welches Frankreich im Jahre 1871 in Beziehung auf Elsaß-Lothringen angetan worden ist, wieder gutzumachen.

9. Die neue Grenzziehung für Italien soll nach genau erkennbaren Linien der Nationalitäten erfolgen.

10. Den Völkern Oesterreich-Ungarns soll die freieste Gelegenheit autonomer Entwicklung zugestanden werden.

11. Rumänien, Serbien und Montenegro müssen geräumt und die besetzten Gebiete wieder hergestellt werden. Serbien soll einen freien sicheren Zugang zur See erhalten.

12. Den türkischen Teilen des Osmanischen Reiches ist die Souveränität zu gewährleisten. Die anderen Nationalitäten unter der türkischen Herrschaft müssen das Recht der Selbstbestimmung erhalten.

13. Es soll ein unabhängiges Polen entstehen, das alles Land, zu umfassen hat, das von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt wird. Der neue Staat muß freien und sicheren Zugang zur See erhalten.

14. Es muß ein allgemeiner Verband der Nationen gebildet werden, zum Zweck

gegenseitiger Garantien, für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit.

Unstreitig war dieses Programm von einem großen Idealismus getragen. Auf der anderen Seite aber enthielt es für Deutschland doch sehr harte Bedingungen.

Am 4. Oktober 1918 nahm der Reichskanzler Prinz Max von Baden in einer Note an Wilson dieses Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. Ehe die Friedensverhandlungen beginnen konnten, mußte am 11. November 1918 Deutschland einen Waffenstillstand annehmen, wie ihn die Kriegsgeschichte in solcher Härte kaum kennt. Es ist selbstverständlich Pflicht der Generale, die einen Waffenstillstand abschließen, die Bedingungen möglichst so zu stellen, daß der Gegner fortan militärisch ausgeschaltet ist. Aber man hat die harten Bedingungen dieses Waffenstillstandsvertrages Deutschland gegenüber erst dann in voller Schärfe angewandt, und immer wieder noch erweitert, als es längst ein deutsches Heer nicht mehr gab, und die militärisch gar nicht in Betracht kommenden Freikorps nur mit großer Mühe die Ordnung im Innern des Landes aufrecht erhalten konnten. Obwohl die Bedingungen militärisch überhaupt nicht mehr notwendig waren, bestand man auf ihrer restlosen Erfüllung. Das deutsche Verkehrsleben, das an sich schon nicht mehr leistungsfähig war, wurde durch die sofortige Ablieferung von 5000 Lokomotiven, 150 000 Eisenbahnwagen und 5000 Lastkraftwagen fast zum Zusammenbruch gebracht. Man setzte nicht nur die Hungerblockade gegen das geschwächte deutsche Volk noch monatelang fort, sondern erzwang auch die im Waffenstillstand garnicht vorgesehene Herausgabe fast sämtlicher Handelsschiffe und einer großen Zahl von landwirtschaftlichen Maschinen. (400 Dampfpfluggruppen, 6500 Säe-Maschinen, 6500 Düngerstreumaschinen, 6500 Pflüge, 6500 Brantpflüge, 6500 Messeregen, 12 500 Eggen, 2500 Stahlwalzen, 2500 Erbstill, 2500 Grasmähmaschinen, 2500 Heuwender und 3000 Binder-mäher.) Die Hoffnung, mit Hilfe überseeischer Einfuhr auf eigenen Schiffen und durch eine mit den jetzt vorhandenen Arbeitskräften möglich gewordene Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion die Ernährungsschwierigkeiten zu

heben, wurde dadurch zunichte gemacht. Zehntausende sind nach dem Waffenstillstand in Deutschland an Unterernährung gestorben, hunderttausende, vor allen Dingen Kinder, in ihrer Gesundheit für lange Zeit oder dauernd geschädigt worden. Auch die Besetzung der Gebiete links des Rheins mit den Brückenköpfen von Köln, Coblenz und Mainz, die ja nur eine militärische Bedeutung haben sollte, wurde zur Schädigung der deutschen Wirtschaft ausgenutzt. Die deutsche Bewirtschaftung der Lebensmittel und Rohstoffe wurden im besetzten Gebiete aufgehoben, die Ausübung der Zollkontrolle nicht gestattet und so entstand das große Loch im Westen, das uns wirtschaftlich so schwer geschädigt hat, weil durch diese Oeffnung Rohle und Eisen in ungeheuren Mengen der Wirtschaft der bisherigen Feinde zugute kam. Auch Elsaß-Lothringen wurde, ehe noch im Friedensvertrage eine Entscheidung über seine Zugehörigkeit gefällt worden war, einfach Frankreich einverleibt. Daß die Entente sich beim Waffenstillstand zunächst ausmachte, daß die deutschen Gefangenen vorläufig noch nicht entlassen werden sollten, während Deutschland alle seine Gefangenen herausgeben mußte, das entsprang der Befürchtung, daß diese deutschen Gefangenen, in die Heimat zurückgekehrt, einen wiederauflebenden bewaffneten Widerstand verstärken könnten. So war diese Forderung berechtigt. Als man aber erkannt hatte, daß Deutschland militärisch, geistig und wirtschaftlich völlig zusammengebrochen war, und an gar keinen Widerstand denken konnte, da war diese Gefahr völlig ausgeschaltet. Von da ab zeigte die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen nur noch die Absicht, einen seelischen Druck auf das deutsche Volk auszuüben, der die Friedensverhandlungen, die man übrigens mit großem Raffinement immer wieder verschob, in einem der Entente günstigen Sinne beeinflussen sollte. Als dann schließlich am 2. Mai 1919 die Friedenskonferenz in Versailles eröffnet wurde, da wurde den deutschen Abgesandten bei der Eröffnung nur kurz mitgeteilt, daß wirkliche mündliche Verhandlungen ausgeschlossen seien und daß die Deutschen lediglich mit kurzer Frist schriftliche Bemerkungen vortragen dürften. Auf dem Protest der Deutschen, die sich auf den Geist von

Wilson's 14 Punkten beriefen, erwiderte Clemenceau am 10. Mai ebenso zynisch wie brutal: „Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte können keinerlei Diskussion über ihr Recht zulassen, die Grundbedingungen des Friedens in der Gestalt aufrecht zu erhalten, wie sie festgelegt worden sind.“ Nur Anregungen praktischer Art könnten in Erwägung gezogen werden. Am 22. Juni machten die deutschen Vertreter einen letzten verzweifelten Versuch, um wenigstens die Ehre zu retten. Sie erklärten sich mit den Worten: „Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne eine Verpflichtung zur Auslieferung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen“ für eine beschränkte Annahme der Bedingungen. Aber an demselben Tage noch antwortete die Entente sehr kühl und bestimmt: „Die Zeit der Verhandlungen ist vorbei . . . Von der Frist, innerhalb deren die deutsche Regierung ihre endgültige Entscheidung über Unterzeichnung des Friedensvertrages treffen muß, bleiben weniger als 24 Stunden.“ Da keine Aussicht auf irgendwelche Hilfe vorhanden war, und die feindlichen Regimenter am Rheine bereit standen, um nach Deutschland hinein zu marschieren, so überreichte der deutsche Gesandte von Haniel am 23. Juni nachmittags 4 Uhr 40 folgende Note:

„Die Regierung der deutschen Republik hat aus der letzten Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen mit Erschütterung ersehen, daß sie entschlossen sind, von Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbedingungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die ohne eine materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweck verfolgen, dem deutschen Volke seine Ehre zu nehmen. Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt. Sie nach außen zu verteidigen, fehlt dem deutschen Volke nach den entsetzlichen Leiden der letzten Jahre jedes Mittel. Der übermäßigen Gewalt weichen, und ohne damit ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt die Regierung der deutschen Republik, daß sie

bereit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen auferlegten Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen.“

Am 28. Juni 1919 ist dann die Unterzeichnung dieses Schmachfriedens durch die deutschen Unterhändler in Versailles erfolgt. Deutschland, das ein Interesse daran hatte, für den Wiederaufbau die Rechtsgrundlage eines festen Vertrages zu haben, ratifizierte nach einem heftigen parlamentarischen Kampfe, den Vertrag, an dessen Erfüllung in Deutschland kein Mensch glaubte, bereits am 6. Juli. Die Gegenseite ließ sich länger Zeit dazu. Erst am 10. Januar des folgenden Jahres wurde von der Entente das Protokoll festgesetzt, daß dem Frieden Rechtskraft verlieh.

Der Friedensvertrag von Versailles stellt nicht nur moralisch, sondern auch juristisch einen glatten Wortbruch dar. Nur auf der Grundlage der Wilson'schen 14 Punkte war man bereit gewesen, einen Waffenstillstand abzuschließen und in Verhandlungen über den Friedensvertrag einzutreten. Jetzt, nachdem Deutschland entwaffnet war, diktierten die Feinde, ohne an Verhandlungen zu denken, und ohne sich um Wilson's Programm im geringsten zu kümmern, einfach unerhört harte Bedingungen. Wilson selbst hat in Paris aus Gründen, die noch heute jedem Gerechthabenden unfaßbar sind, sämtliche Punkte seines Programms preisgegeben. Die Ententevertreter hatten die Grundlage der Verhandlungen völlig verschoben. Sie setzten in den Mittelpunkt die Kriegsschuld Deutschlands, die ihnen den Rechtsgrund geben mußte für ihre unerhörten Bedingungen. Wir, die wir unter den Folgen dieses Schmachfriedens leiden, der nicht nur unerfüllbar, sondern auch unmenschlich und unsittlich ist, wir fordern Gerechtigkeit. Wir verlangen die Revision dieses Vertrages nach Maßgabe der vorausgehenden bindenden Vereinbarungen über die Verhandlungsbasis.

Es ist unmöglich, alle die Bedingungen, die der Friedensvertrag dem deutschen Volke auferlegt, hier wiederzugeben. Je eingehender man sich mit dem Studium dieses dickleibigen Dokumentes beschäftigt, desto mehr erkennt man den Umfang der Verpflichtungen, die uns daraus erwachsen. Aber einige der einschneidendsten Bestimmungen müssen doch hier Platz finden.

DER VERLUST AN LAND UND LEUTEN

Nach den Friedensbedingungen mußten folgende Gebietsteile sofort und ohne Volksabstimmung abgegeben werden:

1. Das Gebiet um Memel . . . 2 522 qkm
2. Das Gebiet um Danzig . . . 1 977 „
3. Die an Polen fallenden Gebiete:
 - a) in Ostpreußen 630 „
 - b) in Westpreußen 16 305 „
 - c) in Pommern 390 „
 - d) in Posen 25 873 „
4. Die an die Tschecho-Slowakei fallenden Gebiete in Schlesien 657 „
5. Das an Frankreich fallende Elsaß-Lothringen . . 14 522 „
6. Die an Belgien fallenden Gebiete in der Rheinprovinz . 989 „
7. Das Saargebiet 2 013 „
- Im ganzen 65 868 qkm

Nach einer Volksabstimmung konnten nach dem Vertrage ungünstigstenfalls aus dem Gebiet des Deutschen Reiches ausscheiden:

1. Die an Polen fallenden Gebiete:
 - a) in Ostpreußen 12 261 qkm
 - b) in Westpreußen 2 433 „
 - c) in Oberschlesien 11 653 „
2. Die an Dänemark fallenden Gebiete in Schleswig-Holstein 7 724 „
- Im ganzen nach einer Volksabstimmung, die ungünstig für Deutschland ausfiel 34 071 qkm

Die Gesamtfläche der ohne und nach einer Abstimmung abzutretenden Gebiete betrug also nach dem Friedensvertrage im ungünstigsten Falle 99 939 qkm. Im ungünstigsten Falle, wenn alle Gebiete sich gegen Deutschland entschieden hätten, was ja glücklicherweise nicht der Fall gewesen ist, hätte das Deutsche Reich 18,5 Prozent seines bisherigen Gebietes abtreten müssen. Der Ver-

lust, der mit dem Tage der Ratifikation eingetreten war, betrug bereits mehr als 12 Prozent der Gesamtfläche des Reiches. In diesem abgetretenen Gebiete von beinahe 66 000 qkm wohnten mehr als 6 Millionen Menschen, das waren 9,34 Prozent der bisherigen Gesamtbevölkerung.

Nicht alles, was der Vertrag vorsah, ist auf Grund der Abstimmungen dem Deutschen Reiche verloren gegangen. Aber doch der allergrößte Teil davon und nicht immer mit den Mitteln des Rechts. Noch heute brennt die Wunde, die uns der rechtlich nicht ganz einwandfreie Verlust des größten und wertvollsten Teiles von Oberschlesien schlug. Beim Saargebiet waren ganz eigenartige Bestimmungen getroffen worden. Nach § 34 des Friedensvertrages soll sich die Bevölkerung des Saarlandes erst nach 15 Jahren darüber entscheiden, ob es zu Frankreich oder zu Deutschland gehören will. Ist die Entscheidung gefallen, dann entscheidet der Völkerbund, unter welcher Souveränität das Gebiet fällt. Die Volksabstimmung ist dadurch beschränkt, daß gemäß den Ausführungen des Friedensvertrags nicht für das ganze Gebiet, sondern bezirksweise entschieden werden soll, so daß einzelnen Teilen, wenn sie auch noch so sehr zum alten Vaterlande zurückstreben, das Schicksal gewisser Teile von Oberschlesien bevorsteht. Und wenn die gesamte Bevölkerung sich für Deutschland entscheidet, dann hat das Deutsche Reich nach § 36 des Friedensvertrages noch eine harte Bedingung zu erfüllen. Es heißt da: „Beschließt der Völkerbund die Vereinigung des ganzen Saarbeckengebietes oder eines Teiles mit Deutschland, so hat Deutschland die Eigentumsrechte Frankreichs an den in diesem Gebietsteil gelegenen Gruben im ganzen und zu einem in Gold zahlbaren Preise zurückzukaufen. Dieser Preis wird durch drei nach Stimmenmehrheit beschließende Sachverständige festgesetzt. Einer dieser Sachverständigen wird von Deutschland, einer von Frankreich und einer, der weder Franzose, noch Deutscher sein darf, vom Völkerbund ernannt.“

Die ungeheuren Verluste an Land und Leuten, an in der Erde ruhenden Kohlen und Erzen, an Holz und landwirtschaftlichen Produkten können hier nicht einzeln aufgezählt sondern nur bitter beklagt werden.

DIE ENTWAFFNUNG

Die Artikel 159 bis 203 des Versailler Vertrages gehen von dem Gedanken aus, daß ein nicht völlig entwaffnetes Deutschland noch sehr gefährlich sei. Man hat wohl bei Aufstellung der einschneidenden Forderungen in dieser Beziehung auch in Betracht gezogen die eventl. Bündnisfähigkeit eines noch teilweise bewaffneten Deutschlands. Der Gedanke an Rußland von dessen Plänen ja keiner etwas ahnte, wird da unbedingt mitgespielt haben. Als Grund der völligen Entwaffnung des deutschen Heeres wurde angegeben, daß nur, wenn Deutschland entwaffnet sei, auch die übrigen europäischen Mächte daran gehen könnten, ihre Rüstungen einzuschränken. Der betreffende Artikel des Friedensvertrages beginnt mit den Worten: „Um den Anfang einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland usw.“ Wenn man sieht, wie Frankreich gar nicht daran denkt, seine Rüstungen zu beschränken, und wenn man gelesen hat, wie hartnäckig es sich auf der Konferenz von Washington gegen jede Einschränkung seiner militärischen und maritimen Machtmittel gewehrt hat, so kommt einem dieser Einleitungssatz trotz der Bitterkeit, der jeder Artikel dieses Vertrages ausstrahlt, beinahe komisch vor. Nach den Bestimmungen soll das deutsche Heer künftighin nur 100 000 Mann Friedensstärke haben. Um zu verhindern, daß durch ein Ergänzungssystem von Miliz-Charakter die wirkliche Stärke des deutschen Heeres verschleiert wird, stellte man die Bedingung, daß die Gesamtstärke des Offizierkorps 4000 Mann nicht überschreiten dürfe und legte für Offiziere und Mannschaften eine langjährige Dienstzeit fest. Unteroffiziere und Mannschaften müssen sich auf 12 Jahre, Offiziere auf 25 Jahre fest verpflichten und in jedem Jahre dürfen an vorzeitig Ausscheidenden nicht mehr als 5 Prozent entlassen werden. Die Kadettenschulen sollten nicht mehr Offiziersaspiranten ausbilden dürfen, als in jedem Jahre Offiziersstellen frei werden. Krieger- und Schützenvereine, sowie überhaupt Vereinigungen jeder Art sollen sich nicht mit militärischen Dingen beschäftigen dürfen, keinerlei Verbindung mit militärischen Behörden haben, oder in der Handhabung und im Gebrauch

von Kriegswaffen ausgebildet werden dürfen. Es wird auch verboten, daß Deutschland Militärmissionen in fremde Länder schickt, und daß deutsche Reichsangehörige in eine fremde Armee eintreten. Ausgenommen ist allerdings bei dieser letzten Bestimmung, die natürlich überhaupt nicht durchführbar ist, der Dienst in der französischen Fremdenlegion.

Auch die Zahl der Waffen, die das deutsche Heer führen darf, sind genau vorgeschrieben. Die deutsche Armee darf nicht mehr besitzen als 84 000 Gewehre und 18 000 Karabiner mit je 400 Schuß, 792 schwere und 1134 leichte Maschinengewehre mit je 8000 Schuß, 63 mittlere und 189 leichte Minenwerfer mit 4000 bzw. 8000 Schuß, 204 Feldgeschütze (7,7 cm) mit je 1000 und 84 Feldhaubitzen (10,5 cm) mit je 800 Schuß. Darüber hinaus darf nur eine Reserve von 4 Prozent der Handfeuerwaffen und 2 Prozent bei Geschützen vorrätig gehalten werden. Waffen und Munition dürfen nur unter der Kontrolle der Entente hergestellt werden, ihre Einführung vom Ausland ist streng verboten. Ebenso die Infertigung und Einfuhr von giftigen Gasen, Tanks und anderem. Die Befestigungen bis zu einer Linie 50 km östlich des Rheins mußten geschleift werden. Neue Befestigungen in diesem Gebiet anzulegen, ist verboten. Die übrigen Festungen dürfen nur eine so schwache Bewaffnung mit Geschützen und nur so wenig Munition für diese haben, daß sie gar nicht daran denken können, ihren Zweck zu erfüllen. Die äußere Organisation des Heeres gliedert sich sehr einfach in zwei Armeekorps, mit zusammen 7 Infanterie- und 3 Kavalleriedivisionen, so daß es der Entente sehr leicht wird, das Heer zu kontrollieren.

Auch die deutsche Kriegsflotte wird durch den Vertrag zu einer Schwäche herabgedrückt, die es ihr kaum gestattet, polizeiliche Funktionen auszuüben. Nach Artikel 181 darf hinfort die im Dienst befindliche Kriegsflotte nur noch betragen:

6 Linienschiffe der Deutschland- oder Lothringen-Klasse (das ist ein Schiffstyp, der in den Jahren 1904 bis 1906 gebaut wurde, und der 1906 bis 1908 dienstbereit war, also einen Kampf mit modernen Kriegsschiffen gar nicht aufnehmen kann),

6 kleine Kreuzer,
12 Zerstörer und
12 Torpedoboote.

Der Bau und die Indienststellung von U-Booten ist verboten. Auch über die Ergänzung der deutschen Kriegsflotte sind genaue Bestimmungen getroffen. Bei Neubauten oder bei Ankauf dürfen folgende Maße nicht überschritten werden: Linienschiffe dürfen nicht größer als 10 000 Tonnen sein, kleine Kreuzer nicht größer als 6000 Tonnen. Die Höchstgrenze bei Zerstörern ist 800 Tonnen, bei Torpedobooten 200 Tonnen. Man vergewärtigt sich dabei, daß unsere Torpedobooten vor dem Kriege schon 650 Tonnen hatten, und daß Deutschland seit 1887 bereits Torpedobooten von über 300 Tonnen baute. Die Anzahl der Marinetruppen mit Offizieren, Bedoffizieren und Beamten darf nicht mehr als 15 000 Mann betragen. Auch das Halten von Handels-U-Booten ist Deutschland übrigens im Artikel 191 ausdrücklich verboten.

Am radikalsten verfuhr man bei der Beseitigung der Luftstreitkräfte. Alle Flugzeuge und Lenkbalkons mußten abgeliefert werden, und für Heer und Marine bleibt diese Waffe auch fernerhin völlig verboten. Das Verbot erstreckt sich auch auf Luftschiffhallen und -Schuppen, auf Anlagen zur Herstellung von Wasserstoffgas und alle der Luftschiffahrt dienenden Instrumente.

Zur Ueberwachung der Durchführung der Entwaffnung wurden interalliierte Kontrollkommissionen eingesetzt, die in Deutschland freie Bewegungsmöglichkeit haben, und denen neben der Kontrolle die Auslegung der einzelnen Bestimmungen des Friedensvertrages obliegt. Die umfangreichen Kosten für diese Kontrollkommissionen muß natürlich das Deutsche Reich tragen.

DIE SACHLIEFERUNGEN

Dieschwere wirtschaftliche Krisis in Deutschland, die sich in den Zeiten nach dem Friedensvertrage nicht nur von Jahr zu Jahr, sondern von Monat zu Monat verschärft hat, hat seinen Hauptgrund darin, daß die Entschädigungszahlungen, die wir zu leisten haben, nach oben nicht fest begrenzt sind. Alle Versuche, eine feste

Summe der Kriegsschuld zu formulieren, sind leider bis in die neueste Zeit vergeblich geblieben. Anders war es bei den Sachlieferungen, die in ihrer Höhe feststanden. Sie betrafen ungewöhnlich große Mengen an Verkehrsmaterial (Lokomotiven, Eisenbahnwaggons usw.), aber sie erstreckten sich auch u. a. auf lebendes Vieh. So mußte Deutschland nach dem Versailler Vertrage liefern: an Frankreich innerhalb dreier Monate nach Friedensschluß

5 000 Hengste,
30 000 Fohlen und Stuten,
2 000 Stiere,
90 000 Milchkühe,
1 000 Widder,
100 000 Schafe und
10 000 Ziegen.

Die Lieferungen an Belgien, ebenfalls innerhalb dreier Monate nach Friedensschluß, betragen:

200 Hengste,
10 000 Stuten und Füllen,
2 000 Stiere,
50 000 Milchkühe,
40 000 junge Rinder,
200 Widder,
20 000 Schafe und
15 000 Mutter Schweine.

Ganz beträchtlich waren auch die Rohstofflieferungen, die ja, da sie nie ganz erfüllt werden konnten, Frankreich immer wieder Gelegenheit gaben, uns neue Lasten aufzubürden. Geliefert werden sollten nach dem Friedensvertrage:

70 Millionen Co. Kohlen an Frankreich im Laufe von 10 Jahren. Außerdem noch an Frankreich im ersten bis fünften Friedensjahre jährlich bis zu 20 Millionen Tonnen und im 6. bis 15. Friedensjahre jährlich bis zu 8 Millionen Tonnen. Weiter sollten im Verlaufe von 10 Jahren geliefert werden an Belgien 80 Millionen Tonnen und bis zu 77 Millionen Tonnen an Italien. Neben großen Lieferungen in Benzol, Kohlenteer und schwefelsaurem Ammoniak verlangte die Entente innerhalb 60 Tagen nach Inkrafttreten des Friedensvertrages die Lieferung von 50 Prozent der an diesem Tage in Deutschland befindlichen Farbstoffe und chemisch-pharmazeutischen Produkte. 5 Jahre lang hat außer-

dem die Entente nach dem Vertrage das Recht, 25 Prozent der gesamten normalen Produktion dieser Stoffe zu fordern.

Ganz klar waren auch die Sachleistungen umschrieben, die Deutschland als Wiedergutmachung für die Schäden des U-Boot-Krieges aufzubringen hatte. Von der deutschen Handelsflotte waren auszuliefern:

1. Sämtliche Handelschiffe über 1600 Brutto-Register-Tonnen.
2. 50 Prozent (nach Tonnengehalt) der Schiffe zwischen 1000 und 1600 Br.-Reg.-To.

Zu der deutschen Handelsflotte in diesem Sinne wurden nicht nur alle Schiffe gerechnet, die die deutsche Handelsflagge führten, sondern auch die, welche unter fremder Flagge fuhrten, aber deutsche Eigentümer hatten. Im ganzen fielen unter diese Bestimmungen beinahe 1000 Schiffe mit ungefähr $4\frac{1}{4}$ Millionen Brutto-Register-Tonnen. Der deutschen Handelsflotte blieben nur wenig über 1000 kleine Schiffe übrig, die zusammen mit wenig mehr als 400 000 Brutto-Register-Tonnen etwa $\frac{1}{8}$ des Rauminhalts der deutschen Handelsflotte vor Kriegsbeginn ausmachten.

WEITERE FORDERUNGEN UND BEDINGUNGEN

Wollte man weiter in systematischer Weise die Lasten des Friedensvertrages betrachten, so würde ihre Aufzählung allein einen beträchtlichen Teil dieses Buches füllen. Eine Reihe wichtiger Bedingungen, deren Mitteilung notwendig erscheint, soll deswegen im folgenden nur lose aneinandergereiht mitgeteilt werden.

Die deutschen Kolonien fallen, ohne daß die deutsche Vorkriegsschuld übernommen wird und ohne Zahlung einer Vergütung an Deutschland, an die Alliierten.

Die Befestigung des linken Rheinufers und der Brückenköpfe erfolgt auf 15 Jahre. Eine Verlängerung dieser Frist, ja sogar eine Wieder-Neubefestigung nach bereits erfolgter Räumung steht im Belieben unserer Feinde, wenn sie glauben, daß wir unseren Vertragsverpflichtungen nicht nachgekommen sind.

Deutschland verpflichtet sich zu folgenden Leistungen, Anerkennungen oder Verzichtleistungen,

gen, ohne daß der Gegenwert als Kriegsschädigung oder Wiedergutmachung angerechnet wird:

Volle und endgültige Verzichtleistung auf jedweden Geldanspruch wegen irgendeiner vor Inkrafttreten des Friedensvertrages liegenden Tatsache gegenüber solchen alliierten und assoziierten Mächten, mit denen wir nicht im Kriegszustand lebten, die aber die diplomatischen Beziehungen zu uns abgebrochen haben, gleichviel wer daran beteiligt ist.

Voller Unterhalt jeder Art der Besatzungsarmeen in allen besetzten Gebieten.

Unterhalt aller Ueberwachungs-ausschüsse.

Gesamtkosten des Wiedergutmachungsausschusses.

Rückstattung des von Belgien bei den Alliierten zur Kriegführung entliehenen Geldes mit 5% Zinsen ab 11. November 1918 in Schatzanweisungen per 1. Mai 1926.

In China Verzicht auf deutsches Staatseigentum und Rechte.

In Schantung Verzicht auf deutsches Staatseigentum und Rechte.

In Siam Verzicht auf deutsches Staatseigentum und Rechte.

In Marokko Verzicht auf deutsches Staatseigentum und Rechte.

In Ägypten Verzicht auf deutsches Staatseigentum und Rechte.

Abtretung aller Untersee-kabel, die dem Deutschen Reiche gehören.

Verzicht auf die Vorteile aus den Verträgen von Bresl-Litowsk und Burest mit Rückzahlung aller auf Grund dieser Verträge erhaltenen Werte.

Rückzahlung der von Elsaß-Lothringen geleisteten Kriegsbeiträge, Unterstützungen, Einquartierungs-lasten usw.

Laufende Auszahlung aller von Elsaß-Lothringern verdienten Pensionen.

Ueberweisung des Anteils der Rückstellungen auf Invaliden- und Altersversicherung, der auf Elsaß-Lothringer entfällt.

Uebergabe der Reserven für die von Pco-wohnern des Saar-gebiets verdienten Renten.

Abtretung eines entsprechenden Teiles der Gesamtrücklagen Deutschlands für soziale Zwecke an diejenigen Staaten, denen bisher deutsches Gebiet zufällt.

Ersatz der Verluste französischer Staatsangehöriger in den Grenzgebieten von Kamerun während der Zeit vom 1. Januar 1900 bis 1. August 1914.

Ersatz der Schäden, die die Donau-Kommission während des Krieges erlitten hat.

Aushändigung aller von der Türkei oder Oesterreich hinterlegten Sicherheiten im Dienste ihrer inneren Anleihen oder ihrer Papiergelbausgaben.

Rückstattung aller auf Grund der Vereinbarungen über Äquatorialafrika von Frankreich seit dem 4. November 1911 hinterlegten Werte, Kredite und Vorschüsse.

Verzicht auf die von China infolge des Boryerrieges zu leistenden Zahlungen seit 14. März 1917.

Rückzahlung aller in Berlin hinterlegten Summen aus dem Verkauf von Kaffee des Staates Sao Paulo an Brasilien.

Rückstattung des während des Krieges weggeführten Geldes und lebenden und toten Inventars.

Rückgabe der aus Peking nach Deutschland überführten astronomischen Instrumente.

Rückgabe der während des Krieges aus Belgien weggeführten Archive usw.

Rückgabe der während des Krieges 1870/71 in Frankreich erbeuteten Trophäen, Archive usw.

Aushändigung von Handschriften, Bücher, Karten usw. an Belgien als Ersatz für die beim Brand von Löwen verlorengegangenen Gegenstände.

Aushändigung der Flügel des Triptychons van Eyck „Die Anbetung des Lammes“ und der Flügel des Triptychons Dierk Bouts „Das Abendmahl“.

Auslieferung des Originalkorans des ehemaligen Kalifen Osman (Geschenk des Sultans an den Kaiser).

Aushändigung des aus Ostafrika nach Deutschland verbrachten Schädels des Sultans Makana.

Auslieferung des gesamten Kriegsmaterials jeder Art sowie der zur Herstellung von Kriegsmaterial dienenden Maschinen. Ausgenommen ist die notwendige Ausrüstung für 100 000 Mann Soldaten und 15 000 Matrosen.

Deutschland ist zur

Ersatzleistung

von folgenden Schäden, Verpflichtungen oder Verlusten der Alliierten oder ihrer Staatsangehörigen verpflichtet:

Schäden, die Zivilpersonen oder deren Hinterbliebene an Person und Leben durch irgendwelche Kriegshandlungen bei der kriegführenden Gruppe erlitten haben.

Schäden solcher Zivilpersonen durch Grausamkeit, Internierung, Abschiebung.

Schäden solcher Zivilpersonen durch Verletzung ihrer Arbeitsfähigkeit oder Ehre.

Schäden der Kriegsgefangenen durch schlechte Behandlung.

Auszahlung aller Pensionen usw. an die Kriegssopfer.

Rückzahlung der von den Alliierten geleisteten Unterstützungen von Kriegsgefangenen und deren Familien.

Rückzahlung der von den Alliierten geleisteten Unterstützungen an die Familien der Mobilisierten.

Verluste von Zivilpersonen infolge von zu gering bezahlter Arbeitsleistung.

Verluste von Zivilpersonen infolge von Vertreibungen.

Verluste der alliierten Staaten und ihrer Staatsangehörigen an ihrem Eigentum. Ausgenommen sind Anlagen und Material des Heeres und der Marine.

Die Gesamtschuld Deutschlands lediglich für Wiedergutmachung wird später in einem Gesamtbetrag bekanntgegeben.

Als Anzahlung

hat Deutschland zu zahlen:

sofort eine Anweisung auf 20 Milliarden Mark in Gold, zahlbar am 1. Mai 1921 ohne Zinsen,

sofort eine Anweisung auf 40 Milliarden Mark in Gold, verzinsbar für die Jahre 1921 bis 1926 mit $2\frac{1}{2}\%$, weiterhin mit 5% und 1% Amortisation,

sofort die schriftliche Verpflichtung zur Ausstellung einer weiteren Anweisung auf 40 Milliarden Mark in Gold, falls die Alliierten die Ueberzeugung gewinnen, daß Zinsen und Amortisation von Deutschland aufgebracht werden können.

Als Zahlungsmittel dient nicht nur Gold, sondern Deutschland verpflichtet sich zu folgenden Naturalleistungen, deren Goldwert von den Alliierten (Wiedergutmachungsauschuß) festgesetzt wird. Ein Teil dieser Sachleistungen ist in einem besonderen Abschnitt aufgezählt worden. Es kommt noch dazu:

Ein Viertel des Tonneninhalts der fertigen oder im Bau befindlichen Fischereifahrzeuge.

Bis zu 20 % des vorhandenen Flußfahrzeugparkes.

Einen der Höhe nach noch nicht genannten Teil des noch verbleibenden Flußfahrzeugparkes, der Anlegeplätze, Lagerhäuser, Ladevorrichtungen usw.

Fünf Jahre lang jährlich bis zu 200 000 Tonnen Schiffsneubauten.

Maschinen und Maschinenteile, deren Menge noch angegeben wird. Sofort kann die Auslieferung aller unbenuzten und in jedem Betrieb bis zu 30% der dort benutzten Maschinen verlangt werden.

Eine noch zu nennende Menge von Steinen, Backsteinen, feuerfesten Steinen, Dachziegeln, Bauholz, Fensterglas, Stahl, Kalk, Zement usw.

Die Kohlengruben des Saarbeckens, das gemäß einer in 15 Jahren vorzunehmenden Abstimmung gegebenenfalls ganz an Frankreich abzutreten ist. Das Nutznießungsrecht am deutschen Staatseigentum geht schon jetzt auf den Völkerbund über.

Forderungen des Deutschen Reiches an seine Verbündeten, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und Türkei.

Gesamte Forderungen, Beteiligungen, überhaupt Werte jeder Art deutscher Staatsangehöriger in den Ländern der alliierten und assoziierten Staaten.

Deutsches Staatseigentum in denjenigen deutschen Gebieten, die gemäß dem Friedensvertrag Tschechien, Dänemark oder Polen zufallen. Hierunter gehören auch die Eisenbahnen mit dem von den Alliierten zu bestimmenden Fahrpark.

Deutsche Unterseefabel, die sich in deutschem Privatbesitz befinden.

Rechte und Beteiligungen deutscher Staatsangehöriger an öffentlichen Unternehmungen oder Konzessionen in Rußland, China, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien, Türkei und in den Gebieten, die von Deutschland oder seinen Verbündeten jetzt abgetreten werden.

Daneben übernimmt Deutschland noch folgende

allgemeine Verpflichtungen:

Volle Meistbegünstigung der feindlichen Staaten im Handelsverkehr auf 5 Jahre.

Behandlung der Staatsangehörigen der Alliierten in Handelsfragen wie meistbegünstigte Ausländer, in Steuerfragen nicht ungünstiger als Deutsche.

Zollfreiheit für Einfuhr aus dem abgetretenen Elsaß-Lothringen für 5 Jahre.

Zollfreiheit für Einfuhr aus dem jetzt abgetretenen Deutschpolen auf 3 Jahre.

Zollfreiheit für Einfuhr aus Luxemburg auf 5 Jahre.

Zollsätze vom 31. Juli 1914 für Einfuhr der Alliierten auf 6 Monate und für gewisse Erzeugnisse (Wein, pflanzliche Öle, Kunstseide, Wolle, landwirtschaftliche Erzeugnisse) auf 3 Jahre.

Zollordnung der besetzten Gebiete wird von den Alliierten bestimmt.

Außerkraftsetzung der wichtigsten internationalen Staatsverträge für Deutschland.

Verzicht auf die Vorteile Deutschlands aus dem Vertrag über die Samoainseln.

Außerkraftsetzung aller Verträge zwischen Deutschland und einer der alliierten Mächte und Wiederanerkennung Deutschlands derjenigen dieser Verträge oder Vertragsteile, die ihm mitgeteilt werden.

Aufhebung aller zwischen Deutschland und seinen Verbündeten seit dem 1. August 1914 geschlossenen Verträge.

Anerkennung aller Oesterreich, Ungarn, Bulgarien oder der Türkei oder deren Beamten vor dem 1. August 1914 vertraglich zugestandenen Rechte und Vorteile als für die Alliierten gültig.

Außerkraftsetzung aller vor oder während des Krieges mit Rußland oder Rumänien geschlossenen Verträge.

Internationalisierung der Flüsse Elbe, Memel, Oder, Donau und Rhein.

Anerkennung derjenigen Kriegsentschädigung (Wiederherstellung, Wiedergutmachung), die die Alliierten späterhin Rußland zusprechen werden.

Anerkennung einer Reihe von Verträgen, die von den Alliierten in Zukunft ohne Mitwirkung Deutschlands geschlossen werden.

Verpflichtung, jede Untersuchung in militärischen Angelegenheiten zu dulden, die

der Völkerbund für gut befindet, und zwar „solange der gegenwärtige Vertrag in Kraft bleibt“.

Anerkennung der Anklage Kaiser Wilhelms II. wegen „schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge“.

Auslieferung aller Personen, die von irgendeiner der alliierten und assoziierten Mächte wegen eines „Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges“ angeklagt werden.

III. DIE REPUBLIK

DIE WEIMARER VERFASSUNG

Mit dem Thronverzicht des Kaisers, der am 28. November nochmals ausdrücklich bestätigt wurde, und mit dem Verzicht der übrigen deutschen Bundesfürsten auf ihre Throne hatte das deutsche Kaiserreich zu bestehen aufgehört. In der neuausgerufenen Republik waren die Arbeiter- und Soldatenräte zunächst die Träger der politischen Macht. Sie bezeichneten es als ihre vorläufige Hauptaufgabe die Errungenschaften der Revolution festzuhalten und auszubauen und alle gegenrevolutionären Bewegungen niederzuhalten. Wir haben gesehen, daß die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918 beschloß, diese politische Gewalt in die Hände der am 19. Januar 1919 zu wählenden Nationalversammlung zu legen. Die Nationalversammlung trat am 6. Februar in Weimar zusammen. Die Reichsregierung erkannte dieses erste Parlament der deutschen Republik als höchsten Souverän an und legte auch ihrerseits die Macht, die sie hatte, in dessen Hände. Die Zuständigkeit der Volksvertretung wurde am 10. Februar 1919 durch das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt festgelegt. Am 11. Februar wählte das Parlament den Reichspräsidenten und gab ihm, obwohl seine Stellung in der Verfassung noch nicht festgelegt war, eine ganze Reihe von Rechten des früheren Kaisers. Die parlamentarische Regierungsweise wurde dadurch festgelegt, daß die Minister nur amtieren konnten, solange sie das Vertrauen der Nationalversammlung hatten, der sie im vollen Umfange verantwortlich waren. Die Beratungen über die Verfassung begannen auf Grund eines Entwurfes, den der Staatssekretär Dr. Preuß verfaßt hatte, und der mit einer Denkschrift vom 20. Januar 1919 im Reichsanzeiger veröffentlicht wurde. Aus dem Preuß'schen Entwurf erwuchs auch die Regierungsvorlage. Nach verschiedenen Uebergangsgesetzen wurde dann am 11. August 1919 die Weimarer Verfassung angenommen, die die Grundlage des jetzigen staatlichen Deutschland bildet. Nach dieser Verfassung ist das Deutsche Reich ein auf Volkssouveränität beruhender republikanischer Bundesstaat, der eine demokratische Grundlage

hat und der in der parlamentarischen Regierungsweise geleitet wird. Die Reichsverfassung legt in ihrem ersten Satze, die republikanische Staatsform endgültig fest. Kein Organ des Deutschen Reiches kann, ohne die Verfassung zu brechen, monarchische Gewalt ausüben. Und da das Reich selbst Republik ist, können auch die Länder, aus denen es sich zusammensetzt, keine Monarchien sein. An Stelle des Kaisers tritt jetzt der Reichspräsident, an Stelle der beiden Gewalten, die die gesetzgebenden Funktionen hatten (Bundesrat und Reichstag) tritt allein der Reichstag und an Stelle der durch Bundesrat, Kaiser und Reichskanzler gebildeten höchsten Verwaltungsinstantz die Reichsregierung, die auf parlamentarischer Grundlage beruht.

Zur parlamentarischen Regierungsform war man, was viele schon wieder vergessen haben, bereits in den letzten Zeiten des kaiserlichen Regiments übergegangen. Der Kanzlerwechsel im Herbst 1917 zeigte zum ersten Mal einen starken Einfluß des Parlaments bei Befetzung des wichtigsten Beamtenpostens im Reiche. Der Kaiser nahm Fühlung mit dem Reichstag und ernannte mit dem langjährigen Parlamentarier Graf Hertling einen Mann, der das Vertrauen der Majorität der Volksvertretung hatte. Auch wurde der Posten eines Vizekanzlers geschaffen, der als Ministerstelle ohne Portefeuille gestaltet und mit Herrn von Payer, also ebenfalls mit einem Parlamentarier besetzt wurde. In Wirklichkeit war zwar verfassungsmäßig die parlamentarische Regierungsform noch nicht vorhanden. Doch mehr als je zuvor richtete sich der Kaiser bei der Wahl von Hertlings Nachfolger nach den Wünschen der Volksvertreter. Prinz Max von Baden hat sein Reichskanzleramt von vornherein parlamentarisch aufgefaßt. Und er gab dieser Ueberzeugung durch ein Gesetz bald das sichere Fundament. Mit dem Gesetz vom 28. Oktober wurde dann der Parlamentarismus als staatliche Einrichtung eingeführt. Damit war die monarchische Herrschaft in der bisherigen Form zu Ende und die Macht des Bundesrates stark gemindert. Alle Gewalt lag allein

beim Reichstage. Vor allem wurde als Ergänzung zu Art. 15 RV. bestimmt: Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Er und seine Stellvertreter sind für ihre Amtsführung dem Bundesrat und Reichstag verantwortlich, und zwar für alle Kundgebungen von politischer Bedeutung, die der Kaiser in Ausübung der ihm nach der Reichsverfassung zustehenden Befugnisse vornimmt. Gleichzeitig wurde Kriegserklärung und Friedensschluß in allen Fällen an die Zustimmung des Bundesrats und Reichstags, also an die Form des Gesetzes gebunden. Nicht nur dies. Auch die Personalbewegung unter den Marineoffizieren und Beamten und den der kaiserlichen Ernennung zuständigen Offizieren, die bislang das außer dem konstitutionellen Rahmen stehende Militär- und Marinekabinett behandelte, wurde an die Genehmigung des Kanzlers gebunden. Auch die vier Kontingentsherren (die vier Könige) wurden bei Ernennung ihrer Offiziere und Militärbeamten von der Mitwirkung der einzelnen Kriegsminister abhängig gemacht, und diese, Beamte des Einzelstaats, der Verantwortlichkeit vor Bundesrat und Reichstag unterworfen. Nun war die Parlamentarisierung des Reichs Tatsache. Der Kaiser konnte nicht mehr bloß genötigt werden, einen mißliebigen Kanzler oder Staatssekretär zu entlassen, sondern erhielt den neuen Mann vom Reichstag vorgeschrieben. Nur wenn der Reichstag als seine Vertrauensperson bezeichnete, konnte Reichsminister werden. Damit war aber die Reichsregierung in einen Ausschuß von Vertrauensmännern des Reichstags verwandelt. Nun konnte auch der Parlamentarier als Parteimann in den Bundesrat einziehen. Die Instruktion der Bundesratsbevollmächtigten wurde sinnlos, wenn der Parlamentarier nach Ueberzeugung und Parteidisziplin stimmte. Deshalb mußte die Stellung des Bundesrats als Gegengewicht gegen den Reichstag aufhören, da er nicht einmal die Rolle eines richtigen Oberhauses übernehmen konnte. Denn dieses ist wegen der Unverträglichkeit der Mitgliedschaft in beiden Häusern dem Unterhaus selbständig gegenübergestellt. In der Rückwirkung vom Reiche aus vollzog sich auch die Parlamentarisierung der Einzelstaaten in gleicher Weise. Der Lenker

des Staates war nicht mehr der Monarch, das war vielmehr die Volksvertretung durch den Ausschuß ihrer Vertrauensmänner, das parlamentarische Ministerium. Das alles vollzog sich also schon vor der Revolution, vor der Abdankung der Fürsten.

Praktisch konnte die Neueinrichtung im Reiche ihren Wert nicht erweisen, denn kaum zwei Wochen später gab es ein deutsches Kaiserthum nicht mehr. Wir wollen hier nicht die Verfassung zergliedern und ihre einzelnen Teile kommentieren, sondern wollen sie selbst sprechen lassen. Nur etwas noch über den Begriff Demokratie. Das Wort stammt aus dem Griechischen und heißt Volksherrschaft. Nun kann aber das Volk in seiner ganzen Masse niemals herrschen, niemals regieren. Und wird es nie können. Schon Rousseau weist in seinem *contrat social* darauf hin, daß eine wirkliche Regierung der Volksversammlung nur in ganz kleinen Staaten möglich sei. Immer wird nur ein Teil des Volkes, werden nur seine Vertreter die Regierungsgewalt haben. In parlamentarischen Staaten werden die Regierungsgeschäfte von Berufspolitikern ausgeführt werden, die den Parteien angehören, die im Parlament die Mehrheit haben. Die Beamten werden, wenn sie nicht auch im politischen Leben an hervorragendem Platze stehen, nicht mehr in die leitenden Stellen aufrücken. Die Hauptgewalt für das Volk übt die Volksvertretung aus. Denn das Volk kann sich nur von Zeit zu Zeit wirklich betätigen: bei den Wahlen von Abgeordneten und dem Reichspräsidenten und bei den seltenen Fällen, in denen man sich an das Volk wegen einer wichtigen Entscheidung wendet. Sonst liegt die Regierungsgewalt bei Reichstag, Reichsrat und dem Reichspräsidenten und die Bevölkerung ist die regierte Masse der Untertanen.

Die Verfassung beginnt:

Das Deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen befeelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.

Aufbau und Aufgaben des Reichs.

Reich und Länder.

Artikel 1.

Das Deutsche Reich ist eine Republik.
Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Artikel 2.

Das Reichsgebiet besteht aus den Gebieten der deutschen Länder. Andere Gebiete können durch Reichsgesetz in das Reich aufgenommen werden, wenn es ihre Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts begehrt.

Artikel 3.

Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke.

Artikel 4.

Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts gelten als bindende Bestandteile des deutschen Reichsrechts.

Artikel 5.

Die Staatsgewalt wird in Reichsangelegenheiten durch die Organe des Reichs auf Grund der Reichsverfassung, in Landesangelegenheiten durch die Organe der Länder auf Grund der Landesverfassungen ausgeübt.

Artikel 6.

Das Reich hat die ausschließliche Gesetzgebung über:

1. die Beziehungen zum Ausland;
2. das Kolonialwesen;
3. die Staatsangehörigkeit, die Freizügigkeit, die Ein- und Auswanderung und die Auslieferung;
4. die Wehrverfassung;
5. das Münzwesen;
6. das Zollwesen sowie die Einheit des Zoll- und Handelsgebiets und die Freizügigkeit des Warenverkehrs;
7. das Post- und Telegraphenwesen einschließlich des Fernsprechwesens.

Artikel 7.

Das Reich hat die Gesetzgebung über:

1. das bürgerliche Recht;
2. das Strafrecht;
3. das gerichtliche Verfahren einschließlich des Strafvollzugs, sowie die Amtshilfe zwischen Behörden;
4. das Pächwesen und die Fremdenpolizei;
5. das Armenwesen und die Wandererfürsorge;

6. das Presse-, Vereins- und Versammlungs-
wesen;
7. die Bevölkerungspolitik, die Mutterschafts-,
Säuglings-, Kinder- und Jugendfürsorge;
8. das Gesundheitswesen, das Veterinärwesen
und den Schutz der Pflanzen gegen Krank-
heiten und Schädlinge;
9. das Arbeitsrecht, die Versicherung und den
Schutz der Arbeiter und Angestellten, sowie
den Arbeitsnachweis;
10. die Einrichtung beruflicher Vertretungen für
das Reichsgebiet;
11. die Fürsorge für die Kriegsteilnehmer und
ihre Hinterbliebenen;
12. das Enteignungsrecht;
13. die Vergesellschaftung von Naturflächen und
wirtschaftlichen Unternehmungen, sowie die
Erzeugung, Herstellung, Verteilung und Preis-
gestaltung wirtschaftlicher Güter für die Ge-
meinwirtschaft;
14. den Handel, das Maß- und Gewichtswesen,
die Ausgabe von Papiergeld, das Ban-
wesen sowie das Börsenwesen;
15. den Verkehr mit Nahrungs- und Genuß-
mitteln sowie mit Gegenständen des täg-
lichen Bedarfs;
16. das Gewerbe und den Bergbau;
17. das Versicherungs-
wesen;
18. die Seeschifffahrt, die Hochsee- und die Küsten-
fischerei;
19. die Eisenbahnen, die Binnenschifffahrt, den
Verkehr mit Kraftfahrzeugen zu Lande, zu
Wasser und in der Luft, sowie den Bau von
Landstraßen, soweit es sich um den allge-
meinen Verkehr und die Landesverteidigung
handelt;
20. das Theater- und Lichtspielwesen.

Artikel 8.

Das Reich hat ferner die Gesetzgebung über die Abgaben und sonstigen Einnahmen, soweit sie ganz oder teilweise für seine Zwecke in Anspruch genommen werden. Nimmt das Reich Abgaben oder sonstige Einnahmen in Anspruch, die bisher den Ländern zustanden, so hat es auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit der Länder Rücksicht zu nehmen.

Artikel 9.

Soweit ein Bedürfnis für den Erlass einheitlicher Vorschriften vorhanden ist, hat das Reich die Gesetzgebung über:

1. die Wohlfahrtspflege;
2. den Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

Artikel 10.

Das Reich kann im Wege der Gesetzgebung Grundsätze aufstellen für:

1. die Rechten und Pflichten der Religionsgesellschaften;
2. das Schulwesen einschließlich des Hochschulwesens und das wissenschaftliche Buchereiwesen;
3. das Recht der Beamten aller öffentlichen Körperschaften;
4. das Bodenrecht, die Bodenverteilung, das Ansiedlungs- und Heimstättenwesen, die Bindung des Grundbesitzes, das Wohnungswesen und die Bevölkerungsverteilung;
5. das Bestattungswesen.

Artikel 11.

Das Reich kann im Wege der Gesetzgebung Grundsätze über die Zulässigkeit und Erhebungsart von *L a n d e s a b g a b e n* aufstellen, soweit sie erforderlich sind, um

1. Schädigung der Einnahmen oder der Handelsbeziehungen des Reichs,
 2. Doppelbesteuerungen,
 3. übermäßige oder verkehrshindernde Belastung öffentlicher Verkehrswege und Einrichtungen mit Gebühren,
 4. steuerliche Benachteiligungen eingeführter Waren gegenüber den eigenen Erzeugnissen im Verkehr zwischen den einzelnen Ländern und Landesteilen oder
 5. Ausfuhrprämien
- auszuschließen oder wichtige Gesellschaftsinteressen zu wahren.

Artikel 12.

Solange und soweit das Reich von seinem Gesetzgebungsrecht keinen Gebrauch macht, behalten die Länder das Recht der Gesetzgebung. Dies gilt nicht für die ausschließliche Gesetzgebung des Reichs.

Gegen Landesgesetze, die sich auf Gegenstände des Artikel 7 Ziffer 13 beziehen, steht der Reichsregierung, sofern dadurch das Wohl der Gesamtheit im Reich berührt wird, ein Einspruchsrecht zu.

Artikel 13.

Reichsrecht bricht Landesrecht. Bestehen Zweifel oder Meinungsverschiedenheiten darüber, ob eine landesrechtliche Vor-

schrift mit dem Reichsrecht vereinbar ist, so kann die zuständige Reichs- oder Landeszentralbehörde nach näherer Vorschrift eines Reichsgesetzes die Entscheidung eines obersten Gerichtshofs des Reichs anrufen.

Artikel 14.

Die Reichsgesetze werden durch die Landesbehörden ausgeführt, soweit nicht die Reichsgesetze etwas anderes bestimmen.

Artikel 15.

Die Reichsregierung übt die Aufsicht in den Angelegenheiten aus, in denen dem Reiche das Recht der Gesetzgebung zusteht.

Soweit die Reichsgesetze von den Landesbehörden auszuführen sind, kann die Reichsregierung allgemeine Anweisungen erlassen. Sie ist ermächtigt, zur Ueberwachung der Ausführung der Reichsgesetze zu den Landeszentralbehörden und mit ihrer Zustimmung zu den unteren Behörden Beauftragte zu entsenden.

Die Landesregierungen sind verpflichtet, auf Ersuchen der Reichsregierung Mängel, die bei der Ausführung der Reichsgesetze hervorgetreten sind, zu beseitigen. Bei Meinungsverschiedenheiten kann sowohl die Reichsregierung als die Landesregierung die Entscheidung des Staatsgerichtshofs anrufen, falls nicht durch Reichsgesetz ein anderes Gericht bestimmt ist.

Artikel 16.

Die mit der unmittelbaren Reichsverwaltung in den Ländern betrauten Beamten sollen in der Regel *L a n d e s a n g e h ö r i g e* sein. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsverwaltung sind auf ihren Wunsch in ihren *H e i m a t g e b i e t e n* zu verwenden, soweit dies möglich ist und nicht Rücksichten auf ihre Ausbildung oder Erfordernisse des Dienstes entgegenstehen.

Artikel 17.

Jedes Land muß eine freistaatliche Verfassung haben. Die Volksvertretung muß in allgemeiner, gleicher unmittelbarer und geheimer Wahl von allen reichsdeutschen Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Landesregierung bedarf des Vertrauens der Volksvertretung.

Die Grundsätze für die Wahlen zur Volksvertretung gelten auch für die *G e m e i n d e w a h l e n*. Jedoch kann durch Landesgesetz

die Wahlberechtigung von der Dauer des Aufenthalts in der Gemeinde bis zu einem Jahre abhängig gemacht werden.

Artikel 18.

Die Gliederung des Reichs in Länder soll unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung des Volkes dienen. Die Aenderung des Gebiets von Ländern und die *N e u b i l d u n g v o n L ä n d e r n* innerhalb des Reichs erfolgen durch verfassungsänderndes Reichsgesetz.

Stimmen die unmittelbar beteiligten Länder zu, so bedarf es nur eines einfachen Reichsgesetzes.

Ein einfaches Reichsgesetz genügt ferner, wenn eines der beteiligten Länder nicht zustimmt, die Gebietsänderung oder Neubildung aber durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird und ein überwiegendes Reichsinteresse sie erheischt.

Der Wille der Bevölkerung ist durch Abstimmung festzustellen. Die Reichsregierung ordnet die Abstimmung an, wenn ein Drittel der zum Reichstag wahlberechtigten Einwohner des abzutrennenden Gebiets es verlangt.

Zum Beschluß einer Gebietsänderung oder Neubildung sind drei Fünftel der abgegebenen Stimmen, mindestens aber die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten erforderlich. Auch wenn es sich nur um Abtrennung eines Teiles eines preussischen Regierungsbezirkes, eines bayerischen Kreises oder in anderen Ländern eines entsprechenden Verwaltungsbezirkes handelt, ist der Wille der Bevölkerung des ganzen in Betracht kommenden Bezirkes festzustellen. Wenn ein räumlicher Zusammenhang des abzutrennenden Gebiets mit dem Gesamtbezirk nicht besteht, kann auf Grund eines besonderen Reichsgesetzes der Wille der Bevölkerung des abzutrennenden Gebiets als ausreichend erklärt werden.

Nach Feststellung der Zustimmung der Bevölkerung hat die Reichsregierung dem Reichstag ein entsprechendes Gesetz zur Beschlußfassung vorzulegen.

Entsteht bei der Vereinigung oder Abtrennung Streit über die Vermögensauseinandersetzung, so entscheidet hierüber auf Antrag einer Partei der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich.

Artikel 19.

Ueber Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes, in dem kein Gericht zu ihrer Erledigung besteht, sowie über Streitigkeiten nicht-privatrechtlicher Art zwischen verschiedenen Ländern oder zwischen dem Reich und einem Lande entscheidet auf Antrag eines der streitenden Teile der *S t a a t s g e r i c h t s h o f* für das Deutsche Reich, soweit nicht ein anderer Gerichtshof des Reichs zuständig ist.

Der Reichspräsident vollstreckt das Urteil des Staatsgerichtshofs.

DER REICHSTAG

Die Rechte des Reichstages sind durch die Weimarer Verfassung bedeutend erweitert worden. Der Reichstag hat jetzt ein unbeschränktes Recht der *I n i t i a t i v e* auf dem Gebiet der Reichsgesetzgebung. Er ist auch jetzt, da der Reichsrat nicht die Funktionen des Bundesrates hat, alleiniger Gesetzgeber geworden; denn er allein beschließt die Reichsgesetze. Auch auf die Führung der *a u s w ä r t i g e n P o l i t i k* hat er einen entscheidenden Einfluß gewonnen. Um alle Einseitigkeit zu vermeiden, haben aber auch andere Reichsorgane ein *V o r s c h l a g s r e c h t* für Gesetze erhalten. Der Reichsrat, die Reichsregierung und auch der Reichswirtschaftsrat können Gesetz-Entwürfe zur Beratung stellen. Sogar die Bevölkerung selbst hat bei Erfüllung gewisser Voraussetzungen das Recht der Initiative. Auch haben alle diese Organe das Recht, bei Gesetzes-Vorlagen ihre abweichende Ansicht dem Reichstag zur Kenntnis zu bringen. Es besteht auch ein *E i n s p r u c h s r e c h t* dieser Organe gegen alle Beschlüsse des Reichstages, die sogar zur Anrufung der Entscheidung des Volkes führen können. Inwieweit allerdings der *V o l k s e n t s c h e i d* bei einem so großen Volke sich praktisch durchführen läßt, muß erst die Erfahrung zeigen. Während früher die *Z e i t d e r G e s c h ä f t s t ä t i g k e i t* des Reichstages im wesentlichen vom Kaiser bestimmt wurde, ist jetzt der regelmäßige Termin seines Zusammentritts durch die Reichsverfassung festgelegt. Schluß der Tagung und Wiederzusammentritt wird jetzt allein vom Reichstag bestimmt. Das Recht einer früheren Einberufung steht nicht nur dem Präsidenten des Reichstages zu, sondern auch einem Drittel

der Reichstagsmitglieder. Alles andere ist aus den Kapiteln der Reichsverfassung über den Reichstag zu ersehen, die wir hier folgen lassen.

Artikel 20.

Der Reichstag besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volks.

Artikel 21.

Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes.

Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.

Artikel 22.

Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über zwanzig Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Der Wahltag muß ein Sonntag oder öffentlicher Ruhetag sein.

Das Nähere bestimmt das Reichswahlgesetz.

Artikel 23.

Der Reichstag wird auf vier Jahre gewählt. Spätestens am sechzigsten Tage nach ihrem Ablauf muß die Neuwahl stattfinden.

Der Reichstag tritt zum ersten Male spätestens am dreißigsten Tage nach der Wahl zusammen.

Artikel 24.

Der Reichstag tritt in jedem Jahre am ersten Mittwoch des November am Orte der Reichsregierung zusammen. Der Präsident des Reichstags muß ihn früher berufen, wenn es der Reichspräsident oder mindestens ein Drittel der Reichstagsmitglieder verlangt.

Der Reichstag bestimmt den Schluß der Tagung und den Tag des Wiedersammentritts.

Artikel 25.

Der Reichspräsident kann den Reichstag auflösen, jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlaß.

Die Neuwahl findet spätestens am sechzigsten Tage nach der Auflösung statt.

Artikel 26.

Der Reichstag wählt seinen Präsidenten, dessen Stellvertreter und seine Schriftführer. Er gibt sich seine Geschäftsordnung.

Artikel 27.

Zwischen zwei Tagungen oder Wahlperioden führen Präsident und Stellvertreter der letzten Tagung ihre Geschäfte fort.

Artikel 28.

Der Präsident übt das Hausrecht und die Polizeigewalt im Reichstagsgebäude aus. Ihm untersteht die Hausverwaltung; er verfügt über die Einnahmen und Ausgaben des Hauses nach Maßgabe des Reichshaushalts und vertritt das Reich in allen Rechtsgeschäften und Rechtstreitigkeiten seiner Verwaltung.

Artikel 29.

Der Reichstag verhandelt öffentlich. Auf Antrag von fünfzig Mitgliedern kann mit Zweidrittelmehrheit die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Artikel 30.

Wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstags, eines Landtags oder ihrer Ausschüsse bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei.

Artikel 31.

Bei dem Reichstag wird ein Wahlprüfungsgericht gebildet. Es entscheidet auch über die Frage, ob ein Abgeordneter die Mitgliedschaft verloren hat.

Das Wahlprüfungsgericht besteht aus Mitgliedern des Reichstags, die dieser für die Wahlperiode wählt, und aus Mitgliedern des Reichsverwaltungsgerichts, die der Reichspräsident auf Vorschlag des Präsidiums dieses Gerichts bestellt.

Das Wahlprüfungsgericht erkennt auf Grund öffentlicher mündlicher Verhandlung durch drei Mitglieder des Reichstags und zwei richterliche Mitglieder.

Außerhalb der Verhandlungen vor dem Wahlprüfungsgericht wird das Verfahren von einem Reichsbeauftragten geführt, den der Reichspräsident ernennt. Im übrigen wird das Verfahren von dem Wahlprüfungsgericht geregelt.

Artikel 32.

Zu einem Beschlusse des Reichstags ist einfache Stimmenmehrheit erforderlich, sofern die Verfassung kein anderes Stimmenverhältnis vorschreibt. Für die vom Reichstag vorzunehmenden Wahlen kann die Geschäftsordnung Ausnahmen zulassen.

Die Beschlussfähigkeit wird durch die Geschäftsordnung geregelt.

Artikel 33.

Der Reichstag und seine Ausschüsse können die Anwesenheit des Reichskanzlers und jedes Reichsministers verlangen.

Der Reichskanzler, die Reichsminister und die von ihnen bestellten Beauftragten haben zu den Sitzungen des Reichstags und seiner Ausschüsse Zutritt. Die Länder sind berechtigt, in diese Sitzungen Bevollmächtigte zu entsenden, die den Standpunkt ihrer Regierung zu dem Gegenstande der Verhandlung darlegen.

Auf ihr Verlangen müssen die Regierungsvertreter während der Beratung, die Vertreter der Reichsregierung auch außerhalb der Tagesordnung gehört werden.

Sie unterstehen der Ordnungsgewalt des Vorsitzenden.

Artikel 34.

Der Reichstag hat das Recht und auf Antrag von einem Fünftel seiner Mitglieder die Pflicht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Diese Ausschüsse erheben in öffentlicher Verhandlung die Beweise, die sie oder die Antragsteller für erforderlich erachten. Die Öffentlichkeit kann vom Untersuchungsausschuß mit Zweidrittelmehrheit ausgeschlossen werden. Die Geschäftsordnung regelt das Verfahren des Ausschusses und bestimmt die Zahl seiner Mitglieder.

Die Gerichte und Verwaltungsbehörden sind verpflichtet, dem Ersuchen dieser Ausschüsse um Beweiserhebungen Folge zu leisten; die Akten der Behörden sind ihnen auf Verlangen vorzulegen.

Auf die Erhebungen der Ausschüsse und der von ihnen ersuchten Behörden finden die Vorschriften der Strafprozeßordnung sinngemäße Anwendung, doch bleibt das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis unberührt.

Artikel 35.

Der Reichstag bestellt einen ständigen Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, der auch außerhalb der Tagung des Reichstags und nach der Beendigung der Wahlperiode oder der Auflösung des Reichstags bis zum Zusammentritte des neuen Reichstags tätig werden kann. Die Sitzungen dieses Ausschusses sind nicht öffentlich, wenn nicht der Ausschuß mit Zweidrittelmehrheit die Öffentlichkeit beschließt.

Der Reichstag bestellt ferner zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung für die Zeit außerhalb der Tagung und nach Beendigung einer Wahlperiode einen ständigen Ausschuß.

Diese Ausschüsse haben die Rechte von Untersuchungsausschüssen.

Artikel 36.

Kein Mitglied des Reichstags oder eines Landtags darf zu irgendeiner Zeit, wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs getanen Äußerungen gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

Artikel 37.

Kein Mitglied des Reichstags oder eines Landtags kann ohne Genehmigung des Hauses, dem der Abgeordnete angehört, während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, es sei denn, daß das Mitglied bei Ausübung der Tat oder spätestens im Laufe des folgenden Tages festgenommen ist.

Die gleiche Genehmigung ist bei jeder anderen Beschränkung der persönlichen Freiheit erforderlich, die die Ausübung des Abgeordnetenberufs beeinträchtigt.

Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied des Reichstags oder eines Landtags und jede Haft oder sonstige Beschränkung seiner persönlichen Freiheit wird auf Verlangen des Hauses, dem der Abgeordnete angehört, für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.

Artikel 38.

Die Mitglieder des Reichstags und der Landtage sind berechtigt, über Personen, die ihnen in ihrer Eigenschaft als Abgeordneten Tatsachen anvertrauen, oder denen sie in Ausübung ihres Abgeordnetenberufs solche anvertraut haben, sowie über diese Tatsachen selbst das Zeugnis zu verweigern. Auch in Beziehung auf Beschlagnahme von Schriftstücken stehen sie den Personen gleich, die ein gesetzliches Zeugnisverweigerungsrecht haben.

Eine Durchsuchung oder Beschlagnahme darf in den Räumen des Reichstags oder eines Landtags nur mit Zustimmung des Präsidenten vorgenommen werden.

Artikel 39.

Beamte und Angehörige der Wehrmacht bedürfen zur Ausübung ihres Amtes als Mitglieder des Reichstags oder eines Landtags keines Urlaubs.

Bewerben sie sich um einen Sitz in diesen Körperschaften, so ist ihnen der zur Vorbereitung ihrer Wahl erforderliche Urlaub zu gewähren.

Artikel 40.

Die Mitglieder des Reichstags erhalten das Recht zur freien Fahrt auf allen deutschen Eisenbahnen sowie Entschädigung nach Maßgabe eines Reichsgesetzes.

DER REICHSPRÄSIDENT

Nichts machte der gesamten Bevölkerung die völlige Umwälzung deutlicher als die Tatsache, daß an Stelle des erblichen Trägers der Krone ein gewähltes Staatsoberhaupt trat, das in seiner Person die Reichsgewalt verkörperte. Mit keiner führenden Persönlichkeit des neuen Deutschland hat sich die Volksmeinung und der Volkswitz so stark und so lange beschäftigt wie mit dem ersten Reichspräsidenten. Von seiner staatsrechtlichen Stellung aber weiß kaum einer etwas. Man vergleicht die Stellung des deutschen Reichspräsidenten oft mit der des Präsidenten der Vereinigten Staaten oder der des französischen Präsidenten. Beides ist falsch. In Amerika sind Träger der Staatsgewalt zwei nebeneinander stehende vom Volk gewählte Organe: das Parlament, das lediglich gesetzgeberische Funktionen hat, und der Präsident, der die Regierungsgewalt ausübt. Er ist sein eigener Ministerpräsident und ist in Regierungsfragen vom Parlament unabhängig. In Frankreich vertritt die Volkssouveränität allein das Parlament. Hier ist der Präsident nur formelles, repräsentatives Staatsoberhaupt ohne irgendwelche selbständigen Rechte. In der deutschen Republik ist die Reichsgewalt geteilt. Zwar ist der Reichstag ihr wichtigstes Organ; denn er hat die gesamte Gesetzgebungsgewalt und die ständige Kontrolle über alle Regierungshandlungen. Aber neben ihm steht, ganz unabhängig vom Parlament mit besonderen Rechten der Reichspräsident, der vom gesamten Volke auf 7 Jahre gewählt wird. Gewählt ist, wer im ersten Wahlgang mehr als die Hälfte aller Stimmen oder im zweiten die meisten Stimmen erhält. Zur Reichsregierung hat er kein näheres Ver-

hältnis; er kann sie nur ernennen oder abberufen. Diese aber braucht, um tätig zu sein, das ausdrücklich betonte Vertrauen des Reichstages. Der Reichspräsident ist kein Beamter des Reiches, sondern er verkörpert selbst die Reichsgewalt. Auf die Leitung und Richtung der Politik einzuwirken, hat er formal keine Rechte. Doch wird ein kluger Politiker in dieser Stellung, da ja die Auswahl der Männer, die die Regierung führen, in seiner Hand liegt, immer einen starken Einfluß ausüben. Der Reichspräsident ist auch absetzbar. Aber die Sache ist ziemlich schwierig. Erst muß sich der Reichstag mit zwei Drittel Mehrheit für die Absetzung aussprechen und ein allgemeiner Volksentscheid diesem Beschlusse zustimmen. Fällt der Volksentscheid zugunsten des Präsidenten aus, so ist damit automatisch der Reichstag sofort aufgelöst und der Präsident auf weitere 7 Jahre wiedergewählt. Der Reichspräsident kann auch jeder Zeit den Reichstag auflösen, allerdings in derselben Sache nur einmal. Auch eine ganze Reihe anderer Rechte hat er von dem früheren Kaiser übernommen. Er hat den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht, er vertritt das Reich nach außen, kann Verträge und Bündnisse abschließen, er ernennt die Beamten und Offiziere und hat ein weitgehendes Verordnungsrecht. Er kann sogar die einzelnen Bundesstaaten mit Waffengewalt zur Erfüllung ihrer Pflichten gegen das Reich erzwingen. Dem Volke gegenüber ist er allein verantwortlich. Bei schuldhafter Verletzung der Reichsverfassung kann ihn der Reichstag beim Staatsgerichtshof anklagen. Die Einrichtung eines Vizepräsidenten wie in Amerika besteht bei uns nicht.

Der Reichspräsident leistet bei der Übernahme seines Amtes vor dem Reichstag folgenden Eid:

Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die Gesetze des Reichs wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.

Die Beifügung einer religiösen Beteuerung ist zulässig.

Der Reichspräsident darf nicht zugleich Mitglied des Reichstages sein. Er übt für das Reich das Begnadigungsrecht aus. Reichs-

amnestien bedürfen aber eines Reichsgesetzes. Im Falle der Behinderung wird der Reichspräsident durch den Reichskanzler vertreten. Dauert die Behinderung längere Zeit, so muß die Vertretung durch ein Reichsgesetz geregelt werden. Das Gleiche gilt für den Fall einer vorzeitigen Erledigung der Präsidentschaft bis zur Durchführung der neuen Wahl.

Die Nationalversammlung hatte Friedrich Ebert nur vorläufig zum Reichspräsidenten gewählt. Die endgültige Wahl sollte Ende 1922 stattfinden. Aber in Rücksicht auf die schwere Not der Zeit beschloß der Reichstag am 24. Oktober 1922, den zweiten Satz des § 180 der Reichsverfassung, wie folgt, abzuändern:

„Der von der Nationalversammlung gewählte Reichspräsident führt sein Amt bis zum 30. Juni 1925.“

Der Antrag wurde mit 314 von 390 abgegebenen Stimmen beschlossen, also mit einer ganz überwiegenden Mehrheit, die die in der Verfassung vorgeschriebenen zwei Drittel weit übertrifft. Die Minderheit bestand aus den Deutsch-Nationalen und den Kommunisten. Dieser Reichstagsbeschuß beendet das bisherige Provisorium der Ebert'schen Reichspräsidentschaft. Von jetzt ab übt Reichspräsident Ebert sein hohes Amt auf Grund der Reichsverfassung aus. Während die Sitzung noch fortbauerte, begaben sich der Reichstagspräsident Löbe, und die Vizepräsidenten Dietrich, Bell, Dittmann und Kießer zum Reichspräsidenten, um ihn in feierlicher Form von diesem Beschuß in Kenntnis zu setzen.

DER REICHSKANZLER UND DIE REICHSREGIERUNG

Die Stellung des Reichskanzlers, die auch in der Weimarer Verfassung viel von der staatsrechtlichen Eigenart der von Bismarck für sich selbst geschaffenen Position behalten hat, ist an sich und in ihrem Verhältnis zu den Reichsministern dort so klar gezeichnet, daß man für ihre Schilderung keine besseren Worte finden kann. Wir lassen darum die betreffenden Artikel der Verfassung hier folgen.

Artikel 52.

Die Reichsregierung besteht aus dem Reichskanzler und den Reichsministern.

Artikel 53.

Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen.

Artikel 54.

Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.

Artikel 55.

Der Reichskanzler führt den Vorsitz in der Reichsregierung und leitet ihre Geschäfte nach einer Geschäftsordnung, die von der Reichsregierung beschlossen und vom Reichspräsidenten genehmigt wird.

Artikel 56.

Der Reichskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür gegenüber dem Reichstag die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Reichsminister den ihm anvertrauten Geschäftszweig selbständig und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Reichstag.

Artikel 57.

Die Reichsminister haben der Reichsregierung alle Gesetzesentwürfe, ferner Angelegenheiten, für welche Verfassung oder Gesetz dieses vorschreiben, sowie Meinungsverschiedenheiten über Fragen, die den Geschäftsbereich mehrerer Reichsminister berühren, zur Beratung und Beschlufsfassung zu unterbreiten.

Artikel 58.

Die Reichsregierung faßt ihre Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Artikel 59.

Der Reichstag ist berechtigt, den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Reichsminister vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anzuklagen, daß sie schuldhafterweise die Reichsverfassung oder ein Reichsgesetz verletzt haben. Der Antrag auf Erhebung der Anklage muß von mindestens 100 Mitgliedern des Reichstages unterzeichnet sein und bedarf der Zustimmung der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit. Das Nähere regelt das Reichsgesetz über den Staatsgerichtshof.

DER REICHSRAT

Der Reichsrat hat mit seinem Vorgänger, den Bundesrat, den rechtlichen Grundcharakter gemeinsam. Beide sind förderative Organe. Sie vertreten die einzelnen Länder in der Zentralgewalt des Reiches. Aber mit der Erklärung der Souveränität des Volkes mußte der Machtbereich dieses förderativen Organs wesentlich eingeschränkt werden. Der Bundesrat konnte Beschlüsse von weittragender Bedeutung fassen, er übte die den verbündeten Regierungen zustehende Reichsgewalt aus. Der Reichsrat dagegen kann in maßgebenden Angelegenheiten des Reichs überhaupt keine Beschlüsse allein fassen, er ist lediglich ein mitwirkendes Organ in Gesetzgebung und Verwaltung. Die schwache Stellung des Reichsrates ist vielfach angegriffen worden. Man hat vorgeschlagen nach amerikanischem und schweizerischem Muster aus ihm eine Art von „Erster Kammer“, ein Staatenhaus, zu machen. Dagegen spricht, daß ein aus Wahlen der Landtage hervorgegangener Reichsrat in seiner Zusammensetzung und in seinem Kräfteverhältnis sich wahrscheinlich vom Reichstag nicht sehr unterscheiden würde. Dann würden in ihm die politischen Kämpfe des Parlaments nur eine Art von Wiederholung finden. Bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichsrates können die Vertreter der Landesregierungen mehr die sachlichen Interessen der Länder zur Geltung bringen. Ein Staatenhaus könnte sich übrigens auch nicht an der Verwaltung des Reiches beteiligen. Die Arbeit des Reichsrates ist dadurch vereinfacht, daß nicht mehr wie im Bundesrat Vertreter der Regierungen sitzen, die deren Instruktionen zu vertreten haben, sondern die Mitglieder der Landesregierungen selbst. Eine vielumstrittene Ausnahme bildet Preußen, das die Hälfte seiner Vertreter durch die Provinzverwaltungen bestellen lassen muß. Alles weitere ergibt sich leicht aus den Artikeln der Verfassung, die vom Reichsrat handeln. Sie lauten:

Artikel 60.

Zur Vertretung der deutschen Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs wird ein Reichsrat gebildet.

Artikel 61.

Im Reichsrat hat jedes Land mindestens eine Stimme. Bei den größeren Ländern entfällt auf eine Million Einwohner eine Stimme. Ein Ueberschuß, der mindestens der Einwohnerzahl des kleinsten Landes gleichkommt, wird einer vollen Million gleichgerechnet. Kein Land darf durch mehr als zwei Fünftel aller Stimmen vertreten sein.

Deutschösterreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit der seiner Bevölkerung entsprechenden Stimmenzahl. Bis dahin haben die Vertreter Deutschösterreichs beratende Stimme.

Die Stimmenzahl wird durch den Reichsrat nach jeder allgemeinen Volkszählung neu festgesetzt.

Artikel 62.

In den Ausschüssen, die der Reichsrat aus seiner Mitte bildet, führt kein Land mehr als eine Stimme.

Artikel 63.

Die Länder werden im Reichsrat durch Mitglieder ihrer Regierungen vertreten. Jedoch wird die Hälfte der preussischen Stimmen nach Maßgabe eines Landesgesetzes von den preussischen Provinzialverwaltungen bestellt.

Die Länder sind berechtigt, so viele Vertreter in den Reichsrat zu entsenden, wie sie Stimmen führen.

Artikel 64.

Die Reichsregierung muß den Reichsrat auf Verlangen von einem Drittel seiner Mitglieder einberufen.

Artikel 65.

Den Vorsitz im Reichsrat und in seinen Ausschüssen führt ein Mitglied der Reichsregierung. Die Mitglieder der Reichsregierung haben das Recht und auf Verlangen die Pflicht, an den Verhandlungen des Reichsrats und seiner Ausschüsse teilzunehmen. Sie müssen während der Beratung auf Verlangen jederzeit gehört werden.

Artikel 66.

Die Reichsregierung sowie jedes Mitglied des Reichsrats sind befugt, im Reichsrat Anträge zu stellen.

Der Reichsrat regelt seinen Geschäftsgang durch eine Geschäftsordnung.

Die Vollsitzungen des Reichsrats sind öffentlich. Nach Maßgabe der Geschäftsordnung kann die Öffentlichkeit für einzelne Beratungsgegenstände ausgeschlossen werden.

Bei der Abstimmung entscheidet die einfache Mehrheit der Abstimmenden.

Artikel 67.

Der Reichsrat ist von den Reichsministerien über die Führung der Reichsgeschäfte auf dem Laufenden zu halten. Zu Beratungen über wichtige Gegenstände sollen von den Reichsministerien die zuständigen Ausschüsse des Reichsrats zugezogen werden.

GRUNDRECHTE UND GRUNDPFLICHTEN DER DEUTSCHEN

Von den übrigen Teilen der Verfassung, die sich mit der Reichsgesetzgebung, der Reichsverwaltung, der Rechtspflege, der Religion und den Religionsgesellschaften, Bildung und Schule, und dem Wirtschaftsleben befassen, soll hier lediglich auf die Grundrechte und Grundpflichten jedes Deutschen und das sogenannte Beamtenrecht eingegangen werden. Einer Erläuterung bedürfen die klaren Artikel kaum.

Rechte und Pflichten der Einzelperson.

Artikel 109.

Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.

Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.

Öffentlichrechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufzuheben. Abelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden.

Titel dürfen nur verliehen werden, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen; akademische Grade sind hierdurch nicht betroffen.

Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden.

Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Titel oder Orden annehmen.

Artikel 110.

Die Staatsangehörigkeit im Reich und in den Ländern wird nach den Bestimmungen eines

Reichsgesetzes erworben und verloren. Jeder Angehörige eines Landes ist zugleich Reichsangehöriger.

Jeder Deutsche hat in jedem Land des Reichs die gleichen Rechte und Pflichten wie die Angehörigen des Landes selbst.

Artikel 111.

Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Reich. Jeder hat das Recht, sich an beliebigem Orte des Reichs aufzuhalten und niederzulassen, Grundstücke zu erwerben und jeden Nahrungsweig zu betreiben. Einschränkungen bedürfen eines Reichsgesetzes.

Artikel 112.

Jeder Deutsche ist berechtigt, nach außerdeutschen Ländern auszuwandern. Die Auswanderung kann nur durch Reichsgesetz beschränkt werden.

Dem Ausland gegenüber haben alle Reichsangehörigen inner- und außerhalb des Reichsgebiets Anspruch auf den Schutz des Reichs.

Kein Deutscher darf einer ausländischen Regierung zur Verfolgung oder Bestrafung ausgeliefert werden.

Artikel 113.

Die fremdsprachigen Volksteile des Reichs dürfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in ihrer freien, volkstümlichen Entwicklung, besonders nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterricht, sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtspflege beeinträchtigt werden.

Artikel 114.

Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Eine Beeinträchtigung oder Entziehung der persönlichen Freiheit durch die öffentliche Gewalt ist nur auf Grund von Gesetzen zulässig.

Personen, denen die Freiheit entzogen wird, sind spätestens am darauffolgenden Tage in Kenntnis zu setzen, von welcher Behörde und aus welchen Gründen die Entziehung der Freiheit angeordnet worden ist; unverzüglich soll ihnen Gelegenheit gegeben werden, Einwendungen gegen ihre Freiheitsentziehung vorzubringen.

Artikel 115.

Die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistätte und unverletzlich. Ausnahmen sind nur auf Grund von Gesetzen zulässig.

Artikel 116.

Eine Handlung kann nur dann mit einer Strafe belegt werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde.

Artikel 117.

Das Briefgeheimnis sowie das Post-Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis sind unverletzlich. Ausnahmen können nur durch Reichsgesetz zugelassen werden.

Artikel 118.

Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Rechte darf ihn kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht.

Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schausstellungen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig.

Das Gemeinschaftsleben.

Artikel 119.

Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Sie beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter.

Die Reinerhaltung, Gesundung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staats und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge.

Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staats.

Artikel 120.

Die Erziehung des Nachwuchses zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit ist die oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern, über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft wacht.

Artikel 121.

Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen

für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 122.

Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung zu schützen. Staat und Gemeinde haben die erforderlichen Einrichtungen zu treffen.

Für Sorge maßregeln im Wege des Zwanges können nur auf Grund des Gesetzes angeordnet werden.

Artikel 123.

Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln.

Versammlungen unter freiem Himmel können durch Reichsgesetz anmeldepflichtig gemacht und bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden.

Artikel 124.

Alle Deutschen haben das Recht, zu Zwecken die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden. Dies Recht kann nicht durch Vorbeugungsmaßregeln beschränkt werden. Für religiöse Vereine und Gesellschaften gelten dieselben Bestimmungen.

Der Erwerb der Rechtsfähigkeit steht jedem Verein gemäß den Vorschriften des bürgerlichen Rechts frei. Er darf einem Verein nicht aus dem Grunde versagt werden, daß er einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck verfolgt.

Artikel 125.

Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis sind gewährleistet. Das Nähere bestimmen die Wahlgesetze.

Artikel 126.

Jeder Deutsche hat das Recht, sich schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständige Behörde oder an die Volksvertretung zu wenden. Dieses Recht kann sowohl von einzelnen als auch von mehreren gemeinsam ausgeübt werden.

Rechte und Pflichten der Beamten.

Die Grundlage alles Beamtenrechtes bilden die folgenden Artikel der Reichsverfassung:

Artikel 128.

Alle Staatsbürger ohne Unterschied sind nach Maßgabe der Gesetze und ent-

sprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen.

Alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt.

Die Grundlagen des Beamtenverhältnisses sind durch Reichsgesetz zu regeln.

Artikel 129.

Die Anstellung der Beamten erfolgt auf Lebenszeit, soweit nicht durch Gesetz etwas anderes bestimmt ist. Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung werden gesetzlich geregelt. Die wohlverworbenen Rechte der Beamten sind unverletzlich. Für die vermögensrechtlichen Ansprüche der Beamten steht der Rechtsweg offen.

Die Beamten können nur unter den gesetzlich bestimmten Voraussetzungen und Formen vorläufig ihres Amtes enthoben, einstweilen oder endgültig in den Ruhestand oder in ein anderes Amt mit geringerem Gehalt versetzt werden.

Gegen jedes dienstliche Straferkenntnis muß ein Beschwerdeweg und die Möglichkeit eines Wiederaufnahmeverfahrens eröffnet sein. In die Nachweise über die Person des Beamten sind Eintragungen von ihm ungünstigen Tatsachen erst vorzunehmen, wenn dem Beamten Gelegenheit gegeben war, sich über sie zu äußern. Dem Beamten ist Einsicht in seine Personalsachweise zu gewähren.

Die Unverletzlichkeit der wohlverworbenen Rechte und die Offenhaltung des Rechtswegs für die vermögensrechtlichen Ansprüche werden besonders auch den Berufs Soldaten gewährleistet. Im übrigen wird ihre Stellung durch Reichsgesetz geregelt.

Artikel 130.

Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei.

Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet.

Die Beamten erhalten nach näherer reichsgesetzlicher Bestimmung besondere Beamtenvertretungen.

Artikel 131.

Verlegt ein Beamter in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt die ihm einem

Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienste der Beamte steht. Der Rückgriff gegen den Beamten bleibt vorbehalten. Der ordentliche Rechtsweg darf nicht ausgeschlossen werden.

Die nähere Regelung liegt der zuständigen Gesetzgebung ob.

Artikel 132.

Jeder Deutsche hat nach Maßgabe der Gesetze die Pflicht zur Uebernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten.

Artikel 133.

Alle Staatsbürger sind verpflichtet, nach Maßgabe der Gesetze persönliche Dienste für den Staat und die Gemeinde zu leisten.

Die Wehrpflicht richtet sich nach den Bestimmungen des Reichswehrgesetzes. Dieses bestimmt auch, wie weit für Angehörige der Wehrmacht zur Erfüllung ihrer Aufgaben und zur Erhaltung der Manneszucht einzelne Grundrechte einzuschränken sind.

VOLKSENTSCHEID UND VOLKSBEGEHREN

Etwas ganz neues bringt die Weimarer Verfassung mit der Einführung des Volksentscheids und des Volksbegehrens. Der Volksentscheid soll eine Möglichkeit geben, die große Macht des Reichstags in Fällen, in denen die Wählerschaft anderer Meinung ist als ihre Vertreter, einzuschränken. Das Volksbegehren der Weimarer Verfassung geht noch über das der Schweizer Bundesverfassung hinaus, daß es auch bei gewöhnlichen Gesetzen möglich ist. Aber das Volksbegehren hat bedeutende Fesseln, damit dieses recht kostspielige letzte Mittel nur im äußersten Notfall angewandt wird. Einmal muß ein vollständig ausgearbeiteter Gesetzentwurf vorliegen, und dann ist die Zahl derer, die den Antrag unterstützen müssen, sehr hoch gegriffen. Mindestens ein Zehntel der Stimmberechtigten muß den Antrag stellen. Nehmen wir die Zahl der Stimmberechtigten niedrig mit 35 Millionen an, so müssen 3½ Millionen Stimmen gesammelt werden, ehe eine Volksabstimmung möglich ist. Günstiger ist die Unterstützungs-

ziffer beim Volksentscheid bei Aussetzung der Verkündung eines Gesetzes auf Antrag von mindestens einem Drittel des Reichstages, da genügt ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten. Aber auch diese Zahl ist so groß, daß sie nur mit erheblichen Geldopfern zusammenzubringen sein dürfte. Der deutsche Volksentscheid ist zum Unterschied von dem schweizerischen nicht obligatorisch bei Verfassungsänderungen; er ist immer an gewisse Voraussetzungen gebunden. Er findet statt, wenn ein Volksbegehren keine unveränderte Annahme im Reichstage findet, wenn, wie schon oben erwähnt, auf Antrag eines Drittels des Reichstages die Verkündung eines Gesetzes ausgesetzt wird und ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten ihn verlangt, wenn der Reichspräsident ihn über ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz binnen 1 Monat anruft, wenn ein Gesetz nach Einspruch des Reichsrats zum zweiten Male vom Reichstag und zwar mit zwei Drittel Mehrheit angenommen wurde, der Reichspräsident es aber nicht verkünden will, wenn der Reichstag eine vom Reichsrat beanstandete Verfassungsänderung zum zweiten Male annimmt und der Reichsrat binnen zwei Wochen den Volksentscheid verlangt und schließlich, wenn der Reichstag die Absetzung des Reichspräsidenten beantragt. Man sieht, daß der Reichstag, dessen Rechte der Volksentscheid einschränken soll, bei dessen Zustandekommen, ein gewichtiges Wort mitzusprechen hat. Der Reichspräsident wird auch kaum wagen, gegen den Willen des Reichstages an das Volk zu appellieren. Ist einmal eine so große Spannung zwischen dem Staatsoberhaupt und dem Parlament entstanden, so wird er wohl eher zu einer Reichstagsauflösung greifen. Zum mindesten zuerst. Hat dann das Ergebnis der Neuwahlen gegen den Präsidenten entschieden, so wird ein Volksentscheid auch nicht günstiger für ihn ausfallen. Volksentscheid und Volksbegehren dürften also praktisch keine allzu große Rolle spielen. Die betreffenden Artikel der Reichsverfassung lauten:

Artikel 73.

Ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz ist vor seiner Verkündung zum Volksentscheid zu bringen, wenn der Reichspräsident binnen eines Monats es bestimmt.

Ein Gesetz, dessen Verkündung auf Antrag von mindestens einem Drittel des Reichstages

ausgesetzt ist, ist dem Volksentscheid zu unterbreiten, wenn ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten es beantragt.

Ein Volksentscheid ist ferner herbeizuführen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzesentwurfs stellt. Dem Volksbegehren muß ein ausgearbeiteter Gesetzesentwurf zugrunde liegen. Er ist von der Regierung unter Vorlegung ihrer Stellungnahme dem Reichstag zu unterbreiten. Der Volksentscheid findet nicht statt, wenn der begehrte Gesetzesentwurf im Reichstag unverändert angenommen worden ist.

Ueber den Haushaltsplan, über Abgabengesetze und Besoldungsordnungen kann nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen.

Das Verfahren beim Volksentscheid regelt ein Reichsgesetz.

Artikel 74.

Gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze steht dem Reichsrat der Einspruch zu.

Der Einspruch muß innerhalb zweier Wochen nach der Schlußabstimmung im Reichstag bei der Reichsregierung eingebracht und spätestens binnen zwei weiteren Wochen mit Gründen versehen werden.

Im Falle des Einspruchs wird das Gesetz dem Reichstag zur nochmaligen Beschlußfassung vorgelegt. Kommt hierbei keine Uebereinstimmung zwischen Reichstag und Reichsrat zustande, so kann der Reichspräsident binnen drei Monaten über den Gegenstand der Meinungsverschiedenheit einen Volksentscheid anordnen. Macht der Präsident von diesem Rechte keinen Gebrauch, so gilt das Gesetz als nicht zustande gekommen. Hat der Reichstag mit Zweidrittelmehrheit entgegen dem Einspruch des Reichsrats beschlossen, so hat der Präsident das Gesetz binnen drei Monaten in der vom Reichstag beschlossenen Fassung zu verkünden oder einen Volksentscheid anzuordnen.

Artikel 75.

Durch den Volksentscheid kann ein Beschluß des Reichstages nur dann außer Kraft gesetzt werden, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt.

Artikel 76.

Die Verfassung kann im Wege der Gesetzgebung geändert werden. Jedoch kommen

Beschlüsse des Reichstages auf Abänderung der Verfassung nur zustande, wenn zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend sind und wenigstens zwei Drittel der Anwesenden zustimmen. Auch Beschlüsse des Reichsrats auf Abänderung der Verfassung bedürfen einer Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen. Soll auf Volksbegehren durch Volks-

entscheid eine Verfassungsänderung beschlossen werden, so ist die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich.

Hat der Reichstag entgegen dem Einspruch des Reichsrats eine Verfassungsänderung beschlossen, so darf der Reichspräsident dieses Gesetz nicht verkünden, wenn der Reichsrat binnen zwei Wochen den Volksentscheid verlangt.

DER PARLAMEN TARISMUS

Das Wort Parlamentarismus ist in diesem Buche schon verschiedentlich gefallen, ohne daß es möglich war, näher auf den Begriff einzugehen. Wir, die wir in einem parlamentarisch regierten Staate leben, müssen aber eine gewisse Vorstellung davon haben, was Parlamentarismus ist. Mit Erklärungen ist da nicht viel getan. Am klarsten wird sein Wesen, wenn wir seine Entstehung betrachten. Eine eingehende Schilderung der Entwicklungsgeschichte des Parlamentarismus kann hier natürlich nicht gegeben werden. Wir müssen uns damit begnügen, sein Werden in seinem Geburtslande England zu verfolgen und seine kürzere Geschichte in Frankreich und in Deutschland zu betrachten.

DIE ENTWICKLUNG DES PARLAMEN TARISMUS IN ENGLAND

England ist nicht nur das Mutterland, sondern auch das Musterland des Parlamentarismus. Alles, was England in dieser Beziehung geschaffen: das Zweikammersystem, die aus Wahlen hervorgehende Volksvertretung, das Recht der Steuerbewilligung, der Gesetzgebung und der Kontrolle der Verwaltung ist für alle Volksvertretungen der Folgezeit vorbildlich gewesen. Ansätze zum Parlamentarismus hat es in England schon in sehr früher Zeit gegeben. Die Mitglieder der Hofstage nahmen seit alten Zeiten an der Gesetzgebung und der Verwaltung teil, allerdings nur mit beratender Stimme. Aber der 1215 von Johann ohne Land mit den rebellischen Baronen geschlossene Vertrag, die berühmte Magna Charta, enthält bereits eines der wichtigsten beschließenden Rechte einer Volksvertretung, denn er macht die Erhebung der Steuern von der Zustimmung der Reichsver-

sammlung abhängig. Zu dieser Reichsversammlung wurden die Prälaten und die großen weltlichen Barone durch königliches Schreiben persönlich eingeladen, die weniger bedeutenderen Mitglieder lud der Sheriff. Schon da also eine nicht gleichmäßige Behandlung der Mitglieder. Die Stände haben sich dieses Recht der Steuerbewilligung formal nie wieder entreißen lassen, wenn es auch Zeiten gab, in denen es keine praktische Bedeutung hatte. Das Geldbedürfnis der Könige erweiterte den Umfang der Reichsversammlung. Die Grafschaften und wenig später auch die Städte wurden eingeladen, Vertreter zu wählen und in die Reichsversammlung zu entsenden. Schon im 13. Jahrhundert wohnten solche gewählten Vertreter den Verhandlungen der Reichsversammlung bei. Deutlich kann man bereits zwei Gruppen unterscheiden. Die eine hat Sitz und Stimme in der Versammlung durch das Amt (Geistliche) oder durch Geburt (der hohe Adel), die andere umfaßt die gewählten Vertreter der Grafschaften und Städte. So war in diesem ersten Parlament die spätere Teilung in ein Ober- und Unterhaus, in ein Haus der Lords und eins der Gemeinen schon gegeben. Als man später zum Zweikammersystem überging, hat man das sicher nicht in Rücksicht auf die Möglichkeit dieser Einrichtung getan, sondern weil sich diese Gruppierung ganz zwangsläufig ergab.

Bald gewann das Parlament ein neues Recht. Das Recht auf Petitionen. Da man das Recht der Steuerbewilligung hatte, konnte man nun diese von der Erfüllung der vorgebrachten Bitten abhängig machen. Die Vertreter des Oberhauses befähigte Amt und Erziehung dazu entscheidend an den Regierungsgeschäften teilzunehmen. Den Mitgliedern des Unterhauses war die in den Grafschaften und

Städten durchgeführte Selbstverwaltung meist eine gute Vorstufe gewesen. In der äußeren Form und der Zusammensetzung des Parlaments hat sich in den folgenden Jahrhunderten nur wenig geändert. Dagegen war der Einfluß sehr verschieden, den das Parlament zu den verschiedenen Zeiten auf die Regierungshandlungen gehabt hat. Schon in den Rosenkriegen sank das Parlament zur völligen Bedeutungslosigkeit herab gegenüber der siegreichen Dynastie. Noch geringer wurde sein Einfluß, als die Tudors zur Herrschaft kamen, die das grenzenlose Vertrauen des Volks besaßen und die die Handlungen des Parlamentes bestimmten, ohne es erst um seine Meinung zu fragen. Die Tudors waren aber klug genug, äußerlich die Form und die Rechte des Parlamentes nicht anzutasten. Als dann die Stuarts den Thron bestiegen, versuchten sie auch in der Form absolut zu regieren. Karl I. hat 11 Jahre lang die Regierungsgeschäfte geführt, ohne sich um das Parlament im geringsten zu kümmern. Als er es dann brauchte, und sich seiner Mitwirkung bedienen wollte, da war es zu spät.

Die Revolution schaffte das Oberhaus ab und ließ nur das Unterhaus bestehen. Dieses sollte den Bestimmungen nach eine reine Parlaments-Herrschaft führen. Aber das Parlament, das vor 8 Jahren gewählt worden war, war überhaupt nicht mehr vollständig vorhanden. Der kleine Rest der Mitglieder führte eine Art von Oligarchenherrschaft, die zu stürzen Cromwell nicht schwer wurde. Cromwell erkannte das Parlament wieder an, und zwar in seinen beiden Teilen. Und er gab den beiden Häusern auch große Rechte. In Wirklichkeit aber war seine Herrschaft eine reine Militärdiktatur. Als das Parlament ihm gegenüber eigene Ansichten vertreten wollte, wurde es einfach nach Hause geschickt. Bald nach Cromwells Tode führten die Stuarts wieder daszepter, aber nicht lange mit Glück. Als Jakob II. vertrieben war, und Wilhelm von Oranien als sein Schwiegersohn zum englischen König gekrönt wurde, da mußte er sich 1688 auf die Bill of Rights verpflichten, die in England das konstitutionelle Königtum einführt. Das Parlament bekam jetzt neben dem Recht der Steuerbewilligung auch das Recht der Gesetzgebung, das Unterhaus ging nur aus Wahlen hervor und kein Parla-

mentsmitglied konnte wegen Äußerungen, die es in Ausübung seines Mandates getan hatte, zur Rechenschaft gezogen werden. Es begann nun eine parlamentarische Herrschaft des Unterhauses, die nur dadurch möglich wurde, daß es in ihm nur zwei große Parteien gab. Die eine Partei waren die Whigs, die das Recht des Widerstandes und ein freies Kirchentum verfochten und größere parlamentarische Rechte haben wollten, (die heutigen Liberalen), die anderen die Tories, die treu zur Staatskirche standen, für passiven Gehorsam und ein stärkeres Königtum eintraten (die heutigen Konservativen oder Unionisten). Der König war von nun ab gezwungen, immer auf die Mehrheit im Unterhaus Rücksicht zu nehmen, auch bei der Wahl seiner Minister. Und so kam es, daß in der Folgezeit immer Torie- und Whig-Ministerien miteinander abwechselten, je nachdem die Tories oder die Whigs die Mehrheit im Unterhaus hatten. Seitdem das Haus Hannover die Krone trägt (1714), hat es nur noch Parteikabinette gegeben.

Die Macht des Königs wurde immer mehr eingeschränkt. An sich ist die Zustimmung des Königs für jedes Gesetz notwendig. Aber zum letzten Male versagte die Zustimmung im Jahre 1708 die Königin Anna und seitdem kein Herrscher Englands wieder. Damit hatte die Krone aufgehört, ein Faktor der Gesetzgebung zu sein. Man hatte die Regierung als Kabinett bezeichnet, weil sich ihre Mitglieder unter dem Vorsitz des Königs in dessen Kabinett zu versammeln pflegten. Mithin aber entzog sich das Kabinett immer mehr dem Einflusse der Krone, indem es — schon zu Zeiten der Königin Anna — allein für sich beriet und selbständig mit dem Parlament verhandelte. Der Ministerrat hatte bald nur noch den Namen des königlichen Kabinetts behalten, in dem er sich sonst zu versammeln pflegte. Zwar blieb die Regierung vom König abhängig, da sie von ihm ernannt wurde und auch von ihm wieder abberufen werden konnte. Aber dem Parlament gegenüber, das Anklage erheben und die Todesstrafe verhängen konnte, war er verantwortlich. Es war ganz selbstverständlich, daß bei dieser Sachlage der Einfluß des Königs immer geringer wurde. Äußerlich kam das dadurch zum Ausdruck, daß an Stelle des Königs ein Premierminister nicht nur den Vorsitz

der Kabinettsberatungen, sondern auch die Leitung der gesamten Politik übernahm. Der erste derartige Premierminister von Bedeutung ist Walpole, der 1721 bis 1742 amtierte. Er stellte zuerst ausdrücklich den Grundsatz fest, daß das Kabinett nur aus Mitgliedern der Partei bestehen dürfe, die im Unterhaus die Mehrheit hat. Er ging auch selbst zu allen wichtigen Sitzungen in das Unterhaus und griff temperamentvoll in die Debatten ein. Sein Andenken ist dadurch nicht ganz fleckenlos, daß ihn die Bestechung von Abgeordneten für seine Zwecke nachgewiesen werden konnte. Seinen ersten offenen Sieg errang der Parlamentarismus schließlich 1756, als der ältere Pitt dem König vom Parlament als Premierminister aufgezungen wurde. Von da ab beginnt die restlose Zweiteilung, die für das Parlamentsleben Englands so charakteristisch ist. Im Unterhaus stehen sich lediglich zwei große Gruppen gegenüber, die Regierungspartei und die Opposition. Die Regierungspartei besetzt alle wichtigen Ämter mit ihren Anhängern, und versucht, die Ansichten und Handlungen der Regierung in jeder Weise zu stützen. Die Opposition kritisiert und bekämpft die Regierung. Aber sie ist nicht geneigt, den Wählermassen mehr zu versprechen, als sie halten kann, da sie ja nach jeder Neuwahl vielleicht gezwungen werden könnte, solche Wechsel auf sich einzulösen. Die englische Opposition versucht auch nie die Regierung in ihren Regierungsgeschäften völlig lahm zu legen. Sie bleibt stets auf dem Boden der Verfassung, ist national und monarchisch.

Im 19. Jahrhundert wurden eine Reihe von Wahlrechtsreformen durchgeführt, die immer weiteren Kreisen eine Vertretung im Unterhaus ermöglichten. Das Oberhaus hatte sich in vornehmer Zurückhaltung inzwischen seine historische Stellung zu bewahren gewußt. In allen Finanzfragen hatte es eine Art von Vorkstimmrecht. Es gab seine Meinung über die Finanzgesetze ab und überließ ihre Regelung dann dem Unterhaus. Nur einmal in neuerer Zeit hat es energischen Widerstand geleistet. Im Jahre 1909 lehnte es die neuen Steuer-gesetze ab. Es kam zu einem sehr scharfen Konflikt mit dem Unterhaus, der dazu führte, daß man die Macht des Oberhauses ganz erheblich einschränkte. Im Jahre 1911 kam die Parlaments-Bill zustande, die

dem Oberhause jedes Recht in Finanzfragen nahm und ihm eigentlich nur noch von allen seinen Rechten ein aufschiebendes Vetorecht ließ.

Die Konservativen haben sich bis zum heutigen Tage mit dieser Entrechtung des Oberhauses noch nicht abgefunden, und sie haben immer damit gedroht, daß sie, falls sie einmal wieder die Majorität im Unterhause hätten, nicht zögern würden, dem Oberhause seine historischen Rechte wieder zu geben. Diese Hoffnung ist in den Tagen, in denen diese Zeilen in den Druck gehen (November 1922) in Erfüllung gegangen. Die Konservativen haben nach dem Sturze von Lloyd George eine neue Regierung gebildet, und die Neuwahlen, die ihre Herrschaft bestätigen sollen, sind für Mitte November ausgeschrieben.

Im Kriege ist durch die Not der Verhältnisse die Macht des Parlamentes etwas vermindert und die Position der Regierung sehr verstärkt worden. Im Jahre 1915 gelang es nach Einigung der beiden großen Parteigruppen untereinander und mit der Arbeiterpartei ein Koalitionsministerium zu bilden, dessen Besetzung zwar mehrfach wechselte, das aber als solches erst jetzt im Oktober 1922 ein Ende gefunden hat. Im Jahre 1917, als die Noth des Krieges hart auf England lasteten, kam eine Wahlreform, die das allgemeine, gleiche Wahlrecht allen Männern von 21 Jahren (gedienten Leuten bereits von 19 Jahren) und allen Frauen vom 30. Jahre an gab. Die Wahlen, die nach Beendigung des Krieges 1918 stattfanden, zeigten ein ganz anderes Bild wie alle vorhergehenden. Es standen sich nicht mehr die beiden großen Parteien der Whigs und Tories, der Liberalen und Konservativen gegenüber, sondern die Mandatsbewerber spalteten sich in Regierungsanhänger. Haupt der Regierung war damals Lloyd George — und Anhänger der Opposition. Liberale, Unionisten und Arbeiter-Parteiler waren diesmal in beiden Lagern zu finden. Nur die Freen blieben geschlossen in der Opposition. Ihre Forderung war jetzt nicht mehr nur Home Rule, sondern „Los von England!“ Die Neuwahlen im November 1922, die wieder einen Kampf zwischen den einzelnen Parteien bringen, werden für die weitere Entwicklung des Parlamentarismus in England vielleicht von entscheidender Bedeutung sein.

DIE ENTWICKLUNG DES PARLAMENTARISMUS IN FRANKREICH

Vor der großen Revolution hat es in Frankreich keinen eigentlichen Parlamentarismus gegeben. Es gab zwar „Parlamente“ schon lange. Aber das waren in der Hauptsache die Gerichtshöfe der Landschaften. Allerdings mußten sich diese Gerichtshöfe allerlei Rechte an, die sonst Parlamente haben. Vor allen Dingen das Recht der Kritik an der Verwaltung. Außerdem erklärten sie Gesetze in ihren Bezirken erst dann für gültig, wenn sie von ihnen in das Gesetz-Register des Parlaments eingetragen worden waren. Auch in den Generalständen hat kein eigentliches parlamentarisches Leben geherrscht.

Mit 1789 bekommt aber dann die Volksvertretung eine außerordentlich starke Machtbefugnis, ohne allerdings praktisch allzu viel erreichen zu können, da die einzelnen Parteigruppen sich gegenseitig zerfleischten. Nach dem Sturze der Schreckensherrschaft arbeitete der Konvent die sogenannte Direktorialverfassung aus, die im Oktober 1795 Gesetz wurde. Die Gewalten waren in ihr streng geteilt. Die Verwaltung hatte ein Kollegium von 5 gewählten Direktoren, die Gesetzgebungsgewalt zwei Kammern: ein Rat der Fünfhundert (zweite Kammer) und ein Rat der Alten (250 über 40 Jahre alte Mitglieder). Die Wahl war indirekt, das Wahlrecht war nur an einen ganz geringen Steuerfuß gebunden. Die Verfassung bewährte sich in keiner Weise. Die Korruption unter den Abgeordneten wurde immer größer, und es war dem General Bonaparte ein leichtes, sie durch einen Staatsstreich (1799) zu beseitigen.

Unter Napoleon hat der Parlamentarismus irgend welche Bedeutung nicht erlangt. Außerlich hatte Napoleon allerlei Konzessionen gemacht, die Minister verantwortlich leitete festgelegt und auch einen Eid des Kaisers auf die Verfassung vorgesehen. Statt zwei Kammern hatte er sogar deren drei gewählt: den Senat mit 60, das Tribunat mit 100 und die gesetzgebende Körperschaft mit 300 Mitgliedern. Um ein wirkliches Mitregieren der Volksvertretung zu verhindern, war ihre Zusammensetzung wie folgt bestimmt: Der Senat, der in der Hauptsache

durch Vertrauensmänner des Kaisers gebildet wurde, ernannte die Mitglieder der zwei gesetzgebenden Körperschaften, und zwar auf Grund von Listen, die durch mehrere indirekte Wahlen zustande gekommen waren. Dadurch war einer Schiebung zugunsten des Kaisers natürlich Tür und Tor geöffnet. Den Urwählern hatte man allerdings, rein zum Spott, das allgemeine Wahlrecht verliehen. Die Parlamente sind unter der Regierung des Kaisers völlig bedeutungslos gewesen. Als 1807 das Tribunat einmal versuchte, Schwierigkeiten zu machen, wurde es einfach abgeschafft.

Als der Bourbonne Ludwig XVIII. wieder den Thron seiner Väter bestiegen hatte, versuchte er es mit einer konstitutionellen Regierung, die aber keinen parlamentarischen Charakter hatte. Der König hatte allein die Staatsgewalt und war lediglich bei der Besteuerung und der Gesetzgebung an die Mitwirkung des Parlamentes gebunden. Neben der Kammer der Abgeordneten stand die Kammer der Pairs, beide waren gleichgeordnet und gleichberechtigt. Die Mitgliederzahl der Pairs-Kammer war unbeschränkt. Ihr gehörten durch die Geburt die königlichen Prinzen und die Pairs an, die ein erbliches Recht darauf hatten. Die übrigen Mitglieder ernannte der König auf Lebenszeit. Die Mitglieder der Kammer wurden gewählt, allerdings war das aktive und passive Wahlrecht durch einen hohen Steuerzensus sehr beschränkt. Gewählt werden durfte nur der, der 1000 Franken direkter Steuern zahlte und alle die, die nicht mindestens 300 Frank direkte Steuern zahlten, hatten kein Wahlrecht. So kam es, daß nur 90 000 Franzosen zur Kammer das Wahlrecht besaßen. Ludwigs Nachfolger Karl X., war weniger politisch gemäßigt als sein Vorgänger; er neigte mehr der Partei der Rechten zu und wurde deswegen von der linken Seite des Parlamentes sehr scharf angegriffen. Als die Radikalen eine Erweiterung des Wahlrechts und die Einführung der parlamentarischen Regierungsweise verlangten, antwortete der König mit einer Beschränkung des Wahlrechts und der Beseitigung der Pressefreiheit. Es brach daraufhin sehr bald eine Revolution aus, die den König stürzte. Sein Vetter Louis Philipp, der ihm folgte, nahm einige Änderungen der Verfassung im

liberalen Sinne vor. Er dehnte vor allem das Wahlrecht aus, so daß jetzt immerhin schon 200 000 das Wahlrecht zur Kammer hatten, und schaffte die erbliche Mitgliedschaft der Pairs-Kammer ab. Außerdem gab er ihr durch zahlreiche Ernennungen bürgerlicher einen wesentlich anderen Charakter. Aber auch hier bewährte sich die Parlamentsmitwirkung an den Regierungsgeschäften nicht. Es fanden immer wieder Ministerwechsel statt. Außerdem war oft die Stimmung der Bevölkerung anders als die Mehrheit der Kammer. Schließlich kam es zur Februar-Revolution, und am 25. Februar 1848 wurde die zweite Republik in Frankreich ausgerufen. Am 4. November 1848 wurde eine neue Verfassung angenommen, die die Regierungsgewalt teilte zwischen einer einzigen Kammer, die die Befugnisse des Gesetzgebers hatte und einem auf vier Jahre gewählten Präsidenten, dem die Verwaltung zufiel. Zur Kammer wurde nach allgemeinem, gleichem, direktem und geheimem Wahlrecht gewählt. Die Zahl der Abgeordneten betrug 750. Die Macht des Präsidenten war außerordentlich stark gestaltet, und als am 10. Dezember 1848 das französische Volk mit erdrückender Mehrheit den Neffen Napoleon I. zum Präsidenten wählte, da war das der erste Schritt wieder zur Monarchie. Die Kammer hatte nach erfolgter Wahl eine merkwürdige Zusammensetzung. Nach einer Revolution zählte sie zu ihren Mitgliedern 500 Monarchisten gegen 250 Republikaner und Sozialisten. Diese Kammer knebelte die Presse und nahm ein Wahlrechtsgesetz an, das einer großen Anzahl von Franzosen wieder das Wahlrecht nahm. Da sie auf diese Weise alles Ansehen verlor, gelang es dem Präsidenten Napoleon leicht, durch eine Volksabstimmung sich das Recht zusprechen zu lassen, selbst dem Volk eine neue Verfassung zu geben. Diese Verfassung vom 14. Januar 1852 machte Napoleon auf 10 Jahre zum Präsidenten. Zwei Kammern sollten seine Macht einschränken. Ein Senat von 150 Mitgliedern und eine gesetzgebende Körperschaft von 261 Mitgliedern. Der Präsident allein konnte Gesetzesvorlagen einbringen und ernannte die Mitglieder des Senats auf Lebenszeit. Bei der Stimmung der Bevölkerung, die ja 1851 die Verfassungsneuordnung Napoleon mit 7½ Millionen Stimmen gegen 647 000

übergeben hatte, war es erklärlich, daß auch die Mehrheit der nach allgemeinem und direktem Wahlrecht gewählten Kammer ganz auf Seiten des Präsidenten stand. So konnte dieser schon im November 1852 wieder durch eine Volksabstimmung seine Wahl zum Kaiser der Franzosen herbeiführen lassen, die mit 7,8 Millionen gegen 250 000 Stimmen erfolgte. Die französische Kammer aber hat ihre Macht allmählich zu verstärken und zu erweitern gewußt. Sie erlangte das Recht, auf die Thronrede mit einer Adresse zu antworten, in der die Regierung kritisiert werden durfte. Auch durften die Debatten, die bisher nur im Auszuge gedruckt wurden, von jetzt ab im Wortlaut veröffentlicht werden. Einige Zeit später bekam die Kammer das Recht Anfragen an die Regierung zu stellen, die beantwortet werden mußten. Nach den Wahlen von 1869, die eine Stärkung der Opposition ergaben, erreichte die Kammer weitere Rechte. Das Gesamtministerium war ihr verantwortlich. Die Kammer erhielt außerdem das Recht, ihre Vorsitzenden zu wählen, das Recht der Initiative und der Budget-Bewilligung. Das Verlangen nach einer parlamentarischen Regierungsweise wies der Kaiser energisch ab.

Nach dem Zusammenbrechen der französischen Kaisermacht trat im Februar 1871 in Bordeaux eine Nationalversammlung zusammen, die merkwürdigerweise wie das Parlament nach der Revolution von 1848 zusammengesetzt war. Auch nach dieser Revolution saßen in dem ersten Parlament der jungen Republik nur 250 Republikaner gegen 500 Monarchisten. Die Herstellung einer Verfassung machte zunächst Schwierigkeiten, da die Monarchisten sich nach dem Verzicht des orleanistischen Kandidaten, des Grafen von Paris, auf keinen Thronkandidaten einigen konnten. So wurde die Verfassung trotz der übergroßen monarchistischen Majorität schließlich republikanisch. Von da ab wurde in Frankreich eine wirkliche Parlamentsherrschaft von zwei Kammern ausgeübt. Die Kammer der Abgeordneten besteht aus 738 Mitgliedern, die nach allgemeinem gleichen direktem Wahlrecht gewählt werden. Das Wahlrecht zum Senat, der 300 Mitglieder zählt, ist sehr beschränkt. Es wird von den Abgeordneten der Provinzvertretungen ausgeübt. Häufiger Ministerwechsel ist bei der starken Zersplitterung der Parteien

des französischen Parlamentes nicht verwunderlich. In der letzten Zeit vor dem Kriege wurden die Schädigungen, die sich daraus, vor allen Dingen für die auswärtige Politik ergaben, dadurch eingeschränkt, daß der Minister des Aeußeren nicht gezwungen war, mit jedem Kabinett, das demissionierte, auch seinen Posten niederzulegen. Außerdem fand eine *Blockbildung* von Parteien der Linken und der Mitte statt, die eine gewisse Dauerhaftigkeit der von ihnen unterstützten Ministerien garantierten. Im Kriege selbst ist das Parlament an Bedeutung immer mehr geschwächt worden. Die leitenden Männer konnten, wenn sie das Vertrauen der öffentlichen Meinung haben, das Vertrauen der Parlamentsmehrheit mehr oder weniger entbehren. *Clemenceau* hat eine ganze Zeitlang wie ein Diktator regiert, ohne sich auch um die Parteien, die ihm früher nahegestanden, zu kümmern. Von irgendeiner Mitarbeit des Parlamentes ist nichts zu spüren gewesen. Seine Haupttätigkeit hat darin bestanden, die Handlungen der Regierung hinterher gutzuheißen.

DIE ENTWICKLUNG DES PARLAMENTARISMUS IN DEUTSCHLAND

Sehr spät erst kann man von einem wirklichen Parlamentarismus in Deutschland reden. In seiner eigentlichen Form tritt er erst nach der Revolution in die Erscheinung. Zwar gab es eine Mitarbeit der Bevölkerung an Gesetzgebung und Verwaltung schon im Mittelalter in den Städten. Aber das kann man nicht als Parlamentarismus bezeichnen, dessen Voraussetzung ist, daß nicht nur die Vertreter einzelner Klassen, sondern die der gesamten Bevölkerung einen entscheidenden Einfluß auf das staatliche Leben haben. Nicht einmal die Forderung einer Volksvertretung statt einer Ständevertretung ist alt. Erst in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts tritt sie in den Kreisen der Gebildeten zunächst rein theoretisch auf als Reaktion gegen die brutale Form des Absolutismus. Die Grundstimmung in „*Emilia Galotti*“ und „*Kabale und Liebe*“ ist ihr literarischer Niederschlag. Wirkliche Bedeutung erlangte die Forderung, wie wir im ersten Teile des Buches gehört haben, erst nach den Befreiungskriegen. Die Kämpfer, die das Vaterland mit beispiellosem Opfermut

vom fremden Joch befreit hatten, fühlten sich mündig geworden und wollten zum Wohle des Staatsganges tätig mitwirken. Da ihnen die Schwächen der die Uneinigkeit fördernden Kleinstaaterie in den Zeiten der Fremdherrschaft klar geworden waren, forderten sie ein einiges Reich und in ihm als Vertretung des Volkes ein Reichsparlament. Die Regung dieser Wünsche, deren Hauptträger die deutsche Burschenschaft wurde, gelang es mit brutaler Gewalt zu unterdrücken. Der Herzog *Karl August von Weimar* aber war weitichtig genug, um einzusehen, daß eine Beteiligung der Bevölkerung an den Staatsgeschäften das Staatsgefühl erheblich zu stärken geeignet sei. So erhielt das kleine Sachsen-Weimar 1817 als erster deutscher Staat Verfassung und Volksvertretung. Von demselben Gedanken ausgehend, folgten Baden, Bayern, Hessen und Württemberg bald nach. Die übrigen deutschen Staaten zögerten so lange, bis revolutionäre Bewegungen sie zwangen, Verfassungen zu geben. Die von der Pariser Juli-Revolution ausgehende Aufstandswelle in Deutschland brachte Sachsen, Hannover und Braunschweig eine Verfassung. 1848 mußten sich schließlich auch der König von Preußen und der Kaiser von Oesterreich fügen. Nicht zu vergessen die beiden Mecklenburg. Diese kehrten allerdings sehr bald zu der ständischen Verfassung zurück, die trotz aller Reformversuche bis zur Revolution bestanden hat.

Die deutschen Parlamente hatten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch einen ständischen Charakter, da nur ein Teil der Abgeordneten aus Wahlen hervorging. Die anderen wurden von Korporationen in den Landtag gesandt. Auch war das Wahlrecht eng begrenzt, so daß eine große Zahl nicht wählen konnte. Die Regierungen wußten auch geschickt, den Einfluß der Parlamente zu mindern. Ein Versammlungsverbot erschwerte die Verbindung zwischen Abgeordneten und Wählern, die Zensur beschränkte die Berichterstattung der Zeitungen. Die große Menge der Bevölkerung zeigte infolgedessen nur wenig Interesse für die politischen Vorgänge. Erst die verschiedentlichen Revolutionen bewirkten eine Politisierung der breiten Masse. Außerdem führten diese Revolutionskämpfe endlich auch zu einer klaren Parteibildung, an der es früher gefehlt

hatte. Die Folge dieser stärkeren Ausprägung der Parteien war die Begründung von Parteizeitungen, von denen die 1848 zuerst erschienene „*Kreuzzeitung*“ noch heute besteht. Der Einheitsgedanke, sehr gefördert durch das Frankfurter Parlament, wurde immer stärker. Die Einigung der Gleichgesinnten in den verschiedenen Ländern fand ihren Ausdruck in den gesamtdeutschen Parteitagen. Reges Interesse für Politik war damals in den weitesten Kreisen vorhanden. Es bestand fast ein Hunger nach der Besprechung von wichtigen Fragen politischer aber auch wirtschaftlicher und sozialer Art.

Das erste wirkliche Parlament in der Paulskirche erlag der Fülle des Stoffs, den es gründlich bearbeiten wollte. Ganz einig ist man sich über die Form der Verfassung, die man erstrebte, nicht geworden. Viel klarer ging *Bismarck* an die Aufgabe heran. Er legte eine Art von Konstitution zugrunde, deren Theorie der Staatslehrer *Stahl* geschaffen. *Stahl* hielt für zeitgemäß eine Verfassungsform, in der der Herrscher „nicht willenloses Werkzeug der parlamentarischen Mehrheit ist, nicht Minister eines Regierungssystems annehmen muß, das sie vorschreibt, sondern innerhalb der gesetzlichen Schranken selbständig nach eigenem Gewissen und Urteil regiert“. Auf dieser Theorie beruht die von *Bismarck* geschaffene Staatsform, die bis zum Kriegsende bei uns bestanden hat. Es war aber von vornherein zu sehen, daß diese Ausbalanzierung der Kräfte nicht von Dauer sein konnte. „Ähnlich wie sich in der großen Politik immer wieder die Neuordnung des Gleichgewichts vollzieht, so auch im Innern; nur mit einem wichtigen Unterschiede. Die innerpolitische Entwicklung wird ungleich stärker von geistigen Faktoren beherrscht. Die Auffassung der inneren Politik ist ganz abhängig von der allgemeinen Weltanschauung; so kann die Entwicklungslinie der inneren Politik stärker und sicherer vorausgesehen werden, als die der äußeren. Im Falle der Entwicklung des deutschen Parlamentarismus bedeutet dies, daß aus den ganzen geistigen Tendenzen der Zeit heraus als sicher zu erkennen war, wie das von *Stahl* konstruierte Gleichgewicht sich zu Gunsten der Volksvertretung werde verschieben müssen. Das Problem lag also so, daß alles darauf ankam, diese Verschiebung möglichst reibungslos

verlaufen zu lassen. Gerade die *Stahlsche* Konstruktion wirkte dem aber entgegen. Sie war aufs stärkste zeitlich bedingt und wurde zum zeitlosen Programm gemacht.“ (L. Bergsträßer, Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland. Handbuch d. Pol., Bd. I, 332.)

Das Budgetrecht des Parlamentes wurde zwar von *Bismarck* anerkannt, er hat aber immer versucht, diesem Rechte seine wirkliche Bedeutung zu nehmen. Schon in den Verhandlungen über die Verfassung des Norddeutschen Bundes mußten sich die Nationalliberalen das unumschränkte Budgetrecht erkämpfen. Der Kanzler suchte das Ausgaben-Bewilligungsrecht nicht zu verkümmern. Wichtiger war ihm eine Beschneidung der Einnahmewilligung. Daher seine Vorliebe für *Monopole* und indirekte Steuern, die nicht so schnell wieder abgeschafft werden können, und die mit dem Wachsen der Bevölkerung automatisch höhere Erträge bringen. Damit wird eine Regierung unabhängiger von der zufälligen Partei-Konstellation. Aber auch eine überragende Persönlichkeit wie *Bismarck* konnte auf die Dauer das Anwachsen der Macht des Parlamentes nicht hindern. Die Wahlen von 1890 fielen bekanntlich gegen *Bismarck* aus. Der Gedanke *Bismarcks* an einen Staatsstreich auf staatsrechtlicher Grundlage durch die Erklärung, daß das Reich ein „Vertragszustand zwischen den Regierungen sei“, wäre wohl praktisch nicht zu verwirklichen gewesen. *Caprivi* hat die Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten des Parlaments dann spüren müssen. Noch mehr *Bülow*, der abging, als die von ihm geschaffene Blockmehrheit auseinanderfiel. So konnte das Parlament wenigstens negativ wirken, positiv hat es sich nicht zur Geltung bringen können. Dieser Mangel an selbstschöpferischer Betätigungsmöglichkeit hat es mit sich gebracht, daß Deutschlands beste politische Begabungen sich vom Parlament fernhielten und daß aus diesem Grund ein auf der Kulturhöhe des deutschen Volkes erstaunlicher Mangel an politischen Führern vorhanden war. „So ging Deutschland in den Krieg, der die gewaltigste Anspannung des gesamten Volkes verlangte, mit einem mangelhaft organisierten System des Teiles der Politik, der von unten, vom Volke her getragen wird; es war hier nicht nur ein Abstand in der Ent-

wicklung gegenüber der Mehrzahl der Gegner, sondern vor allem und eben auch infolge dieser gehemmten, man kann sagen, künstlich hintan gehaltenen Entwicklung, eine Diskrepanz. Volk und Regierung standen sich, entsprechend der

Grundauffassung des Konstitutionalismus, immer noch als getrennte Faktoren gegenüber, von denen zumindest der eine peinlich bedacht war, sich keinerlei Rechte entwinden zu lassen.“ (Vergsträßer a. a. O. S. 335.)

DAS GESETZ ZUM SCHUTZE DER REPUBLIK

Als die Ermordung Walther Rathenau die Reichsregierung eines ihrer fähigsten Mitglieder beraubte und bei der Ermittlung der Vorgeschichte dieses politischen Mordes festgestellt werden mußte, daß geheime Organisationen bestanden, die das Ziel hatten, ohne vor Morden zurückzuschrecken, die Reichsverfassung und die Republik zu beseitigen, da zwang der Selbsterhaltungstrieb die Reichsleitung zu außerordentlichen Maßnahmen. Der Reichspräsident erließ auf Grund des Artikels 48 eine Verordnung zum Schutze der Republik. Diese Verordnung wurde mit vielfachen, z. T. einschneidenden Änderungen vom Reichstage zum Gesetz erhoben. Die wesentlichsten Bestimmungen müssen, gerade weil sie so heftig angegriffen werden, auch hier einen Platz finden.

Der Kern des Gesetzes liegt im ersten Abschnitt: Strafbestimmungen zum Schutze der Republik. Mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren oder mit lebenslangem Zuchthaus wird nach § 1 bestraft, wer an einer Vereinigung oder Verabredung teilnimmt, zu deren Bestrebungen es gehört, Mitglieder einer republikanischen Regierung des Reichs oder eines Landes durch den Tod zu beseitigen. Mit Tod oder lebenslangem Zuchthaus wird jeder bestraft, der zur Zeit der Tat an der Vereinigung teilnahm und ihre Bestrebungen kannte, wenn in Folge dieser Bestrebungen eine Tötung begangen oder versucht worden ist. Die §§ 1a bis 1e stellen die Teilnehmer und Begünstiger solcher Geheimverbindungen, Vereinigungen und Verabredungen unter schwere Strafen. Der § 1d setzt Zuchthausstrafe, bei mildernden Umständen Gefängnis von mindestens drei Monaten gegen denjenigen fest, der von dem Dasein einer solchen Vereinigung, Verabredung oder Verbindung oder von einem Tötungsplan Kenntnis hat, wenn er es unter-

läßt, von dem Bestehen solcher Organisation, den Tätern und dem Tötungsplan, der Behörde oder der bedrohten Person unverzüglich Kenntnis zu geben. Straffrei bleibt der Geistliche in Ansehung des ihm in der Seelsorge Anvertrauten. Ebenso bleiben straffrei Verwandte in auf- und absteigender Linie, Geschwister und Ehegatten, wenn sie sich nach Kräften bemüht haben, den Täter von der Tat abzuhalten, es sei denn, daß die Unterlassung der Anzeige eine Tötung oder einen Tötungsversuch zur Folge gehabt hat.

Der zweite Abschnitt regelt die Organisation und das Zuständigkeitsgebiet des „Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik“. Es war das umstrittenste Kapitel der Vorlage, gegen das namentlich von der bayerischen Regierung und den bayerischen Abgeordneten schwere Bedenken erhoben wurden. Nach langwierigen Beratungen hat sich die Mehrheit dahin verständigt, den Staatsgerichtshof aus neun vom Reichspräsidenten zu ernennenden Mitgliedern zusammenzusetzen, wovon drei Reichsgerichtsräte und sechs Laien sind. Der Staatsgerichtshof ist zuständig für die in den §§ 1—2a bezeichneten Handlungen sowie für Hochverrat und für Tötung von Regierungsmitgliedern. Soweit dieselben ausschließlich gegen die Republik eines Landes oder gegen Regierungsmitglieder eines Landes oder gegen Landesfarben gerichtet sind, ist der Staatsgerichtshof nur zuständig, wenn die Landesregierung oder der Verletzte bei dem Oberreichsanwalt vor Eröffnung des Hauptverfahrens Einleitung oder Uebnahme beantragt.

Der dritte Abschnitt befaßt sich mit den „Verbotenen Vereinigungen“. Versammlungen, Aufzüge, Kundgebungen können nach § 7 verboten werden, wenn bestimmte Tatsachen vorliegen, die die Beforgnis rechtfertigen, daß in ihnen Erörterungen stattfinden, die den Tatbestand einer der in §§ 1 bis 2a be-

zeichneten strafbaren Handlungen bilden. Vereine und Vereinigungen, in denen Erörterungen solcher Art stattfinden oder die Bestrebungen dieser Art verfolgen oder die Erhebung einer bestimmten Person auf den Thron betreiben, können verboten oder aufgelöst werden. Im Verbotsfall erhält der Veranstalter auf Antrag sofort kostenfreien Bescheid mit Gründen. Zu Gunsten der Wahlversammlungen sind durch den vom Reichsausschusse eingefügten § 7a bedeutsame Ausnahmen festgelegt worden. Aber auch die sonst erlaubten Wahlversammlungen, worin Verstöße gegen §§ 1—2a vorkommen und geduldet werden, können durch Beauftragte der Polizeibehörde aufgelöst werden. Der vom Rechtsausschusse in zweiter Lesung neu eingefügte § 9a mit Strafvorschrift gegen den, der nichtverbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt sprengt oder ihre Abhaltung verhindert, ist in der dritten Lesung des Plenums wieder gestrichen worden. Von drei Parteien ist aber gleichzeitig ein entsprechender selbständiger Initiativ-Antrag gegen den Versammlungs-Terror eingebracht worden, der im Oktober oder November 1922 den Rechtsausschuß beschäftigen wird.

Im Abschnitt IV wird, als Folge der vorherigen Absätze, die Beschlagnahme und das Verbot von Druckschriften geregelt.

Der Abschnitt V beschäftigt sich mit den „Mitgliedern vormals landesherrlicher Familien“. Die Mehrheit des Ausschusses und auch der Vollversammlung hat den den Hauptstein des Anstoßes bildenden § 13, der die von der Mehrheit als unerträglich und unannehmbar bezeichnete Ausnahmevorschrift über Ausweisungsrechte enthielt, gestrichen. Nach § 14 kann Mitgliedern früherer landesherrlicher Familien, wenn sie ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Ausland haben, von der Reichsregierung das Betreten des Reichsgebiets untersagt oder der Aufenthalt auf bestimmte Teile oder Orte des Reichs beschränkt werden, wenn die Beforgnis gerechtfertigt ist, daß andernfalls das Wohl der Republik gefährdet wird. Im Falle von Zuwiderhandlungen können sie durch Beschluß der Reichsregierung aus dem Reichsgebiet ausgewiesen werden. Der Rechtsausschuß, der unter wesentlicher Umgestaltung

des Entwurfs die vorstehende Fassung unter Billigung des Plenums wählte, hat dem § 14 einen neuen Absatz zum Rechtsschutz des Betroffenen hinzugefügt, wonach jede solche Anordnung mit schriftlichen Gründen dem Betroffenen zuzustellen ist und von ihm binnen zwei Wochen durch Anrufung des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik angefochten werden kann.

In den Schlußbestimmungen unter VI findet sich außer Änderungen des Reichsstrafgesetzbuchs, §§ 49b und 111 Abs. 2 Satz 1, betreffend Verabredung eines Mordverbrechens und Aufforderung zur Tötung, im letzten § 17 die Vorschrift, daß das Gesetz nach Ablauf von fünf Jahren außer Kraft tritt.

Zugleich mit dem Gesetze zum Schutze der Republik wurden drei andere Gesetzesvorlagen beraten und angenommen: das Reichsstriminalpolizeigesetz, das Beamtenengesetz und das Amnestiegesetz.

Reichsstriminalpolizeigesetz.

Gegen das Reichsstriminalpolizeigesetz ist bei den Beratungen des Reichsausschusses und auch im Plenum des Reichstages der Vorwurf erhoben worden, daß es mit den Maßnahmen zum Schutze der Republik in gar keinem Zusammenhang stehe, und daß der Mord an Rathenau nur zum Anlaß genommen sei, um auch in kriminalpolizeilicher Hinsicht wieder die Zuständigkeit des Reichs auf Kosten der Länder gegen die Verfassung einseitig zu erweitern. Bestehen bleibt aber die Tatsache, daß der Entwurf im Reichsrat mit sämtlichen Stimmen gegen die bayerischen Stimmen angenommen worden ist. Alle übrigen Länder, namentlich auch Preußen, haben ihre ursprünglichen Bedenken gegen eine reichsgesetzliche Regelung des Kriminalpolizeiwesens zurückgestellt. Weiter ist nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß durch die Vorlage den Ländern keineswegs ihre Zuständigkeit auf dem Gebiete des Kriminalpolizeiwesens entzogen worden ist. Im Gegenteil: die Länder bleiben darin nach wie vor zuständig. Aus dem ausgedehnten Kreise des Kriminalpolizeiwesens ist nur ein verhältnismäßig kleines, allerdings wichtiges Segment für das Reich durch das neue Gesetz herausgeschnitten worden. Es

ist ferner unrichtig, daß Grund und Veranlassung zu dieser gesetzgeberischen Maßnahme erst nach dem Morde an Rathenau entdeckt worden seien. Bereits seit zehn Jahren schwebten darüber Verhandlungen zwischen Reich und Ländern.

Im § 1 des Gesetzes ist abweichend von der Vorlage — das Zuständigkeitsgebiet dahin geregelt, daß ein Reichskriminalpolizeiamt mit dem Sitz in Berlin, unterstellt dem Reichsminister des Innern, errichtet wird „zur Bekämpfung des Verbrechertums, das sein Tätigkeitsfeld nicht auf bestimmte Orte oder Landesteile beschränkt“. Die Landesregierungen errichten nach § 2 Landeskriminalpolizeiamter, die den Landesregierungen unterstehen. Die §§ 3—5 regeln die Zuständigkeit der Landeskriminalpolizeibehörden und grenzen deren Aufgabekreis im Verhältnis zu den Reichsbehörden, besonders auch zum Zwecke der Unterstützung der Staatsanwaltschaften und Gerichte bei Aufdeckung und Aufklärung von Straftaten, ab.

Nach § 6 stellt das Reichskriminalpolizeiamt Richtlinien für die einheitliche Geschäftsführung der Landeskriminalpolizeibehörden und für entsprechende Ausbildung der Beamten auf; weiter wird darin der sonstige Aufgabekreis des Reichskriminalpolizeiamts umschrieben.

Die umstrittenste und besonders in Bayern am lebhaftesten angefochtene Gesetzesbestimmung war im § 7 enthalten. Die drei ersten Abschnitte, wonach in Fällen, deren Aufdeckung und Aufklärung sich über das Gebiet mehrerer Landeskriminalpolizeiamter zu erstrecken hat, das Reichskriminalpolizeiamt die in Betracht kommenden Landeskriminalpolizeiamter über die durch den Nachrichtendienst in Erfahrung gebrachten Zusammenhänge unterrichtet, weiter auf Antrag eines der beteiligten Landeskriminalämter und ausnahmsweise in anderen wichtigen — bestimmt formulierten — Fällen selbständig ohne Antrag vorgehen kann, begegneten keinem erheblichen Widerspruch. Dagegen wurden die stärksten Bedenken, besonders von Bayern, gegen den in der Vorlage enthaltenen vierten Absatz des § 7 erhoben, wonach dem Reichspolizeiamt die Befugnis, ohne Antrag im ganzen Reichsgebiet durch seine eigenen Vollzugsbeamten Ermittlungen anzustellen und allen Polizeibehörden

Weisungen zu erteilen, von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats auch für ganze Sondergebiete polizeilicher Tätigkeit übertragen werden kann. Dieser Absatz 4 ist sowohl vom Ausschuß wie vom Plenum des Reichstags gestrichen worden.

Die Schlußbestimmungen regeln die Kostenfrage dahin, daß die Kosten des Reichskriminalpolizeiamts und seiner Beamten das Reich, die Kosten der Landeskriminalpolizei das Reich zu einem Drittel, die Länder zu zwei Dritteln tragen.

Das Beamtengegesetz.

Nach gründlichen Ausschußberatungen hat der Reichstag auch den Entwurf des Gesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik in dritter Lesung verabschiedet. Dem Gesetzentwurf lag der Gedanke zugrunde, daß jeder Staat, gleichviel, in welcher Staatsform er geteilt ist, sich auf seine Beamten schaft unbedingt verlassen können muß, und daß die Gesetze zum Schutze der Republik wirkungslos sein würden, wenn die mit der Durchführung der Reichsgesetze oder Landesgesetze betrauten Beamten nicht fest und treu hinter der Republik ständen. Unter Ablehnung jeder Gesinnungsschnüffelei und unter Aufrechterhaltung der freien Meinung für jeden Beamten wie für jeden anderen Staatsbürger wird im Interesse der Aufrechterhaltung der Staatsordnung verlangt, daß der im Dienste der Republik stehende Beamte der Republik treu bleibt.

Die Vorschriften des neuen Gesetzes sollen hier in gedrängter Kürze zusammengefaßt werden, wobei betont wird, daß sich das Gesetz an das Reichsbeamtengegesetz in der Fassung vom 18. Mai 1907 anschließt und dieses in folgenden Punkten ändert.

Nach § 3 in der neuen Fassung wird jeder Reichsbeamte auf die Reichsverfassung und auf die gewissenhafte Erfüllung aller Obliegenheiten des ihm übertragenen Amtes eidlich verpflichtet. Eidesverweigerung hat Entlassung des Beamten zur Folge. An § 10 werden die neuen § 10a und 10b angeschlossen, wonach der Reichsbeamte in seiner amtlichen Tätigkeit für die verfassungsmäßige republikanische Staatsform einzutreten und alles zu unter-

lassen hat, was unvereinbar mit seiner Stellung als Beamter der Republik ist. Namentlich ist der Mißbrauch seines Amtes oder ihm zugänglicher amtlichen Einrichtungen für Bestrebungen zur Aenderung der verfassungsmäßigen Staatsform verboten. Weiter darf er bei Ausübung seiner Amtstätigkeit oder seiner Amtsstellung keine Handlungen begehen oder Äußerungen tun, die geeignet sind, die verfassungsmäßige Republik oder die Reichsflagge in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Es ist ihm ferner untersagt, bei Ausübung der Amtstätigkeit oder unter Mißbrauch seiner Amtsstellung auf seine nachgeordneten Beamten, Angestellten, Arbeiter, Zöglinge oder Schüler im Sinne mißachtender Herabsetzung der republikanischen Staatsform oder der verfassungsmäßigen Regierung des Reichs oder eines Landes einzuwirken. Ebenfalls darf er derartige Handlungen bei dienstlich unterstellten Personen, falls sie im Dienst begangen werden, dulden. Diesen Vorschriften der Vorlage hat der Rechtsausschuß und das Plenum als 5. Punkt hinzugefügt, daß dem Reichsbeamten auch untersagt ist, im Parteipolitische Propaganda zu treiben.

Endlich ist dem Reichsbeamten verboten, öffentlich gehässig oder aufreizend Bestrebungen zu fördern, die auf Wiederherstellung der Monarchie oder gegen die Republik gerichtet sind, oder solche Bestrebungen durch Verleumdung, Beschimpfung oder Verächtlichmachung der Republik oder von Mitgliedern der bestehenden Regierungen des Reichs oder eines Landes zu unterstützen.

Ueber diese für alle Reichsbeamten geltenden Vorschriften des § 10a hinaus sind durch § 10b weitergehende Verpflichtungen, abgesehen von den bereits geltenden Vorschriften für diejenigen Reichsbeamten festgesetzt worden, die mit dem Schutze der Republik besonders betraut sind. Diese in einem Anlage-Verzeichnis aufgeführten Beamten haben auch außerhalb ihrer amtlichen Tätigkeit Angriffe auf die verfassungsmäßige republikanische Staatsform zu unterlassen.

Das Amnestiegesetz.

Der Inhalt der Gesetzesvorlage war kurz und klar. Gleichwohl gab es zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten im Rechtsausschuß

wie in der Vollversammlung des Reichstages Anlaß. Drei Gruppen standen sich hier gegenüber. Einmal die äußerste Rechte, die jede Amnestie ablehnen wollte, weiter die beiden sozialistischen Gruppen und die Kommunisten, die weit über die Vorlage hinaus die Straffreiheit gesetzlich festzulegen verlangten, und endlich die Parteien der Mitte, die sich auf den Boden der Regierungsvorlage stellten und nicht darüber hinausgehen wollten. Dementsprechend ist auch mit wenigen Aenderungen die Regierungsvorlage angenommen worden.

Nach § 1 des Gesetzes wird Personen, die im Jahre 1920 nach dem 4. August und im Jahre 1921 an einem hochverräterischen Unternehmen als Täter oder Teilnehmer mitgewirkt haben, Straffreiheit gewährt. Hiervon sind ausgenommen Straftaten, die sich in das Jahr 1922 fortgesetzt haben. Straffreiheit gilt weiter für diejenigen, die von den auf Anordnung des Reichsjustizministers im Jahre 1921 errichteten außerordentlichen Gerichten wegen Handlungen verurteilt worden sind, die mit einem gegen das Reichgerichteten hochverräterischen Unternehmen im Zusammenhang stehen, falls die Handlungen nicht lediglich auf Noheit, Eigennutz oder sonstigen unpolitischen Beweggründen beruhen. Dagegen werden von der Straffreiheit ausgeschlossen diejenigen, die zur Durchführung des hochverräterischen Unternehmens oder im Zusammenhang hiermit bestimmte gemeine Verbrechen oder gemeingefährliche Verbrechen wie Mord, Tötung, schwere Körperverletzung, schweren Raub, Brandstiftung, vorsätzliche Eisenbahntransportgefährdung oder Sprengstoff-Verbrechen begangen haben. Weiter finden § 2 und 3 des Gesetzes vom 4. August 1920 derart Anwendung, daß auch die rückständigen Geldbußen und Kosten erlassen werden und daß auf Antrag des Verurteilten auch Vermerke über bereits verbüßte Strafen, die unter die Straffreiheit fallen würden, im Strafregister zu tilgen sind.

Im § 1a wird das Amnestieverfahren derart geregelt, daß auf Antrag die Akten, falls die von dem Beschuldigten oder Verurteilten auf Grund dieses Gesetzes verlangte Straffreiheit durch eine gerichtliche Entscheidung verneint wird, einem vom Reichsminister der Justiz zu berufenden Ausschuß vorgelegt wird und daß dieser Ausschuß, falls er die Voraussetzungen

der Straffreiheit für gegeben erachtet, dem Reichsjustizminister zur Entschliebung vorzulegen hat.

Diese gesetzlichen Vorschriften sind von der Mehrheit des Ausschusses und des Plenums angenommen worden, wobei die grundsätzliche Stellung der Mehrheitsparteien dahin präzisiert wurde, daß im allgemeinen weitgehende Amnestien im Interesse der Rechtsordnung und der Rechtssicherheit möglichst zu vermeiden seien, daß man aber den besonderen Verhältnissen und der außerordentlich erregten Spannung durch Annahme der Regierungsvorlage gebührend Rechnung tragen wolle. Dagegen könne man sich nicht entschließen, darüber hinaus die

weitergehenden Anträge der Linksparteien anzunehmen. Das gelte insbesondere von der verlangten allgemeinen Einbeziehung der am jüngsten Eisenbahnerstreik beteiligten Personen, zumal dieser Eisenbahnerstreik mit dem Gesetze zum Schutze der Republik in keinem Zusammenhange stehe, da er ein rein wirtschaftlicher Streik gewesen sei. Dagegen gaben die drei Parteien der Mitte, die sich ausschließlich auf den Boden der Regierungsvorlage stellten, klar zum Ausdruck, daß sie auch gegenüber den aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks zu Disziplinarstrafen oder gerichtlichen Strafen Verurteilten möglichst die Milde befürworten.

IV. PROBLEME DES WIEDERAUFBAUS

DEUTSCHLANDS AUGEN- BLICKLICHE FINANZLAGE

An das Wort „Wiederaufbau“ klammert sich jede Hoffnung in dem am Boden liegenden Deutschland. Um auf den Trümmern des alten ein neues Deutschland aufzurichten, dazu ist nicht nur kühner Mut, eiserner Fleiß und unbeirrbarer Tatkraft notwendig, sondern auch die klare Erkenntnis der gegenwärtigen Lage. Die Höhe unserer gegenwärtigen Verschuldung ist außerordentlich schwierig zu berechnen. Und ist das Gremmel glücklich zu Ende, dann sind seine Zahlen schon längst überholt. Da bei der steten Entwertung unserer Mark unsere Schuldenlast, die ja zum Teil in Goldwert zu tilgen und zu verzinsen ist, immer mehr anschwillt. Zu der Verschuldung des Reiches tritt noch die Verschuldung der Länder und der Gemeinden. Die letzteren sind augenblicklich am schlimmsten dran, da ihnen Reich und Länder fast sämtliche Steuereinnahmen entzogen haben und sie nur mit Reichszuschüssen ihren Verwaltungsapparat aufrecht erhalten können. Dazu kommt noch die Verschuldung des Einzelnen.

Einem so verschuldeten Volke, das man außerdem wirtschaftlich so einengt, daß es nicht wieder gesunden kann, die Leistungen des Versailler Vertrages zuzutrauen, ist ein Unding. Aber diese Einschätzung ist zugleich ein Beweis dafür, was für eine starke innere Kraft man Deutschland zutraut. Der staunenswerte Aufschwung vor dem Kriege und die fast unmöglich erscheinende wirtschaftliche Ausdauer während des Krieges hat unsere Gegner glauben gemacht, Deutschland sei alles zuzutrauen. Aber Uebermenschliches kann trotz aller härtesten Drucks nicht geleistet werden. Ein Volk, das einen Außenhandel von 20 Milliarden Goldmark besaß, und plötzlich 4 Jahre von der Weltwirtschaft losgelöst und gezwungen wurde, Raubbau an seinen Kräften zu treiben, das an Flächeninhalt und Bevölkerung verkleinert, wichtiger landwirtschaftlicher Produktions-Gebiete beraubt, arm geworden war, das hätte schon genug damit zu tun gehabt, die Heimat wieder aufzubauen. Es ist unmöglich, daß ein Land, das von seinen wertvollsten Arbeitskräften 2 Millio-

nen Männer auf dem Schlachtfelde verlor, dem 1½ Millionen Männer zu Krüppeln geschossen wurden, dem man sämtliche Kolonien und fast die gesamte Handelsflotte wegnahm, das all' sein Kapital, das im Ausland arbeitete, verlor, jetzt Lasten tragen soll, die es auch vor 1914 kaum hätte auf sich nehmen können? In diesen Tagen, 4 Jahre nach Kriegsende, bricht sich endlich auch bei unsern Gegnern die Erkenntnis Bahn, daß der Versailler Vertrag unerfüllbar ist. Wäre diese Einsicht früher gekommen, die schwere Entkräftung Deutschlands, die jetzt auch dem böswilligsten Gegner klar geworden, wäre — auch zum Nutzen unserer Gläubiger — nicht eingetreten.

Deutschland hat während des Krieges seine Ausgaben durch Anleihen bestritten. Nur die Beträge für den Zinsendienst dieser Anleihen wurden durch Steuern aufgebracht. Man hat bestehende Steuern erhöht und hat sich auch zur Einführung neuer Steuern entschlossen. Das Reich hatte ja in der ersten Zeit nach der Gründung nur von Beiträgen der Bundesstaaten gelebt. Die Steuern auf Vermögen und Einkommen hüteten die Staaten ängstlich als wichtiges Reservat. Bis vor dem Kriege noch war das Reich in der Hauptsache auf indirekte Steuern, auf eine Besteuerung des Verkehrs und Verbrauchs und auf Zölle angewiesen. Da die Blockade starke Preissteigerungen für alle Verbrauchsgüter brachte, durften diese durch erhöhte Besteuerung nicht noch verstärkt werden.

In den beiden ersten Jahren (1914 und 1915) war der Ertrag der „Wehrsteuer“, deren 1913 begonnene Zahlung auf 3 Jahre verteilt war, eine gute Hilfe. Für 1916 aber mußte man sich nach neuen Einnahmequellen umsehen. Man erfaßte zunächst die Kriegsgewinne. Durch einmalige außerordentliche Steuern (Kriegsabgabe 1916 nebst Zuschlag und Kriegsabgabe 1918) besteuerte man den Vermögenszuwachs und das Mehreinkommen während des Krieges. Auch die Verkehrs- und Verbrauchssteuern wurden ausgebaut. Der Post- und Telegraphenverkehr mußte von 1916 ab eine jährliche

außerordentliche Reichsabgabe zahlen, deren Zuschläge 1918 erhöht wurden. Als Vorläufer der Umsatzsteuer wurde 1916 der Warenumsatzsteuermpel eingeführt. Die Kohlensteuer 1917 und die Umsatzsteuer 1918 waren die ersten Versuche auf breiter Basis, den Gesamtverbrauch steuerlich zu erfassen. Im übrigen wurden einige Verbrauchssteuern durch Erhöhung der Sätze ergiebiger gestaltet. Im gleichen Jahre wurde die Branntweinsteuer durch das Branntweinmonopol ersetzt, das es dem Reiche ermöglichte, aus der Verwaltung des Branntweins höhere und steigerungsfähige Erträge zu erzielen.

Das Gesamtaufkommen aus Steuern war 1913 2077 Millionen. 1914 und 1915 sank die Einnahme, um von da ab bis auf 7391 Millionen im Jahre 1918 zu steigen. Da 1918 die Mark fast noch die Friedensparität hatte, bedeutete das, daß Deutschland im Verlauf des Krieges die Steuereinnahmen, einschließlich der aus einmaligen Steuern fließenden auf mehr als das Dreifache gesteigert hat.

Dennoch waren die Einkünfte des Reiches gering, gemessen an den Ausgaben, die der Krieg mit sich brachte. Waren doch die Ausgaben nach Abzug der Verwaltungseinnahmen und ohne Berücksichtigung der Betriebsverwaltungen von 2500 Millionen Mark im Jahre 1915 auf 44 000 Millionen Mark im Jahre 1918 gestiegen. So mußte Deutschland am Ende des Krieges vor einer außerordentlichen Schuldenlast stehen. Die Reichsschuld, die 1913 4700 Millionen Mark betragen, war nunmehr auf 93 700 Millionen gewachsen. Hierzu traten 48 000 Millionen schwebender Schulden. Also schon ohne die Lasten des Friedensvertrages war die Liquidation der Kriegsfinanzen für Deutschland eine schwere Aufgabe. Die Folgen des verlorenen Krieges haben jede Möglichkeit, zu gesunden Wirtschaftsgrundlagen zurückzukehren, auf längere Zeit hinaus vernichtet.

Zu dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands trat die staatliche Umwälzung. Etwa 8 Millionen Heeresangehöriger mußten plötzlich aus den Heeresverbänden entlassen werden. Mit dem Aufhören der Kriegsindustrie schwand für Hunderttausende die Gelegenheit zur Arbeit. Um ein Abgleiten der breiten Massen der Bevölkerung in die radikalsten politischen

Richtungen zu verhindern und das Chaos einer sozialen Auflösung von Deutschland abzuwenden, mußte Arbeitsgelegenheit geschaffen, mußten die Erwerbslosen unterstützt werden. Dazu kam der Mangel an den notwendigsten Lebensmitteln und Rohstoffen. Die Einfuhr von beiden erforderte große Zuschüsse des Reichs, da eine plötzliche Anpassung der Inlandpreise an die Weltmarktpreise ohne schwere Erschütterung nicht möglich war. Der letzte Rest dieser Zuschüsse, deren Beseitigung nur allmählich erfolgen konnte, findet sich im Haushaltsplan 1922.

Die Ueberleitung der Heeresangehörigen in bürgerliche Berufe ist im wesentlichen gelungen. Die innerpolitischen Verhältnisse haben sich langsam befestigt, die Gefahr des Bolschewismus ist bisher mit Erfolg bekämpft worden. Aber die finanziellen Opfer, die dafür gebracht werden mußten, sind sehr groß gewesen. Von der Zeit des Abschlusses des Waffenstillstandes bis zum 31. März 1919 — dem Ende des Rechnungsjahres 1918 — hatte sich die schwebende Schuld des Reichs um rund 15 700 Millionen Mark erhöht.

Die Finanzreform.

Nur durch eine großzügige Finanz-Reform war es möglich, den schon damals drohenden finanziellen Zusammenbruch zu verhindern. Die ungeheuren steuerlichen Lasten, die aufgebracht werden mußten, erforderten eine völlige Neuordnung, die eine gleichmäßige Besteuerung für das ganze Reich durchführte. Mit den großen Steuern auf Einkommen und Vermögen mußte auch die einheitliche Finanzverwaltung auf das Reich übergehen. Nicht ohne die Ueberwindung heftigen Widerstandes gelang es 1919 beides im Reichstage durchzusetzen. Dem Reiche steht seitdem die einheitliche Veranlagung und Erhebung der Einkommensteuern und großen Vermögensabgaben zu.

Zunächst ging man daran, die Kriegssteuergesetzgebung weiter auszubauen und durchzuführen, um die Kriegsgewinne an Vermögen und Mehreinkommen zu erfassen. Die außerordentliche Kriegsabgabe für 1919 und die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs bewirkten das. Dazu kam das einmalige Reichsnot-

opfer, das den größten Vermögen 60% abverlangte. Eine Erhöhung der laufenden Steuern und neue Steuern gingen nebenher. Die Kapitalertragsteuer brachte eine Vorbelastung des Einkommens aus Vermögen mit 10%. Die Einkommensteuer bekam Sätze bis 60%, die Körperschaftsteuer solche bis 20%. Die Grunderwerbssteuer besteuerte die Grundstück-Umsätze. Die Erbschaftsteuer hatte Sätze bis 70% und Nachlasssteuer und Erbschaftsteuer konnten zusammen bis 90% des Erbes wegsteuern. Die Umsatzsteuer erfaßte alle Leistungen und Lieferungen, sie wurde durch eine 15%ige Luxussteuer und Sondersteuern auf gewerbsmäßige Beherbergung und Reklame ergänzt. Die Zölle wurden nach dem Goldmaßstab erhoben und ein Goldzollaufschlag eingeführt. Die Wirkungen dieser alles erfassenden Steuern zeigte sich bald. Die Einnahmen aus den Steuern brachten

1919	10 543 Millionen,
1920	50 801 "
1921	ca. 87 000 "

(vorl. Feststell.)

Die Steuer-Einnahmen hätten völlig ausgereicht für die Bedürfnisse des Staates, wenn nicht die ständige Verschlechterung der deutschen Währung die Ausgaben stetig gesteigert hätte und die Lasten des Versailler Vertrages immer unerträglicher geworden wären. So mußte man sich bereits 1921 zu einem weiteren scharfen Anziehen der Steuerschraube entschließen. Nach manchem parlamentarischen Kampf und mit vielen Abänderungen wurden die Entwürfe dieser Steuern im März und im April 1922 Gesetz. Durch sie wurden die Sätze der Körperschaftsteuern auf 35%, die der Umsatzsteuer auf 2% und die Kohlensteuer von 20 auf 40% des Kohlenpreises erhöht. Gleichfalls erhöht wurden die Zölle und die Steuern auf Kraftfahrzeuge, Versicherungen und Rennwetten. Ein Kapitalverkehrssteuergesetz belastet die Börsen-Umsätze, die Ausgabe von Wertpapieren und die Errichtung von Gesellschaften. Eine laufende Steuer auf Vermögensbesitz wird eingeführt, die bis zu 1% im Jahre ansteigt und zu der auf die Dauer von 15 Jahren Zuschläge bis zu 200% erhoben werden, die anstelle des Reichsnotopfers treten. Für die Besitzsteuer kommt eine Ver-

mögenszuwachssteuer mit Sätzen bis zu 10%. Auch die Zwangs-Anleihe ist ja eine Art von Steuer. Die meisten Verbrauchsabgaben wurden auf das Mehrfache ihrer Sätze erhöht. Auch das Branntwein-Monopol erhöhte seine Preise beträchtlich. Man hat die vermutliche Steuereinnahme für 1922 mit ca. 110 Milliarden veranschlagt, sie wird aber erheblich höher sein. Eine stärkere Belastung des deutschen Volkes mit Steuern erscheint unmöglich. Der Goldzollzuschlag hat augenblicklich (19. Juni 1923) 1 431 900 des Zollsatzes erreicht.

Die Reichseisenbahn.

Die Eisenbahnen mußten nach dem Kriege mit großen Zuschüssen arbeiten, die die Länder zumeist nicht aufzubringen vermochten. Das erleichterte die Uebernahme der Bahnen durch das Reich, die aus Zweckmäßigkeits- und Sparsamkeitsgründen erfolgte. Die Eisenbahnen waren bei dieser Vereinigung zur Reichseisenbahn in sehr schlechtem Zustande. Betriebsanlagen und rollendes Material waren im Kriege aufs höchste beansprucht worden. Die Verschlechterungen hatten weder durch ausreichende Reparaturen noch durch Erneuerungsbauten ausgeglichen werden können. Dann mußte das beste Material an der Entente abgegeben werden. Hinzu kam, daß, wie die Post, so auch die Eisenbahnen aus dem Heere Entlassene in großer Zahl und weit über ihren Bedarf hinaus hatten aufnehmen müssen, um sie nicht der Arbeitslosigkeit und damit unproduktiver Erwerbslosenfürsorge anheimfallen zu lassen. Die sich hieraus für die Eisenbahnverwaltung ergebende Belastung war sehr hoch; denn der Abbau des Personalbestandes konnte in den folgenden Jahren nur sehr vorsichtig durchgeführt werden.

Eine mehrmalige Steigerung der Tarife bewirkte zugleich mit einer großen Verwaltungsreform, daß nach dem Haushaltsplan für 1922 Zuschüsse nicht mehr erforderlich sein sollten. Die sich in den letzten Monaten entwickelnde starke Teuerung, die große Lohn-erhöhungen im Gefolge haben mußte, hat aber trotz der jetzt fast jeden Monat erfolgenden ungeheuren Tarif-Erhöhungen diese Hoffnung zu Schanden werden lassen.

DER REICHSHAUSHALT 1922

I. Allgemeine Reichsverwaltung.

Einnahmen	A) Ordentlicher Haushalt.		Ausgaben	
	Mark		Mark	
1. Steuern und Abgaben . .	109 806 659 041	1. Fortdauernde Ausgaben .	91 475 564 758	
2. Verschiedene Verwaltungs-		2. Einmalige Ausgaben . . .	7 546 068 509	
einnahmen	5 714 974 226	3. Ueberschüsse, verfügbar für		
		den Haushalt zur Ausfüh-		
		rung des Friedensvertrags	16 500 000 000	
	Sa.	115 521 633 267	Sa.	115 521 633 267

B) Außerordentlicher Haushalt.

1. Außerordentliche Einnahmen	3 449 106 380	Außerordentliche Ausgaben	6 879 702 949
2. Im Wege der Anleihe zu beschaffen	3 430 596 569		
	Sa. 6 879 702 949		

II. Betriebs-Verwaltungen.

A) Ordentlicher Haushalt.

1. Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung.			
Betriebseinnahmen	20 881 275 885	Betriebsausgaben	20 881 275 885
2. Reichsdruckerei.			
Betriebseinnahmen	604 462 000	1. Betriebsausgaben	597 976 527
		2. Betriebsüberschuß	6 485 473
			Sa. 604 462 000
3. Verwaltung der deutschen Reichsbahn.			
Betriebseinnahmen	100 888 618 000	Betriebsausgaben	100 888 618 000

B) Außerordentlicher Haushalt.

1. Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung.			
1. Außerordentliche Einnahmen	78 000 000	Außerordentliche Ausgaben	2 612 859 750
2. Im Wege der Anleihe zu beschaffen	2 534 859 750		
	Sa. 2 612 859 750		
2. Verwaltung der deutschen Reichsbahn.			
1. Außerordentliche Einnahmen	6 500 000	Außerordentliche Ausgaben	17 392 459 000
2. Im Wege der Anleihe zu beschaffen	17 385 959 000		
	Sa. 17 392 459 000		

III. Ausführung des Friedensvertrags.

1. Ueberschuß der Allgemeinen Reichsverwaltung	16 500 000 000	1. Ausgaben im ordentlichen Haushalt	163 159 290 000
2. Im Wege der Anleihe zu beschaffen	209 969 739 410	2. Ausgaben im außerordentlichen Haushalt	63 310 449 410
	Sa. 226 469 739 410		Sa. 226 469 739 410

Den besten Begriff der allgemeinen Finanzlage des Reiches gibt die nebenstehende kurze Uebersicht über den vorliegenden vom Reichstage genehmigten Haushaltsplan, den wir einem ausgezeichneten Aufsatz des bekannten Staatssekretärs Dr. Schröder im Reichsfinanzministerium entnehmen, der in Nr. 5 der vom „Manchester Guardian Commercial“ herausgegebenen Serie: „Der Wiederaufbau Europas“ (Hauptchriftleiter Rennes) erschienen ist. Diese Uebersicht ist außerordentlich klar und gibt ein besseres Bild der Verhältnisse als der Haushalt 1923, der bei der schwankenden Lage durchaus problematisch ist und dessen Zahlen durch die Geldentwertung nicht mehr stimmen. Staatssekretär Dr. Schröder bemerkt zu dieser Etat-Uebersicht (a. a. O. S. 310):

„Um einen klaren Ueberblick über die Finanzlage zu erleichtern, sind bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für 1922 die Betriebsverwaltungen des Reiches — Post und Telegraph, Reichsdruckerei, Eisenbahnen — und die Ausgaben für die Ausführung des Friedensvertrages als besondere Zeile außerhalb der allgemeinen Reichsverwaltung behandelt worden. Jede der drei Gruppen hat einen ordentlichen und einen außerordentlichen Haushalt. In dem ordentlichen Haushalt sind die Ausgaben enthalten, die nach ihren Zwecken durch laufende Einnahmen gedeckt werden müssen; auf den außerordentlichen Haushalt sind die Ausgaben verwiesen, die nach gefundenen finanzpolitischen Grundsätzen aus Anleihen bestritten werden können. Dies gilt z. B. für Kapitalaufwendungen zur Erneuerung von Eisenbahnanlagen oder für solche Ausgaben zur Ausführung des Friedensvertrages, mit denen nicht für eine längere Reihe von Jahren zu rechnen ist.

Was ergibt sich aus diesen Zahlen für die Beurteilung der Finanzlage?

Die Betriebsverwaltungen decken aus eigenen Einnahmen ihre laufenden Ausgaben; sie haben aber für Erneuerung und Ergänzung der Anlagen einen Anleihebedarf von 19,9 Milliarden Mark. Der Betrag erscheint zunächst hoch. Er ist aber, wenn man die Entwertung des Geldes und die Steigerung aller Preise berücksichtigt, niedriger als der normale Bedarf der Betriebe vor dem Kriege bei den Eisenbahnen (17,7 Prozent der gesamten Betriebsausgaben gegen 31,1 Prozent

im Jahre 1913). Die Zahl erscheint noch geringer, wenn man die starke Abnutzung der Anlagen durch den Krieg bedenkt. Auf den Bau neuer Bahnstrecken hat man grundsätzlich verzichtet. Ob es allerdings gelingen wird, die erforderlichen 19,9 Milliarden Mark im Wege einer langfristigen Anleihe schon im Jahre 1922 zu beschaffen, muß bezweifelt werden.

Die Einnahmen der allgemeinen Reichsverwaltung übersteigen im ordentlichen Haushalt die Ausgaben um 16,5 Milliarden Mark. In den Ausgaben von 99 Milliarden Mark sind 29 Milliarden Mark für den Schuldendienst und 22 Milliarden Mark für Ueberweisungen an die Länder und Gemeinden enthalten. Den Ländern werden Anteile an den Reichssteuern überwiesen, die ihnen als Ersatz für die ihnen genommenen großen Steuern zustehen und die sie zur Bezahlung ihrer dringenden Ausgaben benötigen. Für Pensionen, Militärrenten und Versorgung der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer sind ferner 15,8 Milliarden Mark aufzuwenden. Aus dem Rest von rund 32 Milliarden Mark werden die laufenden Ausgaben aller Zweige der allgemeinen Reichsverwaltung bestritten. Im Jahre 1913 wurden für diese Zwecke 2,1 Milliarden Mark ausgegeben. Stellt man in Rechnung, daß die allgemeine Steuerung, die Steigerung der Preise aller Materialien und die Kosten der Lebenshaltung der Angestellten im Durchschnitt mindestens das 30fache erreicht haben, so beweist der Anstieg von 32 Milliarden Mark, der einem Ausgabeposten von rund 1,1 Milliarden Goldmark gleichkommt, daß sparsam gewirtschaftet wird. Im Hinblick auf die Not des Reiches hat die deutsche Beamtenschaft sich in ihrer Lebenshaltung mit am stärksten unter allen Bevölkerungskreisen einschränken müssen.

Der Anleihebedarf des außerordentlichen Haushalts der allgemeinen Verwaltung beträgt 3,4 Milliarden Mark. Er ist im wesentlichen durch die Nachwirkungen des Krieges hervorgerufen und muß in den folgenden Jahren verschwinden oder doch auf eine nur geringfügige Summe herabgebrückt werden können.

Der Ueberschuß des ordentlichen Haushalts der allgemeinen Verwaltung mit 16,5 Milliarden Mark soll zur Durchführung des Friedensvertrages ver-

wendet werden. Er kann aber die hierfür erforderlichen Ausgaben nur zu einem ganz kleinen Teile decken. Mit dieser Feststellung kommen wir zur Quelle des ganzen Elends der deutschen Finanzen. Die auf dem Friedensvertrage beruhenden Ausgaben sind zum erheblichen Teile in fremder Währung zu leisten. Sie sind deshalb unmittelbar unabhängig vom Kurse der Mark. Die 720 Millionen Goldmark, die für das Jahr 1922 in Cannes festgesetzt sind, erfordern bei einem Dollarkurse von 200 Mark 34,4 Milliarden Papiermark, bei einem Dollarkurse von 300 Mark 51,4 Milliarden Papiermark. (Bei dem jetzigen Dollarkurse von 80 000 würde die Summe gegen 13700 Milliarden Papiermark betragen. Der Verf.) Zur Abbürdung dieser Last genügen die Mittel der Steuergesetzgebung nicht. Selbst wenn es möglich wäre, die Steuerbeträge so zu erhöhen, daß der im Augenblick erforderliche Bedarf an Papiermark insgesamt gedeckt wäre, so würde das doch noch keine wahre Deckung bedeuten, so lange die Zahlungsbilanz der deutschen Volkswirtschaft nicht ausgeglichen ist. Denn Steuern erbringen nur Papiermark, für die Zahlungen müssen aber Devisen beschafft werden. Ist der Ausfuhrüberschuß der deutschen Wirtschaft nicht so groß, daß die Devisen dem Reiche gegen Papiermark zur Verfügung gestellt werden können, so bleibt dem Reiche nur die Möglichkeit, Devisen im Ausland einzukaufen. Das Zahlungsmittel des Reiches ist wieder die Papiermark. Nach dem Grundsatz von Angebot und Nachfrage muß dieser Zwang, Papiermark auf den Markt zu werfen, um Devisen dafür einzutauschen, den Kurs der Mark stetig weiter drücken. Hier liegt der Ausgangspunkt für den *circulus vitiosus*:

Notwendigkeit des Verkaufs der nationalen Währung im Ausland, Rückgang ihres Wertes im Verhältnis zu den übrigen Währungen, Steigen der Preise für ausländische Lebensmittel und Rohstoffe, Steigen der Inlandpreise, der Löhne und der Produktionskosten und damit zusammenhängend Zunahme des Geldumlaufs, Fehlbeträge im Haushalt, Zunahme der schwebenden Schulden, steigende Inflation, weitere Abnahme der äußeren Kaufkraft und weitere Geldvermehrung.

Wir haben die klaren Ausführungen des Staatssekretärs im vollen Wortlaut wieder-

gegeben, weil hier wohl der beste Kenner der Materie spricht. Staatssekretär Dr. Schröder, der auch im November 1922 bei den vergeblichen Berliner Verhandlungen mit der Reparationskommission über die Stabilisierung der Mark als unser Sachverständiger auf verantwortungsvollem Posten stand, wendet sich dann weiter gegen die Ansicht, daß die Beseitigung der Inflation (die Ueberschwenkung des Marktes mit Papiergeld) allein die Währungsnot bessern würde. Er führt dabei überzeugend aus (a. a. O. S. 511):

„Die Entwertung des Geldes kann zweifellos auf einer Inflation beruhen, die in dem Zustande des Staatshaushalts ihren letzten Grund hat, sie kann aber auch in der passiven Zahlungsbilanz der Volkswirtschaft ihre Ursache finden, und sie wird meist dem Zusammenwirken beider Ursachen entstammen. Je mehr aber die Passivität der Zahlungsbilanz zur vorherrschenden Ursache der Währungsnot wird, desto weniger kann mit der mechanischen Bekämpfung der Inflation geholfen werden. Vielmehr müssen die Verhältnisse berücksichtigt werden, die jetzt durch die Verschuldung der Staaten Europas an das Ausland infolge des Krieges eingetreten sind. Für diese von Grund auf geänderten Verhältnisse müssen neue Grundsätze gelten. Für das Deutsche Reich ist das Bild klar. Solange die Auslandsschuld des Reiches nicht in einer Weise geregelt ist, welche die Beschaffung der nötigen Devisen aus dem Ausland durch den Exportüberschuß und die Ausbringung der Mittel für die Bezahlung der Devisen im Inland durch Steuern ermöglicht, kann die deutsche Währung nicht gesunden. Ist diese Vorbedingung geschaffen, so kann die Währung stabilisiert werden, auch wenn dies nicht in der Höhe der Parität vor dem Kriege wird geschehen können. Dann werden die deutschen Steuern bei wachsender Konsumfähigkeit des Volkes auch einen erheblich höheren Ueberschuß (berechnet auf Goldmark) bringen und die Verzinsung und Tilgung vermehrter Auslandsschulden ermöglichen. Ist die Herabsetzung der Schuld auf ein der wirklichen Leistungsfähigkeit Deutschlands entsprechendes Maß nicht sogleich erreichbar, so kann das Problem der Erfüllung für Deutschland vorläufig nur durch die Aufnahme einer ausländischen

Anleihe gelöst werden, die wenigstens für einige Jahre die Zahlungsverpflichtungen abbürdet. Nur auf diesem Wege kann auch der Geldbedarf einzelner Gläubigerstaaten, der baldige und erhebliche Zahlungen nötig macht, befriedigt und können zugleich die jährlichen Leistungen Deutschlands mit der Tragfähigkeit seines Budgets in Einklang gebracht werden. Diese Auffassung steht im Einklang mit der grundsätzlichen Anschauung der hervorragenden Sachverständigen Europas, die von dem Finanzausschuß der Wirtschaftskonferenz in Genua mit der Begutachtung der Währungsfragen betraut wurden. Sie haben in den Vorschlägen, die sie der Konferenz zur Annahme empfahlen, die leitenden Gedanken der Währungsreform in folgenden Sätzen zusammengefaßt: „Es ist bekannt, daß

bei verschiedenen Ländern die Höhe der Schulden derartig ist, daß es unmöglich ist, das Gleichgewicht im Staatshaushalt zu schaffen ohne die Hilfe einer ausländischen Anleihe. Anderenfalls kann es nicht gelingen, die relative Stabilität der Währung zu erreichen, von der der Ausgleich im Staatshaushalt in weitem Umfange abhängt.“

Inzwischen hat der rechtswidrige Einbruch in das Ruhrgebiet die Finanzlage des Reiches so verschlechtert, daß die schwebende Schuld viele Billionen beträgt und man dem Reich kaum vom Ausland eine Anleihe gewähren wird. Auf den mißglückten Versuch einer dauernden Mark-Stabilisierung (Jan. März 1923) und die Bemühungen zur Lösung der Reparationsfrage soll im Schlußkapitel noch ausführlich eingegangen werden.

DIE DEUTSCHEN LEISTUNGEN AUS DEM FRIEDENSVERTRAGE

Das Problem der sogenannten „deutschen Wiedergutmachung“ ist die umstrittenste, aber wohl auch wichtigste politische und wirtschaftliche Frage für ganz Europa. Mit dem Londoner Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 ist für uns insofern eine Klärung eingetreten, als wir nun wissen, wieviel unsere ehemaligen Kriegsgegner von uns zu bekommen wünschen. Denn daß wir die dort festgesetzte Kapitalsumme und ihre Jahresleistungen nie würden aufbringen können, wurde immer klarer, je mehr die Erfüllungspolitik fortschritt. Schon vorher aber hatten große Leistungen aufgebracht werden müssen, deren Wert von der Gesamtschuld abzuziehen ist. Diese Leistungen, die ganz beträchtlich gewesen sind, werden aber in Geld recht verschieden gewertet. Während Minister Dr. Rathenau im Reichstag am 22. März 1922 erklärte, daß Deutschland bis zum 1. April 1922 unter Einschluß der Werte unserer territorialen Verluste (Kolonien, Elsaß-Lothringen, Oberschlesien, Westpreußen usw.) Sach- und Vermögenswerte im Betrage von über 100 Milliarden Goldmark geleistet oder verloren habe, — rechnet man den Wert der

Gebietsverluste ab, so bleiben immer noch mehr als 40 Milliarden Goldmark übrig —, rechnete kürzlich der Finanzminister H. v. S. im Kabinett Lloyd Georges nur 9,6 Milliarden heraus. Natürlich ist den Franzosen auch diese Summe noch zu hoch gegriffen. Um einen Begriff davon zu geben, was bisher das deutsche Volk nach dem Kriege der Entente geopfert, sollen die Wertberechnungen, wie sie Staatssekretär Dr. Schröder in einem Aufsatz in Nr. 8 der Serie „Der Wiederaufbau Europas“ (Manchester Guardian commercial) aufstellt, hier folgen.

Dr. Schröder bewertet die vor dem 1. Mai 1921 getätigten Reparationsleistungen wie folgt:

I. Leistungen aus vorhandenen Beständen und Abtretung von Eigentum.

	Goldmark
1. Reichs- und Staatseigentum im In- und Ausland, ausschließlich Oberschlesiens, Elsaß-Lothringens, Eupen-Malmédys und der deutschen Kolonien	4 710 000 000
2. Saargruben	1 100 000 000
3. Privatkabel	85 500 000

4. Rücklagsgüter in den von den deutschen Truppen geräumten Gebieten	3 000 000 000
5. Waffenstillstands - Eisenbahnmaterial einschließlich der Fahrzeugsatzteile und Lastkraftwagen, Eisenbahn- und Schiffbrücken, Eisenbahnfahrzeugpark in den Abtretungsgebieten	1 626 000 000
6. Handelsflotte (einschließlich der Amerika- und Embargo-schiffe). Weltmarktpreis nach dem Stande zur Zeit des Versailler Friedensschlusses	7 310 500 000
7. Binnenschiffe	78 000 000
8. Aktien der Marokkanischen Staatsbank	650 000
9. Liquidiertes deutsches Eigentum im Ausland	11 700 000 000
10. Abtretung der Ansprüche Deutschlands an seine ehemaligen Kriegsverbündeten	7 000 000 000
Summe I:	36 610 450 000

II. Leistungen aus laufender Produktion.

11. Kohlen, Koks und Nebenprodukte (ohne Berücksichtigung derFOB-Preise).	475 000 000
12. Farbstoffe und chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse (Inlandspreise)	44 000 000
13. Vieh	104 000 000
14. Wiederaufbaulieferungen (landwirtschaftliche und andere Maschinen, Materialien) (Inlandspreise)	30 000 000
Summe II:	653 000 000

III. Barzahlungen.

15. Für die Ueberlassung des Schrotts aus zerstörtem Kriegsmaterial	26 000 000
16. Verschiedenes (Rheinlandzölle usw.)	10 000 000
Summe III	36 000 000
Hierzu Summe II	653 000 000
Summe I	36 610 450 000

Das sind an Leistungen auf Grund des Versailler Vertrages insgesamt 37 299 450 000

Staatssekretär Dr. Schröder weist dann erläuternd darauf hin, „daß man diese Leistungen nicht nur ihrem Werte, sondern auch ihrem Umfange nach kennen lernen müsse“. „In dem Eisenbahnwagenpark“, fährt Dr. Schröder fort, „der in den Abtretungsgebieten zurückgelassen werden mußte, sind

1300 Lokomotiven,
1800 Personenwagen,
463 Gepädwagen und
2000 Güterwagen

und andere Wagen enthalten. Außerdem hat Deutschland an rollendem Eisenbahnmaterial nach dem Vertrage von Versailles und dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 abgeliefert:

5 016 Lokomotiven,
8 892 Personenwagen,
3 306 Gepädwagen und
135 840 Güterwagen

einschließlich der zu den Lokomotiven erforderlichen Betriebsstoffe und der für den Wagenpark erforderlichen Wageneinsatzteile.“ Dabei hat Dänemark auf das ihm für Nordschleswig zustehende Eisenbahn-Material verzichtet. Im Ganzen sind das über 6000 Lokomotiven und über 150 000 Eisenbahnwagen und zwar das beste Material.

Die Lieferungen an landwirtschaftlichen Maschinen umfaßten nach Dr. Schröder ungefähr 130 000 verschiedene Stücke und erstreckten sich vom Dampfzug bis zur einfachen Heugabel. Von der Handelsflotte sind im ganzen über 1000 Fahrzeuge mit einem Bruttoreumgehalt von 4,6 Millionen Tonnen abgeliefert worden. Bis auf einen geringen Rest hat damit Deutschland seine gesamte Ueberseehandelsflotte den alliierten Regierungen übereignen müssen. An lebendem Vieh hat Deutschland bis zum Mai 1921 annähernd 400 000 Stück, darunter etwa 135 000 Rinder und etwa 50 000 Pferde übergeben. Wegen des stark zurückgegangenen Viehbestandes und wegen der besonderen Anforderungen, die die alliierten Regierungen bezüglich der Qualität an das zu liefernde Vieh stellten, mußten große Mengen der Pferde und der Rinder aus dem Auslande beschafft und mit Devisen bezahlt werden. Auch an Kohlen, Koks und Kohlennebenprodukten hat Deutschland bis zum Mai 1921 über 22 Millionen Tonnen geliefert.

An Farbstoffen und chemisch-pharmazeutischen Erzeugnissen belaufen sich die Lieferungen auf weit über 14000 Tonnen. Neben der Ueberseeflotte ist auch die Binnenschiffahrt durch große Lieferungen an die verbündeten Regierungen vermindert worden. In den nach dem Waffenstillstand geräumten Gebieten haben die deutschen Truppen Güter, die auch für nichtmilitärische Zwecke Verwendung finden konnten, wie Maschinen, Wagen, elektrische Geräte u. a. m. im Werte von etwa 3 Milliarden Goldmark zurückgelassen.

Staatssekretär Schröder wendet sich dann gegen die Behauptung der Gegenseite, daß die Bewertungen zu hoch seien. „Der deutschen Bewertung der Liegenschaften, Güter und Waren sind“, fährt er fort, „anerkannte wissenschaftliche Bewertungsmethoden zugrunde gelegt worden. Der Wert der Handelsflotte im besonderen ist in der Weise ermittelt worden, daß von zwei bewährten Sachverständigen auf dem Gebiete der Taxierung von Handelsschiffen unter Abwägung aller in Frage kommenden Verhältnisse der Wert jedes einzelnen Schiffes gesondert ermittelt worden ist, und zwar für den Tag des Inkrafttretens des Vertrages von Versailles, den 10. Januar 1920, an dem das Eigentum an den Schiffen übergegangen ist. Die Reparationskommission hat die Entscheidung über die Amerikaschiffe, d. h. die in Amerika internierten Schiffe zurückgestellt und auch eine Guttschrift für die Embargoschiffe d. h. der gelaperten oder beschlagnahmten Schiffe abgelehnt. Für die übrigbleibenden Schiffe hat sie ohne nähere ziffernmäßige Begründung bis jetzt nur einen Betrag von 749 458 000 Goldmark gutgeschrieben.“

Leistungen nach dem 1. Mai 1921.

Mit dem 1. Mai 1921 wurden durch die Bestimmungen des Londoner Zahlungsplans die Verpflichtungen gegenüber den alliierten Regierungen neu gestaltet. Die deutschen Verpflichtungen aus Artikel 231, 232 und 233 wurden unter bestimmten Voraussetzungen auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt, und es wurden bestimmte Zins- und Amortisationsverpflichtungen normiert. Zur Erfüllung dieser Verpflichtungen hat Deutschland nach dem 1. Mai 1921 bis zum 31. Juli 1922 folgende Leistungen gemacht:

I. Barzahlungen.

	Goldmark
1. Devisenzahlungen	1 446 000 000
2. Englische Sanktionsabgabe (Recovery Act) bis einschl. Ende Februar 1922	52 000 000
3. Verschiedenes	950 000
Summe I	1 498 950 000

II Sachleistungen.

4. Eisenbahnfahrzeugpark in den Abtretungsgebieten (neue Lieferungen)	500 000 000
5. Fahrzeugsatzteile	1 500 000
6. Binnenschiffe	32 000 000
7. Tiere	86 500 000
8. Kohlen, Koks und Nebenprodukte	409 000 000
9. Farbstoffe und chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse	23 000 000
10. Wiederaufbaulieferungen, Waffenstillstandslieferungen (Maschinen, Geräte), Poena und Verpflichtungen aus Artikel 247 des Friedensvertrages (Löwener Universität und Kunstgemälde)	100 000 000
11. Englische Sanktionsabgabe (Recovery Act)	42 000 000

Summe II 1 194 000 000

dazu Summe I 1 498 950 000

mithin insgesamt: 2 692 950 000

Zu Punkt 11 ist dabei zu bemerken, daß bis zum 1. März 1922 die Einnahmen aus der englischen Sanktionsabgabe bei den Barzahlungen und nach dem 1. März 1922 infolge der Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März 1922 bei den Sachleistungen verrechnet werden.

Deutschland hat also in 15 Monaten für einen Betrag von über 2½ Milliarden Goldmark Zahlungen gemacht oder Waren geliefert.

Der Menge nach sind in diesen Lieferungen u. a. über 21 Millionen Tonnen Kohlen, Koks und Nebenprodukte, etwa 52 000 Pferde, 36 000 Rinder, 70 000 Schafe und 186 000 Stück Geflügel und über 5000 Tonnen Farbstoffe und chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse enthalten.

Die gesamten Lieferungen an die Alliierten beziffern sich danach, mit dem auf rund 900 Millionen Goldmark geschätzten Wert des Reichs- und Staatseigentums in dem verlorenen Teil von Oberschlesien auf nahezu

41 Milliarden Goldmark.

Die französische Kriegsschädigung an Deutschland betrug 1871 ganze vier Milliarden Goldmark.

Mit den eigentlichen Reparationsverpflichtungen einschließlich der Lieferungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sind aber die Verpflichtungen Deutschlands aus dem Vertrage von Versailles noch nicht erschöpft.

Es sind außerdem in der Zeit nach dem Waffenstillstand bis zum 31. Juli 1922 aus der Erfüllung des Friedensvertrags noch folgende Ausgaben entstanden:

Papiermark

1. Zahlungen aus dem Ausgleichsverfahren 22 411 000 000
2. Befahrungskosten 14 000 000 000
3. Ausgaben für interalliierte Kommissionen 2 900 000 000
4. Leistungen aus dem Vertrage von Versailles außerhalb der Reparationen (Restitutionen und Substitutionen von Vieh, Maschinen u. anderem Material, Auslieferung u. Unbrauchbarmachung von Kriegsgerät 6 340 000 000
5. Innere Ausgaben für Ausführung des Friedensvertrages (Durchführung der Entschädigung der Auslands- und Kolonialdeutschen und der Verdrängten, Fürsorge für die deutschen Flüchtlinge aus den abgetretenen Gebieten usw.) 7 256 000 000
6. Sicherheitsleistungen an das Garantiekomitee 3 375 000 000

Trotz dem Raubbau während des Krieges, trotz der unerhörten finanziellen und wirtschaftlichen Leistungen in der Nachkriegszeit ist die deutsche Volkswirtschaft nicht zusammengebrochen. Im Gegenteil: sie hat es verstanden, die Bevölkerung, die sich auf einem wesentlich verringerten Territorium viel mehr als früher

staut, fast durchweg zu beschäftigen, so daß es Arbeitslose kaum gibt. Das deutsche Eigentum im Auslande ist zwar, soweit es aus der Vorkriegszeit stammte, liquidiert worden. Einst waren die deutschen Unternehmungen und Beteiligungen im Auslande derjenige Faktor, der, angesichts einer passiven Handelsbilanz, die Zahlungsbilanz aktiv gestaltete. Heute haben Industrie und Handel, dazu auch viele Privatleute, nach und nach wiederum erhebliche Guthaben außerhalb der deutschen Grenzen angesammelt und in Deutschland selbst fremde Devisen in einem früher nicht gekannten Ausmaße im Besitz. Diese Aktivposten werden indessen nur in einem verhältnismäßig geringeren Grade der deutschen Volkswirtschaft dienstbar gemacht, weil es weniger werdende Anlagen als Reserverposten sind. Lloyd George hat vor einiger Zeit in einer Rede ganz richtig darauf hingewiesen, daß vor allem der deutsche Bürger selbst erst einmal der Finanzwirtschaft seines Landes Vertrauen entgegenbringen müsse. Tritt das ein, dann wird dieses scheinbar tote Kapital aus seinem Dornröschenschlaf erwachen und sich befruchtend auf die deutsche Volkswirtschaft ergießen.

„Unter den in Ziffer 5 der letzten Tabelle aufgeführten inneren Ausgaben für die Ausführung des Friedensvertrages werden diejenigen Aufwendungen verstanden, welche durch die Entschädigung der Auslands- und Kolonialdeutschen und der aus den abgetretenen Gebieten Verdrängten für den Verlust ihres Eigentums entstanden sind. Im Vergleich zu den erheblichen Verlusten sind die bisherigen Entschädigungszahlungen seitens der deutschen Regierung gering. Ferner gehören hierher die Ausgaben für Personen- und sonstige Schäden, die in den besetzten Gebieten entstehen und solche Ausgaben, welche die Fürsorge für die Flüchtlinge aus den abgetretenen Gebieten verursacht. Endlich gehören zu den inneren Ausgaben für die Ausführung des Friedensvertrags die Aufwendungen für die Internationalisierung der deutschen Ströme und für die finanzielle Auseinandersetzung mit den abgetretenen Gebieten.“

„Die in Ziffer 6 aufgeführten Sicherheitsleistungen an das Garantiekomitee sind

in der Zeit vom 15. Oktober bis Ende Dezember 1921 gemacht worden. Sie stellen den Gegenwert von 25% des Wertes der in diesem Zeitraum gemachten deutschen Ausfuhr dar. Auf Grund einer besonderen Vereinbarung mit dem Garantiekomitee wurde dieser Betrag zur Sicherstellung der am 15. Januar 1922 fälligen Reparationsrate an das Garantiekomitee bezahlt.

Insgesamt belaufen sich die aus der Durchführung des Vertrages von Versailles bis zum 31. Juli 1922 entstandenen Ausgaben in Papiermark einschließlich der Papiermarkaufwendungen für die unter Ziffer I und II gemachten Leistungen auf rund 186 Milliarden. In diesem Betrage sind die sehr großen reinen Verwaltungskosten, die durch die Ausführung des Vertrages von Versailles entstehen, nicht enthalten.

In dem Zeitraum vom Ende April 1921 bis Ende Juli 1922 sind an Ausgaben für die Erfüllung des Friedensvertrages rund 151 Milliarden Papiermark entstanden. Diesem Betrage steht eine Zunahme der schwebenden Schuld für den gleichen Zeitraum von 135 Milliarden Mark gegenüber. Es sind also in dieser

Zeit rund 16 Milliarden Mark Reparationsausgaben aus den laufenden ordentlichen Einnahmen gedeckt worden; die gesamte Vermehrung der schwebenden Schuld für diesen Zeitraum ist lediglich aus der Ausführung des Vertrages von Versailles entstanden.“ (Schröder).

Für die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow hatte Deutschland außerdem abzuliefern:

Docks	rund 220 000 t
Bagger	27 000 t
Kräne	2 500 t
Schlepper	3 000 t
Schiffbaumaterial	15 000 t
1 Oeltankdampfer	8 000 t
1 Oelleichter	1 200 t

Das Material ist zum größten Teil geliefert bzw. abgegolten. Am 10. Januar 1922 fehlten noch:

Docks	rund 48 500 t
Bagger	16 500 t
Kräne	600 t
Schlepper	500 t

WAS IST EIN STAATSBANKROTT?

Von einem Staatsbankrott hört man in unseren Zeiten bei der ständig katastrophaler werdenden finanziellen Lage des Staates immer häufiger reden. Ängstliche Gemüter zittern vor ihm und glauben mit seinem Eintreten den völligen Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens und die allgemeine Anarchie gekommen. Andere sehen die Sachlage nüchterner an und fordern, die Erklärung des Bankrotts möglichst schnell herbeizuführen, weil sie in diesem Radikalmittel die einzige Rettungsmöglichkeit aus der immer schwieriger werdenden Situation sehen. Wir müssen uns darum auch mit dieser Frage beschäftigen.

Das Wort Bankrott stammt aus dem Italienischen (banco rotto). Bankrott ist aber im juristischen Sinne nicht dasselbe wie Zahlungsschwierigkeit oder Zahlungsunmöglichkeit. Das ist der Konkurs. Der Konkurs ist ein rechtliches Verfahren gegenüber einem Zahlungs-

unfähigen im Interesse der Gläubiger. Der Schuldner wird in der Verfügung über seine Aktiven fast völlig beschränkt und die gemeinsame Wahrung der Rechte der Gläubiger wird einem Konkursverwalter übertragen. Der Strafrichter kümmert sich um den normalen Konkurs nicht. Der im Konkurs befindliche verliert nur während der Dauer des Konkurses das Wahlrecht und die Fähigkeit zur Bekleidung gewisser öffentlicher Ämter. Als Bankrott bezeichnet die Reichskonkursordnung Handlungen, die ein im Konkurs Befindlicher zum Schaden der Gläubiger unternimmt. Dieser Bankrott, der ein einfacher oder betrügerischer Bankrott sein kann, ist strafbar.

Es ist klar, daß der Staatsbankrott etwas anderes sein muß. Wollen wir seinen Begriff recht verstehen, so müssen wir an den Volksgebrauch des Wortes denken. Der Volksmund nennt einen Menschen bankrott, der seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann, und der keinen Kredit mehr hat, um sie

zu erfüllen. Ein Staat ist bankrott, wenn er die seinen Gläubigern gegenüber übernommenen Schuldverpflichtungen ganz oder teilweise, dauernd oder zeitlich nicht mehr zu erfüllen vermag. Es gibt mancherlei Arten von Staatsbankrott, je nachdem, in welcher Form Zins- oder Tilgungsversprechungen nicht erfüllt werden, in welcher Höhe das Kapital verloren geht und Sicherheiten verleßt werden, ob Gläubiger im Ausland oder im Inland in Betracht kommen.

Nur im Falle äußerster Not wird ein Staat daran gehen, offen seinen Bankrott zu erklären. Denn für lange Zeit ist natürlich sein Kredit im Auslande, wie im Inlande aufs schwerste geschädigt. Außerdem wird ein Staat, der seine völlige Zahlungsunfähigkeit erklärt, auch vor schweren innerpolitischen Erschütterungen nicht bewahrt werden. Wir finden Staatsbankrotte am häufigsten in der Zeit des Absolutismus, wo die geordnete Finanzwirtschaft allein auf dem Verantwortungsgefühl einer Persönlichkeit, des Fürsten, beruhte und in den kleinen Republiken, die sich bei ständigem Regierungswechsel in Partekämpfen zerfleischen. Bei den großen modernen Staaten schien ein Staatsbankrott, wenigstens vor 1914, eine Unmöglichkeit zu sein. England hat nach den schweren Schädigungen der napoleonischen Kriege ebenso wenig den Staatsbankrott erklären müssen, wie die Vereinigten Staaten nach dem Bürgerkriege, obwohl sie 15 Jahre brauchten, ehe sie ihre Währung wieder stabilisiert hatten. Auch Frankreich hat nach dem 70er Kriege wie Rußland nach dem japanischen Kriege relativ schnell die Finanzkrise ohne Staatsbankrott überwunden. Nach dem Weltkriege scheint aber die Möglichkeit des Staatsbankrotts auch für die großen Staaten wieder vorhanden zu sein. Rußland hat ihn ja bereits erklärt. Es ist dabei außerordentlich radikal vorgegangen, indem es alle seine Schulden im Inlande und im Auslande für nichtig erklärt hat. Bei allen an dem großen Kriege beteiligt gewesenen Staaten ist aber eine so außerordentlich große Verschlechterung der Finanzverhältnisse eingetreten, daß es auch auf Seiten der Sieger Staaten gibt, die eventuell von einem Staatsbankrott betroffen werden können.

Dem offenen Bankrott geht gewöhnlich eine Zeit voraus, in der alle Vorbe-

bingungen für den Bankrott schon da sind. Man kann diesen Zustand als *latente Bankrott* bezeichnen. Es ist selbstverständlich, daß jede Staatsleitung es bis zum letzten Augenblick versucht, den offenen Bankrott zu vermeiden, zum Teil wohl auch durch die Hauptgläubiger in diesem Bestreben unterstützt, die in Ruhe ihre Maßnahmen treffen möchten, ehe der Zusammenbruch erfolgt.

Es gibt allerlei Mittel, den offenen Bankrott aufzuschieben, wirksame und schädliche. Die beiden einzigen gesunden Mittel, die angewendet werden dürfen, sind einmal die rücksichtslose Einschränkung des Staatsbedarfs bis zu dem Punkt, daß die Ausgaben den Einnahmen entsprechen und zweitens, wenn das nicht möglich ist, die Erhöhung der laufenden Einnahmen bis zur völligen Deckung des Ausgabebedarfs. Daneben wird man sich bemühen müssen, den außerordentlichen Etat durch Anleihen zu decken, die der heimischen Volkswirtschaft lang oder kurzfristig entnommen werden. Ausländisches Kapital wird nur dann heranzuziehen sein, wenn seine Kredite für Nahrungs- und Produktionsmittel, sowie für Rohstoffe gegeben werden, die für die Steigerung der heimischen Volkswirtschaft unbedingt notwendig sind. Mancher Staatsbankrott hätte sich vermeiden lassen, wenn die Anwendung dieser Mittel durchführbar gewesen wäre. Sie scheitert aber meist an dem mangelnden Steuerwillen oder der mangelnden Steuerkraft der Bewohner, die ja allerdings später, wenn der Bankrott offen erklärt ist, noch schlechter daran sind.

Es kommen aber auch immer wieder noch andere Mittel zur Anwendung, obwohl ihre Schädlichkeit längst bekannt ist. Aber sie sind bequemer und finden fast nie energischen Widerstand bei der Bevölkerung. Das eine dieser Mittel ist die mit immer neuen Schulden arbeitende Defizitwirtschaft, das andere, das bei längerer Anwendung unbedingt zum Bankrott führen muß, ist die Geldverschlechterung. Früher bestand sie in einer Münzverschlechterung, indem man leichteres Geld prägte, oder statt des edlen Metalls ein unedles nahm. Heute hatte man durch die Notenpresse ein bequemeres Verschlechterungsmittel. Man vermehrte aber nicht etwa das Geld dadurch, daß man die Ausgabe

von staatlichen auf den Kredit des Staates gegründeten Papiergeld vermehrte, sondern, indem man die Noten der großen Zettelbanken, (also kein eigentliches Papiergeld) in großer Zahl von den Banken drucken und sich überweisen ließ. Das Deutsche Reich ist in dieser Beziehung dem verhängnisvollen Beispiel der meisten kriegführenden Staaten gefolgt. Geheimrat Schwarz erklärt das in einem Aufsatz („Vermeidung des Staatsbankrotts“ im Handbuch der Politik, Bd. 4, Seite 51) in folgender Weise: „Unserer Finanz-, Geld- und Reichsbankpolitik im Kriege schwebten als Vorbild offenbar die großen Dienste vor, die die Politik der Bank von Frankreich im Kriege 1870/71 dem französischen Staate geleistet hatte, wo ebenfalls nach Kriegsausbruch der Zwangskurs der Banknoten eingeführt wurde und man sich über das im Frieden übliche Deckungsverhältnis hinwegsetzte, wo man aber trotzdem selbst nach dem verlorenen Kriege den Wert der französischen Franknote fast voll hatte aufrecht erhalten können. Solange man in Deutschland mit einem Kriege von verhältnismäßig kurzer Dauer, wie 1870/71, rechnen konnte, hätte sich gegen eine solche Politik wohl nicht viel einwenden lassen. Bei den reichen kaum geahnten Hilfsquellen des Landes mit dem großen Opfer Sinn seiner Bevölkerung, ganz besonders auch der breiten Massen, war ja in der Tat selbst gegen Ende der eigentlichen Kriegsführung noch im Herbst 1918 der Status der Reichsbank ein immerhin verhältnismäßig günstiger. Bei 2,3 Milliarden Goldbestand hatten wir einen Notenumlauf von rund 14 Milliarden Mark, d. h. nur in Höhe des sechsfachen Betrages, ein Verhältnis, das dem etwa dem heutigen der französischen Bank entspricht. Bei solcher Banklage, in der nicht ganz unberechtigte Hoffnung auf noch verhältnismäßig günstige Friedensbedingungen, (Wilson's 14 Punkte), durfte die Reichsbankleitung damals immerhin noch glauben, in absehbarer Zeit durch kluge und energische Finanz- und Wirtschaftsmaßnahmen der Reichsbanknote wieder ihr altes Ansehen und ihre alte Tatkraft auch im Ausland zu verschaffen.“

Als aber mit dem Ende des Krieges alle diese Hoffnungen vernichtet waren, da hätte vielleicht die Reichsbank auf einer Aenderung der bei Kriegsbeginn durchgeführten Gesetz-

gebung bestehen müssen, die die Reichsbank, trotzdem sie eine Aktiengesellschaft mit selbstständiger Verantwortlichkeit war, vollkommen von der Reichsfinanzverwaltung abhängig gemacht hätte. In England und Frankreich hat man sich zu einem gleichen Schritte nicht entschließen können. Auch dort erhielt der Staat Vorschüsse von der Bank von England und der Bank von Frankreich, aber nur unter bankmäßigen Bedingungen und mit der Verpflichtung, seine Anleihen beim Publikum unterzubringen. Bei uns hingegen bekam das Reich die Berechtigung, seine ganze schwebende Schuld durch Zinsanspruchnahme der Reichsbank zu decken. Hatte die Reichsstafte kein Geld, so gab sie in der Höhe der benötigten Summe Schatzwechsel an die Reichsbank, die dafür dem Reiche Noten geben oder ihm Buchkredite eröffnen mußte. Der Reichsbank lag es auch ob, diese Schatzwechsel an den Mann zu bringen. So hatte die Reichsbank bei dem immer stärker werdenden Geldbedürfnis des Staates keinen Einfluß mehr auf die Höhe des Notenumlaufs.

Neben den Segnern der Notenvermehrung hat diese aber auch ihre Verteidiger gefunden, die in der Inflation einen mächtigen Ansporn für die Produktion begrüßten, weil die produktiven Unternehmungen bei der vorhandenen Papiergeldmenge leicht Kredit bekamen und sich durch Preiserhöhung an die durch die Inflation steigenden Preise anpassen konnten. Man hat die Inflation auch als Beruhigungsmittel gepriesen, indem man sagte, daß der Rentner die inflatorische Steigerung der Preise auf das Doppelte als unabwendbar hinnehme, während er bei einer Einkommensteuer von 50% sich als das Opfer räuberischer Willkür einer antikapitalistischen Regierung beklagen würde. (Dr. Bendixen „Der Abgrund des Staatsbankrotts“.) Gewiß hat die Inflation eine Steigerung der Produktion herbeigeführt. Aber je mehr die Preise sich verteuerten, um so stärker wurde auch die Rückwirkung auf die ausländischen Devisen. Die Geldentwertung im Innern mußte eine Geldentwertung im Auslande zur Folge haben, die Preise für Nahrungsmittel und Rohstoffe, die wir aus dem Auslande beziehen müssen, stiegen immer mehr und dadurch wurde auch die Produktion im Inlande gewaltig gehemmt. Die sprungartig sinkende Valuta der deutschen Mark machte außerdem eine richtige

Kalkulation unmöglich und öffnete der Spekulation Tür und Tor. Allmählich merkten auch die Kapitalisten und die Festbesoldeten die verderblichen Folgen der Inflation immer mehr. Eine Weile kann man ja die Erhöhung der Preise durch Einschränkung der Lebensweise ausgleichen. Aber das geht doch nur eine gewisse Weile, dann kommt man an eine Grenze, die nicht überschritten werden kann. Der Rentner, der von einem festen Kapitalertrage lebt, kam zuerst in die schwerste Bedrängnis. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter konnten eine Weile durch mehr oder weniger erzwungene Erhöhung ihrer Bezüge einen Ausgleich schaffen. Aber allmählich laufen die Löhne und noch mehr die Gehälter bei der rapid steigenden Geldentwertung in immer größerem Abstände hinter den Preisen her. Es droht eine Zeit zu kommen, wo die Arbeitgeber diese ungeheure Steigerung der persönlichen Lasten ihrer Betriebe nicht mehr mitmachen können. Der Staat wird schließlich dem letzten Rettungsmittel zu neuen Zwangsanleihen und unerhört

hohen Steuern greifen müssen, bis er sich nach einer langen Zeit des Elends, das der größte Teil der Bevölkerung voll auskosten muß, vielleicht doch gezwungen sieht, offenen Bankrott zu erklären. Rein theoretisch ist es praktischer, den latenten als den offenen Bankrott zu vermeiden. Im richtigen Zeitpunkt angewendet kann der Staatsbankrott, wenn keine andere Rettung zu sehen ist, zum Heilmittel werden. Natürlich werden sich die Formen des offenen Bankrotts immer nach den bestehenden Verhältnissen richten müssen.

Als im November und Dezember die Mark ihren katastrophalen Sturz erlebte, da glaubten viele, daß die Regierung bald gezwungen sein würde, zu dem Problem des Staatsbankrotts offen Stellung zu nehmen. Bisher ist das nicht nötig gewesen, ja ist sogar gelungen, den Dollarstand fast 3 Monate lang auf ca. 20 000 zu stabilisieren. Jetzt wo sich der Dollarstand vervierfacht hat, taucht das Gespenst des Staatsbankrotts drohend wieder auf.

DAS VALUTAPROBLEM

Das Fallen und Steigen der Valuta greift heutzutage tief in das wirtschaftliche Leben jedes Einzelnen ein. Schon die Kinder wissen, daß der steigende Dollarkurs die Verteuerung aller wichtigen Bedarfsgüter und eine Verschlechterung der Lebenshaltung im Gefolge hat. Was bedeutet nun aber dieses so viel gebrauchte Wort „Valuta“? Valuta ist der Wert der einheimischen Zahlungsmittel gemessen am Wert der auswärtigen Zahlungsmittel.

Wie kommt es nun aber, daß die deutsche Valuta schon während des Krieges und vor allen Dingen in unseren Tagen eine so große Entwertung aufweist? Wir wollen die Frage von einem Sachkenner allerersten Ranges, den Geheimrat Diehl beantworten lassen. Er schreibt in einem Aufsatz („Die Entwertung der deutschen Valuta“ im Handbuch der Politik, Bd. 4, Seite 39) in Beantwortung dieser Frage folgendes: „Um das zu erklären, muß man sich klar machen, woher es kommt, daß in Friedenszeiten die deutsche Valuta gegenüber

allen anderen Ländern mit Goldwährung immer einen unänderlichen Stand hatte. Dies erklärt sich daher, daß die Valuta bei ihrem normalen Stand einen festen Preis hat. Dieser feste Preis ist durch die Menge an Gold gegeben, die in den Münzen der verschiedenen Goldwährungsländer enthalten ist. Beim Einschmelzen von 1000 Frank in goldenen 10-Frank-Stücken erhält man genau so viel Gold als in 81 goldenen 10-Mark-Stücken enthalten ist. Daher hat der deutsch-französische Wechselkurs sich mit ganz kleinen Abweichungen immer um 81 herum bewegt. Aus demselben Grunde hat der deutsch-englische Wechselkurs immer auf etwa 20,43 gestanden. Wenn jemand in Friedenszeiten 1000 Frank in Frankreich zu bezahlen hatte, bezahlte er dafür niemals einen höheren Kurs als 81. Und zwar deshalb, weil es sonst für ihn billiger gewesen wäre, deutsche Goldmünzen nach Frankreich zu schicken, wo dann immer durch Einschmelzen von 810 Mark 1000 Frank gelöst werden konnten. Er wird auch bereit sein, etwas mehr als einen Kurs von 81 zu zahlen,

denn er hat durch Versendung, Versicherung, Einschmelzen der Goldmünzen Spesen, deretwegen er bereit ist, auch z. B. 81,20 M oder 81,30 M zu zahlen. Aber er wird nicht über den sogenannten Goldexportpunkt hinausgehen, d. h. über den Punkt, bei dem es für ihn vorteilhafter wird, Goldmünzen zu exportieren.“

Umgekehrt wird jeder, der Wechsel auf Frankreich zu verkaufen hat, sie nicht viel unter 81 M hergeben. Denn sonst läßt er sich billiger von seinem französischen Schuldner 20-Frank-Stücke remittieren, die er dann durch Einschmelzen so verwerten kann, daß 100 Fr. gleich 81 M sind. Auch hier wird er bereit sein, um die Spesen zu vermeiden, den Wechsel etwas billiger abzugeben, also etwa für 80,80 M oder 80,60 M, aber nicht für weniger als dem sogenannten Goldimportpunkt entspricht. Diese beiden Goldpunkte, zwischen denen sich stets der deutsch-französische Wechselkurs bewegte, sind nach Haupt: 80,56 und 81,37 M. Auf diese Weise ist zwischen allen Ländern mit Goldwährung ein normaler Stand der Valuta vorhanden, die sogenannte Parität, welche dem gegenseitigen gesetzlichen Ausprägungsverhältnissen der Goldmünzen entspricht. So kommt es, daß zwar das Gold jedes Landes nur Gültigkeit innerhalb der Grenzen des eigenen Landes hat, und dennoch die Goldsorten aller Länder mit Goldwährung einen international-einheitlichen Preis aufweisen. Das den Goldwährungen zugrunde liegende gleiche Metall schafft einen gebundenen festen Ausgleichspreis, eine Solidarität zwischen den verschiedenen Geldmärkten. Das Gold bildet also das internationale Ausgleichsmittel zwischen verschiedenen Ländern für ihre gegenseitigen Forderungen und Verpflichtungen; und da das Gold einen festen Preis hat, ergibt sich auch daraus die Festigkeit der Wechselkurse unter normalen Verkehrszuständen bei den Goldwährungsländern.“

Zu Beginn des Krieges wurde die Reichsbank von ihrer Verpflichtung zur Einlösung der Banknoten in Gold entbunden. Damit war praktisch in Deutschland die Goldwährung aufgehoben und die oben erwähnte Ausgleichsmöglichkeit zur festen Parität nicht mehr vorhanden. Der Preis der deutschen Zahlungsmittel hing jetzt lediglich von Angebot und Nach-

frage nach deutschen oder ausländischen Zahlungsmitteln ab. Da Deutschland während des Krieges immer mehr Waren aus dem neutralen Ausland bezog, als es ausfuhrte, so verschob sich das Verhältnis zwischen fremden und deutschen Zahlungsmitteln immer mehr zu unseren Ungunsten. In Deutschland war nämlich die Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln größer, als im Auslande die nach deutschen Devisen. Einen weiteren Einfluß auf die Verschlechterung der deutschen Valuta hat die Spekulation gehabt. Die Devisenordnungen vom Januar 1916 und Februar 1917 konnten gegen sie nur wenig ausrichten. 1919 wurde die letztere sogar bedauerlicherweise wieder aufgehoben.

Das wichtigste aber war, daß der innere Wert der Mark sank und damit naturgemäß dem Auslande das Vertrauen zu der deutschen Währung genommen wurde. Der Grund für die Entwertung der Mark war die Inflation, d. h. die sich immer steigende Masse von Papiergeld, die eine Erhöhung des Preisstandes der Waren mit sich bringen mußte. Die unermüdete Arbeit der Notenpresse schuf eine wachsende Kaufkraft der Bevölkerung, für die nicht die genügende Mengen von Waren vorhanden war. Das mußte die Preise der Waren steigern und damit das Geld entwerten. Auch hatte sich die Art des Geldes verändert. Vor dem Kriege gab es lediglich Reichsbanknoten, die durch Gold und durch Wechsel gedeckt waren und jederzeit gegen Gold eingelöst werden mußten. Es gab nur 120 Millionen Reichskassenscheine ohne Deckung, die nicht gesetzliche Zahlungsmittel waren. In den ersten Tagen des Krieges aber hatte ein Reichstagsbeschluß die Reichskassenscheine zu Papiergeld mit Zwangskurs gemacht, und den Einlösungszwang der Reichsbanknoten gegen Gold aufgehoben. Neu kamen dazu die in großer Menge ausgegebenen Darlehenskassenscheine. Dieser immer mehr wachsenden Masse von Papiergeld stand ein zusammenschmelzender Goldbestand gegenüber. Im Dezember 1914 besaß die Reichsbank noch für über 2 Milliarden Gold, in der Folge war es auf 1,1 Milliarde zurückgegangen. Da die Noten der Reichsbank jetzt nicht mehr nur gegen kaufmännische Wechsel ausgegeben wurden, sondern auf Grund von Finanzwechseln des Deutschen

Reiches, die die Regierung in beliebiger Höhe ausstellen konnte, so war der Ausgabe von Papiergeld natürlich keine Schranke gesetzt. Um ein paar vergleichende Zahlen zu nennen, im Herbst 1917 gab es 6 Milliarden Darlehensfassenscheine, im Oktober 1920 waren es bereits 33¼ Milliarden geworden. Der Umlauf an Reichsbanknoten hatte im Herbst 1917 10½ Milliarden betragen, er war im Oktober 1920 auf 62 Milliarden gestiegen. Die Zahlen der neuesten Zeit wachsen so schnell, daß eine Angabe darüber veraltet sein würde, ehe diese Seite gedruckt ist. Jeder kann aus den Zeitungen die Zahlen des neuesten Reichsbankausweises zum Vergleich heranziehen.

Auch für die Entwertung der Mark im Vergleich zu den Devisen einiger Länder sollen Beispiele gegeben werden. Es kosteten

100 Dollar	
am 25. Juli 1914 . . .	419 M
am 30. Dezember 1916	544 M
am 31. Dezember 1919	4 925 M
am 7. Juni 1923 . . .	17 644 000 M
100 holländische Gulden	
am 25. Juli 1914 . . .	169 M
am 30. Dezember 1916	239 M
am 31. Dezember 1919	1 876 M
am 7. Juni 1923 . . .	6 917 200 M
100 schwedische Kronen	
am 25. Juli 1914 . . .	112 M
am 30. Dezember 1916	172 M
am 31. Dezember 1919	1 073 M
am 7. Juni 1923 . . .	4 641 600 M
100 schweizer Franken	
am 25. Juli 1914 . . .	81,40 M
am 30. Dezember 1916	117, M
am 31. Dezember 1919	880, M
am 7. Juni 1923 . . .	3 047 600, M

Woher kommt nun diese ungeheure Geldentwertung? Sie ist die Auswirkung der Bedingungen des Friedens von Versailles auf unsere Auslands handelsbilanz. Die Bilanz des deutschen Außenhandels war allerdings auch vor dem Kriege schon etwas unterwertig. Aber der Uberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr wurde ausgeglichen durch die Einnahmen aus der deutschen Seeschifffahrt und die Erträge der im Ausland arbeitenden deutschen Kapitalien. Nach dem verlorenen

Kriege und dem Friedensvertrage hat sich die Situation völlig verändert. Fast alle Geldanlagen im Auslande und die Einkünfte daraus sind verloren gegangen. Der Besitz des deutschen Volkes an ausländischen Wertpapieren ist verschwindend klein geworden, und die Geschäfte unserer Reedereien im Auslande haben nur einen ganz bescheidenen Umfang. Wir hätten also auch nichts, um unsere Handelsbilanz auszugleichen, wenn sie nur dieselbe geringe Differenz aufwiese, wie vor dem Kriege. Die Spannung zwischen Ausfuhr und Einfuhr ist aber heute ganz ungeheuer groß geworden. Wir haben unsere Einfuhr nicht nur stark vermehren müssen, sondern ihr Wert hat sich auch außerordentlich erhöht. Wir haben große Gebiete mit reicher landwirtschaftlicher Produktion verloren und sind infolgedessen gezwungen, noch mehr Lebensmittel als früher einzuführen. Außerdem ist durch die Blockade und den Raubbau der Kriegsjahre ein sehr großer Bedarf an Dünger und Futtermitteln eingetreten. Der Verlust von Lothringen zwingt uns, Eisenerz aus dem Auslande einzuführen. Dazu kommt der notwendige Import von Rohstoffen für unsere Industrie. Sogar Kohlen aus England werden in der letzten Zeit in steigenden Mengen eingeführt, trotzdem das Pfund zu schwindelhafter Höhe steigt.

Diese umfangreiche Einfuhr bringt natürlich eine Vermehrung der Zahlungsverpflichtungen Deutschlands an das Ausland. Zu dem Preise für die Rohstoffe kommen noch die Frachten für die fremden Reedereien dazu. Die fortschreitende Ueberfremdung unserer Industrie zwingt uns zu großen Zinszahlungen an das Ausland. Dazu kommen die umfangreichen Vorkriegsschulden, die wir durch die Ausgleichsämter in Goldwert bezahlen müssen, und der Unterhalt der feindlichen Besatzungstruppen. Am schwersten aber tragen wir, wie jeder weiß, an den sogenannten Wiederherstellungszahlungen, die unsere Volkswirtschaft bis zum äußersten belasten. Da für einen großen Teil dieser Zahlungen kein Gegenwert hereinkommt, so sind diese lediglich Verluste am Volksvermögen.

Wir könnten vielleicht durch eine stark erhöhte Ausfuhr die Last dieser Zah-

lungsverpflichtungen etwas herabmindern. Aber die Leistungsfähigkeit unserer Export-Industrie wird in starkem Maße gehemmt durch die in Deutschland herrschende Rohlennot. Denn wir müssen, wie an anderer Stelle bereits ausgeführt wurde, an Frankreich und an Belgien große Kohlenmengen liefern, obwohl diese Länder selbst an Kohlen keinen Mangel haben. Die Gebietsverluste haben aber nicht nur unsere landwirtschaftliche Erzeugung eingeschränkt, sondern sie brachten auch eine Verminderung der Industrieerzeugnisse mit sich. So sank z. B. durch den Landverlust im Westen und Osten die Ausfuhr von Walzwerkserzeugnissen gegen 1913 um etwa 24 Prozent. Auch der viel ausgeführte elsassische Ralt kann nicht mehr zum Ausgleich unserer Handelsbilanz dienen. Die Sachlieferungen vermögen unsere Handelsbilanz auch in keiner Weise zu bessern, da wir ja keine Gegenwerte dafür empfangen, sondern uns diese nur gutgeschrieben, d. h. von der nie zu leistenden Entschädigungssumme, die in London im Mai 1921 festgesetzt wurde, abgezogen werden. Unsere Ausfuhr wird noch weiter gehemmt durch die Schranken hoher Valutazölle, die das Ausland gegen sie aufrichtet.

Da der größte Teil des Erlöses unserer Ausfuhr in Form von Devisen an den Feindbund geht, das Reich aber in Papiermark den Gegenwert an den Ausfuhrkaufmann zahlt, so muß unser Geld immer mehr entwertet, unsere Valuta immer schwächer werden. Der Reichsanzler Dr. Wirth hat in einer Ansprache, die er am 2. November 1922 an die in Berlin zusammengetretenen ausländischen Finanzsachverständigen gehalten hat, darauf hingewiesen, daß eine Besserung unserer Handelsbilanz nur möglich sei, wenn es gelinge, die Mark zu stabilisieren. Schon im September 1920 hat der große schwedische Nationalökonom Gustav Cassel, der jetzt auch wieder unter den Sachverständigen ist, die bemüht sind, den sterbenden deutschen Wirtschaftskörper noch zu retten, in einem Memorandum, das er der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel überreichte, ähnlichen Gedanken Ausdruck gegeben. Er sagte dort:

„Die wilden Schwankungen der Wechselkurse und die fast vollständige Unmöglichkeit, künftig Werte fremden Geldes auch nur einige Tage vorher abzuschätzen, ist selbstverständlich eines der Haupthindernisse gegen ein Wiederaufblühen von Handel und Produktion. Alle Bemühungen für die Wiederherstellung der Weltwirtschaft müssen deshalb zunächst mit der Herstellung stabiler Wechselkurse zwischen den verschiedenen Ländern beginnen. Da aber Wechselkurse der Maßstab des Wertes verschiedener Geldsysteme sind, so können stabile Wechselkurse nur erreicht werden, wenn die einzelnen Systeme selbst einen fixierten Wert erhalten. Die Frage, der Selbseinheit eines Landes einen stabilen Wert zu geben, ist zwar in erster Linie eine Geschäftsfrage für das Land selbst. Es liegt aber auch im gemeinsamen Vorteil der ganzen Welt, daß die Werte einiger Währungen festgelegt werden, als Voraussetzung für die Valutastabilisierung.“

„Der Wert einer Geldeinheit muß gleichbedeutend sein mit dem Verhältnis zu den wichtigsten Waren. Auch bei einem stabilen Geldsystem können selbstverständlich die einzelnen Preise im Verhältnis zu einander schwanken, aber die Gesamthöhe der Preise bleibt ungefähr dieselbe. Wenn nun der Wert jedes Geldsystems an seiner Kaufkraft gemessen wird, müssen die Wechselkurse zwischen zwei Währungen bestimmt werden durch das Verhältnis zwischen der Kaufkraft dieser Einheiten in ihren Ländern. Dieses Verhältnis kann man am besten die „Kaufkraftparität“ nennen. Diese Parität gibt das Gleichgewicht der Wechselkurse der verschiedenen Länder an.“

Das Problem der Stabilisierung der deutschen Valuta hat die Sachverständigen der ganzen Welt beschäftigt. Bekanntlich hat die Reichsbank im Auftrage der Regierung Euno nach dem Ruhrreinbruch eine großzügige Stabilisierungsaktion unternommen. Es ist damals – allerdings unter großen Opfern – gelungen, den Kurs der Mark fast drei Monate lang in fast der gleichen Höhe zu halten. Auf diese Markstützungsaktion wird im Schlußkapitel noch zurückzukommen sein.

STEUERN, ZÖLLE UND MONOPOLE

Steuern sind zur Bestreitung des öffentlichen Aufwands notwendig gewesen, solange es staatliche Gebilde gibt. Aber niemals haben sie sich bei der Bevölkerung, die sie aufbringen muß, einer besonders großen Beliebtheit erfreut. Stets hatte die Staatsgewalt mit einem passiven Widerstand der Bevölkerung zu rechnen und seine steuerlichen Maßnahmen sind immer, mochten sie auch von unparteiischer Gerechtigkeit diktiert sein, von der Allgemeinheit scharf kritisiert worden. Steuern sollen ausreichend und zulänglich sein, d. h. sie sollen den Finanzbedarf möglichst decken. Steuerquell e darf nur das Nationaleinkommen sein, das, wenn irgend möglich, nur soweit in Anspruch genommen wird, daß das Nationalvermögen gesichert wird. Diese Schonung ist notwendig, damit man in Zeiten der Not, wie wir sie ja nach dem Kriege hatten, auch auf das Nationalkapital vorübergehend zurückgreifen kann. Bei der Wahl der Steuern wird die Wirkung auf den, der sie zahlen muß, in Rücksicht zu ziehen sein. Eine Steuer, die sich abwälzen läßt, wird immer lieber hingenommen als eine nicht abwälzbare. Eine gerechte Besteuerung ist eine allgemeine und eine gleichmäßige. Sie wird eine untere Grenze haben, die das Existenzminimum frei läßt und wird die Gleichmäßigkeit in der Besteuerung nicht etwa so auffassen, daß jeder Einzelne den gleichen Steuerbetrag zu zahlen hat, sondern wird die Gleichmäßigkeit darin sehen, daß jeder im Verhältnis seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gleichmäßig belastet wird. Eine Steuer muß auch scharf und klar bestimmt sein. Der Steuerpflichtige muß den Betrag, die Zahlungszeit, den Zahlungsort und die Zahlungsart genau erfahren. Die Einziehung der Steuer muß möglichst bequem sein. Ihre Erhebung ist so einzurichten, daß für den Steuerzahler aus dieser staatsbürgerlichen Betätigung keine Beschwerden erwachsen. Endlich wird eine gesunde Steuerpolitik danach streben, die Erhebungskosten einer Steuer so gering wie möglich zu gestalten. Der 10prozentige Lohnabzug bei den Gehältern und Löhnen der Angestellten und Arbeiter für

die Einkommensteuer ist ein klassisches Beispiel für die, im fiskalischen Sinne gut gelöste, sparsame Erhebung.

Wenn Moritz von Stein einmal sagt, daß jede Steuer eine Einkommensteuer sei, so hat er damit nur in der Beziehung Recht, daß die wiederkehrenden Steuereinkünfte nur von wiederkehrenden Einkünften der Besteuereten herkommen können.

Die Steuerarten zerfallen in direkte und indirekte Steuern. Bei den direkten Steuern werden Listen angelegt auf Grund deren in gewissen Perioden das Einkommen und das Vermögen der Steuerpflichtigen besteuert werden. Das Einkommen wie das Vermögen wird ermittelt und zur Besteuerung veranlagt. Bei den indirekten Steuern werden in der Hauptsache auf Grund eines Tarifes gelegentlich bestimmter Handlungen Steuern erhoben.

Es gibt da zwei Arten. Die Verkehrssteuern, bei denen an Rechtsgeäfte oder an die Benutzung behördlicher Tätigkeit eine Abgabe geknüpft ist, und die Zölle und inneren Verbrauchssteuern. Zölle werden erhoben, sobald Kaufmannsgüter oder Reisegepäck über die Landesgrenzen befördert werden. Mit den inneren Verbrauchssteuern sind belegt Unternehmer, die bestimmte für den Verbrauch im Inlande bestimmte Waren herstellen, verfrachten oder mit ihnen handeln. Diese Abgaben werden Akzisen oder auch Aufschläge genannt, weil die Höhe dieser steuerlichen Abgaben stets auf den Abnehmer abgewälzt wird.

Schon vor dem Kriege hatte Deutschland seine Belastung mit Akzisen nicht nur auf entbehrliche Dinge beschränkt. Wir hatten ein Zollsystem, das durch Schutz der Erzeugnisse der Landwirtschaft und Schutz von Halbfabrikaten eine Verteuerung der Lebenshaltung mit sich brachte. Nach dem Kriege wurden nun die inneren Verbrauchssteuern ganz wesentlich erhöht. Die Eisenbahntarife und die Postgebühren stiegen ins Unermessliche, eine Kohlensteuer von 40 Prozent des Kohlenpreises belastete den unentbehrlichen Verbrauch nicht nur der Haushaltungen sondern auch der Landwirte,

der Industrie, des Handwerks und der Verkehrrsanstalten. Dadurch wird der Verbrauch in ungeheurer Weise belastet. Durch die Umsatzsteuer und die Verkehrssteuer werden in Zukunft die Lasten der Unternehmer im Augenblick der Produktion enorm gesteigert werden. Im vollen Umfange werden wir das erst empfinden, wenn einmal die Warenknappheit am Weltmarkt aufhört, die Preise wieder einmal fallen statt zu steigen und die Sorge um den Absatz der Produkte wieder beginnt. Wenn dann die deutsche Valuta erheblich gebessert ist, und der Preisabbau einsetzt, dann wird unser jetziges Steuersystem einer sehr scharfen Kritik ausgesetzt sein. Man wird dann dieses Steuersystem, daß die Kosten der Produktion ganz außerordentlich steigert, als eine unerträgliche Fessel der Betätigung im internationalen Wettbewerb am Weltmarkt empfinden. Heute kann uns das aber nicht kümmern. Dringendste Sorge der Finanzverwaltung mußte es sein, möglichst schnell große Steuereinnahmen zu haben, um die schweren Nöte und Gefahren des Augenblicks zu überwinden.

Im folgenden soll von den einzelnen Steuerarten einiges gesagt werden. Keiner wird verlangen, daß in diesem Sammelwerke jede einzelne Steuerart ausführlich behandelt wird. Wir können nur in ganz großen Zügen das wichtigste von jeder der einzelnen Steuern sagen und müssen alle die, die sich aus beruflichen Gründen für eine bestimmte Steuer interessieren, auf die mit Erläuterungen versehenen Ausgaben der einzelnen Steuergesetze verweisen. Die Steuergesetze sind soweit dem Verfasser die Unterlagen zugänglich waren, mit ihren Erneuerungen bis zum Herbst 1922 ergänzt.

DIREKTE STEUERN DIE REICHSEINKOMMENSTEUER

Der Reichseinkommensteuer unterliegen lediglich die natürlichen Personen. Die Besteuerung der nicht physischen Personen (Gesellschaften usw.) erfolgt nach dem Körperschaftsteuergesetz. Einkommensteuerpflichtig sind mit ihrem gesamten Einkommen, also auch mit aus dem Ausland stammenden Bezügen

1. Deutsche Reichsangehörige, soweit sie sich nicht länger als zwei Jahre dauernd im Auslande aufhalten;

2. Nichtdeutsche, wenn sie im Inland ihren Wohnsitz haben oder sich des Erwerbs wegen oder länger als 6 Monate in Deutschland aufhalten.

Alle Personen ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz und Aufenthalt müssen das Einkommen aus deutschem Grundbesitz oder einem Gewerbebetrieb, der in Deutschland arbeitet, aus einer in Deutschland ausgeübten Erwerbstätigkeit oder aus regelmäßig wiederkehrenden Bezügen oder Unterstützungen, die aus öffentlichen deutschen Kassen mit Rücksicht auf eine gegenwärtige oder frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit gewährt werden, versteuern. Steuerbares Einkommen ist der Gesamtbetrag der Einkünfte nach Abzug der im Gesetz vorgesehenen Beträge. Das Gesetz bezeichnet zunächst als zum steuerbaren Einkommen gehörig, die Einnahmen aus den hauptsächlichsten Einnahmequellen (Grundbesitz, Gewerbebetrieb, Kapitalvermögen und Arbeit), fügt aber gleichzeitig hinzu, daß auch sonstige Einnahmen ohne Rücksicht darauf, ob es sich um einmalige oder wiederkehrende Einnahme handelt, ein zu versteuerndes Einkommen sind. Darum sind Einnahmen aus einmaliger Tätigkeit, aus einmaligen Verkaufsgeschäften, Entschädigungen für entgehende Einnahme, Lotteriegewinne und andere außerordentliche Einnahmen als Einkommen zu versteuern. Als Einnahmen in diesem Sinne gelten nicht Vermögensanfänge aus Erbschaften, Vermächtnissen und Schenkungen, Kapitaleinnahmen auf Grund von Lebens-, Unfall- und Kapital-Versicherungen, Kapitalabfindungen für Erwerbsunfähigkeit, Kriegsehrensolde, Naturalbezüge der Reichswehr, Krankenrenten, Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln wegen Hilfsbedürftigkeit und Gewinnaus einmaligen Veräußerungsgeschäften, wenn es sich um die Veräußerung von nach dem Besitzsteuergesetz zum nicht steuerbaren Vermögen gehöriger Gegenstände (Haushaltsmobiliar und dergl.) oder um die Veräußerung von Grundstücken handelt, die länger als zehn Jahre im Besitze des Pflichtigen waren. Voraussetzung für die Steuerfreiheit dieser Veräußerungsgewinne soll aber sein, daß die Gegenstände und Grundstücke nicht in der Absicht der Wiederveräußerung erworben wurden.

Seit dem 1. Januar 1922 sind außerdem kein zu versteuerndes Einkommen: Versorgungsbedürfnisse auf Grund von Kriegsdienstbeschädigungen, Kriegsversorgung der Militärhinterbliebenen ohne Rücksicht auf ihre Höhe.

Der Einkommensteuertarif stufte sich zunächst wie folgt: für die ersten angefangenen oder vollen

100 000 M. Einkommen	10 v. H.
für weitere 50 000 „ „	15 „ „
„ „ 50 000 „ „	20 „ „
„ „ 50 000 „ „	25 „ „
„ „ 150 000 „ usw. „	30 „ „

Bei der schnellen Geldentwertung muß natürlich ständig die Einkommenssumme, bis zu der der Lohnabzug von 10%, erhöht und damit auch die Staffelung verändert werden. Die jetzigen Zahlen würden beim Druck schon wieder überholt sein. So bleibt die erste Fassung am besten stehen.

Das Einkommen der Frau, die ein selbständiges Geschäft bzw. Gewerbe betreibt, ist dem Einkommen des Mannes zuzurechnen, nicht dagegen das Arbeitseinkommen, das die Frau etwa in einem dem Ehemann fremden Betriebe erzielt. Ebenso wird das Einkommen der minderjährigen Kinder dem des Vaters hinzugerechnet, soweit es sich nicht um selbständig veranlagtes Arbeitseinkommen handelt.

Die Veranlagung erfolgt immer für ein Kalenderjahr. Maßgebend ist das steuerpflichtige Einkommen des vorausgegangenen Jahres. Es gibt nach dem neuen Einkommensteuergesetz weder eine Durchschnittsberechnung, noch eine Veranlagung nach dem wahrscheinlichen Einkommen. Besondere Vorschriften bestehen für die Ermittlung des Einkommens aus einzelnen Einkommensquellen. So wird das Einkommen aus Landwirtschaft und Gewerbe durch den Vergleich der Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben unter Berücksichtigung des Wertes der Waren, der Erzeugnisse und der Vorräte und des beweglichen Anlagekapitals am Anfang und Ende des Wirtschaftsjahres ermittelt. Im allgemeinen ist der gemeine Wert anzusetzen. Ist aber der Anschaffungs- oder Herstellungspreis geringer als der gemeine Wert, so kann dieser angesetzt werden. Dienstaufwandentschädigungen sind steuerfrei. Zweifelhafte Forderungen bleiben außer Ansatz.

Die Deklarationspflicht beginnt bei einem Einkommen von 3000 M. Die Steuer ist in vier Jahresraten (Mitte Mai, August, November, Februar) zu entrichten. Das Gesetz sieht aber vor, daß jeder Arbeitgeber dem Finanzamt Namen, Stellung, Wohnung und Einkommen seiner Arbeitnehmer mitzuteilen hat und bei jeder Lohnzahlung 10% des auszuzahlenden Arbeitslohnes einzubehalten und dafür dem Arbeitnehmer in einer besonderen Steuerkarte Steuermarken einzutreiben hat. Es ist auch die unmittelbare Zahlung des Arbeitgebers an die Steuerkasse zulässig. Die Steuermarken werden von den Hebestellen wie bares Geld bei der Steuerzahlung angenommen. Hat der Arbeitnehmer mehr zu zahlen, als seine Steuermarken betragen, so muß er den überschüssigen Betrag bezahlen, im anderen Falle wird ihm der überschüssige Betrag herausbezahlt. Diese Vorschriften finden auch auf Gehalts- und Pensionsbezüge Anwendung.

DER STEUERABZUG

Beim Steuerabzug vom Lohn und vom Gehalt sind für den Empfänger wie für seine Frau und jedes zur Haushaltung gehörige minderjährige Kind mit Ausnahme derjenigen, die 17 Jahre alt sind und selbständig verdienen, bestimmte Beträge steuerfrei. Der 10 prozentige Steuerabzug ermäßigt sich seit dem 1. Juli 1923 für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau um je 6000 M. monatlich resp. 1440 M. wöchentlich, für jedes minderjährige Kind im Haushalt um 40 000 M. resp. 9600 M. Weiter können abgezogen werden für Sicherung und Erhaltung (Werbungskosten) 50 000 M. monatlich und 12 000 M. wöchentlich. Eine Erhöhung dieser Abzüge kann beim Finanzamt beantragt werden, wenn die Werbungskosten nachweislich den üblichen Betrag um eine beträchtliche Summe übersteigen. Es bleibt ferner ein Betrag steuerfrei für alle die in § 13 des Einkommensteuergesetzes vorgesehenen abzugsberechtigten Ausgaben. Es sind dies:

a) die Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherungen, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen;

b) die Beiträge zu Sterbekassen (bis 1000 M.) und zu Lebensversicherungen (bis 8000 M.).

c) die Beiträge zu Berufs- und Wirtschaftsvereinigungen.

d) die Ausgaben für Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsstätte;

e) Mehraufwendungen für den Haushalt, die durch die Erwerbstätigkeit der Ehefrau notwendig geworden sind.

Abziehbar sind auch Spareinlagen bis 8000 M. jährlich, sofern die Rückzahlung des Kapitals nur für den Todesfall bzw. frühestens nach 20 Jahren vereinbart und die Vereinbarung dem zuständigen Finanzamt angezeigt ist. Abzugsfähig sind weiter Steuern an die Religionsgesellschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind (Artikel 137 der Reichsverfassung), soweit die Steuern in dem maßgebenden Kalenderjahre fällig geworden sind. Maßgebend für die dem Arbeitgeber zustehenden Freibeträge für Frau und Kinder ist der Familienstand am 1. Oktober des verfloßenen Jahres. Auch wenn der Arbeitnehmer arbeitslos ist, und keinen Lohn erhält, steht ihm der Freibetrag für die Ehefrau und die Kinder ebenso wie der Abzug der Werbekosten für das ganze Jahr zu.

Der Steuerabzug beträgt 10%, ist aber vom Monats- oder Wochenlohn auf volle Mark nach unten abzurunden. Der Arbeitgeber hat den Betrag der Steuer einzubehalten und dafür Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzutreiben und zu entwerfen. Als Arbeitslohn im Sinne des Steuerabzuges gelten Gehälter, Besoldung, Löhne (auch für Überstunden), Lantien, Gratifikationen oder unter einer sonstigen Benennung gewährte Bezüge aller im öffentlichen oder privaten Dienst angestellten Personen. Die Natural- und Sachbezüge sind zur Bemessung des einzubehaltenden Steuerbetrages in der Höhe anzusetzen, die sich auf der Lohn tariff-Vereinbarung ergibt.

DIE VERMÖGENSSTEUER

Das Vermögenssteuergesetz bestimmt eine jährliche Steuer auf das gesamte inländische Vermögen auf volle Tausend nach unten abgerundet. Unter das Gesetz fällt auch das ausländische Vermögen von Deutschen, die nicht

länger als 2 Jahre im Inlande bleiben. Nicht zu diesem Vermögen gehören gesetzliche Renten, Ansprüche auf Kapitalabfindungen oder Entschädigung wegen Körperverletzung, Hausrat und Beträge, die für Wohlfahrtszwecke zurückgelegt sind, wohl aber Schmutz- und Rüstgegenstände über 20 000 M. je Stück, sowie Rentenansprüche aus privaten Versicherungen.

Die erste Veranlagung erfolgt nach dem Stande vom 31. Dezember 1922. Die hierbei getroffene Feststellung ist für 3 Jahre maßgebend. Steuerfrei sind 100 000 M., sofern der Steuerpflichtige nicht steuerfreies Vermögen im Auslande hat. Abzugsfähig sind der Unterhalt für 3 Monate, rückständige Steuern, der Wert von Anteils- und ähnlichen Leistungen, das Stammkapital, die Rücklagen. Das Vermögen von Ehegatten, die nicht getrennt leben, wird zusammengerechnet, doch haftet jeder Ehegatte für seinen Teil.

Für Wertpapiere gelten die Durchschnittskurse der letzten 3 Jahre.

Befreit sind Ausländer, denen nach Völlerrecht Freiheit von persönlichen Steuern zusteht, Reich, Länder, Gemeinden, Kirchen und gemeinnützige Vereinigungen, Reichsbank, Sparkassen, die Kassen der Arbeiter- und Angestelltenversicherung, Pensions-, Witwen-, Waisen- und sonstige Hilfskassen, politische Parteien und Vereine, Berufs- und Wirtschaftsvereinigungen ohne wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb.

Für die nächsten 15 Jahre gilt folgender Tarif:

Für natürliche Personen von einem Restvermögen (nach Abzug der steuerfreien 100 000 M.) bis 250 000 M. 2 vom Tausend.

Von den darüber hinausgehenden Vermögen beträgt die Steuer 3,75 pro Tausend.

Bei höherem Gesamtvermögen bis zu 850 000 M. beträgt der Steuersatz für den Vermögensteil über 600 000 M. Gesamtvermögen 6 pro Tausend.

Die weiteren angefangenen oder vollen 250 000 M. (also bis 1 100 000 M. Gesamtvermögen) erfordern 9 pro Tausend Steuern.

Für die weitere 1 Million M. ist Steuersatz 12 vom Tausend, für die weiteren 2 Millionen 15 vom Tausend, für die weiteren 3 Millionen 18 vom Tausend, für die weiteren 3 Millionen 21 vom Tausend, für die weiteren 5 Millionen 24

vom Tausend und für die weiteren 10 Millionen 27 vom Tausend, für Beträge darüber hinaus 30 vom Tausend.

Für alle übrigen Steuerpflichtigen (Gesellschaften usw.) beträgt sie von dem Restvermögen nach Abzug der steuerfreien 100 000 M 3,75 pro Tausend.

Hat jemand am 1. Oktober eines Jahres zwei oder mehr Kinder, so ermäßigt sich bei Vermögen unter 500 000 M die Steuer um 100 M für jedes Kind. Ueber 60jährige oder Erwerbsunfähige mit Vermögen unter 500 000 M und Einkommen unter 20 000 M sind auf Antrag freizustellen. Auch bei anderen Personen kann bei Vermögen bis 200 000 M eine Freistellung, bis 500 000 M eine Ermäßigung bis zur Hälfte aus besonderen Gründen bewilligt werden. Uebersteigt das Vermögen nur wenig diese Grenzen und geht durch die Steuer das Vermögen unter die Grenze, so wird nur soviel erhoben, daß sie aus der Hälfte dessen bestritten werden kann, was über die Grenze hinausgeht.

Bei Erbschaftszuwachs von mehr als 50 000 M oder bei Verminderung um 1 Fünftel während der drei Jahre erfolgt neue Veranlagung.

Die Steuer wird am 15. Februar, Mai, August und November jedes Jahres erhoben. Vorerben und Verwalter gebundenen Vermögens (von Familiengütern usw.) können sie aus der Masse nehmen. Auslandsdeutsche bleiben vom Monatschluß nach ihrer Rückkehr ins Ausland befreit.

VERMÖGENSZUWACHSSTEUER

Von dem Vermögenszuwachs am gesamten Kapitalvermögen und am inländischen Grund- und Betriebsvermögen wird von allen in Deutschland ansässigen In- und Ausländern, die länger als 6 Monate des Erwerbes wegen sich hier aufhalten, eine Abgabe erhoben. Als Vermögenszuwachs gilt der Unterschied zwischen dem Anfangsvermögen und dem Endvermögen. Anfangsvermögen ist das in- und ausländische Vermögen bei inländischem Aufenthalt und das inländische Grund- und Betriebsvermögen auch bei ausländischem Aufenthalt, das für die Vermögenssteueranlagung zum 31. Dezember 1922 als Anfangsvermögen zu

Grunde gelegt worden ist, Endvermögen: das Vermögen am 31. Dezember 1925. Die innere Kaufkraft der Mark ist an beiden Terminen zu berücksichtigen. Befreit sind Ausländer, die nach Völkerrecht Personalfteuerfreiheit genießen. Sind am 31. Dezember 1922 nur Schulden vorhanden, am Endtermin aber Vermögen, so gilt als Anfangsvermögen nur 0 Mark. Ausscheiden, Kapitalabfindungen aus Gesetz oder unerlaubter Handlung und Kriegeschäden.

Steuerpflichtig ist der Steuerzuwachs nur, wenn er 100 000 M übersteigt und das Endvermögen mehr als 200 000 M beträgt. Letzteres gilt nicht für Ausländer bezüglich ihrer inländischen Vermögen. Der Zuwachs wird auf volle Tausende nach unten abgerundet. Ueber 60-jährige oder Erwerbsunfähige unter 300 000 M sind frei.

Der Tarif ist folgender:

Für die ersten angefangenen oder vollen
200 000 M 1%
für die weiteren 200 000 M 2%
für die weiteren 300 000 M 3%
für die ferneren 300 000 M 4%
für jede weitere Million um 1% bis 9%
steigend, für die weiteren Beträge
10% des Zuwachses.

Die Steuer, je zu einem Drittel, ist binnen 3, 9 und 15 Monaten nach Zustellung des Veranlagungsbescheides fällig. Wird bei geringer Ueberschreitung der obigen Grenzen (100 000 und 200 000 Mark) das Endvermögen oder der Vermögenszuwachs durch die Steuer unter diese Grenzen gedrückt, so wird die Steuer nur insoweit erhoben, als sie aus der Hälfte des Betrages bezahlt werden kann, der diese Grenzen überschreitet.

Im übrigen gilt das Vermögenssteuergesetz.

DIE KÖRPERSCHAFTSSTEUER

Durch das Körperschaftsteuergesetz vom 30. März 1920 wird das Einkommen juristischer Personen getroffen, so weit es nicht als Einkommen natürlicher Personen versteuert wird. Unter das Gesetz fällt auch das Einkommen der Bergwerksgesellschaften, nicht rechtsfähiger Vereine, Stiftungen usw., und zwar auch der ausländischen, soweit inländischer Grundbesitz und Gewerbebetrieb vorhanden ist.

Befreit von dieser Steuer sind:

1. Kirchen, das Reich, das Land und Gemeinden, die Reichsunternehmungen einschl. Reichsbank, die Staatsbank und öffentlichen Sparkassen;
2. Anstalten und Stiftungen, deren Zwecke im Falle der Unzulänglichkeit der eigenen Mittel vom Reiche ganz oder teilweise erfüllt werden;
3. die Träger der Reichsversicherung;
4. gemeinnützige oder mildtätige inländische Vereinigungen (5%ige Verzinsung der Einlagen schließt die Gemeinnützigkeit nicht aus) wenn die Einlagen bei Auflösung zum Nennwert zurückgezahlt werden und der Ueberschuß für gemeinnützige Zwecke zu verwenden ist;
5. rechtsfähige Pensionskassen oder sonstige Hilfskassen für Not oder Arbeitslosigkeit;
6. juristische Personen, denen nach Völkerrecht Steuerbefreiung zusteht;
7. Berufs- und Wirtschaftsvertretungen und Verbände.

Als steuerbare Einkommen der Körperschaften werden alle Selbsteinkünfte angesehen nach folgenden Abzügen vom Gesamtbetrage:

1. Der zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Einkommens gemachten Aufwendungen, einschließlich der Ertragssteuer und regelmäßigen Abschreibungen;
2. Schuldenzinsen und Renten;
3. Beiträge zu den gesetzlichen Berufsvertretungen.

Für die Zentralen der Genossenschaftskassen, die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften gelten als Einkommen nur Einkünfte aus Grundbesitz, Kapitalvermögen und Gewerbe. Ein solches liegt nicht vor, wenn sich der Geschäftskreis auf Mitglieder beschränkt.

Ausnahmen gelten ferner bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts für Einkünfte aus Unternehmungen, die vorwiegend im öffentlichen Interesse betrieben werden, sowie für ihre Grundstücke, bei den Sparkassen und bei den Kirchen und für Einkünfte, die lediglich gemeinnützigen Zwecken zugeführt werden.

Steuerfrei sind ferner die Rücklagen der Versicherungs-Aktiengesellschaften, die Kantien, die Gewinnbeträge der persönlich haften-

den Gesellschafter, Einkünfte politischer Parteien oder Vereine, soweit sie nicht aus eigenem Gewerbebetrieb stammen, Steuern, Umlagen auf öffentlich rechtlicher Grundlage, Beiträge für Mitglieder von Personenvereinigungen sowie gesellschaftliche und genossenschaftliche Einlagen, Einkünfte, die satzungsgemäß gemeinnützigen Zwecken zugeführt werden, endlich Gewinnanteile aus Aktien anderer Erwerbsgesellschaften, wenn der Aktienbestand mindestens $\frac{1}{5}$ der Aktien der anderen Gesellschaft beträgt. Abzuziehen sind ferner Zuwendungen an Pensionskassen, zur Deckung von Unterbilanzen eingestellte Beträge, die Abgaben von Mehrertrag, nicht dagegen Aufwendungen zur Verbesserung und Vermehrung des Vermögens, zu Kapitalanlagen und zur Schuldentilgung und Rückzahlung vom Stammkapital oder Geschäftsanteil, ferner Zinsen für das im Betrieb angelegte eigene Vermögen des Steuerpflichtigen, sowie Aufwendungen für die Erfüllung der vorgeschriebenen Zwecke der Körperschaften, ebenso wenig wie die zur Bezahlung der Körperschaftsteuer für das laufende Jahr aufgewendeten Beträge.

Der Steuersatz ist bei den Erwerbsgesellschaften auf 20%, sonst auf 10% des steuerbaren Einkommens festgesetzt. Bei Aktiengesellschaften und allen anderen Kapitals- und Personalgesellschaften und Vereinigungen, deren Zweck die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile für ihre Mitglieder ist, wird ein Zuschlag von den Beträgen erhoben, die als Gewinnanteile irgendwelcher Art verteilt werden. Der Zuschlag beträgt 15% der ausgeschütteten Beträge. Sind im Einkommen von Gesellschaften (oder Einzelpersonen) Gewinnanteile einer Aktien- oder ähnlichen Gesellschaft enthalten, so werden 15, 12½ oder 10% des Gewinnanteilbetrages (nach Abzug der Kapitalertragssteuer auf volle Tausend nach unten abgerundet) auf die Körperschafts- oder (Einkommen-) Steuer angerechnet, und zwar wenn das Einkommen mehr als 2 Millionen beträgt nur 10%, darunter aber mehr als 300 000 M 12½%, sonst 15%; bei geringen Ueberschreitungen dieser Grenzen verbleibt es bei der höheren Anrechnung. Uebersteigt der anzurechnende Betrag die ganze Steuerschuld, so wird der Mehrbetrag nicht erstattet.

Für ausländische Erwerbsgesellschaften ist eine besondere Bestimmung

vorgesehen, desgleichen für den Fall, daß ein Grund- oder Stammkapital nicht vorhanden ist. Auch für den Fall der Auflösung der Erwerbsgesellschaft enthalten §§ 14, 29 des Gesetzes eine besondere Bestimmung. Desgleichen findet diese Bestimmung sinngemäße Anwendung, falls der Sitz des Unternehmens ins Ausland verlegt wird.

Das Einkommen wird auf volle hundert Mark nach unten abgerundet. Die Grundsätze der Veranlagung, Steuererklärung und Steuerentrichtung sind im wesentlichen dem Reichseinkommensteuergesetz nachgebildet. Die Körperschaftsteuer wird vom Einkommen eines Geschäfts- oder Wirtschaftsjahres, falls ein besonderes Geschäftsjahr nicht vorhanden ist, des Kalenderjahres erhoben. Sie ist binnen einem Monat nach Empfang des Steuerbescheides zu entrichten.

Die Erhöhungen des neuen Gesetzes treten bei der Veranlagung in Kraft, die für das Wirtschaftsjahr erfolgt, das nach dem 31. Dezember 1921 endet. Die Anrechnung fremder Gewinnanteile findet erst im folgenden Jahre (bezw. bei Einzelpersonen bei der Einkommensteuer 1923) statt. Auf Antrag kann sie aber auch schon im Jahre vorher erfolgen, wenn der 15%ige Zuschlag schon gezahlt wird. Erlöse aus der Sparprämienanleihe sind steuerfrei. Für die Jahre 1922 und 1923 sind ferner noch abzugsfähig Aufwendungen für Kleinwohnungen, sowie für 1922—1927 Rücklagen für den Werkerneuerungsfonds.

KAPITALERTRAGSSTEUER

Von den Erträgen aus Kapitalvermögen wird für das Reich eine Steuer von 10% erhoben. An ihrem Auskommen sind die Länder und Gemeinden nicht beteiligt.

Es ist zunächst unterschieden zwischen Erträgen aus inländischen und aus ausländischen Kapitalanlagen. Inländische Kapitalanlagen sind solche, bei denen der Schuldner seinen Sitz im Inland hat oder bei denen das belastete Grundstück im Inland liegt. Steuerbare Kapitalerträge sind alle Erträge der Erwerbsgesellschaften, z. B. auch der sog. Bonus, die Zinsen von Anleihen (Reichs-, Staats-, Kommunalanleihen und Industrie-Obligationen), reine Zinsen von Hypotheken und Grundschulden (nicht die Tilgungsbeträge), Renten

von Rentenschulden, vererbliche Rentenbezüge, Zinsen aus privaten Darlehen, einschl. der Einlagen und Guthaben bei Sparkassen und Banken, und Zinsen die bei Versicherungs-Unternehmungen auf die Prämien-Reserve der Versicherten rechnungsmäßig nach dem Geschäftsplane entfallen.

Einnahmen aus Reichsanleihen sind insoweit befreit, als bei deren Begebung Steuerfreiheit zugesichert ist.

Zinsen aus einem Darlehen sind stets Kapitalertragssteuerpflichtig. Eine Geldforderung kann aber auch auf Lieferungen beruhen oder sonstigen gewerblichen Leistungen. Die Zinsen aus solchen Forderungen sind nicht Kapital-, sondern gewerblicher Art. Um nun zu vermeiden, das derartige Transaktionen vorgezogen und damit stets Steuerfreiheit der Zinsen aus Darlehen erzielt wird, ist bestimmt, daß, abgesehen von den reinen Darlehenszinsen, Zinsen aus allen Geldforderungen Kapitalertragssteuerpflichtig sein sollen, wenn die Forderung länger als 6 Monate fällig ist.

Die bisher genannten Kapitalerträge sollen ohne Rücksicht darauf, ob sie in einem land- oder forstwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieb oder außerhalb eines solchen anfallen, steuerpflichtig sein.

Außerdem sind steuerpflichtig Diskontbeträge von Wechseln und Anweisungen einschließlich der Schahwechsel; die Steuerpflicht ist aber nur dann gegeben, wenn es sich um Kapitalanlagen handelt. Für sie kann, ebenso wie für die Erträge aus ausländischen Kapitalanlagen die Steuer nicht vom Schuldner entrichtet werden; hier bleibt vielmehr die Deklaration erforderlich. Daher kann bei den Diskontbeträgen usw. die Unterscheidung zwischen gewerblichem Ertrag und Kapitalertrag durchgeführt werden.

Befreit sind zunächst alle Kapitalerträge, die öffentlichen Sparkassen, Genossenschaften, deren Geschäftskreis nur Mitglieder betrifft, ihren Zentralen, Versorgungskassen, Hochschulen und ähnlichen Bildungsanstalten und dem Träger der reichsgesetzlichen Versicherung zufließen. Die Befreiung kann in Einzelfällen auf nicht öffentliche Sparkassen ausgedehnt werden. Die Sparkassen sollen jedoch nur insoweit befreit sein, als sie Geschäfte betreiben, die zum eigentlichen Sparkassenverkehr gehören.

Frei sollen ferner sein die Zinsen aus Hypotheken und Darlehen, die den Geldvermittlungsanstalten anfallen, als welche Sparkassen, soweit sie nicht schon unter die vorerwähnte Befreiungsvorschrift fallen, Banken und Bankiers, Hypothekenbanken, Schiffspfandbriefbanken, Finanzierungsinstitute usw. in Frage kommen. Der Geschäftsbetrieb dieser Anstalten geht in der Weise vor sich, daß sie Gelder zur Verzinsung annehmen und sich diese Zinsen dadurch erarbeiten, daß sie die ihnen zur Verzinsung gegebenen Gelder an andere Personen weiter verleihen.

Befreit sind auch die Zinsen aus Hypotheken und Darlehen, die dem Reich, den Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) als Gläubiger zufließen, ferner von Stiftungen und nicht wirtschaftlichen Berufsverbänden.

Die Erträge aus inländischen Anleihen und die oben besprochenen Zinsen aus inländischen Versicherungsunternehmungen sollen stets steuerpflichtig sein, wenn der Schuldner im Inland seinen Sitz hat. Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder Aufenthalt des Gläubigers sind in diesen Fällen belanglos.

Zinsen aus inländischen Hypotheken sind steuerpflichtig, wenn das belastete Grundstück im Inland liegt. Hier kommt es also auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder Aufenthalt weder des Schuldners (Grundstückseigentümers) noch des Gläubigers an.

Die Steuerpflicht der übrigen Kapitalerträge, also der inländischen Rentenbezüge, Zinsen aus inländischen Darlehen und der Diskontbeträge aus inländischen Wechseln usw. sowie aller Erträge aus ausländischen Kapitalanlagen, bemißt sich nach Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder Aufenthalt des Gläubigers. Bei den physischen Personen ist die Regelung derjenigen des Reichseinkommensteuergesetzes angepaßt. Ist der Gläubiger also ein Deutscher, so sind die Erträge stets steuerpflichtig, es sei denn, daß der Gläubiger sich länger als zwei Jahre dauernd im Auslande aufhält, ohne einen Wohnsitz im Inland zu haben; ist der Gläubiger ein Nichtdeutscher, so sind die Erträge nur steuerpflichtig, wenn der Gläubiger im Deutschen Reich einen Wohnsitz hat oder sich im Deutschen Reich des Erwerbes wegen oder länger als sechs Monate aufhält. Ist der Gläubiger eine

juristische Person oder eine inländische Vermögensmasse, die nicht dem Vermögen anderer Personen zuzurechnen ist (z. B. ein nicht rechtsfähiger Verein), so ist der Ertrag steuerpflichtig, wenn der Gläubiger seinen Sitz im Inlande hat. Schuldzinsen und Kapitalsteuern dürfen nicht abgezogen werden; ebensowenig ist die Kapitalertragssteuer selbst abzugsfähig.

Der Belastete ist der Gläubiger, der Zahlungspflichtige ist der Schuldner. Beträgt also der Kapitalertrag 1000 M., so hat der Schuldner 100 M. an Steuern abzuführen, aber auch nur 900 M. dem Gläubiger zu zahlen. Abwälzung ist unzulässig. Abgesehen von den besprochenen Befreiungen sind Erstattungen u. a. vorgesehen zugunsten der Zeichner deutscher Kriegsanleihe, die nachweislich zur Zeichnung Darlehen aufgenommen haben.

Die Steuerentrichtung durch den Schuldner 1 Monat nach der Fälligkeit greift Platz, wenn der Schuldner seinen Sitz, Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Inland hat, oder wenn das belastete Grundstück im Inland liegt.

Bei den Hypotheken- und Darlehenszinsen muß der Gläubiger auch eine Gewähr dafür haben, daß die ihm gekürzte Steuer wirklich an das für den Schuldner zuständige Finanzamt abgeführt wird. Deshalb soll hier der Schuldner für die von ihm an den Gläubiger über die Entrichtung der Kapitalerträge zu übermittelnde schriftliche Anzeige abgestempelte Vordrucke oder Stempelmarken, die auf den Wert der verfallenen Steuer lauten, verwenden. Führt der Schuldner den Steuerbetrag bar an sein Finanzamt ab, so soll er die ihm erteilte Quittung dem Gläubiger zustellen. Da damit gerechnet werden muß, daß die Schuldner zum Teil auch aus Unkenntnis, besonders in der ersten Zeit, nicht überall hiernach verfahren werden — die Schuldner sind übrigens haftbar und gegebenenfalls auch strafbar — so ist weiter vorgesehen, daß der Gläubiger, wenn er den gekürzten Kapitalertrag ohne Übermittlung einer verstempelten Benachrichtigung erhält, binnen einem Monat dem Finanzamt hiervon Mitteilung machen muß, und daß, wenn er den vollen Kapitalertrag ohne Übermittlung einer verstempelten Benachrichtigung erhält, binnen einem Monat die Steuer zu entrichten hat.

Das Gesetz ist am 1. Juli 1923 vorläufig außer Kraft gesetzt.

DIE ERBSCHAFTSSTEUER

Die Erbschaftssteuer ist auch heute noch die mit am meisten umstrittene Steuer. Unsere Leser erinnern sich aus dem ersten Teil, daß der Reichskanzler Fürst Bülow beim Kampf um die Erbschaftssteuer 1909 gestürzt wurde. Obwohl sie eigentlich überall eingeführt ist, wird sie von dem einen aufs schärfste bekämpft, von dem anderen hochgepriesen. Dabei ist sie eine der ältesten Steuern. Schon im 7. Jahrh. v. Chr. soll sie in Ägypten bestanden haben. Jedenfalls wird in einem Papyrus von 117 v. Chr. ein Erbschaftsteuergesetz ausdrücklich erwähnt. Man nimmt an, daß sie den Zehnten, d. h. 10% betragen habe. Wer die deutschen Sätze vor dem Kriege kennt, wird die Summe sehr hoch finden. Kaiser Augustus führte eine 5% Erbschaftssteuer ein, die mehrere Jahrhunderte in Geltung war. Sie traf nur römische Bürger und entfreite ganz nahe Verwandte und Bedürftige. Im Mittelalter finden wir sie in den italienischen Stadtstaaten meist 5%ig mit Entfreierung der Verwandten 1. und 2. Grades. In der Türkei wird 1566 eine 10% Erbschaftssteuer erwähnt. Im 16. Jahrhundert kam sie nach den Niederlanden und als Kirchensteuer nach Mitteldeutschland. Im 17. und 18. Jahrhundert wurde sie in Deutschland mehr und mehr eingeführt und nach dem Wiener Kongreß hatten sie außer Waldeck alle deutschen Staaten. Die Erbschaftssteuer, die heute fast in allen Staaten der Welt eingeführt ist, kam nach England 1694, Frankreich 1703, Oesterreich 1759, Norwegen und Dänemark 1792 und nach der Schweiz 1798.

Es ist verständlich, daß die Finanzpolitiker in allen Ländern trotz der Abneigung der Bevölkerung alle zu dieser Steuer griffen; denn sie ist steuertechnisch sehr praktisch. Sie kommt zur Anwendung bei einer schwer zu verheimlichenden Tatsache: den Todesfall, sie ist unabwäzbar und trifft in den allermeisten Fällen Personen, die ohne Arbeit einen Vermögensvorteil haben. Sie wirkt allerdings als Härte, wenn sie auf den Ehegatten und Kinder ausgedehnt wird, die ohne Entgelt in Geschäft und Haushalt mitgearbeitet und dadurch das Vermögen, das sie jetzt versteuern müssen, mit erworben haben. Auch entferntere Verwandte, die sich in gleicher Weise betätigten, empfinden die ihnen auferlegte Steuer als Ungerechtigkeit. Es wird später noch

darauf hinzuweisen sein, daß sich das neue deutsche Erbschaftsteuergesetz ernsthaft bemüht, alle diese Härten zu mildern.

Im deutschen Reich hat sich im 19. Jahrhundert die Erbschaftssteuer erst spät entwickelt. Bis 1873 kannte man sie in Preußen nur in Form einer Stempelabgabe, die die Gerichte einzogen. Das preußische Steuergesetz fand fast in allen Bundesstaaten Nachfolger. Aber die Gesetzesbestimmungen waren so verschiedenartig, daß schon 1877 der Vorschlag einer einheitlichen Regelung für das Reich gemacht wurde. Dem Einheitsgesetz stand aber das verschiedenartige Erbrecht in den einzelnen Bundesstaaten hindernd im Wege. Erst das Bürgerliche Gesetzbuch beseitigte 1900 diese Hindernisse und 1906 kam die Reichserbschaftssteuer und zwar als Anfallsteuer gestuft nach Verwandtschaftsgrad und der Höhe des Erbanfalls. Ehegatten und Kinder blieben steuerfrei. Der Versuch, 1909 die Erbschaftssteuer mit einer Nachlasssteuer zu verbinden und diese auf Satten und Kinder auszudehnen, scheiterte nach heftigen parlamentarischen Kämpfen und erbitterten Preßkämpfen am 29. Juni durch die Ablehnung der Vorlage im Reichstage mit 194 gegen 186 Stimmen. Auch 1913 gelangen dahingehende Versuche nicht. Allerdings faßte das Besitzsteuergesetz vom gleichen Jahre alle Erbschaften, soweit sie bei der alle 3 Jahre stattfindenden Veranlagung noch vorhanden waren, steuerlich als Vermögenszuwachs, so daß dadurch auch der Erbanfall von Satten und Kindern in den meisten Fällen schon besteuert wurde.

Die Finanzreform nach dem Kriege brachte, was ja zu erwarten war, in erster Linie einen Ausbau und eine beträchtliche Erhöhung der Erbschaftssteuer. Sie beträgt im Höchstfalle 90% des Erbanfalls und ist damit wohl die härteste Steuer der Welt. Dazu muß jede Erbschaft doppelt versteuert werden. Einmal der gesamte Nachlaß in einer Nachlasssteuer und außerdem jeder Erbanfall, und zwar in Rücksicht auf Verwandtschaftsgrad, die Höhe der Summe und das bisherige Vermögen des Erbenden. Die Nachlasssteuer ist noch ziemlich mild. Wohl weil sie als eine Kontrolle der Einkommen- und Vermögenssteuer hauptsächlich mit in Betracht kommt. Sie ermöglicht gewisse Abzüge und läßt bis 200 000 M Vermögen die ersten 20 000 M frei. Die Steuer ist progressiv. Für die ersten angefangenen 200 000 M werden 1%, für die

nächsten 300 000 M 2%, für die nächsten 500 000 M 3%, für die nächste Million 4% und für die weiteren Summen 5% erhoben. Ist also ein Nachlaß von 1 Million Mark vorhanden, so beträgt die Steuer für die ersten 200 000 M gleich 2000 M, für die folgenden 300 000 M gleich 6000 M und für die restierenden 500 000 M gleich 15 000 M, im Ganzen also 23 000 M, was weniger ist wie die Jahreszinsen des Nachlasses. Bedeuten schärfer greift die Erbanfallsteuer zu. Eine Befreiung ist grundsätzlich ausgeschlossen, doch sind für nahe Verwandte und in allen Fällen, wo wirkliche Härten nachzuweisen sind, erhebliche Erleichterungen vorgesehen. Es würde den Rahmen dieses Buches weit überschreiten, wollten wir uns mit all diesen Einzelheiten beschäftigen. Wer sich für diese Fragen interessiert, nehme eine neue kommentierte Ausgabe des Gesetzes zur Hand.

Das neue Erbschaftsteuergesetz vom 10. September 1919 teilt die Erbberechtigten nach dem Verwandtschaftsgrade in 6 Klassen. In der ersten am geringsten besteuerten sind nur der Ehegatte, die ehelichen Kinder, die unehelichen Kinder der Mutter und die vom Vater anerkannten unehelichen Kinder. Angenommene Kinder sind nicht dabei. In der 2. Klasse sind die Nachkommen der Kinder aus Klasse 1, in der 3. Klasse die Eltern und die Voll- und Halbgeschwister. Die 4. Klasse umfaßt die Großeltern und weitere Vorfahren, die Abkömmlinge 1. Grades von Geschwistern, die Schwieger- und Stief-Eltern, die Schwieger- und Stief-Kinder, die an Kindesstatt angenommenen Personen und ihre Abkömmlinge. In der 5. Klasse sind die Abkömmlinge 2. Grades von den Geschwistern, die Geschwister der Eltern und die Verschwägerten 2. Grades der Seitenlinie, in der 6. Klasse alle übrigen Erben. Erbteile unter 500 M sind steuerfrei. Bei den Ehegatten, der direkten Linie und den Geschwistern erhöht sich der steuerfreie Betrag auf je 5000 M. Die erste Stufe umfaßt die Beträge bis 20 000 M. Bei einem Anteil von mehr als 500 000 M tritt der Höchstsatz ein. Die 1. Klasse stuft sich von 4% auf 35%, die 2. von 5% auf 40%, die 3. von 6% auf 45%, die 4. von 8% auf 50%, die 5. von 10% auf 60% und die 6. von 15% auf 70%.

Diese Erbanfallsteuer erfährt nun noch eine beträchtliche Erhöhung, wenn der Erbe ein Vermögen von mehr als

100 000 M besitzt. Dann erhöht sich die Steuer bei einem Vermögen von 100—200 000 M um 1% für je angefangene 10 000 M, bei über 200 000 M Vermögen um 1% für je angefangene 20 000 M. Da dies bei großen Erbschaften dazu führen müßte, daß der Erbe von der Erbschaft gar nichts erhält und außerdem noch Steuer dazu bezahlen müßte, so ist diese Zuschlagsteuer besonderen Einschränkungen unterworfen. Sie darf nicht mehr als die Hälfte des 100 000 M übersteigenden Vermögens betragen, darf auch nicht höher sein als 100% der Steuer. Nachlasssteuer, Erbanfallsteuer und Zuschlag dürfen zusammen nicht mehr betragen als 90% des Anteils. Ein Beispiel dafür. Eine Erbschaft beträgt 6 Millionen M. Ein Drittel davon wird einem Nichtverwandten vermacht, der schon 2 Millionen eigenes Vermögen besitzt. Der Anteil dieses Erben an der Nachlasssteuer würde dann an sich betragen ca. 87 600 M, die Erbanfallsteuer mit Zuschlag 2 069 520 M, zusammen also 1 500 000 M mehr als das Erbteil beträgt. Infolge der Beschränkungsbestimmungen darf aber die Steuer nicht mehr als 90% gleich 1 800 000 M betragen und der glückliche Erbe erhält von den 2 Millionen wenigstens noch 200 000 M ausbezahlt. Da das Reichswortopfer die großen Vermögen zurzeit schwer belastet, so wurde vorerst für die Jahre bis 1. April 1925 die Steuer um 2%, von da bis 1. April 1935 um 1% ermäßigt.

Schon immer lief neben der Erbschaftssteuer um Verschleierungen und Verschiebungen zu verhüten eine Schenkungssteuer. Sie ist natürlich gemäß der neuen Erbschaftssteuer ausgebaut und ihr angepaßt worden. Es besteht eine Anmeldepflicht für alle Schenkungen von Seiten des Gebers wie des Beschenkten, soweit nicht die Schenkung gerichtlich oder notariell festgelegt ist. Gerichte und Notare haben eine weitgehende Mitteilungspflicht. Die Länder und Gemeinden haben kein Recht auf Erbschafts- und Schenkungssteuer Zuschläge zu erheben. Dagegen sind wenigstens die Länder an dem Ertrage der Steuer beteiligt. Sie erhalten nach dem Landessteuergesetz vom 30. März 1920 20%, das ist ein Fünftel als Anteil. Die Ansichten über die Wirkungen der sehr hohen Steuer sind geteilt. Einige halten es für gut, daß die großen Vermögen nivelliert werden. Einige wieder meinen, daß der Trieb zum Er-

werben und Sparen sehr geschwächt und damit die Volkswirtschaft erheblich geschwächt werden wird.

In allerjüngster Zeit hat man sich veranlaßt gesehen, das Erbschaftssteuer-Gesetz abzuändern. Am 17. Juli 1922 hat der Reichstag ein Gesetz beschlossen, das die Erbschaftssteuer dem gesunkenen Geldwert anpaßt. Am 20. Juli hat es der Reichsrat bestätigt. Die Nachlasssteuer, d. h. die unabhängig von der Person des Erben von dem Vermögen des Verstorbenen erhobene Abgabe, kommt jetzt ganz in Wegfall. Die Erbanfallsteuer, die von dem Erwerber einer Zuwendung nach seinem Verhältnis zum Erblasser zu entrichtende Steuer, ist stark ermäßigt worden. Für Ehegatten tritt jetzt grundsätzlich Steuerfreiheit ein. Nur wenn zwischen den Eheleuten ein Altersunterschied von mehr als zwanzig Jahren besteht und die Ehe noch nicht fünf Jahre währte, wird die Erbschaftssteuer erhoben. Steuerpflichtig ist nur ein Erwerb von mehr als 5000 M., bei Ehegatten-Abkömmlingen, Eltern und weiteren Voreltern des Erblassers 50 000 M. Hausrat, der Ehegatten oder Abkömmlingen zufällt, bleibt bis zum Werte von 500 000 M., wenn er auf Eltern, Geschwister, Großeltern, Nissen, Nichten, Schwieger- und Stiefeltern oder Schwieger- und Stiefkinder kommt, bis zum Werte von 100 000 M. steuerfrei. Die Steuer beträgt für Ehegatten und Kinder 3,5%, für Enkel 5%, für Eltern und Geschwister 6%, für Großeltern, entferntere Voreltern, Nissen, Nichten, Stief- und Schwiegereltern, Stief- und Schwiegerkinder sowie an Kindesstatt angenommenen Personen 8%, für alle übrigen Begünstigten 14%. Uebersteigt der Wert des Erwerbs 100 000 M., so treten Zuschläge zu den Steuerföhen ein.

Die Steuer ist im allgemeinen auf etwa die Hälfte der nach dem Gesetz von 1919 in Betracht kommenden Steuerbeträge ermäßigt. Nur für Großnissen und Großnichten, Onkel und Tanten sowie Schwäger und Schwägerinnen ist die Neuregelung ungünstig, weil sie jetzt den fremden Nachlassbeteiligten gleichgestellt sind. Die Steuerpflicht entsteht für den Gesamten Erbanfall, wenn der Erblasser zur Zeit seines Todes oder der Erwerber zur Zeit des Eintritts der Steuerpflicht Deutscher oder Nichtdeutscher mit inländischem Wohnsitz

oder Daueraufenthalt ist. Der gleichen Besteuerung wie der Erwerb von Todes wegen unterliegen Schenkungen unter Lebenden sowie Zweckzuwendungen.

Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1921 in Kraft. War der Erblasser vor diesem Tage verstorben, oder ist die Zuwendung unter Lebenden vorher erfolgt, so bestimmt sich die Steuerpflicht grundsätzlich nach bisherigen Vorschriften.

INDIREKTE STEUERN

Die indirekten Steuern sind noch heute stark umstritten. Ihre Gegner erklären sie für ungerecht, da bei der Belastung des Massenverbrauchs eine Familie mit bescheidenen Einkommen eine im Verhältnis zu ihrer Steuerkraft zu große Summen zahlen müsse. Die Gerechtigkeit, die das Einkommensteuergesetz durch ihre Abzüge anstrebe, werde dadurch zunichte gemacht. Die Befürworter der indirekten Steuern weisen darauf hin, daß die Steuern nicht gemerkt werden und abwählbar sind. Der Arbeitnehmer fordert, um sie aufbringen zu können, höhere Löhne, und der Arbeitgeber wälzt diesen Mehrbetrag an Löhnen, die er zahlen muß, auf den Käufer ab. Sie betonen weiter, daß die Heranziehung der breiten Massen zum Mittragen der Lasten von Staat und Gemeinde unvermeidlich sei und dem politischen Einfluß jedes einzelnen entspreche.

DIE UMSATZSTEUER

Die am 1. Januar 1920 in Kraft getretene und 1922 ergänzte Umsatzsteuer ist eine Reichsteuer, die vom Verkäufer erhoben wird, die in Wirklichkeit aber der Käufer tragen muß. Einzelstaaten und Gemeinden dürfen eine gleichartige Steuer nicht erheben. Die 15%ige Luxussteuer, die der Umsatzsteuer angegliedert ist, betrifft ganz bestimmte, genau bezeichnete Kategorien von Gegenständen. Die Liste ist 1922 gründlich revidiert worden. Dabei ist eine ganze Anzahl von Gegenständen, deren Verkauf bisher der Luxussteuer unterlag, gestrichen worden. Wer ein Interesse an den Einzelheiten hat, besorge sich eine kommentierte, allerneueste Ausgabe des Gesetzes. Alle Kreise trifft die allgemeine Umsatzsteuer. Ihr unterliegen:

a) Die Lieferungen und Leistungen, die im Inland gegen Bezahlung gewerbmäßig ausgeführt werden. Auch die sog. freien Berufe (Ärzte, Anwälte, Privatlehrer, Künstler, Schriftsteller usw.) sind umsatzsteuerpflichtig;

b) Die Entnahme von Dingen aus dem eigenen Betrieb, um sie zu Zwecken, die außerhalb des Unternehmens liegen, zu gebrauchen oder zu verbrauchen;

c) Lieferungen auf Grund einer freiwilligen Versteigerung, auch wenn der Auftraggeber kein Unternehmer ist (steuerfrei, wenn die Versteigerung zum Zwecke der Nachlassteilung unter Miterben erfolgt).

Als Unternehmen gilt auch die Urerzeugung und der Handel, also jede gewerbliche Tätigkeit, insbesondere auch solcher Genossenschaften, die nur an die eigenen Mitglieder liefern und auch dann, wenn die Leistung auf Grund gesetzlicher Anordnung bewirkt oder als bewirkt gilt.

Von der Besteuerung ausgenommen sind:

1. Umsätze aus dem Ausland und die im Großhandel erfolgten ersten Umsätze eingeführter Gegenstände im Inlande sowie in das Ausland;
2. Kreditgewährungen und Umsätze von Geldforderungen, insbesondere von Wechseln und Schecks, sowie von Wertpapieren, Aktien, Banknoten, Papiergeld und Wertzeichen;
3. Umsätze von Edelmetallen und Edelmetalllegierungen außerhalb des Kleinhandels;
4. Verpachtungen und Vermietungen von Grundstücken, sowie von Nutzungsan staatlichem Grund und Boden (jedoch nicht Verpachtungen und Vermietungen eingerichteter Räume, die Vermietung mobiler Zimnier ist also umsatzsteuerpflichtig);
5. Beförderungen von Personen und Gütern auf Eisenbahnen und Wasserstraßen, mit Ausnahme der Güterbeförderungen im Hafen oder auf kleineren Seglern;
6. Lotterielose;
7. Leistungen für Vergütungen an Aufsichtsratsmitglieder;
8. Versicherungen;
9. Ärztliche und ähnliche Hilfsleistungen sowie Arzneimittel, deren Entgelte von den Kranken zu zahlen sind;

10. Lieferungen und Leistungen an die eigenen Angestellten einschließlich versicherungspflichtiger Familienangehöriger über 16 Jahre, als Teil der Vergütung für geleistete Dienste; ferner an die Zöglinge der Erziehungsheime unter 18 Jahren, sowie die Annahme von Gegenständen der Kleinlandwirtschaft zum eigenen Bedarf, sofern diese von Rentnern selbst betrieben wird;

11. bei Einkaufs- und Verwertungsgenossenschaften derjenige Teil des Umsatzes, der als Entgelt für Rücklieferungen von Rückständen aus der im Betriebe der Genossenschaft erfolgten Verarbeitung der von den Genossen eingelieferten Erzeugnisse, oder als Rückvergütung auf den Kaufpreis der von den Genossen bezogenen Waren gewährt wird;

12. die Leistungen der Revisionsverbände der Genossenschaften.

Das Landesfinanzamt kann einer G. m. b. H. gleicher Art Befreiung zugestehen (Antrag spätestens mit Einlegung des Rechtsmittels gegen Veranlagung, bei Ablehnung Beschwerde an den Reichsfinanzhof).

Von der Steuer sind befreit:

1. Post- und Telegraphenverwaltung, sowie Beförderungsunternehmungen (Eisenbahnen) wegen der auf Gesetz beruhenden Leistungen für diesen Verkehr (d. h. für die Postbeförderung);
2. Reich, Staat, Kreis, Gemeinde wegen der Schlachthöfe, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke;
3. gemeinnützige oder wohltätige Unternehmungen, bei denen die Entgelte geringer sind, als die sonst für gleichartige Unternehmungen gegebenen;
4. nicht öffentliche Erziehungsanstalten, die öffentliche Zuschüsse erhalten.

Die Steuerhöhe ist nach einem Ergänzungsgesetz auf zwei Prozent bemessen, und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1922 an; wie schon bei den bisherigen Erhöhungen, unterliegt aber eine Lieferung oder Leistung auf Grund früher abgeschlossener Verträge nur dann der höheren Abgabe, wenn die Lieferung und die Zahlung erst nach dem 1. Januar 1922 erfolgt sind. Wie bisher in gleichen Fällen darf ferner der Lieferer den Mehrbetrag der Steuer auf seinen Abnehmer abwälzen.

Neugeregelt sind auch die Bestimmungen über die Befreiung gemeinnütziger Unternehmungen. Die Vorschriften sind enger gefaßt, indem auch die einzelne Leistung unmittelbar dem gemeinnützigen Zweck dienen muß. Vor allem ist endlich die unmittelbare Anrufung des Reichsfinanzhofs wegen der Frage der Gemeinnützigkeit beseitigt, die ihn allerdings stark belastete; die Nachprüfung erfolgt jetzt im gewöhnlichen Veranlagungs- und Rechtsmittelverfahren. In einigen Fällen sind Steuererleichterungen eingetreten;

Die Gewährung von Kost und Logis an Schüler unter 18 Jahren außerhalb des elterlichen Wohnsitzes, der Eigenverbrauch aus Kleingärten und kleiner Landwirtschaft ist steuerfrei.

Die Steuer wird von dem für die Leistung vereinnahmten Entgelt berechnet, bei bestimmten Zeitabschnitten für die Gesamtheit der Entgelte. Etwaige Zölle sind hinzuzurechnen, sofern sie nicht bereits im Preise enthalten sind. Bei Einzelleistungen ist vom Entgelt für die Lieferung jedes einzelnen Gegenstandes auszugehen; anders nur, wenn mehrere Gegenstände eine Einheit bilden und nur ein Gesamtpreis gezahlt wird. Packungskosten dürfen gekürzt werden, wenn die Verpackung zurückgenommen und das Entgelt um soviel gemindert wird. Die Steuerbeträge sind auf volle Mark abzurunden, wenn nicht einzelne Geschäfte, sondern alle Geschäfte innerhalb einer bestimmten Zeit versteuert werden, andernfalls auf volle 10 Pfennig, und zwar nach unten. Die Steuer darf nicht gesondert in Rechnung gestellt werden (außer bei gesetzlich bemessenen Gebühren), sondern muß in den Preis einkalkuliert werden.

Neben der 15%igen Luxussteuer gibt es noch eine 10%ige Steuer des Entgeltes bei folgenden Leistungen:

Bei vorübergehender Gewährung von möblierten Zimmern, wenn für die Nacht 40 M. oder mehr gezahlt werden;

bei der Aufbewahrung von Geld, Wertpapieren, Werksachen, Edelmetallen, Originalwerken der Plastik usw., Antiquitäten, Pelzwerk oder Bekleidungsstücken mit Pelzwerk;

bei der Vermietung von Reittieren.

Die Uebernahme von Anzeigen (einschließlich Ausrufen, Reklamewagen, Lichtreklame und Umhertragen) unterliegt einer

Steuer von 5%. Der Steuerpflicht unterliegt nicht die Herstellung handschriftlicher Anzeigen oder durch Schreibmaschinenschrift, Handzeichnung oder Handmalerei und von Anzeigen für öffentliche Wahlen. Auch der leere Raum gilt als Anzeige.

Die Steuer ermäßigt sich bei Zeitungen (Zeitschriften) auf 1% bis 200 000 M., 1½% bis 400 000 M., 2% bis 600 000 M., 2½% bis 800 000 M., 3% bis 1 000 000 M., 3½% bis 1 000 000 M. des vereinnahmten Entgeltes eines Vierteljahres. Wer mehrere Zeitungen herausgibt, ist bei der Ermäßigung für jede besonders zu behandeln.

Eine Verwaltungstätigkeit neben der Aufbewahrung der Werksachen schließt die Steuerpflicht nicht aus; die Hergabe von Schließfächern ist steuerpflichtig, selbst wenn nicht gesagt wird, welche Gegenstände darin aufbewahrt werden sollen. Keine Steuerpflicht besteht, wenn beide Teile Banken, Sparkassen usw. sind.

Die Steuer wird im Januar jeden Jahres nach dem Gesamtentgelt berechnet, das ein Unternehmen innerhalb des vorhergehenden Kalenderjahres eingenommen hat. Besteht es noch nicht so lange, so wird am Schlusse des Kalenderjahres ein Einschnitt gemacht. Wer 10 und 15% Steuer zu zahlen hat, hat in jedem Kalendervierteljahr abzurechnen.

Bei Lieferungen in und aus dem Auslande sowie beim Verbringen von Originalwerken ins Ausland, und beim Verkauf von Kostbarkeiten durch Privatpersonen ist jede einzelne Lieferung steuerpflichtig.

Innerhalb eines Monats nach Ablauf der Steuerabschnitte oder nach dem Steuerereignis ist eine Steuererklärung abzugeben. Die Frist kann verlängert werden. Die Steuererklärung muß enthalten: die Gesamtheit der Entgelte einschließlich der steuerfreien Leistungen, ferner bei den 10%igen Leistungen die vereinnahmten Entgelte, und zwar getrennt nach den verschiedenen Steuerstufen, ferner die zurückgewährten Entgelte sowie etwa beantragte Vergütungen. Ein Formular hierfür ist erlassen. Die Steuerstelle erläßt einen Bescheid. Innerhalb zweier Wochen nach seiner Bekanntgabe ist die Steuer zu entrichten. Nach Ablauf eines Monats in jedem Vierteljahre ist eine Vorauszahlung zu leisten gemäß dieser Steuererklärung, falls der endgültige Betrag noch nicht fällig ist. Handel

es sich um eine Jahressteuer-Erklärung, so ist im ersten Monat eines jeden Vierteljahres eine Voranmeldung zu erstatten, nach der die Vorauszahlung zu leisten ist, sonst setzt die Steuerbehörde den Betrag nach dem Vorjahre fest oder schätzt ihn. Uebersteigt die endgültige Veranlagung die Summe der Vorauszahlungen um mehr als 20%, so erhöht sich die Steuer um 10% der Differenz. Bei einer Jahressteuer ist Zahlung in Halb- oder Vierteljahresteilen zu gestatten. Wird die Steuer nicht innerhalb dreier Monate nach Schluß des Abschnittes gezahlt, so sind 5% Zinsen, vom Ablauf dieser drei Monate an berechnet, zu zahlen, außer, wenn der Betrag 1000 M. nicht übersteigt.

Bei den 10%igen Leistungen und den Lieferungen von Kostbarkeiten, Teppichen und Musikinstrumenten durch Privatpersonen ist die Steuer von dem Leistungspflichtigen zu entrichten; er ist verpflichtet, eine Quittung über die Zahlung binnen zwei Wochen zu erteilen.

Nimmt der Erwerber Steuerfreiheit in Anspruch, so hat er die behördliche Bescheinigung dem Verkäufer vorzulegen. Dieser hat auf der Zahlungsquittung Name, Wohnort und Bescheinigung des Erwerbers zu vermerken und Abschrift der Quittung als Ausweis gegenüber der Steuerstelle zurück zu behalten.

Bei den steuerpflichtigen Geschäften von Privatpersonen (Veräußerung von Kostbarkeiten, Musikinstrumenten und Teppichen und Anzeigen und Vermietungen) kann der auf Zahlung des Entgeltes verklagte Gegner den Einwand, er habe gezahlt, nur geltend machen, wenn er nachweist, daß die Steuer entrichtet oder die Leistung steuerfrei war. Bei diesen Geschäften kann auch die Steuer gesondert in Rechnung gestellt werden; auch ergeht kein besonderer Steuerbescheid mit seinen Folgen.

Wer eine Annonce über den Verkauf derartiger Kostbarkeiten (Teppiche, Musikinstrumente usw.) unter Chiffre erläßt, hat dem Verleger mit der Auftragserteilung seinen Namen und seine Wohnung zu nennen. Der Verleger darf solche Aufträge nur unter dieser Bedingung annehmen. Der Verleger (Drucker) hat der zuständigen Steuerstelle die Druckschrift, die solche Angebote ohne Namens- und Wohnungsangabe enthält, nach Ausgabe zu liefern und dabei Namen und Wohnung der Auftraggeber

anzugeben. Die Steuerstelle des Wohnorts des Auftraggebers wird dann von der Steuerstelle des Druckortes sofort benachrichtigt.

Bundesstaaten, Kreise oder Gemeinden dürfen von Unternehmen, die vorwiegend notwendige Lebensmittel vertreiben, Steuer vom Umsatz dieser Gegenstände nicht erheben. Diese Bestimmung hat zur Folge gehabt, daß jetzt in Preußen die Warenhäuser bei dem Absatz von Lebensmitteln von der Warenhäussteuer befreit sind.

KOHLENSTEUER

Steuerfrei ist u. a. die Deputatkohle. Die Reichsregierung kann Kohle für Auslandszüge, Schiffe und Seefischereifahrzeuge befreien und auch sonst ermäßigen oder erhöhen. Belastung: 40% vom Werte der Kohle ab Grube.

Von dieser Steuer kommen zur Hebung:

1. für die Kohle des niederschlesischen Steinkohlenbergbaues 66,5 v. H.;
2. für die Kohle des Aachener Steinkohlenbergbaues 93,5 v. H.;
3. für die Kohle des sächsischen Steinkohlenbergbaues 80 v. H.;
4. für die Stein- und Pechkohle des Kohlenbergbaues des rechtsrheinischen Bayern 60 v. H.;
5. für die Kohle des Steinkohlenbergbaues der bayerischen Nordwest-Pfalz und der Rürner Steinkohlenwerke 25 v. H.;
6. für die Kohle der Frankfurter Gruppe des Braunkohlenbergbaues östlich der Elbe 60 v. H.;
7. für die Kohle der Forster Gruppe des Braunkohlenbergbaues östlich der Elbe 80 v. H.;
8. für die Kohle der Görlitzer Gruppe des Braunkohlenbergbaues östlich der Elbe 80 v. H.;
9. für die Kohle des sonstigen Bergbaues östlich der Elbe 90 v. H.;
10. für die Kohle des Grimmaer Braunkohlenreviers 80 v. H.;
11. für die Kohle des Kohlenbergbaues bei Cassel 80 v. H.;
12. für die Kohle des sonstigen mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues 90 v. H.;

13. für die Kohle des Braunkohlenbergbaues im Westerwald und im Lande Hessen 25 v. H.;
14. für die Kohle des rheinischen Braunkohlenbergbaues 111,5 v. H.;
15. für die Kohle der Braunkohlenwerke Schwandorf und Schmidgaden-Schwarzenfeld in Bayern 80 v. H.;
16. für die Kohle des Braunkohlenwerkes Dettingen in Bayern 60 v. H.;
17. für die Kohle der sonstigen Braunkohlenwerke im rechtsrheinischen Bayern 50 v. H.

Für Kohle, die nicht in den vorstehend aufgeführten Bergbaubezirken gewonnen ist, sind bei Steinkohle 100, bei Braunkohle 90 und bei Kohle, deren Herkunft nicht nachgewiesen wird, 100 Hundertteile der Steuer zu erheben.

Die Steuer trifft alle Verbraucher: die Industrie, Eisenbahn, Schifffahrtsunternehmen, Elektrizitäts- und Gaswerke und die gesamte Hausbrandkohle benötigende Bevölkerung. Die Steuer ist abwälzbar. Die Durchfuhr von Kohle ist steuerfrei. Für Kohle, die aus dem Ausland und den abgetretenen Gebieten eingeführt ist, gelten Besonderheiten.

Die Kohlensteuer ist ausschließlich Reichsteuer. Einzelstaaten und Gemeinden dürfen sie nicht erheben. Die Erhöhung ist am 1. April 1922 in Kraft getreten.

LEUCHTMITTELSTEUER

Die Steuer beträgt:

A) Für elektrische Glühlampen und Brenner zu solchen je Stück

	a) Kohlenfadenlampen	b) andere Glühlamp.
1. bis zu 15 Watt	20 Pfg.	40 Pfg.
2. über 15 bis 25 Watt	40 "	80 "
3. bis 60 Watt	80 "	160 "
4. bis 100 Watt	120 "	240 "
5. bis 200 Watt	200 "	400 "
6. für solche von höherem Verbrauch je 1 M, bzw. 1,60 M mehr für jede weitere angefangene 100 Watt.		

B) Für Glühkörper zu Gasglühlicht und ähnlichen Lampen: 40 Pfg. für das Stück.

C) Für Brennstifte zu elektrischen Bogenlampen:

1. aus Reinkohle 2,40 M für das Kilogramm;
2. aus Kohle mit Leuchtzusätzen und für alle übrigen Brennstifte 4 M für das Kilogramm.

D) Für Brenner zu Quecksilberdampf- und ähnlichen Lampen: bis 100 Watt 4 M für das Stück;

für solche von höherem Verbrauch je 4 M mehr für jede weitere angefangene 100 Watt.

Die Erhöhung ist am 1. Mai 1922 in Kraft getreten.

ZÜNDWARENSTEUER

Bis zum Inkrafttreten eines Herstellermonopols unterliegen Zündwaren (Zündhölzer, Zündkerzen, Feuerzeuge, Zündsteine und -schienen) einer Steuer. Sie beträgt ab 1. Mai 1922:

1. für Zündhölzer:

a) in Schachteln von weniger als 30 Stück 4, von 30—50 Stück 6 Pfg. für jede Schachtel oder jedes Verhältnis;

b) in Schachteln von mehr als 60 Stück 6 Pfg. für 60 Stück oder einen Bruchteil;

2. für Zündkerzen:

a) in Schachteln mit 20 oder weniger Kerzen 20 Pfg. für jedes Verhältnis;

b) in größeren Packungen für je 20 Kerzen oder einen Bruchteil 20 Pfg.;

3. für Feuerzeuge:

a) mit Zündsteinen oder Schienen aus Zerreisen oder anderem Zündmetall zum Herstellerverkaufspreise bis zu 2 M 50 Pfg., von 2—5 M 1 M, von mehr als 5 M 3 M das Stück;

b) Platinselbstzünder für Gasglühlampen 50 Pfg.;

c) mit anderen Zündvorrichtungen 3 M das Stück (bei Feuerzeugen ganz oder teilweise aus Edelmetall 10% Zuschlag);

4. für Zündsteine oder Zündschienen aus Zerreisen oder anderem Zündmetall, insoweit sie nicht in Verbindung mit einem Feuerzeug gebracht sind, 10 Pfg. für jedes Stamm oder einen Bruchteil.

Inländische Zündwaren hat der Hersteller, ausländische der Einbringer zu versteuern. Die Steuer ist fällig, sobald die Zündwaren in den freien Verkehr übergehen. Für ausländische Zündwaren ist die Steuer neben dem Zoll zu entrichten.

Zündwaren, die unter Steueraufsicht ausgeführt oder vernichtet werden, bleiben steuerfrei. Zündhölzer und Kerzen dürfen nur verpackt aus den Herstellungsräumen, den Steuerlagern oder dem Ausland in den freien Verkehr gebracht werden. Feuerzeuge dürfen in den Verkehr nur dann gebracht werden, wenn sie mit einer vorgeschriebenen Bezeichnung versehen sind. Die Packungen und Schachteln müssen Namen und Wohnort des Herstellers oder eine Marke, die die Angabe des Herstellers vertritt, tragen.

Wer Zündwaren herstellen will, hat dies der Steuerbehörde schriftlich anzuzeigen unter Beschreibung der Betriebs- und Lagerräume sowie der sonstigen angrenzenden Räume. Innerhalb einer Woche ist Anzeige zu erstatten von jedem Besitzwechsel.

Die Zündwarenfabriken müssen so eingerichtet sein, daß eine ständige Bewachung und Abschließung dieser Räume möglich ist. Auch ist unausgelesene Ueberwachung durch Steuerbeamte vorgesehen.

Für die Hinterziehung sind Strafbestimmungen gegeben, der Rückfall ist besonders unter Strafe gestellt, auch kann bei einer Verurteilung der Gewerbebetrieb auf die Dauer bis zu 5 Jahren untersagt werden.

Erzeugnisse, die aus Gebietsteilen eingehen, die dem Zollgebiet angeschlossen sind, sind spätestens beim Eintritt in das Inland zu verzollen. Das Gesetz ist am 1. Oktober 1919 in Kraft getreten.

DIE BIERSTEUER

Das Bier wird als Fertigfabrikat versteuert. Früher besteuerte man die Rohstoffe. Für das Dünmbier bis 5,5% Stammwürzegehalt ist eine Ermäßigung der sonst in Aussicht genommenen Sätze um die Hälfte, für Schankbier (8 bis 9%) um $\frac{1}{4}$, eine Erhöhung dagegen für Starkbier (mit mehr als 13% Stammwürzegehalt) um die Hälfte vorgesehen. Die Steuer für gewöhnliches Bier beträgt für jedes Hektoliter der in einem Brauereibetrieb innerhalb des Rechnungsjahres hergestellten Biermenge: Von den ersten 2000 Hektolitern 41 M, von den folgenden 8000 Hektolitern 42 M, von den folgenden

10 000 Hektolitern	43 M
10 000 "	44 M
30 000 "	46 M
60 000 "	48 M
u. v. Reste	50 M

Das eingeführte Bier unterliegt dem Bierzoll. Dieser beträgt bei Bier in Behältnissen mit einem Raumgehalt von 15 Litern oder mehr 8 M, in anderen Behältnissen 12 M. Außerdem ist eine innere Abgabe für die Einfuhr in die norddeutsche Brausteuergemeinschaft zu entrichten. Sie beträgt bei Dünmbier 25 M, bei Schankbier 37,50 M, bei Vollbier 50 M, bei Starkbier 75 M. Das Nähere regelt eine besondere Steuerordnung für Einfuhrbier.

Für das Bier, das von Brauereien an ihre Angestellten und Arbeiter als Hausstrunk entgeltlich oder unentgeltlich abgegeben wird, wird Steuer nicht erhoben. Steuerfrei ist auch der Hausstrunk für im Betrieb tätige Inhaber kleiner Brauereien. Inhaber von Brauereien haben zur Sicherung der Steuereingänge ein Subbuch und ein Steuerbuch zu führen. In das Subbuch sind die einzelnen Einmischungen, Menge und Gattung der hierfür verwendeten Braustoffe, die Menge der daraus gewonnenen Bierwürze und deren Extraktgehalt, sowie die nach den Betriebsverhältnissen der Brauerei aus der Würzmenge sich berechnende Biermenge einzutragen. In das Steuerbuch sind die Mengen des steuerpflichtig gewordenen, in dessen von der Steuer befreiten Bieres zu verzeichnen.

Die Vermischung verschiedener Sorten und der Zusatz von Zucker durch Brauer, Händler und Wirte nach Eintritt der Steuerpflicht ist verboten. Dün- und Schankbier müssen für den Verbraucher kenntlich gemacht werden.

Die Biersteuer ist im Juni 1923 durch einen Beschluß des Reichstages auf das 350fache der bisherigen Sätze erhöht worden. Auch die Gemeinden können eine Biersteuer erheben.

Mineralwassersteuer.

In Kraft seit 1. 9. 1918, bezgl. der Erhöhung seit 1. Mai 22. Die Steuer beträgt bei Mineralwässern 10 Pfg., bei Limonaden 20 Pfg., bei konzentrierten Kunstlimonaden 2 M, bei Grundstoffen, die zu ihrer

Herstellung dienen, 40 M für das Liter, die auch für Auslandsware mit der Grenzüberschreitung neben dem Zolle zu zahlen ist. Der Abnehmer kann die Steuer auf die Ausschankpreise abwälzen.

DIE TABAKSTEUER

Von allen Tabakerzeugnissen, sowie von dem zum unmittelbaren Gebrauche durch den Raucher bestimmten Zigarettenpapier wird eine Steuer erhoben. Tabakähnliche Waren sind wie Tabakerzeugnisse zu versteuern.

Tabakerfakstoffe dürfen bei der Herstellung von Tabakerzeugnissen sowie tabakähnlichen Waren nur nach näherer Bestimmung des Finanzministers verwendet werden. Bei der Herstellung von Zigarren dürfen Tabakerfakstoffe nicht verwendet werden. Bei Erzeugnissen, die aus Tabakerfakstoffen allein, oder aus Tabak zusammen mit Erfakstoffen hergestellt sind, ist dies auf den Packungen erkennbar zu machen. Jede aus Tabakerfakstoffen hergestellte Zigarette hat den Aufdruck „Erfakstoff“ und jede aus Tabak und Erfakstoffen hergestellte Zigarette hat den Aufdruck „Mischware“ zu tragen.

Die Steuersätze sind aus dem Gesetz zu ersehen. Im folgenden geben wir noch einige die Allgemeinheit interessierende Bestimmungen des umfangreichen Gesetzes.

Der Finanzminister bestimmt für die Zeit bis zum 31. Dezember 1923 die Gesamtmenge der im Inlande hergestellten Zigaretten, die auf die einzelnen Betriebe verteilt wird; die darüber hinaus versteuerten Zigaretten aus inländischen Betrieben unterliegen, soweit die Mehrbesteuerung mehr als 25% beträgt, neben der Tabaksteuer einem besonderen Aufschlag (z. Bt. 50%).

Die Tabaksteuer wird bei den Tabakerzeugnissen nach dem Kleinverkaufspreise bemessen. Bei der Abgabe nach Gewicht ist das Eigengewicht maßgebend. Bei Zigarettenpapier wird sie nach der Zahl der aus ihm herstellbaren Zigarettenhüllen bemessen.

Die Steuer wird fällig mit dem Beginn der Herstellung; sie ist zu entrichten, sobald die verpackten Erzeugnisse aus den Herstellungsräumen

aus dem Tabaklager, aus dem Ausland oder aus dem Zollgewahrsam in den freien Verkehr kommen, und zwar durch Verwendung von Steuerzeichen.

Tabakerzeugnisse und Zigaretten jeder Art dürfen aus den Herstellungsräumen oder den Tabaksteuerlagern nur in vollständig verschlossenen Packungen in den freien Verkehr kommen. Die Verpackung gilt als Teil der Herstellung. Auf jeder Packung ist der Inhalt nach Art und Menge, bei Tabakerzeugnissen auch der Kleinverkaufspreis in Druckchrift anzugeben. Doch ist auch die Angabe der Preisgrenzen der zutreffenden Steuerklasse gestattet. Bei Tabakerzeugnissen, die nach den höchsten Steuersätzen versteuert werden, kann die Preisangabe unterbleiben.

Wer mit unbearbeiteten oder bearbeiteten Tabakblättern, Rippen, Stengeln und Abfällen von Tabak, sowie mit Tabakerzeugnissen jeder Art und tabakähnlichen Waren Handel treiben oder solche Waren gewerbsmäßig herstellen oder sich mit der Verpackung befassen will, hat dies spätestens zwei Wochen vor Eröffnung des Betriebes schriftlich seiner Steuerbehörde anzumelden. Wer Tabak für eigene Rechnung pflanzt, hat der Steuerbehörde des Bezirks bis zum Ablauf des 15. Juli die mit Tabak bepflanzten Grundstücke einzeln nach Lage und Größe schriftlich anzuzeigen.

Von Kleinhändlern dürfen Tabakerzeugnisse nur in vorchriftsmäßiger Verpackung und mit dem zutreffenden Steuerzeichen versehen in ihre Verkaufsräume gebracht werden. Im Kleinhandel dürfen Tabakerzeugnisse nur zu dem Kleinverkaufspreis abgegeben werden, der aus dem Steuerzeichen ersichtlich ist. Wer zu höherem Preise abgeben will, hat ein Zuschlagsteuerzeichen zu erlegen. Die Packungen und die angebrachten Steuerzeichen sind beim Kleinverkauf so lange unverletzt zu erhalten, bis die Packungen verkauft oder für den Einzelverkauf geöffnet werden. Geöffnete, ganz oder teilweise entleerte Packungen dürfen mit Tabakerzeugnissen nicht nachgefüllt werden.

Tabakpflanzer, Tabakverarbeiter sowie Groß- und Kleinhändler mit Tabakerzeugnissen und Zigaretten unterliegen der Steueraufsicht durch Steuerbeamte, die die Grundstücke und Räume

betreten dürfen, solange darin gearbeitet wird (im Zweifel 6-9, bei Verdacht der Steuerhinterziehung auch zu anderen Zeiten).

Auszüge aus dem Tabaksteuergesetz und seinen Ausführungsbestimmungen sind auf Verlangen der Steuerbehörde in allen in Frage kommenden Räumen auszuhängen. Den Steuerbeamten ist unentgeltlich auf Verlangen Hilfe zu leisten.

Die Tabaksteuerhinterziehung und ihr Versuch wird unter Strafe gestellt, insbesondere die Nichtanmeldung und der Beginn der Herstellung vor der Betriebsanzeige. Wer unversteuerte Tabakerzeugnisse ankauft oder sonst an sich bringt, macht sich der Steuerhinterziehung schuldig; der Rückfall ist mit höherer Strafe bedroht, auch kann dem Verurteilten von dem Landesfinanzministerium auf die Dauer bis zu 5 Jahren der Gewerbebetrieb untersagt werden.

Auch die Fälschung von Steuerzeichen ist unter Strafe gestellt.

Für die Dauer der Geltung des Gesetzes über die Zahlung der Zölle in Gold ermäßigen sich die Steuersätze für Zigarren, Pfeifentabak, Rahtabak und Schnupftabak um 50%, für Zigaretten und feingeschnittenen Rahtabak um 20%, solange das Aufgeld 300% und mehr beträgt. Tritt das Goldzahlungsgesetz außer Kraft, so sind die Ermäßigungen so lange weiter zu gewähren, als bei weiterer Geltung des Gesetzes ein Aufgeld in der oben angegebenen Höhe festzusetzen wäre. Die Ermäßigungen sind jedoch entsprechend der aus dem Fortfall der Goldzahlungen entstehenden Ersparnis an Herstellungskosten abzumindern.

Die erhöhten Sätze sind am 1. Juli 1922 in Kraft getreten.

DIE ZUCKERSTEUER

Inländischer Rübenzucker muß mit 50 M für 100 Kilo Reingewicht versteuert werden. Zuckerablauf, Rübensäfte und andere Zuckerslösungen, sowie Stärkezucker können einen ermäßigten Satz erhalten. Steuerfrei können gelassen werden Haushaltsmischungen zum eigenen Gebrauch des Erzeugers und Erzeugnisse aus inländischem Rübenzucker, die ausgeführt werden sollen, sowie Viehfutterartikel. Dieser Zucker muß zum menschlichen Genuß und brauchbar gemacht sein. Zucker, der unter

Steuerkontrolle ausgeführt wird, ist frei. Nicht dagegen Zucker, der aus dem freien Verkehr ausgeführt wird. Die Fabriken müssen durch sichernde bauliche Einrichtungen und Anzeigen und besondere Aufbewahrungsräume für Zucker leicht kontrollierbar sein. Die Strafen sind durch das neue Abänderungsgesetz durchschnittlich verzehnfacht worden. Ein besonderer Teil des alten Gesetzes sah Zuschläge zur Zuckersteuer vor, sie wurden jedoch Anfang 1903 aufgehoben. Im Kriege wurde dann die Kontingentierung wieder eingeführt, die erst am 1. Oktober 1921 mit der freien Wirtschaft verschwand. Die Erhöhung der Steuer ist am 1. Mai 1922 in Kraft getreten. An diesem Tage außerhalb der Fabrik befindlicher Zucker von mehr als 100 Kilogramm unterlag einer Nachsteuer. Auslandszucker unterliegt bei der Einfuhr neben dem Zoll der inländischen Steuer.

Es sei ausdrücklich nochmals darauf hingewiesen, daß die Steuergesetze hier nur in den allgemein interessierenden Einzelheiten gegeben werden konnten. Wer mit einer bestimmten Steuer beruflich zu tun hat, kauft sich immer am besten das betreffende Gesetz in einer Ausgabe mit Erläuterungen. Ohne daß näher darauf eingegangen werden soll, seien noch die Versicherungssteuer, die Lotterie- und Rennwettensteuer, die Weinsteuer und die Spielkartensteuer genannt. Auch der

Verkehrssteuer

soll noch kurz gedacht werden. Durch sie ist der Güterverkehr neben dem Frachtturkundenstempel mit 7% belastet. Beim Personenverkehr tritt eine Abgabe von den Preisen der Fahrkarten für Schienenbahnen und Wasserstraßen ein (bei den letzteren sind Ausnahmen zulässig). Die Steuer beträgt nach den Wagenklassen gestaffelt: 1. Klasse = 16%, 2. Klasse = 14%, 3. Klasse = 12% und 4. Klasse = 10%.

Z · Ö · L · L · E

Die Zölle gehören zu den indirekten Steuern, da sie nicht sichtlich in Erscheinung treten, sondern in den Preis der Ware einkalkuliert sind. Der Staat erhebt die Zölle beim Überschreiten seiner Grenzen. Sie sind, da sie meist Dinge des Massenverbrauchs treffen, große Einnahme-

quellen. Entstanden sind die Zölle aus Gebühren, aus Straßen-, Brücken- und Marktgeldern, die an sich ihre Berechtigung verloren hatten, sobald die betreffenden Anlagen, deren Kosten sie ersetzen sollten, amortisiert waren. In früheren Zeiten, als jede Gemeinde ihr Zollrecht hatte, wurden sie oft zu Hemmnissen des Verkehrs. Erst spät gingen die Länder daran, sie durch Grenzzölle zu ersetzen. In Preußen machte z. B. 1818 der Grenzzolltarif 67 Binnenzolltarifen ein Ende. Der deutsche Zollverein beseitigte dann 1834 alle Zölle innerhalb der Grenzen seines Gebietes.

Man muß unterscheiden zwischen Finanzzöllen und Schutzzöllen. Finanzzölle werden lediglich im fiskalischen Interesse erhoben, um dem Staate Einnahmen zu bringen. Schutzzölle dagegen haben den Zweck, Produkte des Auslandes bei der Einfuhr zum Schutze der heimischen Produktion so zu verteuern, daß sie nicht mehr konkurrenzfähig sind oder doch wenigstens den heimischen Erzeugnissen einen angemessenen Preis sichern. Ihre Durchführung ist aber gleich trotz der verschiedenen Zwecke. Die Zölle können sowohl die Einfuhr wie die Ausfuhr belasten.

Die Zölle werden entweder nach dem Wert der Waren, die die Grenze überschreiten, oder in festen Sätzen nach Gewicht, Hohl- oder Flächenmaß, Stückzahl usw. erhoben. Die erstere Art der Erhebung ist die gerechtere, da sie sich den Preisschwankungen und der Leistungsfähigkeit anpaßt. Schwierig wird sie durch die Vieldeutigkeit des Begriffes „Wert“. Der stetig schwankende Zollbetrag erschwert dem Fabrikanten und dem Händler die Kalkulation. Aber auch die Einnahmen des Staates werden dadurch unsicher und ungleichmäßig. Bei sinkendem Wert der Ware sinkt der Zoll und erleichtert der ausländischen Konkurrenz die Einfuhr gerade zu Zeiten, wo sie gefährlich ist. Bei steigenden Preisen hemmt diese Art der Zollerhebung die Einfuhr, die dann gerade erwünscht wäre. Die immer beliebter werdenden festen Zölle haben den Nachteil, daß bei sinkenden Preisen die Zollsätze relativ zu hoch sind und umgekehrt.

Die Zölle sind in Zoll-Tarifen nach Warenart, Zolleinheit und Zollsatz zusammengestellt. Der deutsche Zolltarif ist in der Hauptsache systematisch, d. h. nach Produktionszweigen

geordnet. Ein Zolltarif enthält meist auch Sätze, unter die beim Abschluß eines Handelsvertrages nicht gegangen werden darf. Bei uns werden auf diese Weise Agrar-Produkte geschützt: Getreide, Mehl, Vieh und tierische Erzeugnisse. Mit Kriegsbeginn sind aber diese Zölle, ebenso wie die für Mineralöle aufgehoben worden.

Das Goldzollaufgeld.

Jede Woche wird der aufmerksame Zeitungsleser eine Notiz finden, in der gesagt wird, das Goldzollaufgeld beträgt in der künftigen Woche — sagen wir einmal: 112 000 %. Den meisten wird diese Notiz unverständlich sein und mancher wird denken, was kümmert das mich. Wenn aber die Preise für Kaffee und Tee in die Höhe schnellen und die Lieblings-Zigarre nicht mehr erschwinglich ist, dann hat auch von seinem Geldbeutel die mysteriöse Zahl ihren Tribut genommen.

Wie kam nun das Reich auf die Erhebung des Zolles in Gold? Schon nach dem Kriege war die deutsche Währung beträchtlich entwertet, und die alten Zollsätze standen nicht mehr im richtigen Verhältnis zum Werte der verzollten Waren. Hatte vor dem Kriege z. B. ein Doppelzentner Kaffee 200 M gekostet und der Zoll war 60 M, so hatte der Zoll 30% des Warenwertes ausgemacht. Nach dem Kriege kostete die gleiche Menge das 10fache, der Zoll mußte aber zunächst der gleiche bleiben, da Artikel 269 des Friedensvertrages eine Erhöhung der Zollsätze für einen bestimmten Zeitraum verbietet. Da für eine ganze Menge von Waren diese Beschränkung für 3 Jahre bestimmt war, so hatte das Reich kein anderes Mittel seine Zollsätze dem Warenwerte anzupassen, als daß es die Zahlung des Zolles in Gold verlangte. Da man im allgemeinen kein Gold mehr besitzt, so nimmt das Reich natürlich auch Papiergeld in Zahlung. Es berechnet dann aber einen Aufschlag, der dem augenblicklichen Verhältnis zwischen Goldmark und Papiermark entspricht. Das ist der Goldzollaufschlag. Das Gesetz ist am 1. August 1919 in Kraft getreten. Am besten macht ein Beispiel die Berechnung klar. Am 1. November 1920 betrug das Goldaufgeld 520 %. Der Zollsatz für einen Doppelzentner Kaffee war 160 M. Der Zoll setzte sich also zusammen aus $160 + 832 = 992$ M, so daß auf ein Pfund Kaffee 4,96 M Zoll ent-

fiel. Ganz anders liegt es bei der Goldentwertung unserer Tage. Am 7. Juli 1923 war der Zoll für einen Doppelzentner Kaffee immer noch 160 M, der Goldaufschlag dagegen 3 181 900 %. Das ergibt einen Aufschlag in Höhe von $4 980 040 \text{ M} + 160 \text{ M} = 4 980 200 \text{ M}$. Auf 1 Pfund Kaffee (Rohkaffee) liegt also jetzt ein Zoll von 24 901 M.

Das Gesetz konnte zunächst nicht voll in Wirksamkeit treten, da die Entente an der gesamten Westgrenze die Erhebung des Aufgeldes nicht gestattete. Hamburg, Bremen und andere Handels-Eingangspforten, die das Aufgeld zahlen mußten, litten darunter natürlich ungemein. Die Zustände wurden so unerträglich, daß sich die Reichsregierung dazu entschloß, den Aufschlag für die Zeit vom 11. bis 31. Dezember 1919 aufzuheben. Jetzt endlich, da sie dem Schuldner große Einnahmen entgegen sah, gab die Entente nach und erlaubte durch zwei Noten vom 22. und 23. Dezember 1919 die Erhebung der Zölle in Goldmark, die nun seit dem 1. Januar 1920 so erfolgt. Die deutsche Regierung ist dabei an die Entwertung der Mark im Verhältnis zum Dollar gebunden. Der in der letzten Zeit ständig wechselnde Zollsatz erschwerte natürlich dem realen Handel die Kalkulation sehr. Der Spekulation, die sich ja jetzt auf allen Gebieten betätigt, sind dafür diese Schwankungen natürlich sehr erwünscht. Trotz dieser Schattenseiten war die Durchführung des gleitenden Zollsatzes notwendig, wenn die Reichsfinanzen nicht allzu sehr geschädigt werden sollten.

Bei dieser Gelegenheit darf vielleicht erwähnt werden, daß eine Reihe von Zollsätzen jetzt, wo es möglich wurde, bedeutend erhöht worden ist. Es beträgt z. B. jetzt der Zollsatz in Mark für den Doppelzentner bei Bananen 10, getrocknet 5 M; Kaffee 160, gebrannt 300 M; Datteln 60 M; Kakaobohnen 35, gebrannt 60, geschält 150 M; Kakaochalen 40 M; Schokolade 200 M; Tee 350 M; Austern 200 M; Flusstrebe 200 und 270 M; Hummern 200 M.

Erhöht ist ferner der Zoll für Zuckerwerk, verschiedene Toiletteartikel und eine weitere Reihe von Luxusgegenständen. Für Sprechmaschinen ist der Satz verdoppelt. Für Bananen zu Industriezwecken kommt eine Ermäßigung in Frage.

Goldzölle hat es auch früher schon, allerdings nur vereinzelt gegeben. Rußland führte 1877 die Zahlung der Zölle in Gold durch und erzielte damit eine Erhöhung seiner Zolleinnahmen um 30%. Auch China führte, wie Rußland wegen der Entwertung des Silbers auf Wunsch seiner Anleihe-Gläubiger die Zahlung der Zölle in Gold ein.

MONOPOLE

Unter einem Monopol verstehen wir die Zusammenfassung des Angebots einer Ware in einer Hand. Man muß unterscheiden zwischen Erzeugungs-Monopolen, Handels-Monopolen und Konsumenten-Monopolen. Der Begriff des Monopols schließt die Konkurrenz aus. So besteht die Möglichkeit, außerordentlich große Gewinne zu erzielen, die für gewöhnlich der Produzent und der Händler nicht hat, der, um nicht unterboten und ausgeschaltet zu werden, zu den Erzeugungskosten bzw. zum Einkauf und den üblichen Gewinn verkaufen muß. Aber bis zu einem gewissen Grade steht auch der Monopol-Inhaber unter den wirtschaftlichen Gesetzen. Einmal begrenzt die Leistungsfähigkeit seiner Abnehmer seine Preise nach oben und dann gibt es nur selten Monopole für die ganze Welt, sondern nur für bestimmte Wirtschaftsgebiete. Der Monopolpreis wird also nie so hoch steigen können, daß es der Konkurrenz aus fremden Wirtschaftsgebieten möglich ist, die Preise zu unterbieten. Dazu kommt, daß in den seltensten Fällen die Befriedigung eines Bedürfnisses nur mit einem Gute möglich ist. Wir haben es ja im Kriege gesehen, wie der hohe Preis eines Bedarfsgegenstandes ein Aufblühen der Industrie zur Folge hat, die einen „Ersatz“ herstellte. Nach Ansicht der Volkswirtschaftler der klassischen Schule überwiegen bei den Monopolen die Nachteile. Meist werden die Bedürfnisse der Allgemeinheit durch Monopol-Ware schlecht befriedigt. Der konkurrenzlose Gewinn tötet allmählich alle Unternehmer-Initiative. Das hohe Einkommen kommt nicht durch stetige Verbesserung und Erweiterung des technischen Betriebes der Volkswirtschaft wieder zugute. Da es nicht notwendig ist, ständig an die Verminderung der Betriebskosten zu denken, leidet die wirtschaftliche Intensität. Aber auch

Vorteile sind unstreitig vorhanden. Die Konkurrenzkämpfe haben oft Raubbau zur Folge, da die im Wettbewerb stehenden Unternehmen natürlich danach trachten, eine möglichst hohe Produktion für einen möglichst hohen Absatz zu erzielen. Wo der in freier Konkurrenz Stehende oft nicht rationell arbeiten kann, wird der Leiter eines Monopols viel ruhiger und systematischer disponieren können. Auch das Zügeln der Produktion kann seine Vorteile haben. Das Monopol kann durch richtige Verteilung viel Transportkosten sparen. Bei einzelnen Zweigen, so z. B. bei der Zigaretten- und Schokoladen-Industrie würden außerdem die Umsatzen, die eine großzügige Reklame kostet, dem Unternehmen zugute kommen. Ein Monopol kann auch für die technische Entwicklung sehr nützlich sein, wenn tüchtige, sachkundige Männer seine Leitung haben. Ein Musterbetrieb war früher das österreichische Tabakmonopol, das qualitativ gute Ware zu angemessenem Preise lieferte und dabei reiche Gewinne abwarf. Man hatte dabei den Vorteil, im kleinsten Dorf dieselbe Zigarre, dieselbe Zigarette zu dem gleichen Preise zu bekommen wie in einer Wiener Trafik.

Wenn man von Staatsmonopolen spricht, dann denkt man meist nicht an die großen Verkehrsmonopole des Staates (Eisenbahn, Post, Telegraphie und Telephonie), sondern an die Monopole, die eine ergiebige Steuerquelle sein sollen. Bei den Verkehrsmonopolen ist der Ueberschuß, das weiß ja ein jeder heutzutage, nicht immer sicher. Die ständigen Tarifierhöhungen bei der Post und der Eisenbahn vermögen ja nicht einmal die Riesendefizite auch nur annähernd zu decken. Die Ansicht über den fiskalischen Wert der Monopole hat übrigens sehr gewechselt. Bismarck war aus politischen Gründen, die wir schon angeführt haben, ein Freund von Monopolen. Aber er konnte weder 1882 für das Tabak-Monopol noch 1886 für das Branntwein-Monopol eine Mehrheit im Reichstage finden. Auch 1909 gelang es nicht die Zustimmung des Reichstages für das Branntwein-Zwischenhandelsmonopol zu bekommen. Im Kriege sahen dann viele in dem Monopol das Allheilmittel für die schlechten Reichsfinanzen, und die Verfechter dieser Idee fanden zahllose Anhänger. Man empfahl jetzt nicht nur Monopole für Tabak und

Branntwein, sondern auch für Kohle, Petroleum, Stickstoff, elektrische Kraft, Getreide und das Versicherungswesen.

Im neuen Deutschland waren die Bedingungen für die Monopole sehr schlecht. Einmal waren die Zeiten für die Umstellung, die großen Entschädigungssummen bedingt, nicht günstig, und dann hätten die neuen Unternehmungen schwer unter den Schwierigkeiten der rückwärtigen Lohn- und Preis-Bewegungen zu leiden gehabt. Es ist darum gut, daß sich der Ausbau der Monopole noch verzögert hat. Praktisch geworden ist bisher nur das Branntwein-Monopol. Als Beispiel eines Monopol-Gesetzes soll das den Branntwein erfassende in seinen (mehrfach schon abgeänderten) Hauptbestimmungen hier Platz finden.

Das Branntwein-Monopol-Gesetz.

Es handelt sich hier um kein Voll-Monopol. Auch nicht um ein Erzeugungs-Monopol, sondern um ein auf den Großhandel und die Reinigung und Vergällung beschränktes Zwischenhandels-Monopol. Daneben ist es ein durch Ausnahmen beschränktes Einfuhr-Monopol. Der im Deutschen Reich mit Ausnahme der Zoll-Ausschlüsse unter amtlicher Ueberwachung hergestellte Branntwein ist in der Regel unter Ausschluß der Rechte Dritter aus der Brennerei zum Branntwein-Uebernahmepreise an das Reich abzuliefern. Die Verarbeitung zu Trinkbranntwein und der Handel hiermit wird in der Regel ausschließlich von der Reichs-Monopol-Verwaltung für Reichsrechnung betrieben. Sie führt in der Regel auch allein zollfrei Branntwein, mit Ausnahme von Rum, Arrak, Kognak und Likören, aus dem Auslande ein. Bei der schwierigen Lage der Volksernährung wird den landwirtschaftlichen und Getreidebrennereien vorläufig gestattet, an Stelle von Kartoffeln und Getreide Erbsen, insbesondere Rüben und Melasse zu verarbeiten, ohne daß sie dadurch Nachteile in Bezug auf das Brennrecht und die Brennereiklasse erleiden. Die Brennereien sind gegen heimliche Entnahme von Branntwein zu sichern. Gegen Entrichtung eines Aufschlages (Freigeld) braucht Obst- und Kornbranntwein nicht abgeliefert zu werden. Für Trinkbranntwein, der nicht von der Monopol-Verwaltung hergestellt wird, hat der Erzeuger außer dem Preise für den Spirit noch

entweder den Branntwein-Aufschlag oder den Monopol-Ausgleich zu zahlen. Dieser Branntwein darf nur unter Angabe des Weingeistgehaltes und des Ortes und der Firma des Herstellers in den Handel gebracht werden. Die Brennereien zerfallen einmal in Monopol- und eigene Brennereien, letztere wieder in landwirtschaftliche, Obst- und gewerbliche Brennereien.

Der den Brennereien zugewiesene Durchschnittsbrand bildet ihr Brennrecht (Kontingent). Daneben gilt bei Obstbesitzern (Einzelpersonen oder Gemeinden und Genossenschaften) der Branntwein als im Brennrecht erzeugt, der aus eigenen Stoffen hergestellt wird. Bei Brennereien, die Branntwein aus Stoffen herstellen, aus denen er vor 1914 gewerblich nicht gewonnen wurde (in der Regel der Monopolverwaltung vorbehalten), finden die Vorschriften über das Brennrecht keine Anwendung. Es kann unter bestimmten Voraussetzungen verloren gehen und anderweitig festgesetzt werden.

Hinsichtlich der vom Reich für den übernommenen Branntwein zu zahlenden Preise sind Grundpreise, Abzüge nach Art der Rohstoffe und des Verfahrens, sowie allgemeine und besondere Betriebsabzüge, endlich auch Zuschläge vorgesehen. Je nach Stärke und Reinheit des Branntweins kommen Erhöhungen und Minderungen des Uebernahmepreises in Frage. Für den Ueberbrand (Erzeugung über die Menge des Brennrechts hinaus) wird der Grundpreis ebenfalls herabgesetzt.

Die Rein-Einnahme auf den Hektoliter Weingeist für Branntwein ist auf mindestens 4000 M bemessen. Außerdem sind beim Weiterverkauf zu decken und in den Verkaufspreis einzukalkulieren Beiträge zur Bekämpfung

der Trunksucht, zur wissenschaftlichen Förderung des Kartoffelbaues, zur Verbilligung alkoholischer Heilmittel, zur Verbilligung des Branntweins für öffentliche Zwecke, Verwaltungskosten und Beiträge zu einem Unterstützungsfonds für Arbeiter und Angestellte der Branntweinindustrie. Der Absatz erfolgt nur an Wiederverkäufer. Handel und Herstellung des Trinkbranntweins ist genehmigungspflichtig. Aus den Bestimmungen über das Strafverfahren interessiert als Abweichung vom üblichen Verfahren, daß eingehende Gelbbeträge zuerst auf die Monopol-Einnahme, nicht aber, wie sonst, auf die Strafe anzurechnen sind. Verboten ist insbesondere die Verwendung von Methylalkohol zu allen Gegenständen, die irgendwie mit dem menschlichen Körper in Berührung kommen sollen. Für Streitigkeiten zwischen den Beteiligten und der Reichsmonopolverwaltung ist das Reichswirtschaftsgericht zuständig.

Die Länder, die bisher Branntweinabgaben erhoben haben, dürfen sie noch 5 Jahre lang erheben. Die Befugnis der Gemeinden, solche zu erheben, wird noch besonders geregelt. Aus Billigkeitsgründen können Ausnahmen von den Bestimmungen dieses Gesetzes gewährt werden.

Das Gesetz tritt im wesentlichen am 1. Okt. 1922 in Kraft.

Die übrigen in Aussicht genommenen staatlichen Monopole (Tabakmonopol, Getreidehandelsmonopol, Kohlenhandelsmonopol, Stickstoffmonopol, Kalimonopol, Versicherungsmonopol u. a. m.) sind noch im Stadium theoretischer Erörterungen. An ihre praktische Durchführung ist im Augenblick noch nicht zu denken.

DIE ZWANGSANLEIHE

Am 18. Juli 1922 hat der Reichstag das Gesetz über die Zwangsanleihe beschlossen. Bei der heutigen Geldentwertung fallen fast alle Kaufleute, Gewerbetreibende und Landwirte unter dieses Gesetz, das für alle eine starke Belastung bedeutet. Wir geben darum die wesentlichsten Teile dieses einschneidenden Gesetzes im folgenden im Wortlaut wieder. Sein erster Paragraph lautet:

Vom Reich wird eine Zwangsanleihe in Höhe von 70 Milliarden Mark nach den Vorschriften dieses Gesetzes aufgelegt.

Zeichnungspreis, Verzinsung, Tilgung.

§ 2. Der Zeichnungspreis der Zwangsanleihe beträgt: 94 v. H. des Nennwerts für die im Juli 1922, 96 v. H. für die im August, 98 v. H. für die im September, 100 v. H. für die im Oktober und November, 101 v. H. für die im Dezember 1922, 102 v. H. für die im

Januar 1923, 104 v. H. für die im Februar 1923, 106 v. H. für die vom März 1923 ab gezeichnete Zwangsanleihe.

§ 3. Ueber die Zwangsanleihe werden Schuldverschreibungen auf den Inhaber ausgegeben. Eintragungen in das Reichsschuldbuch sind ausgeschlossen.

§ 4. Die Zwangsanleihe ist bis zum 31. Oktober 1925 unverzinslich und wird vom 1. November 1925 an bis zum 31. Oktober 1930 in Höhe von 4 v. H. und vom 1. November 1930 an in Höhe von 5 v. H. des Nennwerts jährlich verzinst. Die Zinsen werden halbjährlich am 1. Mai und am 1. November, erstmals am 1. Mai 1926, fällig.

§ 5. Die Zwangsanleihe wird vom 1. November 1925 an durch Rückkauf zum Börsenkurs oder durch Auslosung zum Nennwert getilgt. Zur Tilgung der Anleihe ist jährlich mindestens $\frac{1}{2}$ v. H. vom Nennwert des ursprünglichen Betrags der Zwangsanleihe zuzüglich der durch die Tilgung ersparten Zinsen zu verwenden. Die zu diesem Zwecke erforderlichen Mittel sind in den Reichshaushaltspläne einzusetzen.

Zeichnungspflichtige Personen.

§ 6. Alle natürlichen und juristischen Personen, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die am 1. Januar 1923 vermögenssteuerpflichtig sind (§§ 2 bis 5 des Vermögenssteuergesetzes vom 8. April 1922, RGBl. S. 335), haben nach den Vorschriften dieses Gesetzes Zwangsanleihe zu zeichnen. Ausgenommen von der Zeichnungspflicht sind die nach dem Hypothekendarlehenbankgesetz vom 13. Juli 1899 (RGBl. S. 375) der Staatsaufsicht unterliegenden Hypothekendarlehenbanken. Diejenigen Hypothekendarlehenbanken, die Geschäfte in weiterem als dem in § 5 des Hypothekendarlehenbankgesetzes bezeichneten Umfange betreiben (gemischte Hypothekendarlehenbanken), sind jedoch nach näherer Bestimmung des Reichsministers der Finanzen für denjenigen Teil ihres Vermögens zeichnungspflichtig, der nicht dem Hypothekendarlehenbankbetriebe gewidmet ist. Sind Zeichnungspflichtige, die im § 2 Abs. 1 Ziffer 3 und 4 des Vermögenssteuergesetzes bezeichnet sind, mindestens zu einem Fünftel am Vermögen eines anderen, unter die gleiche Vorschrift fallenden Pflichtigen beteiligt, so unterliegt der Wert dieser Beteiligung nicht der Zeichnungspflicht.

Umfang der Zeichnungspflicht.

§ 7. Der Betrag der Zwangsanleihe, der auf den einzelnen Zeichnungspflichtigen (§ 6) entfällt, bemisst sich nach dem Vermögen, das bei der ersten Veranlagung zur Vermögenssteuer nach den Vorschriften des Vermögenssteuergesetzes festgestellt ist.

§ 8. Die Zeichnungspflicht besteht nicht, wenn das Vermögen (§ 7) den Betrag von 100 000 M nicht übersteigt. Die im Abs. 1 bezeichnete Freigrenze erhöht sich 1. auf 300 000 M, wenn das Vermögen hauptsächlich aus Vermögen im Sinne des § 9 des Vermögenssteuergesetzes besteht, und wenn das der Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921 zugrunde liegende Gesamteinkommen 40 000 M nicht übersteigt; 2. auf 1 Million Mark, wenn das Vermögen hauptsächlich aus Vermögen im Sinne des § 9 des Vermögenssteuergesetzes besteht und wenn das der Einkommensteuer für 1921 zugrunde liegende Einkommen sich vorwiegend aus Erträgen dieses Vermögens zusammensetzt, und 60 000 M nicht übersteigt; dies gilt nur für Personen, die entweder über 60 Jahre alt, oder erwerbsunfähig oder nicht nur vorübergehend behindert sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten. Ist die Einkommensteuerpflicht erst in 1922 begründet worden, oder hat sich das Einkommen des Jahres 1922 gegenüber dem Einkommen des Jahres 1921, infolge eines dem Erbschaftsteuergesetz vom 10. 9. 1919 (RGBl. S. 1545) unterliegenden Vermögenserwerbes, erhöht, so bestimmt der Reichsminister der Finanzen, welches Einkommen zugrunde zu legen ist.

Würde einem Zeichnungspflichtigen, dessen Vermögen oder Einkommen die im Abs. 1, 2 berechnete Freigrenzen übersteigt, nach Abzug des zu zeichnenden Betrages ein geringeres Vermögen verbleiben, als wenn sein Vermögen oder Einkommen diese Freigrenzen nicht überschritten hätte, so ist Zwangsanleihe nur insoweit zu zeichnen, als sie aus der Hälfte des Betrages gedeckt werden kann, um den die Freigrenzen das Vermögen oder Einkommen oder beide Freigrenzen überschritt. Die im Abs. 1, 2 bezeichneten Freigrenzen gelten nicht für Zeichnungspflichtige, die nach § 3 des Vermögenssteuergesetzes beschränkt steuerpflichtig sind (beschränkt Zeichnungspflichtige).

9. Von natürlichen Personen ist auf die Zwangsanleihe zu zeichnen: von den ersten 100 000 M des Vermögens 1 v. H.; von den nächsten 150 000 M 2 v. H.; von den nächsten 250 000 M 4 v. H.; von den nächsten 250 000 M 6 v. H.; von den nächsten 250 000 M 8 v. H.; von den weiteren Beträgen des Vermögens 10 v. H. des Vermögens.

Von den übrigen Zeichnungspflichtigen ist auf die Zwangsanleihe die Hälfte der im Abs. 1 vorgeschriebenen Sätze zu zeichnen.

Gehören zum Haushalt des Zeichnungspflichtigen zwei oder mehr Kinder im Sinne des § 17 des Einkommensteuergesetzes, so ermäßigt sich die Zeichnungspflicht für jedes Kind, das nicht selbst Zwangsanleihe zu zeichnen verpflichtet ist, um ein Zwanzigstel der Zeichnungspflicht, sofern das zeichnungspflichtige Vermögen nicht mehr als drei Millionen Mark beträgt.

§ 10. Der Zwangsanleihebetrag wird, wenn er 50 000 M nicht übersteigt, auf volle Tausend nach unten, sonst auf volle Tausend nach oben abgerundet.

§ 11. Ist auf das Reichsnotopfer über den gemäß § 36 des Vermögenssteuergesetzes geschuldeten Betrag hinaus Zahlung geleistet, so ist der Mehrbetrag nebst den gemäß § 39 Vermögenssteuergesetzes darauf zu entrichtenden Zinsen auf Antrag auf die zu zeichnende Zwangsanleihe anzurechnen, und zwar, soweit die Entrichtung durch Hingabe von selbstgezeichneten, verzinslichen deutschen Kriegsanleihe erfolgt ist, in Höhe des Annahmewertes zum Reichsnotopfer, soweit die Entrichtung in bar oder durch Hingabe von unverzinslichen Schatzanweisungen (Schatzwechseln) erfolgt ist, unter Belassung der für bare Vorauszahlungen gewährten Vergütungen.

Vorauszeichnung.

§ 12. Jeder Zeichnungspflichtige kann vom 15. Juli 1922 ab bei einer Annahmestelle Zwangsanleihe zeichnen. Als gezeichnet im Sinne dieses Gesetzes gilt nur der Betrag, der mit der Zeichnung tatsächlich eingezahlt wird. Die näheren Bestimmungen der Zeichnung trifft der Reichsminister der Finanzen.

§ 13. Der Zeichnungspflichtige hat gleichzeitig mit der Abgabe der Vermögenssteuererklärung, spätestens aber bis 28. Februar 1923, zwei Drittel des gemäß §§ 9, 10 zu berechnenden Zwangsanleihebetrages bei einer Annahmestelle

im Voraus zu zeichnen. Der Vorauszeichnung ist das in der Vermögenssteuererklärung angegebene Vermögen zugrunde zu legen. Ist eine Vermögenssteuererklärung nicht abgegeben, so hat der Zeichnungspflichtige sein Vermögen nach dem für die erste Veranlagung zur Vermögenssteuer maßgebenden Stand (7) zu schätzen.

Endgültige Zeichnung.

§ 14. Gleichzeitig mit der ersten Veranlagung zur Vermögenssteuer setzt das Finanzamt den endgültig zu zeichnenden Zwangsanleihebetrag fest und erteilt dem Zeichnungspflichtigen einen schriftlichen Bescheid darüber, welchen Betrag er noch zu zeichnen oder zurückzuerhalten hat. Der Bescheid gilt als Steuerbescheid im Sinne der Reichsabgabenordnung.

§ 15. Der auf Grund des Bescheides (14) noch zu zeichnende Betrag ist binnen zwei Monaten nach Zustellung des Bescheides zu zeichnen.

§ 16. Übersteigt das für die endgültige Zeichnung zugrunde gelegte Vermögen (endgültiges Vermögen) das Vermögen, das sich aus der Vorauszeichnung ergibt (vorläufiges Vermögen) um mehr als ein Viertel, so erhöht sich die Zeichnungspflicht nach Maßgabe des Abs. 2.

Die Erhöhung beträgt, wenn das endgültige Vermögen nicht mehr als das eineinhalbfache des vorläufigen Vermögens beträgt: 20 v. H.; mehr als das $1\frac{1}{2}$ fache, aber nicht mehr als das 2fache 30 v. H.; mehr als das 2fache, aber nicht mehr als das 3fache 40 v. H.; mehr als das 3fache, aber nicht mehr als das 4fache 50 v. H.; bei mehr als das 4fache 60 v. H. des Unterschiedsbetrages zwischen dem vorausgezeichneten Zwangsanleihebetrag und zwei Dritteln des endgültig zu zeichnenden Zwangsanleihebetrages, wenn der Zeichnungspflichtige vorsätzlich oder fahrlässig das vorläufige Vermögen zu gering angegeben hat. Wer nichts vorausgezeichnet hat, unterliegt einer erhöhten Zeichnungspflicht nach dem erhöhten Hundertsatz des Satzes 1.

Von der erhöhten Zeichnungspflicht (Abs. 1) kann abgesehen werden, wenn Schätzungen des Vermögens mit ungewöhnlichen Schwierigkeiten verbunden sind und wenn der Zeichnungspflichtige mit der nach § 13 zu leistenden Vorauszahlung bei dem Finanzamt unter Darlegung des Sachverhalts beantragt, ihn von der erhöhten Zeichnungspflicht zu entbinden, falls infolge verschiedener Schätzung des Vermögens

bei der endgültigen Feststellung des Vermögens das endgültige das vorliegende Vermögen übersteigen sollte.

§ 17. Übersteigt der auf die Vorauszeichnung geleistete Betrag den endgültig zu zeichnenden Betrag, so ist dem Zeichnungspflichtigen ein zuviel eingezahlter Betrag nebst 5 v. H. Zinsen vom Tage der Einzahlung ab gegen Rückgabe eines entsprechenden Betrages in Schuldverschreibungen kosten- und stempelfrei zu erstatten.

§ 18. Diejenigen auf das Reichsnotopfer überzahlten Beträge, deren Anrechnung auf die zu zeichnende Zwangsanleihe der Zeichnungspflichtige gemäß § 11 beantragt, sind zunächst auf die nach § 13 zu leistenden Vorauszahlungen anzurechnen.

§ 19. Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, die Stellen zu bestimmen, die als Annahmestellen für die Zeichnung der Zwangsanleihe tätig zu sein haben, und den Annahmestellen eine Entschädigung für Aufwand und Zeitverlust zu gewähren.

§ 20. Die Zeichnung der Zwangsanleihe ist ganz oder teilweise gegen Sicherheitsleistung und Verzinsung zu stunden, wenn der Zeichnungspflichtige nachweist, daß ohne die Stundung seine wirtschaftliche Existenz gefährdet werden würde oder die Einstellung oder eine wesentliche Einschränkung des Betriebs erfolgen müßte. Gegen die Ablehnung des Stundungsgesuches steht die Beschwerde an das Landesfinanzamt offen. Es entscheidet endgültig. In besonderen Fällen kann von dem Verlangen nach Sicherheitsleistung abgesehen werden. Die Stundungsbewilligung wird zurückgenommen, wenn die Voraussetzungen hierfür weggefallen sind oder wenn eine nachträglich verlangte Sicherheit nicht geleistet wird.

Diese Vorschriften finden auf die Vorauszeichnung Anwendung. Sofern der Stundungsantrag bis 31. 1. 1923 gestellt wird, ist die Vorauszeichnung als rechtzeitig anzusehen, wenn sie innerhalb eines Monats nach Ablehnung des Antrags erfolgt.

§ 21. Zur Vermeidung von Härten kann der Reichsminister der Finanzen in Einzelfällen von der Verpflichtung zur Zeichnung der Zwangsanleihe, von der Verpflichtung zur Vorauszeichnung, von der erhöhten Zeichnungspflicht oder von allen diesen Verpflichtungen ganz oder teilweise entbinden. Die Befugnis

hierzu kann den Landesfinanzämtern übertragen werden. Das gleiche kann für bestimmte Gruppen von Fällen der Reichsminister der Finanzen mit Zustimmung des Reichsrats bestimmen.

§ 22. Die §§ 30, 31, 32 Vermögenssteuer finden auf die Vorauszeichnung (§§ 12, 13) und auf die endgültige Zeichnung (§ 14) entsprechende Anwendung.

Straf-, Uebergangs- und Schlußvorschriften.

Hinterziehungen werden mit Geld- und Gefängnisstrafen bedroht. Zusatz zu § 15 Vermögenssteuergesetz: Für die erste Veranlagung zur Vermögenssteuer sind Wertpapiere (abweichend von § 141 R.A.O.) mit der durch drei geteilten Summe der Kurse von Ende der ersten Hälfte der vorangegangenen drei letzten Jahre zu bewerten. Die näheren Bestimmungen trifft der Reichsminister der Finanzen nach Anhörung von Sachverständigen.

§ 25 bestimmt: Bei der Feststellung des Vermögens auf den 31. Dezember 1922 darf die Verpflichtung zur Zeichnung von Zwangsanleihe nicht berücksichtigt werden, soweit eine Vorauszeichnung bis 31. Dezember 1922 nicht stattgefunden hat. Hat jedoch eine Vorauszeichnung stattgefunden, so sind die Schuldverschreibungen der Zwangsanleihe oder der Anspruch auf diese mit dem Kurswert, höchstens mit 50 v. H. des Nennwertes zu bewerten.

§ 26. Soweit sich aus diesem Gesetz nichts anderes ergibt, finden auf die Zwangsanleihe und ihre Durchführung, insbesondere auf die Ermittlung, Festsetzung und Erhebung, auf die Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz sowie auf das Strafverfahren die Vorschriften der R.A.O. sinngemäße Anwendung. Nach § 27 sind Erträge über 70 Milliarden anteilig in Schuldverschreibungen zurückzugewähren; fehlende Beträge in Höhe von über 4 v. H. sind durch Zuschläge nachzuzeichnen. Das Gesamtergebnis der Zwangsanleihe ist lediglich zur Abdeckung von Verbindlichkeiten zu verwenden, die das Reich für Sachleistungen aus dem Versailler Vertrag und den auf Grund dieses Vertrages abgeschlossenen Übereinkommen zu zahlen hat.

Die Ausführungsbestimmungen sowie sonstige nähere Bestimmungen erläßt der Reichsminister der Finanzen mit Zustimmung des Reichsrats.

K O M M U N A L P O L I T I K

Kommunalpolitik ist die Politik der Kommunalverbände, die ja besonders wirksam bei der Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel im Kriege in die Erscheinung getreten sind. Die Kommunalverbände sind Gemeinwesen, die ein ganz bestimmtes Gebiet umfassen. Man hat sie darum auch sehr treffend als **Gebietskörperschaften** bezeichnet. Ein solches Gemeinwesen hat doppelte Aufgaben, da es einmal Verpflichtungen gegen die in ihm zusammengefaßte Bevölkerung hat, zum anderen aber auch dem Staate gegenüber wichtige Pflichten erfüllen muß. Die häufigste Form der Gebietskörperschaft ist die **Gemeinde**. Städtische und ländliche Gemeinden sind zwar nach ihrer Zusammensetzung und nach ihren Aufgaben recht verschieden. Aber vieles an ihren Aufgaben ist ihnen doch gemeinsam. Jedenfalls sind sie in vielen der Mittler und das Bindeglied zwischen dem Einzelnen und dem Staat.

Je größer die Siedlungen wurden und je enger die Menschen bei einander wohnten, desto mehr kam man dazu, Aufgaben, die sonst jeder einzelne hatte lösen müssen, auf die Gemeinden zu übertragen. Den Schutz des Lebens und des Eigentums, die Erziehung und Belehrung der Kinder, Hilfe gegen Feuers- und Wassernot, konnte ja ein Gemeinwesen viel leichter stellen als der Einzelne. Bei größeren Gemeinwesen betrießen begann man dann gemeinsam die Beschaffung von Wasser, von Gas und elektrischem Strom, sorgte für Straßenbau und Straßenreinigung und erbaute Häuser für die Armen, Alten und Kranken. Man tat das nicht etwa aus kommunistischen Grundfäden, sondern weil eine solche Gemeinwirtschaft praktischer, besser und billiger arbeitet. Und die Gemeinde war ja am besten befähigt, diese Aufgaben zu übernehmen, da sie am leichtesten die Einzelinteressen mit denen des Ganzen in Einklang bringen konnte. Denn der Einzelne ist ja mit der Gemeinde stärker verwachsen wie mit dem Staate. Hier kann er aus nächster Nähe alle Maßnahmen kontrollieren, auf Fehler aufmerksam machen und kann sogar bei der Verwaltung der heimischen Angelegenheiten selbst mitwirken. Die Gemeinde wird sich aber auf das Gebiet ihrer lokalen Aufgaben zu beschränken haben.

Nur wo große Vorteile in Aussicht stehen, wird sie sich mit anderen Gemeinden zu einem **Zweckverband** oder mit dem Staate zu einem gemischt-wirtschaftlichen Betriebe zusammenschließen.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Gemeinden, vor allen Dingen in der neuesten Zeit, gehört eine gesunde **Bodenpolitik**, die alle Siedlungsprobleme umfaßt. Die Gemeinde wird vor allen Dingen dafür zu sorgen haben, daß die Bebauung nicht ziellos, sondern nach einem vorher festgelegten Bebauungsplane erfolgt, der der Bodengestaltung und den Wirtschaftsinteressen der Bevölkerung Rechnung trägt und allen Anforderungen der Hygiene und auch des Geschmacks entspricht. Der Bebauungsplan allein genügt aber noch nicht. Die Grundstücke müssen auch sinngemäß geschnitten sein und die Bepflanzung muß so durchgeführt werden, daß sie im Gesamtinteresse der Gemeinde liegt. So muß die Bebauung z. B. da erfolgen, wo für sie die Straßen fertig sind und Gelegenheit zum Anschluß an das Rohrnetz des Wasser- und Gaswerkes gegeben ist. Auch dürfen natürlich innerhalb des Gemeindegebietes nicht größere Strecken unbebaut liegen bleiben, wenn um sie herum schon alles bebaut ist. Für all das wird eine sinngemäß verfahrenende **Baupolizei** zu sorgen haben. Am besten aber wird sich die Bepflanzung einheitlich im Interesse des Ganzen durchführen lassen, wenn die Gemeinde ein gut Teil des Grund und Bodens selber im Besitz hat. Wo das nicht der Fall ist, wird sie die Aufgabe haben, jede Gelegenheit, Grund und Boden oder wenigstens ein Vorkaufsrecht daran zu erwerben, zu benutzen. Die Gemeinde aber wird am besten selber nicht bauen. Sie wird den Boden behalten und nur das Bauungsrecht an einzelne vergeben. Es gibt dabei verschiedene Verfahren: das von den Bodenreformern empfohlene **Heimstättenrecht**, das **Erbaurecht**, das **Rentengüterrecht** und das sogenannte **Ulmer-Wiederkaufrecht**, auf die leider hier nicht näher eingegangen werden kann. Wird die Gemeinde in diesen ihren Bestrebungen behindert, so wird sie nicht zögern dürfen, das ihr zustehende **Enteignungsrecht** mit aller Energie anzuwenden.

Eine Fortsetzung und Erweiterung der Bodenpolitik ist die Wohnungsfürsorge. Der Gemeinde liegt es nicht nur ob, dafür zu sorgen, daß für die wachsende Bevölkerung auch Wohnungen vorhanden sind in genügender Zahl und in anständiger Beschaffenheit, sondern sie wird auch dafür zu sorgen haben, daß die bestehenden Wohnungen in einem solchen Zustande erhalten werden, daß man sie als bewohnbar bezeichnen kann. Um dem Wohnungsmangel abzuhelpen, wird die Gemeinde auch in diesem Falle nicht selber bauen, sondern nur anregend zu wirken suchen, indem sie das Bauen erleichtert und, wie das jetzt bei der großen Wohnungsnot geschieht, das Bauen neben den Zuschüssen, die das Reich und das Land dafür gibt, durch Geldmittel unterstützt. Eine wichtige Tätigkeit ist den Gemeinden durch die Wohnungszwangswirtschaft zugefallen: die Wohnungsvermittlung. Die Einrichtung hat sich nicht überall bewährt, da auch hier gerne Schleichwege gegangen werden. Für absehbare Zeit aber wird wohl eine derartige regulierende Tätigkeit von Seiten der Gemeinde nicht zu entbehren sein.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Sorge für die Gesundheit der Bevölkerung. Hier soll die Gemeinde vor allen Dingen vorbeugen helfen durch tatkräftige Unterstützung aller Bestrebungen, die der körperlichen Erhaltung der Jugend dienen. Sie wird Turn- und Sport-Vereinen mit Geld und durch Errichtung von Turnhallen und Sportplätzen ihre Arbeit zu erleichtern haben, sie wird Parks und sonstige gärtnerische Anlagen mit Kinderspielplätzen schaffen müssen, damit die Jugend Gelegenheit hat, sich in frischer Luft zu tummeln. Die Bekämpfung der Kindersterblichkeit durch Belehrung der Mütter, durch Errichtung von Säuglingsheimen und Anstellung von Fürsorgeschwestern wird erfreulicherweise immer mehr als eine der wichtigsten kommunalen Aufgaben angesehen. Aber auch für die Gesundheit der Erwachsenen, soweit sie nicht schon durch die angegebenen Maßnahmen befördert wird, muß sie sorgen. In Zeiten der Not wird ihr die Lebensmittelbeschaffung zu erträglichen Preisen wichtigste Aufgabe sein. Daneben sind Badegelegenheiten zu schaffen, Beratungsstellen für Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten, Seuchenbaracken für an-

steckende Krankheiten; und eine sorgfältige tierärztliche Ueberwachung auf den Schlachthöfen hat dafür zu sorgen, daß nur einwandfreies Fleisch in die Kochtöpfe der Bevölkerung gelangt. Zur Pflege und Heilung der Kranken sind Krankenhäuser und Heilstätten mit beamteten tüchtigen Ärzten zu errichten, daneben Krankenschwestern für die Hauspflege anzustellen. Aber auch für den toten Mitbürger muß die Gemeinde noch sorgen. Sie hat Begräbnisplätze bereit zu stellen und, wenn irgend möglich, das Beerdigungswesen selbst in die Hand zu nehmen. In diesen Zeiten der Not sind sogar viele Gemeinden dazu übergegangen, auch die Sarglieferung zu übernehmen.

Daneben tritt die Fürsorge für das geistige und sittliche Wohl der Bevölkerung. Die Hauptaufgabe ist dabei, für eine tüchtige Ausbildung und Erziehung der Jugend zu sorgen. Bei den obligatorischen Volksschulen beschränkte sich ja schon seit langem die Tätigkeit der Gemeinden nur auf die Verwaltung. Bei den Mittelschulen und bei den höheren Schulen hatten sie völlig freie Hand und haben dabei sehr viel gutes geleistet, da die Eltern, die selbstverständlich ein Interesse an guten Schulen haben, ihren Einfluß in dieser Richtung in der Gemeinde ganz anders zur Geltung bringen konnten als im Staat. Leider sind die Lasten für diese Schulen den Städten jetzt zu schwer geworden; sie haben sie sich vom Staate abnehmen lassen, der dadurch natürlich auch hier den maßgebenden Einfluß gewonnen hat. Die Bildungsbestrebungen der Erwachsenen sollen durch die Einrichtung von Volkshochschulen und Volksbibliotheken unterstützt werden. In Museen sind die Zeugen der Vergangenheit der Gemeinde mit Kunstschätzen aus alter und neuer Zeit zu vereinigen und alles ist so aufzustellen, daß der Beschauer hier leicht Belehrung und Erbauung findet. Theater, die sich aus eigener Kraft erhalten können, gibt es nur noch in ganz wenigen großen Städten Deutschlands. Die Gemeinde wird auch in der Unterhaltung eines Theaters mit guten billigen Volksvorstellungen eine Kulturaufgabe zu sehen haben, und hat jetzt durch die Zuschüsse, die sie zahlen muß, auch das Recht zu verlangen, daß die Theater nur wirklicher Kunstpflege dienen. Es ist vielleicht ein Fehler gewesen, daß die Gemeinden nicht rechtzeitig die Lichtbildtheater in

ihre Hand gebracht haben. Das Kino wäre in diesem Falle vielleicht doch ein wenig mehr Kulturträger geworden.

Die fürsorgende Tätigkeit, von der wir bisher gesprochen haben, galt der gesamten Bevölkerung. Daneben aber bestehen auch noch Aufgaben sozialer Art, die nur gewissen Gruppen der Bevölkerung zugute kommen. Die Gemeinden sollen vorbildliche Musterbetriebe sein, auch in sozialer Hinsicht. Die Pflicht, ihren Beamten und Arbeitern angemessene Gehälter und Löhne auszuzahlen, brauchen die Gemeinden augenblicklich nicht zu betätigen, da sich die Höhe dieser Bezüge jetzt automatisch nach den Gehältern der Reichsbeamten regelt. Zu den sozialen Aufgaben gehört vor allen Dingen die Armenpflege, die in diesen Zeiten der Not einen besonders großen Umfang angenommen hat. Dann gilt es auch von Seiten der Gemeinde Krüppeln im Wirtschaftsleben wirksam zu lindern. Ein paritätischer Stellennachweis wird der Arbeitsvermittlung zu dienen haben und in Zeiten der Arbeitslosigkeit werden Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen sein.

Die Kriegswirtschaft hat die Kommunalisierung in den Städten sehr gefördert. Während früher die Gemeinden mit irgend einem Unternehmer einen Vertrag schlossen, um der Gemeinde Bedürfnisse aller Art zu beschaffen, nimmt die Gemeinde die Befriedigung dieser Bedürfnisse jetzt selbst auf eigene Rechnung in die Hand. Viele sehen darin große Gefahren und es hat sich ja auch gezeigt, daß die meisten Städte bei der Lebensmittelbeschaffung große Verluste gehabt haben. Anders ist es bei Gemeindebetrieben gewesen, die unentbehrlich sind, wie z. B. die Wasserversorgung und das Verkehrswesen. Die Wasserversorgung einer größeren Gemeinde wird schon deswegen für einen Privatunternehmer nicht möglich sein, weil dazu sehr oft Quellen enteignet werden müssen, wozu er kein Recht hat. Den Bau von Straßenbahnen wird ein Privatunternehmer immer nur unter dem Gesichtspunkt der Erzielung möglichst großer Gewinne betreiben. Für die Gemeinde aber ist das wichtigste nicht die Rentabilität, sondern die zweckmäßige Hebung des Verkehrs innerhalb des Stadtgebietes. Für die Gemeinde ist der Besitz der Straßenbahnen auch von größtem Wert für die praktische Ausgestaltung ihrer Siedlungspolitik.

Mit der Finanzpolitik der Städte sieht es jetzt böse aus. Reich und Länder haben den im Kriege verschuldeten Gemeinden die besten Steuereinnahmen genommen und nur die Gemeinwesen, die eine gute Kämmererei in einem reichen Holzbestande haben, entgehen einer fast katastrophalen Verschuldung. Dazu kommt, daß mit dem Wachsen der Bevölkerung die Aufgaben umfangreicher werden und mit diesen die Ausgaben. Die Ausgaben wachsen aber weit stärker an im Verhältnis als die Bevölkerung. Das kommt zum Teil auch daher, daß der Staat, wenn er bei der Erfüllung einzelner Aufgaben auf den Widerstand des Parlaments stößt, diese Aufgaben den Gemeinden aufbürdet. Die Gemeinden werden dadurch zu Ausgaben gezwungen, die ihnen gar nicht erwünscht sind, und die ihren Plänen in keiner Weise entsprechen. Die letzte Zeit hat die Gemeinden gezwungen, alle Luxusausgaben zu unterlassen. Aber eine kluge Gemeindepolitik wird wissen, daß Sparsamkeit am falschen Orte das allertuerste ist und wird die notwendigen Ausgaben, die sie hat, rechtzeitig in Angriff nehmen.

Im neuen Deutschland haben auch die Gemeinden eine neue Verfassung bekommen. Das Einschneideste war wohl für alle die Gewährung des allgemeinen, geheimen, direkten Wahlrechts an alle Männer und Frauen über 20 Jahre. In sämtlichen Gliedstaaten des Reiches sind neue Städteordnungen und neue Landgemeindevorordnungen herausgekommen, die vielfach das Zeichen der Schnellarbeit an der Stirn tragen, und an denen darum schon in den ersten Monaten ihres Bestehens wieder herumgeflickt werden mußte. Da man außerdem in einer großen Anzahl von Städten und Landgemeinden mit der gesetzlich festgelegten Neuordnung in vielen wichtigen Punkten nicht einverstanden ist, und auch Aussicht hat, grundlegende Änderungen in den Parlamenten durchzusetzen, so wäre es verfrüht irgend etwas über die Neugestaltung der Selbstverwaltung in Deutschland zu sagen. Eine wirkliche großzügige Kommunalpolitik kann allerdings nicht durch Verordnungen gehemmt werden, sie wird sich aber erst dann wirklich betätigen können, wenn die Gemeinden finanziell dazu in der Lage sind. Und das ist heute bei fast allen nicht der Fall.

DER LÄNDLICHE GRUNDBESITZ

Wenn uns die Feinde auch fast alles rauben konnten, da wir ja wehrlos am Boden liegen, drei Dinge können sie uns doch nicht nehmen, unsere Ehre, unser Nationalbewußtsein und die heimische Ackerholle. Nehmen sie uns auch die noch, dann gibt es keine deutsche Wirtschaft mehr und damit auch kein deutsches Reich. Da der Grund und Boden die Wurzel unseres stofflichen Vermögens ist, so ist seine Verteilung unter die Bevölkerung von größter Wichtigkeit für die Wirtschaft des Volkes. Nach Sering, einem der besten Kenner der Verhältnisse, zerfällt Deutschland im Bezug auf die Verteilung seines landwirtschaftlichen Grundbesitzes in drei ungleich große Gebiete. „Am Mittel- und Ober-Rhein mit seinen Nebenflüssen in den Landschaften des Mains und dem größten Teile von Thüringen herrscht die kleinbäuerliche Wirtschaft vor, die im wesentlichen mit den Familien-Kräften des Besitzers wirtschaftet. Im übrigen westelbischen Deutschland von Schleswig-Holstein und Nieder-Rhein bis zu den bayrischen Alpen bestimmt der größere Bauernhof das Gesicht der Landschaft. Im ostelbischen Deutschland gewinnt der großlandwirtschaftliche Betrieb eine hervorragende Bedeutung. Werden in den dicht bevölkerten und städtereichen Tälern des Klein-Bauerngebietes Wein, Obst und Handelsgewächse in sorgfältiger, fast gartenmäßiger Kleinkultur dem Boden abgewonnen, so begünstigt im Bereich der Nordseeküste, im Vorlande der Bayrischen Alpen und auf den deutschen Mittelgebirgen ein mehr graswüchsiges Klima die Viehzucht, in der die größere Bauernschaft ihr Bestes leistet. Westlich der Elbe rückt ein mehr kontinentales trockenes Klima den Getreidebau in den Vordergrund, für den der Großbetrieb Vorteile bietet. Doch sind die Unterschiede der Besitzverteilung keineswegs lediglich aus den natürlichen Produktionsbedingungen abzuleiten. Die Kleinheit der Betriebe am Rhein und in Thüringen erscheint als unmittelbare Wirkung der schon seit dem 12. Jahrhundert ausgebildeten Gewohnheit, die Landgüter bei jedem Erbgang nach der Anzahl der Erben zu zerstückeln, und diese Vererbungsart herrscht nicht bloß in den intensiv bewirtschafteten fruchtbaren Tälern, sondern hat sich unter dem

Einfluß des französischen Erbrechts auch auf die linksrheinischen Gebirge übertragen, wo die Bodenkultur den Zusammenhalt der Grundstücke ebenso erfordern würde, wie er im ganzen übrigen Deutschland üblich ist. Immerhin wird man auch den Unterschied der Vererbungsitten lechlich auf den Einfluß der vorherrschenden Produktionsbedingungen zurückführen können. Viehzucht und Getreidebau verlangen größere Betriebe und Kontinuität der Bewirtschaftung, die sich im gleichmäßigen, wenn auch für die einzelnen Wirtschaften verschiedenen Wechseln der angebauten Pflanzen vollzieht. Wein-, Handelsgewächs- und Gemüsebau gestatten es dagegen, jede Parzelle für sich gartenmäßig zu bewirtschaften, so daß die Teilung der Besitzungen nur geringe Störungen im Betrieb hervorruft.“

„Der Gegensatz im sozialen Aufbau von West- und Ost-Deutschland aber findet seine entscheidende Ursache darin, daß der Westen schon im Anfange der deutschen Geschichte besiedelt worden ist, und die damals herrschende Sittenverfassung eine sehr gleichmäßige Bodenverteilung unter den bäuerlichen Familien entstehen ließ, während der Osten das ursprünglich slawische Kolonialgebiet der Deutschen bildet, das zum größten Teile erst in der Zeit vom 12. bis 14. Jahrhundert unter Führung der Ritterschaft im Besitz genommen und besiedelt wurde. So ließ die Ausbildung des mittelalterlichen Lebensstaates in Westdeutschland einen zahlreichen Grundadel entstehen. Doch wurden seine Lebensformen vor dem Aufkommen der Städte geprägt; für große Mengen selbstgewonnener Erzeugnisse hätte man damals keine Verwendung gehabt. Die neue Oberschicht wurde deshalb im wesentlichen auf ein reines Renteneinkommen in Form von bäuerlichen Naturalabgaben gesetzt. Die östliche Kolonisation vollzog sich erst im Zeitalter der ausgebildeten Stadtwirtschaft. Die Ritterschaft, reichlicher mit Land ausgestattet als im Westen, hat von Anfang an selber Landwirtschaft größeren Stils mit Hilfe slawischer Arbeitskräfte zum Zwecke des Absatzes betrieben. Der Schwerpunkt des Landbaues lag freilich auch hier weitaus bei den bäuerlichen Kolonisten. Als aber die alte Feudalverfassung und die staatliche Organisation

zerfielen, die Ritter, unter dem Impuls der Preisrevolution des 16. Jahrhunderts zu Rittergutsbesitzern wurden, gelang es ihnen mit Hilfe politischer Machtmittel, ihren Herrschaftsbereich auf Kosten der Bauernschaft wesentlich zu erweitern. In einigen Landschaften, wie im Ritterschaftsgebiet von Mecklenburg, im schwedischen Neu-Vorpommern führte die Ausbildung der modernen Großlandwirtschaft wie in England zu einer beinahe vollständigen Verbanung des Bauernstandes. In Preußen dagegen stellte sich die erstarrte Monarchie seit Friedrich Wilhelm I. und namentlich unter Friedrich dem Großen dem Zuge der Entwicklung erfolgreich entgegen, und ihr ist es zu verdanken, daß im östlichen Deutschland doch der größere Teil des landwirtschaftlichen Bodens in Händen bäuerlicher Wirte verblieb.“ (Geheimrat Prof. Dr. Sering, „Politik der Verteilung und Rechtsordnung des Grundbesitzes auf dem Lande“, im Handbuch der Politik, Bd. 4, Seite 182.)

So ist es erklärlich, daß die Bauernbefreiung im Westen und im Süden Deutschlands in der

Gebietsverteilung keine Änderungen brachte. Dort ist auch noch heute der Bauer als Klein- oder Mittelbesitzer vorherrschend. Bei den Verhältnissen im Osten mußte es aber naturgemäß zu einer großen Umgestaltung kommen. Der Latifundienbesitzer konnte ohne fremde Arbeitskräfte seinen Wirtschaftsbetrieb überhaupt nicht aufrecht erhalten. Hier mußte der nicht mehr dienstpflichtige Bauer durch den freien Arbeiter ersetzt werden. Man hat sich diese Arbeiterschaft zum Teil dadurch geschaffen, daß man durch Verordnungen (Deklaration vom 16. Mai 1816) und durch Auskauf von Bauernstellen möglichst viele Bauern „legte“. 420 000 Hektar Land mußten die Bauern allein als Entschädigung für die aufgehobenen Dienstplichten abgeben. Im ganzen beträgt die im 19. Jahrhundert an die großen Güter gefallene Fläche Bauernland mehr als 1 Million Hektar. Eine übersichtliche Uebersicht über die Verteilung von Klein-, Mittel- und Großgrundbesitz gibt die folgende von Geheimrat Sering (a. a. O. S. 183) zusammengestellte Tabelle.

Landwirtschaftliche Betriebe 1907.

	Landwirtschaftlich benutzte Fläche Millionen ha	Davon entfallen auf die Klassen von			
		unter 5 ha %	5—20 ha %	20—100 ha %	mehr als 100 ha %
Ostelbisches Deutschland (Großgütergebiet) - - - - -	13,9	8,5	22,7	28,5	40,3
Ohne Posen und Westpreußen - -	10,2	9,1	21,5	29,3	40,1
Mittel- und Oberrhein, Main, Thüringen (Kleinbauerngebiet) - - - -	5,6	35,4	46,4	15,6	4,6
Ohne Elsaß-Lothringen - - - -	4,7	35,2	47,9	12,7	4,2
Das übrige westelbische Deutschland (Großbauerngebiet) - - - - -	12,3	15,1	37,9	37,3	9,7
Deutschland insgesamt - - - - -	31,8	15,8	32,7	29,3	22,2
Ohne Posen, Westpreußen und die Reichslande - - - - -	27,3	14,3	34,4	30,7	20,6

WIRKUNGEN DER INDUSTRIALISIERUNG

Bis zum Kriege 1870/71 war Deutschland überwiegend ein Agrarland gewesen. 26 von den 40 Millionen seiner Bewohner (das sind 65,9%) lebten in Gemeinden von weniger als 2000 Einwohnern. Was das Land brauchte, erzeugte es

mit Ausnahme der Rohstoffe für die Webwaren, im Inland selbst. Aber das Land hatte für den arbeitsfrohen Nachwuchs nicht genügend Arbeitsgelegenheiten. So begann in der Mitte des 19. Jahrhunderts schon eine starke Auswanderung, die bis in die 80er Jahre anhielt, und die in manchen Jahren $\frac{2}{5}$ des Bevölkerungsüberschusses meist für immer an das Ausland abgab.

Mit den militärischen Erfolgen, der nationalen Einigung und den französischen Goldmilliarden kam über Deutschland ein ungeahnter wirtschaftlicher Aufschwung. Die Pilze wuchsen die Fabriken in allen Gegenden Deutschlands aus dem Boden und bald stand die deutsche Industrie in scharfem Wettbewerb mit dem bisher größten Industriestaate: England. Deutschland hatte bei der Wahl, ob es Menschen oder Waren ausführen wollte, sich für das letztere entschieden. Die Bevölkerung wuchs in wenigen Jahrzehnten auf 67 Millionen, die deutsche Ausfuhr auf die ungeheure Zahl von 10 Milliarden Goldmark. Der Uberschuß der Bevölkerung strömte jetzt in den Städten zusammen, besonders in den Groß-Städten, die 1871 noch 4,8, 1910 aber schon 21,3 % der Gesamtbevölkerung an sich gezogen hatten. Das Verhältnis der ländlichen zur städtischen Bevölkerung verschoß sich wie folgt: 1871 hatten die Orte mit über 2000 Einwohnern 36,1% der Bevölkerung, im Jahre 1910 war diese Zahl bereits auf 60% gestiegen.

Wie bei der Bauernbefreiung äußerte sich die Verschiebung des Verhältnisses von Landwirtschaft und Industrie, von städtischer und ländlicher Bevölkerung verschieden. Im Westen und Süden, wo das Klein-Bauerntum vorherrschend war, wirkte das rapide Wachsen der Industrie gar nicht so ungünstig. Gerade diese Gebiete hatten sehr viele Auswanderer gestellt, da bei dem Erbteilungsprinzip dem einzelnen schließlich nur soviel Land noch übrig blieb, daß er sich bei Aufwendung von noch so viel Fleiß davon nicht ernähren konnte. Jetzt winkte für die überzähligen Söhne lohnender Erwerb in den aufblühenden Städten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Erbt er in die Stadt Gezogene dann einmal ein kleines Stück Land, so verkaufte er es, oder verpachtete es und trug so dazu bei, daß ein anderer sich auskömmlich von der Scholle ernähren konnte. Dazu sicherte der Bedarf großer Arbeitermassen den landwirtschaftlichen Produkten einen schnellen Absatz zu guten Preisen.

Der Osten aber wurde durch die Neuordnung der Verhältnisse immer mehr entvölkert. Hier war es nicht die Unmöglichkeit, sich in der Heimat zu ernähren, die die besten Kräfte hinaustrug. Sondern der Drang nach sozialem Aufstieg. Im Osten mußte der Land-

arbeitersohn wieder Landarbeiter werden und hatte keine Aufstiegsmöglichkeit. Das war in den Städten und in der Industrie anders. Die Entvölkerung bewirkte, daß die großen Güter nicht mehr intensiv bewirtschaftet werden konnten. Um die Güter nicht wirtschaftlich verfallen zu lassen, sah man sich genötigt, Wanderarbeiter aus den überbevölkerten ländlichen Bezirken Polens und Galiziens kommen zu lassen. Von der großen Menge dieser Wanderarbeiter, die allerlei unerfreuliche Begleiterscheinungen zeitigten, und die auch die deutsche Kriminalstatistik stark belasteten, kann man sich ein Bild machen, wenn man erfährt, daß im letzten Jahre vor dem Kriege von einer Berliner Arbeiterzentrale nicht weniger als 782 858 Legitimationen an ausländische Wanderarbeiter ausgegeben wurden. Davon entfielen 436 736 (56%) auf die Landwirtschaft. Da viele Grund genug hatten, die Kontrollstelle nicht zu passieren, kann man in Wirklichkeit die Zahl der fremden Landarbeiter mit einer halben Million annehmen.

Die großen Güter im Osten wurden immer mehr zu Luxusgütern. Der Titel Rittersgutsbesitzer gab dem Reichgewordenen ein gewisses Ansehen, sicherte ihm einen angenehmen Aufenthalt als Grandseigneur auf dem Lande und so kam es, daß die Güter immer mehr im Preise stiegen. Dieser Preissteigerung entsprach auch die Verschuldung. Die jährliche Zunahme der hypothekarischen Verschuldung in den ländlichen Bezirken Preußens betrug in den Jahren 1886 bis 1890 133—179 Millionen Mark und wuchs in den Jahren 1910 bis 1913 bis auf 787 Millionen. Die Ursache der Verschuldung war nicht etwa die Beschaffung von Mitteln für die Bodenverbesserung, sondern der übermäßige Preis, der durch den ständigen Besitzwechsel erzielt wurde.

AGRAR-REFORMEN

Schon vor dem Kriege begannen in Deutschland einschneidende Agrarreformen. Vor allen Dingen im Osten durch die Innenkolonisation. Sie geschah weniger aus wirtschaftlichen als aus politischen Gründen. Man hatte eingesehen, daß der Osten durch die Entvölkerung national gefährdet würde und wollte der immer stärker eindringenden slawischen

Flut einen Damm deutscher Ansiedler entgegensetzen. Die sogenannte Ostmarkenpolitik hat mit ihrer Innenkolonisation große praktische Erfolge erzielt. Das Ziel war selbständige Bauernstellen für den „Kleinen Mann“ zu schaffen, die er mit seiner Familie ohne fremde Hilfskräfte bewirtschaften konnte. Bei der Durchführung des preußischen Gesetzes vom 26. April 1886 hat die für Posen und Westpreußen eingesetzte Ansiedlungskommission Vorbildliches geleistet. Sie verbesserte das Land, ehe es dem Ansiedler übergeben wurde. Sie gab den neugebildeten Gemeinden reichliches Gemeindeland und stattete sie mit Kirchen und Schulen aus. So entstanden sehr schöne Kolonien, deren Anlagekapital sich zwar nur zu 2 Prozent verzinst, deren Bewohner aber soviel Steuern aufbrachten, daß der Staat keinen Schaden erlitt. 22 128 Ansiedlerstellen mit 320 755 ha Ackerland wurden im Osten bis Ende 1914 begründet. Mehr als 300 neue deutsche Dörfer sind dadurch dort entstanden. An 300 alte Dörfer und an 40 Städte sind rein deutschen Ansiedlungsgebieten angeschlossen worden. Als Rechtsform für die Siedlung war die Form des Rentengutes gewählt worden, „die die eigentümliche Uebertragung eines Grundstückes gegen Uebernahme einer festen Geldrente gestattete, deren Ablösbarkeit von der Zustimmung beider Teile abhängig war.“ (Sering.) Leider ist der größte Teil dieser schönen deutschen Neuschöpfungen durch den Frieden von Versailles dem Reiche verloren gegangen. Eine große Anzahl von Ansiedlern, die erst nach 1908 bodenständig geworden war, wurde auf Grund des Artikels 91 des Versailler Vertrages sogar vertrieben.

Auch auf dem Gebiete der Erbsfolge setzten schon vor dem Kriege Veränderungen ein. Der Gegenstand ist zu schwierig, um kurz behandelt werden zu können. Jedenfalls gelang es denen, die auf eine Reform des bäuerlichen Erbrechts gedrängt hatten, durchzusetzen, daß das bürgerliche Gesetzbuch (§§ 2049 und 2312) bestimmte, wenn nach Verfügung des Erblassers das Landgut ungeteilt von einem Erben übernommen werden soll, sei im Zweifel anzunehmen, es solle zum Ertragswert angesetzt werden; dieser Wert wird dann auch der Berechnung des Pflichtteils zugrunde gelegt.

Die russische Revolution hatte die für dort geplanten Agrarreformen schnell zu lösen gewußt. Ohne Rücksichten hatte man die geschichtliche Entwicklung unterbrochen und an Stelle des alten etwas völlig Neues gesetzt. Der Erfolg war ein außerordentliches Sinken der landwirtschaftlichen Produktion. In Deutschland wußte man sehr gut, daß die Quelle der Produktion möglichst gespart werden mußte, und man ging darum weniger gewaltsam vor. Man begnügte sich damit, die schon vor dem Kriege geplanten Reformen vorsichtig in Angriff zu nehmen und wirklich zur Durchführung zu bringen. Radikal verfuhr man nur gegenüber den Fideikommissen, die durch den Artikel 155 der Reichsverfassung kurzerhand aufgehoben wurden. Es waren dabei weniger parteipolitische Gründe maßgebend, wenn sie auch vielleicht mitgespielt haben, da sich die Macht der Aristokratie ja in der Hauptsache auf die Fideikommissie stützt, sondern wirtschaftliche Gründe. Die meisten der deutschen Fideikommissie waren zu groß, um wirtschaftlich intensiv ausgenutzt werden zu können, und die großen vielfach nicht nach wirtschaftlichen Gründen bebauten Flächen gingen denen, die nach Land hungerten, verloren. In Preußen, dem Hauptlande der Fideikommissie, gab es deren im Jahre 1914 1311. Sie umfaßten einen Flächeninhalt von 2½ Millionen Hektar, das ist mehr als 7% der Gesamtfläche des Landes. Von diesen Fideikommissen waren 48,5% große Herrschaften von mehr als 5000 Hektar. Der Fideikommissbesitz zeigte zudem die Neigung, sich immer mehr zu vergrößern. In den Jahren von 1900 bis 1914 betrug die jährliche Zunahme der Fideikommissfläche im Durchschnitt 20 000 Hektar. Nachdem die Reichsverfassung die Auflösung der Fideikommissie bestimmte, erließ Preußen im März 1919 eine Verordnung für die freiwillige Auflösung bis zum 1. September 1921.

Wichtiges geschah auch auf dem Gebiete der Siedlung. Die Not des Krieges hatte die Sehnsucht der Deutschen nach dem Besitz von Grund und Boden erheblich gestärkt. Die 100 000 von Städten, die jahrelang im Schützengraben und hinter der Front lagen, hatten wieder engere Beziehungen zu der Natur bekommen, und in vielen von ihnen regte sich immer lebhafter der Wunsch, nach dem Kriege

ein eigenes Stück Land, und sei es auch noch so klein, zu besitzen. Es kam dazu, daß die Soldaten ja glauben mußten, daß das Landgebiet Deutschlands sich nach dem Kriege vergrößern würde, und so sahen viele in den fruchtbaren Gebieten Nordfrankreichs oder gar im weiten russischen Osten schon ihre neue Heimat. Diesen Wünschen und Hoffnungen gab Hindenburgs Bodenerlaß für die Soldaten der Ostfront neue Nahrung. Als dann das Ende des Krieges diese Hoffnungen schnell schwinden ließ, da blieb doch der Wunsch nach einer eigenen Scholle im Herzen vieler bestehen. Das Wort Siedlung wurde zu einem Schlagwort, das die Reichsregierung aufgriff und dem sie durch ein großzügiges Gesetz feste Gestalt gab. Das Reichs-siedlungsgesetz vom 11. August 1919 verpflichtet die Gliedstaaten in großem Umfange gemeinnützige Siedlungsunternehmen zu begründen, oder, wo sie schon vorhanden sind, sie zu unterstützen. Für die zu besiedelnde Fläche stellte das Gesetz diesen Unternehmungen zunächst alles noch unbewirtschaftete Moorland und sonstiges Oedland zur Verfügung. Diese weiten, völlig unbenutzten Flächen sollten, wenn der Eigentümer sie nicht freiwillig hergeben will, enteignet werden. Als Entgelt soll aber der bisherige Eigentümer nur den kapitalisierten Reinertrag erhalten, den das unverbesserte Land ergab. Die Moore und Oedländer umfassen ein Gebiet von mehreren Millionen Hektar. Leider ist ihre Erschließung mit ziemlich großen Kosten, vor allen Dingen für Kunstdünger, verbunden, und so hatte man von vornherein vorgesehen, daß auch altes Kulturland für die Siedlungen zugänglich gemacht werden sollte. In erster Linie wurden dazu die Domänen bestimmt. Die Gliedstaaten sollten verpflichtet sein, ihre Domänen, soweit die Pachtzeiten abgelaufen waren, gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften zum Kauf anzubieten. Auch dabei sollten die Verkaufspreise den kapitalisierten bisherigen Ertragswert der Domänen nicht übersteigen.

Man spricht allgemein von Besiedlung, und doch trägt der Begriff große Unterschiede in sich. Es gibt Siedlungen im engeren und im weiteren Sinne; Siedlungen, die sich an die Städte anschließen und in der Hauptsache dem Klein-Gartenbau dienen, und landwirtschaftliche Siedlungen, bei denen die Siedler in der landwirtschaftlichen Tätigkeit ihren ausschließlichen oder

doch hauptsächlichlichen Erwerb finden. Zu unterscheiden ist auch noch zwischen der Neugründung von Gemeinwesen mit neuen Menschen und der Anliegersiedlung, die sich an ein Dorf oder ein nicht lebensfähiges Gut anschließen.

Die städtische Siedlung ist in der Hauptsache ein soziales Problem. Die Zusammenpferchung großer Menschenmassen in den Städten hat der Bevölkerung körperlich und seelisch schwere Schädigungen gebracht. Die Loslösung der Industriearbeiterschaft vom Grund und Boden hat unsere Säuglingssterblichkeit und unseren Geburtenüberschuß außerordentlich schädlich beeinflusst. Dazu kommt, daß unsere Städte viel zu schnell gewachsen sind. Nicht einmal in den Vereinigten Staaten sind die Großstädte so schnell gewachsen, wie in einzelnen Industrie-gegenden Deutschlands. Und diese Loslösung von Grund und Boden ist nicht etwa notwendig mit der Industrialisierung eines Landes verbunden. England und Belgien zeigen uns, daß auch ausgedehnte Industrialisierung mit der Herrschaft der Mietkaserne und mit der völligen Zerstörung der Bodenständigkeit nicht verknüpft zu sein brauchen.

In zweierlei Hinsicht mußte hier von Staatswegen eingegriffen werden. Man mußte versuchen, die in den Städten und in der Industrie tätige Bevölkerung anders unterzubringen und sie wieder stärker mit dem Grund und Boden zu verknüpfen, und mußte auf der anderen Seite durch planmäßige Besiedlung des entvölkerten Landes der übermäßigen Land-lucht einen Damm entgegensetzen. Man wird aber bei den Siedlungen der Großstädte das ernährungspolitische Moment nicht vergessen dürfen. Wo der werktätigen Bevölkerung unmittelbar am Wohnhaus oder an nächstbereiter Stelle, in erster Reihe auf unbenutztem Bauland, Gärten zugeteilt werden, da wird man deren intensivste Ausnutzung durch die Spatenkultur zu fordern und auch zu kontrollieren haben. Nur in besonders bevorzugten Gegenden und in halbländlichen Verhältnissen wird man, ohne in Gefahr zu kommen, kostbares Land zu vergeuden, auch noch Kartoffel- und Korn-Äcker dem Städter zuteilen können. Nur durch eine gartenmäßige Benutzung, die mehrere Ernten im Jahre bringt, wird der Ertrag der besonders in der Nähe der Städte außerordentlich intensiven Wirtschaft der landwirtschaftlichen Betriebe erreicht werden.

Das Reich und die Länder haben zur Unterstützung der Siedlung das scharfe Mittel der Enteignung. Aber sie werden es nicht anzuwenden brauchen, wenn die Landwirtschaft selbst in der Erkenntnis, daß Siedlungen unumgänglich notwendig sind, freiwillig alles tut, um das große Werk zu fördern. Leider stehen weite Kreise der Landwirtschaft der ländlichen Siedlung heute noch mit einem gewissen Mißtrauen gegenüber. Es soll zugegeben werden, daß die an manchen Orten wenig glücklich durchgeführte Ansiedler-Siedlung ein gut Teil Schuld mit daran trägt. Und gerade die Ansiedler-Siedlung an einen größeren landwirtschaftlichen Betrieb ist für die Volksernährung von der allergrößten Bedeutung. Die Kräfte des Ansiedlers, die infolge der geringen Größe seiner Stammstelle nicht oder nur mangelhaft ausgenutzt werden, sollen durch die Gewährung eines größeren Arbeitsfeldes wertvoller für die Allgemeinheit leisten.

Bei den Siedlungen in der Form des neuen Gesetzes ist der wirtschaftliche Gedanke auch nicht vergessen. Mag sonst die Frage, ob im großen oder kleinen Betrieb mehr erzeugt wird, so oder so beantwortet werden, Tatsache ist, daß bei den staatlichen Kolonien der Ansiedlungskommission wie bei den ebenso zahlreichen, die die General-kommissionen (Landeskulturämter) in den letzten zwei Jahrzehnten überwiegend durch die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften angelegt haben, die Wirtschaft voran kommt, und den früheren Großbetrieb in allem weit hinter sich läßt. Wird in diesen Bahnen in den Gebieten des Großbetriebes kolonisiert, so wird damit unsere Ernährungsgrundlage in keiner Weise beeinträchtigt; soweit die Siedlung auf Oedland vor sich geht, liegt sogar ein uneingeschränktes Mehr der Erzeugung vor. Bei jeder Neusiedlung aber wird entsprechend der starken Vermehrung von Menschen unser innerer Markt eine ungeahnte und notwendige Stärkung erfahren.

Daneben hat die Siedlung noch eine nationale Bedeutung. Wollen wir nicht, daß das Elawentum, das sich doppelt so rasch vermehrt, wie wir, in unsere schwach bevölkerten westlichen Landesteile einbringt, dann müssen wir hinter die Versailler Grenzen unserer nur mit 50 bis 78 Einwohner auf den Quadrat-Kilometer bevölkerten Ostprovinzen einen Wall von dichten Bauernsiedlungen ziehen. „Denn

der Charakter eines Landes folgt nicht dem der Herrschaft oder der Intelligenz der Städte, völkisch bestimmt wird auf die Dauer ein Land durch seine ländliche Unterschicht, durch seinen Bauernstand und durch seine ländliche Arbeiterschaft. So greift der Gedanke landwirtschaftlicher Neusiedlungen über die Belange der Ernährungs- und Bevölkerungspolitik hinaus, und gehört mit zu dem Kreis von Deutschlands innerpolitischen Existenzfragen und außenpolitischen Schicksalsgedanken.“

Leider hat sich aber, bisher zum Teil durch die schwierigen Verhältnisse der Gegenwart behindert, die Siedlungstätigkeit nicht so großzügig entfaltet, wie es zu wünschen wäre. Nur Anliegerparzellierungen sind bisher im größeren Umfange zustande gekommen. Zahlen liegen bisher nur für Preußen vor. Dort wurden an schon vorhandene Besitzer in der Zeit vom 1. Januar 1919 bis zum 1. November 1920 16 439 Grundstücke zu eigen und 34 508 in Pacht gegeben. Ihre Fläche umfaßte im ersten Falle 18 954, im zweiten 30 598 Hektar. Neusiedlungen dagegen gab es in Preußen nur 4884 mit einem Flächeninhalt von 30 200 Hektar. Die Ueberführung von Erwerbslosen als Siedler auf das Land hat sich im allgemeinen nicht bewährt.

Zu der neuen Agrarreform gehört auch der Pachtzuschuß. In Deutschland ist die Mehrzahl der Landwirte Eigentümer. Nur in der Klasse der ganz kleinen Wirtschaften bis zu einem halben Hektar und in den Großbetrieben über 100 Hektar kommen bei uns Pächter vor. Deswegen sorgte der Pachtzuschuß zunächst für die Gartenpachtungen. Die Klein-Garten- und Klein-Landpachtordnung des Reiches vom 31. Juli 1919 regelte im Interesse der Volksgesundheit und Volksernährung zunächst die Pachtverhältnisse bei den sogenannten Schrebergärten. Es werden von den unteren Verwaltungsbehörden die Pachtpreise festgesetzt, und die Pachtverträge dürfen nur aus wichtigen Gründen gekündigt werden. Es kam dann die Reichspachtzuschußordnung vom Juni 1920. Sie sieht Pachteinigungsämter vor, die das Recht haben, einmal für Grundstücke unter 2½ Hektar die Geltungsdauer bestehender Pachtverträge bis auf 2 Jahre zu verlängern oder die Verträge aufzuheben, wenn sich das Verhalten des einen Teiles als wucherische Ausbeutung

oder schwere Unbilligkeit darstellt. Sie haben dann weiter das Recht, für Grundstücke jeder Größe die Leistungen, die unter den veränderten Verhältnissen nicht mehr gerechtfertigt sind, anderweit festzusetzen. Die Pachtzinsordnung ist in der Hauptsache zustande gekommen auf das Drängen der Pächter hin. Die Pächter haben aber gerade das Gegenteil erreicht, was sie wollten, denn in fast allen Fällen, wo der Verpächter das Pachteinigungsamt anrief, hat es sich im Hinblick auf die Geldentwertung gezwungen gesehen, die Pachten zu erhöhen.

LANDWIRTSCHAFTLICHE SELBSTVERWALTUNG

In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hatte sich bereits innerhalb der Landwirtschaft das Bedürfnis eines Berufsständischen Zusammenschlusses über den Bereich der einzelnen Landesgrenzen hinaus geltend gemacht. Damals war es das landwirtschaftliche Vereinswesen, das sich in Interessenverbindungen über die Landesgrenzen hinaus zusammenfand. Es hat sich um die Mitte des 19. Jahrhunderts große Verdienste um den Aufschwung der landwirtschaftlichen Erzeugung erworben. Durch die Haupt- und Zentralvereine fanden besonders die neugewonnenen Erkenntnisse in Wissenschaft und Technik Eingang bei den Landwirten. Bis 1872 hat aber jede Einflussnahme auf die wirtschaftspolitische Gesetzgebung der Länder nach einheitlichen Grundsätzen gefehlt. Der erste Versuch dazu geht bis 1833 zurück, als der Zollverein ein einheitlicheres Wirtschaftsgebiet schuf. Als der Norddeutsche Bund die zentrale Regelung gewisser wirtschaftspolitischer Fragen in Angriff nahm, beschloß auch 1869 der zweite Kongreß norddeutscher Landwirte die Ausarbeitung eines Organisationsplanes für eine gesetzliche Vertretung der norddeutschen Landwirtschaft. Auf dem ersten Delegiertentage der landwirtschaftlichen Zentralvereine des Norddeutschen Bundes schritt man dann zur Vorbereitung eines Delegiertenausschusses unter dem Namen „Landwirtschaftsrat“, zu dem auch die nicht zum Bunde gehörenden Zollvereinsstaaten zugelassen sein sollten.

Nach der Reichsgründung wurde dann am 8. April 1872 in der ersten konstituierenden Versammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates dieser Plan im Rahmen des neuen Reiches verwirklicht. Damit war noch keine gesetzliche Vertretung des Berufsstandes erreicht. Der Landwirtschaftsrat beruht auf freiwilligem Zusammenschluß der staatlichen Selbstverwaltungskörper der Länder, heute 35 Landwirtschaftskammern. Die Zentral- und Hauptvereine gingen meist in den Landwirtschaftskammern auf, während deren Unterorganisationen heute etwa 6000 den Unterbau der staatlichen Berufsvertretung abgaben. Einzelne Länder, wie Preußen und Bayern, schufen sich seit 1919 für ihren Landesbereich besondere Landes-Zentralvertretungen öffentlich-rechtlichen Charakters.

Das ist der heutige Stand. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat in seiner 50 jährigen Tätigkeit eine gewaltige wirtschaftspolitische Arbeit im Interesse des Berufsstandes und damit auch in der gründlichen, sachgemäßen Fundierung einer gesunden Erzeugungssteigerung für das ganze Volk geleistet.

Bereits seit 1920 ist der Deutsche Landwirtschaftsrat mit der Umgestaltung in eine gesetzliche Vertretung des gesamten deutschen landwirtschaftlichen Berufsstandes hervorgetreten. Es war an eine Reichslandwirtschaftskammer gedacht, die sich als Spitzenvertretung der regionalen Landwirtschaftskammern darstellen sollte, wie für Preußen die Hauptlandwirtschaftskammer und für Bayern die Landesbauernkammer. Inzwischen ist ein Entwurf des Reichsernährungsministeriums zu einer vorläufigen Reichslandwirtschaftskammer bekannt geworden. Wann und in welchem Sinne indes Regierung und Reichstag zu einer Regelung dieser für die Landwirtschaft dringlichen Frage schreiten werden, läßt sich noch nicht übersehen. Der Wunsch der Deutschen Landwirtschaft ist, bei dem Weiterbau der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung auf den Vorarbeiten des Landwirtschaftsrates aufzubauen und so auf dem einfachsten Wege, auf der gesunden Grundlage ohne umstürzende Reformen zu dem lang erstrebten Ziele der gesetzlichen Zentralvertretung zu kommen.

DIE WOHNUNGSNOT

Neben der teuren Lebenshaltung bringt uns nichts so sehr die Schwierigkeit unserer Lage zum Bewußtsein wie die Wohnungsnot und die Unmöglichkeit, ihr in absehbarer Zeit zu steuern. Auch in den Ländern unserer Gegner hat es nach dem Kriege eine Wohnungsnot gegeben, da ja im Kriege naturgemäß die Bautätigkeit völlig darniederlag und in Nordfrankreich und in Belgien viele Wohnstätten den Kriegshandlungen zum Opfer fielen. Aber unsere Wiederaufbauleistungen ließen dort dem Uebel bald abhelfen. Auch in Deutschland hat es schon einmal eine große Wohnungsnot gegeben. Das war in den 70er Jahren in Berlin, wohin damals aus ganz Deutschland die Menschen zusammenströmten. Als damals die Bevölkerung rasch auf 140 000 Seelen wuchs, da reichten die vorhandenen Häuser bei weitem nicht aus und über 600 Familien, die ohne Obdach waren, mußten in öffentliche Anstalten untergebracht werden. 163 Ehepaare haben damals mit Kindern und Hausrat auf der sogenannten Schlächterwiese beim Kottbusser Tor in Zelten, Lauben, ausgedienten Eisenbahnwagen und auch ohne Dach unter freiem Himmel gewohnt. Aber auch hier bereitete eine rege Bautätigkeit der Schwierigkeit ein schnelles Ende.

Nirgends und zu keiner Zeit ist aber die Wohnungsknappheit in allen Teilen Deutschlands so groß gewesen, wie jetzt. Viele fragen erstaunt immer wieder, wie ist diese Wohnungsknappheit möglich trotz der großen Menschenverluste im Kriege? Für die Nachfrage nach Wohnungen ist nicht die Zahl der Bevölkerung entscheidend, sondern die Zahl der Haushaltungen. Diese hat sich von etwas über 11 Millionen nach der Volkszählung im Jahre 1910 auf über 12 Millionen nach der Volkszählung im Jahre 1919 erhöht. Diese Zunahme erklärt sich durch das wachsende Heiratsbedürfnis in den Nachkriegsjahren. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt wurde verschärft durch die zahlreichen Flüchtlinge und Rückwanderer. Man schätzt die Zahl der Haushaltungen, die allein auf sie fallen, auf mindestens 150 000. Im besetzten Gebiet haben außer dem die ausländischen Besatzungen die allgemeinen Wohnungsbedin-

gungen verschlechtert. Ohne Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort sind im besetzten Gebiet rund 15 000 Wohnungen in Privathäusern der einheimischen Bevölkerung entzogen worden. Der auf solche Weise verstärkten Nachfrage nach Wohnungen steht ein seit 1914 beträchtlich zurückgegangenes Wohnungsgesamtbudget gegenüber. Während man im Frieden mit einer durchschnittlichen Neuherstellung von 200 000 Wohnungen jährlich rechnete, hat im Kriege die Bautätigkeit fast ganz geruht, und danach ist bis heute nur in sehr geringem Umfange gebaut worden, weil die immer wachsende Steigerung der Baukosten die rein privatwirtschaftliche Bautätigkeit fast unmöglich macht. Nur durch umfangreiche Maßnahmen des Reichs, der Länder und der Gemeinden gelang es, die Neubautätigkeit in sehr beschränktem Umfang wieder in Gang zu bringen. Es würde zu weit führen, hier die Maßnahmen, die von Regierungsseite der zunehmenden Wohnungsnot entgegengesetzt worden sind, einzeln aufzuführen. Da Wohnungsbauten von der heutigen Unsicherheit der wirtschaftlichen Zustände, insbesondere der Währung, wesentlich beeinflusst werden, wird es schwerlich möglich sein, sowohl bei der Verwaltung der bestehenden Wohnungen wie bei der Errichtung neuer Wohnungen und neuer Siedlungen das System der freien Privatwirtschaft wieder einzuführen, bevor nicht eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse eingetreten ist. Die Aussichten für eine baldige Besserung sind also die denkbar schlechtesten. Ob das Mietsteuergesetz bei der ständigen Erhöhung von Material und Löhnen dazu dienen kann, die Neubautätigkeit zu beleben, erscheint zum mindesten sehr zweifelhaft.

DAS REICHSMIETENGESETZ

Die große Verschiedenheit und die ständigen Streitigkeiten ließen es für notwendig erscheinen die Praxis der Vermietung von Wohn- und Geschäftsräumen und die Festsetzung der Mieten durch ein Reichsgesetz einheitlich zu regeln. Das Reichsmietengesetz, das am 1. Juli 1922 in Kraft getreten ist, bringt eingehende Bestimmungen über die Vermietung von Wohnungen,

Geschäfts-, Büro-, Lagerräumen usw., sowie über die Höhe der bei Mietverhältnissen zu entrichtenden Miete.

Grundsätzlich kann zunächst ein Mietzins völlig frei vereinbart werden. Das Gesetz gibt jedoch dem Vermieter wie dem Mieter das Recht, jederzeit dem anderen Teile gegenüber zu erklären, daß an Stelle der vereinbarten Miete die „gesetzliche Miete“ gelten solle. Der Vermieter hat dieses Recht auch bei laufenden, also auch bei langfristigen Verträgen. Ist der Mietzins vierteljährlich zu zahlen, so muß die Erklärung spätestens am dritten Werktage des Vierteljahres erfolgen. Von dem ersten Tage des nächsten Vierteljahres gilt sodann die gesetzliche Miete. Bis dahin ist noch die bisherige Miete zu zahlen. Wird der Mietzins monatlich bezahlt, so ist die Erklärung bis zum 15. des Monats abzugeben. Vom 1. des nächsten Monats ab ist sodann die gesetzliche Miete zu entrichten. Ist eine wöchentliche Miete zu zahlen, so muß spätestens am Montag der Woche die Erklärung abgegeben sein. Mit dem Beginn der nächsten Woche beginnt die gesetzliche Miete. Die Erklärung muß in schriftlicher Form abgegeben werden; es genügt ein einfacher Brief.

Für die Höhe der gesetzlichen Miete ist der Grundsatz maßgebend, daß eine Steigerung nur insoweit zugelassen werden soll, als eine Erhöhung der von dem Vermieter für das Haus, vor allem für die Instandsetzungsarbeiten, aufzuwendenden Kosten erfolgt ist. Im einzelnen wird die gesetzliche Miete folgendermaßen berechnet:

Ausgegangen wird von der Miete, die am 1. Juli 1914 zu zahlen war (Friedensmiete.) Über ihre Höhe hat der Vermieter dem Mieter Auskunft zu geben; im Streitfall legt sie das Mieteinigungsamt fest. Von der Friedensmiete werden die in ihr für Betriebs- und Instandsetzungskosten enthaltenen Beträge abgezogen, und zwar soll allgemein für einen Gemeindebezirk oder einen größeren Bezirk bestimmt werden, welcher Hundertsatz der Friedensmiete abzuziehen ist. Der verbleibende Rest wird als „Grundmiete“ bezeichnet. Zu dieser Grundmiete treten Zuschläge für die Betriebs- und Instandsetzungskosten. Diese Zuschläge werden in Hundertsätzen der Grundmiete von der Gemeindebehörde festgesetzt. Steigen die

Unkosten, so sind die Zuschläge zu erhöhen. Damit erhöht sich auch automatisch ohne weiteres die Miete. Der Gedanke der gleitenden Miete wird hiermit verwirklicht.

Die Instandhaltung der Häuser soll unbedingt gesichert werden. Unterschieden wird zwischen laufenden und großen Instandsetzungsarbeiten. Als große Instandsetzungsarbeiten sind anzusehen: die vollständige Erneuerung der Dachrinnen und Ablaufrohre, das Umbeden des Daches, der Anstrich oder Abputz des Mauerwerks, der Anstrich des ganzen Treppenhauses im Innern, die Erneuerung der Heizanlage bei Sammelheizung und Warmwasserversorgung. Die übrigen Arbeiten sind laufende Instandsetzungsarbeiten. Wird eine notwendige laufende Instandsetzungsarbeit nicht ausgeführt, so kann der Mieter sich an eine von der obersten Landesbehörde zu bestimmende Stelle wenden, welche die Ausführung durch geeignete Anordnungen zu sichern hat. Der Vermieter hat der Mietervertretung nachzuweisen, wie er die Mittel für laufende Instandsetzungsarbeiten verwendet hat. Für große Instandsetzungsarbeiten soll regelmäßig die Zahlung eines besonderen Zuschlags zur Grundmiete angeordnet werden. Die danach von den Mietern zu zahlenden Gelder sind auf Hauskonten anzulegen, über die der Vermieter grundsätzlich nur mit Zustimmung der Mieter verfügen darf. Zugelassen wird ferner die Einrichtung eines Ausgleichsfonds, aus dem Beihilfen an wirtschaftlich schwache Vermieter für die Reparaturen ihrer Häuser gewährt werden können. Damit wird gleichzeitig auch die Belastung der in besonders reparaturbedürftigen Häusern wohnenden Mieter wesentlich gemildert. Die Mittel für diesen Ausgleichsfonds sollen durch eine besondere Steuer zusammen mit der Wohnungsabgabe aufgebracht werden. Soweit Hauskonten nicht bestehen, ist von dem Mieteinigungsamt für eine seit Oktober 1920 ausgeführte oder eine in Zukunft notwendig werdende große Instandsetzungsarbeit für das betreffende einzelne Haus ein besonderer Zuschlag zu der Miete festzusetzen.

Bei gewerblichen Räumen kann eine weitere Erhöhung der Miete eintreten. Zunächst können die allgemeinen Zuschläge für gewerbliche Räume höher festgesetzt werden als für Wohnräume. Erfordert ein gewerblich be-

nutzter Raum besonders hohe Betriebs- und Instandsetzungskosten, so kann das Mieteinigungsamt einen weiteren Zuschlag zulassen. Schließlich kann darüber hinaus ganz allgemein für gewerbliche Räume noch ein besonderer Zuschlag zur Grundmiete festgesetzt werden, auch wenn dieser zur Deckung von Betriebs- und Instandsetzungskosten nicht mehr erforderlich ist.

Die Bildung einer Mietervertretung wird für zulässig erklärt, jedoch nicht als unbedingt notwendig vorgeschrieben. Die Kosten der Heizstoffe für Sammelheizung und Warmwasserversorgung sind getrennt von der gesetzlichen Miete zu berechnen.

In Fällen der Untermiete, also vor allem bei der Vermietung möblierter

Räume, muß der Mietzins in einem angemessenen Verhältnis zu dem auf den Raum entfallenden Teil der Hauptmiete stehen.

Für Neubauten oder durch Um- und Einbauten geschaffene neue Räume gilt das Gesetz nicht. Das Gesetz soll am 1. Juli 1926 wieder außer Kraft treten.

Neben der so festgesetzten Miete hat der Mieter noch eine besondere Abgabe zu zahlen. (Gesetz über die Wohnungsabgabe.) Mit diesem Gelde soll die Neubautätigkeit unterstützt werden. Inwieweit das so möglich sein wird, daß durch Schaffung neuer Wohnungen die Wohnungsnot in merkbarer Weise gemildert wird, wird die Praxis zu erweisen haben.

DER VIERTE STAND INTERNATIONALES ARBEITSRECHT

Mit opferfreudiger Beharrlichkeit hat die Arbeiterschaft durch ihre fest geschlossene Organisation für ihre menschlichen und politischen Rechte gekämpft und hat heute in Deutschland fast alle ihre Forderungen in Erfüllung gesehen. Nicht mit ungemischter Freude blickt sie auf diese Erfolge; denn vieles war in seiner Auswirkung nicht so, wie man es sich erträumt. Aber auch die Arbeiterschaft in allen kriegsführenden Staaten ist einen großen Schritt vorwärts gekommen, da im Vertrage von Versailles eine internationale Regelung des Arbeitsrechtes festgelegt ist. Dem Völkerbund wird die Aufgabe zugewiesen, „sich zu bemühen, für Männer, Frauen und Kinder in ihren eigenen Gebieten sowie in allen Ländern, auf die sich ihre Handels- und Gewerbebeziehungen erstrecken, angemessene und menschliche Arbeitsbedingungen herzustellen und ausrecht zu erhalten, auch zu diesem Zwecke die erforderlichen internationalen Organisationen einzurichten und zu unterhalten.“ (§ 28). Die Bewegung ist schon 100 Jahre alt und ging zunächst nicht von den Arbeitern sondern von Arbeitgeberern mit starkem sozialen Gefühl und von Volksfreunden aus. Eine Menge von Kongressen hat sich mit dem Problem beschäftigt. Bis zum Kriege war schon mancherlei erreicht. Mitte 1914 gehörten der Internationalen Vereinigung

für Arbeiterschutz 23 Regierungen und Landesgruppen an: Deutsches Reich, Vereinigte Staaten von Amerika, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Finnland, Großbritannien, Südafrika, Canada, Australien, Italien, Niederlande, Norwegen, Schweden, Schweiz, Spanien u. a. m. Noch Prinz Max von Baden erklärte dann 1918, „daß Deutschland bei den Friedensverhandlungen (damals zweifelte man nicht daran, daß Deutschland mitverhandeln dürfe) dahin wirken werde, daß die Verträge Bestimmungen über Arbeiterschutz enthalten würden.“ Teil 13 des Versailler Vertrages enthält nun auch, ohne daß Deutschland an der Durcharbeitung seiner Anregung mitarbeiten durfte, Grundsätze eines internationalen Arbeitsrechtes. Es soll eine Allgemeine Arbeitskonferenz eingerichtet werden, die jährlich mindestens einmal zusammentritt. Ein allgemeines Arbeitsamt wird dem Völkerbunde an dessen Sitz angegliedert. Die „Methoden und Grundsätze“ fordern Koalitionsfreiheit, Lohn, der angemessene Lebenshaltung sichert, den Achtstundentag, einen wöchentlichen Ruhetag von 24 Stunden, Beseitigung der Kinderarbeit und Einrichtung eines Aufsichtsdienstes. — Man wird die Erwartungen für eine praktische Durchführung der Forderungen in allernächster Zeit nicht zu hoch spannen dürfen.

DER ACHTSTUNDENTAG

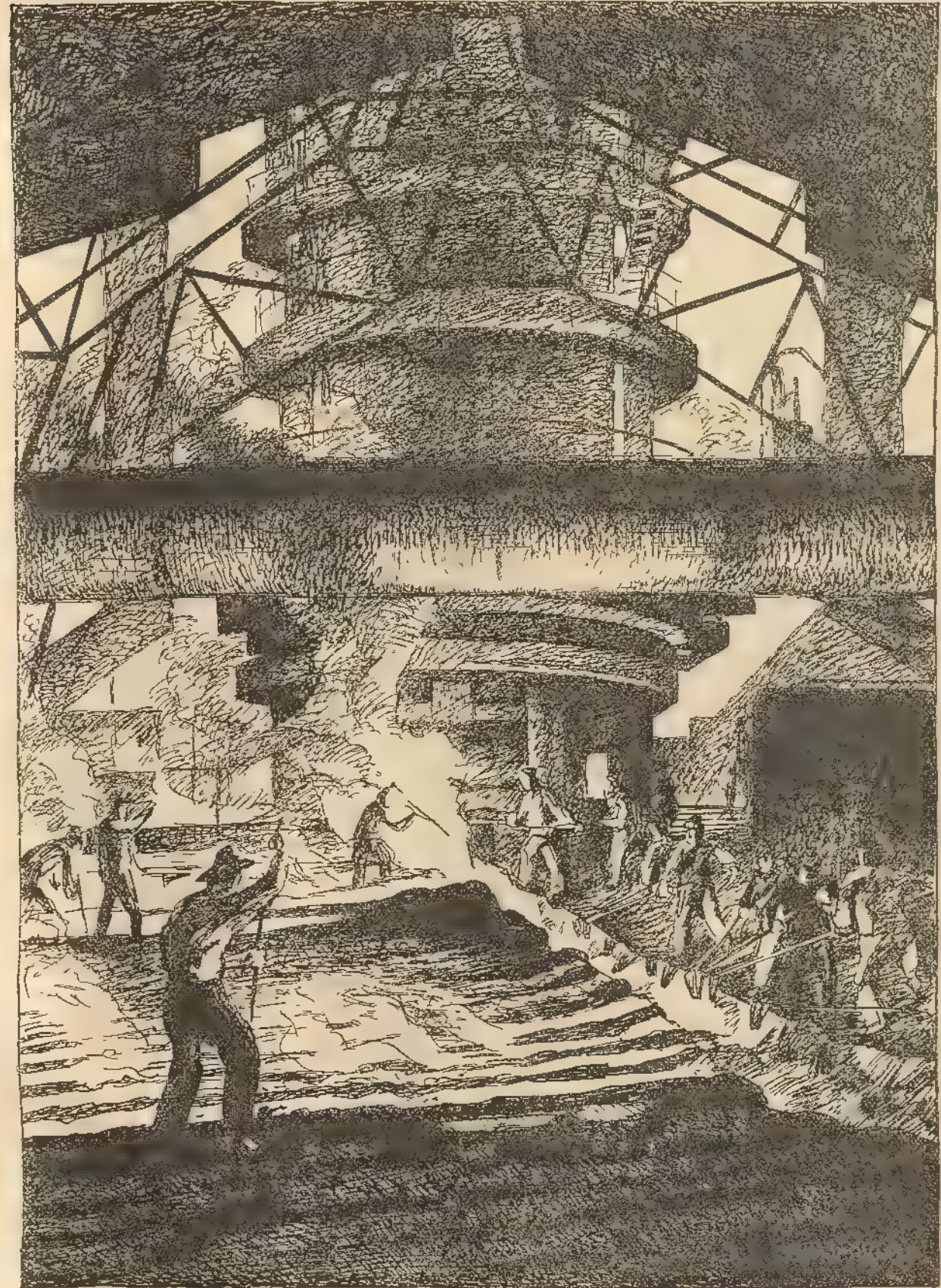
Gerade in allerjüngster Zeit hat der Kampf um den Achtstundentag mit besonderer Heftigkeit wieder eingesetzt. In der Ueberzeugung, daß uns nur Produktionssteigerung aus dem Elend retten kann, bekämpft man vor allem seine schematische Anwendung und weist darauf hin, daß die Verkürzung der Arbeitszeit, die in einzelnen Betrieben bei Einführung des Achtstundentages vor dem Kriege beobachtete, größere Intensität der Arbeit (Zeiß-Werke in Jena) im allgemeinen nicht im Gefolge gehabt hat, daß zumeist sogar in der Stunde weniger Arbeit geleistet werde als früher. Einige Worte darum kurz von diesem Teil des Arbeiterschutzes.

In England, dem Ursprungslande der Groß-Industrie, hat schon vor 120 Jahren der Staat bei heftigem Widerstande der Arbeitgeber ein Arbeiterschutzgesetz erlassen. Dieses Gesetz regelte in der Hauptsache die Arbeitszeit der Arbeiter in den Spinnereien, deren Höchstdauer es auf 12 Stunden festsetzte. Auch die weiteren Schutzgesetze dienten nur der Regelung der Arbeit von Frauen, jungen Leuten und Kindern. Wirklich durchgeführt worden sind diese Gesetze aber erst, als 1833 mit der Einsetzung von Fabrikinspektoren eine gewisse Kontrolle vorhanden war. Im Jahre 1844 wurde für die weiblichen und jugendlichen Arbeiter in England der 10 Stunden-Arbeitstag als Höchstleistung festgesetzt. Dadurch wurde, da diese beiden Kategorien Zweidrittel der gesamten Arbeiterschaft ausmachten, auch die Arbeitszeit der Männer mitbestimmt. 1842 beseitigte ein Schutzgesetz die furchtbaren Zustände in den englischen Bergwerken, seit den 60er Jahren sind dann die Schutzgesetze immer mehr ausgebaut und auf sämtliche Gewerbe und Arbeiterarten ausgedehnt worden. In Deutschland beginnt der Arbeiterschutz mit einer preussischen Verordnung vom Jahre 1839. Sie verbot, daß Kinder unter 9 Jahren in Fabriken und Bergwerken beschäftigt wurden. Sie beschränkte außerdem die Arbeitszeit der Sechzehnjährigen und Jüngeren auf 10 Stunden und verbot, sie in der Nacht oder an Sonn- und Festtagen zu beschäftigen. Die preussischen Gewerbeordnungen von 1845 und 1853 verboten die Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren ganz und setzten die Höchstarbeitszeit für schul-

pflichtige Kinder auf 6 Stunden fest. Zugleich wurde die Fabrikinspektion eingeführt. Die übrigen Staaten folgten mit diesen Bestimmungen mehr oder weniger schnell. In großzügiger Weise begann die Arbeiterschutzgesetzgebung für ganz Deutschland durch die Reichsgewerbeordnung und vor allem durch deren Novellen aus den Jahren 1891, 1900, 1908 und 1911. Das neue Deutschland hat den Schutz der Arbeiter im Artikel 7 in die Weimarer Verfassung aufgenommen.

Für erwachsene männliche Arbeiter setzte die Gewerbeordnung weder einen Normal-Arbeitstag fest, noch eine Höchstzahl von Arbeitsstunden am Tage. Wohl aber kannte sie den sogenannten gesundheitlichen Höchstarbeits-tag. Der Bundesrat konnte nach der Gewerbeordnung für Gewerbe, in denen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit gefährdet wird, die Dauer der Arbeit, ihren Beginn und ihr Ende, und auch die Pausen vorschreiben. Bei Bäckereien, in Getreidemühlen, im Gastwirtsgewerbe und in der Groß-Eisenindustrie war von diesem Rechte der Gewerbeordnung schon lange Gebrauch gemacht worden. Daneben war für offene Geschäfte eine Mindestruhezeit von 10 Stunden, in größeren Orten von 11 Stunden, nach Beendigung der Arbeit vorgeschrieben. Außerdem eine angemessene Mittagspause. Von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh mußten die Geschäfte geschlossen sein. Wenn Zweidrittel der in Frage kommenden Geschäftsinhaber für ihren Ort den 8-Uhr-Ladenschluß verlangten, so mußte dem stattgegeben werden. In den preussischen Bergwerken durfte an Stellen, an denen die Temperatur mehr als 28 Grad Celsius war, nicht länger als 6 Stunden gearbeitet werden. Jede Ueber-schicht an solchen Stellen war verboten.

Der theoretische Sozialismus hat zunächst einen Normal-Arbeitstag für alle Arbeiter gefordert, ohne sich dabei auf eine bestimmte Stundenzahl festzulegen. Diese Forderung wurde von den sozialistischen Parteien aller Länder aufgenommen. Erst der Pariser internationale sozialistische Kongreß von 1889 proklamierte den Acht-Stundentag, der von den deutschen Sozialdemokraten 1891 in das Erfurter Programm aufgenommen wurde. Die Forderung fand in der Arbeiterschaft immer mehr Anhänger, zumal praktische Versuche in



SCHWER-ARBEITER

einzelnen Betrieben, wir erinnern vor allem an die Zeiß-Werke in Jena, außerordentlich günstig ausfielen, da durch intensivere Arbeitsleistung in der verkürzten Zeit für das Werk wie für die Arbeiter größere Gewinne erzielt wurden. Trotzdem man aufs erbitterteste darum gekämpft hat, gelang es den Arbeiterorganisationen vor dem Kriege nicht den Acht-Stundentag in Deutschland einzuführen. Als aber dann die Arbeiterschaft in den Novembertagen 1918 die politische Macht in den Händen hatte, da war eine der ersten Handlungen der Volksbeauftragten, seine allgemeine gesetzliche Einführung. Schon der Aufruf der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 kündigte ihn an. Eine Verordnung des Reichsamts für Wirtschaft und Demobilisierung vom 31. Dezember führte ihn dann ein. Seitdem darf für die Arbeiter aller gewerblichen Betriebe einschließlich des Bergbaues, aller öffentlichen Betriebe und der gewerblichen Nebetriebe der Landwirtschaft die regelmäßige tägliche Arbeitszeit, ausschließlich der Pausen, von Notarbeiten abgesehen, 8 Stunden nicht übersteigen. In den Verkehrsgewerben unterliegen die unvermeidlichen Ausnahmen besonderen Vereinbarungen. Ausnahmen können weiter die Demobilisierungskommissare gestatten. Für Bäckereien und Konditoreien wurde der Acht-Stundentag neben dem Nachtarbeitsverbot durch eine besondere Verordnung geregelt. Für die Landarbeiter hat die vorläufige Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919 die tägliche Höchstarbeitszeit auf durchschnittlich 8, 10 und 11 Stunden in je 4 Monaten festgesetzt, einschließlich der Wege vom und zum Hofe und im Sommer von mindestens 2 Stunden Ruhepause. Auch die Arbeitszeit der Beamten und Angestellten ist vorläufig auf 8 Stunden festgesetzt.

Im Laufe der Zeit hat sich immer mehr gezeigt, daß die schematische Durchführung des Acht-Stundentages in der Praxis nicht möglich ist. Aus den neuesten Jahresberichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten geht das besonders deutlich hervor. In ihnen wird teilweise ausdrücklich erklärt, daß die (scheinbare) Hochkonjunktur der letzten Zeit „eine überaus starke Belastungsprobe für den Acht-Stundentag gebildet hat, und zwar besonders in den zahlreichen Fällen, in denen die Dauer der Arbeitszeit, auf die Woche bezogen, unter acht Stunden herabging, d. h. wo sie nur 47, 46,

45 und 44 Stunden betrug. Aus diesem Grunde mußte die Zahl der Durchbrechungen des Acht-Stundentages in Gestalt der Ueberarbeitswilligen immer größer werden. Während im Jahre 1920 nur 2080 Betrieben mit 198 997 Arbeitnehmern die Genehmigung zur Ueberarbeit erteilt wurde, mußte sie 1921 bereits an 4613 Betriebe mit 534 155 Arbeitnehmern gegeben werden. Dabei hat sich die Zahl der Ueberarbeitsbewilligungen, bei denen es sich um mehrere Stunden handelte, erheblich vermehrt: z. B. wurde 1920 in 1529 Fällen Ueberarbeit über 1½—2 Stunden genehmigt; 1921 dagegen waren es schon 3934 solcher Fälle. Nicht mit eingerechnet in diese Zahl sind die nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten anscheinend recht häufig vorgekommenen Fälle, in denen ohne Veranlassung der Aufsichtsinstanzen nach stillschweigender Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Ueberarbeit geleistet wurde. Die Genehmigung zur Ueberarbeit hatten hauptsächlich eingeholt: Maschinenfabriken, Textilindustrie, Ziegeleien, Zuckerfabriken, die Konservenindustrie usw., kurzum die Betriebe derjenigen Gewerbe, die wegen des Absatzes ihrer Fabrikate oder wegen der zu verarbeitenden Gegenstände mehr oder weniger auf Saisonarbeit angewiesen sind.“

Aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten läßt sich übrigens auch feststellen, daß die einzelnen Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse oder zur Einholung von Arbeitsausfall (für Ueberarbeit wird in der Regel ein besonderer Zuschlag bezahlt) gern Ueberarbeit verrichten, daß dagegen die Arbeiterorganisationen grundsätzlich sich ablehnend verhalten und in dieser Richtung auf die ihnen angeschlossenen Mitglieder einen starken Druck ausüben. Die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit der schematischen Regelung der Arbeitszeit scheint also im Laufe der letzten Zeit doch wohl, trotz der Widerstände der Organisationen, erheblich an Boden gewonnen zu haben.

DAS ARBEITSNACHWEISGESETZ

Es hat lange gedauert, bis mit diesem Gesetze eine der Hauptforderungen der Arbeiterorganisationen erfüllt wurde. Erst im Sommer 1922 ist das vielumstrittene Gesetz unter Dach und Fach gebracht worden. Das Gesetz will einen Ausgleich von Arbeitsangebot und Arbeits-

nachfrage nach den Grundsätzen wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und sozialer Gerechtigkeit herbeiführen. Ein öffentlich-paritätischer Arbeitsnachweise soll planmäßig durch vergleichsweise Gegenüberstellung der Berufsmöglichkeiten in den verschiedensten Orten und Gegenden des Reiches den Ausgleich von Beruf zu Beruf ermöglichen. Den öffentlichen Arbeitsnachweisen bleibt es überlassen, durch eigene Leistungen sich auf dem Arbeitsmarkte Geltung zu verschaffen, während die gewerbmäßige Stellenvermittlung allmählich ausgeschaltet wird.

Bei den Beratungen über den Entwurf traten eine Reihe gegensätzlicher Auffassungen zutage. Den Angelpunkt der Verhandlungen bildete das Monopolrecht der öffentlichen Arbeitsnachweise und der Benutzungszwang der Arbeitsnachweise für die Arbeitgeber. Die Arbeitgeber aber wollen sich naturgemäß eine Bedienung sichern, die ihnen nicht irgendwelche Arbeiter zuweist, sondern solche, die in der Lage sind, ihre subjektiven Ansprüche zu befriedigen. Der Zwang für die Arbeitgeber, ihren Bedarf an Arbeitern nur bei den Nachweisämtern zu decken, widerspricht den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und bringt die Arbeitgeber in eine unerträgliche Abhängigkeit gegenüber den Arbeitsnachweisen. Es erscheint also die Forderung der Arbeitgeber nach Facharbeitsnachweisen als durchaus gerechtfertigt.

Um nun diesen besonderen Ansprüchen zu genügen, sieht das Gesetz Fachabteilungen vor, falls die Berufsvertretungen und Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine diesbezügliche Entscheidung treffen. Wohl die wichtigste Bestimmung des Gesetzes betrifft die Meldepflicht bei offenen Stellen

(§ 49). Es liegt hiernach im Ermessen des Reichsarbeitsministers, nach Anhörung des Verwaltungsrats beim Reichsamt für Arbeitsvermittlung anzuordnen, daß Arbeitgeber die offenen Stellen bei dem zuständigen Arbeitsnachweis anmelden müssen. Ein Meldezwang gilt jedoch nur bedingt für Arbeitnehmer, die der Kranken- oder Angestelltenversicherung unterliegen. Er gilt keineswegs für landwirtschaftliche Betriebe, die unter 5 Arbeitnehmern beschäftigen, sowie für Hausangestellte.

Ein kaum weniger wichtiges Zugeständnis macht das Gesetz in bezug auf die nichtgewerbmäßigen Arbeitsnachweise, die unter Aufsicht des Landesamts fortbestehen und neu errichtet werden können. Diese Zulassung muß nach dem Gesetz erfolgen, „wenn sich ergibt, daß nach der Eigenart des Berufs oder den Ansprüchen der Beteiligten an die Arbeitsvermittlung diese — zumindest für einen nennenswerten Teil der Beteiligten — auf absehbare Zeit besser durch eigene Einrichtungen wirtschaftlicher Vereinigungen oder öffentlicher Berufsvertretungen als durch einen öffentlichen Arbeitsnachweis ausgeübt wird“.

In der Praxis werden die strengen Forderungen des Gesetzes nicht restlos durchzuführen sein. Wer Spezialarbeiter braucht, wird immer durch einen Vermittler, der die Branche kennt, eine brauchbarere Kraft erhalten wie durch den Arbeitsnachweis, der, ohne sich um Sonderwünsche kümmern zu können, schematisch vorgeht. Auch der Arbeiter, soweit er Spezialkenntnisse hat, wird sich lieber an einen Privatvermittler wenden, um Arbeit zu bekommen, die ihm zusagt. Der beliebteste Vermittler dieser Art ist das Zeitungsinsert. Der gesetzliche Arbeitsnachweis wird aber immer ein guter Vermittler bleiben für ungelernete und rein mechanische Arbeiter.

DIE WIEDERAUFBAULIEFERUNGEN

Noch heute wird die Frage des praktischen Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs in allen daran interessierten Ländern lebhaft erörtert. Bereits im Juli 1919 hatte sich die deutsche Regierung bereit erklärt, in möglichst großem Umfange beim Wiederaufbau selbst mit tätig zu sein. Aber man lehnte den deutschen

Vorschlag ziemlich kühl ab. Später eingeleitete Verhandlungen gerieten ins Stocken, und auf eine an die Reparationskommission gerichtete Note der deutschen Regierung vom 22. April 1921, in der auf verschiedene Möglichkeiten der deutschen Mitarbeit am Wiederaufbau erneut hingewiesen wurde, erfolgte keine Antwort. Ebenso blieben Verhandlungen, die

zwischen den deutschen und französischen Gewerkschaften im Sommer 1921 über die Zusammenarbeit beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ohne Beteiligung der beiderseitigen Regierungen stattgefunden haben, auf den Gang der Dinge ohne Einfluß.

Allmählich hatte sich jedoch auch in Frankreich die Einsicht durchgesetzt, daß das im Friedensvertrag vorgesehene Lieferungsverfahren, was den Wiederaufbau Nordfrankreichs anlangt, nicht zum Ziel führen könne. So erklärt es sich, daß endlich als Ergebnis mehrmonatiger Verhandlungen mit der französischen Regierung über die zweckmäßigere Gestaltung des Verfahrens zur Durchführung der Sachlieferungen für den Wiederaufbau am 6. Oktober 1921 zwischen Rathenau und Loucheur

das Wiesbadener Abkommen

geschlossen wurde. Hier wurde in Form eines Rahmenvertrages zum erstenmal der Versuch gemacht, das Problem der Sachlieferungen der Lösung näherzuführen. Auf Grund dieses Abkommens sollte zur Lieferung von Baustoffen, Einrichtungs- und Betriebsgegenständen auf deutscher Seite eine Organisation geschaffen werden, die auf die Bestellung der in Frankreich bereits bestehenden Organisation der französischen Geschädigten im Wiederaufbaubereich die Lieferungen bewirken sollte, und zwar Lieferungen nur insoweit, als sie mit den Notwendigkeiten der Rohstoffversorgung, den Produktionsmöglichkeiten Deutschlands und seinen sonstigen inneren Bedürfnissen vereinbar sind. Die Preisfestsetzung sollte grundsätzlich im Wege unmittelbarer Verständigung zwischen Besteller und Lieferer erfolgen.

Neben diesem Abkommen, das auf beiden Seiten heftig umstritten wurde, erfolgte zu Anfang des Jahres 1922 der Abschluß verschiedener Zusatz- bzw. Ergänzungsabkommen. Das Wiesbadener Abkommen war insbesondere von französischen Industriekreisen erbittert befochten worden. Was sie vor allem störte, war der mit dem Wiesbadener Abkommen verbundene Zwang zur Errichtung von Anforderungsverbänden, der eine glatte Abwicklung der Lieferungen zu schematisieren und zu bürokratisieren drohte. Im Interesse aller Beteiligten erwies es sich daher als zweckmäßig, anstatt der Sachlieferungen von Organisation zu Organisation den

freien Verkehr zwischen den alliierten Bestellern und den deutschen Lieferanten zuzulassen. Auf diesem Grundsatze beruht das am 2. Juni 1922 zwischen Deutschland und der Reparationskommission abgeschlossene

Cunke-Bemelmans-Abkommen.

Es führt den freien Verkehr mit denjenigen alliierten Mächten mit Ausnahme Frankreichs ein, die dem Abkommen beizutreten wünschen. Als dieses Abkommen paraphiert wurde, entstand in Frankreich der Wunsch nach einem gleichen Abkommen. So erfolgte der Abschluß des Ruppel-Gillet-Abkommens, das die Anwendung des sogenannten Bemelmans-Abkommens auf Frankreich und die dadurch bedingte Abänderung des Wiesbadener Abkommens regelt. Auf deutscher Seite besteht der Vorzug dieser beiden Abkommen gegenüber den Wiesbadener Vereinbarungen im wesentlichen darin, daß die Verpflichtung des mühevollen Aufbaus einer deutschen Lieferungsorganisation durch den freien Verkehr ersetzt ist. Nach einem Nebereinkommen der deutschen und der französischen Regierung gelangen die Bestimmungen des Wiesbadener Hauptabkommens und des Ruppel-Gillet-Abkommens vom 20. Juli 1922 ab zur Anwendung. Von diesem Tage ab gilt deshalb für die Reparationslieferungen an Frankreich, soweit sie für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestimmt sind, der freie Verkehr nach Maßgabe des Cunke-Bemelmans-Abkommens, das, nachdem die belgische Regierung ihren Beitritt erklärt hat, Belgien gegenüber mit Wirkung vom 15. September 1922 ab in Kraft getreten ist. Ausgenommen vom freien Verkehr sind gewisse in einer besonderen Liste zusammengestellte Waren, für die die Bestimmungen des Wiesbadener Abkommens gelten. Alle diese Vereinbarungen haben den Zweck, die von Deutschland zu bewirkenden Sachlieferungen in einem zugleich einfachen und schnellen Verfahren auszuführen. Für Deutschland ist wesentlich, daß diese Abkommen die Umwandlung von Geld in Sachleistungen bewirken, und daß auf diese Weise im Gegensatz zu den sonstigen Reparationsleistungen eine für die deutsche Volkswirtschaft immerhin produktivere Erfüllung eines Teiles der durch den Friedensvertrag Deutschland auferlegten Verpflichtungen ermöglicht wird. Die Lieferun-

gen unterliegen der deutschen Ausfuhrkontrolle. Die ausgeführten Waren dürfen ausschließlich im Gebiet des beteiligten alliierten Staates verwendet oder verarbeitet werden, so daß also eine Wiederausfuhr ausgeschlossen ist. Mit der Durchführung der Abkommen ist auf deutscher Seite der Reichskommissar zur Ausführung von Wiederaufbauarbeiten im zerstörten Gebiet beauftragt worden. Die Bezahlung des Kaufpreises der Sachlieferungen erfolgt durch die Deutsche Regierung (Friedensvertrag-Abrechnungsstelle). Der französische Besteller übermittelt dem deutschen Lieferanten für die fälligen Zahlungen einen Scheck, der vom Reichskommissar zur Ausführung von Wiederaufbauarbeiten im Auftrage der Deutschen Regierung ausgestellt ist. Die Bezahlung der Schecks erfolgt in Papiermark unter Umrechnung der im Vertrage festgesetzten Beträge über den amerikanischen Dollar. Ueber den bei der Umrechnung zugrunde zu legenden Kurs sind nähere Bestimmungen getroffen worden.

Die erste praktische Auswirkung der zwischen der Reichsregierung vereinbarten Abkommen über Sachlieferungen im freien Verkehr hat der vor kurzem veröffentlichte

Stinnes-Lubersac-Vertrag

gezeigt. Kontrahenten sind auf deutscher Seite Hugo Stinnes und auf französischer Seite der Marquis de Lubersac, der Präsident der Vereinigung der Wiederherstellungs-Genossenschaften der zerstörten Gebiete. Im

Rahmen der vorhin skizzierten Abkommen ist es gelungen, einen Vertragstext zu formulieren, der diesen Abkommen praktische Geltung verleiht, und der es ermöglicht, positive Wiederherstellungsarbeit in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs zu leisten.

Auf die Bedeutung dieses Vertrages und seiner voraussichtlichen Auswirkungen im einzelnen kann hier nicht eingegangen werden. Erwähnt sei nur, daß diesem Lieferungsvertrag ähnliche Verträge gefolgt bzw. vorangegangen sind, von denen vor allem der zwischen dem Lehrer- von Siemens-Konzern (Vereinigte Baustoffindustriellen) und der Vereinigung der bedeutendsten französischen Bauunternehmer-Gruppen abgeschlossene genannt sei. Es handelt sich hier um eine Parallelvereinbarung zu dem Stinnes-Lubersac-Vertrag. Gegenstand dieses Abkommens ist ein gemeinschaftlich aufzustellendes Programm für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Ebenso ist auch auf deutscher Seite der „Verband sozialer Baubetriebe“, eine Vereinigung, die den freien Gewerkschaften nahe steht, zur Beteiligung am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete aufgefordert worden. Daneben schweben eine Anzahl ähnlicher Verhandlungen, die durchaus selbständigen Charakter haben und zu den genannten Abkommen in keinerlei Beziehungen stehen. Von besonderer Wichtigkeit ist auch die Tatsache, daß das französische Wiederaufbau-Ministerium einer Verwendung deutscher Arbeitskräfte bis zu einem gewissen Prozentsatz der Gesamtarbeiterzahl zugestimmt hat.

DIE KONFERENZ VON GENUA

Die großen Hoffnungen, die die öffentliche Meinung in Deutschland auf die Beratungen von Genua setzte, haben sich nicht erfüllt und konnten sich auch nicht erfüllen. Trotzdem sind die Ergebnisse von Genua auch nicht zu unterschätzen. Schon daß Deutschland überhaupt eingeladen wurde und mit verhandeln konnte, war ein Erfolg. Daß die Reparationsfrage

auf Frankreichs Wunsch nicht behandelt werden durfte, war vielleicht gar kein so großes Unglück. Denn eine für Deutschlands günstige Lösung konnte damals noch nicht herbeigeführt werden und der bei den Beratungen über diesen Gegenstand sicher zu erwartende Konflikt zwischen England und Frankreich wäre schließlich sicher wieder auf Kosten Deutschlands überbrückt worden. Die Konferenz

hat aber Erkenntnisse von weittragender Bedeutung gebracht, denen sich auch die Völker der Entente nicht verschließen können, und die einer sachlichen Erörterung des Reparationsproblems, die vorher nicht möglich war, z. T. schon zugute gekommen sind. Da ist zunächst die Erkenntnis, daß die Kriegsterminologie mit den Ausdrücken „Sieger“ und „Besiegte“ verschwinden muß, wenn an einen Wiederaufbau Europas gedacht werden soll. Daneben hat sich in allen Sachverständigen-Verhandlungen ergeben, daß dieser Wiederaufbau Europas nicht wirksam beginnen kann, ehe nicht das Reparationsproblem gelöst ist. Auch ist Frankreich mit allem Nachdruck klar gemacht worden, daß es bei Ergreifung irgendwelcher Gewaltmaßregeln, zu denen es gerade damals und in der Folgezeit auch öfters große Lust zeigte, allein stehen würde. Die Gefahr solcher Maßnahmen ist dadurch unbedingt verringert worden. Frankreich mußte fernerhin einsehen, daß außer ihm Belgien und etwa der Kleinen Entente niemand mehr gewillt ist, die Friedensverträge als unabänderlich zu betrachten, und daß die Welt heute anders aussieht, als zur Zeit der Versailler Friedenskonferenz.

Aber auch etwas Wirkliches und Bleibendes brachten unsere Unterhändler mit nach Hause: den mit den Russen abgeschlossenen Vertrag von Rapallo, der schon deswegen sicher große Vorteile für Deutschland in sich bergen muß, weil die Entente über sein Zustandekommen so sehr böse war. Der Rapallovertrag, dessen wirtschaftliche Möglichkeiten zwar erst entwickelt werden müssen, kann vorbildlich werden für andere Völker, die unter sich Kriege zu liquidieren haben, und seine politische Bedeutung drückt sich schon in der Tatsache aus, daß Deutschland, das bis dahin ohnmächtige, dessen politische Macht unter die der Tschechoslowakei gesunken war, als Vermittler auftreten konnte.

Der Rapallo-Vertrag hat auch bei uns in Deutschland heftige Gegner gefunden. Diese hätten aber gewiß noch viel härtere Worte der Kritik gefunden, wenn die deutsche Delegation gewartet hätte, bis sich der Ring der Versailler Signaturmächte, vermehrt durch Rußland, aufs neue geschlossen hätte und Deutschland bei der Besprechung des Russenproblems sich völlig hätte ausschließen lassen. Diese Gefahr bestand und konnte nur durch Abschluß des Vertrages abgewendet werden.

Frankreich ist nach den Verhandlungen in Genua in seinen Handlungen erheblich vorsichtiger geworden. Genua hat ihm gezeigt, daß niemand seine Rechte auf Entschädigung und den Wiederaufbau seiner zerstörten Provinzen bestreitet. Aber es hat auch gesehen, daß sich nicht nur die deutsche, sondern die öffentliche Meinung Europas dagegen wendet, daß es Unmögliches verlangt und, um die Unmöglichkeit mit Gewalt durchzusetzen, den Frieden Europas aufs neue zu stören droht. Daß Frankreich dies während der Genuakonferenz mit vollem Nachdruck klargemacht wurde, daß es erfahren mußte, daß es, wenn es zum Ärgsten kommt, weder auf den Beistand Englands oder Italiens noch selbst auf den Polens oder der Kleinen Entente mit Sicherheit rechnen darf, liegt nicht zum wenigsten im Interesse Frankreichs selbst.

Am besten hat die Ergebnisse der Genuakonferenz im Hinblick auf die Deutschland interessierenden Fragen die große Schlußrede Walter Rathenaus zusammengefaßt. Sie verdient mehr als eine flüchtige Zeitungslektüre und soll darum hier folgen. Die Rede gliedert sich nach den vier großen Wahrheiten, die Rathenau als Ergebnis der Verhandlungen bezeichnet, und lautet in ihren wichtigsten Teilen:

„Der Abschluß der provisorischen Arbeiten der Konferenz gestattet uns, einen Ueberblick über die weltgeschichtlichen Leistungen der Konferenz, die erst in den kommenden Jahren mehr und mehr hervortreten werden, und für die Europa der Genueser Konferenz Dank schuldet. Es wäre ein unberechtigter Optimismus, zu hoffen, daß durch den Abschluß dieser Arbeiten die Weltkrise sofort eine merkliche Linderung erfährt. Eine solche Besserung der allgemeinen Weltlage wird erst dann eintreten, wenn eine Reihe von Prinzipien erfüllt sind, die in den Beratungen der Kommissionen mit immer wachsender Deutlichkeit hervortraten, wenn sie vielleicht auch nicht ihren vollen Ausdruck in den niedergelegten Leitfäden gefunden haben. Indem ich mich an die der Konferenz gezogenen Grenzen auf das strikteste halten werde, will ich versuchen, die vier großen und unausgesprochenen Wahrheiten darzulegen, die mir aus den Beratungen hervorzugehen scheinen und die, wie ich glaube, unbedingte

Voraussetzungen für eine Gesundung der Weltwirtschaft bilden.“

Rathenau führte dann weiter aus:

„Die erste dieser Wahrheiten lautet: **Die gesamte Verschuldung der Länder ist zu groß im Verhältnis zu ihrer Produktionskraft.** Alle hauptsächlichsten Wirtschaftsänder sind in einen Verschuldungskreis hineingezogen, der die meisten gleichzeitig zu Gläubigern und Schuldern macht. In ihrer Eigenschaft als Gläubiger wissen die Staaten nicht, wieviel sie von ihrem Guthaben erhalten werden, in ihrer Eigenschaft als Schuldner wissen sie nicht, wieviel sie zahlen können und müssen. Ueberhaupt kann kein Staat einen wirklichen Haushalt aufstellen, kein Staat kann es wagen, sich in große umfangreiche Neueinrichtungen einzulassen, die seine Wirtschaft verbessern und die dem Geldmarkt neue Nahrung geben. Kein Staat kann auf eine gesicherte Stabilisierung seiner Zahlungsbilanz und damit auf seine Wechselkurse vertrauen, mit Ausnahme jenes einen großen Reiches, das niemanden schuldet und Gläubiger aller ist, nämlich Amerika, ohne dessen Beteiligung der Wiederaufbau Europas unmöglich wird. Vor allem aber können den überschuldeten Ländern neue Mittel, deren sie bedürfen, nicht zugeführt werden, denn die Ueberschuldung liegt vor aller Augen zutage, und so wenig ein freier Gläubiger bereit sein kann, Devisen zur Verfügung zu stellen, so wenig darf ein überlasteter Schuldner es wagen, sie anzunehmen. Auch in früheren Zeiten waren die Staaten untereinander verschuldet, aber diese Schuld stand in einem Verhältnis zur Produktionskraft und entsprach überdies verbenden Anlagen.

Die heutige Verschuldung beläuft sich auf mehr, als die Staaten in Jahrzehnten ersparen und abzahlen können. Sie ist somit eine finanzielle Realität. Eine wirtschaftliche Realität aber ist sie insofern, als sie den Produktionsprozeß der Welt hemmt. Es bleibt somit nur derjenige Weg übrig, der von einzelnen Wirtschaftsobjekten stets beschritten wurde, wenn ihre Verschuldung die Produktionskraft überstieg, nämlich der Weg der Sanierung und des Schuldaubbaues.

Rathenau fuhr dann fort: Diese Erfahrungen seien bald in Vergessenheit geraten und nicht

beachtet worden. Man müsse sie wieder hervorholen. Unter allen Uebeln, unter denen die Welt leide, sei die Störung des Gleichgewichts der Produktion das verhängnisvollste. Der Krieg habe in allen Ländern Industrien entstehen lassen, die nicht lebensfähig seien und habe die Produktion ins Riesenhafte, weit über das Rationelle hinaus gesteigert. Die Völker müßten dies erkennen und zur Heilung schreiten. Die Kommission habe geglaubt, auf die außerordentliche Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktion hinweisen zu müssen. Die Steigerung der industriellen Produktion, die viele Kräfte vom Lande in die Stadt gezogen habe, habe eine Verminderung der landwirtschaftlichen Produktion bewirkt. Die landwirtschaftliche Unterproduktion sei gleichbedeutend mit einer Hungersnot. Es käme darauf an, die landwirtschaftliche Bevölkerung zu belehren. Gleichfalls hohe Bedeutung komme der Frage der Rohstoffe zu. Der Kriegszustand habe die Wirtschaft der Rohstoffe in Unordnung gebracht. Die spekulative Periode habe große industrielle Störungen, auch solche des Handels, hervorgerufen. Die Schutzmaßnahmen der einzelnen Staaten hätten einen aggressiven Charakter angenommen, und es sei dazu gekommen, daß die Rohstoffe zur Verarbeitung zu Bedingungen geliefert würden, die jede Konkurrenz stilllegen. Die Kommission glaubte, hiergegen ein System wirksamer Garantien gefunden zu haben. In wirksamer Weise sei auch die Frage des Austausches unter den einzelnen Staaten behandelt worden. Der Redner weist darauf hin, wie die umgesetzte Zonnage seit 1913 auf die Hälfte gefallen sei. Weiterhin weist er auf die Arbeitslosigkeit und die Störungen auf dem Markt der Rohstoffe hin. Das prohibitive System in den einzelnen Staaten sei hauptsächlich schuld daran.

Die zweite der ausgesprochenen Gemüeser Wahrheiten scheint mir zu liegen in dem Satz, daß **kein Gläubiger seine Schuldner am Bezahlen der Schulden hindern sollte.** Wenn ein einzelnes Individuum einem anderen Geld schuldet, so kann verlangt werden, daß zur Auszahlung eine vereinbarte Münze verwendet wird, und es ist Sache des Schuldners, solche Münzen sich zu verschaffen, wie sie am Markte in jeglichem Umfange stets erhältlich sind. Ein Land jedoch kann einem andern auf die Dauer

seine Schulden nur in Gold bezahlen und wenn es Gold nicht produziert oder nicht in größerem Umfange besitzt, in Gütern. Eine Zahlung in Gütern aber ist dann nur möglich, wenn der Gläubiger sie gestattet. Verbietaet er sie, so tritt Zahlungsunfähigkeit ein, und erschwert er sie durch Zölle oder durch andere hindernde Maßnahmen, so wird der Betrag der Schuld willkürlich vermehrt; denn wenn um so viel mehr Waren geliefert werden als erforderlich ist, um die auferlegten Lasten zu bezahlen, dann wird das Zahlungsmittel entwertet und somit die Schuldsumme erhöht. Es sollte somit jedes Land, das Zahlungen zu empfangen wünscht, seinen Schuldnern solche Erleichterungen der Einfuhr gewähren, die es ihm ermöglichen, den verschuldeten Betrag ohne unwillkürliche Erhöhung zu leisten.

Die dritte der Wahrheiten ist vielleicht am deutlichsten zum Ausdruck gekommen und ausgesprochen in dem Satz, daß die Weltwirtschaft erst dann wieder hergestellt werden kann, wenn ein **imponderabler Wert wieder gewonnen ist, nämlich das wechselseitige Vertrauen.** Dieses Vertrauen kann aber nur wiedergehen, wenn die Welt im wahren Frieden lebt.

Der heutige Zustand der Welt ist nicht Frieden, sondern ein Zustand, der dem Kriege ähnlich ist, jedenfalls ist es kein vollkommener Friede. Leider ist in den einzelnen Ländern die öffentliche Meinung noch nicht demobilisiert. Die Ueberreste der Kriegspropaganda zirkulieren noch immer und belasten die Atmosphäre. Jeder, der seine Mittel und seine Arbeit einem Lande anvertraut, hat daher mit der Gefahr zu rechnen, daß dieses Land binnen kurzem durch Verhältnisse höherer Gewalt, die nicht in Naturereignissen, sondern in politischen Ereignissen liegen, gefährdet und verwandelt werden kann. Vor allem ist die Erkenntnis nicht gesichert, daß ein Schuldner, zumal wenn er verarmt ist, der Schonung bedarf, und daß er unfähig wird, zu leisten, wenn ihn die Mächte der Möglichkeit dazu, namentlich seines Kredites berauben. Daß dies tatsächlich die Imponderabilien sind, die den ehemals so großen Austausch des Produktions- und Konsumtionsverkehrs hemmen, geht aus der Tatsache hervor, daß die Produktionsmittel der Welt nahezu vollkommen erhalten

sind. Selbst wenn man alle tief bedauerlichen Zerstörungen des Krieges und vor allem der Nachkriegszeit in Rechnung zieht, darf man annehmen, daß im gesamten Produktions- und Verkehrsapparat selbst mehr als 90 Prozent erhalten sind. Die gewaltigen und tief beklagenswerten Zerstörungen innerhalb des russischen Reiches greifen in den Welthandel nur mit etwa drei Prozent ein. Trotz der großen Menschenverluste des Krieges sind aber die menschlichen Produktionskräfte fast vollständig erhalten, denn sie haben sich in starkem Umfange ergänzt. Wenn somit die Geldmaschinerie nicht arbeitet, obgleich sowohl ihre Substanz wie ihre Triebkräfte fast vollständig erhalten sind, wenn auf der einen Seite Millionen von Händen feiern, auf der anderen Seite Millionen von Menschen hungern, wenn auf der einen Seite unzählige Gütermengen unverkäuflich sich aufstapeln, auf der anderen Seite an den gleichen Gütern der schwerste Mangel besteht, so liegt das daran, daß die wechselseitige Verschuldung als psychologisches Moment wirkt. Als weitere psychologische Momente sind der mangelnde Friedenszustand und das mangelnde Weltvertrauen bestimmend.

Wenn man sich nun fragt, ob es denn wirklich kein Mittel gibt, die erschöpften Kräfte des Weltaustausches neu zu beleben, die Maschinerie der Weltproduktion von neuem in Bewegung zu setzen, so ergibt sich die vierte der unausgesprochenen Thesen, nämlich die, daß **nicht durch irgend einen oder zwei Käufer, sondern durch das Zusammenwirken aller in den ökonomischen und Weltproblemen neue Bewegung zugeführt werden kann.** Wie sollte auch nach einem Zerstörungswerk sondergleichen die Welt geheilt werden, wenn nicht sämtliche Länder der Erde sich dazu entschließen, gemeinschaftlich Abhilfe zu bringen. Durch ein universelles Opfer der Welt allein kann die leidende Menschheit und eine leidende Welt geheilt werden. Niemals ist ein Wiederaufbau anders gelungen als durch Aufwendung gewaltiger neuer Mittel. Solche Mittel werden nicht aufgebracht werden, solange ein jedes Glied der Weltwirtschaft mit wenigen Ausnahmen überschuldet ist. Das erste Opfer wird somit in dem allgemeinen Abbau des Verschuldungskreises zu suchen sein. Das weitere Opfer besteht in der gemeinsamen

Aufbringung großer neuer Mittel für den Wiederaufbau, sei es auf dem Wege allgemeiner und wechselseitiger Kredite, sei es auf anderen Wegen, deren Erörterung zu weit führen würde.

Dass die Genuefer Konferenz zur Erörterung dieser Fragen geführt hat, ist eine Tatsache, die in der Geschichte Europas unvergessen bleiben wird. Ein weiteres historisches Ergebnis der Konferenz erblickt die deutsche Delegation in der Annäherung des großen, schwerbedrängten russischen Volkes an den Kreis der besten Nationen. Durch manche Aussprachen hat Deutschland sich bemüht, zu einer Annäherung der beiderseitigen Gesichtspunkte beizutragen.

DIE STABILISIERUNG DER MARK

Die Bestrebungen, die in den Abgrund tausende Mark zu stützen, gehören zu den allerwichtigsten Problemen des Wiederaufbaus. Wir werden in einem späteren Abschnitt die vergeblichen Marktstützungsversuche des Kabinetts Cuno zu betrachten haben. Hier soll zunächst nur einmal das Problem festgelegt werden und die Vorschläge führender wirtschaftlicher Theoretiker im Inland und Ausland sollen ihren Platz finden. Man wird nicht erwarten, daß unser Buch die Lösung dieser schwierigen Frage gibt. Was es geben kann, ist lediglich Material für eigenes Nachdenken über das wichtige Problem. Am besten unterrichten über die Frage zwei Gutachten, die in knapper und klarer Form zu der Frage Stellung nehmen. Das eine ist von dem deutschen Parlament der deutschen Wirtschaft, dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat aufgestellt, das andere stammt von den ausländischen Finanzsachverständigen, die Anfang November 1922 auf Einladung der Reichsregierung zur Begutachtung der Frage in Berlin zusammengetreten sind. Das Gutachten des Reichswirtschaftsrates lautet: „Der Zusammenbruch der Währung, wie er sich in den letzten Wochen vollzogen hat, bedroht Deutschland mit einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Katastrophe. Schon der jetzige Tiefstand der Mark wird, wenn er länger anhält und im inneren Preisniveau voll zur Auswirkung kommt, verheerende Folgen für den Lebensstandard und selbst für die Existenzfähigkeit ganz großer Schichten hervorrufen, noch

tragen. Deutschland hofft durch die Fortsetzung der beiderseitigen Besprechungen das Werk des Friedens zwischen Ost und West zu fördern. Für den Schutz, der Italien diesem Werk des allgemeinen Friedens gewährt hat, schuldet die Welt dieser hochherzigen Nation und ihren Führern den tiefsten Dank. Die Geschichte Italiens ist älter als die der meisten Nationen. Auf diesem Boden sind mehr als einmal große Weltbewegungen entstanden. Übermals, und hoffentlich nicht vergebens, haben die Völker der Erde ihre Augen und Herzen zu Italien erhoben in der tiefen Empfindung, der Petrarca den unsterblichen Ausdruck verliehen hat: E cominciai gridar: O pace, pace, pace!“

mehr, wenn die Entwertung der Mark sich ungehemmt fortsetzen sollte. Dieser Katastrophe mit allen Mitteln entgegenzuwirken, ist darum die Pflicht der verantwortlichen Reichsregierung. Voraussetzungen für eine dauernde Stabilisierung sind:

1. Eine Neuregelung der Reparationsverpflichtungen, die Deutschland von untragbaren Lasten befreit und ihm eine mehrjährige Atempause zur inneren Kräftigung gewährt.

2. Eine Sanierung des öffentlichen Haushalts: Die Geldentwertung hat, weil sie die Ausgaben viel schneller als die Einnahmen wachsen läßt, von neuem zu einer rapiden Vermehrung der schwebenden Schuld geführt. Es ist unbedingt geboten, schleunigst für den gesunkenen Geldwert entsprechende Mehreinnahmen, daneben für eine mögliche Ermäßigung der Ausgaben zu sorgen, insbesondere durch Sparsamkeit und Vereinfachung in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen.

3. Eine Intensivierung und Rationalisierung der Produktion: Die Geldentwertung, die jeden Spartrieb vernichtet, hat bei der Arbeiterschaft den Willen zur Arbeitsintensivität, bei der Unternehmerschaft, die sich durch Scheingewinne vielfach über den tatsächlichen Niedergang täuschen läßt, den Trieb zur höchsten Qualitätsleistung und zur sorgsamsten Kalkulation gelähmt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen erkennen, daß hier die Rückkehr zum Verantwortungsbewußtsein der Vorkriegszeit unbedingte Notwendigkeit ist.

Als Einleitung der erst später und nur unter diesen Voraussetzungen zu erreichenden Stabilisierung muß jetzt eine Regulierung des Marktkurses einsetzen, die der künftigen Stabilisierung den Weg bahnt. Dazu ist erforderlich, daß der Wirtschaft für die nächste Zeit diejenigen Devisenbeträge zur Verfügung gestellt werden, die sie für den unmittelbaren, realen Bedarf nötig hat. Dabei ist die Mitwirkung der Reichsbank nicht zu entbehren. Voraussetzung für dieses Vorgehen ist die Zustimmung der Reparationskommission und die Erlangung einer auswärtigen Stabilisierungsanleihe.

Nur im Zusammenhang mit einem solchen Regulierungsversuche können technische Maßnahmen einen Erfolg in Aussicht stellen, die darauf abzielen, der neben dem realen Devisenbedarf der Wirtschaft einhergehenden vermeidbaren Nachfrage nach Devisen entgegenzutreten: die Neuorganisation des Devisenverkehrs, die Regelung des Devisenverkehrs mit dem Verbot von volkswirtschaftlich nicht unbedingt notwendigen Devisenkäufen und Devisenverwendungen.

Der Ausschuß empfiehlt ferner die Ausgabe eines wertbeständigen Anlagepapiers, das die natürlichen Bedürfnisse weitester Volksschichten nach Erhaltung ihrer Vermögenssubstanz befriedigt, sie vom Kaufen von Devisen abhält und dadurch die normale Spartätigkeit wieder ermöglicht und anregt, ohne die der Wiederaufbau und die Stärkung der Produktion nicht geleistet werden kann. Es geht nicht weiter an, einem Teile des Volkes jede Sicherung seiner Kaufkraft und seiner Wirtschaftsgrundlage vorzuenthalten, wo die Erfahrung lehrt, daß man durch keine gesetzlichen Maßnahmen den Großverkehr hindern kann, die Goldberechnung für sich einzuführen. Die Schatzscheine müssen entweder auf Gold basiert oder es müssen solche Steuern für die Fundierung der Anleihe reserviert werden, deren Ertrag sich selbsttätig mit der Steigerung der Devisenkurse erhöht, und zwar möglichst solche Steuern, die auf Transaktionen einkommen, die mit Deviseneinnahmen von Handel und Industrie verbunden sind. Der Ausschuß hält es für erwägenswert, die Goldanleihe mit einer kursgesicherten Kreditaktion für Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft zu verbinden.

Für eine unfundierte Goldanleihe des Reiches würde der Ausschuß die Verantwortung ablehnen.“

Von den ausländischen Sachverständigen wurden zwei Gutachten abgegeben, die sich sachlich nicht wesentlich unterscheiden. Das Gutachten des Holländers Vissering, das Dubois und Ramentla mit unterzeichnet haben, kommt lediglich in seiner Sonart Frankreich entgegen, betont aber mit gleichem Ernst die Notwendigkeit der Mark-Stabilisierung für das europäische Wirtschaftsleben. Das Gutachten der Engländer Brand und Keynes, des Schweden Gustav Cassel und des Amerikaners Jenks gliedert in folgenden praktischen Vorschlägen:

1. Gegen die Zustimmung zum Aufschub aller Zahlungen aus dem Vertrage von Versailles für die Dauer von 2 Jahren sollte die deutsche Regierung der Reparationskommission folgende Entscheidungen garantieren:

- a) in Berlin ist als besonderer Teil innerhalb der Organisation der Reichsbank eine unabhängige Währungsstelle zu schaffen, der die Reichsbank einen angemessenen Teil ihrer Goldreserven zur Verfügung zu stellen hätte;
- b) solange ein Teil dieses Goldes noch frei ist, hat die Währungsstelle Papiermark bei Angebot zu einem festzusetzenden Kurs zu kaufen; dieser feste Kurs wäre nach den Grundsätzen zu bestimmen, die im ersten Teil unseres Berichtes entwickelt sind;
- c) der Gesamtbetrag der schwebenden Schuld darf nicht über eine bestimmte Ziffer hinaus anwachsen. Weitergehender Kreditbedarf des Reiches wäre durch fundierte Anleihe zu decken.

An diesen Grundsätzen dürfte ohne Genehmigung der Reparationskommission nichts geändert werden. Ferner müßte einerseits die Reparationskommission, andererseits das Reich die Mittel der Währungsstelle von allen Eingriffen freihalten.

2. Nachdem die Genehmigung der Reparationskommission zu Vorstehendem eingeholt ist, wären folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- a) Ein internationales Finanzkonsortium wäre zur Mitarbeit bei der finanziellen Stützungsaktion einzuladen.
- b) Eine Devisenreserve in der erforderlichen Höhe wäre auf Basis des Goldes,

das der Währungsstelle zur Verfügung steht, zu schaffen, gleichzeitig mit den Vorschüssen, die vom internationalen Konsortium von Zeit zu Zeit auf Basis geeigneter Sicherheiten einzuräumen wären.

c) Die Beseitigung aller Devisenverordnungen und die Wiederherstellung freien und ungehemmten Verkehrs in Devisen und ausländischen Wertpapieren.

3. Die Währungsstelle hätte Devisen bei Nachfrage (nach den Grundätzen des Verkehrs mit Golddevisen) je nach der Marktlage gegen Papiermark zu festgesetzten Kursen zu kaufen und zu verkaufen, wobei der Briefkurs während der ersten Zeit nicht mehr als 5 v. H. über dem Geldkurs liegen dürfte.

4. Der Reichsbankdiskontsatz müßte hinreichend hinaufgesetzt und teures Geld solange aufrecht erhalten werden, bis die Stabilisierung völlig gesichert ist; dagegen müßten in weitest möglicher Weise Handelswechsel diskontiert und Lombardvorschüsse gegen alle üblichen Sicherheiten für den legitimen Bedarf des Handels eingeräumt werden.

5. Um für ihre Devisenreserven einen möglichst hohen Betrag von den ungenutzten Devisen des deutschen Privatpublikums unter Bedin-

gungen erhalten zu können, die das nötige Vertrauen schaffen, hätte

a) die Währungsstelle Goldschatzwechsel (in Gold rückzahlbar) mit Garantie der Reichsbank mit ein- bis zweijähriger Laufzeit zu einem angemessenen Zinssatz auszugeben, und zwar gegen Sorten, Devisen in Form von Auszahlung usw.

b) die Währungsstelle würde Devisen Kassakäufe und auf Termin wieder verkaufen mit den angemessenen Margen für die einzelnen Termine.

6. Da eine erweiterte Notenzirkulation für den geschäftlichen Bedarf des Landes erforderlich ist, sobald es zu normalen Bedingungen zurückkehrt, wären Noten soweit wie möglich auszugeben durch:

a) Diskontierung von Handelswechseln und Gewährung von Lombardkrediten an den Handel durch die Reichsbank und

b) Verkauf von Mark durch die Währungsstelle gegen Devisen; daneben auch, allerdings in so geringem Umfange wie möglich und höchstens während eines Zeitraumes von 6 Monaten gegen weitere Reichsschatzanweisungen, die zur Deckung des Defizits im Staatshaushalt in der Uebergangszeit ausgegeben werden müßten, bevor das Budget ins Gleichgewicht gebracht werden kann.

DER ZUSAMMENSCHLUSS DER KRÄFTE

Immer wieder mußte im ersten Teile dieses Buches darauf hingewiesen werden, daß das deutsche Volk seinen Niedergang und seine Leiden stets der unseligen Zwietracht in der Volksgemeinschaft zu verdanken hatte. Voraussetzung für ein dauerndes Neuerstehen nach diesen Zeiten schlimmsten Tiefstandes ist darum: Die Einigkeit des Volksganges und der Zusammenschluß aller Kräfte mit dem einzigen Ziele: „Wir wollen wieder nach oben!“ Stämme- und Stände Politik muß heute ruhen und hat sich willig der Vaterlandspolitik unterzuordnen. Bei unserer tiefen Not bedeutet Zersplitterung sicherer Untergang. Hauptanforderung ist: Sammlung, brüderliches Handeln und Sichverstehen. Dies sollen die Worte von Deutschlands größtem lebenden Dichter unterstreichen, dessen 60sten Geburtstag soeben das ganze deutsche Volk mitfeiert. Gerhart Haupt-

manns Ansprache auf der Niederdeutschen Woche 1922 in Bremen gehört zu den schönsten Dokumenten zur Zeitgeschichte. Sie lautet: „Lassen Sie mich in der freien Reichs-, Hanse- und Seestadt Bremen den oft gebrauchten Vergleich einer staatlichen Einheit mit einem Schiffe heranziehen. Der eigentliche Sturm ist vorüber sein. Er hat dem wackeren Schiffe von drei Masten zwei abgerissen genommen und einen halben abgeschlagen. Das Steuer des Schiffes ist ladiert. Die Fracht zum großen Teil über Bord geworfen. Der Rest der Ladung ist dermaßen durcheinander geschüttelt, daß eine Gleichgewichtsstörung eingetreten ist und das Schiff auf der Seite liegt. Bei alledem ist der Sturm zwar vorüber, aber die Dünung, der Seegang beinahe noch ebenso hoch, so, daß alle Augenblicke immer noch grobe Seen über Deck spülen. Ich glaube, daß dieses Beispiel für die heutige Lage Deutschlands leider zutreffend ist.

Man muß es aber noch weiter ausbauen, wenn man diese Lage noch eingehender beleuchten will.

Das Schiff sei mit Passagieren gefüllt. Außer der Mannschaft mit ihrem Kapitän haben wir die besetzte erste, ebenso die zweite Kajüte und das Zwischendeck. Viele aus jeder Klasse hat der Sturm über Bord gespült, viele gingen auf andere Weise zugrunde. Die übrigen sind, ähnlich der Ladung, durcheinander geschüttelt. Der Kapitän, die Steuerleute, die die Reise unternahmen, das Schiff im Sturm geführt haben, sind über Bord. Die Mannschaft war zunächst demoralisiert. Mit Mühe und Not ist durch die Wahl der Passagiere aus den Reihen der Passagiere ein neuer Kapitän auf die Brücke gestellt worden. Auf gleichem Wege ist eine neue Mannschaft um ihn gebildet worden.

Wie schwer hat es naturgemäß diese neue Mannschaft, wie schwer dieser neue Kapitän. Er fährt nur mit etwa anderthalb Masten, er fährt mit einem ladierten Steuer, dem das Schiff nicht genügend gehorcht. Er hat eine Mannschaft, die ihre Lehrzeit in dieser furchtbar verantwortlichen Situation durchmachen muß, und er hat Passagiere, die Menschen sind, Menschen noch immer in Not und Angst, und von denen jeder, echt menschlich von sich meint, er wäre ein besserer Steuermann. Und am Ende, weil die Menschen gedankenlos und vergeßlich sind, drohen sie etwa mit Meuterei und handeln nicht anders, als sei der neue Kapitän, die neue Mannschaft, für den Kurs und den Sturm, kurz für das ganze Unglück verantwortlich, dem die erste Mannschaft, der erste Kapitän zum Opfer fielen. — Ich fürchte, auch in dieser Weiterentwicklung ist mein Beispiel für das heutige Deutschland zutreffend. — Aber ich führe es weiter und vollende es. Es sind da Passagiere vorhanden, die ihre Kaltblütigkeit bewahrt haben. Sie bemerken, daß der Kapitän und die Mannschaft ihrer ungeheuer schweren Aufgabe, das Schiff in einen Hafen zu

bringen, getreulich obliegen. Sie wissen, daß, wenn die Passagiere meutern, das Schiff kentern oder an der Klippe zerschellen oder ein Opfer der Piraten werden muß. Auch diese dürfen natürlich nicht fehlen in dem Bilde, das wir nun einmal gewählt haben. Solche Leute mit heißem Herzen und kühlem Kopf werden auf dieser gefährlichen Fahrt viel zu tun haben. Sie werden um sich her beruhigen, schlichten und Mut machen. Sie werden verhindern, daß Gruppenpsychose ausbrechen und sich etwa Menschen in Verzweiflung wie eine Herde dem Leittiere nach in den See stürzen. Glaube, werden sie sagen, so sehr es auch demoliert ist, an die Tüchtigkeit eines Schiffes, und daß es, nun der eigentliche Sturm hinter ihm liegt, der Dünung nicht mehr erliegen wird. Sie werden auf den Hafen hinweisen und den Augenblick, von dem sie sicher voraussetzen, daß er kommen wird, wo das herrliche, brave alte Schiff gedockt und wiederhergestellt werden kann.

Ich bin etwa solch ein Passagier: ein Mensch, der im Rahmen des auf Leben und Tod mit dem Schiff verbundenen Mitreisenden nach Maßgabe eigenen Denkens, wenn auf fehlbaren Denkens, dem Schiff und seiner Rettung dienen will. Deutschland ist also dieses Schiff. Und so rufe ich allen hundert Millionen Europäern deutscher Zunge zu: bleibe einig im Hoffen, im Glauben und in der Gewißheit, daß Deutschland den Hafen erreichen, gedockt und wiederhergestellt werden wird. Ich rufe denen zu, die wie die Ratten das Schiff verlassen wollen, im Wahnsinn der Verzweiflung oder in einem sogenannten Rettungsboot: kommt zur Besinnung, habt Geduld, es ist immer noch Zeit, euch selbst zu morden.

Das einzige Schiff, das einzige Deutschland, so sage ich mit voller Ueberzeugung immer wieder und wieder, es muß den Hafen erreichen, es kann nicht untergehen.“

DAS KABINETT CUNO

Schließlich mußte einmal die taktisch notwendige Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth in das Stadium der Endkrisis treten, das seine Gegner wie seine Befürworter vorausgesehen hatten. Durch Tatsachen ist der Nachweis erbracht

worden, daß die Forderungen des Versailler Vertrages unerfüllbar sind. Auf der anderen Seite aber hat sich auch bei unseren Gegnern die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß Deutschland nur dann weiter zu bestehen vermag, wenn man ihm wirtschaft-

lich und politisch eine gewisse Ellbogenfreiheit läßt. Diese Krisis ist ein Krankheitsprozeß; und ein solcher hat Fiebererscheinungen als übliche Begleitung. Diese wurden verstärkt durch die immer empfindlicher merkbaren Auswirkungen des Tiefstandes der Mark. Lebensmittel und Brennstoff haben Preise erreicht, die weite Kreise zwingen, zu hungern und zu frieren. Das Erfüllungskabinett des Reichskanzlers Dr. Wirth dankte ab, und der Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, Scheimrat Dr. Cuno bildete ein „Kabinett der Arbeit“. Von der Mehrzahl des deutschen Volkes wurde dieser Rettungsversuch eines energischen und zielsicheren Mannes mit den besten Wünschen für ein gutes Gelingen begleitet.

Die Regierung Cuno konnte sich auf eine breite Koalition stützen, auf die sogenannte Arbeitsgemeinschaft, zu der sich Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei im Reichstage vereinigt hatten. Die Deutsch-Nationalen und die Sozialdemokraten gingen nicht in Opposition, sondern unterstützten die schwierige Aufgabe des neuen Kabinetts durch wohlwollende Neutralität. Reichskanzler Dr. Wirths letzte politische Tat war gewesen, daß er, nachdem er durch Erfüllung bis zum äußersten bewiesen hatte, daß die Forderungen der Entente nicht zu erfüllen sind, weitere Leistungen in Kohlen- und Holzlieferungen für unmöglich erklärte. Das Kabinett Cuno machte sich diese Haltung zu eigen. Das offizielle Frankreich Poincarés erklärte daraufhin, trotz des mahnenden Abtraten Englands, daß Deutschland in Verzug sei und begann, seine oft angedrohte Pfänderei politisch zu verwirklichen.

DIE BESETZUNG DES RUHRGEBIETS

Weil es Deutschland nicht gelang, unerfüllbare Forderungen zu leisten, wurde im Januar 1923 ein wehrloses Volk überfallen, drangen mitten im Frieden französisch-belgische Armeen in das Herz der deutschen Wirtschaft ein. Eine arbeitsame, friedliche Bevölkerung wurde grausam vergewaltigt. Und was kann Frankreich als Grund für seinen völkerrechtswidrigen Vertragsbruch angeben?

Für das Jahr 1922 hatte die Reparationskommission von Deutschland die Lieferung von 22 763 000 t Kohle verlangt. Davon sollten

Frankreich und Luxemburg 15 190 000 t haben. Diese Forderungen wurden von deutscher Seite als unerfüllbar beanstandet. Trotzdem wollte Deutschland aber seinen guten Willen zeigen und legte mit stillschweigendem Einverständnis der Gegenseite für die Gesamtheit der Ententeländer 21 196 000 t, für Frankreich und Luxemburg 14 788 500 t auf die einzelnen deutschen Kohlenreviere zur Lieferung um. Aber in zahlreichen Verhandlungen wurden diese Mengen immer wieder deutscherseits als unerträglich für die deutsche Wirtschaft bezeichnet. Vor allem wendete Deutschland ein, daß der Verlust eines Teiles von Oberschlesien so gut wie gar nicht berücksichtigt worden war. Deutschlands Förderung war durch die Abtretung von Ostoberschlesien um monatlich ca. 900 000 t vermindert worden. Die Reparationskommission aber ermäßigte ihre Forderungen nur um 316 000 t und nur für wenige Monate. Auch der übliche Rückgang der Förderung im Ruhrgebiet in den Sommermonaten wurde französischerseits nicht in Rücksicht gezogen. Deutschlands Sachverständige erklärten, daß es nicht möglich sein würde, mehr als 1,3 Millionen Tonnen im Monat zu liefern. Trotzdem sollte das Unmögliche wenigstens versucht werden und so wurden die oben genannten Mengen von 14 788 500 t für Frankreich und Belgien und 21 196 000 t für die Gesamtheit der Reparationen zur Lieferung angewiesen. Nach den eigenen Feststellungen der Reparationskommission ist auf dieses Liefersoll von den Gruben expediert worden:

insgesamt	19 006 248 t
nach Frankreich und Luxemburg	13 201 195 t

Die Ausfälle für das Jahr 1922 betrugen hiernach für die Gesamtheit der Lieferungen 2 190 752 t 10,6 %, für Frankreich und Luxemburg 1 587 305 t 10,7 %. Im Februar 1922 war im Ruhrrevier Eisenbahnerstreik, durch den sowohl die Verladungen als auch die Förderung stark beeinträchtigt wurden. Dieser Ausfall gilt als höhere Gewalt und ist in Abzug zu bringen. Man muß daher die vorstehenden Zahlen um die Soll- und Istmengen des Monats Februar kürzen und erhält alsdann für die 11 Monate Januar, März bis Dezember 1922 das folgende Ergebnis:

	Für die Gesamtheit der Reparationslieferungen t	Für Frankreich und Luxemburg t
das Soll beträgt . .	19 280 000	13 482 500
das Ist beträgt . .	17 775 853	12 377 590
das ergibt einen Ausfall von . . .	1 504 147	1 104 910
das sind in Prozent	7,8	8,2

Ein Ausfall von 7,8 % für die Gesamtheit der Reparationslieferungen und von 8,2 % der Lieferungen für Frankreich und Luxemburg gegenüber der Sollmenge, die Deutschland stets als für seine Wirtschaft unerträglich bezeichnet, deren Ermäßigung es, gestützt auf § 10 des Artikels 5 des Friedensdikates von Versailles wieder und wieder gefordert hat – das ist die „Verfehlung“, die Frankreich und Belgien mit großer Heeresmacht, mit Friedensbruch, Mord und Vergewaltigungen sanktionieren zu müssen vorgegeben haben!

War nun der Ausfall dieser Kohlenmenge von einschneidender Bedeutung für Frankreich? Die Frage muß unbedingt verneint werden. Gewiß die nordfranzösischen Kohlenreviere haben im Kriege Schaden erlitten. Aber durch den Besitz der Saargruben und durch die von Deutschland geleisteten Kohlenlieferungen war die Kohlenlage Frankreichs Ende des Jahres 1922 günstiger als sie vor dem Kriege gewesen. Denn 1913 war der Verbrauch Frankreichs durch eigene Förderung gedeckt mit 63 % und 1922 mit 71 %. Auch was die Menge der Kohle betrifft, stand Frankreich 1922 besser da als 1913. Eine Beeinträchtigung der Wirtschaftslage Frankreichs ist also durch die geringen Ausfälle der deutschen Kohlenlieferungen in keiner Weise eingetreten.

Aber Poincaré wollte ins Ruhrgebiet, weil er damit die Schlagader des deutschen Wirtschaftslebens fassen und damit das Reich seinen Wünschen gefügig machen wollte. Denn eine fehlende Kohlenmenge von 1,1 Millionen Tonnen, für deren Ausfall Deutschland keine Schuld trifft und durch den Frankreich in keiner Weise geschädigt wurde, konnte wahrlich nicht der Grund sein für eine solche Bedrohung des Friedens, die auch für Frankreich bei einer völligen Isolierung nicht ohne Gefahr war. Die fehlende Menge hätte der Kohlenbergbau der Welt in 2 Stunden fördern können. Erwähnt sei noch, daß auch bei den

Deutschland aufgelegten Holzlieferungen ein kleines Quantum fehlte. Auch die Lieferung von Pflastersteinen konnte nicht voll erfüllt werden.

DER EINMARSCH

Am 10. Januar 1923 kündigte Poincaré seine Aktion an. Es sah zunächst nach den Pariser Zeitungen gar nicht so schlimm aus. Eine französisch-belgische Ingenieur-Kommission müsse ins Ruhrgebiet gehen, sagte er, um den vertragsmäßigen Ansprüchen Frankreichs Geltung zu verschaffen. Zu deren Schutz vor den bösen Deutschen mußte natürlich auch etwas Militär mit ins Ruhrgebiet beordert werden. Aber Poincaré sagt ausdrücklich in seiner Note: „Die Französische Regierung legt Wert darauf zu erklären, daß sie gegenwärtig nicht daran denkt, zu einer militärischen Operation oder zu einer Besetzung politischer Art zu schreiten!“ Selten ist so bewußt und so schamlos gelogen worden.

Denn der Einmarsch der ganz erheblichen Truppenmassen vollzog sich wie im Kriege in durchaus militärischer Form. In der Morgenfrühe des 11. Januar überschritten französisch-belgische Truppen die Grenze des bisher besetzten Gebiets und drangen in das Ruhrrevier ein. „Sie kamen damit in ein Land, das seit Jahren, mit Ausnahme von kurzen Revolutionswochen, keine Soldaten mehr gesehen hatte. Im Versailler Vertrage war östlich vom Rhein eine sogenannte entmilitarisierte Zone festgelegt worden, zu welcher der Ruhrbezirk bis in die Gegend von Münster i. Westf. gehörte. Es durfte in diesem Bezirk keine Reichswehr sein und nur die Schutzpolizei war als Ordnungsmacht dort vorhanden. Auch früher war das Ruhrgebiet kein Militärgebiet gewesen. Die großen Industriestädte waren alle ohne Garnisonen und nur die kleinere Stadt Mülheim an der Ruhr hatte Militär gehabt. Die französisch-belgischen Truppen, die mit allen Waffen der Neuzeit einrückten, konnten eine um so stärkere Wirkung auf die Einwohner für sich beanspruchen. Aber auch diese Wirkung blieb aus. Als in den Vormittagsstunden des 11. Januars die Truppen schuß- und stichbereit einrückten, wurden sie nicht mehr bestaunt, als irgendein anderes Straßenschauspiel, ehestens noch von deutschen Arbeitern, welche das Heer im Weltkrieg hatten

kennen lernen, kritisch auf Ausrüstung und Haltung hin untersucht. Zwischen den Truppen führen die Straßenbahnen und zwischen ihnen hielt der deutsche Schupmann die Ordnung aufrecht.“

„Da es ein Heer war und ein Teil des stärksten Heeres der Welt, ging die Besetzung des Ruhrreviers rein militärisch vor sich: Städte wurden zuerst umzingelt, die Zufahrtstraßen gesichert und Kavallerie- und Radfahrpatrouillen, Schnelltanke und ausgeschwärmt Schützenlinien bereiteten den Zentralvorstoß auf eine Stadt vor. In der Zeit von Anfang Januar bis Ende März waren die Truppen in ständiger Bewegung; sie besetzten in dieser Zeit das ganze Ruhrrevier vom Rhein bis zu einer Linie, die von Hagen bis Lünen führt. Schon am 12. Januar, am zweiten Tage des Einmarschs, war um die Stadt Essen ein eipfenförmiges Gebiet von 20 qm kürzester und 30 qm weitester Ausdehnung besetzt, an dessen Umkreis die Orte Mülheim, Strum, Oberhausen, Bottrop, Gladbeck, Buer, Gelsenkirchen, Wattenscheid, Steele, Werden und Rettwig lagen. Die Truppen bestanden anfangs aus zwei Infanterie-Divisionen und einer Kavallerie-Division. Den Oberbefehl hatte General Degoutte, der seinen Namen durch die Ruhraktion für die Weltgeschichte verewigt hat. In den Tagen vom 12. bis 16. Januar dehnte sich die Besetzung weiter nach Norden, Süden und Osten aus. Im Februar und im März wurde, nachdem weitere Truppen herangezogen waren, die Besetzungszone erheblich erweitert und Anfang März wurde eine französische Filiale des Ruhrkriegs im b a d i s c h e n L a n d eröffnet durch die Besetzung von Offenburg, Upperweiler, Mannheim-Rheinau und Karlsruhe-Hafen. Vom Ruhrrevier war Anfang Mai ein Gebiet besetzt, welches im Osten von der Strecke Lünen – Scharnhorst – Brakel – Aplerbeck – Hengstey, im Süden von der Strecke Hengstey – Vorhalle – Volmarstein – Schee – Vohwinkel – Lüttringhausen – Remscheid – Wipperfurth bis zur englischen Besetzungszone und im Norden von der Strecke Lünen – Waltrop – Datteln – Haltern – Dorsten – Wesel – Emmerich umgrenzt wird.“

„Was der Einmarsch einer derart großen Truppenmacht, die in den ersten Tagen schon 40 000 Mann, später 100 000 Mann zählte, für das Ruhrgebiet allein in der Zusammen-

drängung der Bevölkerung bedeutet, geht schon daraus hervor, daß im Ruhrgebiet in der Vorkriegszeit auf einen Quadratkilometer 1553 Einwohner, im Deutschen Reich dagegen nur 127 Einwohner gezählt wurden. In diese dichtest bevölkerte Gegend kam die fremde Truppenmacht. Mit Mann und Roß und Wagen. Sie belegte Privatwohnungen für die Offiziere, Wirtschaften, Hotels, Ausstellungshallen, industrielle Betriebe für die Mannschaften und Pferde, sie nahm Verwaltungsgebäude den Deutschen weg und sie brachte es dadurch schon zu einer Bedrückung in der Wohnungsfrage, die im Ruhrrevier kaum auszuhalten war.“ (H. Coblenz, „Die Militärherrschaft im Ruhrgebiet.“)

DER PASSIVE WIDERSTAND

Die Pariser Regierung hatte mit der Ruhr-Besetzung einen letzten, sicheren Trumpf auszuspielen gemeint. Das deutsche Volk erschien so zermürbt und zersplittert, daß man mit einem sofortigen Zerfall rechnete. Man hatte geglaubt nach Entfernung der leitenden Beamten der Verwaltungs- und Betriebsmaschinerie sicher zu sein, wenn man nur für Ernährung sorgte und gut bezahlte. Und man hatte sich gedacht, daß es sehr leicht sein müsse, die deutschen Arbeiter bei einem Zugriff gegen deutsche Unternehmungen und gegen führende Unternehmer auf seine Seite zu bringen. Ein deutsches Nationalgefühl hatte man nicht mit in Rechnung gestellt.

Aber sofort bei den ersten Gewaltmaßnahmen zeigte sich, unmittelbar aus der Masse geboren, die starke Abwehrstimmung des passiven Widerstandes, die eine Ueberraschung nicht nur für Frankreich sondern auch für Deutschland war. Die Industriearbeiter erklärten sich, als man gegen Fritz Thyssen und andere Unternehmer Gewalt anwendete, mit ihrem eigenen Unternehmertum solidarisch. Und die Eisenbahner und Zollbeamten ließen sich lieber als Bettler aus der Heimat treiben, als daß sie der feindlichen Besatzung irgend einen Dienst geleistet hätten. Es kann gar nicht oft genug festgestellt werden: der passive Widerstand ist nicht von der Reichsregierung angeordnet oder inszeniert worden, sondern hat sich spontan aus dem starken Empfinden der in seinen heiligsten Gefühlen beleidigten Bevölkerung entwickelt. „Der tiefste Grund dieses

Widerstandes liegt darin, daß das arbeitende Volk Westfalens sich grundsätzlich gegen jede Säbelherrschaft und vor allem gegen eine fremde auflehnt, er liegt aber auch darin, daß das westfälische Volk, das sich nicht ebenso wie die Rheinländer durch den Friedensvertrag zum Dulden der Besatzung verpflichtet fühlt, sich dagegen auflehnt, weiterhin in Unwissenheit über das Maß dessen, was an Leistungen von Deutschland verlangt werden soll, gehalten zu werden und Sklavenarbeit zu leisten. Dies gerade an der Ruhr spontan zum Ausdruck gekommene Empfinden wird von dem ganzen deutschen Volk geteilt. Wir wollen endlich wissen, wie die Forderungen unserer Feinde und unser Arbeitsvermögen einander auszugleichen sind. Wir wollen es wissen für uns selbst, für das deutsche Volk und für die Welt, unbeschadet der moralischen Ansprüche, die sich für uns aus der wachsenden Erkenntnis der Wahrheit über Kriegsschuld und Kriegsgreuel ergeben. Wir wollen es wissen, damit sich ein für allemal aus Forderung und Verpflichtung ein geregeltes Verhältnis entwickelt, das den jahrelangen Drohungen der französischen Militärmacht und der Unsicherheit in Mitteleuropa ein Ende macht.“ (Otto Perh, „Rhein und Ruhr und Notgemeinschaft“, Berlin 1923.)

Die Eigenart der Lage erlaubte es ja gar nicht, in einer Zeit, in der sich die Ereignisse überstürzten, Richtlinien durch Besprechungen oder Beschlüsse festzulegen, zumal auch die Massen keine Verbindung mit der Zentralinstanz ihrer Führer oder gar mit der Regierung hatten. „Die Masse war auf sich allein gestellt und es erwies sich, wie wichtig es für eine Nation ist, wenn unten das breite Volk sich zu einer organisatorisch und politisch geschulten Masse entwickelt hat. Von einer Kuliarbeiterschaft wären solche Leistungen der moralischen Energieentfaltung nicht möglich gewesen. Ohne daß also von oben, von der Regierung oder von der Führerschaft, den Arbeitermassen der passive Widerstand „kommandiert“ werden konnte, entstand jene Grundstimmung des Abwehrkampfes, die sich vielleicht so charakterisieren läßt: In der Arbeiterkraft war von jeher die Stimmung gegen den Krieg lebendig. Für sie gehörte der Krieg mit blutigen Waffen einer alten, zu

überwindenden Zeit der Staaten und der Gesellschaft an. Ihre Gedanken waren auf den Kampf mit wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Mitteln gerichtet auf den Streik, den Boykott, die Propaganda und den passiven Widerstand. Auch die Arbeiterschaft in Rheinland-Westfalen hat im Verlauf der politischen Entwicklung am Kulturkampf und am Sozialistengesetz gelernt, daß selbst ein starker Staat mit polizeilichen Mitteln eine große Volksmassen umfassende Bewegung nicht überwinden kann.

Aus diesen Erlebnissen heraus fand deshalb gerade das Ruhrvolk jetzt die Kraft, ohne militärische Waffen gegen das stärkste und technisch bestausgerüstete Heer der Welt zu kämpfen. Soldaten mit Flinten, Kanonen, Tanks und Flugzeugen stehen im Westen gegen Männer und Frauen, die nichts anderes haben, als ihren Willen und ihre Macht als Masse und die Gewißheit, daß es um eines jeden einzelnen und um des ganzen Volkes Schicksal geht.

Deutschland ist arm geworden, weil seine Volkswirtschaft geschwächt ist, weil das, was Deutschland im Krieg und durch den Frieden geleistet und verloren hat, über seine wirtschaftliche Kraft hinausgeht. Verliert Deutschland nach Lothringen, Saar und Oberschlesien noch die Herrschaft über das Industriegebiet an Rhein und Ruhr, dann wird Deutschlands Volkswirtschaft zerbrochen, der deutsche Staat machtlos, dann wird jeder Deutsche ein Bettler und ein Sklave, ein Diener fremden Willens und Arbeiter für fremden Gewinn sein. (R. Woldt, „Der Endkampf an der Ruhr“, Berlin 1923.)

DIE OPFER DES KAMPFES

Diesen Kampf darzustellen sind Worte zu schwach. Die Ereignisse sind so gewaltig, daß jedes Bemühen, sie restlos schildern zu wollen, profan wirken müßten. Es mag nachfolgend (nach Woldt a. a. O., S. 9) ganz sachlich und nüchtern in Zahlen ausgesprochen, die Bilanz dieses Ruhrkampfes für den Zeitraum von 6 Monaten festgestellt werden:

„Die friedliche Ingenieur-Kommission ist in das Ruhrgebiet mit folgendem militärischen Aufwand eingezogen:

Die Stärke der Armee im Ruhrgebiet betrug 87 000 Mann, davon 80 000 Franzosen und 7000 Belgier. (Infanterie, Artillerie, Ka-

vallerie, Tanks, Flieger, Pionierabteilungen usw.) Außerdem im altbesetzten Gebiet 96 000 Franzosen und 17 000 Belgier; im Brückentopf Rehl 1000 Franzosen, ferner 10 000 französische und 1000 belgische Eisenbahner.

Der Terror gegen die wehrlose Bevölkerung ergab bis Anfang Juli folgende Zahlen:

Getötet: 92 Personen.

Zum Tode verurteilt: 9 Personen.

Gesamthöhe der Freiheitsstrafen kann mit rund 1000 Jahren taxiert werden. Im einzelnen sind zu rechnen 967 Jahre, 7 Monate, 23 Tage Gefängnis und Zwangsarbeit; 2 Personen sind zu lebenslänglichem Zuchthaus oder Zwangsarbeit verurteilt worden.

Die Gesamthöhe der Geldstrafen beträgt 1,64 Billionen Mark und 108 069 Franken.

Von Haus und Hof sind vertrieben: 75 714 Personen, davon ausgewiesen 71 145 Personen.

Im einzelnen entfallen auf:

	Freiheitsstrafen			Geldstrafen		Haus- halt- Vor- stände	Zahl der Familienangehörigen
	Jahre	Mon.	Tage	Mark	Fr.		
Beamte:							
Reichsverkehrsministerium . . .	254	8	—	177 818 000	250	8885 8850	27 451 vertrieben 22 955 dav. ausgew.
Reichspostministerium	75	3	23	140 581 000	2 150	373 351	552 vertrieben 552 dav. ausgew.
Reichsfinanzministerium . . .	76	7	7	215 990 000	100	1831 1827	5 493 vertrieben 5 481 dav. ausgew.
Preussische Verwaltung	248	8	27	1 106 875 000	—	7266	10 878 ausgewiesen
Bayerische Verwaltung	25	—	—	25 000 000	—	137	315 „
Badische Verwaltung	5	6	—	37 000 000	—	46	129 „
Hessische Verwaltung	5	3	—	55 805 000	500	111	203 „
Oldenburgische Verwaltung	—	2	21	—	—	11	33 „
Zivilpersonen . . .	276	4	3	1 640 998 576 000	105 069	4000	8 000 „

Die Angaben über die Zivilpersonen und einen Teil der Angehörigen der Beamten beruhen auf vorsichtigen Schätzungen. Bei den Verurteilungen der Zivilpersonen konnten nur die in der Presse wegen ihrer Wichtigkeit und Schwere veröffentlichten Fälle berücksichtigt werden.

Im preussischen Einbruch- und Sanktionsgebiet wurden 169 Schulen mit 1537 Schulklassen für 50 000 Schüler bzw. Schülerinnen beschlagnahmt.

DIE PFÄNDUNG VON STAATSWALDUNGEN

Ein Teil der „Ruhr-Aktion“ ist auch die Pfändung der Staatswäldungen im besetzten Gebiet. Sie wurde von der Interalliierten Rheinlandkommission durch eine Verordnung, die keine rechtliche Grundlage hat, ausgesprochen. Die Pfändung bedeutet für das wirtschaftliche Leben der Besitzer-Staaten eine empfindliche Schädigung. Den Staaten geht nicht nur der heutzutage beträchtliche Erlös aus den ge-

schlagenen Hölzern verloren, sondern der Holzbedarf der Bevölkerung muß jetzt von weither unter starker Verteuerung befriedigt werden. Die Schwere der Vergewaltigung ergibt die folgende Uebersicht.

Vier Länder werden durch die Pfändung betroffen: Preußen, Bayern, Hessen und Oldenburg.

Preußens Staatswald im bisher schon besetzten Gebiet umfaßt 111 046 ha mit einem jährlichen Gesamtholzertrage von 508 349 fm oder je Hektar 4,6 fm. Hiervon gehen aber ab die Staatswäldungen des Saargebiets, die nach dem Friedensvertrage der Nutznießung des Regierungsausschusses des Saarbeckens unterstehen. Das sind 21 349 ha mit einem Jahresertrag von 100 800 fm. So bleiben im besetzten Gebiet 89 697 ha mit einem jährlichen Gesamtholzertrage von 407 549 fm, das ist je Hektar 4,5 fm.

Bayern hat an Staats- und Staatsanteilforsten in der Pfalz 117 325 ha. Der Gesamtholzertrag betrug 593 241 fm, das ist je Hektar 5,1 fm. Auch hier sind die Forsten des Saargebiets abzusehen. Sie umfassen 6015 ha mit einem Jahresertrag von 23 500 fm so daß für das sonst besetzte Gebiet 111 310 ha mit 569 922 m verbleiben, je Hektar 5,1 fm.

Hessen besitzt in Rheinhessen 1764 ha Staatswald mit einem Gesamtholzertrag von jährlich 5353 fm, das ist je Hektar 3,6 fm.

Das zu Oldenburg gehörige Fürstentum Birkenfeld hat 6532 ha Staats- und Staatsanteilforsten. Diese lieferten 21 683 fm, je Hektar 3,3 fm.

Der gepfändete Staatswald im besetzten Gebiet umfaßt danach im ganzen 209 303 ha und erbringt eine Holznutzung von jährlich 1 004 507 fm, je Hektar 4,8 fm.

Vom gesamten Staatswald Preußens, 2 156 092 ha, bildet der Anteil im besetzten Gebiet 4,1 % und liefert zum Gesamtholzertrag von rund 11,5 Millionen Festmeter 3,5 %. Die entsprechenden Zahlen lauten für Bayern 13,2 % der Fläche und 11,3 % des Jahresertrages, für Hessen 2,4 % und 1,1 %, für Oldenburg 23,3 und 26,8 %. Obige rund 1 Million Festmeter entsprechen 4,3 % der Staatswald-erträge aller deutschen Staaten.

Die Wirkung dieser unrechtmäßigen Beschlagnahme auf die Finanzlage der Staaten

und des Reiches kann zahlenmäßig nicht angegeben werden, da genaue Unterlagen für die Qualität und die Preise fehlen. Wer die Höhe der durchschnittlichen Holzpreise kennt, wird sich aber ein ungefähres Bild von der Größe des ungeheuren Schadens machen können.

DAS BLUTBAD VON ESSEN

Seit 7 Monaten berichten unsere Zeitungen tagtäglich von den Leiden der Bevölkerung im neubesetzten Gebiet. Kein Tag geht vorüber, der nicht von brutaler Grausamkeit, von Rechtsbeugung und Schändung zu melden weiß. Weiter oben haben wir die Gesamtziffern des ersten halben Jahres der Besatzung mitgeteilt. Den Höhepunkt der langen Folge von Willkürakten bilden aber wohl die blutigen Vorgänge von Essen am 31. März 1923, wo eine französische Militär-Abteilung, die in die Krupp'schen Werke eingedrungen war, auf friedlich demonstrierende Arbeiter schoß. 13 Tote und gegen 40 Schwerverletzte wurden das Opfer der Nervosität eines französischen Leutnants, der seiner Aufgabe nicht gewachsen war. Der Vorfall lenkte wieder einmal die Augen der ganzen Welt auf das widerrechtlich besetzte Ruhrgebiet und die Franzosen mußten sich von der internationalen Presse reichlich viel Unfreundlichkeiten sagen lassen. Das empfand man peinlich in Paris und darum kann man nach, wie man wohl die Blutschuld abwälzen könnte. Und die Advokatenkunst, die jetzt in Paris triumphiert, fand auch einen Ausweg. Man drehte den Spieß einfach um. Nicht die Franzosen, die geschossen hatten, und der Leutnant, der den Befehl gab, waren die Schuldigen, sondern die Krupp'schen Direktoren, die man beschuldigte, ein Komplott unter den Arbeitern angestiftet zu haben, damit diese durch drohende Haltung das französische Militär zum Waffengebrauch zwingen sollten. Trotzdem diese aus der Luft gegriffene Anschuldigung den Stempel der Unsinnigkeit schon an der Stirn trägt, erhob man doch Anklage und verhaftete am Ostersonntag in der Frühe die Mitglieder des Krupp'schen Direktoriums Bruhn, Hartwig, Oesterlen und den Abteilungsdirektor Ritter. Ritter wurde nach 2 Wochen wieder aus der Haft entlassen. Am 1. Mai erfolgte dann die Verhaftung von Herrn Krupp von Bohlen und Hal-

bach, der als Vorsitzender des Aufsichtsrates auf den Betrieb keinen Einfluß hatte und deshalb unmöglich für Maßnahmen des Betriebes verantwortlich gemacht werden konnte. Aber was kümmert das ein französisches Kriegsgericht! Die Anklage wurde gegen die Verhafteten und außerdem gegen das Betriebsratsmitglied Müller und in Abwesenheit gegen die Mitglieder des Kruppschen Direktoriums Baur und Schäffer, die stellvertretenden Direktoren Schräpler und Cunk und den Leiter der Lehrlingswerkstätte Groß erhoben. Sie alle wurden beschuldigt:

1. „des Verstoßes gegen den 1. Artikel der Verordnung Nr. 22 des kommandierenden Generals, weil sie zu einem nicht genau bekannten, jedenfalls nicht verjährten Zeitpunkt, und zwar bestimmt vor dem 31. März 1923, in Essen (besetztes Deutschland) Machenschaften getrieben haben mit dem Ziele, zu Attentaten gegen Angehörige der Besatzungstruppen aufzureizen, indem sie unter den ihnen unterstehenden Arbeitern einen gewalttätigen Widerstand gegen die Angehörigen dieser Truppen vorbereiteten für den Fall, daß diese die Fabrik betreten würden;

2. des Verstoßes gegen den Artikel 2 der Verordnung des kommandierenden Generals vom 11. Januar 1923, weil sie am 31. März 1923 in Essen (besetztes Deutschland) die öffentliche Ordnung dadurch gestört haben, daß sie den Arbeitern der Kruppschen Fabrik durch das Jangangsehen und Janganghalten der Sirenen ein Zeichen gaben, das eine beträchtliche Ansammlung dieser Arbeiter an einer Stelle hervorrief, wo sich 12 französische Militärs befanden, wodurch der Verkehr gehindert und schwere Zwischenfälle verursacht wurden.“

Die in der Anklage wörtlich mitgeteilten Strafbestimmungen lauten folgendermaßen:

„Verordnung Nr. 22, Art. 1: Es wird bestraft mit dem Tode, oder nach Umständen des Falles, mit Zwangsarbeit für Lebensdauer oder auf Zeit, oder mit Gefängnis von wenigstens 10 Jahren bis zu lebenslänglicher Einschließung und außerdem mit Geldstrafe bis zu 100 Millionen Mark, wer Machenschaften betreibt mit dem Ziele Feindseligkeiten anzuketteln gegen die Besatzungs-

truppen oder Attentate zu veranlassen gegen die Angehörigen dieser Truppen.

Verordnung vom 11. Januar 1923, Art. 2: Die öffentliche Ordnung darf unter keinem Vorwande gestört werden.

Art. 9 derselben Verordnung: Die dieser Verordnung Zuwiderhandelnden unterliegen der Aburteilung durch die Kriegsgerichte der Besatzungstruppen und werden bestraft mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und einer Geldstrafe von 10 Millionen Mark im Höchstfalle oder mit nur einer dieser beiden Strafen. Hierbei bleiben die Bestimmungen der französischen Strafgesetze anwendbar, auf die schwersten Fälle, soweit unter Berücksichtigung der Umstände die dort bestimmten Strafen schwerer sind als die in gegenwärtiger Verordnung bestimmten.“

Die Verhandlung begann am 4. Mai 1923 im großen Saalbau Maaf in Werden an der Ruhr. Um das Urteil in seiner ganzen Schwere und Ungerechtigkeit ermessen zu können, ist es nötig, die Vorgänge am 31. März in ihren Einzelheiten zu kennen. Wir geben sie darum im folgenden nach der aktenmäßigen Darstellung im „Krupp“-Fest der „Süddeutschen Monatshefte“ in München wieder.

Die Vorgänge am 31. März 1923.

„Am Morgen des 31. März, etwa um 7 Uhr, wurde die inmitten der Kruppschen Fabrik gegenüber dem Gebäude der Hauptverwaltung in der Altendorferstraße gelegene Kraftwagenhalle von einem französischen Kommando besetzt. Außerdem war eine Militärabteilung in den Lastkraftwagenpark eingedrungen. Während diese jedoch nach kurzer Zeit abzog, ohne eine Störung des Betriebes verursacht zu haben, blieb die Kraftwagenhalle in der Altendorferstraße von einem Offizier und 11 Mann, darunter ein Maschinengewehrschütze, besetzt. Die Arbeiterschaft des Bezirks wurde unruhig, weil sie wußte, daß die Kraftwagen zum Transport von Lohngeldern, Lebensmitteln und auswärtigen Arbeitern unbedingt nötig waren. Die vom Arbeitererrat bestellten „Sprecher“ dieses Bezirks, zwei Mitglieder des Betriebsrats, hielten es deshalb für ihre Pflicht, die Auffassung der Belegschaft dem Offizier zur Kenntnis zu bringen. Der Offizier gab an,

daß er den Befehl habe, die Halle besetzt zu halten, bis eine französische Kommission einträte, um die brauchbaren Autos auszusuchen und zu beschlagnahmen. Die beiden Sprecher machten den Offizier vergeblich auf die Folgen aufmerksam, die bei der Unterbindung des Eisenbahnverkehrs durch die Wegnahme unentbehrlicher Kraftwagen für die ganze Produktion zu befürchten seien. Da der Offizier weitere Verhandlungen ablehnte, blieb den beiden Betriebsratsmitgliedern zunächst nichts übrig, als gegen die Besetzung der Halle im Namen der Belegschaft zu protestieren. Die übrigen Mitglieder des Betriebsrats hatten inzwischen telephonisch eine Zusammenkunft des Betriebsausschusses mit den Direktoren Schräpler und Cunk vereinbart, um zu diesem Vorfall Stellung zu nehmen. Der Betriebsausschuß begab sich kurz nach ½9 Uhr mit den genannten beiden Sprechern der Kraftwagenhalle zum Hauptverwaltungsgebäude. Eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern und Angestellten, die von der Besetzung bereits Kenntnis erhalten hatten, befand sich schon auf der Straße und forderte die Mitglieder des Betriebsrats auf, die Beschlagnahme der Autos zu verhindern. Nach eingehender Besprechung mit den Direktoren Schräpler und Cunk, bei der von den Mitgliedern des Betriebsrats dem Wunsche der Arbeitnehmer, den schwerwiegenden Eingriff der Besatzungstruppen nicht ohne Protest hinzunehmen, energischer Ausdruck gegeben wurde, gelangte man einstimmig zu der Auffassung, daß die Arbeitsniederlegung im mittleren Fabrikteil durch Sirenenzeichen zu veranlassen sei. Nachdem die Mitglieder des Betriebsrats sich noch ausdrücklich dafür verbürgt hatten, daß sie ihre Arbeitskollegen fest in der Hand hätten, so daß sie für einen friedlichen Verlauf der Demonstration einstehen könnten, gab Direktor Cunk die Anweisung, die Sirenen des betreffenden Fabrikbezirks zu ziehen. Es war unterdessen ungefähr 9 Uhr geworden. Etwa um die gleiche Zeit kam vom Stadttinnern her ein mit mehreren Personen besetztes Auto durch die Altendorferstraße, das unmittelbar vor dem Eingang zur Kraftwagenhalle anhält. Ein französischer Offizier stieg aus,kehrte aber, als er die Menge der aus den Fabrikpforten strömenden Arbeiter bemerkte, gleich wieder um,

worauf das Auto schleunigst davonfuhr. Allgemein wurde von den Arbeitern angenommen, daß die Insassen des Autos die Mitglieder der erwarteten Beschlagnahmekommission seien, die von der Durchführung ihrer Aufgabe Abstand genommen hätten.

Die Belegschaft der umliegenden Betriebe sammelte sich nun vor der Autohalle an. Ein großer Teil der Demonstranten setzte sich auf die gegenüberliegenden Dächer. Später blieben infolge der durch die Menge verursachten Verkehrsstockung hinter der Halle einige Schmalspurlokomotiven auf einem Gleis stehen, das die Verbindung zwischen dem Nord- und Südwerk herstellt. Der Dampf dieser Lokomotiven wurde zeitweise durch eine zerbrochene Fensterscheibe in die Halle hineingeweht. Vor der Halle sorgten mehrere Betriebsratsmitglieder für Ruhe und Ordnung und erreichten, daß die Menge vor dem Eingang der Autohalle einen Streifen von etwa 6 m Breite und 10 m Tiefe freihält. Die Ausdehnung dieses freien Platzes wurde, wie es bei einer hin- und herwogenden Menschenansammlung nicht anders sein konnte, zeitweise verringert. Nach einiger Zeit versuchte der Betriebsrat abermals, eine Verständigung mit dem Offizier herbeizuführen, und schickte zu diesem Zweck seine Mitglieder Müller und Sander in die Halle. Es fand sich unter den Soldaten des Kommandos einer, der der deutschen Sprache leidlich mächtig schien. Müller und Sander ersuchten den Führer des Kommandos im Namen der Kruppschen Arbeitnehmerschaft um eine Unterredung. Sie versicherten ihm, daß die Demonstration in vollkommener friedlicher Absicht erfolge, baten ihn, die Fabrik zu verlassen, und verbürgten sich für seinen und seiner Soldaten sicheren Abzug entweder durch die Menge hindurch oder auf einem Wege, der ihn überhaupt nicht mit der Masse in Berührung brächte. Der Offizier blieb dabei, daß er befehlsgemäß auf die Beschlagnahmekommission warten würde, und ging auch nicht davon ab, als man ihm auseinandersetzte, daß offenbar die Kommission bereits wieder abgefahren sei. Eine Bitte, nicht zu schießen, beantwortete er dahin, daß er „auf arme Leute nicht schießen wolle“. Die Menge, die draußen verhältnismäßig ruhig verharret hatte, erwartete nun mit steigender Ungebuld die Rückkehr der Unter-

händler und das Ergebnis ihrer Besprechungen. Die Mitteilung dieses Ergebnisses, das ganz anders ausgefallen war als man erwartet hatte, rief selbstverständlich eine gewisse Erregung hervor, die sich in lauten Ausrufen äußerte. Zudem — und das ist ganz erklärlich — drängten die weiter hintenstehenden Leute, die von der Mitteilung der Betriebsratsmitglieder nichts verstehen konnten, nach vorn, um sich über die Lage zu vergewissern. Der Betriebsrat bemühte sich mit Erfolg, die Leute zurückzuhalten. Als nach 10 Uhr die Lage infolge des Nichterscheins der von dem Offizier erwarteten Kommission noch immer keine Klärung erfahren hatte, stellten Müller und Sander ihre Bitten und Anträge zum zweiten Male an den Offizier. Alle Mühe war umsonst. Auf die wiederholte Bitte nicht zu schießen, antwortete der Offizier diesmal, er würde nicht schießen lassen, wenn der Eingang zur Halle von der Menge nicht überschritten würde. Aus der Mitte der Menge wurden vereinzelt vaterländische Lieder gesungen. Der Offizier befahl nun, mitten in seiner Unterredung mit den Betriebsratsmitgliedern, den Soldaten, sich schußbereit zu machen. Müller und Sander begaben sich also eilig zu der Menge zurück, deren Unzufriedenheit durch das abermalige negative Ergebnis der Verhandlungen selbstverständlich gesteigert werden mußte. Der Offizier ließ sein Kommando bis zum Eingang der Halle vorrücken und den Maschinengewehrschützen seine Waffe in die Menge hineinrichten. Diese drängte nach allen Seiten rückwärts, worauf die Soldaten sich wieder bis zum Ende der Toreinfahrt zurückzogen. Der Verständigungsversuch einer weiteren Abordnung des Betriebsrats wurde glattweg abgeschlagen; der Eintritt in die Einfahrt wurde von nun an überhaupt verweigert. Die anwesenden Mitglieder des Betriebsrats wirkten unermülich durch beruhigendes Zureden auf die Menge ein, und zwei von ihnen machten sich in Begleitung des Gewerkschaftsführers Steinhauer, Mitglieds der Essener Stadtverordnetenversammlung, auf den Weg nach Bredenez, um bei dem französischen General die Abberufung des Kommandos zu erwirken.

Auf der anderen Seite verhielt sich der Offizier vollkommen passiv, insbesondere machte er auch keinen Versuch, durch das

im Nebenraum der Halle befindliche, ihm bekannte Telefon mit der Werksleitung oder mit der im Hotel „Essener Hof“ untergebrachten interalliierten Kommission in Verbindung zu treten. Unter den obwaltenden Umständen sahen sich die Direktoren Schröpler und Cunnz auf Anregung eines Mitgliedes des Betriebsrats kurz nach 1/2 11 Uhr veranlaßt, die Sirenen abzustellen. Als unmittelbar darauf die Sirenen schwiegen, begann die Ansammlung auf der Straße langsam abzuflauen. Leider wurde die vorerwähnte Mission der nach Bredenez gefahrenen Abordnung durch den Gang der Ereignisse überholt, ohne daß sie ihr Ziel erreicht hätte. Anscheinend hat der als Dolmetscher dienende Soldat infolge unvollkommener Beherrschung des Deutschen die Reden der Arbeitervertreter, insbesondere des Betriebsratsmitgliedes Müller, unrichtig aufgefaßt. Wie dem auch sei —, das Kommando eröffnete gegen 11 Uhr ohne vorherige Warnung aus der Halle heraus das Feuer auf die Masse. Diese stob jäh auseinander. Die Soldaten rückten auf die Straße vor und schossen nach allen Seiten in die Fliehenden. Ein Knäuel Toter und Verletzter lag sofort blutend auf der Straße. Die Franzosen kümmerten sich nicht darum; sie zogen über die Altendorferstraße ab, ohne daß ihnen ein Haar gekrümmt worden wäre. Die Straße, die im ersten Augenblick blankgelegt war, füllte sich allmählich mit Krankenwagen und hilfsbereiten Menschen, die die bedauernswerten Opfer ins Krupp'sche Krankenhaus schafften. Zum Zeichen der Trauer und des Protestes wurden sämtliche Betriebe der Gußstahlfabrik um die Mittagsstunde geschlossen.

Unter dem frischen Eindruck der Katastrophe war die Stimmung der Arbeiterschaft naturgemäß sehr erregt. Zwei durch die Altendorferstraße fahrende Autos mit französischen Insassen wurden von der empörten Menge angehalten mit dem Verlangen, die Wagen zur Wegschaffung der Verwundeten zu überlassen, was jedoch von den Insassen verweigert wurde. Hierauf wurde das erste Auto zerstört und der Chauffeur geschlagen, der darin sitzende französische Ingenieur Snowden jedoch von der Krupp'schen Feuerwehr geschützt und von dem Brandinspektor Jgnée in die Feuerwache gebracht. (Brandinspektor



KRUPP VOR DEM KRIEGSGERICHT

Ignée, der dann am Nachmittag von den Franzosen verhaftet worden war, wurde auf Betreiben Snowdens wieder freigelassen.)

Krupps Verurteilung.

Vier Tage dauerte die Verhandlung vor dem französischen Kriegsgericht. Vergeblich war die meisterhafte Verteidigungsrede des Genfer Rechtsanwalts *Morand*, der im Namen des französischen Volkes Gerechtigkeit forderte. Nach zweistündiger Beratung hatten die französischen Offiziere, die hier Richter waren, „befehlsgemäß“

das Urteil

gefällt. Es lautete:

1. Die Angeklagten *Krupp v. Bohlen* und *Halbach*, *Hartwig*, *Oesterlen*, *Bruhn*, *Baur*, *Schäffer*, *Schraepfer* und *Cunz* sind des Verstoßes gegen die in der Anklage bezeichneten Verordnungen des kommandierenden Generals vom 7. März 1923 (Machinationen gegen die Sicherheit der Truppen) und vom 11. Januar 1923 (Störung der öffentlichen Ordnung) schuldig. Der Angeklagte *Groß* ist des Verstoßes gegen die Verordnung vom 7. März 1923, der Angeklagte *Müller* des Verstoßes gegen die Verordnung vom 11. Januar 1923 schuldig.

2. Gegen die Angeklagten werden folgende Strafen verhängt:

<i>Krupp</i>	15 Jahre Gefängnis u. 100 Mill. Mk.
<i>Hartwig</i>	15 „ „ „ 100 „ „
<i>Bruhn</i>	10 „ „ „ 100 „ „
<i>Oesterlen</i>	15 „ „ „ 100 „ „
<i>Baur</i>	20 „ „ „ 100 „ „
<i>Schäffer</i>	20 „ „ „ 100 „ „
<i>Schraepfer</i>	20 „ „ „ 100 „ „
<i>Cunz</i>	20 „ „ „ 100 „ „
<i>Groß</i>	10 „ „ „ 50 „ „
<i>Müller</i>	6 Monate Gefängnis.

Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision ist vom Oberkriegsgericht in Düsseldorf durch Urteil vom 18. Mai 1923 nur hinsichtlich des Angeklagten *Müller* als begründet erachtet worden. Die von den übrigen Angeklagten eingelegte, auf zehn verschiedene Gründe gestützte Revision, ist verworfen worden.

Gegen das Urteil des Oberkriegsgerichts Düsseldorf wurde auf Grund des Einwandes der Unzuständigkeit der französischen Kriegsgerichte Rekurs beim Kassationshof in Paris angemeldet. Der Kassationshof — also Juristen! — hat dem Rekurs nicht stattgegeben und damit das ungeheuerliche Urteil bestätigt.

LÖSUNGSVERSUCHE DER REPARATIONSFRAGE

Zu den wichtigsten Aufgaben der Regierung Cuno gehörte es, die Frage der Reparationen, die Frage der Höhe der deutschen Entschädigung an die Sieger (vor allem an Frankreich) und ihre Zahlungsweise zur Lösung zu bringen oder doch wenigstens der Lösung näher zu führen. Reichskanzler Dr. *Wirths* Erfüllungspolitik hatte praktisch zeigen wollen, daß das deutsche Volk auch bei dem allerbesten Willen einfach nicht imstande war, die von ihm geforderten Lasten zu leisten. Diese Politik, die zur Verarmung führen mußte, hatte den praktischen Erfolg gehabt, daß die angelsächsischen Völker das französische Märchen vom „böswilligen deutschen Schuldner“ nicht mehr glaubten, und daß sich auch ein anderes Mitglied der Entente, Italien, jetzt geneigt zeigte, einer Nachprüfung der Deutschland aufgebürdeten Reparationslasten auf ihre Tragbarkeit hin zuzustimmen. Der amerikanische Staatssekretär *Hughes* gab den Rat, Deutschlands

Zahlungsfähigkeit durch internationale Sachverständige feststellen zu lassen. Die englische Regierung *Bonar Law*s forderte den gemeinsamen Schuldner offen auf, ein konkretes Angebot mit bestimmten Zahlen und Angabe von Sicherheiten zu machen.

Die Reichsregierung machte daraufhin am 2. Mai 1923 einen detaillierten Vorschlag, den sie in einer Note den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, von Großbritannien, Belgien, Frankreich, Italien und Japan unterbreitete.

Der deutsche Mai-Vorschlag.

Die deutsche Note vom 2. Mai gipfelt in folgenden Vorschlägen:

Die Gesamtverpflichtung Deutschlands zu finanziellen und Sachleistungen aus dem Vertrage von Versailles wird auf 30 Milliarden Goldmark festgesetzt, die mit 20 Milliarden bis zum 1. Juli 1927, mit 5 Milli-

arden bis zum 1. Juli 1929 und mit 5 Milliarden bis zum 1. Juli 1931 durch Ausgabe von Anleihen zu normalen Bedingungen auf den internationalen Geldmärkten aufzubringen sind.

1. Die ersten 20 Milliarden Goldmark werden sofort zur Zeichnung aufgelegt. Die Anleihezinsen bis zum 1. Juli 1927 werden aus dem Anleiheerlös entnommen und in einem von der Reparationskommission zu beaufsichtigenden Fonds sichergestellt. Soweit die 20 Milliarden Goldmark bis zum 1. Juli 1927 nicht durch Anleihen aufgebracht werden können, sind sie von diesem Zeitpunkt ab mit 5 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu tilgen.

2. Falls die beiden Beträge von je 5 Milliarden Goldmark bis zu den dafür vorgesehenen Terminen im Anleihewege zu normalen Bedingungen nicht voll aufzubringen sind, soll eine unparteiische Kommission darüber entscheiden, ob, wann und wie der nicht gedeckte Rest aufzubringen ist. Die gleiche Kommission soll im Juli 1931 auch darüber entscheiden, ob, wann und wie für die Zeit vom 1. Juli 1923 ab die zunächst nicht vorgesehenen Zinsen nachträglich aufzubringen sind. Als unparteiische internationale Kommission soll gelten entweder das Anleihekonsortium, das die ersten 20 Milliarden Goldmark begeben hat, oder ein dem Vorschlage des Staatssekretärs Hughes entsprechendes Komitee von internationalen Geschäftsleuten, in dem Deutschland gleichberechtigt vertreten ist, oder ein Schiedsgericht, bestehend aus je einem Vertreter der Reparationskommission und der deutschen Regierung und einem Obmann, um dessen Ernennung, falls sich die beiden anderen Mitglieder über seine Person nicht einigen, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika gebeten werden soll.

3. Deutschland wird in Anrechnung auf seine Schuld nach den Bestimmungen der bestehenden Verträge Sachleistungen ausführen, über deren Ausmaß nähere Vereinbarungen vorbehalten bleiben.

Gegenforderungen.

Zur Verwirklichung dieses Programms ist es auch im Interesse der Anleihegläubiger notwendig, daß die gewaltsame Ergreifung von Pfändern und die Anwendung von Sanktionen unterbleibt und Deutschland von den jetzt noch auf ihm lastenden unproduktiven Ausgaben und von den politischen und wirtschaftlichen Fesseln befreit wird. Dazu gehört, daß die Einheit der Verwaltung für das Gesamtgebiet Deutschlands baldigst wiederhergestellt, von der im Vertrag von Versailles vorgesehenen Möglichkeit, Deutschland die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu versagen, kein Gebrauch mehr gemacht und nach Stabilisierung der Mark die Einfuhr deutscher Waren nicht mehr den Beschränkungen unterworfen wird, die durch den Niedergang der deutschen Währung veranlaßt waren.

Um dem Frieden Europas in gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit zu dienen, und um die natürlichen wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Erzeugung und Verbrauch herzustellen, soll in privatwirtschaftlichen Verträgen die Grundlage für den gesicherten Austausch von lebenswichtigen Waren zwischen den beteiligten Ländern geschaffen werden. Dazu gehört insbesondere der Abschluß langfristiger privatwirtschaftlicher Verträge über die Lieferung von Kohle und Rots.

Die Antwort der Entente.

Nach wenigen Tagen schon traf die Antwort Frankreichs und Belgiens, das völlig unter seinem Einfluß steht, ein. Sie hielt sich halbwegs in diplomatischen Formen, versuchte aber in der Hauptsache ganz subjektiv den Nachweis zu erbringen, daß Deutschland ein böswilliger Schuldner sei, der wegen dieser Böswilligkeit mit Recht bestraft wurde. Die deutschen Vorschläge wurden als unbrauchbar abgelehnt, ohne daß irgendwie brauchbare Gegenvorschläge gemacht wurden. Eine Woche später - am 13. Mai - trafen die Antworten Englands und Italiens ein. Auch sie brachten eine große Enttäuschung. Zwar war ihre Form sehr höflich, aber sowohl Lord Curzon wie Mussolini lehnten das deutsche Angebot als ungenügend ab. Beide bauten aber die Brücke zu weiteren Ver-

handlungen durch die Aufforderung zu neuen Vorschlägen auf breiterer Grundlage, deren Prüfung im Verein mit den anderen Alliierten ausdrücklich zugesichert wurde. Bezeichnend ist, daß beide Noten kein Wort über die Ruhrschande enthielten.

Die Besprechung der Antworten in der Auslandspresse zeigte deutlich, daß man dort noch wenig Verständnis für die furchtbare Lage der deutschen Wirtschaft hatte, und daß man vor allem Deutschland mißtraute. Dieses festgewurzelte Mißtrauen stammt noch aus der Vorkriegszeit und ist begründet in der jahrzehntelangen Ablehr von der bewährten Bismarckschen Politik. Der politische Zickzackkurs der Wilhelminischen Zeit, der an anderer Stelle dieses Buches im Kapitel „Von der Kontinentalpolitik zur Weltpolitik“ (S. 112—122) ausführlich kritisch gewertet wurde, ist mit seinen vielfach befremdlichen und Anstoß erregenden Maßnahmen von den andern Großmächten sehr oft als schwere Bedrohung aufgefaßt worden, und war doch schließlich nichts als ein Bluff. Die wenigen Jahre seit dem Umschwung haben nicht genügt, um das in Jahrzehnten angerichtete Unheil zu beseitigen.

Das Juni-Memorandum.

Die Regierung Cuno war durch die Antworten in eine schwierige Lage gekommen. Man mußte bei der immer bedrohlicher werdenden Lage der englischen Aufforderung zu neuen Vorschlägen nachkommen, konnte aber keinesfalls höhere Summen, wie es England wünschte, anbieten. Denn dann hätte natürlich der Franzose hohnlachend in alle Welt posaunt: „Da seht Ihr's ja, jetzt bieten sie schon selber mehr und behaupteten eben erst noch, auch bei größter Anstrengung nicht mehr leisten zu können!“ Nach eingehenden Anfragen und Vorverhandlungen in London machte man schließlich keinen neuen Vorschlag, sondern beschränkte sich darauf, sich in einem Memorandum nur zu den Punkten zu äußern, die den Antworten der Alliierten gemeinsam waren, um die Note vom 2. Mai in dieser Hinsicht zu erläutern und zu ergänzen. Das Memorandum schlug folgende Garantien vor:

a) Die Reichsbahn wird mit allen Anlagen und Einrichtungen von dem sonsti-

gen Reichsvermögen losgelöst und in einem Sondervermögen umgewandelt, das in Einnahmen und Ausgaben von der allgemeinen Finanzverwaltung unabhängig ist und unter eigener Verwaltung steht. Die Reichsbahn gibt Goldobligationen in Höhe von zehn Milliarden Goldmark aus, die alsbald als erstelliges Pfandrecht auf das Sondervermögen eingetragen werden und vom 1. Juli 1927 ab mit fünf Prozent verzinslich sind, also eine Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark sicherstellen.

b) Um eine weitere Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark vom 1. Juli 1927 ab sicherzustellen, wird die Deutsche Regierung alsbald die gesamte deutsche Wirtschaft, Industrie, Banken, Handel, Verkehr und Landwirtschaft zu einer Garantie heranziehen, die als erstelliges Pfandrecht in Höhe von zehn Milliarden Goldmark auf den gewerblichen, den städtischen und den land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz eingetragen wird. Die 500 Millionen Goldmark Jahresleistung werden entweder mittelbar im Rahmen einer allgemeinen, auch den übrigen Besitz erfassenden Steuer, oder unmittelbar von den belasteten Objekten aufgebracht.

c) Außerdem werden die Zölle auf Genussmittel und die Verbrauchssteuern auf Tabak, Bier, Wein und Zucker sowie die Ertragnisse des Branntweinmonopols als Sicherheit für die Jahresleistungen verpfändet. Der Rohertrag dieser Zölle und Verbrauchsabgaben, der sich im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre auf rund 800 Millionen Mark belief, ist zwar seitdem infolge des Verlustes an Land und Volk und infolge des verminderten Verbrauchs auf etwa ein Viertel zurückgegangen. Mit der Gesundung der Wirtschaft wird er jedoch automatisch wieder steigen.

Eine Antwort auf diese erweiterten Vorschläge ist bis Mitte August noch nicht erfolgt. Die englische Regierung hat zwar ganz deutlich erklärt, daß sie den Inhalt des deutschen Memorandums für eine geeignete Verhandlungsbasis halte, es ist ihr aber nicht gelungen, die

Mitglieder der Entente auf eine diesbezügliche gemeinsame Antwort zu einigen, wie es ihre Absicht war. Amerika und Japan erklärten, daß sie an einer Antwort kein Interesse hätten, und Frankreich und Belgien glaubten die von England entworfene Antwortnote nicht unterzeichnen zu können. Als Fortschritt ist lediglich zu buchen, daß Englands energisches Auftreten Frankreich veranlaßte, dies Mal nicht wie üblich sein lautes „Unannehmbar!“ in die Welt zu schreien, daß Belgien schwankend geworden ist und daß Italien jetzt ganz offen den englischen Standpunkt teilt, daß mit Deutschland über die Lösung der Reparationsfrage verhandelt werden müsse. Der Gedankenaustausch zwischen Frankreich und England über die Antwortnote hat manchmal solche Formen angenommen, daß unverbesserliche Optimisten sogar schon hofften, die

Entente werde in den allernächsten Tagen in die Brüche gehen. Aber man soll sich nicht täuschen lassen. Englands Politik wird stets von der Rücksicht auf den eigenen Vorteil geleitet und ein Bruch mit Frankreich scheint den Engländern im Augenblick nicht in ihre Rechnung zu passen. Es machen sich sogar in England starke Einflüsse gegen ein zu großes Eintreten für die deutschen Interessen geltend. Eins aber hat die Debatte zwischen London und Paris doch gezeitigt: die auf ein juristisches Sachverständigen-Gutachten gestützte und ganz offen ausgesprochene Ueberzeugung Englands, daß die Ruhrbesetzung den Bestimmungen des Versailler Vertrages zuwiderläuft und daher ungesetzlich ist. Aber diese Feststellung hat die rapide sich steigende Verelendung des deutschen Volkes nicht aufhalten können.

DIE MARKSTÜTZUNGSAKTION

Die katastrophale Entwertung der Mark unter der Reichskanzlerschaft Dr. Cunos haben alle Leser des Buches selbst miterlebt und sie ist jedem einzelnen so fühlbar geworden, daß sich eine Schilderung nicht vernetwendigt. Wir wissen alle, daß, als Dr. Cuno das Steuer des Reichsschiffs ergriff, der Dollarkurs noch weit unter 10 000 lag, während er neun Monate später beim Auscheiden Cunos einen Kursstand von ca. 4 Millionen erklettert hatte. Als man im Ruhrgebiet mit dem passiven Widerstand den Kampf aufnahm, da war es aus politischen Gründen unbedingt notwendig, den Markkurs zu stabilisieren.

Am 1. Februar 1923 hatte der Dollar den Stand von 46 250 Mark erreicht. 3 Tage später griff die Reichsbank ein und es gelang ihr vom 14. Februar ab den Dollar auf 19 500 zu drücken und ihn bis Mitte April auf dieser Höhe zu halten. Dann brach das Stützungsunternehmen jäh zusammen. Nicht infolge außenpolitischer Einwirkung, sondern durch innenwirtschaftliche Mächenschaften, an denen sich bedauerlicherweise so ziemlich sämtliche Berufs- und Wirtschaftskreise in krassem Egoismus beteiligten. Die Folge war, daß der Dollar ungehemmt in die Höhe schnellte und am 12. Juni den Kurs von 100 000 erreichte. Damit hatten Polen-

noten und österreichische Kronen den Markkurs überflügelt und die Mark befindet sich seitdem auf der schiefen Ebene des Sowjet-Rubels.

Ueber die Schuld am Zusammenbruch der scheinbar gelungenen Stabilisierung — wochenlang brauchte, wie wir später aus dem Munde des Reichsfinanzministers erfahren haben, sich die Reichsbank überhaupt nicht einzumischen — haben sich die Sachverständigen gestritten und ein eigens dafür eingesetzter Reichstagsausschuß hat auch keine Klarheit zu schaffen vermocht. Einen Fehler haben die Leiter der Aktion selbst zugegeben: man hatte den Dollar zu stark herabgedrückt. Dadurch wurde der Goldwert der Banknoten-Zirkulation auf mehr als das Doppelte gesteigert und die Golddeckung der Reichsbank um die gleiche Summe vermindert. Bei der Stabilisierung kam es — das hatte man nicht klar erkannt — nicht darauf an, den Markkurs zu bessern, sondern ihn festzuhalten.

Auf die späteren Versuche, wieder eine Stabilisierung herbeizuführen, braucht nicht eingegangen zu werden, da sie sich alle als Versuche mit untauglichen Mitteln erwiesen haben.

Eine wirkliche Stabilisierung wird nur möglich sein, wenn die schrankenlose Tätigkeit der Banknotenpresse eingestellt wird.

DAS MIETERSCHUTZGESETZ

Von den Gesetzen, die unter dem Rabinett Cuno zustande kamen, dürfte das am 1. Oktober 1923 in Kraft tretende Mieterschutzgesetz weiteste Kreise interessieren. Vor allem wird in ihm das Kündigungsrecht neu geregelt. Vom 1. Oktober 1923 an kann die Kündigung eines Mieteverhältnisses jeder Art durch den Vermieter rechtswirksam überhaupt nicht mehr erfolgen, vielmehr kann der Vermieter die Beendigung eines Mieteverhältnisses gegen den Willen des Mieters nur mittels erfolgreicher Durchführung einer Aufhebungs-Klage bei den ordentlichen Gerichten unter Hinzuziehung von Beisitzern aus dem Kreise der Mieter und Vermieter erreichen. Eine vom Vermieter dem Mieter gegenüber erklärte Kündigung ist in Zukunft vollkommen unwirksam, es bedarf nicht einmal ihrer Zurückweisung durch den Mieter.

Ein Mieteverhältnis kann nur aus ganz bestimmten, in diesem Gesetze festumschriebenen Gründen im Wege der Aufhebung durch gerichtliches Urteil eines Gerichts in der vorgenannten Besetzung aufgehoben werden. Gegen dieses Urteil ist wiederum die Berufung oder auch die sofortige Beschwerde statthaft. Gründe für die Aufhebung eines Mieteverhältnisses liegen nur vor, wenn der Mieter den Vermieter ganz erheblich belästigt oder schwer beleidigt hat, oder den Mietraum ganz unangemessen gebraucht, oder sich besonders beharrlich weigert, Miete zu zahlen. Wenn der Mieter aber vor dem Erlaß des Urteils den Vermieter befriedigt, oder Aufrechnungsgründe hat, ist die Aufhebung des Mieteverhältnisses nicht mehr zulässig. Die Absicht des Vermieters, Räume selbst in Gebrauch zu nehmen, um vielleicht damit seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, rechtfertigt nach diesem Gesetz die Aufhebung des Mieteverhältnisses durch den Klageweg allein auch noch nicht. Sollte der Vermieter trotzdem einmal im Klagewege die Aufhebung eines Mieteverhältnisses aus vorgenannten Gründen erlangen, so kann die Zwangsvollstreckung dieses Urteils nur erfolgen, wenn dem Mieter ein

ausreichender Ersatzraum gesichert wird, dieses ist sogar durch Ausspruch in der Urteilsformel davon abhängig zu machen. In den meisten Fällen wird also der Vermieter auch einen zur Räumung verurteilten Mieter behalten müssen, weil heute so gut wie gar keine Ersatzräume zu beschaffen sind.

Weiter ist bestimmt, daß beim Tode eines Mieters der Vermieter das Mieteverhältnis nicht kündigen kann, wenn ein volljähriger Verwandter bis zum zweiten Grade sich in den Mieträumen aufgehalten hat. Auch wenn Mieträume nur mit Rücksicht auf ein Dienst- oder Arbeitsverhältnis überlassen waren, kann der betreffende Wohnungsinhaber über die Dauer des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses hinaus wohnen bleiben und braucht nur auszuweichen, wenn ihm der Vermieter, bezw. der Arbeitgeber eine Ersatzwohnung zur Verfügung stellt, auch hat er ihm noch gegebenenfalls den Umzug zu bezahlen. Die Miets-Einigungsämter haben in Zukunft nur über die nach dem Reichsmietengesetz ihnen übertragenen Aufgaben (Festsetzung der jeweiligen Höhe der Miete usw.), und über die gesetzlichen Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel zu entscheiden. Weiter haben die Miets-Einigungsämter das Recht, einem Mieter die Erlaubnis zur Untervermietung seines Wohnraums zu erteilen. Gegen die Entscheidungen des Miets-Einigungsamtes ist ab 1. Oktober 1923 eine Rechtsbeschwerde statthaft.

Das Gesetz tritt mit dem 1. Juli 1926 außer Kraft. Nach dem Willen eines Teiles seiner Väter soll es bis dahin der Vorbereitung der dann wieder eintretenden freien Wirtschaft dienen, nach dem Willen des anderen Teiles seiner Väter soll es eine Weiterbildung und Vertiefung der Gedanken des heutigen Mieterschutzes sein. Da die Wohnungs- und Raumnot täglich wächst und unsere Wirtschaft zur Zeit nicht einmal ein wirksames Mittel kennt, diesem Wachsen der Not zu steuern, dürfte wohl nach Ablauf des Gesetzes die freie Wohnungswirtschaft noch nicht wieder möglich sein.

Mit Mut und ehrlichem Wollen hat Dr. Cuno am Steuer des Reichsschiffs gestanden. Aber ständige Stürme und undurchsichtiger Nebel behinderten dessen Fahrt. Dazu war die politische Basis, auf der er arbeiten mußte, zu schmal. Der wundervoll passive Widerstand im Ruhrgebiet war, da man mit einer so langen Dauer nicht gerechnet hatte, nicht hinreichend und nicht vorausschauend genug finanziert worden. Die wachsende Teuerung und das Gefühl, daß die Regierung zu tatenlos die Dinge zum schlechten Ende laufen lasse, stärkten die Anhängerschaft der praktisch und politisch unbelasteten Radikalen rechts und links. Vor allem hatten die Kommunisten starken Zulauf. In ganz Deutschland kam es zu Lebensmittelkrawallen, bei denen viele ihr Leben einbüßten. Dr. Cuno ging, als die sozialdemokratische Fraktion die große Koalition forderte. Der rechts stehende Politiker, der diese Forderung seit Monaten schon erhoben hatte, Dr. Stresemann, wurde Reichskanzler.

Dr. Stresemann steht seit Jahren an führender politischer Stelle. Er gründete sein Kabinett auf die sogenannte große Koalition. Vizekanzler ist der Sozialdemokrat Robert Schmidt. Den wichtigen Posten des Reichsfinanzministers hat der frühere unabhängige Sozialdemokrat Dr. Hilferding. Demokraten und Zentrum haben Vertreter ins Kabinett geschickt. Mit mehr als $\frac{3}{4}$ der abgegebenen Stimmen bejahte am 14. August 1923 das Plenum des Reichstages die Vertrauensfrage. Die erste Aufgabe der neuen Regierung wird es sein, die vom Vorgänger übernommenen, in das gesamte Wirtschaftsleben stark eingreifenden neuen Steuern wirksam durchzuführen. Es handelt sich um die folgenden Steuergesetze:

1. Gesetz über die Erhöhung der Vorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftssteuer. Beschlossen wurde eine Erhöhung auf das 400fache zur Einkommensteuer, auf das 600fache zur Körperschaftssteuer. Der Ertrag wird auf 40 Billionen Mark aus der Einkommensteuer, auf 20 Billionen Mark aus der Körperschaftssteuer geschätzt.

2. Abgabe aus Anlaß der Ruhrbesetzung.

Die Einkommen- und Körperschaftssteuerpflichtigen, die zur Vorauszahlung verpflichtet sind, sowie die Steuerpflichtigen, die im Jahre 1922 ein Einkommen von mehr als einer Million Mark hatten (hohe Beamte, Bankdirektoren), haben an den drei nächsten Vorauszahlungsterminen das Doppelte der erhöhten Vorauszahlungen als Abgabe zu entrichten. Der Ertrag wird auf 40 Billionen Mark geschätzt.

3. Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer. Die Kraftfahrzeugsteuer ist um das 50fache erhöht worden. Der Ertrag wird auf 15 Billionen Mark angegeben.

4. Besteuerung der Betriebe. Alle Betriebe im Sinne der Gewerbeordnung haben in den nächsten sechs Monaten den doppelten Betrag der von ihnen abgeführten Lohnsteuerbeträge als Lohnfirmensteuer wöchentlich zu entrichten. Diese Belastung der Industrie wird auf 120 Millionen Goldmark in den nächsten sechs Monaten geschätzt. (Etwa 120 Billionen Papiermark bei einem Dollarstande von 4 Millionen.)

5. Besteuerung der Landwirtschaft. Der Landwirtschaft ist eine besondere Besteuerung für die nächsten sechs Monate auferlegt worden. Die Höhe dieser Steuer beträgt insgesamt 216 Millionen Goldmark. (Etwa 216 Billionen Papiermark bei einem Dollarstande von 4 Millionen.)

Die ganz beträchtlichen Summen, die aus diesen Steuern der Reichskasse zufließen, werden aber an sich nicht vermögen, die Reichsfinanzen zur Gesundung zu führen. Andere, schwer in das Wirtschaftsleben eingreifende Maßnahmen werden notwendig sein, um es wieder gesunden zu lassen. Wir müssen bei einem Dollarstand von amtlich 5,5 Millionen (New Yorker Parität 7,7 Millionen), bei einem Butterpreis von $1\frac{1}{2}$ Million und bei einem Fleischpreis in etwa gleicher Höhe darauf verzichten, irgendwie günstige Perspektiven zu eröffnen. Trotzdem bleibt der Glaube des Verfassers Ueberzeugung, daß Dank unseres Volkes Kraft und Tüchtigkeit auch das neue Deutschland wieder so blühende Zeiten erleben wird wie einst das alte.

ANHANG

PRAKTISCHE STEUERFRAGEN

VON DR. FRITZ JOHANNES VOGT
STEUERSYNDIKUS IN APOLDA

NACHDRUCK AUCH EINZELNER TEILE VERBOTEN

PRAKTISCHE STEUERFRAGEN

Steuer-moral. Eine feindselige Stimmung zwischen dem Steuerpublikum und dem Steuerstaat sollte sich auf die Dauer gegenüber den ruhigen und staatsertaltenden Gefühlen nicht durchsetzen können. Eine ausgeprägte Steuer-moral gehört notwendig zur politischen Reife eines Staatsvolkes. Aber ach! Wie wird uns Steuerehrlichen mitgespielt! Mühsam versuchen wir, den Willen des Steuergesetzgebers erst einmal kennen zu lernen. Ein sorglicher Hausvater will doch auch das Bewußtsein haben, daß er alle Erleichterungen ausgenutzt hat und sich alle Vorteile verschafft hat, die zu seinen Gunsten bestehen. Solange der Steuerzahler dem Steuerbescheid wie einem ungewissen Schicksal entgegensieht, will sich kein richtiges Vertrauensverhältnis herausbilden. Wer kann aber heute in dem reißenden Strom der Steuergesetzgebung noch schwimmen? Der kühnste Schwimmer erlahmt. Es soll vorkommen, daß in nicht ganz vereinzelt Fällen weder der Steuerzahler noch der Steuerbeamte Rat weiß.

Gewiß soll der Steuerzahler nicht der Willkür ausgeliefert sein. In dem wichtigsten Gesetz für die Steuerpraxis, in der Reichsabgabenordnung, ist jeder Fiskalismus verboten. Bereits in den ersten, einleitenden Bestimmungen dieses Gesetzes wird vorgeschrieben, daß jede Entscheidung, bei der die Finanzbehörde eine gewisse Freiheit hat, nach Recht und Billigkeit zu erfolgen hat (§ 6), also nicht aus Verärgerung oder aus dem Grundsatz heraus geschehen soll: was zweifelhaft ist, wird zugunsten des Fiskus entschieden. Weiter ist gesetzlich vorgeschrieben, daß das Finanzamt die Angaben der Steuerpflichtigen auch zugunsten der Steuerpflichtigen zu prüfen hat (§ 204). Diese Vorschriften werden jeder Einsichtige begrüßen. Der Finanzbeamte tritt nicht einseitig die Interessen der Steuerkasse.

Offenheit des Verkehrs. Die Reichsabgabenordnung versucht, die Finanzämter und das Steuerpublikum zu einer gewissen Offenheit im Verkehr zueinander zu erziehen. Daher ist auch bestimmt, daß eine strafbare Steuerhinterziehung erst dann gegeben ist, wenn der Steuer-schuldige vorsätzlich Pflichten verlegt, die er zu erfüllen hat, damit eine Steuer ermittelt

werden kann. Es muß also ein Verschweigen von Tatsachen vorliegen, oder das Unterlassen einer Steuererklärung oder ähnliches. Wer dagegen in dem Bestreben, Steuerersparnisse zu machen, zu weit geht und Umwege einschlägt, die nicht zulässig sind, dabei aber nichts tut oder unterläßt, was geeignet wäre, diese Handlung zu verschleiern, der hat nur eine straffreie Steuerumgehung begangen. Andererseits soll aber auch das Finanzamt mit seinen Absichten nicht hinter dem Berge halten. Wenn es von einer Steuererklärung wesentlich abweichen will, so hat es die Punkte, in denen es den Steuerzahler schlechter stellen will, diesem zur vorherigen Äußerung mitzuteilen (§ 205). Auf die Beachtung dieser Bestimmung sollten alle Steuerpflichtigen halten. Nichts wirkt verderblicher auf die Steuer-moral, als willkürliche und schematische Höferschätzungen durch das Finanzamt und das Gefühl der Ohnmacht, das dem Steuerzahler aufsteigt. Ein solches Gefühl der Ohnmacht ist also unberechtigt. Die gesetzlichen Bestimmungen stehen dem Steuerpublikum zur Seite. Ihre Innehaltung kann es erzwingen.

Das Dulden von Nachteilen. Der Gesetzgeber hat sich demnach einige Mühe gegeben, in dem heillosen Wirrwarr der vielzuvielen Steuervorschriften wenigstens erträgliche Verkehrsformen zwischen den Finanzämtern und dem Publikum zu schaffen. Die Kenntnis der wichtigsten Schutzrechte, die dem Steuerzahler zur Seite stehen, ist heute für jeden unerlässlich. Zu diesem Rechtsschutz gehört auch, daß der Steuerpflichtige bestimmte Nachteile nur dann dulden muß, wenn er durch unzumutbares Verhalten dem Finanzamt das Recht dazu verschafft hat. Solche Nachteile, die durch eigenes Verschulden verwirkt werden, sind das Recht des Finanzamtes, zu Schätzungen zu schreiten, und das Recht des Finanzamtes, bei der Ermittlung der Steuer Dritte heranzuziehen. Diese Vorgänge stellen also gewissermaßen eine Vorstufe des Steuerstrafrechts dar. Wer sein Verhalten der Steuer gegenüber zweckmäßig einrichtet, kann diese Maßnahmen vermeiden, oder er kann sich doch mit Erfolg gegen sie wehren, wenn sie dennoch ihm gegenüber angewendet werden.



Speisung der hungernden Alten in Notstandsküchen.

Die Schätzungen. Wie steht es mit den Schätzungen? Eine willkürlich erscheinende und oft rein schematische Höher schätzung ist besonders beim Reichsnotopfer viel angewendet worden. Aber auch bei der Einkommensteuer tritt sie immer wieder auf. Bei der Zwangsanleihe und der Vermögensbesteuerung der nächsten Zeit wird sie unvermeidlich auftauchen. Sie verkürzt doch die Arbeit der Finanzämter bedeutend. Der Steuerfänder wird die Schätzung ruhig ertragen, um Auseinandersetzungen zu vermeiden. Der Steuer ehrliche aber wird Einspruch erheben. Er hat ja auch seine Steuererklärung rechtzeitig und ordentlich ausgefüllt abgegeben. War er zur rechtzeitigen Abgabe verhindert, so hat er eine Fristverlängerung nachgesucht, um auf alle Fälle zu vermeiden, daß das Finanzamt ihn wegen mangelnder Unterlagen schätzen darf. Anfragen und Rückfragen des Finanzamtes hat er sachlich beantwortet. Nichts wäre ja auch verkehrter, als sich über Rückfragen zu ärgern und sie unbeachtet zu lassen. Der Steuer ehrliche setzt doch einen berechtigten Stolz darein, daß seine Erklärungen von der Finanzbehörde anerkannt werden, und bei den hohen Steuerfäden spricht auch ein brennendes wirtschaftliches Bedürfnis mit. Schließlich könnte ein Schätzungsrecht nur noch daraus hergeleitet werden, daß keine ausreichenden Aufzeichnungen vorhanden sind. Immer hat es sich der Steuerzahler selber zuzuschreiben, wenn er eine Schätzung nicht abschütteln kann. (Abgesehen von Schätzungen solcher Vermögensgegenstände, die einen unbestimmten Wert haben, wie ein Patent oder ähnliches.)

Die Beweispflicht des Finanzamtes. Wir haben den Rechtsschutz des Steuerpublikums gegen Schätzungen bisher aus den Bestimmungen der Reichsabgabenordnung entwickelt. Weiter ausgebaut ist der Rechtsschutz durch die Entscheidungen des höchsten Steuergerichts, des Reichsfinanzhofes in München. Diese Entscheidungen sind maßgebend für die gesamte Steuerpraxis und werden nur dann hinfällig, wenn neue Gesetze etwas Abweichendes bestimmen. In einem Urteil vom 30. November 1921 schreibt der Reichsfinanzhof vor: „Wenn auch bei nicht genügenden Unterlagen Schätzung des Vermögens einzutreten hat, so muß doch

zunächst festgestellt sein, daß an der Hand der Angaben des Steuerpflichtigen und durch Verhandlungen mit ihm ein ausreichender Beweis für seine Behauptungen nicht erbracht werden kann.“ Das Finanzamt ist beweispflichtig dafür, daß es zur Schätzung berechtigt war. Weiter verlangt dasselbe Urteil, daß die Schätzung eine erkennbare Unterlage habe, die als Gegenbeweis gegen die Angaben des Steuerpflichtigen verwertbar ist. Daraus folgt schlagend, daß es unzulässig ist, ohne erkennbare Ursache und ohne weitere Begründung einfach eine Summe zu der Steuererklärung hinzuzufügen.

Anzuverlässige Angaben. Ueber die eigenen Angaben des Steuerzahlers kann allerdings hinweggegangen werden, wenn diese auch nur auf Schätzung beruhten, oder wenn sie offensichtlich unzuverlässig sind. Solche Unzuverlässigkeit ergibt sich schon äußerlich, wenn die Angaben wiederholt gewechselt haben, also leicht widerrufen werden; oder wenn sie mit Erfahrungstatsachen in Widerspruch stehen. Hat nun aus einem der behandelten Gründe das Finanzamt ein Recht erworben, zu schätzen, so müssen trotzdem tatsächliche Unterlagen berücksichtigt werden. Auch Schätzungen müssen von richtigen Unterlagen und ihrer zutreffenden Würdigung ausgehen. (Reichsfinanzhof, Entscheidungen, Band 4, Seite 188.) Der Steuerzahler wird also auch in diesem Falle noch alles Material beibringen, das zu seinen Gunsten sprechen kann.

Die Auskunft dritter Personen. Das Finanzamt kann unter bestimmten Voraussetzungen, aber es braucht nicht zu schätzen. Es hat die freie Wahl, auch anders vorzugehen, nämlich Angaben, die es haben will, zu erzwingen. Die Schätzung soll nicht als ein Schutzwall mißbraucht werden können, um hohe Einkommen oder Vermögen zu verstecken, ohne daß der Bereffene gerade sich gezwungen sieht, falsche Angaben zu machen. Diese Bestimmung richtet sich gegen die Steuerfänder und kann da nur aus allgemeinen Erwägungen begrüßt werden. Wäre es doch auf die Dauer geistig und moralisch unerträglich, wenn das Finanzamt nicht Mittel hätte, um zu verhindern, daß nur der ehrliche Teil der Bevölkerung die volle Steuerlast trägt. Das Finanzamt kann auch dritte Personen zur Auskunft heranziehen. Die-

ses Recht soll natürlich nicht zu einer ständigen Belästigung des Publikums führen, das ja unzweifelhaft schon an und für sich genug mit Erklärungs- und Auskunftspflichten belastet ist. Die Reichsabgabenordnung bestimmt daher im § 209, daß andere Personen erst dann zu einer Auskunft oder zur Vorlegung von Büchern angehalten werden, wenn die Verhandlungen mit dem Steuerpflichtigen selber nicht zum Ziele führen oder keinen Erfolg versprechen. Dritte sollen daher auch nicht allgemein bemüht werden, damit überhaupt Steuerfälle aufgedeckt werden, sondern nur zu bestimmten Auskünften in Verfahren gegen bestimmte Personen. Ein Verfahren gegen Unbekannt ist unzulässig, wie der Reichsfinanzhof jetzt mehrfach entschieden hat.

Steuer-Pflichten. Aus der Behandlung des Stoffes ersehen wir bereits, daß eine nicht ganz einfach zu erlangende Schulung dazu gehört, sich des Rechtsschutzes, den man als Steuerzahler genießt, überhaupt erst einmal bewußt zu werden. Die grundlegenden Bestimmungen liegen etwas ferne in einem Gesetzbuch, das keine besondere Steuer enthält, nämlich in der Reichsabgabenordnung. Die Entscheidungen des höchsten Steuergerichts sind bestrebt, den Rechtsschutz ständig auszubauen und ihm in manchen Beziehungen erst einmal die Grundlagen zu geben. Das Zeitopfer, diese Entwicklung hin und wieder zu verfolgen und zu studieren, muß gebracht werden und rechnet mit zu den Steuerpflichten.

Zu den Steuerpflichten rechnen heute, und oft sehr fühlbar, außer den Geldleistungen auch andere Leistungen. Wir behandelten schon die Auskunftspflicht von dritten Personen. Sie gehört mit zu den Verpflichtungen, die viel Scherereien verursachen und manchmal zu Reibereien im Verkehr mit den Finanzbehörden führen. Welche Stellung hat hierbei das Steuerpublikum? Andere Leistungen als Geldleistungen kann das Finanzamt nach § 202 erzwingen. § 202 aber handelt von den Finanzbeseh-
len, wie der Reichsfinanzhof in einer außerordentlich glücklichen und kennzeichnenden Wortprägung sagt. Daß die Geldleistungen in einem sehr schnellen Zwangsverfahren vom Staate beigetrieben werden, ist ja hinlänglich bekannt. Andere Leistungen werden also nach § 202 der Abgabenordnung durch Finanzbefehele erzun-

gen. Die den Finanzämtern zustehenden Zwangsmittel gleichen denen, die Polizeibehörden gestattet sind. Die Finanzämter können ihren Willen unmittelbar erzwingen, also etwa mit Gewalt in Räume eindringen. Sie können bestimmen, daß Finanzbefehele, die der Steuerzahler nicht ausführt, auf dessen Kosten von anderen vollführt werden. Endlich können sie Geldstrafen verhängen. Das ist eine ungewöhnliche Machtfülle. Es sei nur daran erinnert, daß das Grundrecht aller Deutschen nach Artikel 115 der Reichsverfassung: die Unverletzlichkeit der Wohnung, den Finanzbefeehlen gegenüber verläßt. Die Machtbefugnisse der Finanzämter sind also größere als die der Polizei. Während die Polizeibeamten nicht mehr anders in eine Wohnung eindringen dürfen, als wenn sie die richterliche Vollmacht dazu in Händen haben, bestehen für das Finanzamt solche Bedenken nicht.

Die Finanzbefehele sind nicht formlos und nach Belieben möglich. Bevor ein Zwangsmittel festgesetzt wird, muß der Steuerzahler unter Androhung des Zwangsmittels zu der gewünschten Handlung aufgefordert werden. Zugleich muß ihm eine angemessene Frist gesetzt werden. Die Aufforderung und die Androhung müssen schriftlich geschehen. Auch diese Vorschriften sind von dem Reichsfinanzhof in zwei wichtigen Beziehungen ergänzt worden. Einmal müssen die Finanzbefehele unabweisbar bestimmt sein. Ferner muß auf Verlangen des Steuerzahlers angegeben werden, welcher Zweck damit verfolgt wird. Die Bestimmung, daß der Finanzbefehl sich auf bestimmte sachliche Verhältnisse mit zweifelsfreier Klarheit beziehen muß, zwingt die Finanzämter, von allgemeinen und mehr gefühlsmäßigen Erwägungen abzugehen, was bei einem so scharfen Instrument nur erwünscht sein kann. Die Angabe des Zwecks aber ist unbedingt erforderlich, damit der Steuerzahler sich darüber klar werden kann, ob er sich mit dem Finanzbefehl zufrieden geben oder ob er sich zur Wehre setzen soll.

Beschwerde gegen Finanzbefehele. Wer meint, zur Erfüllung der Aufforderung nicht verpflichtet zu sein, hat dies dem Finanzamt rechtzeitig unter Darlegung der Gründe mitzuteilen. Auch hier wieder eine Bestimmung, die dazu dienen soll, den Verkehr zwischen Be-

hörde und Publikum offen und sachlich zu gestalten. Beide sollen sich ihre Gründe mitteilen. Bei dem Ermittlungsverfahren sollen beide Teile nie mit Erbitterung gegeneinander kämpfen, sondern sich immer bewußt bleiben, daß sie beide demselben Gesetz unterstehen, an das sie beide gebunden sind. Wenn nun aber ein Finanzbefehl als unerträglich empfunden wird? Dann ist immer die Beschwerde möglich. Diese Beschwerde hat zunächst eine aufschiebende Wirkung. Sie ist zu richten an das Finanzamt und wird von diesem weitergegeben an das vorgesetzte Landesfinanzamt. Dieses entscheidet zunächst endgültig. Weiterhin ist dann noch die Rechtsbeschwerde an den Reichsfinanzhof möglich. Aber sie hat keine aufschiebende Wirkung mehr. Der Finanzbefehl wird jetzt durchgeführt, und wenn die spätere Entscheidung des etwa noch angerufenen Reichsfinanzhofes in anderem Sinne ausfällt, so hat das dann meist eine mehr grundsätzliche Bedeutung.

Einwendungen gegen Steuerbescheide. Nun erläßt das Finanzamt ja nur in Ausnahmefällen Finanzbefehele. Im gewöhnlichen Verkehr gehen uns Steuerbescheide zu, gegen die sich unsere Einwände richten können. Gegen die Steuerbescheide sind die Rechtsmittel einzulegen. Die erste Revision, die verlangt werden kann, richtet sich an das Finanzamt und heißt: Einspruch. Wer sich auch mit der Einspruchsentscheidung nicht zufrieden geben will, kann weiter gehen an das Finanzgericht, und schließlich noch an den Reichsfinanzhof. Für Zölle und Verbrauchsabgaben gibt es nur zwei Instanzen. Die wichtigste Verbrauchssteuer, die wir haben, die Umsatzsteuer, ist aber keine Verbrauchsabgabe im Sinne des Steuerrechts. Für sie gilt der zuerst beschriebene Weg.

Das Gesetz ist sehr entgegenkommend in seinen Anforderungen an die Form des Einspruchs. Es gibt keinen formellen Einspruch. Vielmehr genügt es, wenn aus irgend einer Erklärung des Steuerpflichtigen hervorgeht, daß er sich durch die Entscheidung beschwert fühlt. Für die milde Auffassung über die äußeren Erfordernisse des Einspruchs sei ein Urteil des Reichsfinanzhofes vom 19. Oktober 1921 mitgeteilt. Gegen einen Steuerpflichtigen waren zu gleicher Zeit ein Veranlagungsbescheid

und ein Steuerstrafbescheid ergangen. Er hatte dann nur gegen den letzteren das Rechtsmittel eingelegt. In der Begründung zu diesem Rechtsmittel hatte er die Steuerberechnung beanstandet. Dieser Schriftsatz mit der Beanstandung ging erst vom Gericht dem Finanzamt zu, das in der Strassache Stellung nehmen sollte. Der Schriftsatz wurde als fristgerechter Einspruch vom Reichsfinanzhof anerkannt.

Vorsicht bei Verzichtserklärungen. Der Einspruch fällt fort, wie jedes andere Rechtsmittel, wenn dem Finanzamt gegenüber schriftlich darauf verzichtet ist. Mit solchen Verzichtserklärungen wird man sehr vorsichtig umgehen. Im allgemeinen wird man sie nur zugestehen können, wenn das Finanzamt sich dafür auf bestimmte Bewertungssätze festlegt. Ein solcher Verzicht auf Rechtsmittel entspringt gewöhnlich eingehenden Verhandlungen in schwierigen Steuerfällen, die zu einer Einigung geführt haben. Doch sollte ein Steuerzahler sich nur dann dazu hergeben, auf sein wichtigstes Recht zu verzichten, wenn er selber diese Verhandlungen gesucht hat, um Klarheit zu erlangen, oder, wenn er sehr sicher ist, daß er die Veranlagungsgrundsätze, die in Frage kommen, hinreichend überschaut. In einem Einspruch können nämlich neue Tatsachen vorgebracht werden, die bisher nicht mitberücksichtigt wurden. Dieser Vorgang spielt bei der Neuheit unserer Steuergesetze und der Schwierigkeit, dem ständigen Wechsel zu folgen, eine bedeutende Rolle. Nach der abgegebenen Steuererklärung vergehen oft Monate, ehe der Bescheid eintrifft. Nach der Zustellung des Bescheides läuft noch eine Frist von einem ganzen Monat, innerhalb der der Steuerpflichtige Einspruch erheben kann. In diesem langen Zeitraum wird ihm aber manchmal überhaupt erst klar, was noch zu seinen Gunsten verwertet werden kann. Das kann dann im Einspruch geltend gemacht werden.

Zurücknahme des Einspruchs. Stellt sich heraus, daß das Ergebnis für den Steuerpflichtigen ungünstig ausfällt, so kann der Einspruch zurückgenommen werden. Das kann geschehen bis zur Unterzeichnung der Einspruchsentscheidung. Die Zurücknahme hemmt allerdings den Fortgang des Verfahrens in solchen Fällen nicht, in denen auch der Vorsteher des Finanzamts oder sonst ein Beteiligter

ein Rechtsmittel eingelegt hat. Die Rechtsmittel sind kostenfrei, wenn die Steuerpflichtigen Recht bekommen. Im andern Fall entstehen Kosten. Auf den Einspruch hin setzt eine neue Ermittlung ein, die unter Umständen auch dazu führen kann, daß die ursprüngliche Veranlagung zum Nachteil des Steuerpflichtigen abgeändert wird. Selbstverständlich kann dies nur geschehen, wenn nachträglich neue Tatsachen durch die Erhebung bekannt werden, oder aber, wenn eine anderweitige rechtliche Beurteilung sich als notwendig erweist. Es will also auch ein **Steuereinspruch** reiflich überlegt sein.

Wann hat man Aussicht, mit einem Rechtsmittel Erfolg zu haben? Man sollte bei der Begründung seiner Ansichten auf die Darstellung ganz allgemein gehaltener Erwägungen verzichten. Das Finanzamt darf ja Zweckmäßigkeitserwägungen oder Ansprüchen irgendwelcher Gerechtigkeit doch nicht folgen, sondern hat sich nach dem Willen des Gesetzgebers zu richten. Die Begründung für Einsprüche muß sich also möglichst auf den klaren Wortlaut eines Steuergesetzes gründen — soweit die Steuergesetze solchen klaren Wortlaut enthalten. Es gibt leider auch unklare gesetzliche Bestimmungen. Weiterhin ist das beste Beweismittel stets eine Entscheidung des Reichsfinanzhofs, die in einem entsprechenden Fall ergangen ist. Diese Entscheidung ist für alle Finanzbehörden bindend. Es kann meist nicht genügen, sich auf gelegentliche Aufsätze in den Zeitungen oder Fachblättern zu berufen, soweit eben nicht in ihnen das eben beschriebene Material niedergelegt ist. Für die Höhe des Steuergegenstandes, also etwa des Einkommens oder des Umsatzes, muß man die Beweismittel zur Hand haben, entweder dadurch, daß man Dokumente und Belege bereit hält, oder, wenn es sich nicht um einzelne Tatsachen handelt, dadurch, daß man zweckmäßige Aufzeichnungen gemacht hat. Wenn der Steuerpflichtige die Beweismittel, zum Beispiel amtliche Schätzungen, nicht selber in Händen hat, braucht er sie nicht herbeizubringen. Es genügt, daß er angibt, wo sie zu finden sind. Das Finanzamt hat von Amtswegen die tatsächlichen Verhältnisse zu ermitteln.

Der Wert von Aufzeichnungen. Aufzeichnungen muß jeder machen, der nicht Gehalts- oder Lohnempfänger ist. Er muß es, weil

sein eigener Vorteil ihn dazu zwingt. Es sind freilich nicht alle Personen handelsrechtlich dazu verpflichtet. Die Versäumnis rächt sich aber bei jeder Meinungsverschiedenheit mit den Finanzbehörden. Das Unterlassen von ausreichenden Aufzeichnungen macht den Betroffenen zu einem Steuerzahler zweiter Ordnung. Er beraubt sich eines wichtigen Rechtes: Gegen Schätzungsversuche des Finanzamtes kann er sich in diesem Falle nicht erfolgreich wehren. Man soll sich nun keine übertriebenen Vorstellungen über die formellen Ansprüche machen, die an solche Aufzeichnungen für die Steuer zu stellen sind. Keineswegs kann verlangt werden, daß diese Aufzeichnungen nach strengen Regeln der doppelten Buchführung aufgestellt und geordnet sind. Für Betriebe mit größerem Umsatz aber wird die doppelte Buchführung, auch schon aus anderen Gründen, immer das Zweckmäßigste und leichteste Ende auch das Einfachste sein. Jedoch ist die doppelte Buchführung keine Voraussetzung dafür, daß die Finanzbehörden die Aufzeichnungen anerkennen müssen.

Welche Mindestansprüche sind an ordnungsmäßige Aufzeichnungen zu stellen, damit die Steuerbehörden gebunden sind? Die Einnahmen müssen fortlaufend eingetragen sein. Dort, wo tägliche Einnahmen entstehen, müssen auch täglich Eintragungen vorgenommen werden. Es muß also mindestens an jedem Abend eine Gesamteintragung gemacht werden: Am ... Tageskasse ... Mark. Zeigt sich bei einer Nachprüfung, daß die Eintragungen im Rückstand sind, so können die Aufzeichnungen keine Beweiskraft mehr beanspruchen. Selbstverständlich müssen die Eintragungen aber auch vollständig und richtig sein. Kann die Finanzbehörde nachweisen, daß falsche oder unvollständige Eintragungen gemacht wurden, so wird damit die ganze Buchführung wertlos. Insbesondere ist noch in der Reichsabgabenordnung ausdrücklich vorgeschrieben, daß keine Aufzeichnungen auf einen falschen oder erdichteten Namen lauten dürfen. Ferner darf der ursprüngliche Inhalt einer Eintragung nicht unleserlich gemacht werden durch mehrmaliges Durchstreichen, Radieren, durch Tintenlecke oder auf andere Weise. Es sollen auch solche Veränderungen nicht vorgenommen werden, deren Beschaffenheit

es ungewiß läßt, ob sie bei der ersten Eintragung oder erst später vorgenommen sind. Schließlich ist noch zu beachten, daß die Eintragungen mit Tinte gemacht werden sollen, und daß an Stellen, die der Regel nach zu beschreiben sind, keine leeren Zwischenräume gelassen werden. Man sieht, das sind alles Anforderungen, die ohne besondere Buchführungskurse erfüllt werden können. Diese Mindestanforderungen sind niedergelegt im § 162 der Reichsabgabenordnung. Ebenso wie die Einnahmen sind auch die Ausgaben aufzuzeichnen. Es ist üblich, daß man in einem Buch auf der linken Seite die Einnahmen einträgt und auf der rechten Seite die Ausgaben. Doch kann das nur eine untergeordnete Bedeutung haben. Dagegen ist es unbedingt erforderlich, daß man für alle größeren Ausgaben die Belege, wie Quittungen, Rechnungen, Ueberweisungen usw. aufbewahrt. Zweckmäßig wird man alle diese Belege fortlaufend nummerieren und die Nummer bei der entsprechenden Eintragung vermerken. Nur wo es geschäftsüblich ist, noch weitergehende Buchführungstechniken anzuwenden, können diese auch im Interesse der Besteuerung verlangt werden. Die Unterteilung in verschiedene Konten und die gegenseitige bilanzmäßige Abstimmung wird also immer nur von Vollkaufleuten verlangt werden können.

Die Innehaltung der Fristen. Haben wir unsere Steuerpflicht nun soweit erfüllt, dann müssen wir noch darauf achten, daß die vorgeschriebenen Fristen eingehalten werden. Fristen, die zur Einreichung von Steuererklärungen gesetzt sind, und Fristen, die sonst von den Steuerbehörden gesetzt werden, können auf Antrag verlängert werden. Die Fristen zur Einlegung eines Rechtsmittels sind dagegen **Ausschluß-Fristen**, das heißt, sie können nicht verlängert werden. Wenn besondere Gründe dafür vorliegen, daß jemand zur Innehaltung der Rechtsmittel-Frist verhindert war, so kann Nachsicht wegen Versäumnung einer Rechtsmittelfrist noch ein ganzes Jahr lang beantragt werden. Die Versäumnis darf jedoch nicht auf eigenem Verschulden beruhen. Sie muß also etwa durch Krankheit, auch durch Krankheit von Familienmitgliedern, durch Reisen, durch eine ungewöhnliche geschäftliche Belastung und ähnliche Vorgänge herbeigeführt

sein. Die Bestimmungen über die Nachsicht wegen Versäumnung einer Rechtsmittelfrist sind übrigens vom Reichsfinanzhof in mehrfachen Entscheidungen sehr entgegenkommend ausgelegt worden. Auch das Finanzamt ist an Fristen gebunden. Es kann nicht beliebig Nachforderungen stellen. Ist einmal ein Steuerbescheid ergangen und ist er nach Ablauf der Frist, in der das Rechtsmittel eingelegt werden kann, rechtskräftig geworden, so kann eine Neuveranlagung nur erfolgen, wenn neue Tatsachen oder Beweismittel bekannt werden, die eine höhere Veranlagung rechtfertigen. Wenn von der Aufsichtsbehörde Fehler entdeckt werden, die eine Herabsetzung der Steuer rechtfertigen, so ist diese Herabsetzung stets vorzunehmen (§ 213). Werden aber Fehler aufgedeckt, die eine höhere Veranlagung rechtfertigen würden, so muß jede Neuveranlagung unterbleiben bei folgenden Steuern: bei Steuern vom Einkommen, bei Steuern vom Vermögen (außer der Erbschaftsteuer) und bei der Umsatzsteuer. Im Jahre 1922 hat man immer mehr die Vorauszahlungspflicht durchgeführt. Der Steuerzahler muß sich demnach einschätzen und muß Vorauszahlungen leisten, ehe noch das Finanzamt ihm eine Frist gesetzt hat.

Vergünstigungen für alte Leute. Alle Steuerforchten die uns quälen, lasten auf dem Alter besonders schwer. Die Steuergesetze haben daher eine Reihe von Erleichterungen geschaffen für Personen, die mehr als 60 Jahre alt sind. Diese Erleichterungen werden jedoch gewöhnlich nicht von Amts wegen gewährt. Es muß daher immer ein besonderer Antrag gestellt werden. Bei den Vermögenssteuern ist weiterhin als Voraussetzung für die Erleichterung gefordert, daß das Vermögen hauptsächlich aus Kapitalvermögen besteht, also nicht aus gewerblichem oder landwirtschaftlichem Besitz. Das Reichsnotopfer wird an die Sechzigjährigen vollständig zurückgezahlt, wenn die eben genannte Bedingung erfüllt ist, wenn außerdem das zum Notopfer veranlagte Vermögen nicht mehr als eine halbe Million Mark betrug, und wenn schließlich das für das Kalenderjahr 1921 im ganzen zu versteuernde Einkommen unter 20 000 Mark betragen hat. Bei der Ende 1922 zum ersten Male aufgetretenen Vermögenssteuer können

Personen über sechzig Jahre unter denselben Bedingungen ganz freigestellt werden. Bei der *Zwangsanleihe* war sogar ein Vermögen frei, daß nach den Bewertungsvorschriften am 31. Dezember 1922 den Betrag von vier Millionen Mark nicht überstiegen hat. Die Voraussetzungen in bezug auf die Art des Vermögens und das Alter des Steuerpflichtigen sind dieselben wie vorher. Das Einkommen im Rechnungsjahr 1921 durfte für diese Befreiung den Betrag von 60 000 Mark nicht übersteigen und mußte sich vorwiegend aus Erträgen des Vermögens zusammensetzen. Die Befreiung gilt also dann nicht, wenn das Einkommen zum größten Teil noch Arbeits-einkommen war, oder auch dann nicht, wenn ein größeres Einkommen aus Gewerbebetrieb darin enthalten war. Befreit sind Kleinrentner, die keinen nennenswerten Erwerb mehr haben. Die Altersgrenze von 60 Jahren muß nicht in jedem Falle erreicht sein. Dasselbe was hier von den Sechzigern gesagt ist, gilt auch für solche Personen, die erwerbsunfähig sind oder die nicht nur vorübergehend aus irgend einem Grunde behindert sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten. Die *Brotabgabe* im August 1923 und im Januar 1924 stützt sich auf die Zwangsanleihe. Wer bei der Zwangsanleihe befreit war, ist es damit auch ohne weiteres bei der Brotabgabe. Für unsere Alten, die ihr Vermögen nicht mehr im Erwerb stecken haben, kommen dabei die besonderen Befreiungen weiterhin in Betracht, die berücksichtigt werden können, wenn Zwangsanleihepflicht bestand. Einige Teile des Vermögens können nämlich aus dem Zwangsanleihevermögen ausgeschieden werden, ehe die Brotabgabe berechnet wird. Das sind gerade solche Vermögensgegenstände, die sich meist in den Händen von Altrentnern befinden. Nur darf nicht übersehen werden, daß der Abzug nicht stillschweigend gestattet ist. Es muß ein besonderer Antrag gestellt werden. Das Finanzamt muß eine Mitteilung erhalten, in der steht: ich habe bei der Berechnung der Brotabgabe folgende Vermögensgegenstände als abgabefrei von dem Zwangsanleihepflichtigen Vermögen abgesetzt . . . Diese Mitteilung soll gleichzeitig mit der Abführung der Brotabgabe geschehen. Da das Gesetz aber sehr spät veröffentlicht ist, auch mehrmals geändert wurde, so

daß viele Wochen lang die größte Unklarheit im Steuerpublikum und auf den Ämtern herrschte, so wird es auch noch anerkannt werden müssen, wenn die Mitteilung etwas verspätet nachgeholt wird. Was konnte nun abgezogen werden? (Damit niemand die Aufstellung in dem Zusammenhang falsch auffaßt, sei nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Gegenstände für jedermann abgabefrei sind, nicht nur für alte Leute.) Abgabefrei sind: Villen und Einzelhäuser, deren Wehrbeitragswert nicht mehr als 50 000 Mark betrug, alle Mietshäuser, Bauland, festverzinsliche Wertpapiere in deutscher Währung und ebenso solche Hypotheken, schließlich überhaupt alle auf Reichsmark lautende Forderungen und Zahlungsmittel, die nicht zu einem Betriebsvermögen gehören. Alle Bankguthaben und Sparkassenguthaben fallen natürlich hierunter. Wie berechnet sich die Brotabgabe, wenn solche abgabefreien Vermögensteile vorhanden sind? Die abgabefreien Teile werden aus dem Zwangsanleihevermögen herausgenommen, selbstverständlich mit dem Wert, mit dem sie seinerzeit dort eingesetzt wurden. Dann wird festgestellt, wie hoch wäre die Zwangsanleihe von dem nun übrig bleibenden Rest gewesen. Von diesem neu errechneten Betrag an Zwangsanleihe ist dann das Vielfache zu nehmen, also bei der Augustrate das Zehnfache. Man sieht, die Steuerrechnung ist auch für alte Leute nicht immer ganz einfach. Noch etwas umständlicher wird die Berechnung der Brotabgabe, wenn das Zwangsanleihevermögen durch Abzug von Schulden errechnet wurde. Nehmen wir an, ein Mietshaus mit dem Zwangsanleihewert von 90 000 Mark sei im Zwangsanleihevermögen enthalten. Gleichzeitig sei aber auch eine auf dem Mietshaus lastende Hypothek von 50 000 Mark als Schuld abgezogen. Wir können nun bei der Brotabgabe nicht 90 000 Mark von dem Vermögen abziehen, sondern nur die 90 000 Mark abzüglich der damit zusammenhängenden Schuld von 50 000 Mark, also nur 40 000 Mark.

Bei der Einkommensteuer ist ein besonderer Abzug von der Steuer für Personen, die über sechzig Jahre alt sind, vorgesehen. Die Vorschrift gilt nicht für alle ohne Unterschied. Sie ist nur vorgesehen für Rentner. Das Einkommen muß Kapitaleinkommen sein

oder sich aus Pensionen, Ruhegelder usw. zusammensetzen. Auch darf das Einkommen eine bestimmte Höhe nicht überschreiten. Es hat keinen Wert, hier Zahlen anzugeben, weil sie doch sofort wieder geändert werden. Man erkundige sich bei seinem Finanzamt oder bei seiner Zeitung nach den neuesten Zahlen. Ueberhaupt sollten die Sechziger und die noch Älteren sich bei jeder Steuerlast eingehend vergewissern, ob nicht eine Erleichterung oder Befreiung für sie vorgesehen ist; und sie sollten sich nicht einfach wie oll Mutter Schultsch bei Fritz Reuter damit begnügen, wehmütig auszurufen: „Dat ward all slichter in de Welt.“

Das Steuer-Einkommen. Die wichtigste Steuer ist heute die Einkommensteuer. Sie ist die unentbehrliche, zentrale Stütze für jedes Steuersystem, für jeden Staatshaushalt. Sie ist die Hauptsteuer auch für den Steuerzahler. Was ist Einkommen im Sinne des Einkommensteuergesetzes? Was das Steuergesetz erfasst, ist wirtschaftlich teils Einkommen, teils Vermögenszuwachs. Es liegt in dem Begriff das Bestreben verankert, möglichst hart zuzugreifen. Alle Einnahmen sollen versteuert werden, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um einmalige oder wiederkehrende Einkünfte handelt und auch ohne Rücksicht darauf, aus welchem rechtlichen oder tatsächlichen Grunde sie dem Steuerpflichtigen zugeflossen sind. Sogar jede sittenwidrige Bereicherung ist Einkommen nach dem Steuergesetz.

Das Gesetz zählt fünf Arten von Einkommen auf: aus Grundbesitz, aus Gewerbebetrieb, aus Kapitalvermögen, aus Arbeit und sonstiges Einkommen wie Spiel- und Spekulationsgewinne. Diese Aufzählung ist aber nicht unter allen Umständen als erschöpfend anzusehen. Sie soll lediglich beispielsweise, wie in der Begründung des Gesetzes gesagt wurde, den Einkommensbegriff dem Verständnis des Steuerzahlers näher bringen. Das Gesetz bestimmt noch, daß solche Einkünfte den einzelnen Gruppen zuzurechnen sind, die nach der Auffassung des wirtschaftlichen Verkehrs dahin gehören. Trotzdem wird unzweifelhaft manches versteuert, was nicht nach wirtschaftlicher Auffassung Einkommen ist, so daß man nicht sagen kann, wir hätten es mit einem Wirtschaftsbegriff zu tun.

Zum Einkommen gehören alle Zugänge, von denen das Gesetz nicht ausdrücklich bestimmt,

daß sie nicht der Einkommensteuer unterliegen. Das ist die einzig praktisch brauchbare Erklärung des Einkommensbegriffes. Die Bestimmungen darüber, was nicht als steuerbares Einkommen zu gelten hat, sind im 12. und teilweise auch im 11. Paragraphen zu finden. Es ist zunächst auf das Erbschaftsteuergesetz Bezug genommen. Was in diesem Gesetz als Erbanfall und was als Schenkung gilt, das hat der Empfänger nicht als Einkommen zu versteuern. Weiterhin bleibt steuerfrei, was ein Kind als Ausstattung mit Rücksicht auf seine Verheiratung oder auf die Erlangung einer selbständigen Lebensstellung von dem Vater oder der Mutter zugewendet erhält. Dasselbe gilt für die Aussteuer, die eine Tochter bei ihrer Verheiratung von ihren Eltern erhält, damit sie ihren Haushalt einrichten kann. Auch Auszahlungen aus Kapitalversicherungen, also insbesondere aus Lebensversicherungen, zählen nicht zum Einkommen. Weiterhin sind eine Reihe von sozialen Renten und ähnlichen Bezügen freigestellt, in der Hauptsache Zahlungen, die bei einer verminderten Erwerbsfähigkeit ausbezahlt werden, wie die Bezüge aus einer Krankenkasse. Die Altersrente nach der Reichsversicherungsordnung, die nicht ausdrücklich im Gesetz als abzugsfähig erwähnt ist, gehört nach einer Entscheidung des Reichsfinanzhofs damit zum steuerpflichtigen Einkommen, was gewiß ein sehr merkwürdiges Ergebnis ist, aber unsere oben gegebene Erklärung des Einkommens als maßgebend zeigt.

Ferner braucht der Empfänger nicht zu versteuern alle Zuschüsse und geldwerten Vorteile, die er entweder freiwillig erhalten hat oder weil eine gesetzliche Unterhaltspflicht vorlag. Voraussetzung für die Steuerfreiheit ist hier aber, daß der Geber diese Zuwendungen bereits in seinem Einkommen mitversteuert. Schließlich sind noch Gewinne aus einmaligen Veräußerungsgeschäften frei, wenn keine Spekulation vorliegt. Nur wenn der Erwerb des veräußerten Gegenstandes in der Hauptsache zu dem Zweck geschehen ist, ihn später mit Gewinn weiterzuverkaufen, tritt Steuerpflicht ein. Bei dem heutigen Stande der Geldverhältnisse wird es nun allerdings immer schwieriger zu unterscheiden, was Spekulation ist und was nur im Rahmen einer angemessenen Vermögensverwaltung geschieht. Bei der Feststellung, ob es sich um Spekulation handelt,

müssen innere Vorgänge gewürdigt werden. Diese können nicht durch Listenaufstellungen über Käufe und Verkäufe allein beurteilt werden, wie das mancherorts versucht worden ist. Jedenfalls steht nach der Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes das fest, daß der Nachweis der Steuerbehörde obliegt, auf Grund ihrer Pflicht, die für die Besteuerung wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse zu ermitteln. Meist handelt es sich bei Streitigkeiten über diesen Punkt um Käufe und Verkäufe in Effekten. Für die Veranlagung des Einkommens aus dem Jahre 1922 ist vorgeschrieben, daß eine Spekulation dann nicht vermutet werden soll, wenn zwischen Kauf und Verkauf ein Zwischenraum von mehr als zwei Monaten liegt.

Vermögen. Die Vermögensbesteuerung vollzieht sich durch eine Kette von verschiedenen Steuern, deren Schlußglied vorläufig noch nicht erkennbar ist. Das steuerbare Vermögen umfaßt Grundvermögen, Betriebsvermögen und sonstiges Vermögen. Das Grundvermögen enthält Grundstücke und Gebäude. Das Betriebsvermögen umfaßt alle Gegenstände, die einem Unternehmen gewidmet sind, und zwar rechnen hierher sowohl landwirtschaftliche als auch industrielle und Handelsunternehmen. Sonstiges Vermögen ist das, was nicht Grundvermögen und nicht Betriebsvermögen ist.

Was gehört nicht zum sonstigen Vermögen? Da wollen wir vor allem wissen, wie es mit dem Hausrat steht. Bei der allgemeinen Vermögenssteuer, die im Jahre 1923 zuerst erhoben ist, sind Hausrat und andere bewegliche körperliche Gegenstände frei, wenn sie nicht zum Betriebsvermögen gehören. Als Betriebsvermögen gelten auch aus dem Betrieb herrührende und andere Vorräte, die zur Weiterveräußerung bestimmt sind. Die Freilassung umfaßt also das gesamte Mobiliarvermögen, auch Kleidungsstücke, Sammlungen, Schmuck, Vorräte. Gegenstände, z. B. Vorräte, können also je nach ihrer Zweckbestimmung bald als Betriebsvermögen steuerpflichtig sein und bald

in einem andern Vermögen, wo sie nicht zum Betriebsvermögen gehören, steuerfrei sein. Für Schmuck und Sammlungen gilt keine uneingeschränkte Befreiung. Schmuck ist nur frei, sofern der Anschaffungspreis für den einzelnen Gegenstand nicht mehr als 10 000 Mark betragen hat. Mit anderen Worten, Schmuck ist nur dann frei, wenn er nicht in den letzten Jahren angeschafft ist. Kunstgegenstände und Sammlungen sind immer frei, wenn sie von lebenden deutschen Künstlern stammen oder von solchen Künstlern, die nicht länger als fünfzehn Jahre verstorben sind. Weiter sind alle Kunstgegenstände und Sammlungen frei, die vor dem 31. Juli 1914 angeschafft sind. Später angeschaffte sind insoweit frei, als der Preis für das einzelne Stück weniger als zwanzigtausend Mark betragen hat oder die Preise für mehrere gleichartige oder zusammengehörige Stücke unter 200 000 Mark geblieben sind.

Das gilt also für die Vermögenssteuer. Das gilt auch für die Zwangsanleihe, die ja als Vermögen nur das ergreift, was bei der Vermögenssteuer veranlagt ist und insofern von der Vermögenssteuer abhängig ist. Auf die Zwangsanleihe baut sich wieder die Brotabgabe auf. (Wegen der abgabefreien Teile bei der Brotabgabe sind die Ausführungen zu vergleichen unter „Vergünstigungen für alte Leute“.)

Die Rhein-Ruhr-Abgabe, die auch eine Vermögenssteuer darstellt, baut sich eigenartig auf. Sie legt überhaupt kein Vermögen zugrunde, sondern geht von der Einkommensteuer-Rechnung aus. Bekanntlich wird ein Vielfaches der Vorauszahlungen bei der Einkommensteuer erhoben.

Wir haben noch eine Vermögenssteuer zu erwähnen: die Erbschaftsteuer. Hier ist Hausrat, einschließlich Wäsche und Kleidungsstücke frei, soweit der Ehegatte oder Kinder erben. Der Ehegatte ist übrigens in allen landläufig vorkommenden Fällen jetzt überhaupt restlos steuerfrei, nicht nur in bezug auf Hausrat.

